



**Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2021  
gemäß § 99 Abs. 2 Gemeindeordnung für den  
Freistaat Sachsen (SächsGemO)**



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Lagebericht .....	7
Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises .....	17
Übersicht über die Eigenbetriebe .....	18
Übersicht über die Zweckverbände .....	18
Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen .....	19
Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen .....	19
Bildung und Kultur .....	29
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig .....	30
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum .....	42
Gesundheit und Soziales.....	69
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft .....	70
Soziale Dienste Muldental gGmbH .....	80
Servicegesellschaft Muldental mbH .....	87
Kommunaler Sozialverband Sachsen .....	92
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig ....	131
Struktur- und Wirtschaftsförderung .....	143
Breitband GmbH Landkreis Leipzig.....	144
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH .....	149
Invest Region Leipzig GmbH .....	155
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen .....	167
Verkehr .....	183
Regionalbus Leipzig GmbH .....	184
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH .....	196
Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH .....	203
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH.....	206
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) .....	211
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig .....	223
Entsorgung.....	258
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH.....	259
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen .....	265
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen .....	278
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH .....	320
Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG.....	322

Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH.....	325
Sparkasse und IT .....	327
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) .....	328
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH .....	390
Lecos GmbH.....	391
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. .....	393
KOMM24 GmbH .....	395
Anhang.....	397
Anlage 1 Begriffserläuterungen.....	397
Anlage 2 Kennzahlen.....	401
Anlage 3 Abkürzungen.....	402
Anlage 4 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge.....	406



# Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Landkreis Leipzig dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2021 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) legt dazu fest:

„(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
  2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,
  3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.
- (4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.“

Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2021 insgesamt über zwei Eigenbetriebe, acht unmittelbare und sechzehn mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über sieben Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2021 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten.

Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2021 die Grundlage.

Borna, im November 2022



Henry Graichen

Landrat des Landkreises Leipzig

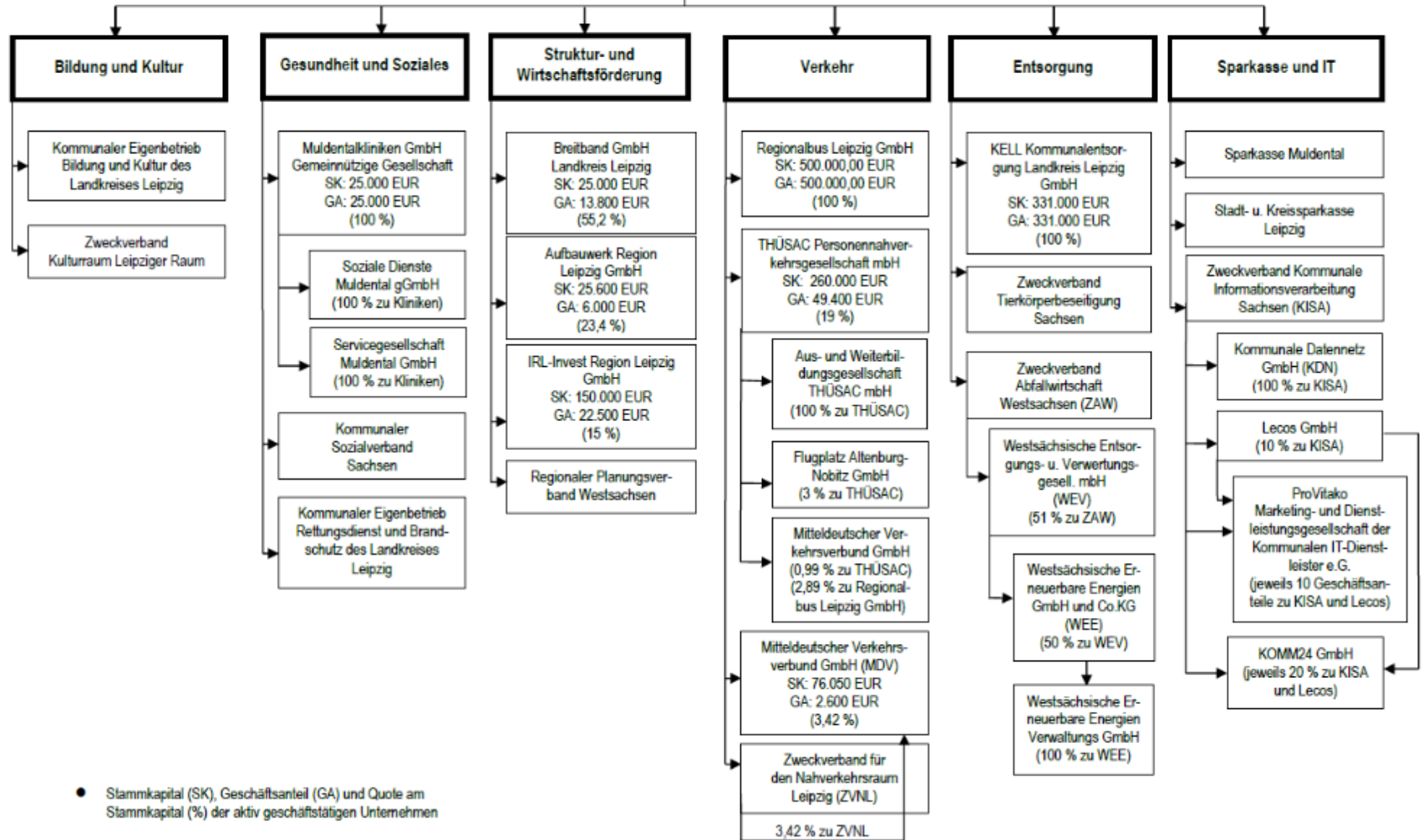
## **Lagebericht**

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2021 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2022.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2021 hatte der Landkreis Leipzig 2 Eigenbetriebe und war an insgesamt 8 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 3 Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig 16 mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 7 Zweckverbänden vertreten.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

# Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: 2021)



## Bildung und Kultur

Der **Kommunale Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“** nahm seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2018/080 zum 01.01.2019 auf.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2021 erfolgte am 09.12.2020 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 14.01.2021 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb Bildung und Kultur legt mit dem Jahresabschluss 2021 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb Bildung und Kultur durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 2.890.246,29 Euro (Vorjahr: 3.290.142,80 Euro) gewährt.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Der Kulturraum Leipziger Raum besteht aus den Mitgliedern Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen.

Bei Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2020 lagen die Jahresabschlüsse 2019 und 2020 noch nicht vor. Dies wird für beide Jahre im folgenden Beteiligungsbericht 2021 nachgeholt.

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lag der festgestellte Jahresabschluss zum 31.12.2021 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan mit 355 Planbetten. Die Gesellschaft schloss das Jahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von EUR 125.001,27 (Vorjahr EUR 1.070.404,68) ab. Das erzielte Jahresergebnis 2021 lag um TEUR 586 über der im Lagebericht 2020 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2021 und des Wirtschaftsplans von TEUR -460.

Der Jahresabschluss 2021 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 12.04.2022 beraten und von der Gesellschafterversammlung am 05.05.2022 festgestellt. Im Geschäftsjahr 2021 betrugen die Umsätze TEUR 67.401 (Vorjahr: TEUR 64.283). Die Leistungsmenge war aufgrund der pandemiebedingten schwachen Auslastung niedrig. Daher ist die Steigerung der Umsätze aus Krankenhausleistungen auf pandemiebedingte Zuschüsse von Bund, Land und Sozialversicherungsträgern zurückzuführen. Die Ausgleichsprämien für die Freihaltung von Bettenkapazitäten und Versorgungsaufschläge waren 2021 mit TEUR 5.668 in den Umsatzerlösen enthalten. Gleichzeitig führte der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert zu einem Erlösanstieg in Höhe von ca. TEUR 771.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2020 um TEUR 1.279 (+3,0 %) gestiegen. Der Rückgang beim Personalbestand führte durch Vergütungssteigerungen aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD dazu, dass der Personalaufwand nicht gleichmäßig zum Personalbestand sank.

Die Anzahl der Vollkräfte konnte im Pflegebereich in 2021 um 1 Vollkraft gegenüber 2020 erhöht werden, womit der geplante Personalaufbau in dieser Dienstart nicht vollständig erreicht wurde. Gleichzeitig war in den übrigen Dienstarten ein Rückgang der Anzahl der Vollkräfte zu verzeichnen. Nahezu der gesamte Technische Dienst wurde zum 1. Januar 2021 in die konzerneigene Servicegesellschaft Muldental mbH ausgelagert. Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal, insbesondere Pflegekräften, bleibt weiterhin schwierig und arbeitsmarkttechnisch angespannt.

Die Unterstützungsmaßnahmen von Bund, Land und Sozialversicherungen für einen wirtschaftlichen Ausgleich der z. T. sehr erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich positiv auf die Gesellschaft ausgewirkt. Die Gesellschaft hat das Jahr



2021 trotz schwierigster Rahmenbedingungen weiter genutzt, um umfangreiche Veränderungen in Strukturen und Prozessen zu realisieren und weitere Optimierungen vorzubereiten. Maßnahmen zur Kostenreduktion in den Bereichen Facility-Management, Abteilungsstrukturen und Personal wurden in 2021 ergebniswirksam.

Die Liquidität war einschließlich der vorhandenen Kreditlinien im Jahresverlauf jederzeit ausreichend, um sämtlichen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Als höherer Kommunalverband vereinigt er die zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen. Im Mittelpunkt der Arbeit des KSV Sachsen stehen behinderte, hilfe- und pflegebedürftige Menschen. Sie haben einen Anspruch darauf, ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in unserer Gesellschaft zu führen. Der KSV Sachsen ist überörtlicher Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe, überörtliche Betreuungsbehörde, vollzieht Förderrichtlinien u. a. nach dem Landesjugendhilfegesetz sowie im Rahmen von Aufwendungen für Investitionen und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) und erfüllt die Aufgaben des Integrationsamtes aus dem Schwerbehindertenrecht sowie dem Sozialen Entschädigungs- und Fürsorgerecht. Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2021 eine Sozialumlage in Höhe von 35.849.556,39 EUR (Vorjahr 30.602.616,90 EUR).

Der Jahresabschluss 2021 wurde in der Verbandsversammlung am 12.12.2022 beschlossen. Die ordentlichen Erträge liegen bei 727,6 Mio. EUR (Vorjahr 684,2 Mio. EUR), die ordentlichen Aufwendungen bei 752,84 Mio. EUR (Vorjahr 717,9 Mio. EUR). Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag i. H. v. 25,25 Mio. EUR (Vorjahr Fehlbetrag 33,8 Mio. EUR) ab.

Der **Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2017/141 vom 13.12.2017 zum 01.01.2018 aufgenommen.

Das Wirtschaftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt EUR 1.280.853,69, der vollständig auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ entfällt. Die Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließen das Wirtschaftsjahr 2021 ausgeglichen ab, da erübrigte Mittel aus Zuschüssen der Landkreisverwaltung in Höhe von EUR 108.290,44 im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuordnen waren. Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 23.898.603,83 erzielt, wovon EUR 17.980,33 periodenfremd abzugrenzen waren. Leistungsentgelte an Leistungserbringer des Rettungsdienstes wurden in Höhe von EUR 17.166.992,93 gezahlt. Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ erzielte aus Umsatzerlösen EUR 108.733,02, wovon EUR 86.492,34 auf Erlöse aus Gebühren für Leistungen, EUR 22.240,68 auf Erlöse aus Mieten entfielen. Die im Bereich „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ erbrachten Leistungen für Dritte in Höhe von EUR 52.878,98 sind Bestandteil des Personalaufwandes.

Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes unterschritten unbenommen eines erzielten Jahresüberschusses pandemiebedingt den Planansatzwert um EUR 994.926,57, so dass die für den Ausgleich der Vorjahresverluste geplanten Erlöse nicht vollumfänglich erreicht werden konnten.

Die Umsatzerlöse des Feuerwehrtechnischen Zentrums schließen pandemiebedingt mit EUR 23.012,98 unter dem Planansatzwert.

In der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ wurden keine Umsatzerlöse erzielt.

## Struktur- und Wirtschaftsförderung

Das erste Quartal 2021 der **Breitband GmbH Landkreis Leipzig** war geprägt durch intensive Bemühungen, die Ausschreibungen für techn./juristische Unterstützungsleistungen zur „Erstellung und Begleitung von Ausschreibungen für Planung, Bau und Betrieb eines Breitbandnetzes zur Versorgung der weißen Flecken“ mit der Vergabestelle des Landratsamtes zu erstellen. Mit Inkrafttreten der Gigabitrichtlinie des Bundes (auch „graue Flecken Programm“) am 26.4.2021 wurden diese Aktivitäten zunächst gestoppt, um mit den Projektträgern des Bundes abzustimmen, inwieweit sich ggf. beide Programme kombinieren lassen. Insbesondere der Wechsel der Projektträger von ateneKOM zu PWC erschwerte es, hierzu eine einheitliche Meinung einzuholen.

Am 10.5.2021 wurde eine neue Markterkundung gemäß der Gigabitrichtlinie eingeleitet, welche bis zum 18.8.2021 den im Landkreis Leipzig tätigen Telekommunikationsunternehmen die Gelegenheit gab, ihre aktuellen und geplanten Ausbauabsichten bekannt zu geben. Am Markterkundungsverfahren beteiligten sich 8 Telekommunikationsunternehmen.

Allerdings wurde im Sommer 2021 deutlich, dass zum „graue Flecken“ Programm aktuell und auf absehbare Zeit keine Aussagen zu einer Kofinanzierung des Freistaates Sachsen zu erwarten seien. Ohne eine solche Kofinanzierung würden sich die Kosten für den Landkreis auf ca. 40% der Gesamtinvestitionskosten belaufen, bei einer geschätzten Höhe von ca. 180 Mio. EUR also auf ca. 72 Mio. EUR. Diese Belastung wurde als nicht leistbar eingeschätzt, so dass im August entschieden wurde, das „weiße Flecken Programm“ ohne Verknüpfung zum „graue Flecken Programm“ weiterzuführen.

Da sich herausstellte, dass die notwendigen Ausschreibungen aufgrund der Komplexität nicht durch die interne Vergabestelle des Landratsamtes zu leisten sind, wurde diese Leistung an die Kanzlei HMW aus Markkleeberg vergeben. Im Zeitraum September bis Ende November wurden diese Ausschreibungen durchgeführt und abgeschlossen. Die Leistungen der Kanzlei HMW sollen aus den bereitgestellten Mitteln des Bundes für techn./juristische Beratungsdienstleistungen beglichen werden.

Zum 30.11.2021 erfolgte der Zuschlag an die Kanzlei „WIRTSCHAFTSRAT RECHT Bremer Weitag Rechtsanwaltsgesellschaft mbH“ aus Hamburg.

Diese nahm die Arbeiten am 1.12.2021 auf, am 7.12.2021 erfolgte ein erstes KickOff Meeting zur Abstimmung der nächsten Aktivitäten.

Mit erfolgter Vergabe an die Kanzlei WIRTSCHAFTSTRAT Recht wurde der Fördermittelantrag für techn./juristische Beratungsdienstleistungen nach DIOS beim Land Sachsen der Höhe und der Laufzeit nach aktualisiert. Der Zuwendungsbescheid der Landesdirektion Sachsen erging dazu am 22.12.2021 in beantragter Höhe.

Die Gesellschaft hatte im Jahr 2021 Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes, insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln und der Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung der Leistungen eines Netzbetreibers der Leistungen zur Planung und zum Bau eines Netzes.

Die Ausgaben wurden durch Mittel des Landkreises aus § 22b Abs. 4 a) SächsFAG gedeckt.

Die **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens stellte sich im Jahresverlauf 2021 stabil dar. Die Gesellschaft verfügt derzeit über 13 laufende Projekte, wovon sieben als Auftragnehmer umgesetzt werden. Die Aufrufe für die Einreichung neuer Projektideen für die neue Förderperiode 2021-2027 sind Anfang des Jahres 2022 endlich gestartet. Bereits sieben neue europäische Anträge über das Programm Interreg sind eingereicht worden. Mit den ersten

Entscheidungen zur Förderung wird nach der Sommerpause Anfang September 2022 gerechnet. Darüber hinaus konnten wichtige Aufträge im Rahmen des Strukturwandels für die nächsten fünf Jahre gesichert werden.

Die Gesellschaft erwartet, wie im Wirtschaftsplan dargestellt, für die Jahre 2022 und 2023 positive Jahresergebnisse (2022: 43.000 Euro, 2023: 39.000 Euro).

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 94.061,54 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 69.953,51 Euro).

Die **Invest Region Leipzig GmbH** fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die IRL GmbH von ihren Gesellschaftern Finanzmittel, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemessen bzw. zur Erbringung projektbezogener Leistungen vereinbart werden. Daneben generiert die GmbH Eigen Erlöse durch die projektbezogene Einbindung regionaler Wirtschaftspartner in ihre Vertriebs- und Marketingmaßnahmen.

Mit dem Austritt des Landkreises Nordsachsen aus dem Gesellschaftsvertrag galt es, die Finanzierung neu zu regeln. Für den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2024 wurde zwischen den kommunalen Gesellschaftern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig sowie der IRL ein Dienstleistungsvertrag auf Basis einer Kostenteilungsgemeinschaft geschlossen. Der Gesellschafter IHK zu Leipzig stellt für das Geschäftsjahr 2022 seinen Finanzierungsanteil unverändert durch eine institutionelle Förderung sicher.

Die Gesellschaft weist für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.600 (2020: TEUR 1.433) aus. Hiervon resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.585 (2020: TEUR 1.418) aus der Erbringung von satzungsgemäß definierten Dienstleistungen der Gesellschaft.

Im Ergebnis ihrer nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Geschäftstätigkeit vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 weist die Gesellschaft einen strukturbedingten Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2 (2020: TEUR 2) aus.

Dem **Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. 2022 kann der Verband auf eine 30-jährige Tätigkeit und auf zahlreiche Handlungsfelder zurückschauen. Diese reichen vom Regionalplan Westsachsen, der seit 2022 in seiner 3. Generation vorliegt und bereits mehrere Teilfortschreibungen umfasst, über neun Braunkohlenpläne als Teilregionalpläne sowie die vielfältigen Aktivitäten zur Regionalentwicklung bis zur Erstellung qualifizierter Informationsangebote für Kommunen, Verwaltung und die interessierte Öffentlichkeit. Der Regionale Planungsverband spielt für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle.

Die finanzielle Belastung für den Landkreis betrug 2021 10.300,00 EUR.

Im Vorjahr lag der Jahresabschluss zum 31.12.2020 bei Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2020 noch nicht vor und wird hiermit im Beteiligungsbericht 2021 nachgeholt. Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.



## Verkehr

Grundlage für die Erbringung der Verkehrsleistungen der **Regionalbus Leipzig GmbH** bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013. Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden nach wie vor von vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahmen aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Nach den Städten Bad Lausick, Brandis, Grimma und Colditz wurde im Jahr 2021 auch mit der Stadt Wurzen ein Vertrag zur Verkehrsbedienung abgeschlossen. Nach erfolgreicher Umsetzung von Verkehrsprojekten zur Realisierung eines Paradigmenwechsels in der ländlichen Mobilität in den letzten Jahren betreibt die Gesellschaft nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 8 TaktBus-Linien. Für diese gelten hochwertige Qualitätsstandards hinsichtlich Verkehrsbedienung und eingesetzter Fahrzeuge

Die Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Pösna-Parks und die Anbindung des Freizeitparks BELANTIS mit der Linie 105 wurden vertragsgemäß erbracht. Der Vertrag zur Durchführung von Beförderungsleistungen für die Handwerksammer Leipzig wurde um ein weiteres Jahr verlängert und Einzelverträge zur Ergänzung der Schülerbeförderung abgeschlossen.

Die Corona-Pandemie hatte auch im Geschäftsjahr 2021 erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft. So mussten u. a. Regelungen zum Schutz der Beschäftigten und Fahrgäste sowie zur sicheren Aufrechterhaltung des ÖPNV unter den Bedingungen der Pandemiesituation getroffen werden. Zeitweise waren in der Belegschaft dennoch erhebliche Personalausfälle zu verzeichnen, die nicht mehr kompensiert werden konnten und Leistungseinschränkungen zur Folge hatten. Die Gesellschaft stellte trotz dieser Widrigkeiten den ÖPNV im gesamten Kalenderjahr sicher.

Die zeitweise Schließung der Schulen und weiterer Einrichtungen im Freistaat Sachsen, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung durch staatliche Anordnungen sowie der Wechsel vieler Beschäftigter ins „Home-Office“ führten zu einer erheblichen Reduzierung des Mobilitätsbedarfs und nach einer allmählichen Erholung insbesondere im ersten Halbjahr 2021 wiederum zu einem deutlichen Fahrgastrückgang. Regionalbus Leipzig reagierte hierauf u. a. mit einer zeitlichen Verschiebung des Starts des Saisonverkehrs sowie der Anmeldung von Kurzarbeit. Außerdem waren erhebliche Ausfälle bei Vertrags- und Gelegenheitsverkehren zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen gingen mit spürbaren Einnahmearausfällen für die Gesellschaft einher, die jedoch im Bereich des ÖPNV auch im Jahr 2021 durch einen von Bund und Ländern aufgelegten „Rettungsschirm“ auf der Grundlage der Richtlinie „Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV“ vollständig ausgeglichen wurden. Die zusätzlichen Kosten z. B. für erhöhte Schutzmaßnahmen und Bereitstellung von Corona-Tests wurden durch den Landkreis Leipzig übernommen. Insgesamt konnte trotz andauernder Pandemiesituation mit einem leichten Rückgang von unter 5 % vor Korrekturwerten die Fahrgastzahl des Vorjahres nahezu stabil gehalten werden.

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR 1.377. Geplant wurde mit einem Ergebnis in Höhe von TEUR -1.221. Daraus ergibt sich eine positive Abweichung von TEUR 2.598.

Der **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung mit Kraftomnibussen im Linienverkehr (ÖPNV), im freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das Bediengebiet Thüringen wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt in Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 30 Linien sowie den Stadtverkehr Altenburg und Schmölln für acht Linien für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2030 erteilt. Eine Ausnahme bildet die Linie 353, hier gilt die Liniengenehmigung bis zum 30. November 2029. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs nach § 42 PBefG für das Bediengebiet Sachsen wurden durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 21 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2023 erteilt.

Das bilanzielle Gesamtvermögen ist zum 31. Dezember 2021 um 15,84 % auf 22,9 Mio. EUR gestiegen. Im Geschäftsjahr 2021 sind die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.515 gestiegen. Im Personennahverkehr stiegen die Umsatzerlöse insbesondere aufgrund periodenfremder Erlöse aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG von TEUR 704 insgesamt um TEUR 1.181. Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen wurden für das Geschäftsjahr 2021 eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV zum Prüfungszeitpunkt nicht abschließend bekannt ist. Im Landkreis Leipzig sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft TEUR 3.911 (Vj. TEUR 502) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die notwendigen Investitionen, insbesondere in 13 Busse (TEUR 3.467) wurden mit Kreditmitteln und mit TEUR 330 aus Fördermitteln finanziert.

Die Liquiditätssituation und die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft sind im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Die Eigenkapitalquote ist auf 45,3 % (Vj. 51,1 %) der Bilanzsumme am Bilanzstichtag gesunken.

Der aktuelle öffentliche Dienstleistungsauftrag für das Bediengebiet des Landkreises Leipzig endet am 31. Dezember 2023. Die entsprechende Neuvergabe befindet sich in Vorbereitung. Für das Geschäftsjahr 2022 wird es auf Grund der aktuellen Kostenentwicklung schwer das geplante Jahresergebnis zu erreichen. Dies zeigt sich hauptsächlich in den gestiegenen Kosten für Dieselkraftstoff und Ersatzteile. Die Fahrgeldeinnahmen werden im Jahr 2022 noch nicht das Niveau des Jahres 2019 (vor der Pandemie) erreichen. Derzeit gehen wir davon aus, die im Investitionsplan 2022 festgeschriebenen Maßnahmen planmäßig umsetzen zu können.

Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt die **Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)** das Geschäftsjahr 2021 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2021 zu zahlende Zuschuss von TEUR 3.164 entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2021 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2020 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 435 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 3.046 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.995 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.949 gegenüberstanden. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 553 wurde passiviert. Mit dem Wirtschaftsplan 2022 wurde davon durch die Gesellschafter am 9. Dezember 2021 bereits ein Übertrag von TEUR 419 auf die Jahre 2022 bis 2025 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 134 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2021/2022 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen

erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschriebenen flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafftem Anlagevermögen, für den über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter keine Mittel amortisiert werden, kann mittelfristig bis 2026 durch ausreichende Mittel der Kapitalrücklage finanziert werden.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

## Entsorgung

Die Umsätze der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** betragen im Berichtsjahr 14,2 Mio. EUR. Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 732 TEUR. Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 1.028 TEUR getätigt. Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2021 erfolgten im Rahmen der Eigenfinanzierung.

Nach der schrittweisen flächendeckenden Einführung der Biotonne im Vorjahr führte die erstmalige ganzjährige Erfassung von Bioabfall im Berichtsjahr zu einem weiteren Umsatzanstieg. Erwartungsgemäß sank parallel dazu der Umfang der Restabfallentsorgung. Da die Abfallwirtschaftsplanung des Landkreises Leipzig keine weiteren Veränderungen vorsieht, wird sich das Auftragsvolumen auf dem erreichten Niveau stabilisieren. Eine Normalisierung des Preisniveaus für Altpapier wird jedoch zu einer entsprechenden Korrektur der Umsatzerlöse führen, ohne dass dies die Ertragskraft der Gesellschaft beeinflussen wird.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Die In-House-Verträge mit dem Landkreis limitieren Akquisitionen und erlauben damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

Durch das Geschäftsmodell der KELL ist auch weiterhin von stabilen, wenn auch niedrigeren Umsatz- und Ertragserwartungen auszugehen. Bedingt durch die nur geringen Risiken im Geschäftsmodell der KELL GmbH sind die für die Zukunft zu erwartenden Gewinnmargen ebenfalls entsprechend niedrig einzuschätzen.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2021 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Die Gesamterträge geplant mit 8.272.365,00 EUR wurden mit 8.639.451 EUR übererfüllt und liegen mit 367.086,00 EUR über dem Plan. Das entspricht einer Planabweichung von ungefähr 4,4 %.

Die Umsatzerlöse liegen mit 611 TEUR über dem Planansatz und 552 TEUR höher gegenüber dem Vorjahr. Dazu trugen wesentlich höhere Erlöse aus dem Verkauf von Tierfett und höhere Gebühreneinnahmen nach der Gebührenordnung aber auch geringere Erträge aus Tierhäuten bei.

Die abschließend ermittelte Höhe der Verbandsumlage beträgt insgesamt 1.433.797,15 EUR (Vorjahr: 1.484.657,08 EUR). Die Vorauszahlungen der Verbandsmitglieder betragen 1.495.753,41 EUR (Vorjahr: 1.486.077,20 EUR), so dass nach Feststellung der Jahresrechnung die Erstattung für den Landkreis Leipzig 13.482,20 EUR (Vorjahr Nachzahlung 1.424,01 EUR) bei einem zunächst gezahlten Umlagebeitrag in Höhe von 111.385,84 EUR beträgt.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** erfolgte der Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss zum 31.12.2021 in der am 19.09.2022 stattgefundenen Verbandsversammlung. Der Jahresabschluss wurde von der Henschke und Partner mbB geprüft und hat zu keinen Einwendungen geführt. Dem Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 145 TEUR (2020: Jahresüberschuss v. 166 TEUR) ab. Die Bilanzsumme ist zum 31.12.2021 im Vergleich zum Vorjahr von 9.725 TEUR um 737 TEUR auf 10.462 TEUR gestiegen.

Die Geschäftsleitung plant für das Geschäftsjahr 2022 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 172 TEUR. In den Folgejahren werden weiterhin positive Jahresergebnisse erwartet.

## **Informationstechnologie (IT)**

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2021 in der Verbandsversammlung am 21.09.2022 festgestellt. Der Zweckverband hielt mit Stichtag 31. Dezember 2021 insgesamt 277 Mitglieder. Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich der Umsatz um 7.638 TEUR. Diese Erhöhung ist insbesondere im Anstieg der Technikverkäufe im Fachbereich Schulen begründet (6.227 TEUR).

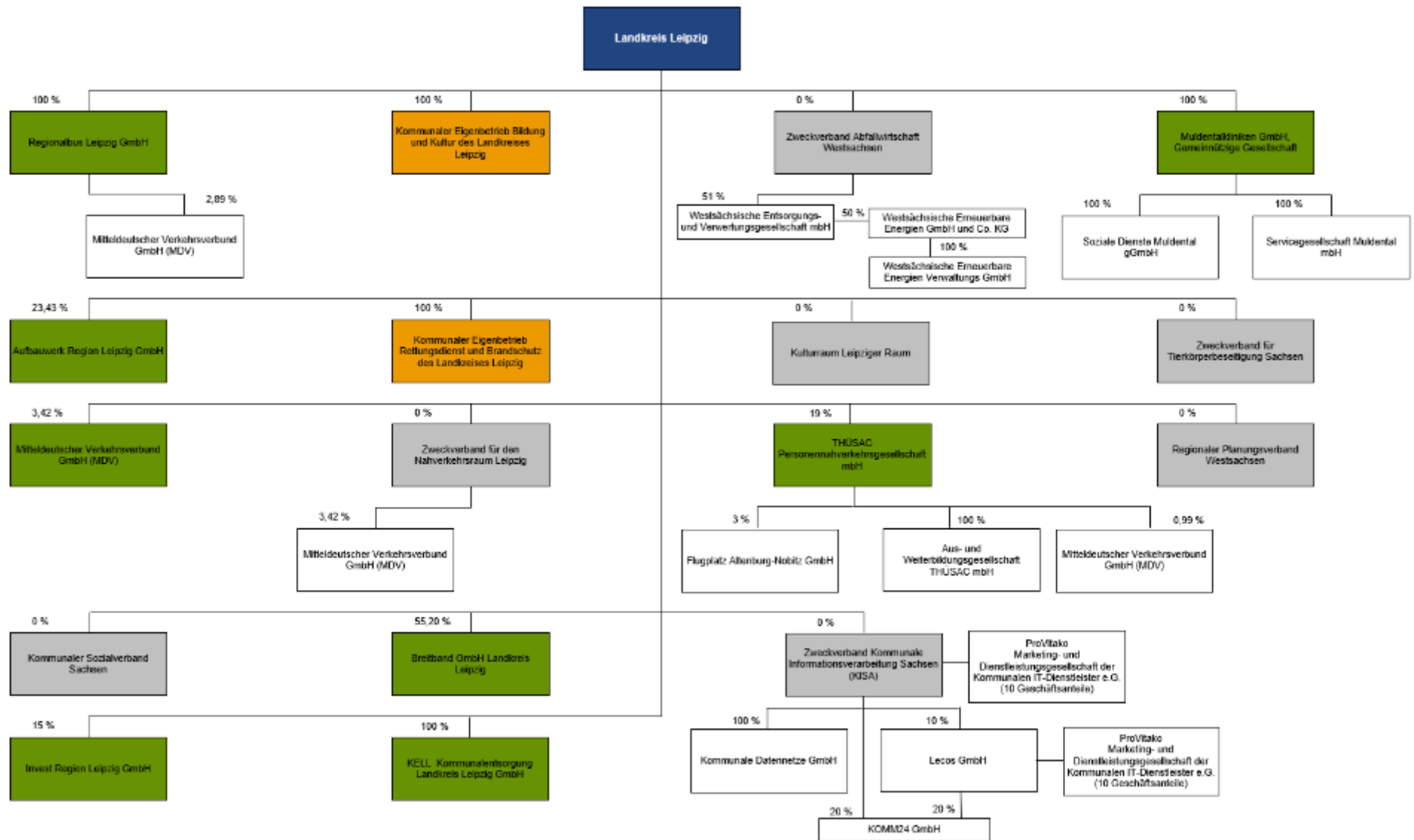
Zum Jahresende 2021 entstand ein positives Ergebnis von 1,085 Mio. Euro (Vorjahr 322 TEUR), was deutlich über der Prognose lag. Es wurden wie geplant keine Umlagen erhoben.

## **Zusammenfassung**

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt.

Borna, den 01.11.2022

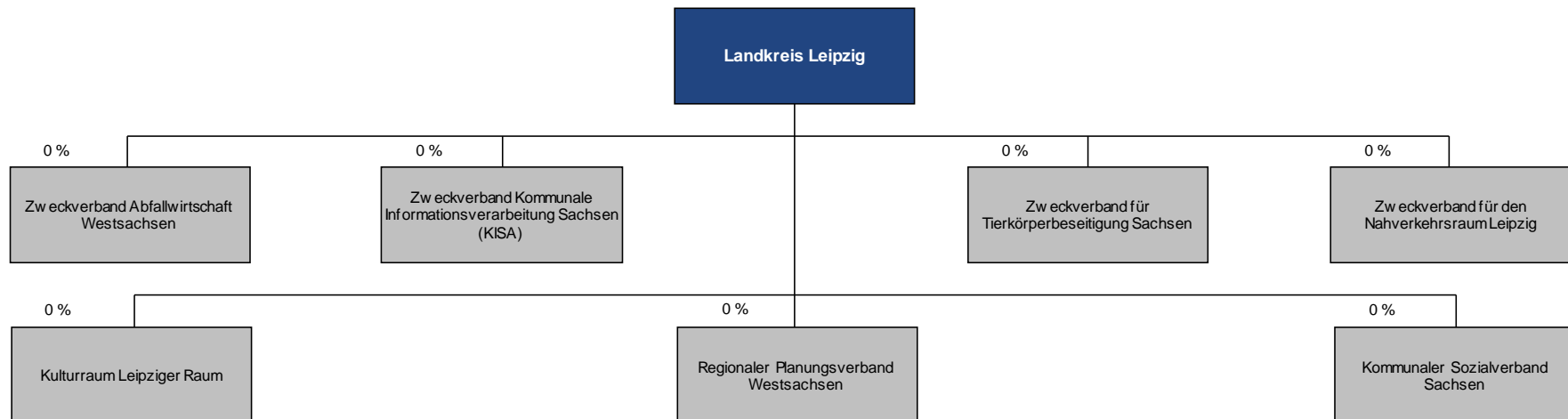
## Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises



## Übersicht über die Eigenbetriebe



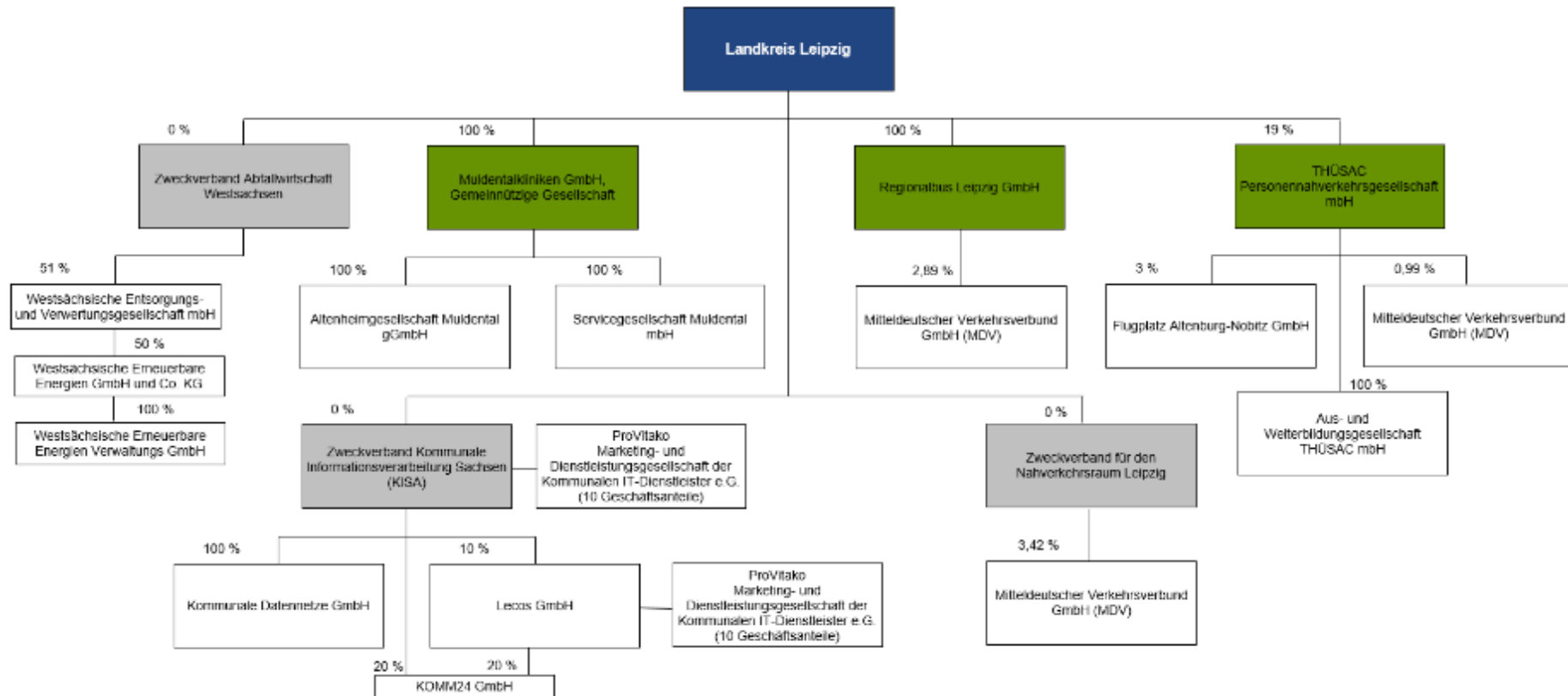
## Übersicht über die Zweckverbände



## Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen



## Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen



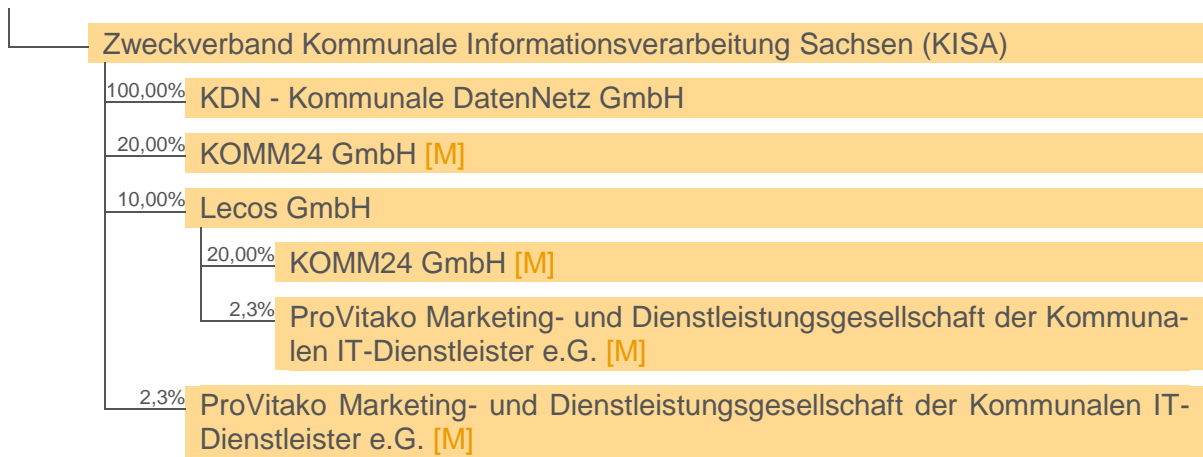




## Beteiligungsstruktur

### Landkreis Leipzig





[M] = Mehrfachbeteiligung, Mehrfachnennungen in der Auflistung sind möglich

## Landkreis Leipzig

Bildung und Kultur	Gesundheit und Soziales	Struktur- und Wirtschaftsförderung
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft 100,00%	Breitband GmbH Landkreis Leipzig 55,20%
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum <i>Zweckverband</i>	Soziale Dienste Muldental gGmbH 0% (100,00%)	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH 23,44%
	Servicegesellschaft Muldental mbH 0% (100,00%)	Invest Region Leipzig GmbH 15,00%
	Kommunaler Sozialverband Sachsen <i>Zweckverband</i>	Regionaler Planungsverband Leipzig- West Sachsen <i>Zweckverband</i>
	Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	

## Landkreis Leipzig

Verkehr	Entsorgung	Sparkasse und IT
Regionalbus Leipzig GmbH 100,00%	KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH 100,00%	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) Zweckverband
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH 19,00%	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen Zweckverband	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH -
Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH 0% (19,00%)	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen Zweckverband	Lecos GmbH -
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH 0% (0,57%)	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH -	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT- Dienstleister e.G. 0%
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) 3,42% (4,10%)	Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG -	KOMM24 GmbH -
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig Zweckverband	Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH -	

Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises Leipzig								
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbandes, Unternehmens	Stammeinlage/Haftungskapital			Verlustabdeckung und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgerschaft- en/sonstige Gewähr- leistungen des Landkreises
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2020 in €	2021 in €	2020 in €	2021 in €	2021 in €
<b>Bildung und Kultur</b>								
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig	-	-	-	3.290.142,80	2.890.246,29	-	-	-
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum	-	-	-	2.063.734,50	2.059.503,70	-	-	-
<b>Gesundheit und Soziales</b>								
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000,00	25.000,00	100,00	-	-	-	-	-
Soziale Dienste Muldental gGmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Servicegesellschaft Muldental mbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Kommunaler Sozialverband Sachsen	-	-	-	30.602.616,90	35.849.556,39	-	-	-
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig	-	-	-	962.800,00	854.509,56	-	-	-
<b>Struktur- und Wirtschaftsförderung</b>								
Breitband GmbH Landkreis Leipzig	25.000,00	13.800,00	55,20	-	-	-	-	-
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	25.600,00	6.000,00	23,44	-	-	-	-	-
Invest Region Leipzig GmbH	150.000,00	22.500,00	15,00	251.609,90	196.266,23	-	-	-
Regionaler Planungsverband Leipzig- Westsachsen	-	-	-	10.300,00	10.300,00	-	-	-

Verkehr								
Regionalbus Leipzig GmbH	500.000,00	500.000,00	100,00	14.977.363,00	15.200.000,00	-	-	-
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	260.000,00	49.400,00	19,00	4.295.300,00	4.839.800,00	-	-	-
Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	51.129,19	-	-	-	-	-	-	-
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	76.050,00	2.600,00	3,42	101.240,90	108.157,16	-	-	-
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	-	-	-	-	-	-	-	-
Entsorgung								
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	331.000,00	331.000,00	100,00	-	-	5.566,05	4.469,85	1.124.550,00
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	-	-	-	108.256,60	111.385,40	-	-	-
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	-	-	-	-	-	-	-	-
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	1.000.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-

Sparkasse und IT								
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	-	-	-	-	-	-	-	-
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	60.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Lecos GmbH	200.000,00	-	-	-	-	-	-	-
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	205.500,00	-	-	-	-	-	-	-
KOMM24 GmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	3.059.279,19	950.300,00		56.663.364,60	62.119.724,73	5.566,05	4.469,85	1.124.550,00





## **Bildung und Kultur**

# Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

04552 Borna

**Rechtsform:** Eigenbetrieb

**Gründungsdatum:** 01.01.2019

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der kommunale Eigenbetrieb Bildung und Kultur setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule und Musikschule zusammen.

Volkshochschulen nehmen den öffentlichen Auftrag entsprechend des Sächsischen Weiterbildungsgesetzes wahr und werden nach der Weiterbildungsförderungsverordnung vom Freistaat Sachsen gefördert. Als verantwortete und geförderte Weiterbildungseinrichtung sind die Volkshochschulen elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge im Landkreis. Gegenstand der Volkshochschulen ist es, Bürgerinnen und Bürgern diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die erforderlich sind, um sich unter den gegenwärtigen und für die Zukunft zu erwartenden Lebensbedingungen in allen Bereichen einer freiheitlich rechtsstaatlich geordneten Gesellschaft zurechtfinden zu können. Dazu machen die Volkshochschulen verlässliche Angebote außerhalb der schulischen Bildungsgänge, der Berufsausbildung und der Hochschulen, insbesondere der allgemeinen und politisch-gesellschaftlichen Bildung, der sprachlichen und beruflichen Bildung, der künstlerischen und kreativen Bildung und der Gesundheitsbildung. Sie übernehmen die dafür erforderliche Beratung. Diese Zwecke werden insbesondere mit der Durchführung von Veranstaltungen, die organisiertes, pädagogisch begleitetes oder selbstgesteuertes Lernen beinhalten, erreicht. Weitere Angebote (z.B. Mehrgenerationenhaus, Berufsqualifikationszentrum, Schullandheim u.Ä.) ergänzen diese Bildungsformate.

Musikschulen sind musische Bildungsstätten. Sie bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der Musik und des Tanzes und leisten damit einen Beitrag zur sozialen und kulturellen Erziehung und Persönlichkeitsbildung. Die Ausbildung im Rahmen des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen bleibt hiervon unberührt. Die Aufgabe der Musikschulen besteht darin, die musikalische Elementarerziehung zu fördern, Nachwuchs für das Laien- und Liebhabermusizieren und für den Tanz auszubilden und Begabungen frühzeitig zu erkennen und zu fördern. Ziel der pädagogischen Arbeit ist es, neben der rein instrumentalen, vokalen bzw. tänzerischen Ausbildung ein umfassendes Verständnis für eine musische Bildung zu wecken; dazu dienen sowohl traditionelle als auch alternative Unterrichtsmodelle. Hier werden entsprechende Lehrveranstaltungen angeboten.

### Kapital:

<keine>

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Betriebsleitung

Herr Dr. Klaus-Dieter Anders (bis 30.09.2021)
---

Herr Dr. Ralph Egler (ab 01.10.2021)
--------------------------------------

### III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	IST 2019	IST 2020	IST 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	3.002.560,50	3.290.142,84	2.890.246,29
Bürgschaften	-	-	-

### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

#### 1. Wirtschafts- und Geschäftsbericht

Mit Wirkung zum 01.01.2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen kommunalen Eigenbetriebe „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt.

Mit Beginn des Schuljahres 2020/2021, zum 01.08.2020, wurden die bisherigen Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ und die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ zur **Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig** sowie die Volkshochschule Muldental und die Volks-hochschule Leipziger Land zur **Volkshochschule Landkreis Leipzig** zusammengeführt. In diesem Zusammenhang erfolgte die 1. Änderung der Betriebssatzung.

In der Geschäftsordnung für den Kommunalen Eigenbetrieb wurden die entsprechenden Zuständigkeiten festgelegt. Der Leiter der Musikschule Landkreis Leipzig vertritt den Betriebsleiter bei Abwesenheit.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis i.H.v. 802.183,35 EUR resultieren i.H.v. 690.753,71 EUR aus nicht verbrauchten Zuschüssen und darüber hinaus sind noch Verbindlichkeiten aus Leistungsverrechnungen i.H.v. 111.429,64 EUR enthalten.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebszweige wird wie folgt erläutert:

#### A) Volkshochschule | Schullandheim

Im Jahr 2020 wurde die Fusion der Volkshochschulen Muldental und Leipziger Land organisational vollzogen. Der Name der neuen Bildungs-/Weiterbildungseinrichtung lautet damit „Volkshochschule Landkreis Leipzig“. Somit entstanden weitere Ressourcen und Chancen, um die Entwicklungen allgegenwärtiger Wandlungen gesamtgesellschaftlicher Bedingungen in der Erwachsenen-/Weiterbildung zu verstehen und zu gestalten.

Die Volkshochschule des Landkreises plante auch im Jahre 2021 mit ihrem klassischen grundständigen Kursangebot ein gemeinnütziges und für jedermann zugängliches Bildungsangebot in den Fachbereichen politische-gesellschaftliche Bildung, Sprachen, Gesundheit, berufliche Bildung, kulturelle Bildung und Grundbildung/Alphabetisierung für den ländlichen Raum auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig.

Dieser Bildungsbeitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge verknüpft sich mit den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raumes an die Ausbringung qualitativ hochwertiger, bedarfs-gerechter und bezahlbarer Bildungs- und Begegnungsangebote flächendeckend vor Ort.

Neben der gegenständlich-logistischen Ermöglichung und Umsetzung eines flächen-deckenden, grundständigen VHS-Angebotes wurden durch erfolgreiche Projektakquise zusätzliche Mittel z.B. vom Sächsischen Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) oder von verschiedenen Bundesministerien für weitere innovative Themenangebote eingeworben. Dazu gehören z.B. Projekte zur eigenen Mitarbeiterfortbildung, für Schüler „Junior Ranger“ oder Ferienkurse für „talentCAMPus“.

Das Projekt Mehrgenerationenhaus (MGH) in Markranstädt wird seit 2008 erfolgreich fortgeführt und jährlich durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben gefördert – im Jahr 2021 mit 41.000,00 EUR.

Durch die Zusammenarbeit mit anderen anerkannten Trägern der sächsischen Erwachsenenbildung/Weiterbildung wurden verschiedene Projekte, wie z.B. das Projekt zum Sonderschwerpunkt im Auftrag des Landesamtes für Schule und Bildung zur „Politischen Bildung“ und der „Ökonomischen, ökologischen und digitalen Grundbildung“, fortgeführt.

Das Schullandheim bietet Schulklassen die Möglichkeit, für eine Woche das Klassenzimmer mit den Erlebnissräumen in der Natur zu tauschen. Pandemiebedingt musste das Schullandheim im Wirtschaftsjahr 2021 überwiegend geschlossen bleiben: von Januar bis August sowie vom 15.11. bis 31.12.2021, was einer Auslastung von 24% entspricht. Hinsichtlich der Umsatzerlöse wurde ein Ergebnis von 21.669,00 EUR erreicht; diese liegen damit 68.300,00 EUR unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes (90.000,00 EUR).

An der Volkshochschule wurden im Jahr 2021 insgesamt 652 Kurse mit 16.341 Unterrichtsstunden sowie 6.151 Teilnehmenden durchgeführt. Damit ergibt sich eine Reduzierung der Kursausbringung gegenüber 2019 in Höhe von 66% und eine Minderung an Teilnehmenden in Höhe von 72%.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 844.490,06 EUR ohne die Betrachtung der sonstigen Umsatzerlöse (hier: MA-Einsatz Gesundheitsamt in Höhe von 434.773,06 EUR).

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich lagen für die Volkshochschule mit 561.790,16 EUR unter den Ansätzen des Wirtschaftsplanes.

Der Grund liegt darin, dass in Folge der Pandemie im betreffenden Wirtschaftsjahr zweimal die laufenden Bildungsangebote „unterbrochen“ worden, und damit zusätzliche Verwaltungsprozesse bis hin zu umfänglichen Entgeltrückzahlungen mit großem Aufwand verknüpft waren. Das forderte zusätzliche personelle und materielle Ressourcen.

Das Frühjahrssemester 2021 fand bis auf vereinzelte Online-Formate gar nicht statt. Erst ab Juni konnte infolge der geänderten Gesetzeslage der Kursbetrieb wieder aufgenommen werden. Der Semesterstart im Herbst bzw. die Fortführung der Kurse erfolgte dann unter strengen Hygieneauflagen, wobei sich auf Grund der notwendigen Distanzformate, vor allem im Gesundheitsbereich, große Herausforderungen mit Blick auf die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten ergaben. Im Kern bedeutete das: Neuanmietungen von Unterrichtsräumen oder die Halbierung der Anzahl der Teilnehmenden in den Kursen. Damit verzeichneten wir höhere Kursausbringungskosten bei gleichzeitigen Entgeltausfällen. Mit dem Neustart im Juni 2021 bemühten wir uns, einen Kursbetrieb über die Sommermonate in reduzierter Form vorzuhalten. Es entstanden zudem gute Voraussetzungen für ein vollumfängliches Kurs- Programm im

Herbst-/Wintersemester. Durch die erneute Schließung der Bildungseinrichtung in den Monaten November und Dezember verringerten sich jedoch die ausgebrachten Stunden und die Teilnehmendenzahl insgesamt entsprechend beträchtlich.

Die Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises Leipzig (KJC) konnte dagegen, auch durch den Einsatz digitaler und anderer mobiler Formate, ohne Einschränkungen während der Pandemie fortgeführt werden.

Die Erträge aus der Arbeit im BerufsQualifikationsZentrum lagen mit 134.854,71 EUR unter dem Planansatz. Die in diesem Betriebszweig geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten zudem einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Die vom Plan abweichenden Ergebnisse haben ihre Ursache darin, dass das Auftragsvolumen mit dem KJC in der Regel erst nach Erstellung des Wirtschaftsplanes verhandelt werden kann.

Der Rückgang an Umsatzerlösen in Höhe von 19.522,80 EUR im Bereich Migration Deutsch als Fremdsprache (DaF) sowie Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zum Vergleichszeitraum des Vorjahres ergibt sich gleichfalls aus den bereits dargestellten Gründen der Einschränkungen durch die Pandemie.

### **B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig**

Im Haushaltjahr 2021 unterbreitete die Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an fünf Hauptstandorten, 24 weiteren Unterrichtsorten und in 43 Bildungseinrichtungen in Kooperation. Dieser Unterricht wurde im Jahr 2021 von insgesamt 3.246 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen; hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. das Programm des Verbandes deutscher Musikschulen „Jedem Kind ein Instrument“. An diesem Projekt nahmen ca. 650 weitere Schülerinnen und Schüler teil.

An der Musik- und Kunstschule wurden durchschnittlich 1.550 Jahreswochenstunden unterrichtet.

Bedingt durch die Corona-Schutz-Verordnungen des Freistaates Sachsen war der Unterrichtsbetrieb im ersten Halbjahr zum Teil erheblich beeinträchtigt. Von Jahresbeginn bis 12.02.2021 war jeglicher Präsenzunterricht untersagt. Ab dem 15.02.2021 fand instrumentaler und vokaler Einzelunterricht für besondere Ausnahmen statt. Ab dem 08.03.2021 wurde der Unterrichtsbetrieb für den Einzelunterricht unter Voraussetzung einer durchgehenden Testung auf SARS-CoV-2 der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte wieder aufgenommen. Gruppenunterricht war weiterhin untersagt. Ab Mai folgte eine Regelung, die den Unterrichtsbetrieb in Abhängigkeit von den Inzidenzzahlen im Landkreis gestattete. Auf Grundlage dieser Regelung war der Unterrichtsbetrieb ab 31.05.2021 wieder vollumfänglich möglich. In den wenigen, verbleibenden Wochen bis zum Schuljahresende konnte kein Unterrichtsbetrieb im Bereich der Musikalischen Früherziehung aufgenommen und die Angebote in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen mussten vorübergehend komplett ausgesetzt werden. Der Tanzunterricht wurde zum großen Teil zum Abschluss des Schuljahres wieder aufgenommen. Dies war den intensiven Bemühungen der Tanzpädagoginnen, die Motivation der Schülerinnen und Schüler während der Zeit der Einschränkungen durch digitale Angebote zu erhalten, zu verdanken.

Mit Beginn des neuen Schuljahres 2021/2022 startete der Unterrichtsbetrieb wieder mit dem kompletten Angebot. Ein deutlicher Rückgang der Belegungszahlen war ausschließlich im Fachbereich Tanz in den mittleren Jahrgängen im Alter zwischen der 4. und 8. Klasse zu verzeichnen. Die Einführung der 3G-Regelung für den Besuch des Unterrichts ab 05.10.2021 führte zu geringen Unterrichtsausfällen, die durch alternativen Unterricht ausgeglichen werden konnten. Ab 22.11.2021 war der Unterricht in Präsenz nur für Schülerinnen und Schüler gestattet, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Da 85% der Schülerinnen und

## Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

Schüler von dieser Regelung nicht betroffen waren und zusätzlich Ausnahmen für Schülerinnen und Schüler galten, die sich auf eine musikalische Berufsausbildung, eine Prüfung oder einen Wettbewerb vorbereiteten, waren auch durch diese Regelung keine nennenswerten Ausfälle zu verzeichnen.

Am 19.05.2021 hat der Kreistag die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig im Kommunalen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ beschlossen. Diese Änderung sieht eine Erhöhung der Unterrichtsgebühren um durchschnittlich 14%, die Einführung einer Mindestunterrichtsstundenzahl von 36 Einheiten im Schuljahr und eine Anpassung der Unterrichtsgebühren in den Folgejahren um je 1,5% durch eine Gleitklausel vor. Die Satzung trat am 01.08.2021 in Kraft.

\*\*\*

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2021 lässt sich für den Gesamtbetrieb folgendes feststellen:

	<b>Plan 2021</b>	<b>Ist 2021</b>	Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)
	TEUR	TEUR	
1. Umsatzerlöse	3.597,90	2.437,28	Mindereinnahmen aus pandemiebedingter Schließung der Betriebszweige
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.134,75	4.559,35	
<b>Erträge GESAMT</b>	<b>8.732,65</b>	<b>6.996,63</b>	
3. Materialaufwand	1.755,99	912,93	Verminderte Honorarzahlgungen durch pandemiebedingte Schließung der Betriebszweige
4. Personalaufwand	5.115,88	4.555,54	Aktualisierung LG nach Tarifabschluss, Entgeltfortzahlung durch Krankenkasse
5. Abschreibungen	493,60	420,75	weniger Investitionen
6. Sonstiger Aufwand	1.366,38	1.106,40	Senkung durch pandemiebedingte Schließung der Betriebszweige
7. Sonstige Zinsen und Erträge	0,00	0,21	
8. Ergebnis nach Steuern	0,80	0,80	
9. sonstige Steuern	0,80	0,80	
<b>Aufwendungen GESAMT</b>	<b>8.732,65</b>	<b>6.996,63</b>	
<b>Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	

Darüber hinaus wird für die beiden Betriebszweige wie folgt ausgeführt:

**A) Volkshochschule Landkreis Leipzig**

	EUR
1. Umsatzerlöse	1.446.251,88
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.819.229,73
- davon Zuschuss Landkreis	882.862,30
3. Materialaufwand	377.648,53
4. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	1.695.135,00
b) Soziale Abgaben incl. Altersvorsorge	388.114,17
5. Abschreibungen	178.994,55
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	589.045,78
7. Sonstige Zinsen und Erträge	44,58
8. Interne Verrechnung mit Musikschule (-)	36.000,00
9. Ergebnis nach Steuern	499,00
10. Sonstige Steuern	499,00
<b>11. Jahresüberschuss (+) /</b>	
<b>    Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>

Der Volkshochschule wurde im Wirtschaftsjahr 2021 auf Antrag eine Landeszuwendung nach §§ 2, 3, 4 Abs. 1 und § 6 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Förderung der Weiterbildung (Weiterbildungsförderungsverordnung – WbFöVO) vom 15.10.2008 in Höhe von 599.142,70 EUR gewährt.

403.137,70 EUR des zugesagten Zuschusses zum Verlustausgleich des Landkreises wurden nicht benötigt. Der Grund dafür liegt in der Verminderung der Abschreibungen, Honorare und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie der Personalkosten auf Grund von Aktualisierungen nach Tarifabschluss und Entgeltfortzahlung durch die Krankenkassen.

**B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig**

	EUR
1. Umsatzerlöse	991.034,91
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.740.122,99
- davon Zuschuss Landkreis	2.007.383,99
3. Materialaufwand	535.283,70
4. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	1.947.629,71
b) Soziale Abgaben incl. Altersvorsorge	524.662,34
5. Abschreibungen	241.761,72
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	517.351,65
7. Sonstige Zinsen und Erträge	160,78
8. Interne Verrechnung mit Volkshochschule (+)	36.000,00
9. Ergebnis nach Steuern	308,00
10. Sonstige Steuern	308,00
<b>11. Jahresüberschuss (+) /</b>	
<b>    Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>

Die Musik- und Kunstschule erhielt im Wirtschaftsjahr 2021 für die Arbeit der Musikschulen Fördermittel des Freistaates Sachsen in Höhe von 433.653,00 EUR.

287.616,01 EUR des zugesagten Zuschusses zum Verlustausgleich des Landkreises wurden nicht benötigt. Der Grund dafür liegt in den Abweichungen der Personalkosten. Die Aufwendungen für Gehälter und gesetzliche Sozialaufwendungen sind um 379.477,95 EUR geringer ausgefallen als im Wirtschaftsplan berechnet. Bei den Aufwendungen für Honorare liegt die Differenz bei 64.716,30 EUR. Damit einher gehen deutlich geringere Umsatzerlöse durch Gebühreneinnahmen. Diese Abweichungen sind ausschließlich auf die pandemie-bedingten Einschränkungen im ersten Halbjahr des Wirtschaftsjahres 2021 zurückzuführen.

**2.) Prognose**

**A) Volkshochschule Landkreis Leipzig | Schullandheim**

Auf Grund der auch 2021 fortgesetzten Rahmenbedingungen für das Angebot und die Ausbringung von VHS-Kursen und -Veranstaltungen sowie Belegungen im Schullandheim ist für das Jahr 2022 und absehbar darüber hinaus mit großen Mindereinnahmen zu rechnen.



Wir gehen dabei von folgenden Rahmenbedingungen aus:

- Pandemiebedingt und vor dem Hintergrund der geltenden behördlichen Anordnungen zu einem Hygienemanagement gestalten sich selbst vereinzelt zugelassene Präsenzformate sehr aufwändig und kostenintensiv. Das betrifft z.B. besondere Hygienemaßnahmen wie Testungen oder Kleingruppenformate bis Einzelcoaching in entsprechenden Räumlichkeiten.
- Neben diesen strukturbedingten verringerten Teilnehmerzahlen – die entsprechend auch zu geringeren Einnahmen führen – gehen wir auch weiterhin von einer größeren Vorsicht und Zurückhaltung in der Bevölkerung aus, da die Gruppensituationen in geschlossenen Räumen vermieden werden.
- Ein weiterer Grund für einen signifikanten Rückgang der Teilnehmerzahlen liegt in neuen privaten und beruflichen Lebenssituationen. Vermehrte Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und unsichere (wirtschaftliche) Zukunftsaussichten werden das Weiterbildungsverhalten mit beeinflussen.
- Viele der abgebrochenen Kurse lassen sich aus Raumgründen, aus Termingründen der Kursleitenden oder aus Gründen bei den ehemals Teilnehmenden nicht nachholen. Andere Kurse, bei denen dies gelingen könnte, müssten u.U. geteilt werden, da die ehemalige Gruppengröße den Verhältnissen im zweiten Semesterhalbjahr weiterhin nicht entsprechen könnten. Dazu müssen zusätzliche Kursräume und auch Kursleitende zur Verfügung stehen.
- Die Volkshochschule wird ab September zwar in den gewohnten Semesterrhythmus einsteigen; diese Startphase in das neue reguläre Herbstsemester wird allerdings weiterhin mit den oben genannten pandemiebedingten Nachwirkungen zu kämpfen haben. In der aktuellen Prognose gehen wir davon aus, dass wir 2022 im Bereich klassische VHS etwa 12.000 UE erreichen werden. Das entspricht etwa 45% des Planansatzes 2022.
- Eine Stabilisierungsphase zum Jahresende ist aus heutiger Sicht nicht absehbar.

Die Dimension der Ungewissheit der vorstehend geschilderten Eventualitäten erschwert zum jetzigen Zeitpunkt eine seriöse Prognose konkreter Einnahmeverluste und Minderausgaben. Hierzu müssen zum Halbjahr 2022 belastbare Aussagen folgen.

## **B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig**

Auch im Jahr 2022 ist mit pandemiebedingten Einschränkungen zu rechnen. Erfahrungswerte der ersten beiden Pandemiejahre zeigen, dass vor allem mit Blick auf die Herbst- und Wintersaison mit Einschränkungen im Unterrichts- und Veranstaltungsbetrieb zu rechnen ist.

Für den Beginn des Schuljahres 2022/2023 wird mit einer Zunahme der Jahreswochenstunden auf 1.650 gerechnet. Damit wäre das Vor-Pandemie-Niveau wieder erreicht

## **C) Allgemein**

Für den gesamten Eigenbetrieb wird eingeschätzt, dass auch im Wirtschaftsjahr 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis vorgelegt werden kann. Entsprechend dem Wirtschaftsplan 2022 sind Erlöse und Aufwendungen in einer Gesamthöhe von 8.576.867,00 EUR geplant.

### **3.) Chancen und Risiken**

#### **A) Allgemein**

In den Beratungen der Betriebsleitung wird das Risikomanagement für den Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2022 fortgeschrieben. Bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird auf die Punkte 1 und 2 des Lageberichts verwiesen. Darüber hinaus wird wie folgt festgestellt:

- Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustausgleich) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2022 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- Hinsichtlich der Corona-Pandemie bedingten Mehraufwendungen bzw. Mindererträgen ist der Eigenbetrieb im ständigen Austausch mit dem Landkreis als Träger des Eigenbetriebes. Die Höhe eines möglichen Defizites ist im Halbjahresbericht darzustellen.
- Im Ergebnis mehrerer Gespräche mit den Sparkassen Leipzig und Muldental konnten Verträge für Sponsoring für 2021 und Folgejahre geschlossen werden. Gleichzeitig erhält der Eigenbetrieb Zuwendungen in Form von Spenden.
- Im Bereich der für 2023 avisierten Umsatzsteuerpflicht für Kommunen zeigt sich für beide Betriebszweige des Eigenbetriebes noch grundsätzlich Unklarheit. Die Dachverbände in Bund und Land gehen aber nach wie vor davon aus, dass die Bildungsdienstleistungen von anerkannten Trägern der Weiterbildung grundsätzlich von der Umsatzsteuer befreit werden. Der Koalitionsvertrag Bund macht da Hoffnung. Ziel ist es, dass die genannten Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag zeitnah umgesetzt werden.
- Für die Übertragung weiterer kommunaler Liegenschaften an den Eigenbetrieb ist eine Erhöhung der Aufwendungen für Betriebskosten und Abschreibungen sowie des Zuschusses des Landkreises bei der Wirtschaftsplanung zu berücksichtigen.
- Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Trotzdem sollte die Akquise und Umsetzung von thematischen Fördermittelprojekten aus Landes- und Bundesmitteln ausgebaut werden.
- Aktuelle Urteile der Sozial- und Arbeitsgerichte hinsichtlich der Beurteilung von Honorarverträgen an Volkshochschulen und Musikschulen stellen ein latentes Risiko dar.
- Die Liquidität des Eigenbetriebes ist durchgängig gegeben, so dass hier keine Risiken prognostiziert werden.
- Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.
- Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risiko-früherkennungssystem. Dies beinhaltet
  - Risikoidentifikation,
  - Risikobewertung,
  - Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
  - Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
  - Dokumentation.

- Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

## **B) Volkshochschule Landkreis Leipzig | Schullandheim**

- Die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften auf Honorarbasis für eine wohnortnahe Ausbringung von Bildungsdienstleistungen in der gesamten Fläche des Landkreises Leipzig bleibt weiterhin Kern der Risikoeinschätzung für die künftige VHS-Arbeit.
- Strukturell und logistisch erweist es sich als Risiko, dass für angebotene und oft gut gebuchte Kurse nur sehr schwer fachlich qualifizierte Dozenten in der Fläche gewonnen werden können. Diese Entwicklung lässt sich nur teilweise durch höhere Honorare ausgleichen. Für die Zukunft der Volkshochschulen wird dies, auch nach Einschätzung der Landes- und Bundesverbände der Volkshochschulen zu einer ernsthaften Herausforderung.
- Bezüglich der Landesförderung für anrechnungsfähige grundständige Unterrichtseinheiten gilt mindestens, dass der aktuelle Fördersatz pro Unterrichtseinheit Grundförderung auch für die Wirtschaftsjahre 2022/2023 überrollt wird. Als Berechnungsgrundlage für die Landesförderung 2022/2023 dienen voraussichtlich weiterhin die geleisteten Stunden des Jahres 2019. In der Haushaltplanung des Freistaates für 2022/2023 kann zudem mit zusätzlichen Fördermitteln für die anerkannten sächsischen Erwachsenenbildungseinrichtungen für Personal, Sachkosten und Investitionen in den Bereichen politische-gesellschaftliche Bildung, Grundbildung, Digitalisierung und Inklusion gerechnet werden.
- Die bis dato als Risiko eingestufte mögliche Verringerung des Auftragsvolumens seitens des Kommunalen Jobcenters (KJC) im Bereich des Berufsqualifikations-Zentrums hat sich insofern relativiert, als dass für die Jahre 2021 bis 2024 ein längerfristiger Vertrag mit dem KJC abgeschlossen werden konnte.
- Die mit Blick auf den Punkt Geschäftsverlauf beschriebene Situation im Bereich Migration DaF/DaZ stellt weiterhin ein zusätzliches äußeres Risiko dar. Die zu erwartende Zunahme an DeuFöV-Kursen (Berufssprachkurse) konnte, abgesehen von den aktuellen pandemischen Einschränkungen, zur Abmilderung dieser Entwicklungen beitragen. Wie bereits im letzten Lagebericht ausgeführt, könnten Maßnahmen zur beruflichen und kulturellen Integration von Zugewanderten neben dem sprachlichen ein weiterer profilbildender Arbeitsschwerpunkt für die Institution Volkshochschule sein. Es ist weiterhin zu erwarten, dass sich aus der gesellschaftlichen Herausforderung der beruflich-betrieblichen Integration von Migranten neben den zurückgehenden allgemeinen Sprachkursen ein weiteres Arbeitsfeld für die Volkshochschulen in diesem Kontext ergeben könnte. Das indiziert die bereits angesprochene Zunahme von Sprachkursen mit beruflicher Orientierung (DeuFöV-Kurse). Allerdings fehlen aus unserer Sicht diesbezüglich systematische, überschaubare Förderstrukturen, die eine entsprechende Beteiligung von Volkshochschule möglich machen.
- Als Chance und große Organisationsanforderung ist die systematische Weiterarbeit an der Adaption der QM-Systeme der beiden ehemaligen Volkshochschulen zum einheitlichen Qualitätsmanagementsystem QES<sup>plus</sup>, inklusive der Zertifizierung nach AZAV, der Volkshochschule des Landkreises Leipzig zu bewerten.
- Das übergeordnete Ziel der Anstrengungen der gesamten Einrichtung besteht darin, alles dafür zu tun, die Bildungseinrichtung Volkshochschule krisenfester zu konditionieren. Im Kern muss es darum gehen, Volkshochschule als Bildungsträger weiter zu

stärken, um die Teilhabe der Menschen auch in Krisenzeiten zu ermöglichen. Diese Zielstellung schließt gleichfalls ein, dass die Volkshochschule künftig in möglichen pandemischen Kontexten die Gelegenheit bekommt, mit ihren personellen Ressourcen an der Umsetzung zu arbeiten. Eine über Jahre wiederkehrende mehrmonatige Distanz der Mitarbeitenden zu den Herausforderungen ihrer eigentlichen Profession, wird die Volkshochschule als Institution mit Blick auf ihren traditionellen Bildungsauftrag zunehmend schwächen. Hinsichtlich der Herausforderung zur digitalen Wissensbereitstellung reift in unserer Einrichtung die Vorstellung, durchgängig hybride Kursformate anzubieten. Damit würde sich gleichzeitig das Angebot der Volkshochschule für eine mobile Teilnehmerschaft eröffnen. Zudem wird damit fast subversiv ein Prozess der schrittweisen Heranführung, auch der älteren Teilnehmerschaft, an digitale Formate probiert.

### **C) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig**

- Das größte Risiko für die Musik- und Kunstschule geht von den Entwicklungen durch die Corona-Pandemie aus. Sollte der Unterricht in Präsenz wiederholt über einen längeren Zeitraum ausfallen müssen, wäre mit einem Rückgang der Belegungszahlen und der Gebühreneinnahmen zu rechnen. Vor allem der Unterricht im Fachbereich Tanz und im Fachbereich Musikalische Früherziehung wäre davon besonders betroffen.
- Durch die Coronapandemie stehen alle in der Herbst- und Wintersaison geplanten Veranstaltungen und Konzerte der Musik- und Kunstschule unter dem Risiko, dass sie nicht stattfinden können. Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Veranstaltungen eine entscheidende Säule. Die Reichweite des Angebots wäre damit eingeschränkt.
- Durch das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ kommen an den Standorten Wurzen und Borna alle Grundschülerinnen und -schüler mit der Musik- und Kunstschule in Kontakt und haben die Gelegenheit sich auf einem Instrument ihrer Wahl auszuprobieren. Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch den Freistaat Sachsen über den Landesverband deutscher Musikschulen Landesverband Sachsen e.V. Es zeichnet sich ab, dass das Projekt zunehmend unterfinanziert ist. Anpassungen in der Honorarhöhe für die Lehrkräfte oder für die zunehmende Schülerzahl an Grundschulen wurden seit mehr als zehn Jahren nicht vorgenommen. Die Akquise neuer Schüler durch das Projekt ist damit risikobehaftet, sodass nicht sicher ist, ob die Nachwuchsarbeit in der aktuellen Form fortgesetzt werden kann.
- Der Bescheid über die Landesförderung liegt für das aktuelle Geschäftsjahr vor. Durch die aktuellen Verhandlungen im Landtag zu einer Überarbeitung der Förderrichtlinie Musikschulen/Kulturelle Bildung des Freistaates Sachsen ist die Höhe der Landeszuwendung für die kommenden Geschäftsjahre nicht vorauszusehen und damit risikobehaftet. Ein erhöhtes Risiko bei der Akquise weiterer Fördermittel kann nicht festgestellt werden. Die Mittel werden direkt projektbezogen eingeworben.
- Chancen für die Musik- und Kunstschule ergeben sich aus dem voranschreitenden Ausbau von Kooperationen mit Grundschulen und weiterführenden Schulen. Hier ergeben sich Möglichkeiten den Alltag für Kinder und Jugendliche so zu gestalten, dass sich kulturelle und musische Bildung mit dem allgemeinbildenden Schulbetrieb im Alltag immer besser verknüpfen lassen. So können mehr Kinder und Jugendliche vom Angebot der Musik- und Kunstschule profitieren.
- Ein weiteres Risiko ergibt sich für die Musikschule langfristig aus der Personalsituation. Ein sich abzeichnender Fachkräftemangel legt nah zu prognostizieren, dass es künftig nicht ausreichend Lehrkräfte auf Honorarbasis für die avisierten Angebote geben wird, da die Honorarsätze unter denen der umliegenden Großstädte liegen.

#### **4.) Finanzbeziehungen zum Landkreis**

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig spiegeln sich im Wirtschaftsjahr 2021 insbesondere in folgenden Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltsplanes des Landkreises,
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u.ä.) und
- c) Zuschuss des Trägers für die Baumaßnahme Musikschulgebäude, 04552 Borna, Deutzener Straße 24.

Kredite wurden nicht getätigt.

Borna, den 30. Juni 2022

Dr. Ralph Egler

Betriebsleiter

# Zweckverband Kulturring Leipzig Raum

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Nicolaistraße 12  
04668 Grimma  
Tel.: 03437/7088100  
E-Mail: [kultursekretariat@kultur-leipzigerraum.de](mailto:kultursekretariat@kultur-leipzigerraum.de)  
Webseite: <https://www.kultur-leipzigerraum.de>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 01.08.1994

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Kulturring fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform.

Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

### Kapital:

Gesamtstimmen	4 Stimmen
---------------	-----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Kulturrat

#### Verbandsvorsitz

Herr Henry Graichen

### Kultursekretariat

#### Verbandsdirektor

Herr Sebastian Miklitsch

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Landkreis Leipzig	50 %	2
Landkreis Nordsachsen	50 %	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	1.938.047,97	2.063.734,53	2.059.503,70
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lag der Jahresabschluss zum 31.12.2021 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Im Folgenden werden die Daten zu den Jahresabschlüssen 2019 und 2020 nachgereicht, da diese bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2019 ff. noch nicht vorlagen.*

##### Bericht für das Geschäftsjahr 2019

Der Jahresabschluss ist nach § 88 Abs. 2 SächsGemO um einen Anhang zu erweitern. Darin sind nach § 52 SächsKomHVO insbesondere bestimmte Pflichtteile zu thematisieren:

##### 1 Abweichung von Bilanzstetigkeit und ergänzende Gliederung der Bilanzpositionen

Die Form der Darstellung der Vermögensrechnung ist im Vergleich zum Jahresabschluss des Vorjahres unverändert. Ergänzen Bilanzpositionen wurden nicht aufgenommen.

##### 2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Für die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden des Kulturraums wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze aus der Dienstanweisung zur Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden des Kulturraumes Leipziger Raum (DA Bewertung und Inventur) vom 10.12.2019 mit Wirkung ab dem 01.01.2018 angewandt.

Es wurde für alle Vermögensgegenstände zum 31.12.2019 eine körperliche Inventur gemäß der DA Bewertung und Inventur durchgeführt.

##### Nutzungsdauer und planmäßige Abschreibung für Vermögensgegenstände

Bei abnutzbaren Vermögensgegenständen wurde für die Ermittlung der Nutzungsdauer die jeweilige Wertuntergrenze der Tabelle „Abschreibungstabelle“ aus der Anlage der Sächs-KomHVO herangezogen, wie in der DA Bewertung und Inventur festgelegt. Die planmäßige Abschreibung erfolgt dabei grundsätzlich linear, d. h. über die Nutzungsdauer in gleichen Monatsraten.

##### Vorratsvermögen

Der Kulturraum betreibt keine Lagerhaltung, weshalb kein Vorratsvermögen bewertet werden musste.

##### Forderungen und liquide Mittel

Forderungen bestehen gegenüber dem SMWK mit den offenen Beträgen der Kofinanzierungsanteile für das Strukturprojekt der Stadt Bad Dübener Heide zur Umstrukturierung des Museums Burg Dübener Heide sowie für das Investitionsprojekt des Haynaer Strandverein e. V. zur Vergrößerung des Zuschauerbereichs, nach erfolgter Verwendungsnachweisprüfung in einem Förderverfahren



gegenüber einem Zuwendungsempfänger, gegenüber der Deutschen Rentenversicherung für die Zahlung eines Eingliederungszuschusses für einen Mitarbeiter des Kulturraumes sowie gegenüber dem Kommunalen Schadensausgleich aufgrund einer Überzahlung im Rahmen der jährlichen Umlage. Die Bewertung der liquiden Mittel erfolgt mit dem Zahlenwert in Euro der Kontoauszüge zum 31.12.2019. Eine Barkasse wird im Kulturraum nicht geführt.

#### Rückstellungen

Rückstellungen sind grundsätzlich in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geschätzten Erfüllungsbetrages angesetzt. Dabei sind alle bis zum Bilanzstichtag entstandenen und bis zu einem Jahr nach Bilanzstichtag erkennbaren Risiken berücksichtigt.

#### Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich im Haushaltsjahr 2020 bzw. 2021 realisierte.

### **3 Erläuterungen zu den Bilanzpositionen**

#### Anlagevermögen

	<b>Haushaltsjahr 2018</b>	<b>Haushaltsjahr 2019</b>
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	4,00 Euro	4,00 Euro
<b>Sachanlagevermögen</b>	121.594,94 Euro	125.130,39 Euro
<b>Kunstgegenstände</b>	114.773,18 Euro	113.773,18 Euro
<b>Betriebs- und Geschäftsausstattung</b>	6.821,76 Euro	11.357,21 Euro

Die Höhe des Anlagevermögens stieg von 121.598,94 Euro im Vergleich zum Vorjahr um 3.535,45 Euro auf 125.134,39 Euro. Im Rahmen der Inventur zum 31.12.2019 musste festgestellt werden, dass das Kunstwerk „Marktfiguren“ (Steinguss von Jürgen Raiber, 4-teilig), was dauerhaft an den Landkreis Leipzig verliehen ist und vor dem Landratsamt in Borna steht, nur noch aus drei Figuren besteht. Nach Abschluss der Inventur wurde das Kunstwerk mit einem Anschaffungswert von 4.000,00 Euro um 1.000,00 Euro außerplanmäßig abgeschrieben, was die Minderung der Position Kunstgegenstände erklärt. Zudem wurden im Jahr 2019 zwei Arbeitsplätze mit neuen Notebooks inklusive Bildschirmen im Gesamtwert von 3.522,87 Euro ausgestattet und ein neuer Server für 4.705,59 Euro gekauft. Die Veränderung des Anlagevermögens beruht neben diesen Abschreibungen und Anschaffungen auf den planmäßigen Abschreibungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 3.361,80 Euro sowie der Verschrottung von zwei PCs, welche schon abgeschrieben waren und daher nur noch einen Erinnerungswert von jeweils 1,00 Euro aufwiesen sowie der Verschrottung des alten Servers, welcher nach über 6 Jahren Nutzungsdauer noch einen Restbuchwert von 329,21 Euro hatte.

Aktive Sonderposten für an Dritte geleistete Investitionszuschüsse bildet der Kulturraum auf Basis des Wahlrechts nach § 36 Abs. 8 SächsKomHVO nicht.

Damit macht das Anlagevermögen 6,59 Prozent der Bilanzsumme aus. Im Vorjahr lag der Anteil bei 6,63 Prozent der Bilanzsumme.



Umlaufvermögen

	Haushaltsjahr 2018	Haushaltsjahr 2019
<b>Öffentlich-rechtliche Forderungen und</b>		
<b>Forderungen aus Transferleistungen</b>	244.507,05 Euro	167.169,94 Euro
<b>Privatrechtliche Forderungen</b>	39,13 Euro	58,05 Euro
<b>Liquide Mittel</b>	1.469.264,51 Euro	1.607.101,40 Euro

Das Umlaufvermögen hat sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2018 von 1.713.810,69 Euro auf 1.774.329,39 Euro erhöht. Davon bilden die liquiden Mittel einen Anteil von 90,58 Prozent, welcher im Vorjahr noch 85,73 Prozent betragen hat.

Die wertberichtigten Forderungen gegenüber der Denkmalschmiede Höfgen gGmbH wurden, nach Abschluss des Insolvenzverfahrens zum 07.03.2019 sowie gegenüber dem Kulturverein Schloss Machern e. V., nach dem Schlussbericht des Insolvenzverwalters vom 23.05.2017, beide, mit Beschluss des Konvents vom 23.06.2020, unbefristet niedergeschlagen. Somit sind diese mit dem Jahresabschluss 2019 nicht mehr in den Bilanzkonten aufgeführt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag

Die Bilanzpositionen „aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ und „nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag“ weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

Kapitalposition

	Haushaltsjahr 2018	Haushaltsjahr 2019
<b>Basiskapital</b>	1.085.840,33 Euro	1.085.840,33 Euro
<b>Rücklagen aus Überschüssen des</b>		
<b>Ordentlichen Ergebnisses</b>	274.694,09 Euro	491.014,81 Euro
<b>Fehlbeträge</b>	0,00 Euro	0,00 Euro

Die Kapitalposition erhöht sich zum Ende des Haushaltsjahres 2019 um 216.320,72 Euro auf 1.576.855,14 Euro. Zu den bestehenden Rücklagen kommt der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses aus dem Haushaltsjahr 2019 hinzu, wodurch nun Rücklagen in Höhe von 491.014,81 Euro gebildet werden. Ein Fehlbetrag aus Vorjahren besteht nicht.

Das Basiskapital ist seit der Eröffnungsbilanz und der Korrektur im Haushaltsjahr 2013 in der Höhe unverändert.

Im Haushaltsjahr gab es keine außerordentlichen Erträge. Außerordentliche Aufwendungen liegen aufgrund von Verschrottung veralteter bzw. unbrauchbarer IT bei 1.331,21 Euro.

Sonderposten

Passive Sonderposten weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

## Rückstellungen

	<b>Haushaltsjahr 2018</b>	<b>Haushaltsjahr 2019</b>
<b>Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren</b>	26.786,29 Euro	42.800,00 Euro
<b>Rückstellungen für sonstige vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen</b>	25.000,00 Euro	16.000,00 Euro

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Hauptgrund ist die Rückstellung des Förderanteils des Kulturraumes für das Investitionsprojekt des Haynaer Strandverein e. V. in Höhe 42.800,00 Euro. Die bisher bestehenden Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren sind mit den Abschlüssen der Insolvenzverfahren der Denkmalschmiede Höfgen gGmbH sowie des Kulturverein Schloss Machern e. V., wonach keine Verpflichtungen des Kulturraumes aus diesen Verfahren mehr erwartet werden, vollständig aufgelöst wurden. Zudem konnte die Verpflichtung gegenüber der Künstlersozialkasse festgestellt und beglichen werden. Die Rückstellung dazu in Höhe von 5.000,00 Euro wurde genutzt und der Restbetrag ertragswirksam aufgelöst. Zudem wurden die Rückstellungen für die Jahresabschlussprüfungen der Haushaltsjahre 2014 und 2015 genutzt und der Restbetrag aufgelöst. Die bestehenden Rückstellungen für sonstige vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen sind nun ausschließlich auf die zu erwartenden Prüfkosten für die noch ausstehenden Jahresabschlüsse 2016 bis 2019 zurückzuführen.

## Verbindlichkeiten

	<b>Haushaltsjahr 2018</b>	<b>Haushaltsjahr 2019</b>
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	32.033,67 Euro	18.977,11 Euro
<b>Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	294.262,75 Euro	188.616,40 Euro
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	96.792,50 Euro	56.215,13 Euro

Regelmäßig sind die Verbindlichkeiten zu einem großen Teil durch noch ausstehende Zahlungen an die Landkreise Leipzig und Nordsachsen aufgrund der Betreuung des Kultursekretariates begründet. Zum 31.12.2019 beträgt dieser Anteil 65.363,18 Euro. Zusätzlich sind Verbindlichkeiten in Höhe von 166.620,00 Euro für die Struktur- und Investitionsprojekte der Stadt Bad Dübener Heide sowie des Haynaer Strandverein e. V. aufgeführt, welchen 161.200,00 Euro SMWK-Anteil als Forderungen gegenüberstehen. Ein weiterer Betrag in Höhe von 21.996,40 Euro ist in noch ausstehenden Förderungen begründet.

## Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungsposten weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

## **4 Verwendung liquider Mittel aus Rückstellungen**

Angesammelte langfristige Rückstellungen für das Investitionsprojekt des Haynaer Strandverein e. V. und die Prüfkosten der noch ausstehenden jeweiligen Jahresabschlüsse werden ebenso wie weitere liquide Mittel weiterhin ausschließlich auf einem Tagesgeldkonto bei der Deutschen Kreditbank geführt. Eine Trennung zu anderen Sichteinlagen wird nicht vorgenommen.

## 5 Angaben zur Ergebnis- und Finanzrechnung

Die Ergebnisrechnung weist ein positives ordentliches Ergebnis von 217.651,93 Euro sowie ein negatives Sonderergebnis von -1.331,21 Euro aus. Damit liegt das Gesamtergebnis in Höhe von 216.320,72 Euro unter dem des Vorjahres von 248.507,18 Euro. Die Erwirtschaftung der Abschreibungen ist aufgrund des geringen Anteils von abnutzbarem Anlagevermögen unkritisch. Hinzu kommt die außerplanmäßige Abschreibung des verschrotteten Anlagevermögens im Sonderergebnis in Höhe 1.331,21 Euro.

Die Finanzrechnung enthält eine größere Summe an Einzahlungen als an Auszahlungen, was im Ergebnis ein Mehr an liquiden Mittel in Höhe von 137.836,89 Euro im Vergleich zum Bestand zu Jahresanfang ergibt. Im Vergleich zum Vorjahr mit 213.029,68 Euro ist der Bestand an liquiden Mittel in 2019 in geringerem Umfang gestiegen. Der Kulturraum kann im Verlauf des Haushaltsjahres grundsätzlich aus Eigenmitteln alle Verbindlichkeiten des Vorjahres begleichen sowie notwendige Liquiditätsbedarfe der Fördermittelempfänger zu den gewünschten Terminen sicherstellen.

Zur Vermeidung von inhaltlichen Redundanzen wird bezüglich weiterer Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung auf den Rechenschaftsbericht verwiesen. Änderungen in Form und Gliederung im Vergleich zum Vorjahr liegen nicht vor.

## 6 Sonstige Sachverhalte

Im Jahresabschluss 2019 wurde keine Berichtigung von Wertansätzen der Eröffnungsbilanz vorgenommen. Es liegen zudem keine Übertragungen von Haushaltsermächtigungen sowie Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre vor.

Borna, den

---

H. Graichen

Vorsitzender des Kulturkonventes

Kulturraum Leipziger Raum

## Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 2019

Nach § 88 Abs. 2 SächsGemO ist der Anhang des Jahresabschlusses durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Gemäß § 53 SächsKomHVO gibt der Inhalt des Rechenschaftsberichtes dabei den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Zweckverbandes unter dem Fokus der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung wieder.

### 1 Ziel des Kulturraums und Zielerreichung

Der Kulturraum ist als Pflichtzweckverband nach § 1 Abs. 1 SächsKRG für die Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung im Verbandsgebiet verantwortlich. Das Ziel des Kulturraums dabei ist es, eine stabile Kulturförderung zu gewährleisten, welche den Umfang des bestehenden Kulturangebotes sichert und Entwicklung ermöglicht.

Mit der Höhe der erhobenen Kulturumlage war es möglich die maximale Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG abzurufen. Dabei standen u. a. aufgrund der Änderung der anererkennungsfähigen kommunalen Kulturausgaben im Gebiet des Kulturraumes im Haushaltsjahr 2016 beim SMWK im Vergleich zum Vorjahr ca. 210.000,00 Euro weniger Mittel zur Verfügung. Die Kofinanzierungen der Anträge für Investitions- und Strukturmaßnahmen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG, investive Verstärkungsmittel sowie für Kulturelle Bildung konnten sichergestellt werden. Darüber hinaus wurde jeder Antragsteller mit einer Förderungssumme unterstützt, welche einen finanziellen Rahmen bildete, der bestehende Kulturangebote sicherte und neue Entwicklungen ermöglichte. Rückblickend kann hier damit die angestrebte Zielerreichung festgestellt werden. Im Vergleich der Vorjahre setzt sich der Trend der stetig sinkenden Landeszuweisungen weiter fort, welcher in der Gesamtfinanzierung der Kulturförderung über den Kulturraum durch das Herauslösen landkreiseigener Fördermittelempfänger aus der Kulturförderung bei gleichzeitiger geringerer Reduzierung der Kulturumlage um ca. 190.000,00 Euro jedoch deutlich abgefedert wurde.

### **2 Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Im Verlauf des Haushaltsjahres 2018 wurde die Förderrichtlinie des Kulturraumes, welche die Grundlage für die Bewertung der Anträge auf Kulturförderung ist, an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Diese kommt ab dem 01.01.2019 erstmals im Förderverfahren zur Anwendung. Schwerpunkt der Änderung der Förderrichtlinie war die Abkehr vom einheitlichen Regelfördersatz, welcher in der Vergangenheit zu häufig mit Ausnahmebeschlüssen überschritten wurde.

Im Rahmen der Gesamtfinanzierung des Kulturraumes wurde der weiterhin stetig absinkenden Höhe der Landeszuweisung im Zusammenhang mit einer Verwaltungsvereinfachung - in enger Abstimmung mit den Mitgliedslandkreisen - durch das Herauslösen weiterer landkreiseigener Einrichtungen aus der Förderung des Kulturraumes begegnet. Dabei wurde sich an dem Verhältnis der Umlagegrundlagen für die Kulturumlage orientiert, weshalb der Kulturbetrieb auf Schloss Hartenfels des Landkreises Nordsachsen weiterhin in der Kulturförderung Berücksichtigung findet.

Im Förderverfahren des Kulturraums ist die stetige Unterstützung von regional bedeutsamen Kultureinrichtungen und -maßnahmen zu realisieren. Nachdem die professionellen Kulturorchester im Kulturraum durch das Herauslösen der Kreismusikschulen aus der Kulturraumförderung in den Jahren 2017 und 2018 eine Stärkung des Lohnniveaus erfahren hatten, konnte mit einer einrichtungsbezogenen Förderung des Freistaates Sachsen über Strukturmittel nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG ("Kulturpakt") eine weitere Annäherung an den Flächentarif für Theater und Orchester in Deutschland erreicht werden. Dabei bestand die Herausforderung, trotz sinkender Landeszuweisung eine Kofinanzierung für die Jahre 2019 bis 2022 sicherzustellen, ohne weitere Bereiche der Kulturraumförderung nicht bzw. nicht unverhältnismäßig zu reduzieren. Aufgrund der Gesamtwirkung der Strukturmaßnahmen auf die Berechnung der Landeszuweisung für alle ländlichen Kulturräume, sollte damit jedoch einem weiteren Absinken für den Kulturraum Leipziger Raum entgegengewirkt werden.

### **3 Verlauf der Haushaltswirtschaft**

Die Grundlage für die Haushaltsführung bildete die Nachtragssatzung mit Haushaltsplan 2019, welche am 18.06.2019 vom Kulturkonvent beschlossen wurde.

Ausgangspunkt für die Förderung der kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen bildete die Förderliste 2019, welche nach fachlicher Bewertung der Anträge vom Kulturbeirat in der Sitzung am 15.10.2018 beraten und vom Kulturkonvent am 20.11.2018 beschlossen sowie in der Sitzung des Kulturbeirates am 22.05.2019 und des Kulturkonventes am 18.06.2019 aktualisiert wurde.

In der Nachtragssatzung wurden folgende Beträge festgelegt:

<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe ordentliche Erträge	8.498.893,00
Summe ordentliche Aufwendungen	8.495.193,00
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>3.700,00</b>
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	0,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>3.700,00</b>

<b>Finanzhaushalt</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.498.893,00
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.491.193,00
<b>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</b>	<b>7.700,00</b>
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	12.000,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-12.000,00</b>
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
<b>Änderung Bestand liquide Mittel</b>	<b>-2.300,00</b>

Die Unterschiede zwischen den Planzahlen im Ergebnis- und Finanzhaushalt lassen sich wie folgt ableiten:

- Aufwendungen sind um 4.000,00 Euro höher als Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, weil Abschreibungen in dieser Höhe nicht zahlungswirksam werden.
- Auszahlungen für Investitionstätigkeit bleiben ergebnisneutral, weil durch die Investition der Bestand an liquiden Mittel verringert und gleichzeitig das Anlagevermögen erhöht wird (Aktivtausch).

Damit plante der Kulturräum mit einem Überschuss von 3.700,00 Euro im Gesamtergebnis sowie einem Finanzierungsmitteldefizit von 2.300,00 Euro das Haushaltsjahr 2019.

#### Ergebnisrechnung

Der Kulturräum finanziert sich hauptsächlich aus der Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG und Landeszuweisungen nach dem § 6 Abs. 2 SächsKRG. Zudem sind im Haushaltsjahr 2019 vom Landtag des Freistaates Sachsen investive Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt worden.

<b>Erträge in Euro</b>	<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>Ergebnisrechnung</b>
Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG	3.435.196,00	3.435.196,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG	4.623.355,00	4.623.355,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG Investitions- u. Strukturmaßnahmen	182.521,00	182.521,00
Landeszuweisungen aus Kapitel 1205 Titel 883 02 investive Verstärkungsmittel	149.139,00	149.139,00
Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	75.000,00	75.000,00

Im Planvergleich wurde der Hebesatz für die Kulturumlage im Nachtragshaushalt so angepasst, dass sie in Höhe der Planzahl realisiert werden konnte.

Die Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG und nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG für Investitions- und Strukturmaßnahmen konnten aufgrund der Änderung der Sächsischen Kulturraumverordnung (SächsKRVO) zum 01.01.2019 bereits in der realistischen Höhe eingeplant werden. Aufgrund der Maßnahmeverlängerung für das Strukturprojekt der Stadt Bad Dübener Heide wurde der Abruf im Haushaltsjahr um 54.200,00 Euro reduziert. Bis zur Umsetzung im Folgejahr wurde eine Forderung in gleicher Höhe gebildet. Abweichend von diesem Verfahren ist der Förderanteil des Freistaates Sachsen für die Strukturmaßnahmen der Leipziger Symphonieorchester gGmbH sowie der Deutschen Bläserakademie GmbH nicht über den Kulturraum ausgereicht wurden.

Die investiven Verstärkungsmittel aus Kapitel 1205 Titel 883 02 des Haushaltes des Freistaates Sachsen wurden im Vergleich zum Plan in gleicher Höhe bewilligt und aufgrund der Maßnahmeverlängerung für das Investitionsprojekt des Haynaer Strandverein e. V. beim SMWK um 107.000,00 Euro verringert abgerufen. Bis zur Umsetzung im Folgejahr wurde eine Forderung in gleicher Höhe gebildet. Der Antrag des Netzwerk für Demokratische Kultur e. V. für die Maßnahme „Einrichtung Werkstattatelier sowie Erneuerung Kulturkeller D5 Wurzen“ wurde wiederholt zurückgezogen. Damit wurden Fördermittel für Antragsteller frei, welche zuvor nicht bzw. nicht in der Höhe berücksichtigt werden konnten.

Zudem gibt es eine Unterstützung der Kulturräume im Rahmen der Kulturellen Bildung für die Netzwerkstellen, welche als Projektförderung über die Förderrichtlinie Musikschulen/ Kulturelle Bildung beim SMWK beantragt werden muss. Die Bewilligung erfolgte in Höhe der Antragssumme und die bereitgestellten Mittel konnten antragsgemäß umgesetzt werden.

Aufgrund der Ergebnisse der Verwendungsnachweisprüfungen im Jahr 2019 kam es zu Rückforderungen aus den Kulturraumförderungen der Vorjahre in Höhe von 39.135,21 Euro, welche bis zum Jahresende in Höhe von 38.437,33 Euro ertragswirksam beglichen wurden. Der Größte Teil der Summe der Rückforderungen in Höhe von 33.181,82 Euro entstand aus erheblich reduzierten Gesamtausgaben der Förderung des Landkreises Nordsachsen für die Ausstellungen auf Schloss Hartenfels in Torgau.

Aufwendungen in Euro	Ergebnishaushalt	Ergebnisrechnung
Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG	7.962.072,96	7.908.571,20
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG Investitions- u. Strukturmaßnahmen	216.046,00	204.307,62
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG Strukturmaßnahmen Orchester "Kulturpakt"	378.191,00	376.475,58
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG investive Verstärkungsmittel	202.807,00	202.806,87
davon Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	99.500,00	100.045,09
Kultursekretariat	533.119,00	415.815,89

Mit Beschluss der Förderliste 2019 im Konvent am 18.06.2019 wurde eine Fördersumme von 7.630.412,96 Euro beschlossen. Diese Förderliste enthält die Förderungen mit den Anteilen des Kulturraums für Investitions- und Strukturmaßnahmen, investive Verstärkungsmittel sowie



die Netzwerkstelle Kulturelle Bildung. Bei Investitions- und Strukturmaßnahmen sowie investiven Verstärkungsmitteln beinhaltet der Haushalt des Kulturrums zusätzlich die Kofinanzierungsanteile des SMWK, da diese durch den Kulturräum ausgereicht werden. Dies gilt für die Strukturmaßnahmen Orchester "Kulturpakt" nicht.

Aufgrund von geringerem Mittelabruf kam es zu einer Verringerung der Aufwendungen zur Förderliste von kulturellen Einrichtungen und Projekten in Höhe von 53.501,76 Euro. Dabei wurde u. a. der Antrag vom Landkreis Leipzig zur Förderung von Haus Rabe in Höhe von 40.000,00 Euro vollumfänglich zurückgezogen.

Die Aufwendungen für investive Verstärkungsmittel wurden für vier Antragsteller geplant. Der Antrag zur Maßnahme Einrichtung Werkstattatelier sowie Erneuerung Kulturkeller D5 Wurzen des Netzwerkes für Demokratische Kultur e. V. wurde in 2019 erneut zurückgezogen. Damit war die Verteilung der zugewiesenen Mittel in Höhe von 149.139,00 Euro auf die verbleibenden Antragsteller möglich. Inklusiv des Kulturräumanteils erhielten die Stadt Schkeuditz für die Maßnahme „Bestuhlung für Obergeschoss Kulturhaus Sonne“ 27.806,87 Euro (Anteil SMWK 24.139,00 Euro) sowie der Haynaer Strandverein e. V. für die Maßnahme „Vergrößerung des Zuschauerbereichs des Veranstaltungszentrums am Biedermeierstrand“ 175.000,00 Euro (Anteil SMWK 125.000,00 Euro). Die Maßnahme der Stadt Schkeuditz wurde planmäßig umgesetzt. Der Maßnahmezeitraum für die Realisierung der Investition des Haynaer Strandverein e. V. wurde in Abstimmung mit dem SMWK vorerst um ein Jahr verlängert. Der Torgauer Kunst- und Kulturverein „Johann Kentmann“ e. V. erhielt für die Maßnahme „Beschaffung und Installation von Brandmelde- und Sicherheitstechnik zur Absicherung von Veranstaltungen im Innen- und Außenbereich, Pfarrgasse 3, Torgau“ keine Priorität sowie eine Ablehnung, weil der Verein nicht Eigentümer der Immobilie ist.

Die Investitionsmittel in Höhe von 57.821,00 Euro wurden vollumfänglich für die investive Maßnahme „Ausbau Flaschenturm lt. Konzeption“ auf Schloss Hartenfels zusätzlich einem Kulturräumanteil von 3.379,00 Euro verausgabt.

Strukturmittel wurden planmäßig für die Maßnahmen „Schaffung eines Bürger- und Veranstaltungsraumes durch Umbau Bibliothekslager in Ausleihbereich“ der Stadt Eilenburg in Höhe von 52.000,00 Euro (Kofinanzierung Kulturräum 5.200,00 Euro) sowie für die Maßnahme „Neustrukturierung Landschaftsmuseum der Dübener Heide Burg Döben“ der Stadt Bad Döben in Höhe von 72.700,00 Euro (Kofinanzierung Kulturräum 7.270,00 Euro) bereitgestellt. Die Umsetzung wurde in Eilenburg im Haushaltsjahr 2019 vollumfänglich möglich, jedoch konnte die Maßnahme in Bad Döben nur zu Teilen realisiert werden, weshalb in Abstimmung mit dem SMWK der Maßnahmezeitraum vorerst um ein Jahr verlängert wurde.

Eine weitere Verringerung der Aufwendungen in Höhe von 117.303,11 Euro ergab sich im Kultursekretariat. Hauptsächlich entstanden diese durch die ausgebliebenen Personalkosten aufgrund unbesetzter Stellen sowie längerfristiger krankheitsbedingter Abwesenheiten. Der Verwaltungsaufwand zur Sicherstellung des Förderverfahrens durch das Kultursekretariat beträgt damit 5,26 Prozent der Gesamtaufwendungen und liegt damit über dem Vorjahreswert von 4,86 Prozent der Gesamtaufwendungen.

Zusammengefasst liegt damit das ordentliche Ergebnis bei 217.651,93 Euro.

Außerordentliche Erträge sind nicht zu verbuchen. Die vollständige Abschreibung von Anlagevermögen durch die Verschrottung von zwei PCs, welche nur noch einen Erinnerungswert von jeweils 1,00 Euro aufwiesen sowie der Verschrottung des alten Servers, welcher noch einen Restbuchwert von 331,21 Euro aufwies, beschreibt mit der außerplanmäßigen Abschreibung des Kunstwerkes „Marktfiguren“ in Höhe von 1.000,00 Euro die Höhe der außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.331,21 Euro.

Damit entsteht ein Sonderergebnis von -1.331,21 Euro.

Durch den Ausgleich des Sonderergebnisses mit dem positiven ordentlichen Ergebnis verbleibt ein Gesamtergebnis von 216.320,72 Euro.

<b>Ergebnisrechnung</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe ordentliche Erträge	8.969.542,63
Summe ordentliche Aufwendungen	8.751.890,70
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>217.651,93</b>
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	1.331,21
<b>Sonderergebnis</b>	<b>-1.331,21</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>216.320,72</b>

#### Finanzrechnung

<b>Finanzrechnung</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.587.344,51
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.441.279,16
<b>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</b>	<b>146.065,35</b>
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	8.228,46
<b>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-8.228,46</b>
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
<b>Änderung Bestand liquide Mittel</b>	<b>137.836,89</b>

Die Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entspricht grundsätzlich den ordentlichen Erträgen der Ergebnisrechnung. Bestimmte Einzahlungen sind jedoch periodenfremd und daher nicht gleichzeitig ein Ertrag. Das trifft auf Einzahlungen in Höhe von 244.546,18 Euro zu, welche als Forderung aus dem Jahr 2018 in 2019 nicht ertragswirksam werden. Zudem gibt es Erträge in Höhe von 626.744,30 Euro, welche keine Einzahlung darstellen.

Der hohe Differenzbetrag ergibt sich neben den Forderungen aus dem Haushaltsjahr 2019, welche in Höhe von 167.227,99 Euro zum Ende des Haushaltsjahres nicht beglichen sind und der Auflösung der Rückstellung in Höhe von 31.863,73 Euro aus dem fiktiven Ausgleich der Niederschlagung der wertberechtigten Forderungen gegenüber der Denkmalschmiede Höfgen gGmbH sowie dem Kulturverein Schloss Machern e. V. in Summe in Höhe von 427.652,58 Euro.

Den Einzahlungen stehen Auszahlungen in Höhe von 8.441.279,16 Euro gegenüber.

Die Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entspricht dabei grundsätzlich den ordentlichen Aufwendungen der Ergebnisrechnung. Die Auszahlungssumme ist dabei im Vergleich zu den Aufwendungen vermindert, weil den Aufwendungen in Höhe von 741.623,02 Euro keine Auszahlung in 2019 zugrunde liegt. Dazu zählen neben den Verbindlichkeiten in Höhe von 306.608,64 Euro die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 3.361,80 Euro, die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 4.000,00 Euro sowie der fiktive Aufwand durch die Niederschlagung der wertberechtigten Forderungen gegenüber der Denkmalschmiede Höfgen gGmbH sowie dem Kulturverein Schloss Machern e. V. in Summe in Höhe von 427.652,58 Euro. Zudem erfolgten Auszahlungen in Höhe von 431.011,48 Euro, die bereits im Haushaltsjahr 2018 oder früher aufwandswirksam wurden sowie die Investitionen.



Die Investitionen waren in Höhe von 12.000,00 Euro geplant und wurden im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 8.228,46 Euro notwendig. Angeschafft wurden damit zwei neue Notebooks/PCs für zwei Arbeitsplätze sowie ein neuer Server.

Der Zahlungsmittelsaldo der Finanzierungstätigkeit bleibt im Ergebnis ohne Kontobewegungen und dadurch bei 0,00 Euro.

Im Ergebnis bleibt ein Zahlungsmittelüberschuss im Haushaltsjahr 2019 von 137.836,89 Euro.

#### Vermögensrechnung

Im Vergleich der Bilanzpositionen der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 sind außer beim Bestand an liquiden Mittel und Verbindlichkeiten aus Transferleistungen nur minimale jahresübliche Schwankungen zu verzeichnen.

Das Anlagevermögen wird grundsätzlich so geringgehalten, wie es für die Aufgabenerfüllung des Kulturraums notwendig ist. Die Anschaffungen waren Ersatzbeschaffungen und im Zusammenhang mit der Änderung der Struktur im Stellenplan notwendig. Der Erwerb von Kunstgegenständen, welcher im Jahr 2015 eingestellt wurde, stellt den größten Anteil dar. Die erworbene Kunst ist dabei vollständig unbefristet an die beiden Mitgliedslandkreise sowie geförderten Kultureinrichtungen verliehen.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum Jahresende steigt im Vergleich zum Vorjahr um den Zahlungsmittelüberschuss in der Finanzrechnung auf 1.607.101,40 Euro.

Die Position der Verbindlichkeiten ist im Vergleich zum Vorjahr auf 263.808,64 Euro gesunken. Der Grund liegt zu einem erheblichen Teil im außergewöhnlich hohen Bestand an Verbindlichkeiten aus Transferleistungen im letzten Haushaltsjahr. Das Niveau der Verbindlichkeiten im Jahresabschluss 2019 wird ohne Berücksichtigung der ausstehenden Förderungen für die Maßnahmeverlängerungen des Strukturprojektes der Stadt Bad Dübener Heide zur Umstrukturierung des Museums Burg Dübener Heide in Höhe von 59.620,00 Euro sowie des Investitionsprojektes des Haynaer Strandverein e. V. zur Vergrößerung des Zuschauerbereichs in Höhe von 107.000,00 Euro als für den Kulturraum normal eingeschätzt. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen keine. Der Kulturraum ist demnach weiterhin schuldenfrei.

Die Rückstellungen bleiben im Jahresabschluss 2019 mit 58.800,00 Euro im Niveau der Höhe unverändert. Der Gesamtansatz bildet sich aus den noch offenen Jahresabschlussprüfungen der Haushaltsjahre 2016 bis 2019 mit 16.000,00 Euro sowie der Rückstellungen des Förderanteils des Kulturraumes für das Investitionsprojekt des Haynaer Strandverein e. V. in Höhe von 42.800,00 Euro.

Seit dem Jahresabschluss 2017 werden keine Fehlbeträge mehr vorgetragen, wonach Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses nach Verrechnung mit dem Sonderergebnis direkt in die Rücklage fließen. Mit dem Gesamtergebnis des Haushaltsjahres 2019 und den bestehenden Rücklagen können mit diesem Jahresabschluss Rücklagen in Höhe von 491.014,81 Euro gebildet werden. Grundsätzlich besteht das Ziel im Kulturraum keine Situation herbeizuführen, die eine Minderung des Basiskapitals zur Folge hätte. Mit der Höhe der Rücklage kann zum Ende des Haushaltsjahres 2019 erstmals die Zielerreichung einer dauerhaften Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 300.000,00 Euro festgestellt werden.

Im Ergebnis der Bewertung der Abschlussrechnung lässt sich für das Haushaltsjahr 2019 ein positives Fazit ziehen. Die geplante Zielstellung konnte mit den eingesetzten Mitteln erreicht werden. Zudem war im Jahresverlauf ein größeres positives ordentliches Ergebnis möglich.

#### 4 Lage des Kulturraums

Aufgrund der starken Abhängigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kulturraums von der Höhe der Summe des Kulturlastenausgleichs nach dem SächsKRG, bewertet der Kulturraum den beständigen Beitrag des Freistaates Sachsen über alle sächsischen Kulturräume hinweg für die kommunale Pflichtaufgabe der Kulturpflege als positiv und notwendig. Damit trägt der Freistaat Sachsen zur Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung für die regional bedeutsame Kulturlandschaft bei.

Das Verfahren zur Verteilung der Mittel nach der SächsKRVO wird dabei durch den Kulturraum jedoch weiterhin kritisch hinterfragt. Die Möglichkeit im Rahmen der Beteiligung am Veränderungsprozess des SMWK in diesem Bereich mitwirken zu können, hat im Ergebnis gezeigt, dass auch andere Kulturräume Veränderungsbedarf bei diesem Verfahren sehen. In Abhängigkeit von den grundlegenden Zielvorgaben im SMWK bleibt jedoch abzuwarten, was sich davon mit positiven Auswirkungen für den Kulturraum Leipziger Raum umsetzen lassen wird. Die Reduzierung der Landeszuweisung auch im Haushaltsjahr 2019 bestätigt weiterhin den langfristigen Trend für den Kulturraum Leipziger Raum. Festzustellen ist, dass sich durch verschiedenste Einflussnahmen die Zuweisungssumme von 2019 im Vergleich zu 2017 um ca. 600.000,00 Euro reduziert hat und die Prognose für 2020 einen weiteren Rückgang anzeigt.

Im Rahmen des regelmäßigen Aushandlungsprozesses mit den Mitgliedern des Kulturraumes zur Kulturumlage war im Haushaltsjahr 2019 im Rahmen des Nachtragshaushaltes keine Anpassung der Höhe notwendig, weshalb diese im Vergleich zum Vorjahr um ca. 190.000,00 Euro reduziert erhoben wurde. Die stetig steigenden Umlagegrundlagen der Mitgliedslandkreise zeigen jedoch auf, dass für die zukünftige Bewertung der Entwicklungsmöglichkeiten der Kulturlandschaft im Kulturraum, auch aus der Systematik des Berechnungsverfahrens für die Landeszuweisung, eine Erhöhung der Kulturumlage vertretbar wäre.

Der Kulturraum hat sich in seiner Förderrichtlinie auf die Förderung von regional bedeutsamen kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen in den Bereichen Museen, Kunst und Kultur, kulturelle Bildung, Kultur- und Kommunikationszentren (Kulturhäuser), Soziokultur, Musik, professionelle Orchester, Kirchenmusik und Bibliotheken festgelegt. Die folgende Grafik stellt die Verteilung der ausgereichten Fördermittel im Haushaltsjahr 2019 dar.

Die Fördermittel mussten im Vergleich zum Vorjahr über alle Sparten hinweg grundsätzlich reduziert werden. Davon ausgenommen ist die Kofinanzierung der Strukturmittel für ausgewählte Theater und Orchester im Freistaat Sachsen. Trotzdem wurden in Abhängigkeit von der inhaltlichen Entwicklung im Einzelfall gleiche bzw. höhere Fördersummen möglich als im Haushaltsjahr 2018. Gerade mit der gestiegenen Unterstützung beider Mitgliedslandkreise konnte ein unverhältnismäßiges Absinken des breiten Förderniveaus vor allem im Landkreis Nordsachsen verhindert werden. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Veränderungen in der prozentualen Verteilung stark vom Anstieg des Anteils für professionelle Orchester geprägt, jedoch für die restlichen Sparten im Verhältnis untereinander unverändert.

Bei einer offiziellen Einwohnerzahl zum 31.12.2019 von 455.880 im Kulturraum, wurden in der Statistik des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen in 2019 Nettoausgaben (Ausgaben abzüglich Einnahmen) in kommunalen Haushalten für Kultur und kulturnahe Bereiche von 27.680.487,98 Euro verbucht. Das macht eine Pro-Kopf-Kulturausgabe von 60,72 Euro. Im Vorjahr lag der Wert noch bei 57,43 Euro.

Die Änderung der Kulturraumverordnung wirkte zum 01.01.2019, welche aufgrund der negativen Auswirkungen auch für den Kulturraum Leipziger Raum - neben den positiven Veränderungen für den Planungsprozess für alle Kulturräume – umfangreich kritisiert wurde. Es sind nun die Kulturausgaben drei Jahre rückwirkend bei der Berechnung des Kulturlastenausgleichs von Bedeutung, was schwankende Landeszuweisungen schon in die Haushaltsplanung einfließen lässt. Im Rahmen der Planungen für das Haushaltsjahr 2020 hat sich der Kulturraum

aufgrund der bekannten Absenkung der Landeszuweisung in Abstimmung mit den Mitgliedern des Zweckverbandes für eine Erhöhung des Umfanges der finanziellen Unterstützung über die Kulturumlage entschieden. Damit sollte die Möglichkeit bestehen, dass im Zusammenwirken mit allen vorherigen Maßnahmen, bestehende Kulturangebote weiterhin erhalten werden können und vielleicht eine erste Wende in der Gesamtfinanzierung des Kulturraumes eingeleitet ist.

Die Qualität der Arbeit der Kulturschaffenden in Kulturprojekten und Kultureinrichtungen im Kulturraum wurde im Jahr 2019 durch zahlreiche Preise hervorgehoben:

*Der Sächsische Bibliothekspreis ging in diesem Jahr an die Bibliothek Neukieritzsch/Deutzen.*

Die Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken in Sachsen leisten einen unverzichtbaren Beitrag bei der Vermittlung von Wissen und Kultur. Um ihre Arbeit zu würdigen, lobt das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst in Kooperation mit dem Landesverband Sachsen im Deutschen Bibliotheksverband e. V. den Sächsischen Bibliothekspreis aus. Geehrt wurde damit das außergewöhnliche Engagement der Leiterin und des ehrenamtlichen Teams in den zwei kleinen Bibliotheken, welche in die Kulturarbeit des Soziokulturellen Zentrums Kulturpark Deutzen des PRO REGION e. V. integriert sind.

*Der Sächsische Preis für Kulturelle Bildung geht an drei Einrichtungen im Kulturraum.*

Das SMWK verlieh den Sächsischen Preis für Kulturelle Bildung Kultur.LEBT.Demokratie in Kooperation mit dem Landesverband Soziokultur Sachsen e. V. zum zweiten Mal. Der Sonderpreis ging an die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, die in Kooperation mit dem BAFF-Theater Delitzsch e. V. und dem Schweizerhaus Püchau e. V. das kulturelle Bildungsprojekt „Wert der Freiheit“ durchgeführt hat, welches auch durch die Förderung des Kulturraumes ermöglicht wurde.

*Medienpädagogischer Preis an Landesfilmdienst Sachsen e. V. verliehen.*

Das Projekt "So seh' ich das!" wurde in Dresden von der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) als bestes Medienkompetenzprojekt 2019 zum Sonderthema: "Digital - Für ALLE!" ausgezeichnet. Durchgeführt haben es der Landesfilmdienst Sachsen e. V. in Kooperation mit der Karl-Neumann-Schule Eilenburg. Auch durch die Förderung des Kulturraumes wurde das medienpädagogische Teilhabeprojekt für geistig behinderte Schüler ermöglicht.

*Nominierung für Sächsischen Bürgerpreis 2019*

Die Karl Heinz Janke-Ausstellung in Wernsdorf wurde für den Sächsischen Bürgerpreis 2019 für die Kategorie "Menschen" nominiert. Damit wurde die engagierte Arbeit des Vereins gewürdigt.

## **Bericht für das Geschäftsjahr 2020**

Der Jahresabschluss ist nach § 88 Abs. 2 SächsGemO um einen Anhang zu erweitern. Darin sind nach § 52 SächsKomHVO insbesondere bestimmte Pflichtteile zu thematisieren:

### **1 Abweichung von Bilanzstetigkeit und ergänzende Gliederung der Bilanzpositionen**

Die Form der Darstellung der Vermögensrechnung ist im Vergleich zum Jahresabschluss des Vorjahres unverändert. Ergänzende Bilanzpositionen wurden nicht aufgenommen.

## **2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Für die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden des Kulturraums wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze aus der Dienstanweisung zur Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden des Kulturraumes Leipziger Raum (DA Bewertung und Inventur) vom 10.12.2019 mit Wirkung ab dem 01.01.2018 angewandt.

Es wurde für alle Vermögensgegenstände ausschließlich eine Buch- und Beleginventur gemäß der DA Bewertung und Inventur durchgeführt.

### Nutzungsdauer und planmäßige Abschreibung für Vermögensgegenstände

Bei abnutzbaren Vermögensgegenständen wurde für die Ermittlung der Nutzungsdauer die jeweilige Wertuntergrenze der Tabelle „Abschreibungstabelle“ aus der Anlage der Sächs-KomHVO herangezogen, wie in der DA Bewertung und Inventur festgelegt. Die planmäßige Abschreibung erfolgt dabei grundsätzlich linear, d. h. über die Nutzungsdauer in gleichen Monatsraten.

### Vorratsvermögen

Der Kulturraum betreibt keine Lagerhaltung, weshalb kein Vorratsvermögen bewertet werden musste.

### Forderungen und liquide Mittel

Forderungen bestehen gegenüber dem SMWK mit offenen Beträgen der Kofinanzierungsanteile für Struktur und Investitionsprojekte, gegenüber Zuwendungsempfängern aus zurückliegenden Förderverfahren sowie gegenüber Dritten aus der Betreibung des Kultursekretariats. Durch Mehrfachzahlungen (Auszahlung/Rückzahlungen) von Fördermitteln an Zuwendungsempfänger bzw. das SMWK werden vom Buchführungsprogramm teilweise Forderungen und Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche sich gegenseitig aufheben. Das betrifft investive Verstärkungsmittel mit Kulturraumanteilen für den Joachim-Ringelnatz-Verein und den Haynaer Strandverein (vgl. Verbindlichkeiten).

Die Bewertung der liquiden Mittel erfolgt mit dem Zahlenwert in Euro der Kontoauszüge zum 31.12.2020. Eine Barkasse wird im Kulturraum nicht geführt.

### Rückstellungen

Rückstellungen sind grundsätzlich in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geschätzten Erfüllungsbetrages angesetzt. Dabei sind alle bis zum Bilanzstichtag entstandenen und bis zu einem Jahr nach Bilanzstichtag erkennbaren Risiken berücksichtigt.

### Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich im Haushaltsjahr 2021 bzw. 2022 realisierte. Durch Mehrfachzahlungen (Auszahlung/Rückzahlungen) von Fördermitteln an Zuwendungsempfänger bzw. das SMWK werden vom Buchführungsprogramm teilweise Forderungen und Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche sich gegenseitig aufheben. Das betrifft investive Verstärkungsmittel mit Kulturraumanteilen für den Joachim-Ringelnatz-Verein und den Haynaer Strandverein (vgl. Forderungen).

### 3 Erläuterungen zu den Bilanzpositionen

#### Anlagevermögen

	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	4,00 Euro	3,00 Euro
<b>Sachanlagevermögen</b>	125.130,39 Euro	135.599,37 Euro
<b>Kunstgegenstände</b>	113.773,18 Euro	113.773,18 Euro
<b>Betriebs- und Geschäftsausstattung</b>	11.357,21 Euro	21.826,19 Euro

Die Höhe des Anlagevermögens stieg von 125.134,39 Euro im Vergleich zum Vorjahr um 10.467,98 Euro auf 135.602,37 Euro. Dabei wurden im Jahr 2020 die neuen Räumlichkeiten des Kultursekretariats durch Anschaffungen in Höhe von 16.409,49 Euro ausgestattet. Die Erhöhung des Anlagevermögens beruht auf diesen Anschaffungen vermindert um die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 5.940,51 Euro sowie dem Abgang einer veralteten IT-Lizenz, welche schon abgeschrieben war und daher nur noch einen Erinnerungswert von 1,00 Euro aufwies. Die Höhe der bilanzierten Kunstgegenstände blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Aktive Sonderposten für an Dritte geleistete Investitionszuschüsse bildet der Kulturraum auf Basis des Wahlrechts nach § 36 Abs. 8 SächsKomHVO nicht.

Damit macht das Anlagevermögen 5,11 Prozent der Bilanzsumme aus. Im Vorjahr lag der Anteil bei 6,59 Prozent der Bilanzsumme.

#### Umlaufvermögen

	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020
<b>Öffentlich-rechtliche Forderungen und</b>		
<b>Forderungen aus Transferleistungen</b>	167.169,94 Euro	223.011,66 Euro
<b>Privatrechtliche Forderungen</b>	58,05 Euro	278,83 Euro
<b>Liquide Mittel</b>	1.607.101,40 Euro	2.292.288,10 Euro

Das Umlaufvermögen hat sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2019 von 1.774.329,39 Euro auf 2.515.578,59 Euro erhöht. Davon bilden die liquiden Mittel einen Anteil von 91,12 Prozent, welcher im Vorjahr noch 90,58 Prozent betragen hat.

Die sich mit Verbindlichkeiten aufhebenden Forderung durch Mehrfachzahlungen von Fördermitteln an Zuwendungsempfänger bzw. das SMWK belaufen sich auf 101.937,00 Euro.

#### Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag

Die Bilanzpositionen „aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ und „nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag“ weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

#### Kapitalposition

	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020
<b>Basiskapital</b>	1.085.840,33 Euro	1.085.840,33 Euro
<b>Rücklagen aus Überschüssen des</b>		
<b>Ordentlichen Ergebnisses</b>	491.014,81 Euro	1.279.258,14 Euro
<b>Fehlbeträge</b>	0,00 Euro	0,00 Euro

Die Kapitalposition erhöht sich zum Ende des Haushaltsjahres 2020 um 788.243,33 Euro auf 2.365.098,47 Euro. Zu den bestehenden Rücklagen kommt der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses aus dem Haushaltsjahr 2020 hinzu, wodurch nun Rücklagen in Höhe von 1.279.258,14 Euro gebildet werden. Ein Fehlbetrag aus Vorjahren besteht nicht.

Das Basiskapital ist seit der Eröffnungsbilanz und der Korrektur im Haushaltsjahr 2013 in der Höhe unverändert.

Im Haushaltsjahr gab es keine außerordentlichen Erträge. Außerordentliche Aufwendungen liegen aufgrund des Abganges einer veralteten IT-Lizenz bei 1,00 Euro.

#### Sonderposten

Passive Sonderposten weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

#### Rückstellungen

	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020
<b>Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren</b>	42.800,00 Euro	22.124,00 Euro
<b>Rückstellungen für sonstige vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen</b>	16.000,00 Euro	12.000,00 Euro

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Hauptgrund ist, dass die Rückstellung des Förderanteils des Kulturraumes für das Investitionsprojekt des Haynaer Strandverein e. V. in Höhe 42.800,00 Euro nicht in Anspruch genommen und damit vollumfänglich ertragswirksam aufgelöst wurde. Zudem ist für die weiterhin ausstehende Finanzierung des Investitionsprojektes des Joachim-Ringelnatz-Vereins eine Rückstellung zu bilden, welche mit investiven Verstärkungsmitteln kofinanziert ist. Das Aufholen der rückständigen Jahresabschlüsse sorgt bei Inanspruchnahme der Rückstellungen für die Jahresabschlussprüfungen der Haushaltsjahre 2016 und 2017 und unter Bildung einer Rückstellung für die Prüfung des Haushaltsjahres 2020 für eine verringerte Höhe an Rückstellungen für ausstehende Jahresabschlussprüfungen.

#### Verbindlichkeiten

	Haushaltsjahr 2019	Haushaltsjahr 2020
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	18.977,11 Euro	9.860,43 Euro
<b>Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	188.616,40 Euro	217.268,00 Euro
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	56.215,13 Euro	24.830,06 Euro



Regelmäßig sind die Verbindlichkeiten durch noch ausstehende Zahlungen an die Landkreise Leipzig und Nordsachsen aufgrund der Betreuung des Kultursekretariates begründet. Zum 31.12.2020 beträgt dieser Anteil 28.155,51 Euro. Die sich mit Forderungen aufhebenden Verbindlichkeiten durch Mehrfachzahlungen von Fördermittel an Zuwendungsempfänger bzw. das SMWK belaufen sich auf 101.937,00 Euro. Ein weiterer Betrag in Höhe von 113.993,00 Euro ist u. a. aufgrund von Maßnahmeverschiebungen ins Folgejahr in noch ausstehenden Förderungen begründet.

#### Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungsposten weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

#### **4 Verwendung liquider Mittel aus Rückstellungen**

Angesammelte Rückstellungen für das Investitionsprojekt des Joachim-Ringelnatz-Vereins und die Prüfkosten der noch ausstehenden Jahresabschlüsse werden ebenso wie weitere liquide Mittel weiterhin ausschließlich auf einem Tagesgeldkonto bei der Deutschen Kreditbank geführt. Eine Trennung zu anderen Sichteinlagen wird nicht vorgenommen.

#### **5 Angaben zur Ergebnis- und Finanzrechnung**

Die Ergebnisrechnung weist ein positives ordentliches Ergebnis von 788.244,33 Euro sowie ein negatives Sonderergebnis von -1,00 Euro aus. Damit liegt das Gesamtergebnis in Höhe von 788.243,33 Euro deutlich über dem des Vorjahres von 216.320,72 Euro. Die Erwirtschaftung der Abschreibungen ist aufgrund des geringen Anteils von abnutzbarem Anlagevermögen unkritisch. Hinzu kommt die außerplanmäßige Abschreibung der IT-Lizenz im Sonderergebnis in Höhe 1,00 Euro.

Die Finanzrechnung enthält eine größere Summe an Einzahlungen als an Auszahlungen, was im Ergebnis ein Mehr an liquiden Mittel in Höhe von 685.186,70 Euro im Vergleich zum Bestand zu Jahresanfang ergibt. Im Vergleich zum Vorjahr mit 137.836,89 Euro ist der Bestand an liquiden Mittel in 2020 in größerem Umfang gestiegen. Der Kulturraum kann im Verlauf des Haushaltsjahres grundsätzlich aus Eigenmitteln alle Verbindlichkeiten des Vorjahres begleichen sowie notwendige Liquiditätsbedarfe der Fördermittelempfänger zu den gewünschten Terminen sicherstellen.

Zur Vermeidung von inhaltlichen Redundanzen wird bezüglich weiterer Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung auf den Rechenschaftsbericht verwiesen. Änderungen in Form und Gliederung im Vergleich zum Vorjahr liegen nicht vor.

#### **6 Sonstige Sachverhalte**

Im Jahresabschluss 2020 wurde keine Berichtigung von Wertansätzen der Eröffnungsbilanz vorgenommen. Es liegen zudem keine Übertragungen von Haushaltsermächtigungen sowie Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre vor.

Borna, den

---

H. Graichen

Vorsitzender des Kulturkonventes

Kulturraum Leipziger Raum

## **Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 2020**

Nach § 88 Abs. 2 SächsGemO ist der Anhang des Jahresabschlusses durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Gemäß § 53 SächsKomHVO gibt der Inhalt des Rechenschaftsberichtes dabei den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Zweckverbandes unter dem Fokus der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung wieder.

### **1 Ziel des Kulturraums und Zielerreichung**

Der Kulturraum ist als Pflichtzweckverband nach § 1 Abs. 1 SächsKRG für die Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung im Verbandsgebiet verantwortlich. Das Ziel des Kulturraums dabei ist es, eine stabile Kulturförderung zu gewährleisten, welche den Umfang des bestehenden Kulturangebotes sichert und Entwicklung ermöglicht.

Mit der Höhe der erhobenen Kulturumlage war es möglich die maximale Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG abzurufen. Dabei standen u. a. aufgrund geringerer anererkennungsfähiger kommunaler Kulturausgaben im Gebiet des Kulturraumes im Haushaltsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr ca. 70.000,00 Euro weniger Mittel zur Verfügung. Die Kofinanzierungen der Anträge für Investitions- und Strukturmaßnahmen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG, investive Verstärkungsmittel sowie für Kulturelle Bildung konnten sichergestellt werden. Darüber hinaus wurde jedem Antragsteller eine Fördersumme bereitgestellt, welche einen finanziellen Rahmen bildete, der bestehende Kulturangebote gesichert hätte und neue Entwicklungen hätte ermöglichen können.

Doch die Einschränkungen im gesamten Kulturbereich für einen nicht unerheblichen Zeitraum im Haushaltsjahr 2020 durch die Corona-Pandemie ließen einen Großteil der Planungen in der Realisierung unmöglich werden. Das Ziel des Kulturraumes, mit der Förderung Kultur zu ermöglichen, verschob sich stark dahin, bisher regional bedeutsame kulturelle Einrichtungen und Träger von Maßnahmen zu erhalten, da durch erhebliche Einnahmeverluste die klassische Finanzierung des Kulturangebotes nicht mehr tragfähig war und ohne zusätzliche staatliche Unterstützung in einer Vielzahl von Fällen die Gefahr der Insolvenz bestand.

Durch Gewährung der notwendigen Flexibilität im Förderverfahren, Sicherung der Liquidität der Träger sowie zusätzliche Inanspruchnahme von Corona-Hilfsprogrammen durch die Zuwendungsempfänger kann rückblickend kurzfristig die angestrebte Zielerreichung festgestellt werden. Inwieweit die andauernde Corona-Pandemie langfristige Veränderung bei dieser Bewertung mit sich bringt, bleibt abzuwarten.

### **2 Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Im Rahmen der Gesamtfinanzierung des Kulturraumes wurde der weiterhin stetig absinkenden Höhe der Landeszuweisung mit der Anpassung des Hebesatzes für die Kulturumlage in Höhe der Planzahl zu Beginn des Haushaltsjahres 2019 begegnet. Dadurch konnte eine Kulturumlage erhoben werden, welche leicht über der aus dem Haushaltsjahr 2018 lag und damit um ca. 200.000,00 Euro höher war, als im letzten Haushaltsjahr.

Die Rahmenbedingungen für die Realisierung von Kulturangeboten wurde im Jahr 2020 erstmals stark durch die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie geprägt. Eine Vielzahl von Veranstaltungen musste verschoben oder sogar abgesagt werden. Die Finanzierung von Fixkosten stellte sich für die geförderten Einrichtungen als Herausforderung dar und in vielen Fällen musste u. a. Kurzarbeit beantragt werden, weil die Personalkosten der angestellten Kulturschaffenden ohne zusätzliche Unterstützung nicht finanzierbar waren. Der Kulturraum hat in diesem Zusammenhang die Förderung der professionellen Kulturraum-orchester in der Art reduziert, dass ebenfalls für die Musiker in beiden Klangkörpern zeitweise Kurzarbeit vereinbart werden musste. Zur Abwehr der Insolvenzgefahr geförderter Einrichtungen wurde ein



Corona-Sonderbudget beschlossen. Bis zum 31.12.2020 war jedoch nach engem und intensiven Austausch mit gefährdeten Zuwendungsempfängern keine Inanspruchnahme notwendig.

Da das Kultursekretariat bis zu Beginn des Haushaltsjahres 2020 in einer vom Landkreis Leipzig angemieteten Immobilie untergebracht war und aufgrund von strukturellen Anpassungen beim Landkreis Leipzig diese genutzten Räumlichkeiten nicht mehr zur Verfügung standen, musste das Kultursekretariat nach 2018 wiederholt umziehen. Um sich in diesem Punkt zukünftig von Entwicklungen beim Landkreis Leipzig unabhängig zu machen, mietete der Kulturraum eigene Räumlichkeiten in Grimma an und stattete diese erstmals vollständig aus.

### 3 Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Grundlage für die Haushaltsführung bildete die Nachtragssatzung mit Haushaltsplan 2020, welche am 26.11.2020 vom Kulturkonvent beschlossen wurde.

Ausgangspunkt für die Förderung der kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen bildete die Förderliste 2020, welche nach fachlicher Bewertung der Anträge vom Kulturbeirat in der Sitzung am 25.09.2019 beraten und vom Kulturkonvent am 19.11.2019 beschlossen sowie in der Sitzung des Kulturbeirates am 28.05.2020 und des Kulturkonventes am 23.06.2020 aktualisiert wurde.

In der Nachtragssatzung wurden folgende Beträge festgelegt:

<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe ordentliche Erträge	8.605.664,12
Summe ordentliche Aufwendungen	8.605.664,12
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>0,00</b>
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	0,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>0,00</b>

<b>Finanzhaushalt</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.605.664,12
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.600.664,12
<b>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</b>	<b>5.000,00</b>
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	40.000,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-40.000,00</b>
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
<b>Änderung Bestand liquide Mittel</b>	<b>-35.000,00</b>

Die Unterschiede zwischen den Planzahlen im Ergebnis- und Finanzhaushalt lassen sich wie folgt ableiten:

- Aufwendungen sind um 5.000,00 Euro höher als Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, weil Abschreibungen in dieser Höhe nicht zahlungswirksam werden.

- Auszahlungen für Investitionstätigkeit bleiben ergebnisneutral, weil durch die Investition der Bestand an liquiden Mittel verringert und gleichzeitig das Anlagevermögen erhöht wird (Aktivtausch).

Damit plante der Kulturraum mit einem Überschuss von 0,00 Euro im Gesamtergebnis sowie einem Finanzierungsmitteldefizit von 35.000,00 Euro das Haushaltsjahr 2020.

#### Ergebnisrechnung

Der Kulturraum finanziert sich hauptsächlich aus der Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG und Landeszuweisungen nach dem § 6 Abs. 2 SächsKRG. Zudem sind im Haushaltsjahr 2020 vom Landtag des Freistaates Sachsen investive Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt worden.

<b>Erträge in Euro</b>	<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>Ergebnisrechnung</b>
Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG	3.655.892,00	3.655.892,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächKRG	4.551.533,00	4.551.533,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG Strukturmaßnahmen	55.000,00	55.000,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG Investitionsmaßnahmen	57.095,00	61.210,00
Landeszuweisungen aus Kapitel 1205 Titel 883 02 investive Verstärkungsmittel	146.833,00	166.946,00
Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	75.000,00	75.000,00

Im Planvergleich wurde der Hebesatz für die Kulturumlage im Nachtragshaushalt so angepasst, dass sie in Höhe der Planzahl realisiert werden konnte.

Die Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächKRG und nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG Strukturmaßnahmen konnten bereits in der realistischen Höhe eingeplant werden.

Die Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG Investitionsmaßnahmen konnten aufgrund der Verteilung von Ausgaberesten um 4.115,00 Euro erhöht realisiert werden.

Aufgrund der Mehrfachzahlung des SMWK der investiven Verstärkungsmittel in Höhe von 20.113,00 Euro für den Joachim-Ringelnatz-Verein weist die Ergebnisrechnung einen erhöhten Ertrag aus. Tatsächlich sind investive Verstärkungsmittel ausschließlich in Höhe der Planzahl bereitgestellt wurden.

Zudem gibt es eine Unterstützung der Kulturräume im Rahmen der Kulturellen Bildung für die Netzwerkstellen, welche als Projektförderung über die Förderrichtlinie Musikschulen/ Kulturelle Bildung beim SMWK beantragt werden muss. Die Bewilligung erfolgte in Höhe der Antragssumme und die bereitgestellten Mittel konnten antragsgemäß umgesetzt werden.

Aufgrund der Ergebnisse der Verwendungsnachweisprüfungen im Jahr 2020 kam es zu Rückforderungen bzw. Zinsansprüchen aus der Kulturraumförderung der Vorjahre in Höhe von 92.229,50 Euro, welche bis zum Jahresende in Höhe von 90.572,93 Euro beglichen wurden. Die meisten Rückforderungen entstanden im Zusammenhang mit der Regelung der Förderrichtlinie, dass sich bei Absenkung des Rechtsträgeranteils des Zuwendungsempfängers die Fördersumme des Kulturraumes im gleichen Verhältnis reduziert.

Aufwendungen in Euro	Ergebnishaushalt	Ergebnisrechnung
<b>Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG</b>	7.669.013,98	7.194.751,95
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG Strukturmaßnahmen	60.500,00	60.500,00
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG Strukturmaßnahmen Orchester "Kulturpakt"	378.191,00	372.182,10
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG Investitionsmaßnahmen	72.404,00	72.403,50
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG investive Verstärkungsmittel	184.643,00	184.080,29
davon Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	100.000,00	96.600,36
<b>Kultursekretariat</b>	567.000,00	464.770,30

Mit Beschluss der Förderliste 2020 im Konvent am 23.06.2020 wurde eine Fördersumme von 7.669.013,98 Euro beschlossen. Diese Förderliste enthält die Förderungen mit den Anteilen des Kulturraums für Investitions- und Strukturmaßnahmen, investive Verstärkungsmittel sowie die Netzwerkstelle Kulturelle Bildung. Bei Investitions- und Strukturmaßnahmen sowie investiven Verstärkungsmitteln beinhaltet der Haushalt des Kulturraums zusätzlich die Kofinanzierungsanteile des SMWK, da diese durch den Kulturraum ausgereicht werden. Dies gilt für die Strukturmaßnahmen Orchester "Kulturpakt" nicht.

Aufgrund von geringerem Mittelabruf kam es zu einer Verringerung der Aufwendungen zur Förderliste von kulturellen Einrichtungen und Projekten in Höhe von 474.262,03 Euro. Dabei wurden u. a. Fördermittel an die professionellen Kulturorchester um ca. 365.000,00 Euro vermindert ausgereicht und fünf Anträge vollständig zurückgezogen.

Strukturmittel wurden in 2020 planmäßig für die Maßnahme „Neu- und Umstrukturierung Landschaftsmuseum der Dübener Heide Burg Döben“ der Stadt Bad Döben in Höhe von 55.000,00 Euro (Kofinanzierung Kulturraum 5.500,00 Euro) bereitgestellt. Die Umsetzung konnte nur zu Teilen realisiert werden, weshalb in Abstimmung mit dem SMWK der Maßnahmezeitraum vorerst um ein Jahr verlängert wurde. Diese Maßnahme ist ein Teil aus einem dreijährigen Gesamtprojekt. Die Verlängerung des Maßnahmeteils aus 2019 wurde ebenfalls um ein weiteres Jahr verlängert. Mit dem dritten Teil im Haushaltsjahr 2021 ist die Umsetzung des Gesamtprojektes avisiert.

Die Kofinanzierung des Kulturpaktes durch den Kulturraum ist als Strukturmaßnahme auf einen Anteil von 30 Prozent der Gesamtausgaben begrenzt. Aufgrund der Einschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie konnten beide Orchester im Zusammenhang mit dem Kulturangebot der Regelförderung kein Mehrangebot realisieren, weshalb in Abstimmung mit dem SMWK keine Sachkosten abgerechnet werden konnten und sich demnach der verringerte Mitelaufbruch von insgesamt 6.009,08 Euro ergab.

Die folgenden Tabellen dienen der Übersicht und des Nachweises für die Mittelbewirtschaftung der Investitionsmittel sowie der investiven Verstärkungsmittel aus dem Haushaltsjahr 2020:

Maßnahmen mit Investitionsmitteln	Investitionsmittel in Euro	Gesamtförderung Kulturraum in Euro
Kulturbetrieb Schloss Hartenfels – Ausbau Dauerausstellung in den kurfürstlichen Gemächern	51.025,00	61.200,00
Stadtbibliothek Grimma – Ausstattung und Umgestaltung der Mediothek	10.185,00	11.203,50
<b>Gesamt</b>	<b>61.210,00</b>	<b>72.403,50</b>

Die Investitionsmittel in Höhe von 62.210,00 Euro wurden in Höhe von 51.025,00 Euro für die investive Maßnahme „Ausbau Dauerausstellung in den kurfürstlichen Gemächern“ auf Schloss Hartenfels zusätzlich einem Kulturraumanteil von 10.175,00 Euro sowie in Höhe von 10.185,00 Euro für die investive Maßnahme „Ausstattung und Umgestaltung der Mediothek“ der Stadtbibliothek Grimma zusätzlich einem Kulturraumanteil von 1.018,50 Euro verausgabt.

Maßnahmen mit investiven Verstärkungsmitteln	Verstärkungsmittel in Euro	Gesamtförderung Kulturraum in Euro
Haynaer Strandverein e. V. – Gestaltung Zuschaueraußenbereich/ Garderobenhäuser	Antrag zurückgezogen	0,00
Stadt Schkeuditz – Bestuhlung für Erdgeschoss Kulturhaus Sonne	32.501,54	35.751,69
Stadt Torgau – Austausch Brandmeldeanlage im Kanzleihaus Torgau des Stadt- und Kulturgeschichtlichen Museums	14.835,61	16.319,17
Joachim-Ringelnatz Verein e. V. – Ausstattung Ringelnatz-Geburtshaus	Realisierung ins Jahr 2021 verlängert	bisher 0,00
Stadt Borna – Bestuhlung Stadtkulturhaus	41.520,40	45.672,44
Landkreis Nordsachsen – Investitionen für Sicherung Ausstellungsbereich Schloss Hartenfels	32.975,45	59.400,00
<b>Gesamt</b>	<b>121.833,00</b>	<b>157.143,30</b>

Die Aufwendungen für investive Verstärkungsmittel wurden für fünf Antragsteller geplant. Der Antrag zur Maßnahme „Gestaltung Zuschaueraußenbereich/Garderobenhäuser“ des Haynaer Strandverein e. V. wurde in 2020 zurückgezogen. Damit war die Verteilung der zugewiesenen Mittel in Höhe von 146.833,00 Euro auf die verbleibenden Antragsteller und den Nachrückerantrag des Landkreises Nordsachsen möglich. Die investiven Verstärkungsmittel wurden in Höhe von 32.501,54 Euro für die investive Maßnahme „Bestuhlung für Erdgeschoss Kulturhaus Sonne“ der Stadt Schkeuditz zusätzlich einem Kulturraumanteil von 3.250,15 Euro, in Höhe von 14.835,61 Euro für die investive Maßnahme „Austausch Brandmeldeanlage im Kanzleihaus Torgau des Stadt- und Kulturgeschichtlichen Museums“ der Stadt Torgau zusätzlich einem Kulturraumanteil von 1.483,56 Euro, in Höhe von 41.520,40 Euro für die investive

Maßnahme „Bestuhlung Stadtkulturhaus“ der Stadt Borna zusätzlich einem Kulturraumanteil von 4.152,04 Euro sowie in Höhe von 32.975,45 Euro für die investive Maßnahme „Investitionen für Sicherung Ausstellungsbereich Schloss Hartenfels“ des Landkreises Nordsachsen zusätzlich einem Kulturraumanteil von 26.424,55 Euro verausgabt. Für die investive Maßnahme „Ausstattung Ringelnatz-Geburtshaus“ des Joachim-Ringelnatz Verein e. V. wurden 25.000,00 Euro investive Verstärkungsmittel zusätzlich einem Kulturraumanteil von 2.500,00 Euro geplant. Die Maßnahme konnte in 2020 noch nicht vollumfänglich realisiert werden, wurde bisher jedoch nur aus weiteren Drittmitteln finanziert und daher mit Zustimmung des SMWK ins Folgejahr verlängert. Der Zuwendungsempfänger hatte die Fördermittel bereits in Gänze abgerufen, jedoch nicht vollumfänglich verwenden können. Bis zur tatsächlichen Mittelverwendung wurden die Gelder an den Kulturraum und wiederum vom Kulturraum an das SMWK zurückgezahlt. Dieser Vorgang erzeugte nach erneuter Auszahlung des SMWK buchhalterisch einen doppelten Ertrag und sowie doppelten Aufwand, welcher sich in den Forderungen und Verbindlichkeiten niederschlägt. Für zukünftige, vergleichbare Sachverhalte wird das Verfahren verändert, damit dieser Effekt nicht mehr entsteht. Bis zur endgültigen Auszahlung der Mittel an den Verein wurde eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Zu den Aufwendungen der beschlossenen Förderliste hatte der Konvent am 23.06.2020 ebenfalls ein Corona-Sonderbudget in Höhe von 250.000,00 Euro beschlossen, welches ungenutzt blieb.

Eine weitere Verringerung der Aufwendungen in Höhe von 102.229,70 Euro ergab sich im Kultursekretariat. Hauptsächlich entstanden diese durch die ausgebliebenen Personalkosten aufgrund unbesetzter Stellen sowie längerfristiger krankheitsbedingter Abwesenheiten. Der Verwaltungsaufwand zur Sicherstellung des Förderverfahrens durch das Kultursekretariat beträgt damit 5,82 Prozent der Gesamtaufwendungen und liegt damit über dem Vorjahreswert von 5,26 Prozent der Gesamtaufwendungen.

Zusammengefasst liegt damit das ordentliche Ergebnis bei 788.244,33 Euro.

Außerordentliche Erträge sind nicht zu verbuchen. Der Abgang der veralteten IT-Lizenz, welche noch einen Erinnerungswert von 1,00 Euro aufwies, beschreibt die Höhe der außerordentlichen Aufwendungen.

Damit entsteht ein Sonderergebnis von -1,00 Euro.

Durch den Ausgleich des Sonderergebnisses mit dem positiven ordentlichen Ergebnis verbleibt ein Gesamtergebnis von 788.243,33 Euro.

<b>Ergebnisrechnung</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe ordentliche Erträge	8.815.870,77
Summe ordentliche Aufwendungen	8.027.626,44
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>788.244,33</b>
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	1,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>-1,00</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>788.243,33</b>

#### Finanzrechnung

Bei der Betrachtung der Zahlen der Finanzrechnung ist im Haushaltsjahr 2020, trotz steigender Verwarentgelte, der hohe Bestand an Geldmitteln positiv zu bewerten. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben gewesen, im Rahmen der sofortigen Einnahmeverluste aller geförderten Einrichtungen und Maßnahmen aufgrund der Einschränkungen in der Corona-Pandemie und

gleichzeitig weiterlaufenden Fixkosten, zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Kultureinrichtungen, die Zuwendungen vor Zahlungen von Hilfgeldern vollumfänglich zur Verfügung zu stellen.

<b>Finanzrechnung</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.757.908,66
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.056.312,47
<b>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</b>	<b>701.596,19</b>
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	16.409,49
<b>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-16.409,49</b>
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
<b>Änderung Bestand liquide Mittel</b>	<b>685.186,70</b>

Die Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entspricht mit 8.757.908,66 Euro den Gesamteinzahlungen. Den Einzahlungen stehen Auszahlungen in Höhe von 8.072.721,96 Euro gegenüber. Im Vergleich mit der Ergebnisrechnung sind bestimmte Einzahlungen bzw. Auszahlungen periodenfremd und daher nicht gleichzeitig ein Ertrag bzw. Aufwand. Zudem gibt es Erträge bzw. Aufwendungen, welche keine Einzahlung bzw. Auszahlung im Haushaltsjahr 2020 darstellen.

Die Investitionen waren in Höhe von 40.000,00 Euro geplant und wurden im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 16.409,49 Euro notwendig. Angeschafft wurde damit hauptsächlich die Grundausstattung der neuen Büroräume des Kultursekretariats.

Die Finanzierungstätigkeit bleibt im Ergebnis ohne Kontobewegungen und dadurch der Zahlungsmittelsaldo bei 0,00 Euro.

Im Ergebnis bleibt ein Zahlungsmittelüberschuss im Haushaltsjahr 2020 von 685.186,70 Euro.

#### Vermögensrechnung

Im Vergleich der Bilanzpositionen der Jahresabschlüsse 2019 und 2020 sind neben der Erhöhung im Anlagevermögen im Zusammenhang mit der Erstaussstattung des Kultursekretariats außer beim Bestand an liquiden Mitteln nur minimale jahresübliche Schwankungen zu verzeichnen.

Das Anlagevermögen wird grundsätzlich so geringgehalten, wie es für die Aufgabenerfüllung des Kulturraums erforderlich ist. Die Anschaffungen der Betriebs- und Geschäftsausstattung stellen in der gebildeten Höhe nun langfristig das notwendige Niveau dar. Daneben stellt das Eigentum von Kunstgegenständen den größten Anteil dar. Die erworbene Kunst ist dabei vollständig unbefristet an die beiden Mitgliedslandkreise sowie geförderten Kultur-einrichtungen verliehen.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum Jahresende steigt im Vergleich zum Vorjahr um den Zahlungsmittelüberschuss in der Finanzrechnung auf 2.292.288,10 Euro.

Die Position der Verbindlichkeiten ist im Vergleich zum Vorjahr auf 251.958,49 Euro leicht gesunken. Während sich Zahlungsverpflichtungen aus Transferleistungen erhöht haben sind sonstige Verbindlichkeiten und die aus Lieferung und Leistung gesunken. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen keine. Der Kulturraum ist demnach weiterhin schuldenfrei.

Die Rückstellungen sinken im Jahresabschluss 2020 leicht auf 34.124,00 Euro. Der Gesamtansatz bildet sich aus den noch offenen Jahresabschlussprüfungen der Haushaltsjahre 2018



bis 2020 mit 12.000,00 Euro sowie der Rückstellung der Förderung für das Investitionsprojekt des Joachim-Ringelnatz-Vereins e. V. in Höhe von 22.124,00 Euro, welche durch einen SMWK-Anteil von 20.113,00 Euro finanziert ist.

Seit dem Jahresabschluss 2017 werden keine Fehlbeträge mehr vorgetragen, wonach Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses nach Verrechnung mit dem Sonderergebnis direkt in die Rücklage fließen. Mit dem Gesamtergebnis des Haushaltsjahres 2020 und den bestehenden Rücklagen können mit diesem Jahresabschluss Rücklagen in Höhe von 1.279.258,14 Euro gebildet werden. Grundsätzlich besteht das Ziel im Kulturräum keine Situation herbeizuführen, die eine Minderung des Basiskapitals zur Folge hätte. Mit der Höhe der Rücklage zum Ende des Haushaltsjahres 2020 kann den finanziellen Herausforderungen der kommenden Jahre flexibler und besser begegnet werden. Eine gezielte Erhöhung der Rücklagen wie in den vergangenen Jahren ist nicht mehr notwendig.

Im Ergebnis der Bewertung der Abschlussrechnung lässt sich für das Haushaltsjahr 2020 ein positives Fazit ziehen, auch wenn mehr Mittel hätten lebendiger Kultur zugutekommen sollen. Die Einschränkungen des Corona-Pandemie haben das verhindert. Die geplante Zielstellung konnte mit den eingesetzten Mitteln jedoch erreicht werden.

#### **4 Lage des Kulturräum**

Aufgrund der starken Abhängigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kulturräum von der Höhe der Summe des Kulturlastenausgleichs nach dem SächsKRG, bewertet der Kulturräum den beständigen Beitrag des Freistaates Sachsen über alle sächsischen Kulturräume hinweg für die kommunale Pflichtaufgabe der Kulturpflege als positiv und notwendig. Damit trägt der Freistaat Sachsen zur Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung für die regional bedeutsame Kulturlandschaft bei. Eine zukünftige dynamische Anpassung dieses Beitrages wäre im Sinne aller Profiteure des Kulturräumgesetzes.

Das Verfahren zur Verteilung der Mittel nach der SächsKRVO wird dabei durch den Kulturräum jedoch weiterhin kritisch hinterfragt. Seit der Einführung der Berechnung zur Mittelverteilung unter den ländlichen Kulturräumen liegt nach Bewertung nicht nur des Kulturräum Leipziger Raum eine statistische Benachteiligung für Kulturräume mit geringer Landeszuweisungen vor, welche nach wiederholter Kritik gegenüber dem SMWK hoffentlich im Jahr 2022 behoben wird. Die Reduzierung der Landeszuweisung auch im Haushaltsjahr 2020 bestätigt weiterhin den langfristigen Trend für den Kulturräum Leipziger Raum. Festzustellen ist, dass sich durch verschiedenste Einflussnahmen die Zuweisungssumme von 2020 im Vergleich zu 2011 um fast 800.000,00 Euro reduziert hat. Die Gesamtverteilmasse des Freistaates Sachsen ist im gleichen Zeitraum aber deutlich gestiegen. Die Prognose für 2021 und spätere Jahre lässt jedoch hoffen, dass der Kulturräum mittelfristig die Summe der berücksichtigungsfähigen Kulturausgaben so steigern konnte, dass dieser Trend umgekehrt werden kann. Unbestritten bleibt jedoch, dass bei einem Fokus der Landesregierung auf den ländlichen Raum zur Stärkung des ländlichen Kulturangebotes, eine Anpassung der Mittelverteilung zwischen urbanen und ländlichen Kulturräumen in den nächsten Jahren zu evaluieren wäre. Der Kulturräum Leipziger Raum sieht sich, wie alle anderen ländlichen Kulturräume, von den Herausforderungen des demografischen Wandels sowie fairer Bezahlung der Kulturschaffenden stärker betroffen, als die urbanen Kulturräume.

Im Rahmen des regelmäßigen Aushandlungsprozesses mit den Mitgliedern des Kulturräum zur Kulturumlage war im Haushaltsjahr 2020 im Rahmen des Nachtragshaushaltes keine Anpassung der Höhe notwendig. Durch unterschiedliche Entwicklungen der Umlagegrundlagen der Mitgliedslandkreise gab es jedoch eine Verschiebung untereinander, welche als beständiger Beitrag geleistet wurde. Damit konnte eine Kulturumlage auf dem Niveau von 2018 erhoben werden.

Der Kulturraum hat sich in seiner Förderrichtlinie auf die Förderung von regional bedeutsamen kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen in den Bereichen Museen, Kunst und Kultur, Kulturelle Bildung, Kultur- und Kommunikationszentren (Kulturhäuser), Soziokultur, Musik, professionelle Orchester, Kirchenmusik und Bibliotheken festgelegt. Die folgende Grafik stellt die Verteilung der ausgereichten Fördermittel im Haushaltsjahr 2020 dar.

Nachdem die Landeszuweisungen im Haushaltsjahr 2020 einen Tiefpunkt erreicht hatten und die Bedarfe der geförderten Einrichtungen und Projekte aufgrund der Corona-Pandemie deutlich über das normale Maß hinausgingen, war grundsätzlich die Ausreichung der beschlossenen Fördermittel durch den Kulturraum Bedingung für die Inanspruchnahme weiterer Hilfen des Bundes bzw. des Freistaates Sachsen.

Die Fördermittel konnten in der Planung im Vergleich zum Vorjahr über alle Sparten hinweg leicht erhöht werden. Davon ausgenommen war die Kofinanzierung der Strukturmittel für die professionellen Orchester. Trotzdem wurden in Abhängigkeit von der inhaltlichen Entwicklung im Einzelfall nur Fördersummen auf dem Niveau aus dem Haushaltsjahr 2018 möglich. Gerade mit der Unterstützung beider Mitgliedslandkreise konnte ein unverhältnismäßiges Absinken des breiten Förderniveaus verhindert werden. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Veränderungen der prozentualen Verteilung in der Realisierung des Haushaltes stark vom reduzierten Anteils für professionelle Orchester aufgrund der veranlassten Kurzarbeit geprägt, jedoch für die restlichen Sparten im Verhältnis untereinander unverändert, auch wenn durch die Rundungen im Einzelfall ein anderer Eindruck entstehen könnte.

Da über den Regierungsentwurf der Staatsregierung für das Haushaltsjahr 2021 mit Mittelreduzierungen u. a. bei den investiven Verstärkungsmitteln zu rechnen ist, werden Anstrengungen notwendig sein, damit die Möglichkeit besteht, bestehende Kulturangebote weiterhin zu erhalten und investive Bedarfe zu bedienen. Im Rahmen der Planungen hat sich der Kulturraum in Abstimmung mit den Mitgliedern des Zweckverbandes, aufgrund der Corona-Pandemie und der damit verbundenen und deutlich verspäteten Haushaltsplanung des Freistaates Sachsen, vorerst für eine Fortschreibung des Umfanges der finanziellen Unterstützung über die Kulturumlage entschieden. Wie sich demnach die tatsächlichen Rahmenbedingungen im 2. Pandemiejahr darstellen werden, bleibt abzuwarten.

Die Qualität der Arbeit der Kulturschaffenden in Kulturprojekten und Kultureinrichtungen im Kulturraum wurde im Jahr 2020 u. a. durch den Preis der Kulturinitiative Zwenkau e. V. hervorgehoben:

*Kulturinitiative Zwenkau e. V. erhält Sächsischen Förderpreis für Kunst und Demografie 2020*

Der Sächsische Förderpreis für Kunst und Demografie ist ein trilaterales Projekt des Zweckverbandes Soziokultur Sachsen e. V. zusammen mit der Johanna und Fritz Buch Gedächtnisstiftung und dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus. Schirmherrin des Sächsischen Förderpreises für Kunst und Demografie "KunstZeitAlter" ist die Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus Barbara Klepsch.

Die Kulturinitiative Zwenkau erhielt in diesem Jahr den Förderpreis für ihr Projektkonzept „FAKTOR: Mensch. Eine Statistik-Revue“. Das Projekt überzeugte die Jury durch eine einfache wie kluge Idee, über statistische Merkmale, Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Zwenkauer Stadtgesellschaft mit der Kunstform Theater zu besprechen.

Der Sächsische Förderpreis für Kunst und Demografie Preis steht nicht nur im Zeichen demografischer Herausforderungen, sondern trägt zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bei, das Miteinander neu zu denken und Zusammenhalt ganz praktisch – auch im Sinne einer Krisenbewältigung – zu gestalten.



## **Gesundheit und Soziales**

# Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Kutusowstraße 70  
04808 Wurzen  
Tel.: 03437 / 9378 – 1012  
Fax.: 03437 / 9378-1018 oder 03437 / 9378-1019  
E-Mail: kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de  
Webseite: <http://www.kh-muldental.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Handelsregisternummer:** HRB 20554

**Gründungsdatum:** 19.12.2003

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

- (1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.
- (3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Leipzig	25.000,00 €	100,00 %
-------------------	-------------	----------

## Beteiligungen

Servicegesellschaft Muldental mbH	25.000,00 €	100,00 %
Soziale Dienste Muldental gGmbH	25.000,00 €	100,00 %

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

## V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

### Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

#### I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (kurz: Muldentalkliniken), betreibt die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	<b>Betten</b>
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	188
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	0
Augenheilkunde	1
<b>Gesamt</b>	<b>355</b>

Die zum Konzern gehörende Soziale Dienste Muldental gGmbH, Wurzen, mit drei Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Soziale Dienste Muldental gGmbH betreibt darüber hinaus medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz, Brandis, Grimma und Wurzen zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die Tochtergesellschaft Servicegesellschaft Muldental mbH erbringt unternehmensinterne Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit, Facility-Management/Betriebstechnik und Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, für den Konzern der Muldentalkliniken GmbH.

## **II. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

### **1. Grundlagen der Betriebsführung**

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2021 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart. Eine Genehmigung der Vereinbarung durch die Aufsichtsbehörde steht noch aus.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Die Kosten des Pflegepersonals der bettenführenden Abteilungen werden gesondert im Rahmen eines verhandelten Pflegebudgets vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets.

Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zu Grunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger: 11.940,08

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken betrug TEUR 58.456.

Die Budgetverhandlung mit den Krankenkassen für das Jahr 2021 hat im Oktober 2021 stattgefunden.

Die tatsächlich erbrachten Leistungen lagen mit 10.190 effektiven Bewertungsrelationen 14,7 % unterhalb der vereinbarten Leistungsmenge. Die für 2021 geplante Leistungsmenge von 11.992 CM-Punkten konnte nicht erreicht werden.

Das Geschäftsjahr 2021 war entscheidend durch einmalige Vorgänge geprägt. Hierzu gehören insbesondere die seit 2020 geltenden Einschränkungen in der Corona-Pandemie, welche weit in das Jahr 2021 hinein reichten. Das Wirtschaftsjahr 2021 begann mit der 2. Welle der Corona-Pandemie und endete mit der 4. Welle. Diverse Verordnungen sowohl vom Bund und als auch vom Freistaat Sachsen sowie das veränderte Anspruchsverhalten der Bevölkerung von medizinischen Leistungen haben zu einer Reduzierung der stationären und ambulanten Behandlungszahlen geführt. Zeitweise wurden Normalstationen geschlossen und eine Intensivtherapiestation zu einer Isolierstation im Rahmen der Pandemiebekämpfung umgewidmet, um die stationären Kapazitäten auf die Behandlung von Corona-Patienten gezielt zu konzentrieren. Dies betraf insbesondere auch die Personalkapazitäten, welche zeitweise pandemiebedingt sehr angespannt waren.

Den aufgrund der Pandemie niedrigen Erlösen wurde durch diverse Maßnahmen des Gesetzgebers, wie Prämien für die Freihaltung von Bettenkapazitäten, Erhöhung des Pflegeentgeltwertes, Corona-Zuschläge, die Verkürzung von Zahlungszielen der Krankenkassen u. ä., begegnet. Trotz der zum Teil sehr stark gestiegenen Aufwendungen für Schutzmaßnahmen und zeitweise erheblichen Personalausfällen führten insbesondere die Stützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand bis 31. Dezember 2021 zu erheblichen Mittelzuflüssen bei der Gesellschaft. Somit konnten die pandemiebedingten Erlösausfälle und die durch den Sars-CoV-2-Virus bedingten Sachkostensteigerungen kompensiert werden.

Die in der Strategietagung im Januar 2020 beschlossenen Maßnahmen zur Erlös- und Kostenoptimierung wurden, soweit unter Pandemie-Bedingungen möglich, weiter umgesetzt. Neu hinzugekommen ist die Förderung der Digitalisierung im Gesundheitswesen durch den von

der Bundesregierung aufgelegten Krankenhauszukunftsfonds. Die Gesellschaft hat hierzu beim Sächsischen Ministerium für Soziales eine qualifizierte Bedarfsanmeldung eingereicht, welche Basis für den Fördermittelantrag durch das vorgenannte Ministerium war.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von EUR 125.001,27 (Vorjahr: EUR 1.070.404,68) ab. Das erzielte Jahresergebnis 2021 lag um TEUR 586 über der im Lagebericht 2020 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2021 und des Wirtschaftsplans von TEUR -460.

## 2. Leistungsdaten

Die Leistungen der Gesellschaft entwickelten sich im stationären Bereich im Jahr 2021 aufgrund der Corona-Pandemie insgesamt rückläufig, wenn auch in den einzelnen Fachabteilungen durchaus unterschiedlich.

Aufgrund der Umstellung der Vergütungssystematik zum 1. Januar 2020 durch weitgehende Herauslösung der Kosten der Pflegepersonalkosten bettenführender Abteilungen aus dem DRG-System, ist die Leistungsentwicklung nicht mehr direkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Eine Orientierung bietet jedoch weiterhin die Anzahl der stationär behandelten Fälle:

Jahr	Planbetten im	DRG-Fallzahl inkl.	Ø Verweildauer
	Jahresdurchschnitt	Überlieger	
2021	355	14.613	5,30
2020	355	16.038	5,00
2019	355	18.528	5,00
2018	355	18.545	5,20
2017	355	18.431	5,30
2016	355	18.881	5,50
2015	355	18.127	5,77
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

## 3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 wurde bei Umsätzen in Höhe von TEUR 67.401 (Vorjahr: TEUR 64.283) ein Jahresergebnis von TEUR 125 (Vorjahr: TEUR 1.070) erwirtschaftet.

Die Leistungsmenge war aufgrund der pandemiebedingten schwachen Auslastung niedrig. Daher ist die Steigerung der Umsätze aus Krankenhausleistungen auf pandemiebedingte Zuschüsse von Bund, Land und Sozialversicherungsträgern zurückzuführen. Die Ausgleichsprämien für die Freihaltung von Bettenkapazitäten und Versorgungsaufschläge waren 2021 mit TEUR 5.668 in den Umsatzerlösen enthalten.

Gleichzeitig führte der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert zu einem Erlösanstieg in Höhe von ca. TEUR 771.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten (VK) der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2021 zu 2020:

	2021	2020
Vollkräfte	518	541
Personalkosten in TEUR	43.085	41.806
Personalaufwandsquote (Personalaufwand ./ . Umsatzerlöse)	66,2 %	65,8 %

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2020 um TEUR 1.279 (+3,0 %) gestiegen. Der Rückgang beim Personalbestand führte durch Vergütungssteigerungen aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD dazu, dass der Personalaufwand nicht gleichmäßig zum Personalbestand sank.

Die Anzahl der Vollkräfte konnte im Pflegebereich in 2021 um 1 Vollkraft gegenüber 2020 erhöht werden, womit der geplante Personalaufbau in dieser Dienststart nicht vollständig erreicht wurde. Gleichzeitig war in den übrigen Dienststarten ein Rückgang der Anzahl der Vollkräfte zu verzeichnen. Nahezu der gesamte Technische Dienst wurde zum 1. Januar 2021 in die konzerneigene Servicegesellschaft Muldental mbH ausgelagert. Die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal, insbesondere Pflegekräften, bleibt weiterhin schwierig und arbeitsmarkttechnisch angespannt.

Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer im Vergleich zum Jahr 2020 nicht.

Die Personalaufwandsquote blieb auf vergleichbarer Basis gegenüber dem Vorjahr bei 66,2 % der Umsatzerlöse wegen der Auslagerung des Technischen Dienstes weitgehend stabil. Dies resultiert aus den pandemiebedingt stagnierenden Umsatzerlösen bei gleichzeitig tarifbedingt steigendem Personalaufwand. Die Personalaufwandsquote nähert sich einem branchenüblichen und zufriedenstellenden Niveau an.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um TEUR 2.238 zum Vorjahr gestiegen. Einerseits sind die gestiegenen Aufwendungen durch höhere, pandemiebedingte Aufwendungen für Schutzmaterial und Laborleistungen verursacht worden. Andererseits führte ein verändertes Leistungsgeschehen im chirurgischen Bereich zu einem höheren Verbrauch von Implantaten und OP-Material. Insbesondere sind in den bezogenen Leistungen erstmals die Aufwendungen für das ausgegliederte Facility-Management mit TEUR 646 enthalten.

	2021	2020
Materialaufwandsquote (Materialaufwand ./ . Umsatzerlöse)	23,9 %	20,8 %

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr ein Anstieg um TEUR 675 zum Vorjahr zu verzeichnen. Ein Hauptgrund hierfür sind die zunehmenden Zahlungen in den Ausgleichsfonds für die Pflegeausbildung. Die Beiträge zum Ausbildungsfonds stiegen aufgrund dessen Ausweitung seines Umlagevolumens. Dem stehen analog gestiegene Zuweisungen aus dem Ausbildungsfonds gegenüber.

In 2021 waren die Aufwendungen für Beratung und IT erheblich gestiegen. Hintergrund hierfür sind zahlreiche Projekte zur Optimierung von Betriebsabläufen in verschiedenen Bereichen, wie z. B. Küche, Radiologie, Facility-Management, Materialversorgung und Labor. Die IT-Aufwendungen stiegen wegen der konsequenten Um- und Fortsetzung der Digitalisierung und Optimierung von Betriebsabläufen, wie z. B. innerbetriebliche Logistik, als auch in Vorbereitung auf die Digitalisierungsprojekte, die zukünftig aus dem Krankenhauszukunfts fonds gefördert werden sollen.

Im Jahr 2020 wurde die Tochtergesellschaft Soziale Dienste Muldental gGmbH mit einem Ertragszuschuss in Höhe von TEUR 500 unterstützt. Eine erneute Stützung ist 2021 nicht erfolgt und auch für die Folgejahre derzeit nicht vorgesehen.

Durch die Genehmigung von zusätzlichen Fördermitteln für das Programm eHealth Sax wurden einmalige Fördermittelerträge in Höhe von TEUR 119 generiert.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund steigender Zinsaufwendungen um TEUR 11 verschlechtert.

#### **4. Vermögenslage**

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 56.658 lag um TEUR 1.329 unter dem des Jahres 2020 (TEUR 57.987). Das Vermögen betrifft Sachanlagen, Finanzanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 82,4 %, im Übrigen das Umlaufvermögen. Die Finanzierung erfolgt mit 17,4 % durch Eigenkapital, mit 69,2 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 14,0 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2020 durch Abschreibungen um TEUR 2.036 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Ersatzinvestitionen im klinischen Bereich, Lizenzen und EDV-Hardware. Im Jahr 2021 wurden zusätzlich in den Ersatz der Radiologie-Großgeräte am Standort Grimma (Computertomograf und Röntgen) investiert. Die gemäß dem Wirtschaftsplan erheblichen Investitionen in Höhe von TEUR 2.437 konnten nicht vollständig durch vorhandene Fördermittelguthaben aus pauschalen Fördermitteln finanziert werden. Soweit keine Fördermittel verfügbar waren, wurden Investitionen aus Eigenmitteln getätigt.

Die Höhe der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist unüblich niedrig, soweit Ansprüche aus Fördermitteln herausgerechnet werden. Gründe hierfür sind die aufgrund der Corona-Pandemie niedrigeren abrechenbaren Leistungen zum Bilanzstichtag sowie die vorübergehend erheblich verkürzten Zahlungsfristen der Krankenkassen.

Die Forderungen aus dem Krankenfinanzierungsrecht bezüglich der Budgetausgleiche der Vorjahre haben sich in 2021 auf ca. Mio. EUR 0,8 erhöht. Dies resultiert insbesondere daraus, dass mit dem niedrigen Erlösvolumen nicht sämtliche Kosten des Pflegebudgets unterjährig abgerechnet werden konnten. Im Verlauf des Jahres 2022 ist aufgrund der Budgetvereinbarung 2021 mit weiteren Mittelzuflüssen aus Ausgleichen von ca. Mio. EUR 0,7 zu rechnen.

Gegenüber der Tochtergesellschaft Soziale Dienste Muldental gGmbH bestehen ausschließlich Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Tochtergesellschaft kann auf eine Kontokorrentvereinbarung mit den Muldentalkliniken zurückgreifen, um Liquiditätsschwankungen auszugleichen.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2021. Dies führte zu einer Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um TEUR 125.

Die Rückstellungen erhöhten sich 2021 um TEUR 514. Ursächlich war eine erhöhte Vorsorge für Risiken aus Budgetausgleichen und aus energierechtlichen Fragestellungen.

Die Verbindlichkeiten sanken gegenüber dem Vorjahr um ca. TEUR 62. Dies resultiert aus dem Abbau der Lieferantenverbindlichkeiten bei gleichzeitiger Ausweitung der Bankschulden.

Gleichzeitig wurden in Höhe von TEUR 1.136 Fremdfinanzierungen in Form von Bankkrediten aufgenommen, um die hohen Investitionen mit den derzeit günstigen Finanzierungsbedingungen langfristig zu refinanzieren.



Die im Berichtsjahr erheblich gestiegenen Ausgleichsforderungen gegen Krankenkassen wurden durch einen Abbau der liquiden Mittel finanziert. Die Liquidität war einschließlich der vorhandenen Kreditlinien im Jahresverlauf jederzeit ausreichend, um sämtlichen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Unterstützend hierbei wirkte insbesondere der Krankenhaus-Rettungsschirm des Bundes und des Freistaates Sachsen, welcher die liquiditätsmäßigen Auswirkungen der Corona-Pandemie in weiten Teilen kompensierte.

In 2021 wurde die Finanzierung der kurzfristig verfügbaren Kreditlinien neu geregelt und der Kreditspielraum der Gesellschaft deutlich ausgeweitet und an das Geschäftsvolumen angepasst.

## **5. Gesamtaussage**

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft unter den gegebenen Bedingungen des abgelaufenen Geschäftsjahres als zufriedenstellend.

Das Jahr 2021 war aufgrund der Corona-Pandemie weiterhin geprägt von einem außergewöhnlichen Geschäftsumfeld.

Die Unterstützungsmaßnahmen von Bund, Land und Sozialversicherungen für einen wirtschaftlichen Ausgleich der z. T. sehr erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich positiv auf die Gesellschaft ausgewirkt. Die Gesellschaft hat das Jahr 2021 trotz schwierigster Rahmenbedingungen weiter genutzt, um umfangreiche Veränderungen in Strukturen und Prozessen zu realisieren und weitere Optimierungen vorzubereiten. Maßnahmen zur Kostenreduktion in den Bereichen Facility-Management, Abteilungsstrukturen und Personal wurden in 2021 ergebniswirksam.

## **III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Unmittelbar bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH derzeit nicht abzuleiten. Der Überschuss des Jahres 2021 hat den Finanzierungsspielraum der Gesellschaft leicht verbessert. Im Jahr 2022 ist durch den Wegfall der pandemiebedingt verkürzten Zahlungsfristen der Krankenkassen und abfließenden Eigenmitteln für Investitionen mit einem planmäßigen Rückgang der Liquidität zu rechnen. Die zufließenden Ausgleichsforderungen von den Krankenkassen können diese Entwicklung voraussichtlich nur teilweise kompensieren.

Dennoch muss aufgrund des ungewissen zukünftigen Verlaufs der Corona-Pandemie auch weiterhin mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken gerechnet werden. Inwieweit hier Stützungsmaßnahmen von Bund und Land Risiken ausgleichen können, bleibt abzuwarten. Die Geschäftsführung hat dem in 2021 bereits durch eine Ausweitung der verfügbaren Kreditlinien Rechnung getragen.

Infolge der Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes wird sich zukünftig die Vergütung der Krankenhäuser verstärkt an Qualitätsmerkmalen orientieren. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der stationären Leistungen werden durch die Regelung des Fixkostendegressionszuschlags weiter eingeschränkt.

Der Gesetzgeber hat die Regulierung der Krankenhäuser, u. a. durch die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PPuG) und weiteren Auflagen, deutlich verschärft. Auch wenn Regulierungen im Rahmen der Corona-Pandemie teilweise ausgesetzt wurden, ist weiterhin mit einer hohen Regulierungsdichte zu rechnen.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:



- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung werden diese Leistungen nicht mehr von den Kostenträgern finanziert.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.
- Verschärfung der Prozess- und Strukturvoraussetzungen für medizinische Leistungsbereiche, z. B. Mindestqualifikation von Mitarbeitern sowie Mindestbesetzung etc. im Rahmen von bestimmten OPS-Codes. Bei Nichterfüllung werden diese Leistungen nicht mehr von den Kostenträgern finanziert.
- Ein hoher Grad regulatorischer Eingriffe erzeugt erheblichen Verwaltungsaufwand und engt die Spielräume der Krankenhäuser bei der Gestaltung ihres Leistungsangebots weiter ein.

Durch die Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z. B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren, die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Notfallversorgung und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung. Parallel können die Vorteile der Unternehmenstruppe genutzt werden, um weitere Angebote im Bereich Gesundheit und Versorgung im Markt zu platzieren.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an medizinischen Fachkräften dar. Es ist weiterhin schwierig, freie Facharztstellen und freie Stellen mit medizinischem Fachpersonal zeitnah zu besetzen. Mittlerweile setzt sich der Fachkräftemangel fort und entwickelt sich zu einem allgemeinen Arbeitskräftemangel, so dass auch Vakanzen mit niedrigeren Anforderungsprofil deutlich schwerer nachzubesetzen sind wie in den vergangenen Perioden.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort. Durch die weltweite Corona-Pandemie wurden Produktions- und Lieferketten deutlich gestört. Dies führte einerseits dazu, dass die Preise für gewöhnliche medizinische Verbrauchsmaterialien deutlich gestiegen sind und andererseits die zeitnahe Verfügbarkeit und somit die Lieferung nicht immer vollumfänglich gegeben war. Dies betrifft auch den Bereich der Investitionsgüter. Vertraglich vereinbarte Lieferzeiten sind schwer umzusetzen. Dieser Trend wird sich aller Ansicht nach in den kommenden Monaten und Jahren verstetigen, so dass hier künftig neue Lösungsansätze gesucht werden müssen.

Durch die aktuelle Debatte der Bundesregierung, den gesetzlichen Mindestlohn auf EUR 12 pro Stunde zu erhöhen, wird es zu deutlichen Steigerungen der Sachkosten – hier der Bezug von Leistungen des Tochterunternehmens Servicegesellschaft Muldental mbH – kommen.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung zum einen in deutlich überhöhten Tarifiersteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (TVöD) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig ausgeglichen werden. Zum anderen sehen wir in den Forderungen der Gewerkschaften nach einer Maximalbegrenzung von zu leistenden Diensten je Monat ein Risiko für kleinere medizinische Fachabteilungen, wie die Pädiatrie oder Gynäkologie und Geburtshilfe. Der hierdurch erzeugte Fachkräftebedarf wird auf dem derzeitigen Arbeitsmarkt für die Gesellschaft nicht zu gewinnen sein. Allerdings stellen wir mittlerweile fest, dass der geltende Tarifvertrag bei der Personalakquise von den Arbeitnehmern als attraktiv wahrgenommen wird.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab Januar 2019 bis September 2021) brachte eine Erhöhung der Entgelte um 2,0 % im Januar 2021. Die Vertragsparteien befinden sich aktuell noch in Verhandlungen zum Tarifabschluss für die Folgezeiträume.

Die Laufzeit des Tarifabschlusses bei den übrigen Beschäftigten (TVöD) ist vom 1. September 2020 bis zum 31. Dezember 2022. Lineare Steigerungen waren ab 1. April 2021 mit 1,4 % zu verzeichnen. Zum 1. April 2022 erfolgt eine weitere Steigerung um 1,8 %.

Weiterhin wurden in 2021 Corona-Sonderzahlungen für die Beschäftigten im Umfang von TEUR 333 vom Bund getragen und an die Mitarbeiter ausgezahlt. Hierzu wurde mit der Arbeitnehmervertretung eine entsprechende Betriebsvereinbarung erarbeitet und konsentiert.

Diverse Projekte im IT-Bereich mit den Schwerpunkten Materialversorgung, Apotheke, Personalverwaltung und Labordiagnostik sind umgesetzt oder in Umsetzung und werden die Abläufe und die Behandlungsqualität in Teilen deutlich verbessern. Mit der Verabschiedung des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) soll die Digitalisierung der deutschen Krankenhäuser im Zeitraum bis 2025 mit erheblichen Fördermitteln vorangetrieben werden. Die Muldentalkliniken haben 2021 entsprechende förderfähige IT-Projekte vorbereitet, welche die Abläufe und das Angebot der Kliniken mittelfristig deutlich verbessern werden. Ein Förderantrag nach dem KHZG wurde über das zuständige Ministerium des Freistaates Sachsen bei der zuständigen Bundesbehörde eingereicht.

Die Zusammenarbeit der beiden Klinikstandorte wurde in 2021 insbesondere durch die Bildung standortübergreifender Fachabteilungen (Unfallchirurgie, Gynäkologie) weiter verbessert und intensiviert. Die Vorhaltung von Doppelstrukturen wird miniert und die Spezialisierungen sollen effizient auf beide Standorte verteilt werden. Weitere standortübergreifende Optimierungen sind absehbar im Bereich Labor, innerbetriebliche Logistik und Küchen zu erwarten.

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2022 aufgrund der mit der Corona-Pandemie im Zusammenhang stehenden Risiken ein Ergebnis von TEUR +165 für die Muldentalkliniken. In den Folgejahren ist je nach Verlauf der Pandemie mit steigenden positiven Jahresüberschüssen zu rechnen.

#### **IV. Prognosebericht**

Wir erwarten für das Jahr 2022 einen schwierigen Geschäftsgang. Abhängig vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie ist zumindest zeitweise mit Einschränkungen bei der Leistungserbringung und damit bei den Umsätzen zu rechnen. Es wird aktuell davon ausgegangen, dass die marktbedingten Preis- und politisch initiierten Gehaltssteigerungen durch die Steigerungsraten des Landesbasisfallwertes nicht in dem Umfang kompensiert werden können wie es erforderlich wäre. Vor diesem Hintergrund müssen Effizienzsteigerungen und Einsparpotenziale konsequent weiter gehoben werden.

Im Jahresverlauf 2022 soll nach Möglichkeit ein Aufbau von Personal, insbesondere im pflegerischen und pflegeunterstützenden Bereich, erfolgen. Die daraus resultierenden Mehraufwendungen werden in der seit 2020 geltenden Vergütungssystematik von den Kostenträgern übernommen und im Rahmen der Budgetvereinbarung verhandelt.

Seit 2019 wurde bereits eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in den Bereichen Personalbesetzung, Einkauf von Dienstleistungen, IT und in der Unternehmensorganisation begonnen und teilweise abgeschlossen. Ziel ist eine fortdauernde Optimierung wesentlicher Betriebsbereiche. Die begonnenen Maßnahmen werden in 2022 fortgeführt bzw. weitere Maßnahmen sind in Planung. Diese werden zu einer weiteren Anpassung der Kosten und Strukturen an das derzeitige Leistungsniveau führen.

Im Jahr 2021 wurde mit den ärztlichen Führungskräften eine mehrjährige medizinische Unternehmensstrategie ausgearbeitet, die mit erheblichen Veränderungen in der medizinischen

Struktur der Muldentalkliniken einhergehen wird. Ziel dieser mehrjährigen Unternehmensstrategie ist es, das derzeitige medizinische Leistungsportfolio unter Beachtung der momentanen gesundheitspolitischen Entwicklungen für das Einzugsgebiet zukunftsfest zu gestalten. Eine Verabschiedung der neuen Strategie ist für Mitte 2022 geplant.

Von der medizinischen Unternehmensstrategie sind weitere strategische Maßnahmen in den Bereichen IT und Personal abzuleiten, zu entwickeln und umzusetzen. Aus der Unternehmensstrategie werden Umbaumaßnahmen an den Gebäuden Grimma und Wurzen resultieren, die nach Möglichkeit durch Fördermittel unterstützt werden sollen. Detailplanungen hierzu werden nach Verabschiedung der medizinischen Strategie ausgearbeitet.

Für 2022 sind erhebliche Investitionen in die Radiologie Wurzen, eine Angiografie-Anlage in Grimma sowie in die Krankenhaus-IT im Rahmen der Förderung nach KHZG geplant.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2022 von einem Jahresüberschuss von TEUR +165 bei leicht steigenden Umsätzen aus. Aufgrund der möglichen Auswirkungen der Pandemie wurden hier Risiken möglichst umfassend abgebildet.

Mit der Umsetzung der vorbezeichneten Maßnahmen werden wir auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

#### V. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags

<u>Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO</u>		<b>Plan 2021</b>	<b>Ist 2021</b>	<b>Ist 2020</b>	<b>Ist 2019</b>
Arbeitsproduktivität		1,45	1,51	1,52	1,44
Effektivverschuldung	TEUR	824	-3.459	-2.792	-1.625
Eigenkapitalquote	%	15,28	16,76	16,16	14,20
Eigenkapitalrendite	%	-5,17	1,32	11,42	-3,03
Fremdkapitalquote	%	84,72	83,16	83,74	85,69
Gesamtkapitalrendite	%	-1,09	0,10	1,84	-0,72
Investitionsdeckung	%	100,47	155,42	137,56	115,49
kurzfristige Liquidität	%	122,55	127,37	118,25	96,83
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	117,97	125,65	118,94	108,81
Vermögensstruktur	%	83,18	80,33	83,68	84,76

#### VI. Negativerklärung zur Frauenquote

Eine Festlegung von Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung ist nicht erfolgt.

Die Gesellschaft hat dem Ziel der Erhöhung des Frauenanteils in 2021 allerdings bei der Neubesetzung einer Stelle im Aufsichtsrat Rechnung getragen.

Wurzen, 14. Januar 2022

Mike Schuffenhauer

Geschäftsführer

# Soziale Dienste Muldental gGmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Bergstraße 2a  
04821 Brandis  
Tel.: 034292 /41730  
E-Mail: info@altenpflegeheim-brandis.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 01.10.2006

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Allgemeinheit gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und SGB XII

a) auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen im Sinne des § 68 Nr. 1a) AO incl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und –betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege im Sinne des § 66 AO und

b) auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§ 95 SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege im Sinne des §§ 66 AO.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung ihrer Gemeinnützigkeit (§ 3) alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung mittelbar oder unmittelbar dienen. Sie ist unter den Voraussetzungen des Abs. 3 berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder zu pachten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen zu beteiligen.

### Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000,00 €	100,00 %
--	-------------	----------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### IV Finanzbeziehungen

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

##### I. Allgemeines

Die Soziale Dienste Muldental gGmbH, Wurzen (nachfolgend „SDM“ genannt) wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die SDM betreibt in Brandis und in Wurzen insgesamt drei Altenpflegeheime mit 140 Pflegeplätzen sowie einen ambulanten Pflegedienst in Brandis. Des Weiteren ist die SDM Träger der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Wurzen, Grimma und Colditz.

##### II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

###### 1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildet der jährlich aufgestellte Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze für die stationäre und ambulante Altenpflege geführt.

###### 2. Ertragslage

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Jahre 2017 bis 2021:

Kennzahlen zur Ertragslage		2021	2020	2019	2018	2017
Umsatzerlöse	TEUR	9.007	8.949	8.712	8.242	7.899
Umsatzrentabilität	%	4,4	1,9	-1,5	-3,9	-4,2
Personalaufwand	TEUR	6.305	6.130	5.669	5.618	5.549
Personalaufwandsquote	%	70,0	68,5	65,1	68,2	70,2
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	130,5	133,1	138,3	149,1	146,0
durchschnittlicher Personalaufwand (je Vollkraft)	TEUR	48	46	41	38	38
Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	69	67	63	55	54
Materialaufwand	TEUR	2.167	2.262	2.283	2.026	1.868
Materialaufwandsquote	%	24,1	25,3	26,2	23,6	19,4

Die Corona-Pandemie hatte in 2021 erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Gesellschaft. Die Belegung der Altenheime war seit Jahresende 2020 pandemiebedingt unüblich niedrig und konnte unterjährig nicht vollständig auf eine branchenübliche Auslastung gesteigert werden. Die Mindererlöse und Mehrkosten der Altenheime wurden von den Kostenträgern in 2021 mit TEUR 806 weitgehend ausgeglichen.

Die Umsätze der Altenpflegeheime einschließlich ambulanter Pflegedienst sind weitgehend von Pflegestufen, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, und der Auslastung der ambulanten und stationären Pflegeplätze abhängig.

Seit Jahren wird durch die Struktur der Vergütungen das gesundheitspolitische Ziel verfolgt, die ambulante Versorgung zu stärken. Aufgrund der finanziellen Anreize sollen nur noch schwer pflegebedürftige Personen stationär versorgt werden. Die Belegung der Altenheime wird andauernd hin zu schwer pflegebedürftigen Bewohnern mit kürzeren Verweildauern gesteuert. Trotz und auch wegen der Corona-Pandemie kam es zu einer signifikanten Steigerung der Erlöse aus der ambulanten Pflege (+25 %).

In der stationären Pflege konnten für 2021 höhere Pflegesätze mit den Kostenträgern verhandelt werden, so dass die Erlöse aus der Altenpflege auch hier insgesamt gesteigert wurden. Diese dienten insbesondere auch der Deckung von deutlich gestiegenen Vergütungen der Mitarbeiter. Hierzu wurde eine neue Vergütungsvereinbarung mit der Arbeitnehmervertretung für den Bereich „Stationäre Pflege“ abgeschlossen, welche die gehaltsbedingte Fluktuation von Beschäftigten reduzieren soll. Es wurden neue Gehaltsbestandteile vereinbart, welche in 2021 erstmals wirksam wurden. Die Umsatzerlöse für die gesamte Altenpflege stiegen in 2021 inkl. Corona-Zuschüssen der Kostenträger um ca. TEUR 455 (+9,8 %) gegenüber dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse in den MVZ's werden primär von den in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag (HVM) abhängig. Die Stabilisierung der Umsätze auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres (TEUR -87, -3,0 %) resultiert vor allem aus Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung in diversen Arztpraxen bei gleichzeitiger von konsolidierungsbedingter Personalfuktuation. Hier wirkten sich die in den Vorjahren begonnenen und im Geschäftsjahr 2021 fortgesetzten Umstrukturierungen und Sanierungsmaßnahmen bei diversen Arztpraxen aus. Mit der räumlichen Zusammenführung sämtlicher Arztpraxen in Grimma in den Räumen des dortigen Krankenhauses ist die räumliche Umstrukturierung und Konsolidierung der Arztpraxen zum Jahresende 2021 abgeschlossen. Die in Colditz im Vorjahr umgesetzte Zusammenführung von allgemeinmedizinischen Arztpraxen mit Personal und Arztsitze führte im Nachgang zu erheblicher Fluktuation im Mitarbeiterbestand. Der Betrieb der konsolidierten Arztpraxis konnte im ersten Halbjahr nur unter sehr großen Anstrengungen aufrechterhalten werden.

Ab 1.7.2021 wurden die allgemeinärztlichen Praxen als auch gynäkologische Praxen zulassungsrechtlich in zwei neue, standortübergreifende und fachgruppengleiche MVZ (Fachgruppen-MVZ) umgruppiert. Wir rechnen hier mit deutlich positiven Effekten auf die Vergütungssituation dieser beiden MVZ, wobei die entsprechenden Abrechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung noch ausstehen. Die bisher bestehenden finanziellen Nachteile der MVZ können somit künftig kompensiert werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen aus der U2-Umlage für Mutterschutz und Personalkostenzuschüsse der öffentlichen Hand. Darüber hinaus war im Vorjahr ein einmaliger Ertragszuschuss der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 500 enthalten. In 2021 waren auch Zuweisungen in Höhe von insgesamt TEUR 884 (Vorjahr TEUR 203) aufgrund der Corona-Pandemie enthalten.



Im Jahr 2021 wurde das nicht mehr betriebsnotwendige Grundstück Dehnitzer Weg 4, Wurzen, veräußert. Der Verkauf wird erst im Jahr 2022 bilanziell wirksam.

Die Personalaufwendungen für 130,5 Vollkräfte (Vorjahr 133,1 VK) stiegen im Geschäftsjahr 2021 um TEUR 175. Hier machten sich die Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Medizinischen Versorgungszentren bemerkbar, welche kostenentlastend wirkten. Parallel wurden die Vergütungen der Mitarbeiter in der stationären und ambulanten Altenpflege in 2021 deutlich angehoben, um die Attraktivität als Arbeitgeber weiter nachhaltig zu stärken.

In den übrigen Materialaufwendungen führte die Corona-Pandemie zu erheblichen Kosten für Schutzausrüstung und Untersuchungen, die jedoch weitgehend durch die oben erwähnten Zuweisungen kompensiert wurden.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 103 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 388.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -28 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 23. Hier machte sich der Abbau der Verschuldung mit einer Absenkung der Finanzierungskosten bemerkbar.

Die Ertragslage der Medizinischen Versorgungszentren hat sich im Geschäftsjahr 2021 aufgrund der umgesetzten Restrukturierungsmaßnahmen deutlich verbessert. Die Auswirkung der Restrukturierungen der Vorjahre auf die Aufwendungen für Mieten und Personal waren in 2021 erstmals ganzjährig wirksam. Lediglich am Standort Grimma fielen aufgrund Umbaumaßnahmen letztmalig Kosten für die Anmietung externer Praxisräume an.

Auch im Bereich der stationären Pflege konnte trotz schwacher Belegung eine Ergebnisverbesserung verzeichnet werden. Dies resultierte insbesondere aus den Zuschüssen der Kostenträger für die Minderbelegung bei gleichzeitiger Reduzierung der Aufwendungen für Leiharbeitskräfte. Auch dadurch konnte die stationäre Altenpflege nach einigen schwächeren Jahren wieder zu ihrer alten Ertragsstärke zurückfinden.

Im Bereich ambulante Pflege wurde das in den Vorjahren deutliche Wachstum bei Klienten und Umsätzen in 2021 fortgeführt. Zur weiteren Optimierung der Abläufe wurde die Patientendokumentation und Routenplanung Mitte 2021 vollständig digitalisiert. Auch hierdurch war eine deutliche Verbesserung der Ertragslage zu verzeichnen. Das Ergebnis der ambulanten Pflege war in 2021 erstmals seit vielen Jahren deutlich positiv.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2021 mit einem Jahresergebnis von EUR 399.711,99 (Vorjahr +166.544,69 inkl. Ertragszuschuss der Muttergesellschaft von EUR 500.000,00) ab. Das Ergebnis der Gesellschaft lag damit etwa im Bereich der im Lagebericht 2020 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2021.

### 3. Vermögenslage- und Finanzlage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der SDM dargestellt:

	2021		2020	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	4.065	79,1	4.381	78,0
Umlaufvermögen	1.064	20,7	1.230	21,9
Rechnungsabgrenzungsposten	7	0,2	5	0,1
<b>Betriebsvermögen</b>	<b>5.136</b>	<b>100,0</b>	<b>5.616</b>	<b>100,0</b>



Eigenkapital	1.487	28,9	1.087	19,4
Sonderposten	1.606	31,3	1.700	30,3
Rückstellungen	322	6,3	334	5,9
Verbindlichkeiten	1.721	33,5	2.495	44,4
<b>Betriebskapital</b>	<b>5.136</b>	<b>100,0</b>	<b>5.616</b>	<b>100,0</b>

Es wurden im Jahr 2021 lediglich Ersatzinvestitionen in die Ausstattung von Arztpraxen und Pflegeheimen getätigt.

Das im Jahr 2022 verkaufte Gebäude „Dehnitzer Weg“ wird zum 31.12.2021 nicht mehr im Anlagevermögen geführt und stattdessen unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Die Verluste der Jahre 2015 bis 2020 hatten das Eigenkapital der Gesellschaft vermindert. Dies wurde durch Zuschüsse des Gesellschafters in 2017 und 2020 in Teilen kompensiert. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft kann, insbesondere unter Einbeziehung des Sonderpostens, für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft als ausreichend und stabil angesehen werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 925 konnten jederzeit fristgerecht bedient werden. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr im Rahmen des cash-clearing bei Bedarf auf die Kontokorrentvereinbarung mit der Muttergesellschaft zurückgegriffen. Die verfügbaren Kontokorrentlinien bei Kreditinstituten wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft erzielte 2021 einen operativen Cash-Flow von TEUR +389. Dieser ist ausreichend um die zukünftigen jährlichen Tilgungsverpflichtungen und geplanten Investitionen zu bedienen, sofern er in den Folgejahren weiterhin dem Wirtschaftsplan entsprechende Mittelzuflüsse erwirtschaftet werden.

### III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hat sich aufgrund der Restrukturierungen der Vorjahre deutlich verbessert und ein akzeptables Niveau erreicht.

Die Belegung der stationären Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 87,6 % (2020: 93,4 %) und verschlechterte sich pandemiebedingt deutlich. Gleichzeitig wurden deutlich höhere durchschnittliche Pflegegrade betreut. Das aktive und gezielte Belegungsmanagement der Altenheime ist ein wesentliches Kernelement für deren wirtschaftlichen Erfolg. Dem wird bei der Aufnahme neuer Bewohner\*innen Rechnung getragen.

Die Personalgewinnung und Personalentwicklung unter Berücksichtigung des demografischen Wandels bleibt eine wachsende Herausforderung. Durch das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) und dessen Auswirkungen auf das Unternehmen – insbesondere zur tariflichen Entlohnung in der ambulanten und stationären Pflege – können aktuell nicht abschließend bewertet werden, da bis zur Erstellung dieses Lageberichts die Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes noch nicht vorlagen, auf deren Basis die Landespflegekassen innerhalb von vier Wochen die für das Land und die Regionen wählbaren Tarife bzw. Durchschnittsgehälter veröffentlichen sollen. Jedoch sollen ab dem 01.09.2022 nur diejenigen ambulanten und stationären Einrichtungen den Versorgungsvertrag fortführen dürfen, wenn die Vergütung der Beschäftigten entsprechend tariflich erfolgt. In diesem Zusammenhang bleibt es völlig offen, ob die Pflegekassen überhaupt über die Ressourcen verfügen, bis zum 01.09.2022 für jede ambulanten und stationären Einrichtung eine neue Vergütungsvereinbarung zu verhandeln und abzuschließen. Auf Grund dessen, dass die Gesellschaft in 2021 eine neue Vergütungsvereinbarung mit der Arbeitnehmervertretung für den Bereich stationäre Pflege mit deutlichen Gehaltszuwächsen abgeschlossen hat, dürften in diesem Bereich keine größeren Sprünge zu einer tariflichen Vergütung bestehen.

Mit der Koppelung der Tariflohnbindung an einen Versorgungsvertrag hat der Gesetzgeber gleichzeitig die finanzielle Entlastung der zu Pflegenden per 01.01.2022 umgesetzt. Dies hat zur Folge, dass nunmehr eine höhere finanzielle Belastung der öffentlichen Hand bei gleichzeitig steigenden Aufwendungen in den Einrichtungen zu erwarten ist. Inwieweit sich die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen in den Pflegekassen entwickeln wird, kann valide nicht abgeschätzt werden. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass entsprechende politische Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzen der Pflegekassen unausweichlich sein werden.

Vor diesem Hintergrund prüft die Geschäftsführung daher laufend Optionen zur Fortentwicklung der stationären Pflegeeinrichtungen und der Verzahnung mit ambulanten Versorgungsangeboten.

Gleichzeitig stärkt die seit 2017 gültige Vergütungssituation die ambulante Pflege. Dieser Tatsache trägt die Gesellschaft Rechnung, indem die ambulante Pflege mit den nötigen personellen und finanziellen Ressourcen für eine Angebotsausweitung ausgestattet wurde. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig im Bereich der ambulanten Versorgung weiterhin Wachstum stattfinden wird.

Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten medizinischen Bereich stehen die Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. So konnten im Jahr 2021 ausgediente Ärzte nicht zeitnah nachbesetzt werden. Dieser Herausforderung will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen. Hierzu wurde u. a. der Weiterbildungsverbund Muldental gegründet, welchem die MVZ beigetreten sind.

Derzeit wird in Erwägung gezogen, nicht besetzte Arztsitze im Bereich Allgemeinmedizin an die Kassenärztliche Vereinigung zurückzugeben.

Die seit 2017 laufende Umsetzung von Maßnahmen zur finanziellen Gesundung defizitärer Arztpraxen wurde in 2021 weiter konsequent fortgesetzt. Die vorhandene Struktur der MVZ wird weiterhin laufend überprüft, optimiert und konsolidiert. Noch vorhandene defizitäre Arztpraxen unterliegen einem laufenden Evaluierungsprozess bezüglich Kosten und Erlöse. Wo sich geeignete Chancen für die Gesellschaft und der Muttergesellschaft ergeben, wird die Gesellschaft ggf. den Erwerb weiterer Arztsitze prüfen. An dem übergeordneten Ziel, die Standorte der Muttergesellschaft in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zu Gesundheitszentren mit stationären und ambulanten medizinischen Versorgungsangeboten zu entwickeln, wird konsequent festgehalten.

Auf Wunsch des Gesellschafters wird der Aufbau des neuen Geschäftsbereichs „ambulanten Eingliederungshilfe für Kinder, Jugendliche und Erwachsene“ als vierte Säule der Gesellschaft vorbereitet. Hier sollen zukünftig Assistenzleistungen nach SGB VIII bzw. SGB IX sowie die Schulbegleitung angeboten werden.

Zur Verbreiterung und Sicherung des Angebots wird die Gesellschaft in einem noch zu errichtenden Gebäude die Geschäftsfelder auf die Tagespflege und ambulant betreutes Wohnen am Standort Brandis anbieten. Mit einer Inbetriebnahme ist nicht vor 2023 zu rechnen.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der sich fortlaufenden, veränderten Gesetzgebung, insbesondere der verstärkten Forderung nach ambulanter Leistungserbringung. Aber auch die Gewinnung, das Halten und das Entwickeln von Fach- und Arbeitskräften vor dem Hintergrund der Demographie stellt gleichfalls eine sehr große Herausforderung dar. Die Gesellschaft geht jedoch davon aus, dass insbesondere durch die eingeleiteten und vorgenommenen Maßnahmen auch für den Bereich stationäre Pflege eine qualitativ und wirtschaftlich nachhaltige Leistungserbringung gewährleistet werden kann.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Soziale Dienste Muldental gGmbH nicht erkennbar.

### IV. Prognosebericht

Für den Geschäftsbereich stationäre Pflege erwarten wir für 2022 eine Erholung und eine damit einhergehende verbesserte Belegung sowie ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Jahres 2021. Mögliche Steigerung der Vergütung der Pflegekräfte in der stationären Altenpflege sollen ebenfalls durch noch zu vereinbarende Pflegesätze refinanziert werden.

Das Gleiche gilt für den Bereich ambulante Pflege. Wir erwarten im Jahr 2022 eine gleichbleibende Entwicklung in der ambulanten Pflege analog 2021. Ab 2023 ist dann mit einer Inbetriebnahme des Gebäudes „Betreutes Wohnen Brandis“ mit einer nochmaligen Ausweitung der Geschäftstätigkeit der ambulanten Pflege mit Schwerpunkt Brandis zu rechnen. Korrespondierend werden entsprechende Anlauffinanzierungen zu erwarten sein.

Im Geschäftsbereich MVZ erwarten wir eine nochmalige Ergebnisverbesserung durch eine volle Jahreswirksamkeit der verbesserten Vergütungsmodalitäten durch die geschaffenen fachgruppengleichen MVZ. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Nachbesetzung von vakanter Arztstellen zeitnah gelingen wird.

Der neue Geschäftsbereich Eingliederungshilfe wird in 2022 davon geprägt sein, dass die Anlaufkosten noch nicht in dem Umfang von Erlösen gedeckt sein werden, als das mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet werden kann.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2022 von einem Jahresüberschuss von TEUR 304 bei leicht steigenden Umsätzen aus. Daraus resultiert ein Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR 560 laut Wirtschaftsplan.

Wir werden mit diesen Zahlungsmittelzuflüssen in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die aufgestellten Prognosen stehen unter dem aktuellen Eindruck der Corona-Pandemie. Auf Grund der Pandemie-Dynamik kann derzeit keine valide Aussage hinsichtlich zu einem Übergang zum normalen, präpandemischen Unternehmensalltag abgegeben werden.

### V. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Soziale Dienste Muldental gGmbH

Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO		Plan 2021	Ist 2021	Ist 2020
Arbeitsproduktivität		1,60	1,43	1,46
Effektivverschuldung	TEUR	719	651	1,265
Eigenkapitalquote <sup>1</sup>	%	24,44	28,94	19,35
Eigenkapitalrendite	%	26,44	28,94	15,32
Fremdkapitalquote	%	75,56	71,06	80,65
Gesamtkapitalrendite	%	5,94	7,25	2,38
Investitionsdeckung	%	314,93	201,32	183,91
kurzfristige Liquidität	%	139,47	81,00	64,63
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	76,42	68,75	67,28
Vermögensstruktur	%	68,42	79,14	78,01

<sup>1</sup> hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Wurzen, 31. Januar 2022

Mike Schuffenhauer  
Geschäftsführer

# Servicegesellschaft Muldental mbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Kutusowstraße 70

04808 Wurzen

Tel.: 03425 / 930

E-Mail: kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

**Rechtsform:** GmbH

**Handelsregisternummer:** HRB 22944

**Gründungsdatum:** 05.12.2006

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden sowie hiermit verwandter Dienstleistungen sowie Sterilgutversorgung vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung ihrer Gemeinnützigkeit (§ 3) alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung mittelbar oder unmittelbar dienen. Sie ist unter den Voraussetzungen des Abs. 3 berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder zu pachten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen zu beteiligen.

### Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000,00 €	100,00 %
--	-------------	----------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

##### I. Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste, Sterilgutversorgung sowie Hol- und Bringendienste vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, und deren Beteiligung.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (im Folgenden auch Muttergesellschaft oder kurz Muttergesellschaft genannt), ist alleinige Gesellschafterin der Servicegesellschaft Muldental mbH (kurz: SGM).

##### II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

###### 1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2021 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Finanzplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

Der Geschäfts- und Leistungsumfang wurde im Jahr 2021 im Facility Management für die Muldentalkliniken GmbH durch Übernahme von deren Mitarbeitern erweitert. Damit ist das komplette Facility Management der Firmengruppe ab 2021 bei der Servicegesellschaft Muldental mbH konzentriert.

Die Corona-Pandemie führte auch in 2021 zu einer geringen Ausbringungsmenge der Küchen für den Abnehmer Muldentalkliniken. Die Leistungsmengen in den übrigen Betriebsbereichen verharteten weitgehend auf dem üblichen Niveau. Die Pandemie erzeugte weiterhin erhebliche Herausforderungen in der Betriebsorganisation, insbesondere beim Personaleinsatz.

###### 2. Ertragslage

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen, im Facility Management durch Leistungsstunden sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden in geringem Umfang in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte und im Reinigungsbereich erbracht.

Die Umsatzerlöse des Berichtszeitraums setzen sich wie folgt zusammen:

	2021		2020	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.566	36,1	1.407	41,1
Umsatzerlöse aus Reinigung	948	21,9	899	26,3
Facility Management	761	17,5	66	1,9
Umsatzerlöse aus Sterilisation	586	13,5	602	17,6
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	348	8,0	329	9,6
Einkaufsleistungen	117	2,7	120	3,5
Sonstige Umsatzerlöse	11	0,3	1	0,0
	<b>4.337</b>	<b>100,0</b>	<b>3.424</b>	<b>100,0</b>

Mit den Muldentalkliniken wurde im Bereich Catering eine Vereinbarung getroffen, dass die niedrigeren Abnahmemengen für die Dauer der Pandemie teilweise durch höhere Preise kompensiert werden.

Durch die Übernahme des Facility Managements der Muldentalkliniken zum 01.01.2021 stiegen die entsprechenden Umsätze deutlich an.

Im Übrigen waren Umsatzsteigerungen zum Vorjahr im Wesentlichen auf Preissteigerungen zurückzuführen.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2021 (TEUR 1.224; Vorjahr: TEUR 1.161) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 629; Vorjahr: TEUR 593) und für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 348; Vorjahr: TEUR 346) sowie Warenbezug zur Weiterveräußerung im Konzern.

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 2.660 (Vorjahr: 1.954). Die Beschäftigtenzahl in Vollkräften (VK) stieg gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Eingliederung des Facility Managements um 12,7% auf 74 Vollkräfte. Die Erhöhung der Personalkosten von rund 36,1 % beruht somit auf dem Anstieg der tariflichen Vergütungen bzw. Änderungen im Vergütungsgerüst und den neu eingetretenen Mitarbeitern.

Die Höhe der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2021 TEUR 440 (Vorjahr: TEUR 311). Darin enthalten sind die Managementgebühren (TEUR 262; Vorjahr: TEUR 186) sowie Mietaufwendungen (TEUR 95; Vorjahr: TEUR 95) für die benötigten Räume. Die Managementvergütungen stiegen wegen der Neuregelung der konzerninternen Managementvergütungen zum 1. Januar 2021.

Das Ergebnis vor Steuern war im Geschäftsjahr positiv. Dies war jedoch nur möglich, weil die pandemiebedingten Leistungseinbrüche durch Abnehmer teilweise kompensiert wurden.

Es wurde im Geschäftsjahr ein geringer Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 9 erzielt (Vorjahr: TEUR 2).

### 3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der SGM im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:



	2021		2020		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
<b>Betriebsvermögen</b>	442	100,0	398	100,0	54	13,6
Eigenkapital	67	14,8	57	14,3	10	17,5
Rückstellungen	38	8,4	64	16,1	-26	-40,6
Verbindlichkeiten	338	76,8	277	69,6	70	25,3
<b>Betriebskapital</b>	442	100,0	398	100,0	54	13,6

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Die Gesellschaft weist zum Jahresende Vorräte in Höhe von TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 27) aus.

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 26 (Vorjahr: TEUR 51) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich durch den Überschuss des Jahres 2021 erhöht. Für eine mögliche Ausweitung des Geschäftsumfangs in der Zukunft soll die Eigenkapitalbasis zukünftig durch Gewinnthesaurierung verstärkt werden.

Der Rückgang der Rückstellungen ist im Wesentlichen bedingt durch Rückstellungen für ausstehende Rechnungen. Der Anstieg der Verbindlichkeiten ist stichtagsbedingt auf Lieferungen und Leistungen zurückzuführen.

### III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Prozesse der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden.

Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Durch die aktuelle Debatte der Bundesregierung, den gesetzlichen Mindestlohn auf EUR 12 pro Stunde zu erhöhen, wird es zu deutlichen Steigerungen der Personalkosten kommen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Sofern die Muttergesellschaft oder die Schwestergesellschaft Soziale Dienste Muldental gGmbH erwägen, weitere Dienstleistungen an die Servicegesellschaft auszugliedern, ist eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit möglich.

Es laufen Vorbereitungsarbeiten, die Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft ab 1. Januar 2023 zu erreichen. Ziel hierbei ist eine bessere Eingliederung der Gesellschaft in den gemeinnützigen Konzern der Muldentalkliniken zu erreichen.

Eine Akquise von Kunden außerhalb des Konzerns Muldentalkliniken ist kurzfristig nicht geplant. Dies kann sich ändern sofern ein in Planung befindliches Projekt des Konzerns im Bereich Betreutes Wohnen am Standort Brandis umgesetzt wird. Mit einer Inbetriebnahme ist jedoch nicht vor 2023 zu rechnen.

Die Risiken der Gesellschaft begründen sich im Leistungsgeschehen der verbundenen Unternehmen. Diese zeichnen sich auf kurz- und mittelfristige Sicht als sehr stabil ab.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten. Zu weiteren Risiken verweisen wir auf die relevanten Ausführungen in den Lageberichten der verbundenen Unternehmen.



#### IV. Prognosebericht

In den Bereichen Sicherheit- und Empfangsdienste sowie Sterilgutversorgung erwarten wir für das Jahr 2022 einen gegenüber dem Jahr 2021 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch entsprechende Vereinbarungen mit der Muttergesellschaft kompensiert werden.

Im Jahr 2022 sollen durch das Facility Management zusätzlich Leistungen im Bereich Medizintechnik an die Muldentalkliniken GmbH erbracht werden. Die entsprechenden Mitarbeiter sollen von der Muttergesellschaft übernommen werden.

Im Bereich Catering werden die vertraglichen Beziehungen zum Management-Dienstleister mit Wirkung zum 1. März 2022 aufgelöst. Ab diesem Zeitpunkt erfolgt das Management des Bereichs

Catering mit eigenen Mitarbeitern. Die Warenbezüge für das Catering werden zukünftig nicht mehr zentral über den Dienstleister erfolgen, sondern direkt über verschiedene Lieferanten.

Gleichzeitig wird der Betrieb der Cafeterien an den Standorten Grimma und Wurzen von der Gesellschaft übernommen.

Wir erwarten aus der Ablösung des Dienstleisters verbesserte Wirtschaftlichkeit und Qualität in der Speisenversorgung.

Die angemieteten Küchen in Grimma und Wurzen sollen durch die Muttergesellschaft in den Jahren 2022 und 2023 modernisiert werden.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2022 von einem Jahresüberschuss von TEUR 41 aus; die planmäßigen Umsatzerlöse werden im Vergleich zum Berichtsjahr geringfügig ansteigen.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Der weitere Fortgang der Corona-Pandemie kann erhebliche Auswirkungen haben, insbesondere heute nicht abzuschätzende Einflüsse auf den Bereich Catering.

Wurzen, 21. Januar 2022

Mike Schuffenhauer

Geschäftsführer

# Kommunaler Sozialverband Sachsen

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### **Firmensitz:**

Humboldtstr. 18  
04105 Leipzig  
Tel.: 0341 / 1266-0  
E-Mail: [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
Webseite: <http://www.ksv-sachsen.de>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 22.01.1993

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### **Unternehmensgegenstand:**

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden. Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

- Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;
- Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);
- Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann. Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14. Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

### **Kapital:**

Gesamtstimmen

48 Stimmen

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Verbandsvorsitzender

Herr Henry Graichen

### Verbandsdirektor

Herr Andreas Werner (bis 14.10.2021)

Frau Christin Wölk (seit 15.10.2021)

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Dresden	12,5 %	6
Stadt Leipzig	12,5 %	6
Landkreis Bautzen	8,33 %	4
Landkreis Erzgebirgskreis	8,33 %	4
Landkreis Mittelsachsen	8,33 %	4
Landkreis Zwickau	8,33 %	4
Landkreis Görlitz	6,25 %	3
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>6,25 %</b>	<b>3</b>
Landkreis Meißen	6,25 %	3
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	6,25 %	3
Landkreis Vogtlandkreis	6,25 %	3
Stadt Chemnitz	6,25 %	3
Landkreis Nordsachsen	4,17 %	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	29.160.487,37	30.602.616,91	35.849.556,39
Bürgschaften	-	-	-

## V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

# **Rechenschaftsbericht**

2021

Kommunalhaushalt

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

# Inhaltsverzeichnis

1 Allgemeine Erläuterungen - Rechtsgrundlagen .....	2
1.1 Allgemeine Aussagen zur Haushaltswirtschaft des Jahres 2021 .....	3
2 Ergebnisrechnung 2021 .....	6
2.1 Ordentliche Erträge .....	6
2.2 Ordentliche Aufwendungen .....	11
2.3 Ergebnis .....	17
3 Finanzrechnung 2021 .....	18
3.1 Einzahlungen.....	19
3.2 Auszahlungen.....	20
3.3 Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf.....	20
3.4 Einzahlungen und Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen.....	20
3.5 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf .....	21
3.6 Haushaltsunwirksame Vorgänge .....	21
3.7 Liquidität am Ende des Haushaltsjahres.....	21
4 Bilanz - Entwicklung von Vermögen und Schulden .....	22
4.1 Aktiva .....	22
4.2 Passiva.....	23
5 Betrachtungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKommHVO .....	25
6 Schlüsselprodukte.....	26
6.1 Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen .....	26
6.2 Assistenzleistungen nach § 113 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX i. V. m. § 78 Abs. 2 Nr. 2 - Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft .....	27

## **1 Allgemeine Erläuterungen - Rechtsgrundlagen**

Gemäß § 53 SächsKommHVO ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu ergänzen. Insbesondere sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) werden im § 3 die durch den Verband zu erfüllenden Aufgaben definiert.

### **Haushaltssatzung**

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Am 07.12.2020 beschloss die Verbandsversammlung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 26. Februar 2021 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage i. H. v. 9,3006356025 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 13 vom 1. April 2021.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite für den Kommunalhaushalt wurde auf 144,0 Mio. EUR festgesetzt.

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

### 1.1 Allgemeine Aussagen zur Haushaltswirtschaft des Jahres 2021

Die Positionsübersichten aus dem Jahresabschluss 2021 sind in den folgenden Tabellen dargestellt:

#### Ergebnisrechnung

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
2. - Zuweisungen, allgemeine Umlagen und aufgelöste Sonderposten	585.283.856	634.238.812	631.508.868	-2.729.944 →
3. - Sonstige Transfererträge	32.612.625	30.027.000	32.561.136	2.534.136 ↗
4. - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	402.726	388.000	458.902	62.902 ↗
5. - Privatrechtliche Leistungsentgelte	179.260	223.500	218.973	-4.527 ↘
6. - Kostenersatzungen und Kostenumlagen	60.508.916	59.687.495	57.345.857	-2.341.639 ↘
7. - Zinsen und sonstige Finanzerträge	838	–	-802	-802 ↘
9. - Sonstige ordentliche Erträge	5.214.589	5.544.100	5.495.444	-48.656 →
<b>10. - Ordentliche Erträge</b>	<b>684.202.809</b>	<b>730.086.908</b>	<b>727.588.378</b>	<b>-2.498.530 →</b>
11. - Personalaufwendungen	30.838.590	34.528.038	32.121.433	-2.406.605 ↘
13. - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.069.785	3.398.550	2.235.466	-1.183.064 ↘
14. - Abschreibungen	4.943.368	5.001.500	5.052.548	51.048 ↗
15. - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	538	500	928	428 ↗
16. - Transferaufwendungen und Abschreibungen auf SoPo für geleistete Investitionszuwendungen	665.660.516	673.050.100	700.687.841	27.637.741 ↗
17. - Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.443.379	14.108.220	12.738.441	-1.369.779 ↘
<b>18. - Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>717.958.176</b>	<b>730.086.908</b>	<b>752.836.678</b>	<b>22.749.768 ↗</b>
<b>19. - Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-33.753.366</b>	<b>0</b>	<b>-25.248.298</b>	<b>-25.248.298 ↘</b>
20. - Außerordentliche Erträge	8.457	–	5.753	5.753 ↗
21. - Außerordentliche Aufwendungen	53.438	–	9.875	9.875 ↗
22. - Sonderergebnis	-41.981	–	-1.122	-1.122 ↘
<b>23. - Jahresergebnis</b>	<b>-33.798.347</b>	<b>0</b>	<b>-25.252.419</b>	<b>-25.252.419 ↘</b>

Das negative Ergebnis ist vorwiegend auf die Mehraufwendungen, speziell auf die Transferaufwendungen, zurückzuführen. Zu den Gründen der Abweichungen bei den einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen wird auf den Punkt 2 dieses Berichts verwiesen.



Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

## Finanzrechnung

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
9. - Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	674.578,215	724.555,408	729.475,053	4.919,645 →
16. - Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	714.802,688	724.135,408	732.438,542	8.303,134 ↗
<b>17. - Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-40.224,473</b>	<b>420.000</b>	<b>-2.963,488</b>	<b>-3.383,488 ↘</b>
25. - Einzahlungen für Investitionstätigkeit	977	–	0	0 →
33. - Auszahlungen für Investitionstätigkeit	642,458	525,000	457,152	-67,848 ↘
<b>34. - Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-641,481</b>	<b>-525,000</b>	<b>-457,152</b>	<b>87,848 ↗</b>
<b>35. - Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>-40.865,954</b>	<b>-105,000</b>	<b>-3.420,640</b>	<b>-3.315,640 ↘</b>
<b>41. - Änderung des Finanzmittelbestandes</b>	<b>-40.865,954</b>	<b>-105,000</b>	<b>-3.420,640</b>	<b>-3.315,640 ↘</b>
42. - Einzahlungen aus Darlehensrückflüssen	474,200	–	125,043	125,043 ↗
43. - Auszahlungen für die Gewährung von Darlehen	348,700	–	45,100	45,100 ↗
44. - Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	83.848,125	–	88.088,648	88.088,648 ↗
45. - Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	88.139,055	–	87.735,952	87.735,952 ↗
<b>47. - Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus Veranschlagungen des Haushaltsjahres</b>	<b>-45.031,384</b>	<b>-105,000</b>	<b>-2.968,002</b>	<b>-2.883,002 ↘</b>
<b>53. - Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr</b>	<b>-45.031,384</b>	<b>-105,000</b>	<b>-2.968,002</b>	<b>-2.883,002 ↘</b>

Infolge des Fehlbetrages in der Ergebnisrechnung schließt auch die Finanzrechnung mit einem negativen Saldo ab, der aber im Gegensatz zum Fehlbetrag der Ergebnisrechnung wesentlich niedriger ausfällt. Hauptursache dafür sind die für 2021 gebildeten Rückstellungen für soziale Leistungen, welche in den Vorjahren nennenswert niedriger ausfielen. Die Aufnahme eines Kassenkredits in Höhe von 23,5 Mio. EUR zum Stichtag 31.12. war – wie auch schon im Vorjahr – erforderlich.

# Rechenschaftsbericht Kommunalhaushalt

## Bilanz

	Ist 2020	Ist 2021	Abweichung absolut
Summe Aktiva	76.829.195	94.083.077	17.253.882
1. Anlagevermögen	28.089.580	29.103.548	3.966
2. Umlaufvermögen	32.358.868	24.507.211	-7.851.657
3. Aktive Abgrenzungsposten	5.416.274	5.265.425	-150.849
4. Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag	9.954.474	35.206.893	25.252.419
Summe Passiva	76.829.195	94.083.077	17.253.882
1. Kapitalposition	0	0	0
2. Sonderposten	27.694	17.937	-9.757
3. Rückstellungen	8.216.500	20.733.923	12.517.423
4. Verbindlichkeiten	68.191.604	72.786.231	4.594.627
5. Passive Rechnungsabgrenzung	393.397	522.908	129.589

Die Erhöhung der Bilanzsumme ist insbesondere auf höhere Rückstellungen sowie höhere Verbindlichkeiten aus Transferleistungen und wegen des Kassenkredits zurückzuführen. Auf der Aktivseite ist ein Rückgang des Umlaufvermögens durch eine Reduzierung der öffentlich-rechtlichen Forderungen zu verzeichnen. Außerdem weist der Kommunalhaushalt einen nicht durch Kapitalposition gedeckten Fehlbetrag aus, welcher aber in der Gesamtbilanz durch die Ausgleichsabgabe ausgeglichen werden kann.

## Rechenschaftsbericht Kommunalhaushalt

### 2 Ergebnisrechnung 2021

#### 2.1 Ordentliche Erträge

Zunächst erfolgen Übersichten zu den Ist-Ergebnissen in tabellarischer und grafischer Darstellung. Danach werden die einzelnen Positionen näher erläutert.

Die Ergebnisse der Erträge für das Jahr 2021 verteilt auf die einzelnen Ertragspositionen stellen sich wie folgt dar:

##### Ertragsübersicht

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
2. - Zuweisungen, allgemeine Umlagen und aufgelöste Sonderposten	585.253.856	634.238.812	631.508.868	-2.729.944 →
3. - Sonstige Transfererträge	32.612.625	30.027.000	32.561.136	2.534.136 ↗
4. - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	402.726	366.000	458.902	92.902 ↗
5. - Privatrechtliche Leistungsentgelte	179.250	223.500	218.973	-4.527 ↘
6. - Kostenersstattungen und Kostenumlagen	60.509.916	59.687.496	57.345.857	-2.341.639 ↘
7. - Zinsen und sonstige Finanzerträge	838	--	-802	-802 ↘
9. - Sonstige ordentliche Erträge	5.214.589	5.544.100	5.495.444	-48.656 →
<b>10. - Ordentliche Erträge</b>	<b>684.202.809</b>	<b>730.086.908</b>	<b>727.588.378</b>	<b>-2.488.530 →</b>
20. - Außerordentliche Erträge	8.457	--	5.753	5.753 ↗
<b>Erträge gesamt</b>	<b>684.211.266</b>	<b>730.086.908</b>	<b>727.594.131</b>	<b>-2.492.777 →</b>

Grafisch dargestellt ergibt sich folgendes Bild:



Stand: 15.09.2022

6

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

### 2.1.1 Erträge aus Zuweisungen und allgemeinen Umlagen

Nachfolgend wird die Entwicklung der Zuweisungen und allgemeinen Umlagen (Pos. 2 der Ergebnisrechnung) nach den einzelnen Zuweisungsarten abgebildet. Bei den allgemeinen Zuweisungen wird der Landeszuschuss BTHG ausgewiesen, bei den allgemeinen Umlagen die Sozialumlage.

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	40.810.445	40.818.351	40.418.271	-400.080 →
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	10.627	–	9.757	9.757 ↗
Allgemeine Umlagen	544.462.784	583.120.461	591.080.838	-2.339.622 →
<b>Summe</b>	<b>585.283.856</b>	<b>634.238.812</b>	<b>631.508.868</b>	<b>-2.729.944 →</b>

Diese Position enthält die mit etwa 81 % gemessen an den Gesamterträgen stärkste Ertragsposition im Haushalt, die Sozialumlage in Höhe von 591,1 Mio. EUR. Der Betrag setzt sich zusammen aus dem Gesamtzahlbetrag der Mitgliedskörperschaften in Höhe von 583,6 Mio. EUR sowie dem Entlastungsbetrag nach § 23 SächsAGSGB in Höhe von 7,4 Mio. EUR, welcher aus der Zuweisung des Freistaates im Rahmen des BTHG gespeist wird. Der Betrag ist danach im Sozialumlagebetrag abzubilden und dient der vorübergehenden Entlastung derjenigen Landkreise und kreisfreien Städte, die auf Grund der in diesem Gesetz neu geregelten Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe an Leistungsberechtigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, zwischen den Trägern der Eingliederungshilfeleistungen per Saldo belastet werden. Diese Darstellungsweise im Ergebnishaushalt wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde gefordert.

Der Minderertrag der Sozialumlage in Höhe von 2,3 Mio. EUR resultiert aus der Abweichung der endgültigen Umlagegrundlagen zu den Orientierungsdaten unter Anwendung des in der Haushaltssatzung festgesetzten Umlagesatzes.

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

Die Zahlbeträge der Sozialumlage ab 2016 sind im folgenden Diagramm dargestellt:



Für das Modellprojekt Bundesteilhabegesetz hat der KSV Sachsen 2021 0,3 Mio. EUR Bundeszuweisung erhalten.

Weitere Erträge sind die Landeszuweisungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Höhe von 47,5 Mio. EUR, welche 2021 ebenfalls vollumfänglich eingegangen sind, wovon 7,4 Mio. EUR in der Position Sozialumlage dargestellt werden.

Des Weiteren werden unter dieser Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erfasst.

### 2.1.2 Sonstige Transfererträge

Position 3 beinhaltet den Ersatz sozialer Leistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger und Dritte an den KSV Sachsen. Mit rd. 5 % gemessen an den Gesamterträgen stellt sie nach der Sozialumlage und den Kostenerstattungen die drittgrößte Ertragsquelle im Kommunalhaushalt dar. Das Ergebnis der sonstigen Transfererträge bewegt sich auf dem Niveau des Vorjahresergebnisses.

Die Transfererträge je Produktuntergruppe sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
31.11 - Hilfen zum Lebensunterhalt	888.102	410.500	881.243	270.743 ↗
31.12 - Hilfen zur Pflege	4.746.407	3.616.950	3.914.813	297.863 ↗
31.14 - Hilfen zur Gesundheit	81.915	5.000	107.935	102.935 ↗

Stand: 15.09.2022

8



Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
31.15 - Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (8. und 9. Kapitel SGB XII)	39.291	119.500	-17.321	-136.821 ↘
31.16 - Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70 - 74 SGB XII)	11.629	–	39.050	39.050 ↗
31.17 - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)	1.368.041	996.500	1.835.446	848.946 ↗
31.41 - Eingliederungshilfe nach SGB IX	25.475.040	24.885.000	25.995.422	1.110.422 ↗
32.11 - Krankenhilfe (§ 26b BVG)	–	50	–	-50 ↘
32.12 - Hilfe zur Pflege (§ 26c BVG)	–	250	–	-250 ↘
32.13 - Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes (§ 26d BVG)	–	250	–	-250 ↘
32.15 - Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 27a BVG)	–	500	4.197	3.697 ↗
32.18 - Hilfe in besonderen Lebenslagen (§ 27d BVG)	1.150	2.000	350	-1.650 ↘

Die mit Abstand höchsten Transfererträge sind innerhalb der Produktuntergruppe 31.41 - Eingliederungshilfe nach SGB IX zu verzeichnen. Die folgende Tabelle stellt die größten Abweichungen im Vergleich zum Planwert nach Konten innerhalb dieser Produktuntergruppe dar:

**Sonstige Transfererträge der Produktuntergruppe 31.41**

	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
Sonstige Transfererträge	24.885.000	25.995.422	1.110.422 ↗
321101 - Kostenersatz nach §§ 102 - 105 SGB XII a. v. E.	450.000	221.956	-228.044 ↘
321104 - Sonstiger Aufwandsersatz a. v. E.	130.000	79.444	-50.556 ↘
321314 - Ersatz von Ämtern für Ausbildungsförderung a. v. E.	500	157.015	156.515 ↗
321318 - Ersatz von Pflegekassen a. v. E.	22.500.000	23.413.169	913.169 ↗
321401 - Schadenersatzfond. § 116 SGB X, Ansprüche n. § 83 SGB XII u. Schenkungsrückforderungen a. v. E.	200.000	201.055	1.055 ↗
321539 - Tilgung und Zinsen von Darlehen a. v. E.	70.000	139.675	69.675 ↗
321591 - Rückzahlung Maßnahmekosten EGH	1.200.000	1.748.405	548.405 ↗
321593 - Rückzahlung Arbeitsförderungsgehalt	200.000	256.090	56.090 ↗

Nachdem durch das BTHG ab 01.01.2020 die Eingliederungshilfe (EGH) aus dem Sozialhilferecht herausgelöst und in ein neues eigenständiges Leistungsrecht, die Eingliederungshilfe nach SGB IX überführt wurde, beteiligen sich Leistungsberechtigte in vormals vollstationären Wohnheimen nur noch im Nettoprinzip an den EGH-Aufwendungen. Das heißt, der KSV vermindert seine Leistung um die Kostenbeteiligung (§ 137 Abs. 3 SGB IX). Somit erhält der KSV im zweiten Jahr in Folge im Wesentlichen nur noch Erstattungszahlungen von Rententrägern, Familienkassen und Wohngeldstellen, wenn er mit Leistungen der HLU/Grusi in Vorleistung gegangen ist.

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

Da für diese Ertragsposition planungsseitig bisher noch keine Erfahrungen vorlagen, kommt es zu Abweichungen in einzelnen Positionen. Insgesamt kompensieren sich alle Mehr- und Mindererträge zu einem Mehrertrag von 1,1 Mio. EUR gegenüber Plan. Hauptursachen dafür sind in den Positionen „Ersatz von Pflegekassen“, „Rückzahlung gewährter Hilfen“ sowie bei der Ertragsart „Rückzahlung von Maßnahmekosten der Eingliederungshilfe“ zu finden.

### 2.1.3 Sonstige Ertragsarten

Die Ergebnisse bei den übrigen Ertragsarten stellen sich wie folgt dar:

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
4. - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	402.726	366.000	456.802	92.902 ↗
5. - Privatrechtliche Leistungsentgelte	179.260	223.500	218.973	-4.527 ↘
6. - Kostenerstattungen und Kostenumlagen	60.508.916	59.687.496	57.345.857	-2.341.639 ↘
7. - Zinsen und sonstige Finanzerträge	838	--	-802	-802 ↘
9. - Sonstige ordentliche Erträge	5.214.589	5.544.100	5.495.444	-48.656 ↘
20. - Außerordentliche Erträge	6.457	--	5.753	-703 ↘
<b>Summe</b>	<b>98.927.410</b>	<b>95.848.096</b>	<b>96.085.264</b>	<b>237.168 ↗</b>

#### Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

In dieser Position steht dem Planwert ein höheres IST an eingenommenen Verwaltungsgebühren gegenüber.

Die Erträge fallen überwiegend aus Gebühren für die Anerkennung der Gesundheitsfachberufe an.

#### Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter dieser Position werden hauptsächlich die Erträge aus der Vermietung von Wohnungen, Gewerbeeinheiten sowie Tiefgaragenplätzen im Dienstgebäude Leipzig veranschlagt.

Die bei den sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen erzielten Erträge resultieren aus Rückzahlungen der Betriebskostenabrechnungen 2020.

#### Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Hauptursache für die Plan-Ist-Abweichung in dieser Ertragsart sind die Mindererstattungen vom Freistaat Sachsen für Leistungen der Grundsicherung in Höhe von 1,3 Mio. EUR. Korrespondierende Minderaufwendungen dazu finden sich in der Aufwandsposition 16.

Mindererstattungen von Rehaträgern in Höhe von 1,0 Mio. EUR werden im Wesentlichen durch die Mehrerstattungen von Übrigen, von kommunalen Gebietskörperschaften und von Sozialleistungsträgern kompensiert.



Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

**Zinsen und sonstige Finanzerträge**

Auch 2021 hielt die Niedrigzinssituation am Kapitalmarkt weiterhin an, so dass aus kurzfristigen Geldanlagen für zeitweilig nicht benötigte Finanzmittel auch 2021 keine Zinserträge von Kreditinstituten erwirtschaftet werden konnten (siehe hierzu auch Punkt 2.2.4). Längerfristige zinsbringende Geldanlagen sind durch die Gewährleistung der kurzfristigen Abrufbereitschaft der liquiden Mittel nicht möglich.

**Sonstige ordentliche Erträge**

Geringfügige Mindereinnahmen wurden unter dieser Position hauptsächlich bei den Steuererstattungen und den Säumniszuschlägen, Nebenforderungen (privatrechtlich) erzielt.

**Außerordentliche Erträge**

Außerordentliche Erträge sind in Höhe von 5,8 TEUR aus der Bagatellbetragsbereinigung und aus Überzahlungen entstanden.

**2.2 Ordentliche Aufwendungen**

Zunächst erfolgen Übersichten zu den Ist-Ergebnissen in tabellarischer und grafischer Darstellung. Danach werden die einzelnen Positionen näher erläutert.

Die Ergebnisse der Aufwendungen für das Jahr 2021 verteilt auf die einzelnen Aufwandspositionen stellen sich wie folgt dar:

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
11. - Personalaufwendungen	30.838.590	34.526.038	32.121.433	-2.406.605 ▼
13. - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.089.785	3.398.550	2.295.486	-1.163.064 ▼
14. - Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis	4.943.358	5.001.500	5.052.546	51.046 ▲
15. - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	538	500	928	428 ▲
16. - Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen	665.660.516	673.050.100	700.667.841	27.637.741 ▲
17. - Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.443.379	14.108.220	12.738.441	-1.369.779 ▼
<b>18. - Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>717.956.176</b>	<b>730.086.908</b>	<b>752.836.676</b>	<b>22.749.768 ▲</b>
21. - Außerordentliche Aufwendungen	53.438	–	8.875	9.875 ▲
<b>Aufwendungen gesamt</b>	<b>718.009.613</b>	<b>730.086.908</b>	<b>752.846.551</b>	<b>22.759.643 ▲</b>

## Rechenschaftsbericht Kommunalhaushalt

Grafisch dargestellt ergibt sich folgendes Bild:



### 2.2.1 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen entwickelten sich wie folgt:

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
<b>Personalaufwendungen</b>	<b>30.838.590</b>	<b>34.528.038</b>	<b>32.121.433</b>	<b>-2.406.605</b> ▼
davon Dienstaufwendungen	24.295.411	27.275.947	24.958.183	-2.317.764 ▼
davon sonstige Personalaufwendungen	6.543.179	7.252.091	7.163.251	-88.840 ▼

Bei den Personalaufwendungen wurden gegenüber der Plansumme 2,4 Mio. EUR weniger in Anspruch genommen.

Insbesondere die Stellenplanerweiterungen im HHJ 2021 im Umfang von 23,75 VZÄ, die im Zuge der weiteren BTHG-Reform geplant waren, konnten nur mit zeitlicher Verzögerung besetzt werden.

Insgesamt wurden 75 interne und externe Stellenausschreibungen im Jahr 2021 durchgeführt, die unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der COVID-19-Pandemie und der seit 10.06.2021 ausgebrachten hauswirtschaftlichen Sperre stattfanden.

Mit der Haushaltssperre waren vorrangig Nachbesetzungen von freien Stellen/Stellenanteilen bzw. Stellenbesetzungen im Rahmen des § 14 TzBfG angezeigt. Vor Besetzung von neuausgebrachten Stellen im Stellenplan 2021 war die Ausnahmebedingung der Unaufschiebbarkeit als Gebot zu prüfen. Durch den KSV Sachsen wurde zurückhaltend agiert, so dass im HHJ 2022 noch offene Besetzungsverfahren aus dem Vorjahr abzuschließen sind.

Stand: 15.09.2022

12

## Rechenschaftsbericht Kommunalhaushalt

Zum anderen sind freie Stellenanteile, die infolge der stetigen Zunahme von Teilzeitarbeit in allen Fachbereichen anfallen und nur zeitversetzt durch kumulierte Stellenrestbildungen nachbesetzt werden können, ein weiterer Grund für die Minderausgaben. Ferner sind diese durch Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Langzeiterkrankungen bei Tarifbeschäftigten sowie Minderausgaben durch Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Erkrankung des Kindes bzw. bei Freistellungen zur Pflege naher Angehöriger entstanden.

### 2.2.2 Sach- und Dienstleistungsaufwand

Die Aufwendungen für ausgewählte Sach- und Dienstleistungen entwickelten sich wie folgt:

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
Unterhaltung und Bewirtschaftung unbewegliches Vermögen	1.112.329	1.728.400	1.095.354	-633.046 ↘
Unterhaltung bewegliches Vermögen, Fahrzeuge	355.258	465.200	306.058	-159.142 ↘
Mieten und Pachten	515.290	766.600	664.964	-101.636 ↘
Sonstiger Sach- und Dienstleistungsaufwand	86.938	438.350	169.110	-269.240 ↘
<b>Summe</b>	<b>2.069.785</b>	<b>3.398.550</b>	<b>2.235.486</b>	<b>-1.163.064 ↘</b>

Sach- und Dienstleistungen werden unter den Positionen 13 und 17 veranschlagt. Die Position 13 beinhaltet alle Leistungen, welche sich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen bis zu einem Wert von 800 EUR und deren Unterhaltung beziehen. Weiterhin sind Mieten und Pachten, Fortbildungskosten, Dienstreisen und Aufwendungen für Ausbildung erfasst.

Beim zweiten Teil der Sachaufwendungen handelt es sich um alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zugerechnet werden. Im Wesentlichen sind dies Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, Steuern, Versicherung, Schadensfälle, Gerichts- und Vollstreckungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Büromaterial, Mitgliedsbeiträge, Datenverarbeitung, ehrenamtliche Tätigkeit und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen. Für eine detaillierte Betrachtung wird auf Punkt 2.2.6 verwiesen.

Betrachtet man die Sachkosten der Positionen 13 und 17 ohne Erstattungsleistungen, so steht einem Planwert von 7,0 Mio. EUR ein IST von 5,4 Mio. EUR gegenüber. Damit wurden 1,6 Mio. EUR Sachkosten eingespart.

Ein Großteil der Einsparungen findet seine Ursache einerseits in der seit 10.06.2021 wirkenden Haushaltssperre (siehe dazu auch Punkt 2.3) und hat andererseits auch coronabedingte Ursachen. Das betrifft Sachkonten wie z. B. Reisekosten, Fortbildungskosten, Kraftstoffe u. Ä. Weiterhin konnten wesentliche Einsparungen bei den Aufwendungen für die Grundstücksunterhaltung und der baulichen Anlagen sowie bei den Bewachungsleistungen, dem Erwerb beweglichen Vermögens und den Kosten für Sachaufklärung erzielt werden. Mehraufwendungen, die durch die o. g. Minderaufwendungen kompensiert werden, sind in geringem Umfang u. a. bei der Datenverarbeitung und bei den Kosten im Gerichtsverfahren zu verzeichnen.



Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

**2.2.3 Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis**

In dieser Position wurde geringfügig mehr als geplant aufgewendet. Ursachen dafür sind Mehraufwendungen für Wertberichtigungen von Forderungen sowie höhere Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände von Sachanlagevermögen.

**2.2.4 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen**

Der Planwert der Zinsaufwendungen für Kassenkredite wurde geringfügig überschritten. Auch 2021 profitierte der KSV Sachsen vom niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt und einer aktiven Liquiditätssteuerung unter Einbeziehung der von Kreditinstituten eingeräumten Kassenkreditzinsen von 0 %.

**2.2.5 Transferaufwendungen**

Die sozialen Transferaufwendungen bilden die mit Abstand größte Position im Ergebnishaushalt des KSV Sachsen. Sie unterliegen einer dynamischen Entwicklung aufgrund von Leistungserweiterungen bzw. -erhöhungen infolge von Rechtsänderungen auf Bundesebene sowie Kostensteigerungen.

In der folgenden Tabelle werden die Sozialtransferteleistungen im Aufgabenbereich des KSV Sachsen nach Leistungsarten in Produktuntergruppen dargestellt:

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
31.11 - Hilfen zum Lebensunterhalt	9.773.985	9.420.000	10.495.882	1.075.882 ↗
31.12 - Hilfen zur Pflege	36.311.575	37.180.500	45.084.406	7.893.906 ↗
31.14 - Hilfen zur Gesundheit	1.048.295	600.500	630.056	29.556 ↗
31.15 - Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§ 8. und § 9. Kapitel SGB XII)	559.087	350.000	593.834	243.834 ↗
31.16 - Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70 - 74 SGB XII)	278.555	115.000	275.929	160.929 ↗
31.17 - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)	56.481.169	59.220.500	56.636.369	-2.584.131 ↘
31.18 - Leistungen für Bildung und Teilhabe nach SGB XII	28.735	70.000	10.973	-59.027 ↘
31.41 - Eingliederungshilfe nach SGB IX	560.945.924	565.654.000	586.619.076	20.765.076 ↗
32.11 - Krankenhilfe (§ 26b BVG)	159	500	108	-392 ↘
32.12 - Hilfe zur Pflege (§ 26c BVG)	170.810	160.000	149.821	-10.179 ↘
32.13 - Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes (§ 26d BVG)	--	600	--	-600 ↘
32.14 - Altenhilfe (§ 26e BVG)	188	3.000	553	-2.447 ↘
32.15 - Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 27a BVG)	32.756	20.000	7.626	-12.374 ↘
32.16 - Erholungshilfe (§ 27b BVG)	2.633	3.000	2.637	-363 ↘
32.17 - Wohnungshilfe (§ 27c BVG)	--	2.500	7.507	5.007 ↗
32.18 - Hilfe in besonderen Lebenslagen (§ 27d BVG)	21.761	10.000	15.929	-24.071 ↘

Stand: 15.09.2022

14

### Rechenschaftsbericht Kommunalhaushalt

Eine Darstellung der sozialen Transferaufwendungen nach ausgewählten Sachkonten ist nachstehender Übersicht zu entnehmen:

	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
433111 - Maßnahmekosten a. v. E.	58.150.000	56.277.727	-1.872.273 ⬇️
433211 - Maßnahmekosten i. E.	48.816.500	57.375.604	8.559.104 ⬆️
433991 - Maßnahmekosten Eingliederungshilfe	488.347.000	514.293.761	25.946.761 ⬆️
433992 - Fahrtkosten Fahrtenst EGH	32.061.000	26.291.505	-5.669.495 ⬇️
433993 - Arbeitsförderungsgeld	10.000.000	9.719.206	-280.794 ⬇️
433994 - SV-Beiträge Arbeitsbereich	28.700.000	28.122.034	-577.966 ⬇️
433995 - Maßnahmekosten EGH Mehrkosten BTHG (inkl. WR/FB)	1.400.000	2.051.032	651.032 ⬆️
433997 - Häusl. Pflegen, § 103 Abs. 2 S. 1 SGB IX alle Pflegegrade	2.165.000	2.955.679	790.679 ⬆️
433998 - Fahrtkosten ÖPNV o. privat EGH	2.101.000	2.338.061	237.061 ⬆️

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) erreichen ein Jahresergebnis von 700,7 Mio. EUR und liegen damit deutlich über den geplanten Aufwendungen in Höhe von 673,1 Mio. EUR. Das betrifft vorwiegend die Maßnahmekosten der Eingliederungshilfe, insbesondere die Leistungen in besonderen Wohnformen.

Die bereits im Punkt 2.1.2 beschriebenen BTHG-bedingten Änderungen im Sozialhilferecht mit Umsetzung der 3. Reformstufe wirken sich wie schon 2020 auch 2021 auf die Transferaufwendungen aus. Während sich die Transfererträge wie erwartet entwickelt haben (siehe dazu Punkt 2.1.2), sind die finanziellen Auswirkungen bei den Transferaufwendungen – insbesondere bei den am meisten von der 3. Reformstufe des BTHG betroffenen besonderen Wohnformen – deutlich stärker als zum Planungszeitpunkt vorhergesehen.

Im Vergleich zu den Planwerten mit den tatsächlichen Auswirkungen im Jahresergebnis sind folgende Feststellungen zu treffen:

Die Transferaufwendungen haben sich unterschiedlich entwickelt. Größere Planabweichungen sind im Bereich Hilfe zur Pflege eingetreten. Bei den besonderen Wohnformen war das entstandene Defizit von fast 34 Mio. EUR nicht absehbar. Bei dieser Haushaltsposition sind aber auch die gravierendsten Auswirkungen aufgrund der Trennung der Fachleistungen von den existenzsichernden Leistungen im Zuge der 3. Reformstufe des BTHG zu verzeichnen. Die Abweichungen bei den besonderen Wohnformen beeinflussen maßgeblich das Gesamtergebnis im Kommunalhaushalt.

Drei gravierende Ereignisse prägten die finanzielle Entwicklung im Haushaltsjahr 2021 und sind bis auf planmäßige Entgeltsteigerungen BTHG-bedingt:

Die Gesamtvergütungen sind außerplanmäßig gestiegen. Die Differenz ergibt sich aus Aufwandssteigerung wegen Verbesserung des Schlüssels für Leitung und Verwaltung, im Investitionskostenbereich, der pauschalen Inanspruchnahme von Personal- und Sachkostensteigerungen sowie höheren Entgelten aufgrund von Einzelverhandlungen bei nicht Inanspruchnahme der Übergangsregelung.

## Rechenschaftsbericht Kommunalhaushalt

Durch die Trennung der Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen sank der Anteil der existenzsichernden Leistungen an der Vergütung bei den besonderen Wohnformen. Diese Deckungslücke musste im Zuge der Vergütungsumstellung der Fachleistung zugeordnet werden.

Durch Verbesserungen bei der Einkommensanrechnung infolge der Leistungstrennung entfällt der Mitfinanzierungsanteil der Leistungsberechtigten an den Kosten der Eingliederungshilfe. Auch dieser Effekt wirkt sich kostensteigernd auf die Fachleistung aus.

### 2.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebniszahlen der wesentlichen sonstigen Aufwendungen dargestellt:

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.443.379	14.108.220	12.738.441	-1.369.779 ↘
412310 - Datenverarbeitung	1.716.758	2.061.500	2.260.476	198.976 ↗
443130 - Post- und Fernmeldegebühren	213.576	228.700	208.609	-20.091 ↘
443160 - Sonstige Geschäftsaufwendungen	211.544	244.900	160.555	-84.345 ↘
445110 - Erstattungen an den Freistaat Sachsen	8.600.000	8.700.000	8.200.000	-500.000 ↘
445210 - Erstattungen an kommunaler Gebietskörperschaften	1.369.574	232.000	277.687	46.687 ↗
445211 - Erstattungen an kommunaler Gebietskörperschaften nach § 108 SGB XII	174.831	250.000	134.886	-115.114 ↘
445212 - Erstattungen an Rehabilitationsträger n. § 6 SGB IX (Gemeinden)	139.526	1.310.200	717.746	-592.451 ↘

Bestandteile der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind neben dem zweiten Teil der Sachaufwendungen (siehe dazu Punkt 2.2.2) die Erstattungen an den Bund, das Land, Gebietskörperschaften sowie Sozialleistungsträger. Dem Plan der Erstattungen in Höhe von 10,6 Mio. EUR stehen im IST 9,5 Mio. EUR gegenüber. Der Minderaufwand resultiert zum einen aus Erstattungen an den Freistaat Sachsen, hier 50 % der Erstattungen des Landesblindengeldes nach SächsLBlindGG, welche um 0,5 Mio. EUR niedriger als geplant ausfielen. Zum anderen wurden an Rehabilitationsträger 0,9 Mio. EUR weniger als geplant ausgezahlt.

### 2.2.7 Außerordentliche Aufwendungen

Den außerordentlichen Erträgen aus der Bagatellbetragsbereinigung und aus Überzahlungen stehen außerordentliche Aufwendungen aus Abschreibungen wegen dauerhafter Wertminderungen sowie aufgrund von Vermögensabgang gegenüber. Daraus resultiert ein Sonderergebnis in Höhe von -4,1 TEUR.

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

### 2.3 Ergebnis

Aus den oben dargestellten Erträgen und Aufwendungen ergibt sich folgendes Ergebnis für das Jahr 2021:

	Plan 2021	Erg. 2021	Abweichung absolut
Ordentliches Ergebnis	0	-25.248.298	-25.248.298 ↘
Sonderergebnis	--	-1.122	-1.122 ↘
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>0</b>	<b>-25.252.419</b>	<b>-25.252.419 ↘</b>

Das ordentliche Ergebnis weist einen Fehlbetrag aus. Der Ausgleich dieses Fehlbetrages wird zur vollständigen Deckung in das Jahr 2023 vorgetragen.

Aufgrund des für das Haushaltsjahr 2021 bereits Mitte des Jahres prognostizierten Fehlbetrages wurde mit Wirkung ab 10.06.2021 eine haushaltswirtschaftliche Sperre für den Teil Kommunalhaushalt ausgesprochen. Damit konnte ein noch höherer Fehlbetrag verhindert werden. Neben den in den Punkten 2.2.1 und 2.2.2 erwähnten Einsparungen bei den Sach- und Personalkosten konnten außerdem rd. 0,1 Mio. EUR bei den Investitionstätigkeiten im Finanzhaushalt eingespart werden.



Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

### 3 Finanzrechnung 2021

#### Finanzrechnung

	Erg. 2020	Plan 2021	Erg. 2021	Abw. abs.
2. - Zuweisungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit	585.273.229	634.236.812	631.499.110	-2.739.702 →
3. - Sonstige Transfereneinzahlungen	25.702.431	30.027.000	39.890.007	9.863.007 ↗
4. - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, ausgenommen Investitionsbeiträge	386.410	566.000	455.620	89.620 ↗
5. - Privatrechtliche Leistungsentgelte	181.883	223.500	221.172	-2.328 ↘
6. - Kostenersatzungen und Kostenumlagen	62.981.340	59.687.496	57.316.412	-2.371.084 ↘
7. - Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.610	–	2.232	2.232 ↗
8. - Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	31.312	12.600	90.499	77.899 ↗
<b>9. - Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>674.578.215</b>	<b>724.555.408</b>	<b>729.475.053</b>	<b>4.919.645 →</b>
10. - Personalauszahlungen	30.534.927	34.528.038	32.028.209	-2.499.829 ↘
12. - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	2.186.081	3.398.550	2.186.272	-1.212.278 ↘
13. - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	538	500	928	428 ↗
14. - Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	667.399.179	672.100.100	685.525.874	13.425.774 ↗
15. - Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.681.953	14.106.220	12.897.260	-1.410.960 ↘
<b>16. - Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>714.802.688</b>	<b>724.135.408</b>	<b>732.438.542</b>	<b>8.303.134 ↗</b>
<b>17. - Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-40.224.473</b>	<b>420.000</b>	<b>-2.963.488</b>	<b>-3.383.488 ↘</b>

Zur Höhe des negativen Ergebnisses der Finanzrechnung im Vergleich zur Ergebnisrechnung wird auf Punkt 1.1 verwiesen.

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

### **3.1 Einzahlungen**

#### ***Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit***

In der Finanzrechnung sind unter der Position 2 die Einzahlungen für die Sozialumlage, für das Modellprojekt BTHG, sowie die Landeszuweisungen BTHG erfasst.

Zu den Gründen der Mindereinzahlungen wird auf Punkt 2.1.1. der Erläuterungen zur Ergebnisrechnung verwiesen.

#### ***Sonstige Transfereinzahlungen***

Die Mehreinzahlungen resultieren zum großen Teil aus dem Ersatz von Pflegekassen, dessen Sollstellungen bereits 2020 getätigt wurden, aber die Zahlungen dazu erst 2021 erfolgten.

#### ***Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte***

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 4 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 2.1.3 verwiesen.

#### ***Privatrechtliche Leistungsentgelte***

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 5 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 2.1.3 verwiesen.

#### ***Kostenerstattungen und Kostenumlagen***

Das Ist-Ergebnis und die Abweichung zum Plan bewegen sich auf gleichem Niveau zur Ergebnisrechnung. Zu den Mindereinzahlungen wird auf Punkt 2.1.3 der Ergebnisrechnung verwiesen.

#### ***Zinsen u. ä. Einzahlungen***

Zu Zinsen und sonstigen Finanzerträgen wird ebenfalls auf den Gliederungspunkt 2.1.3 verwiesen.

#### ***Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit***

Neben Geldeingängen von Säumniszuschlägen sind in Position 8 sonstige öffentlich-rechtliche Verwaltungs- und Betriebseinnahmen sowie Bußgelder abgebildet.

#### ***Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit***

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit liegen auf Grund der höheren sonstigen Transfereinzahlungen mit 4,9 Mio. EUR über dem Plan.

### **3.2 Auszahlungen**

#### ***Personalauszahlungen***

Zu den Minderauszahlungen bei den Personalauszahlungen wird auf Punkt 2.2.1. verwiesen.

#### ***Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12) sowie sonstige haushaltswirksame Auszahlungen (Position 15)***

In Bezug auf Gliederungspunkt 2.2.2. findet auch für den Finanzhaushalt eine entsprechende Gesamtbetrachtung beider Positionen statt. Da die Ergebnisse der Auszahlungen im Finanzhaushalt im Wesentlichen den Ergebnissen des Ergebnishaushaltes entsprechen, wird inhaltlich auf o. g. Gliederungspunkt verwiesen. Die Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind gering und resultieren aus Periodenabweichungen zwischen Aufwand und Auszahlung am Jahresanfang bzw. Jahresende.

#### ***Zinsen und ähnliche Auszahlungen***

Bei der Position 13 wird auf die Ausführungen im Gliederungspunkt 2.2.4. verwiesen. Die Zinsauszahlungen entsprechen den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

#### ***Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit***

Bei den Sozialhilfeauszahlungen wurden 13,4 Mio. EUR mehr als geplant ausgezahlt. Sie stehen im Zusammenhang mit den unter 2.2.5. beschriebenen Transferaufwendungen.

#### ***Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit***

Bei dieser Position wird auf Punkt 2.2.6. verwiesen. Die Höhe der Auszahlungen entspricht annähernd der Höhe der Aufwendungen in dieser Position.

#### ***Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit***

Der IST-Wert für die Summe der Auszahlungen liegt um 8,3 Mio. EUR höher als geplant. Hauptursache sind die Mehrauszahlungen für die Transferleistungen in Position 14 infolge höherer Transferaufwendungen (vgl. Punkt 2.2.5).

### **3.3 Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf**

Der Saldo aus Einzahlungen (Position 9) und Auszahlungen (Position 16) aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt als Zwischenergebnis einen Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 3,0 Mio. EUR.

### **3.4 Einzahlungen und Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen**

Einzahlungen für Investitionstätigkeiten sind nicht zu verzeichnen. Auszahlungen in Höhe von 457,2 TEUR gliedern sich wie folgt:

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

Erwerb von zu aktivierenden immateriellen Vermögensgegenständen.....253,3 TEUR

Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen.....7,1 TEUR

Auszahlungen für den Erwerb von übrigen Sachanlagevermögen.....196,7 TEUR

Von den geplanten Mitteln für Investitionen wurden rd. 87 % ausgeschöpft.

### 3.5 Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf

Entsprechend dem im Ergebnishaushalt zu verzeichnenden Fehlbetrages auf Grund der Transfermehraufwendungen ergibt sich im Finanzhaushalt ein Finanzierungsmittelbedarf von 3,4 Mio. EUR.

### 3.6 Haushaltsunwirksame Vorgänge

Position 44 beinhaltet im Wesentlichen die Einzahlungen der vom Bund getragenen Sozialversicherungsbeiträge für in Werkstätten beschäftigte Leistungsberechtigte sowie Rückzahlungen von Abschlägen.

Position 45 beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlungen der in Position 44 enthaltenen Einzahlungen SV-Beiträge sowie die Auszahlung von Abschlägen zur Liquiditätssicherung der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

Die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der durchlaufenden Gelder bildet ein Zahlungsmittelbedarf als Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen in Höhe von 0,4 Mio. EUR (Position 46).

### 3.7 Liquidität am Ende des Haushaltsjahres

Die Liquidität (Position 55) hat sich insbesondere auf Grund des negativen Zahlungsmittelsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit um 3,0 Mio. EUR auf -23,5 Mio. EUR verringert.

#### Liquide Mittel

	Erg. 2018	Erg. 2019	Erg. 2020	Erg. 2021
Bestand an liquiden Mitteln am Ende des Haushaltsjahres	28.674.159	21.518.162	-20.513.222	-23.501.221

#### 4 Bilanz - Entwicklung von Vermögen und Schulden

Nachfolgend werden die wesentlichen Bilanzpositionen der zurückliegenden Haushaltsergebnisse dargestellt.

Die Tabelle zeigt das Bilanzvolumen (Aktiva), also das kommunale Vermögen, sowie dessen Finanzierung auf der Passivseite. Nettoposition, Schulden und Rückstellungen werden in ihrer Zusammensetzung dargestellt, weil die Entwicklung dieser Einzelpositionen für die Haushaltssteuerung von Bedeutung ist.

Die Bilanzsumme des Teiles Kommunalhaushalt am 31.12.2021 fällt höher aus als am 31.12.2020. Hauptursache dafür ist die Erhöhung der Rückstellungen um 12,5 Mio. EUR. Weiterhin gibt es eine Erhöhung der Verbindlichkeiten zum Vorjahr um 4,6 Mio. EUR.

Im Einzelnen stellt sich die Bilanz folgendermaßen dar:

##### Bilanzpositionen

	2019	2020	2021
Summe Aktiva	84.313.204	76.829.195	94.083.077
1. Anlagevermögen	29.214.214	29.099.580	29.103.546
2. Umlaufvermögen	48.357.991	32.356.868	24.507.211
3. Aktive Abgrenzungsposition	5.741.000	5.416.274	5.265.425
4. Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag	0	9.954.474	39.206.893
Summe Passiva	84.313.204	76.829.195	94.083.077
1. Kapitalposition	23.843.874	0	0
2. Sonderposten	37.344	27.694	17.937
3. Rückstellungen	6.880.763	8.216.500	20.753.923
4. Verbindlichkeiten	53.136.550	66.191.804	72.768.231
5. Passive Rechnungsabgrenzung	414.654	393.397	522.966

#### 4.1 Aktiva

##### Anlagevermögen

Die Höhe des Anlagevermögens ist im Vergleich zur Vorjahresbilanz annähernd gleichgeblieben. Die immateriellen Vermögensgegenstände erhöhen sich geringfügig um 26 TEUR. Das Sachanlagevermögen hat sich in nahezu gleicher Größenordnung verringert. Auch das Finanzanlagevermögen unterscheidet sich in Summe kaum vom Vorjahreswert.

Im Jahr 2021 wurde keine Verrechnung von Fehlbeträgen aus Abschreibungen mit dem Baiskapital vorgenommen.

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

**Umlaufvermögen**

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz verringert. Hauptgrund dafür ist die Verringerung des Betrags der öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen, welcher im Saldo von 32,1 Mio. EUR auf 24,2 Mio. EUR sinkt und damit wieder auf dem Niveau des Jahres 2019 liegt.

Die privatrechtlichen Forderungen haben sich um 87 TEUR erhöht.

**Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hier wurden die Sozialhilfesaufwendungen mit Fälligkeit 01.01.2022 sowie die Beamtenbezahlung für den Monat Januar 2022 ausgewiesen, bei denen die Auszahlung wegen der Fälligkeit bereits Ende Dezember 2021 erfolgte, die Aufwendungen aber erst im Folgejahr gebucht wurden. Der Betrag verringerte sich geringfügig im Vergleich zum Vorjahr.

**Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag**

Zum Ausgleich der Bilanz weist der Kommunalhaushalt einen nicht durch Kapitalposition gedeckten Fehlbetrag aus, welcher aber in der Gesamtbilanz durch die Ausgleichsabgabe kompensiert werden kann. Er resultiert aus den Fehlbeträgen der Jahre 2020 und 2021 und wird durch die geplanten Ausgleichs dieser Fehlbeträge in den Jahren 2022 und 2023 dann nicht mehr erforderlich sein.

**4.2 Passiva**

**Kapitalposition**

Das Basiskapital in Höhe von 10,7 Mio. EUR zeigt gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen.

**Sonderposten**

Der Betrag der Sonderposten hat sich durch Abschreibungen von sonderpostenrelevanten Anlagegütern verringert.

**Rückstellungen**

Durch Altersteilzeitverträge wurden entsprechende Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit in Höhe von 0,3 Mio. EUR unter Position Nr. 3 a) gebildet. Insgesamt erhöhte sich diese Bilanzposition leicht um 38 TEUR.

Unter Nr. 3 f) sind die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gebildet. Hier wurden die Rückstellungen für alle Verfahren ergebniswirksam aufgelöst. In Abhängigkeit davon, ob aus den Verfahren Zahlungsverpflichtungen für den KSV Sachsen entstanden sind oder nicht, erfolgte eine aufwands- bzw. ertragswirksame Auflösung. Für neue Widerspruchs- und Gerichtsverfahren, die im Jahr 2021 begannen und für Altverfahren, welche in 2021 noch anhängig waren, wurden Rückstellungen gebildet. Die Höhe der Rückstellungen ergibt sich aus einer Erfolgsquote, errechnet aus



Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

dem Verhältnis der aufwandswirksamen Auflösung zur Gesamtauflösung der Rückstellungen anhand der letzten fünf Jahre. Infolge einer höheren Auflösungsquote sind 2021 248,1 TEUR weniger Rückstellungen als 2020 trotz zahlenmäßiger Zunahme der Verfahren zu verzeichnen.

Im Haushaltsjahr 2021 wurden 12,7 Mio. EUR mehr Rückstellungen gebildet als aufgelöst. Damit erhöhte sich der Wert für Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen auf 18,7 Mio. EUR. Neben den jährlich zu bildenden Rückstellungen für WfbM-Fahrtkosten wurden 2021 weitere Rückstellungen für ausstehende Abrechnungen für das Leistungsjahr 2021 in der Hilfe zur Pflege, bei den besonderen Wohnformen sowie pandemiebedingt gebildet.

Weiterhin wurden Rückstellungen für die übertragenen Urlaubsansprüche der Beschäftigten gebildet. Die Anzahl der nach 2022 übertragenen Tage beträgt 2.829 und entspricht somit 17,0 % des Gesamturlaubs Volumens bzw. 1,47 % der Gesamtpersonalkosten. Somit wird eine Erheblichkeit gesehen und ein Gesamtbetrag von 470.389,59 EUR rückgestellt.

Rückstellungen der übertragenen Zeitguthaben erfolgen nicht, da eine Erheblichkeit nach § 41 SächsKomHVO nicht vorhanden ist.

#### **Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr.

Die Erhöhung resultiert aus einem zum Stichtag 31.12. vorhandenen Kassenkredit bei der Sparkasse Leipzig (siehe auch Punkt 3, Erläuterungen zur Finanzrechnung).

Unter 4 d) wurden die Beträge aus fiskalischem Behördenhandeln veranschlagt, bei denen die Leistungserbringung im Jahr 2020 erfolgte, die Rechnungslegung aber erst im Jahr 2021. Der Betrag verringerte sich um 13,8 TEUR gegenüber Vorjahr.

Heimkostenabrechnungen, insbesondere Nachberechnungen und -zahlungen, welche in die Abrechnungsperioden der Jahre 2021 und früher gehören und vor dem Schließen der Bücher des Jahres 2021 am 28.02.2022 zur Auszahlung gebracht wurden, fallen unter die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Punkt 4 c)). Auf Grund der planmäßigen nachträglichen Abrechnung der Heimkosten in Einrichtungen wird bei dieser Position ein Betrag von 48,0 Mio. EUR ausgewiesen, 1,6 Mio. EUR mehr als 2020. Grund dafür waren u. a. höhere Entgelte. .

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (Punkt 4 f)) werden die Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche nicht aus Lieferungen und Leistungen bzw. Transferleistungen resultieren. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 75 TEUR auf 1,0 Mio. EUR erhöht.

#### **Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hier wurden die Einzahlungen ausgewiesen, die im Jahr 2021 eingegangen sind, aber erst die Leistungsperiode 01/2022 betreffen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sozialleistungen für den Leistungsmonat Januar 2022. Im Vergleich zum Vorjahr sind hier mehr zu verzeichnen.

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

Weiterhin ist darin die Abzinsung von Forderungen mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren und geringer bzw. keiner Verzinsung enthalten. Gegenüber 2020 hat sich der Betrag geringfügig erhöht.

## 5 Betrachtungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO

Abweichend von den Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften leistet der KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu fast 100 % gesetzliche Pflichtaufgaben. Ziel der Haushaltsführung des KSV Sachsen ist es dabei, bereits die Haushaltsplanung unter Einbeziehung aller Wirkfaktoren so genau wie möglich zu gestalten, um einerseits Fehlbeträge im Jahresabschluss zu vermeiden, andererseits die von den Mitgliedskörperschaften aufzubringenden Haushaltsmittel in Form der Sozialumlage nur in der unbedingt benötigten Größenordnung zu beanspruchen.

Im Jahresabschluss 2021 zeigt sich – wie auch schon 2020 – die Dynamik des Kostenaufwuchs der konkreten finanziellen Auswirkungen der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG). Während sich die Transfererträge wie erwartet entwickelt haben, sind die finanziellen Auswirkungen bei den Transferaufwendungen – insbesondere bei den am meisten von der 3. Reformstufe des BTHG betroffenen besonderen Wohnformen – deutlich stärker eingetreten als zum Planungszeitpunkt vorhergesehen. Nähere Ausführungen dazu sind im Punkt 2.2.5 zu finden.

Zum Planungszeitpunkt des Haushaltsjahres 2021 waren die eingetretenen Kostenerhöhungen im abgelaufenen Haushaltsjahr noch nicht in vollem Umfang zu erkennen und fanden damit in der Planung 2021 nur bedingt Berücksichtigung. Auf Grund einer Ursachenanalyse zum Fehlbetrag 2021 mit stärkerer Einbindung der Fachabteilungen wird zukünftig eine exaktere Planung unter Berücksichtigung aller Wirkfaktoren angestrebt.

Das Gesamtergebnis 2021 beläuft sich auf Mehrtransferaufwendungen in Höhe von 27,6 Mio. EUR. Es ist ein Gesamtfehlbetrag von 25,3 Mio. EUR zu verzeichnen, der zur vollständigen Deckung ins Jahr 2023 vorgetragen wird, da freie Rücklagemittel am Ende des Haushaltsjahres 2021 nicht vorhanden sind.

Mögliche Haushaltsrisiken bestehen auch weiterhin durch die noch nicht abgeschlossene volle Entfaltung der Wirkfaktoren bei den einzelnen Leistungsarten und deren Umfang der Inanspruchnahme.

Weitere Plananpassungen gegenüber 2021 sind auf Grund der Mehraufwendungen 2021 im Plan 2022 realisiert worden.

## 6 Schlüsselprodukte

### 6.1 Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen

Wenn wegen der Art und Schwere der Behinderung die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung bzw. berufliche Ausbildung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen, werden die Kosten für den Arbeitsbereich in der Werkstatt für behinderte Menschen übernommen.

Die Kosten beinhalten vier Bestandteile:

1. Maßnahmekosten
2. Fahrtkosten
3. Arbeitsförderungsgeld
4. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Für alle 4 Kostenbestandteile wurden für das Haushaltsjahr 2021 215,5 Mio. EUR geplant. Im Ergebnis wurden Leistungen in Höhe von 203,7 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von rd. 95 % für diesen Leistungsbereich.

Folgende Entwicklung dokumentiert sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2021 gegenüber 2020 bei dem mit Abstand größten Kostenbestandteil, den Maßnahmekosten für den Arbeitsbereich:

Fallzahlen 31.12.2020: 15.556 Leistungsberechtigte, 144,0 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlen 31.12.2021: 15.480 Leistungsberechtigte, 141,6 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlsenkung: 0,5 % (Vorjahr Steigerung 0,2 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2020: 9.256 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2021: 9.147 EUR

Aufwandssenkung pro Leistungsberechtigter: 1,2 % (Vorjahr 2,3 %)

Ausgehend von einer Fallzahlsenkung um 76 Fälle zum Stichtag 31.12.2021 sanken die jährlichen Gesamtkosten in annähernd gleichem Maße.

Rechenschaftsbericht  
Kommunalhaushalt

**6.2 Assistenzleistungen nach § 113 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX i. V. m. § 78 Abs. 2  
Nr. 2 - Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft**

Die Kosten, die in stationären Wohnformen die Befähigung vermitteln sollen, ein selbstständiges Leben zu führen, werden übernommen. Mit Umsetzung des SächsAGSGB wurden die bis 2019 als Schlüsselprodukt betrachteten Leistungen in vollstationären Einrichtungen in 2 neue Produkte unterteilt:

Assistenzleistungen in Räumlichkeiten nach § 71 Abs. 4 SGB IX externe Tagesstruktur und Assistenzleistungen in Räumlichkeiten nach § 71 Abs. 4 SGB IX interne Tagesstruktur.

Im Bereich der Assistenzleistungen als Hauptbestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2021 254,2 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 251,8 Mio. EUR erbracht.

Eine weitere Untergliederung der Assistenzleistungen erfolgte im Laufe des Jahres 2021. Dabei wurden 10 neu gebildete Produkte nicht geplant, aber aufwandssseitig bebucht. Die Aufwendungen der jeweils 5 neuen Produkte sind den Assistenzleistungen externe und interne Tagesstruktur zuzurechnen, so dass sich der o. a. Ist-Wert von 251,8 Mio. EUR um 28,3 Mio. auf 280,1 Mio. EUR erhöht. Damit ist bei den Assistenzleistungen in Räumlichkeiten eine Planübererfüllung von 110,2 % gegeben, was maßgeblich den Fehlbetrag des Jahres 2021 bestimmt.

Im Bereich der weiteren besonderen Wohnformen als weiteren wesentlichen Bestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2021 50,0 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 57,7 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 115,4 %. Auch diese Mehraufwendungen fließen in den Fehlbetrag des Haushaltsjahres mit ein. An dieser Stelle wird auf den Punkt 2.2.5. verwiesen.

Die Fallzahl für das Schlüsselprodukt sank von 9.585 Fällen in 2020 auf 9.471 Fälle per 31.12.2021. Demgegenüber steht eine Planübererfüllung von 11,9 %, welche ausschließlich auf Kostenerhöhungen in diesem Leistungsbereich zurückzuführen ist.



## Beteiligungsbericht 2021

Solidarisch – Sozial – Stark



Herausgeber

Kommunaler Sozialverband Sachsen  
Büro der Verbandsdirektorin  
Humboldtstraße 18  
04105 Leipzig

Telefon: 0341 1266 306  
Telefax: 0341 1266 9306  
E-Mail: [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
Internet: [www.ksv-sachsen.de](http://www.ksv-sachsen.de)





---

## Allgemeine Angaben

### Dienstsitz des KSV Sachsen

**Adresse:** Humboldtstraße 18  
04105 Leipzig  
**Telefon:** 0341 1266 0  
**Fax:** 0341 1266 9700

**Adresse:** Reichsstraße 3  
09112 Chemnitz  
**Telefon:** 0371 577 0  
**Fax:** 0371 577 282

**E-Mail:** [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
**Internet:** [www.ksv-sachsen.de](http://www.ksv-sachsen.de)

**Gründungsjahr:** 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

**Rechtsform:** Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Aufgaben:**
1. Überörtlicher Träger der Sozialhilfe  
Leistungen an Menschen mit Behinderungen ab 18 Jahren
  - 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
    - ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grund-  
sicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt
    - teilstationäres und stationäres Wohnen
  - 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben  
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)  
einschl. Förder- und Betreuungsbereich
  - 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
  - 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierig-  
keiten
    - ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grund-  
sicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt
    - teilstationäres und stationäres Wohnen
  - 1.5 Leistungen zum Besuch einer Hochschule sowie zur Beschaffung  
eines Kfz
  - 1.6 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII/IX
  - 1.7 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise  
und kreisfreien Städte
  2. Überörtliche Betreuungsbehörde

3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Betreuungsangebote für die Anerkennung und Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote und/oder Entlastungsangeboten (Angebote zur Unterstützung im Alltag)
5. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe / Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
6. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Ansprechpersonen für Betriebe zur Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe und zum Kündigungsschutz
7. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
8. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem
  - Bundesversorgungsgesetz (BVG)
  - Opferentschädigungsgesetz (OEG)
  - Zivildienstgesetz (ZDG)
  - Infektionsschutzgesetz (IfSG)
  - Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
  - Häftlingshilfegesetz (HHG)
  - Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)
  - Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- 8.1 Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung
- 8.2 Hauptfürsorgestelle
  - Leistungen der Kriegsopferfürsorge einschl. beruflicher Rehabilitation
- 8.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX
  - Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht, Widerspruchsbehörde
- 8.4 Sächs. Landeserziehungsgeld, Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit
  - Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
9. Vollzug von Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
10. Aufgaben der Helmaufsicht
11. Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe



**Zusammensetzung der Achten Verbandsversammlung (01.01.2021 - 31.12.2021)**

**Vorsitzender der**

**Verbandsversammlung:** Henry Graichen, Landrat Landkreis Leipzig

**Mitglieder  
des KSV Sachsen:  
(48)**

**Vertreter in der  
Siebenten Verbandsversammlung**

<u>Landkreis</u>	
Nordsachsen	2
Leipzig	3
Mittelsachsen	4
Zwickau	4
Erzgebirgskreis	4
Vogtlandkreis	3
Meißen	3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
Bautzen	4
Görlitz	3
<u>Kreisfreie Stadt</u>	
Chemnitz	3
Dresden	6
Leipzig	6

**Verbandsdirektor:**

bis 14.10.2021 - Andreas Werner  
ab 15.10.2021 - Christin Wölk

**Beteiligungen:**

Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist an der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unmittelbar beteiligt.

**Organe:**

Verbandsversammlung  
Verbandsausschuss  
Verbandsdirektor/-in

**Kurzvorstellung  
des Verbandes:**

Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.



Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz Ausgleichs- und Bündelungs- sowie Dienstleistungsfunktionen übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderungen. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Unterstützung in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

**Anzahl der Mitarbeiter**  
(Stand: Dezember 2021)

ca. 610



**Gesamthaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen**  
 (vorläufiges Rechnungsergebnis 2021 Stand: 15.09.2022 in EUR)

**1. Ergebnisrechnung**

ordentliche Erträge:	764.793.688,68
ordentliche Aufwendungen:	795.218.767,48
<b>Ordentliches Ergebnis:</b>	<b>- 30.425.078,80</b>
Sonderergebnis:	- 4.121,51
<b>Gesamtergebnis:</b>	<b>- 30.429.200,31</b>

**2. Finanzrechnung**

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	764.357.864,69
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	770.886.072,31
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	457.151,92
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	462.964,25
<b>Zahlungsmittelbedarf:</b>	<b>- 6.522.395,29</b>

**3. Vermögensrechnung (Bilanz)**

<b>Aktiva:</b>	
Anlagevermögen:	82.338.870,65
Umlaufvermögen:	39.503.668,46
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.274.914,43
<b>Passiva:</b>	
Kapitalposition:	27.575.977,97
Sonderposten:	17.937,00
Rückstellungen:	20.802.179,05
Verbindlichkeiten:	78.126.245,58
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	595.113,94
<b>Bilanzsumme:</b>	<b>127.117.453,54</b>





**Kommunalhaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen**  
 (vorläufiges Rechnungsergebnis 2021 Stand: 15.09.2022 in EUR)

<b>1. Ergebnisrechnung</b>	
ordentliche Erträge:	727.588.377,90
ordentliche Aufwendungen:	752.836.675,71
<b>Ordentliches Ergebnis:</b>	<b>- 25.248.297,81</b>
Sonderergebnis:	4.121,51
<b>Gesamtergebnis:</b>	<b>- 25.252.419,32</b>
<b>2. Finanzrechnung</b>	
Einzahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	729.475.053,27
Auszahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	732.438.541,70
Einzahlungen	
aus Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen	
für Investitionstätigkeit:	457.151,92
Auszahlungen	
für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus	
haushaltsunwirksamen Vorgängen:	432.638,70
<b>Zahlungsmittelbedarf:</b>	<b>- 2.988.001,65</b>
<b>3. Vermögensrechnung (Bilanz)</b>	
<b>Aktiva:</b>	
Anlagevermögen:	29.103.548,14
Umlaufvermögen:	24.507.210,74
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.265.425,03
Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag	35.206.893,02
<b>Passiva:</b>	
Kapitalposition:	0,00
Sonderposten:	17.937,00
Rückstellungen:	20.753.923,05
Verbindlichkeiten:	72.788.230,59
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	522.986,29
<b>Bilanzsumme:</b>	<b>94.083.076,93</b>

**Haushalt der Ausgleichsabgabe des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen**  
 (vorläufiges Rechnungsergebnis 2021 Stand: 15.09.2022 in EUR)

<b>1. Ergebnisrechnung</b>	
ordentliche Erträge:	37.205.310,78
ordentliche Aufwendungen:	42.382.091,77
<b>Ordentliches Ergebnis:</b>	<b>- 5.176.780,99</b>
<b><u>Gesamtergebnis:</u></b>	<b><u>- 5.176.780,99</u></b>
<b>2. Finanzrechnung</b>	
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	34.882.811,42
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	34.447.530,61
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	30.325,55
<b><u>Zahlungsmittelbedarf:</u></b>	<b><u>- 3.534.393,64</u></b>
<b>3. Vermögensrechnung (Bilanz)</b>	
<b><u>Aktiva:</u></b>	
Anlagevermögen:	53.235.322,51
Umlaufvermögen:	14.996.457,72
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	9.489,40
<b><u>Passiva:</u></b>	
Kapitalposition:	62.782.870,99
Sonderposten:	0,00
Rückstellungen:	48.256,00
Verbindlichkeiten:	5.338.014,99
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	72.127,65
<b><u>Bilanzsumme:</u></b>	<b><u>68.241.269,63</u></b>



# Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Heinrich-Zille-Straße 3-5  
04668 Grimma

**Rechtsform:** Eigenbetrieb

**Gründungsdatum:** 01.01.2018

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Ziel des Eigenbetriebes ist die Unterstützung der Sicherstellung des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig und die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit eines Feuerwehrtechnischen Zentrums zur Unterstützung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten im Landkreis Leipzig.

Die Kernaufgaben des Eigenbetriebes erfüllen einen öffentlichen Zweck, als Gemeinwohlbezug im Rahmen der Daseinsfürsorge als Grundlage der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Leipzig.

### Kapital:

<keine>

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Betriebsleitung

Frau Carola Schneider

## III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	984.976,10	962.800,00	854.509,56
Bürgschaften	-	-	-

## **V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE**

### **I. Allgemeines**

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss auf der Grundlage des § 95 a Sächsische Gemeindeordnung in seiner am 13. Dezember 2017 stattgefundenen öffentlichen Sitzung über die Bildung des kommunalen Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“.

Der kommunale Eigenbetrieb nahm am 01. Januar 2018 seine Geschäftstätigkeit auf.

Die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebes werden durch die am 13. Dezember 2017 durch den Kreistag des Landkreises Leipzig beschlossene Betriebssatzung geregelt.

Gegenstand der Betriebstätigkeit des kommunalen Eigenbetriebes sind die Sicherstellung der Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig, der Betrieb eines Feuerwehrtechnischen Zentrums im Landkreis Leipzig zur Unterstützung der kreisangehörigen Kommunen in der Sicherstellung des Brandschutzes und die Gewährleistung des Betriebes der digitalen Funk- und Alarmierungsnetze im Landkreis Leipzig.

Die Leistungen des Rettungsdienstes werden für das Gebiet des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 1.651,30 km<sup>2</sup> und 258.245 Einwohnern (Stand 30. Juni 2021) erbracht.

Leistungen des Brandschutzes werden für 30 Stadt- und Gemeindefeuerwehren mit 140 Ortsfeuerwehren und 3.601 aktiven Kameraden (Stand 31. Dezember 2021) geleistet.

Der kommunale Eigenbetrieb nimmt für den Landkreis Leipzig die Aufgabe als Träger des Rettungsdienstes wahr. Er bedient sich zur Disposition und Alarmierung der Einsatzmittel des Rettungsdienstes der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben des Rettungsdienstes wurden im Ergebnis eines im Jahr 2020 durchgeführten wettbewerblichen Vergabeverfahrens ab 01. Januar 2021 öffentlich – rechtliche Verträge mit Leistungserbringern zur Sicherstellung von Notfallrettung und Krankentransport für die Dauer von 5 Jahren mit Verlängerungsoption um zwei weitere Jahre abgeschlossen:

- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldentale GmbH, Grimma (Lose 1, 2)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH, Zwenkau (Lose 4, 5)

### **II. Grundlage der Wirtschaftsführung**

Auf den kommunalen Eigenbetrieb finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung nach § 95 a Abs. 4 unmittelbar Anwendung.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist der Wirtschaftsplan nach Maßgabe der §§ 16 bis 21 Sächsische Eigenbetriebsverordnung.

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss in seiner am 09. Dezember 2020 stattgefundenen Sitzung über den Wirtschaftsplan 2021 für den kommunalen Eigenbetrieb. Der Bescheid über die Rechtmäßigkeit des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2021 wurde am 02. Februar 2021 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite wurden gleichzeitig genehmigt.

Die Finanzierung der dem kommunalen Eigenbetrieb obliegenden Aufgaben erfolgt durch Entgelte, Gebühren und allgemeine Deckungsmittel des Landkreises Leipzig für den Betrieb der Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme, Netzanlagen sowie für Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums entsprechend Grundsatzbeschluss Nr. 2015/034 des Kreistages Landkreis Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2021 flossen dem kommunalen Eigenbetrieb aus dem Kreishaushalt allgemeine Deckungsmittel in Höhe von EUR 962.800,00 zu, wovon EUR 108.290,44 nicht benötigt wurden und im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuordnen waren.

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen für den Rettungsdienst mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2021 Entgelte und Gebühren auf der Grundlage der Kalkulationen nach §§ 10 ff SächsKAG fest:

### Entgelte/Gebühren – Ist -

Gebühr Rettungstransportwagen	660,20 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	348,30 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	243,60 EUR/Einsatz

zzgl. 6,40 EUR/km ab Besetzt - km 151

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

### Einsätze – Ist –

Krankentransporte	15.837 Einsätze = EUR 3.864.132,40
Rettungstransportwageneinsätze	24.582 Einsätze = EUR 16.152.720,30
Notarzteinsätze	11.167 Einsätze = EUR 3.863.770,80

## III. Geschäftsverlauf

### Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der kommunale Eigenbetrieb verfügt über das bewegliche Anlagevermögen, welches mit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 2018 von der Landkreisverwaltung des Landkreises Leipzig übertragen wurde.

Zum festen Anlagenbestand gehören:

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m<sup>2</sup> in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich – Zille – Straße 3, welcher mit einem Verwaltungsgebäude und einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches mit einer Rettungswache in Form eines Containerbaus bestanden ist;

- Grund und Boden in Erbpacht in 04442 Zwenkau, Bahnhofstraße 102 mit einer seit 1. Februar 2017 in Betrieb befindlichen Rettungswache;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04552 Borna, OT Eula, Klingenbergstraße 6 mit einer Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums und einer Rettungswache;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04687 Trebsen, Bahnhofstraße 7 a mit einer weiteren Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums;
- Grund und Boden in Erbpacht in 04680 Colditz, Lastauer Straße 2 mit einer am 12. Mai 2021 in Betrieb genommenen Rettungswache;
- Grund und Boden in Erbpacht in 04416 Markkleeberg, Rosa – Luxemburg – Straße 11 b mit einer im Bau befindlichen Rettungswache.

### Anlagen im Bau

Zum Bilanzstichtag befindet sich ein Gebäude (Rettungswache Markkleeberg) im Bau, für welches Anzahlungen in Höhe von bisher insgesamt EUR 566.045,04 davon EUR 360.927,78 im Wirtschaftsjahr 2021 geleistet wurden. Die Aktivierung erfolgt mit Fertigstellung und Inbetriebnahme voraussichtlich im September 2022.

Im Jahr 2021 wurden Anzahlungen zur Rettungswache Colditz als Anlage im Bau in Höhe von EUR 441.156,70 geleistet.

### Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen

Für den Anteil Rettungsdienst an der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig wurden im Wirtschaftsjahr 2021 Investitionszuwendungen in Höhe von EUR 50.959,62 als Abschlusszahlung zur Errichtung geleistet. Die hiernach verbliebenen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 140.768,01 EURO waren zum im Anlagevermögen enthaltenen Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen vollständig aufzulösen.

Im Jahr 2021 waren Investitionszuschüsse für die Ersatzbeschaffung von Technik der Integrierten Regionalleitstelle in Höhe von EUR 102.449,01 für den Anteil Rettungsdienst zu leisten. In gleicher Höhe wurden Verbindlichkeiten gebildet und gegenüber dem im Anlagevermögen enthaltenen Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen aufgelöst.

### Investitionen Bauvorhaben/Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Investitionen im Wirtschaftsjahr 2021 waren

- die Aktivierung der Rettungswache Colditz von Anlagen im Bau zum Anlagevermögen „Betriebsgebäude“ in Höhe von EUR 1.048.121,39;
- die Beschaffung von Anlagen und Maschinen für das Feuerwehrtechnische Zentrum in Höhe von EUR 91.118,73;
- die Aktivierung einer mobilen Rettungswache von Anlagen im Bau zum Anlagevermögen „Sonstige Anlagen“ in Höhe von EUR 65.821,00;
- die Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattungen (Geringwertige Wirtschaftsgüter) in Höhe von EUR 38.419,01;
- die Beschaffung von Mobiliar für die Ausstattung von Rettungswachen in Höhe von EUR 16.623,27;
- die Ersatzbeschaffung medizinischer Ausrüstungen und Ausstattungen in Höhe von EUR 3.584,76;
- die Beschaffung von Büromaschinen für das Feuerwehrtechnische Zentrum in Höhe von EUR 2.018,57;
- die Nachrüstung eines Kraftfahrzeuges des Feuerwehrtechnischen Zentrums mit einem Abbiegeassistenten in Höhe von EUR 2.231,25;
- die Beschaffung immaterieller Vermögensgegenstände in Höhe von EUR 1.856,40.

## Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Wirtschaftsjahr 2021 wie folgt:

	Stand 31.12.2020 in EUR	Zugänge/ Einstellun- gen in EUR	Umbuchun- gen in EUR	Stand 31.12.2021 in EUR
Kapitalrücklagen	1.188.229,73	0,00	0,00	1.188.229,73
Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Vortrag auf neue Rech- nung	-2.008.414,19	0,00	218.654,52	-1.789.759,67
Jahresüberschuss	218.654,52	1.280.853,69	- 218.654,52	1.280.853,69
Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Summen	-601.529,94	1.280.853,69	0,00	679.323,75

Das Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2021 EUR 679.323,75.

Das Wirtschaftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt EUR 1.280.853,69, der vollständig auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ entfällt.

Die Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließen das Wirtschaftsjahr 2021 ausgeglichen ab, da erübrigte Mittel aus Zuschüssen der Landkreisverwaltung in Höhe von EUR 108.290,44 im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuordnen waren.

## Umsatzerlöse, besondere Erträge und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2021 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 23.898.603,83 erzielt, wovon EUR 17.980,33 periodenfremd abzugrenzen waren.

Leistungsentgelte an Leistungserbringer des Rettungsdienstes wurden in Höhe von EUR 17.166.992,93 gezahlt.

Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ erzielte aus Umsatzerlösen EUR 108.733,02 wovon EUR 86.492,34 auf Erlöse aus Gebühren für Leistungen, EUR 22.240,68 auf Erlöse aus Mieten entfielen.

Die im Bereich „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ erbrachten Leistungen für Dritte in Höhe von EUR 52.878,98 sind Bestandteil des Personalaufwandes.

## Lage des Eigenbetriebes

Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes unterschritten unbenommen eines erzielten Jahresüberschusses pandemiebedingt den Planansatzwert um EUR 994.926,57, so dass die für den Ausgleich der Vorjahresverluste geplanten Erlöse nicht vollumfänglich erreicht werden konnten.

Die Umsatzerlöse des Feuerwehrtechnischen Zentrums schließen pandemiebedingt mit EUR 23.012,98 unter dem Planansatzwert.

In der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ wurden keine Umsatzerlöse erzielt.

Die Refinanzierung rettungsdienstlicher Investitionen aus Vorjahren erfolgte ausschließlich aus den regelgerechten betrieblichen Abschreibungen.

## Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig

Die Finanzierung der Investitionen des Jahres 2021 erfolgte aus den refinanzierten Abschreibungen und Zuweisungen des Freistaates Sachsen für Ausrüstungen und Ausstattungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums.

Für das Jahr 2021 sah der Wirtschaftsplan keine Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen vor. Anzahlungen für Anlagen im Bau (Rettungswache Markkleeberg) waren aus Erlösen des laufenden Wirtschaftsbetriebes vorzufinanzieren und werden durch Marktkreditaufnahmen im Jahr 2022 refinanziert.

Die Schulden des kommunalen Eigenbetriebes gegenüber Kreditinstituten für Investitionskredite belaufen sich zum 31. Dezember 2021 auf EUR 3.876.394,10.

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurden Tilgungen für Investitionskredite in Höhe von EUR 1.053.408,36 geleistet.

Die Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Sicherung der Finanzierung der laufenden Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 3.336.892,26 und resultiert maßgeblich aus den Mindererlösen des Rettungsdienstes (TEUR 995) im Wirtschaftsjahr 2021; gezahlten ungeplanten Investitions- und Betriebskostenzuschüssen an die Integrierte Regionalleitstelle Leipzig für den Anteil Rettungsdienst (TEUR 134) und den zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 4.806).

Die Inanspruchnahme des Kassenkredites zum Bilanzstichtag entfällt mit EUR 3.000.000,00 auf die Bereitstellung aus Mitteln der Landkreisverwaltung und mit EUR 336.892,26 auf Mittel der Hausbank des Eigenbetriebes.

Anfallende Zinsen wurden und werden nach marktüblichen Konditionen jeweils auf vertraglicher Grundlage vollumfänglich durch die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ finanziert.

### IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

#### Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2021	2020
Umsatz	TEUR	24.257	15.255
Materialaufwand	TEUR	19.735	11.983
Materialaufwandsquote	%	81,4	78,6
Personalaufwand	TEUR	935	925
Personalaufwandsquote	%	3,9	6,1
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	9,8	10,0
Abschreibungen	TEUR	1.245	1.181
Investitionen	TEUR	1.060	1.866
Finanzergebnis	TEUR	-62	-66
Jahresergebnis	TEUR	1.281	219
Umsatzrentabilität	%	5,3	1,4
Eigenkapitalrentabilität	%	-	Negativ
Bilanzstichtag		31.12.2021	31.12.2020



Bilanzsumme	TEUR	12.470	11.559
Anlagevermögen	TEUR	7.597	7.923
Umlaufvermögen und			
Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	4.851	3.034
Eigenkapital	TEUR	679	-601
Eigenkapitalquote I	%	5,4	-5,2
Sonderposten	TEUR	2.524	2.714
Eigenkapitalquote II	%	25,7	18,3
Rückstellungen	TEUR	185	231
Verbindlichkeiten	TEUR	9.083	8.613
Fremdkapitalquote	%	74,3	76,5
Anlagendeckungsgrad	%	42,2	26,7

#### Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

			2021	
			TEUR	%
		Umsatzerlöse Rettungsdienst,		
		Feuerwehrtechnisches Zentrum		
		Netzanlagen, Dienstleistungen	24.007	94,9
		Erlöse aus Auflösung von Sonderposten	249	1,0
		<b>Umsatzerlöse gesamt</b>	24.256	95,9
		Sonstige betriebliche Erträge	1.045	4,1
		<b>Betriebsleistung</b>	25.301	100,0
		Materialaufwand	19.735	78,0
		Personalaufwand	935	3,7
		Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	1.245	4,9
		Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.043	8,1
		<b>Betriebsergebnis</b>	1.343	5,3
		Finanzergebnis	-62	-0,2
		<b>Jahresüberschuss</b>	1.281	5,1

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Kostenträgersparten stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen wie folgt dar:

	2021
	TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	16.153
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	3.864
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	3.863
Periodenfremde Erlöse Rettungsdienst	18
Erlöse Feuerwehrtechnisches Zentrum	109
Erlöse Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen	0
	24.007
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	249
Sonstige Erträge	1.045
	25.301

## Rettungsdienst

Auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ entfällt ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 1.280.853,69. Der Jahresüberschuss liegt mit EUR 585.171,09 unter den zur Abdeckung von Vorjahresverlusten im Rahmen des Wirtschaftsplanes veranschlagtem Wert. Wesentliche Ursache hierfür sind die pandemiebedingten Rückgänge an Krankentransporten mit EUR 727.865,08 und der Notfallrettung mit EUR 352.334,21.

Die sonstigen betrieblichen Erträge übersteigen den Planansatz um EUR 7.006,60 und resultieren aus Mehreinnahmen an Säumniszuschlägen und Mahngebühren und übrigen betrieblichen Erträgen.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren übersteigt um EUR 154.051,54 den Planansatzwert und resultiert im Wesentlichen aus Mehrbedarfen und Marktpreissteigerungen für medizinische Verbrauchsmaterialien, Desinfektionsmittel und Betriebsstoffe.

Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen im Ergebnis durchgeführt und ab 1. Januar 2021 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von EUR 17.166.992,93 aus.

Die bezogenen Leistungen bleiben mit EUR 19.993,98 unter dem Wirtschaftsplanansatz.

Für Personalkosten wurden EUR 8.026,26 weniger aufgewandt als planerisch veranschlagt.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bleiben um EUR 240.378,17 unter dem Planansatz. Ursache hierfür ist der Zeitpunkt der Aktivierung von Anlagegütern und der Beschaffung.

In der Kostenartengruppe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden Einsparungen in Höhe von EUR 285.270,44 erzielt, die im Zusammenhang mit dem pandemiebedingten Einsatzrückgang stehen. Dazu gehört insbesondere ein geringerer Bedarf an nicht aktivierungspflichtigen Geräten, Ausrüstungen und Ausstattungen. Weiterhin führten Abbrüche in der Ausbildung zum Notfallsanitäter zu geringeren Aufwendungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

### **Feuerwehrtechnisches Zentrum**

Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Finanzierungsmittel des Landkreises Leipzig waren in Höhe von EUR 67.792,74 den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuführen.

Die Umsatzerlöse fallen pandemiebedingt um EUR 23.012,98 geringer als planseitig veranschlagt aus.

Die Auflösung von Ertragszuschüssen zu Investitionen fällt um EUR 3.211,32 höher als geplant aus und begründet sich im Zeitpunkt der Beschaffungen der im Jahr 2021 bezuschussten Anlagegüter.

In der Kostenartengruppe sonstiger betrieblicher Erträge sind Mehreinnahmen in Höhe von TEUR 51.600,13 zu verzeichnen, welche maßgeblich aus inneren Leistungsverrechnungen für Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums resultieren.

Der Materialaufwand schließt mit einem Mehrbedarf von EUR 108.541,17 über den Planansatz. Ursache hierfür sind Marktpreissteigerungen in den Verbrauchsmaterialien und Ersatzteilen sowie die sachgerechte Zuordnung des Aufwandes aus inneren Leistungsverrechnungen für Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums.

Der Personalaufwand entspricht dem Planansatz.

Die regulären Abschreibungen bleiben infolge lieferbedingter Zeitpunkte der Anlagengüter überwiegend im IV. Quartal 2021 mit EUR 25.029,54 unter dem Planansatzwert.

Die Kostenartengruppe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen schließt pandemiebedingt mit Minderaufwendungen bei Geräten, Ausrüstungen, Ausstattungungen sowie Fremdinstandhaltungen in Höhe von EUR 50.631,54 unter dem Planansatzwert.

### **Netzanlagen und Sonstige Dienstleistungen**

Der Kostenträger „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließt mit einem ausgeglichenem Jahresergebnis. Finanzierungsmittel des Landkreises Leipzig waren in Höhe von EUR 40.497,70 den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuführen.

Im Wirtschaftsplan veranschlagte Umsatzerlöse aus Dienstleistungen (EUR 49.000,00) waren buchhaltungsregelkonform als Personalkosten (EUR 52.878,98) auszuweisen, wodurch der Planansatz mit EUR 35.214,43 überschritten wird.

### **Vermögenslage**

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des kommunalen Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2021 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.

	TEUR	%
<b>VERMÖGEN</b>		
Anlagevermögen	7.597	76,4
abzüglich		
Sonderposten zum Anlagevermögen	-2.524	-25,4
<b>Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen</b>	5.073	51,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.806	48,3
Sonstige kurzfristige Posten	67	0,7
Flüssige Mittel	0	0
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	4.873	49,0
<b>Vermögen insgesamt</b>	9.946	100,0
<b>KAPITAL</b>		
Kapitalrücklage	1.188	11,9
Gewinn-/Verlustvortrag	-1.790	-18,0
Jahresfehlbetrag/-überschuss	1.281	12,9
<b>Eigenkapital</b>	679	6,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =		
<b>Mittel- und langfristiges Fremdkapital</b>	3.050	30,7
Sonstige Rückstellungen	185	1,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.163	11,7
Lieferantenschulden	1.744	17,5
Sonstige kurzfristige Posten	3.125	31,4
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	6.217	62,5
<b>Kapital insgesamt</b>	9.946	100,0

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2021 zu 51,0 % aus eigenmittelfinanziertem und von der Landkreisverwaltung zur Nutzung überlassenen Anlagevermögen und zu 49,0 % aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Das Gesamtkapital besteht zum 31. Dezember 2021 zu 6,8 % aus Eigenkapital sowie zu 30,7 % aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 62,5 % aus kurzfristigem Fremdkapital. Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt.

### Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Eigenbetriebes:

# Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig

	2021
	TEUR
Jahresergebnis	1.281
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.245
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-47
Auflösung von Sonderposten zum Anlagevermögen	-249
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-55
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.966
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.378
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>1.588</b>
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	61
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-1.060
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-999</b>
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) <sup>1)</sup>	-1.053
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-1.053</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-464
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	-2.873
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>-3.337</b>

<sup>1)</sup> ohne Tilgung für Kassenkredit

Die Sicherstellung der Liquidität war durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im Wirtschaftsjahr gewährleistet.

## **V.     Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung**

Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern zum Jahresergebnis 2021 finden am 21. Juni 2022 statt. Im Ergebnis der Vorabstimmungen im Rahmen der Erstellung der Jahresrechnung zum Wirtschaftsjahr 2021 werden die Sozialleistungsträger den auf den Rettungsdienst entfallenden Jahresüberschuss in Höhe von EUR 1.280.853,69 anerkennen, unbenommen des pandemiebedingten Nichterreichens des Planziels von Mehrerlösen in Höhe von EUR 1.866.024,78 zur vollständigen Deckung von Vorjahresverlusten. Hierdurch setzt sich die negative Entwicklung der Liquidität des Eigenbetriebes über das Wirtschaftsjahr 2022 fort. Liquiditätshilfen der Landkreisverwaltung werden deshalb auch fortführend im Jahr 2022 unverzichtbar sein. Eine Verbesserung der Liquiditätslage ist hiernach frühestens im II. Halbjahr 2022 zu erwarten.

Zum 01. Januar 2021 wurde der Bereichsplan „Rettungsdienst Landkreis Leipzig“ aktuellen Anforderungen angepasst. Zeitgleich war die Erbringung der Leistungen des Rettungsdienstes im Ergebnis der Durchführung eines Vergabeverfahrens nach § 31 SächsBRKG vertraglich neu zu regeln. Diese Änderungen führen ab dem 01. Januar 2021 zu einem Anstieg der Aufwendungen im Rettungsdienst mit negativer Auswirkung auf die Höhe der Entgelte und Gebühren.

Im Jahr 2019 erfolgte die Planung zum Bau einer Rettungswache in Markkleeberg. Der Baubeginn für das Objekt lag im Jahr 2020. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für September 2022 vorgesehen. Die weitere Investitionsplanung des Eigenbetriebes sieht den Ersatzneubau einer Rettungswache in Markranstädt mit Beginn der Planungen im Jahr 2022 und Fertigstellung im Jahr 2024 vor.

Im Jahr 2022 erfolgt die reguläre Ersatzbeschaffung der Einsatzmittelflotte des Rettungsdienstes mit 12 Rettungstransportwagen, 12 Krankentransportwagen und 5 Notarzteinsatzfahrzeugen im Ergebnis der im Jahr 2021 europaweit durchgeführten Vergabeverfahren nach Wettbewerbsrecht, deren Finanzierung aus Marktkrediten zu Lasten der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ erfolgt.

Durch die anhaltende Pandemielage werden auch für das Jahr 2022 Einnahmeausfallverluste in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ durch Nichterreichen der geplanten Einsatzzahlen erwartet, denen marktbedingte Mehraufwendungen im Bereich der medizinischen Verbrauchsmaterialien, Betriebsstoffe und Aufwendungen für Energie, Heizöl und Gas gegenüber stehen werden.

Für die Kostenträgersparte „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ ist von einer stabilen Weiterentwicklung auszugehen. Pandemiebedingte Leistungsrückstände im Feuerwehrtechnischen Zentrum werden mittelfristig ausgleichbar sein.

Nach dem Wirtschaftsplan 2022 wird mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis 2022 gerechnet.

Grimma, 31. März 2022/ 26. Juni 2022

Carola Schneider/Betriebsleiterin



## **Struktur- und Wirtschaftsförderung**

# Breitband GmbH Landkreis Leipzig

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Stauffenbergstraße 4  
04552 Borna  
Tel.: 03433 2411024  
E-Mail: [breitband@lk-l.de](mailto:breitband@lk-l.de)  
Webseite: [www.landkreisleipzig.de/breitband.html](http://www.landkreisleipzig.de/breitband.html)



**Rechtsform:** GmbH

**Handelsregisternummer:** HRB 36766

**Gründungsdatum:** 19.09.2019

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den Städten und den Gemeinden des Landkreises Leipzig und deren Ortsteile mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen oder mehrere Vertragspartner sowie die damit verbundene Akquisition von Fördermitteln.
2. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder zu pachten oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen, Zweigniederlassungen zu errichten oder Dritten ihren Geschäftsbetrieb zu überlassen.
3. Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist. Die Gesellschaft kann auch Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.
4. Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

### Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Frau Katrin Friebe
--------------------

### III BETEILIGUNGEN

#### Gesellschafter

<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>13.800,00 €</b>	<b>55,20 %</b>
Gemeinde Bennewitz	400,00 €	1,60 %
Gemeinde Borsdorf	400,00 €	1,60 %
Gemeinde Elstertrebnitz	400,00 €	1,60 %
Gemeinde Großpösna	400,00 €	1,60 %
Gemeinde Lossatal	400,00 €	1,60 %
Gemeinde Machern	400,00 €	1,60 %
Gemeinde Neukieritzsch	400,00 €	1,60 %
Gemeinde Parthenstein	400,00 €	1,60 %
Gemeinde Thallwitz	400,00 €	1,60 %
Stadt Bad Lausick	400,00 €	1,60 %
Stadt Borna	400,00 €	1,60 %
Stadt Brandis	400,00 €	1,60 %
Stadt Böhlen	400,00 €	1,60 %
Stadt Colditz	400,00 €	1,60 %
Stadt Frohburg	400,00 €	1,60 %
Stadt Geithain	400,00 €	1,60 %
Stadt Grimma	400,00 €	1,60 %
Stadt Groitzsch	400,00 €	1,60 %
Stadt Kitzscher	400,00 €	1,60 %
Stadt Markkleeberg	400,00 €	1,60 %
Stadt Markranstädt	400,00 €	1,60 %
Stadt Naunhof	400,00 €	1,60 %
Stadt Pegau	400,00 €	1,60 %
Stadt Regis-Breitingen	400,00 €	1,60 %
Stadt Rötha	400,00 €	1,60 %
Stadt Trebsen	400,00 €	1,60 %
Stadt Wurzen	400,00 €	1,60 %
Stadt Zwenkau	400,00 €	1,60 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat in seiner Sitzung am 18.09.2019 die Gründung der Breitband GmbH Landkreis Leipzig mit den Gesellschaftern Landkreis Leipzig, den Städten Bad Lausick, Borna, Brandis, Colditz, Froburg, Geithain, Grimma, Groitzsch, Kitzscher, Markkleeberg, Markranstädt, Naunhof, Pegau, Regis-Breitungen, Rötha, Trebsen, Wurzen, Zwenkau und den Gemeinden Bennewitz, Borsdorf, Elstertrebnitz, Großpösna, Lossatal, Machern, Neukieritzsch, Parthenstein und Thallwitz beschlossen. Danach beteiligt sich der Landkreis Leipzig an der Gesellschaft mit einem Anteil am Stammkapital von 52 % zuzüglich zweier weiterer Geschäftsanteile zu je 1,6 %, so dass er insgesamt 55,2 % der Anteile hält. Die genannten achtundzwanzig Städte und Gemeinden sind mit jeweils 1,6 % (insgesamt somit 44,8%) am Stammkapital beteiligt. Seit 2022 gehören auch die Kommunen Otterwisch und Belgershain zum Gesellschafterkreis.

Die Gesellschaft hatte im Jahr 2021 Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes, insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln und der Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung der Leistungen eines Netzbetreibers der Leistungen zur Planung und zum Bau eines Netzes. Eine Bewertung von Kennzahlen erübrigt sich somit.

## **V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE**

### **1 Grundlagen des Unternehmens**

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den Städten und Gemeinden des Landkreises Leipzig und deren Ortsteilen mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen Netzinfrastruktur (Betreibermodell). Dabei soll die Finanzierung entsprechend der Beschlussfassung der Gesellschafter ohne finanzielle Eigenmittel des Landkreises und der beteiligten Kommunen erfolgen, sondern ausschließlich über Fördermittel, die der Bund und der Freistaat Sachsen zur Verfügung stellen, sichergestellt werden.

### **2 Wirtschaftsbericht**

#### **2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2021 nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 2,9 % höher als im Jahr 2020 (auch kalenderbereinigt).

Die konjunkturelle Entwicklung war auch im Jahr 2021 stark abhängig vom Corona-Infektionsgeschehen und den damit einhergehenden Schutzmaßnahmen. Trotz der andauernden Pandemiesituation und zunehmender Liefer- und Materialengpässe konnte sich die deutsche Wirtschaft nach dem Einbruch im Vorjahr erholen, wenngleich die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht hat. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2021 noch um rund 2,0 % niedriger.

Im Jahr 2022 wird das BIP in Deutschland laut der Prognose des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) um 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen. Für das Jahr 2023 wird ein Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent prognostiziert.

#### **2.2 Geschäftsverlauf**

Das erste Quartal 2021 war geprägt durch intensive Bemühungen, die Ausschreibungen für techn./juristische Unterstützungsleistungen zur „Erstellung und Begleitung von Ausschreibungen für Planung, Bau und Betrieb eines Breitbandnetzes zur Versorgung der weißen Flecken“ mit der Vergabestelle des Landratsamtes zu erstellen. Mit Inkrafttreten der Gigabitrichtlinie des Bundes (auch „graue Flecken Programm“) am 26.4.2021 wurden diese Aktivitäten zunächst gestoppt, um mit den Projektträgern des Bundes abzustimmen, inwieweit sich ggf. beide Programme kombinieren lassen. Insbesondere der Wechsel der Projektträger von ateneKOM zu PWC erschwerte es, hierzu eine einheitliche Meinung einzuholen.

Am 10.5.2021 wurde eine neue Markterkundung gemäß der Gigabitrichtlinie eingeleitet, welche bis zum 18.8.2021 den im Landkreis Leipzig tätigen Telekommunikationsunternehmen die Gelegenheit gab, ihre aktuellen und geplanten Ausbauabsichten bekannt zu geben. Am Markterkundungsverfahren beteiligten sich 8 Telekommunikationsunternehmen.

Allerdings wurde im Sommer 2021 deutlich, dass zum „graue Flecken“ Programm aktuell und auf absehbare Zeit keine Aussagen zu einer Kofinanzierung des Freistaates Sachsen zu erwarten seien. Ohne eine solche Kofinanzierung würden sich die Kosten für den Landkreis auf ca. 40% der Gesamtinvestitionskosten belaufen, bei einer geschätzten Höhe von ca. 180 Mio. € also auf ca. 72 Mio. €. Diese Belastung wurde als nicht leistbar eingeschätzt, so dass im August entschieden wurde, das „weiße Flecken Programm“ ohne Verknüpfung zum „graue Flecken Programm“ weiterzuführen.

Da sich herausstellte, dass die notwendigen Ausschreibungen aufgrund der Komplexität nicht durch die interne Vergabestelle des Landratsamtes zu leisten sind, wurde diese Leistung an die Kanzlei HMW aus Markkleeberg vergeben. Im Zeitraum September bis Ende November wurden diese Ausschreibungen durchgeführt und abgeschlossen. Die Leistungen der Kanzlei HMW sollen aus den bereitgestellten Mitteln des Bundes für techn./juristische Beratungsdienstleistungen beglichen werden.

Zum 30.11.2021 erfolgte der Zuschlag an die Kanzlei „WIRTSCHAFTSRAT RECHT Bremer Weitag Rechtsanwalts-gesellschaft mbH“ aus Hamburg.

Diese nahm die Arbeiten am 1.12.2021 auf, am 7.12.2021 erfolgte ein erstes KickOff Meeting zur Abstimmung der nächsten Aktivitäten.

Mit erfolgter Vergabe an die Kanzlei WIRTSCHAFTSTRAT Recht wurde der Fördermittelantrag für techn./juristische Beratungsdienstleistungen nach DIOS beim Land Sachsen der Höhe und der Laufzeit nach aktualisiert. Der Zuwendungsbescheid der Landesdirektion Sachsen erging dazu am 22.12.2021 in beantragter Höhe.

## 2.3 Ertragslage

Die Gesellschaft hatte im Jahr 2021 Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes, insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln und der Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibung der Leistungen eines Netzbetreibers der Leistungen zur Planung und zum Bau eines Netzes.

Die Ausgaben wurden durch Mittel des Landkreises aus § 22b Abs. 4 a) SächsFAG gedeckt.

## 2.4 Finanzlage

Aufgrund der eingeworbenen Finanzmittel und der FAG-Mittel – bei geringen Ausgaben - ist die finanzielle Situation gut.

## 2.5 Vermögenslage

Die Gesellschaft weist eine angemessene Eigenkapitaldecke auf.

## 3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

### 3.1 Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft geht – mit ihrem Geschäftszweck der Errichtung von Breitbandnetzen – bewusst Risiken ein. Dazu zählen insbesondere:

- Fehlende bzw. versagte Fördermittel für den Netzausbau

- Fehlschlagen von Zwischenfinanzierungen
- Baukostenüberschreitungen
- Unterdeckungen im laufenden Betrieb der zu errichtenden Breitbandnetze, unter anderem aufgrund der Rückgangs der Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Risiken beherrschbar, mithin nicht bestandsgefährdend, sind.

Die Risiken werden insbesondere beherrscht, indem Bauaufträge erst ausgelöst werden, wenn die Finanzierung gesichert ist.

### 3.2 Prognosebericht

Hauptziel für das Jahr 2022 ist die Durchführung der Ausschreibungen für die Planung, den Bau und den Betrieb des landkreisweiten Breitbandnetzes zur Versorgung der „weißen Flecken“. Die notwendigen Unterstützungsdienstleistungen dazu starteten am 1.12.2021 und sollen bis Dezember 2022 abgeschlossen sein. Die Maßnahmen dazu werden durch die Kanzlei „WIRTSCHAFTSRAT RECHT Bremer Voigt Rechtsanwaltsgesellschaft mbH“ aus Hamburg begleitet bzw. durchgeführt. Die Ausschreibungen zum Betrieb des Netzes werden in der ersten Jahreshälfte 2022 durchgeführt, da der bezuschlagte Netzbetreiber Einfluss auf die Planung des Breitbandnetzes haben wird. In der zweiten Hälfte 2022 werden die Ausschreibungen zu Planung und Bau des Netzes durchgeführt. Da das Ausbauprojekt des Landkreises auf Grund der benötigten Fördermittel des Bundes in zwei Projektgebiete aufgeteilt werden musste, sind die genannten Ausschreibungen je Projektgebiet durchzuführen, also insgesamt vier. Die genannten Ausschreibungen sind als europaweite Ausschreibungen durchzuführen.

Eine weitere dringende Aufgabe für das Jahr 2022 muss die Klärung der Einbindung der Aktivitäten zum „graue Flecken Programm“ in die laufenden Maßnahmen sein. Im Rahmen dieses Programmes ist mit ca. 13.000 förderfähigen Adressen zu rechnen. Leider zwingt die aktuelle Haltung der Staatsregierung des Freistaates, derzeit keine Aussagen zu den Kofinanzierungen der Bundesförderprogramme durch das Land zu machen, dazu, keine Aktivitäten zu diesem Programm zu verfolgen da die zu erwartenden Eigenanteile ohne Beteiligung des Freistaates durch den Landkreis nicht zu erbringen sind. Ebenfalls davon betroffen sind eine Reihe von Verbesserungen des „weiße Flecken Programmes“, die mangels Kofinanzierung durch den Freistaat derzeit nicht realisiert bzw. berücksichtigt werden können.

Auf die mangelhafte Unterstützung in Bezug auf eine Kofinanzierung durch den Freistaat wurde in der Vergangenheit durch SLKT, SSD und Landräte mehrfach hingewiesen, leider bis heute ohne Ergebnis.

Borna, den 12.04.2022

.....  
Katrin Friebe

Geschäftsführerin



# Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Otto-Schill-Straße 1

04109 Leipzig

Tel.: 0341 / 1 40 77 9-0

E-Mail: info@aufbauwerk-leipzig.com

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 22.11.1993

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

### Kapital:

Stammkapital	25.600 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Frau Silvana Rückert
----------------------



### III BETEILIGUNGEN

#### Gesellschafter

Stadt Leipzig	14.600,00 €	57,0 %
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>6.000,00 €</b>	<b>23,44%</b>
Landkreis Mittelsachsen	4.500,00 €	17,6 %
WFG-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen	500,00 €	2,0 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

#### A) Grundlagen des Unternehmens

##### 1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Regionalförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u.a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen. Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union.

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zu meist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

##### 2. Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach der Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt mit Vertretern der Gesellschafter, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

## **B) Wirtschaftsbericht**

### **1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge. Die Förderperiode 2014-2020 befindet sich in der Endphase. Bedingt durch die COVID-19 Pandemie kam es bei der Umsetzung der Projekte zu Verzögerungen, sodass mehrere Projekte bis Ende 2022 verlängert werden mussten. Dies wirkte sich für die Gesellschaft positiv aus, da durch die Verlagerung dieser Umsätze in das Jahr 2021 die Ausfälle in der Übergangszeit zur neuen Förderperiode 2021-2027 abgemildert werden konnten. Die neuen Projektaufrufe für die Programme Central Europe und Interreg Europe sind ab Februar 2022 gestartet. Bereits sieben europäische Projektanträge wurden vom Aufbauwerk eingereicht und befinden sich in der Evaluierungsphase. Der Start neuer Projekte wird frühestens ab Oktober 2022 prognostiziert.

Das Aufbauwerk ist seit 2016 ein wichtiger Akteur im Strukturwandel im Mitteldeutschen Revier, in Funktion des Controllers und Verantwortlicher für alle finanzrelevanten Fragen im Modellvorhaben des Bundes „Unternehmen Revier“, im GRW-Projekt „Innovationsregion Mitteldeutschland“ und im Projekt Mitmachfonds Sachsen. In langjähriger Kooperation begleitet das Aufbauwerk als Auftragnehmer die Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH bei der finanziellen Abwicklung und fördertechnischen Begleitung der oben genannten Projekte, die bis zum Jahr 2027 fortgesetzt wird.

### **2. Geschäftsverlauf**

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens stellte sich im Jahresverlauf 2021 stabil dar. Die Gesellschaft verfügt derzeit über 13 laufende Projekte, wovon sieben als Auftragnehmer umgesetzt werden.

### **3. Lage**

#### **3.1 Ertragslage**

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 94.061,54 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 69.953,51 Euro).

Die Gesamtleistung in Höhe von 438.704,65 Euro stieg gegenüber dem Vorjahr um 43.450,97 Euro aufgrund der höheren Umsätze im Rahmen von Werkverträgen. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2021 durch die Untervermietung der Büroräume generiert werden.

Die Aufwendungen für Personal sind um 14.591,40 Euro gesunken, was auf die hohe Personalfuktuation im Geschäftsjahr 2021 zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 73.826,35 Euro und sind auf gleichem Niveau wie im Vorjahr.

### 3.2 Finanzlage

Zum 31.12.2021 verfügt die Gesellschaft über positive liquide Mittel i. H. v. 329.998,69 Euro (Vorjahr: 321.548,14 Euro). Darin enthalten sind 39.388,00 Euro ESF-Fördermittel für die Projektpartner von RESQUE 2.0 enthalten, welche spätestens im Juni 2022 nach erfolgter Zwischenabrechnung der Partner weitergeleitet werden.

### 3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich um 317.263,49 Euro erhöht. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Erhöhung der in Arbeit befindlichen Aufträge (234.940,00 Euro) und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (72.000,53 Euro) gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Erhöhung der Verbindlichkeiten auf erhaltene Anzahlungen um 163.555,29 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 374.402,89 Euro (Vorjahr: 280.341,35 Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 30,7 %.

### 4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran.

Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen, der Bestandsveränderung und Sonstigen Erlösen und stieg gegenüber dem Vorjahr um 43.450,94 Euro auf 438.704,65 Euro. Der Cashflow auslaufender Geschäftstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 6.900,00 Euro (Vj. 172.000 Euro).

## C) Prognosebericht

Die Aufrufe für die Einreichung neuer Projektideen für die neue Förderperiode 2021-2027 sind Anfang des Jahres 2022 endlich gestartet. Bereist sieben neue europäische Anträge über das Programm Interreg sind eingereicht worden. Mit den ersten Entscheidungen zur Förderung wird nach der Sommerpause Anfang September 2022 gerechnet. Darüber hinaus konnten wichtige Aufträge im Rahmen des Strukturwandels für die nächsten 5 Jahre gesichert werden.

Die Gesellschaft erwartet, wie im Wirtschaftsplan dargestellt, für die Jahre 2022 und 2023 positive Jahresergebnisse (2022: 43.000 Euro, 2023: 39.000 Euro).

Auch für das Jahr 2022 plant die Gesellschaft, unterjährig den Kontokorrentkredit in Anspruch zu nehmen. Dies ist ursächlich auf die von der Gesellschaft nur begrenzt steuerbare Auszahlung der Fördermittel zurückzuführen. Die Geschäftsführung geht weiterhin davon aus, dass die geplanten Fördermittel kontinuierlich zur Auszahlung kommen. Mit einem Vorfinanzierungszeitraum bei Schlussabrechnungen von bis zu neun Monaten muss gerechnet werden.

## D) Chancen –und Risikobericht

### 1. Risikobericht

Die Entwicklung und Sicherung der Gesellschaft ist an die erfolgreiche Generierung von EU-Projekten gebunden. Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Gesellschaft inhärent und konnte in der Vergangenheit bisher erfolgreich bewältigt werden. Dies stellt insbesondere vor

in der Übergangszeit zur neuen Förderperiode eine erhebliche Herausforderung für die Gesellschaft dar. Aufgrund rückläufiger Fördermittel für Sachsen richtet die Gesellschaft ihren Fokus auf transnationale Programme mit direkter Auszahlung der EU, welche gegenwärtig das Hauptgeschäft der Gesellschaft darstellen.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 15 und 20%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragstätigkeiten erwirtschaftet. Es erfolgt keine Subventionierung durch die Gesellschafter.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht in vollem Umfang vergütet werden.

Die Organisationsstruktur des Aufbauwerks ist auf eine flexible personelle Grundstruktur beschränkt, die entsprechend den jeweiligen Projektaufgaben angepasst wird. Die Gesellschaft beschäftigt ihre Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Im Geschäftsjahr 2021 waren durchschnittlich fünf Arbeitnehmer, inklusive der Geschäftsführung, beschäftigt.

## 2. Chancenbericht

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in den jeweils neu startenden Förderperioden. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

## 3. Gesamtaussage

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in den nächsten Jahren ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung der EU-Kommission liegen.

### **E) Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2022 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Fördermittel in Anspruch genommen werden soll.

### **F) Zweigniederlassungsbericht**

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 10.05.2022

Silvana Rückert, Geschäftsführerin

# Invest Region Leipzig GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Markt 9  
04109 Leipzig  
Tel.: 0341-26827770  
E-Mail: [info@invest-region-leipzig.de](mailto:info@invest-region-leipzig.de)  
Webseite: <http://www.invest-region-leipzig.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 30.11.2012

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen. Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standortmarketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

### Kapital:

Stammkapital	150.000 €
--------------	-----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Michael Körner
---------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Stadt Leipzig	76.500,00 €	51,00 %
IHK Leipzig	28.500,00 €	19,00 %
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>22.500,00 €</b>	<b>15,00 %</b>
Landkreis Nordsachsen	22.500,00 €	15,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.



#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	229.710,05	251.609,87	196.266,23
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

##### PROFIL UND GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER INVEST REGION LEIPZIG GMBH

Die Invest Region Leipzig GmbH (nachfolgend kurz „IRL“ oder „Gesellschaft“) ist seit dem 15. August 2013 als Gesellschaft der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig im Sinne einer nach außen orientierten Wirtschaftsfördergesellschaft aktiv. Sie fügt sich in das Zusammenspiel der Ämter und Institutionen für Wirtschaftsförderung innerhalb der Region Leipzig ein, deren jeweilige Schwerpunktsetzungen (u.a. lokale Bestandspflege, wirtschaftspolitische Rahmengestaltung, Cluster Förderung, Liegenschaftsmanagement, Gründerberatung, Aus- und Weiterbildung) in den gegebenen regionalen Strukturen bestehen bleiben. Zum 31. Dezember 2021 erklärte der Gesellschafter Landkreis Nordsachsen seinen Austritt aus der Gesellschaft, sodass sich die Aktivitäten der Gesellschaft seit 1. Januar 2022 auf die Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die kreisfreie Stadt Leipzig und den Landkreis Leipzig konzentrieren und eine kooperative Zusammenarbeit mit den daran angrenzenden Gebietskörperschaften erfolgt. Die vorrangigen Aufgabenfelder der Gesellschaft bestehen weiterhin in der Investorenanwerbung und -begleitung sowie einer verbesserten Deckung des Fachkräftebedarfs. Ergänzt werden diese durch ein aktives und vertriebsunterstützendes überregionales, nationales und internationales Standort- und Imagemarketing für die Region Leipzig, um deren Wahrnehmung als dynamische, perspektivstarke Wirtschaftsregion zur Erzeugung von Nachfrage bei standortinteressierten potenziellen gewerblichen Direktinvestoren und qualifizierten Fachkräften zu steigern. Neben dem deutschen Wirtschaftsraum bearbeitet die Gesellschaft auch internationaler Quellmärkte und trägt mit ihrer Arbeit zur nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Leipzig bei. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhielt die IRL bis zum 31. Dezember 2021 von ihren Gesellschaftern Finanzmittel, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemaßen bzw. zur Erbringung projektbezogener Leistungen vereinbart wurden. Ab 1. Januar 2022 erhält die Gesellschaft die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Mittel auf Basis einzelvertraglicher Vereinbarungen.

##### GRUNDLAGEN DER UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Die Arbeit der IRL GmbH stützt sich auf ein klares strategisches Unternehmenskonzept sowie einen jährlich fortgeschriebenen Wirtschafts-/Marketingplan, welcher regelmäßig durch ein umfassendes Jahres-, Quartals- und Zwischenberichtswesen gegenüber den Organen der Gesellschaft sowie anhängigen Gremien und Interessengruppierungen reflektiert wird.

##### Strategisches Unternehmens- und Vertriebskonzept

Die Aktivitäten der Invest Region Leipzig GmbH richten sich an einem umfassenden – durch die Gesellschafterversammlung am 19. Dezember 2018 beschlossenen – strategischen Unternehmenskonzept aus. Das strategische Unternehmenskonzept wird durch ein Vertriebskonzept, das die angestrebten Vertriebsmaßnahmen konkretisiert, ergänzt. Das Vertriebskonzept

wird stetig fortgeschrieben, um aktuelle Entwicklungen und Tendenzen aufzunehmen und in die Vertriebsarbeit zu integrieren.

### **Wirtschaftsplanung**

Die Gesellschaft richtete ihre Geschäftsaktivitäten im Geschäftsjahr 2021 – soweit pandemiebedingt möglich - an dem durch die Gesellschafter am 19. Oktober 2020 genehmigten Wirtschaftsplan einschließlich den, dem Wirtschaftsplan zugrunde liegenden Vertriebs /Marketing-arbeitsplänen aus. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 wurde am 16. Dezember 2021 einstimmig, bei Stimmenthaltung des Landkreises Nordsachsen, durch die Gesellschafterversammlung beschlossen und die Mittelfristplanung der Gesellschaft zur Kenntnis genommen.

### **Managementberichtswesen**

Der Geschäftsführer informiert den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung regelmäßig und umfassend in mündlicher und schriftlicher Form über die Lage des Unternehmens, Fragen zur Strategie und zu deren Umsetzung, über die Planungen sowie die Geschäftsentwicklung einschließlich der Finanz- und Ertragslage wie auch über strategisch bedeutsame Projekte. Dabei standen im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere die durch die andauernde Corona-Pandemie erforderlichen Strategie- und Maßnahmenanpassungen sowie die eingeschränkten Möglichkeiten zur Umsetzung der Wirtschaftsplanung im Fokus der Berichterstattungen. Bei wesentlichen Ereignissen werden die Gremien außerordentlich einberufen. Dies war im Geschäftsjahr 2021 erforderlich, als der Landkreis Nordsachsen am 14. Juni 2021 seinen Austritt aus dem Gesellschaftsvertrag erklärte. Dieser stand unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des Kreistages des Landkreises Nordsachsen, der am 30. Juni 2021 über den Austritt Beschluss fasste. Der Aufsichtsratsvorsitzende informierte mit Schreiben vom 24. Juni 2021 den Aufsichtsrat über die aktuellen Entwicklungen, am 16. Juli 2022 tagte die Gesellschafterversammlung außerordentlich. Über die festgelegten Gremien Sitzungstermine hinaus findet ein kontinuierlicher Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden statt. Darüber hinaus erfolgt der Austausch auf fachlicher Ebene mit den Amtsleitern für Wirtschaftsförderung der Gesellschafter und der Geschäftsführung der IHK zu Leipzig monatlich und mit der operativen Wirtschaftsfördererebene quartalsweise. Aufgrund der erlassenen Corona-Verordnung(en) fand dieser Informationsaustausch im Jahr 2021 sowohl in Präsenz als auch digital statt. Das Berichtswesen der Gesellschaft wird stetig zielgruppenspezifisch optimiert und sukzessive um Leistungs- wie auch Erfolgskennzahlen aus den Bereichen Akquisition und Marketing erweitert.

### **Gesellschaftsvertrag/Satzung und Geschäftsordnungen**

Die Gesellschaft verfügt über einen Gesellschaftsvertrag, der den Regelungen des Gemeindefinanzrechts und des Kommunalwirtschaftsrechts entspricht und welcher zuletzt am 20. Dezember 2021 aufgrund des Austritts des Gesellschafters Landkreis Nordsachsen mit Wirkung zum 1. Januar 2022 neu gefasst, notariell beglaubigt und im Handelsregister eingetragen wurde. Darüber hinaus liegt eine durch die Gesellschafterversammlung beschlossene Geschäftsordnung der Geschäftsführung (GO GF) sowie eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (GO AR) vor. Die Erstattung von den Aufsichtsräten im Rahmen ihrer Tätigkeit entstehenden Unkosten regelt gemäß Gesellschaftsvertrag die Aufwendungsersatzordnung für die Mitglieder des Aufsichtsrates der IRL.

### **Finanzierungsgrundlagen**

Zur Finanzierung der Gesellschaft wurde zwischen dieser und ihren kommunalen Gesellschaftern Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen ein Dienstleistungsvertrag für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2021 geschlossen. Der Gesellschafter

IHK zu Leipzig stellte seinen Finanzierungsanteil für die Jahre 2019 bis 2021 durch eine institutionelle Förderung sicher. Innerhalb der Dienstleistungs-/Vertragsperiode wurden so die gemäß Wirtschaftsplanung zu erbringenden Leistungen anteilig von den Gesellschaftern vergütet bzw. ein Festbetrag zugewendet. Mittelzuflüsse, denen (noch) keine Leistungserbringung gegenüberstanden, wurden bilanziell als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bewertet. Die Dienstleistungsverträge wie auch der Zuwendungsbescheid der IHK zu Leipzig sehen vor, dass während der Vertragslaufzeiten insgesamt zur Verfügung gestellte Mittel, die durch die Gesellschaft innerhalb eines Wirtschaftsjahres nicht aufgebraucht wurden, unter Berücksichtigung der vertraglichen Vereinbarungen am Ende der Finanzierungsperiode an die Gesellschafter zurückzuzahlen sind. Zusätzliche Finanzierungsmittel wurden der IRL am 30. Januar 2019 per Haushaltsbeschluss durch die Stadt Leipzig für den Aufbau und den Betrieb von Auslandsrepräsentanzen innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren, welcher Corona bedingt bis einschließlich 30. September 2022 verlängert wurde, eingeräumt und in den Jahren 2019 und 2021 zugewendet. Im Dezember 2019 ermächtigte die Gesellschafterversammlung den Geschäftsführer der IRL zum Abschluss eines entsprechenden Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Leipzig. Mit dem Austritt des Landkreises Nordsachsen aus dem Gesellschaftsvertrag galt es, die Finanzierung neu zu regeln. Für den Zeitraum 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2024 wurde zwischen den kommunalen Gesellschaftern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig sowie der IRL ein Dienstleistungsvertrag auf Basis einer Kostenteilungsgemeinschaft geschlossen. Der Gesellschafter IHK zu Leipzig stellt für das Geschäftsjahr 2022 seinen Finanzierungsanteil unverändert durch eine institutionelle Förderung sicher. Hinsichtlich der aktuellen Entwicklung bezüglich des Gesellschafters IHK zu Leipzig verweisen wir auf die Ausführungen in Abschnitt 4. „Risikobericht“.

## WIRTSCHAFTSBERICHT

### Geschäftsverlauf und Aktivitäten

Der Fokus der GmbH Aktivitäten im Geschäftsjahr 2021 lag satzungsgemäß auf der Initiierung, Anwerbung und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender gewerblicher Direktinvestitionen einschließlich der Beratung und Vernetzung von Ansiedlungsinteressenten in fachkräftespezifischen Themenstellungen durch den IRL-eigenen Fachkräfte-Service. Die vertrieblichen Aktivitäten unterstützend und das Profil der Wirtschaftsregion Leipzig schärfend, setzte die Gesellschaft darüber hinaus auf ein vertriebsunterstützendes, zielgruppenorientiertes und integriertes Marketing.

### Unternehmensakquisition und –ansiedlung

#### Zielgruppen und Zielmärkte des Vertriebs

Die Aktivitäten der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 konzentrierten sich weiterhin auf die akquisitorische Bearbeitung von Branchen und Nischen, die einerseits mit den größten Perspektiven für die Wirtschaftsregion Leipzig versehen sind und andererseits Systemrelevanz besitzen, zur Bekämpfung der Pandemie durch das Coronavirus relevante Produkte erzeugen, entsprechende Lieferketten bedienen und vor allem erfolgversprechende Technologien anwenden bzw. anbieten.

#### Vertriebskanäle und –maßnahmen

Der direkte Vertrieb, d.h. die persönliche Kontaktaufnahme zu potenziellen Investoren über Direktansprachen auf Messen und Konferenzen, fand im Jahr 2021 ausschließlich ab Mitte zweiter Jahreshälfte statt. Im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2021 vorgesehene, teilweise aus 2020 verlegte Messen und Konferenzen wurden Veranstalterseitig erneut abgesagt, in hybride bzw. virtuelle Formate gewandelt oder in das Folgejahr 2022 verlegt. Der indirekte Vertrieb im Sinne einer (Erst-)Kontaktaufnahme zu den Zielgruppen durch Dritte bildete auch in 2021 einen eingeschränkten Vertriebskanal der Gesellschaft und erstreckte sich primär auf UK, Vietnam und Polen, in Zusammenarbeit mit ausgewählten Dienstleistern.

### Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft (EuVP)

Die Entwicklungs- und Vermarktungsoffensive von Gewerbeflächen und Projekte ausgewählter regionaler Mittelzentren der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit dem Ziel, deren Vermarktungschancen weiter zu erhöhen und Ansiedlungserfolge zu erzielen, wurde – wenn auch weiterhin mit Einschränkungen verbunden - im Jahr 2021 fortgesetzt. Die Aktivitäten fokussierten sich weiter auf Direktansprachen und konzentrierten sich auf Branchen, deren Bedarfe sich in hohem Maße mit dem verfügbaren Angebot der Mittelzentren decken. Ab September 2021 konnten die Angebote der Landkreise im Rahmen diverser Messen vorgestellt werden. Auf der Immobilienmesse Expo Real in München war die IRL mit konkreten Angeboten aus den Landkreisen präsent. Im Vorfeld wurden insbesondere Projektentwickler und Hotelbetreiber identifiziert und kontaktiert sowie Gesprächstermine zu konkreten Projektvorhaben mit Partnern aus dem Landkreis Leipzig vereinbart und begleitet. Darüber bildeten sieben weitere Branchenmessen die Möglichkeit, die Potentiale der Landkreise aufzuzeigen. Mit dem Ziel lokale Wertschöpfungsketten aufzubauen und die regionale Wirtschaft zu stärken, wurde im Jahr 2020 durch die Stadt Leipzig und das Unternehmen Mercateo das Projekt „Leipzig vernetzt“ ins Leben gerufen. Bei „Leipzig vernetzt“ handelt es sich um eine Beschaffungsplattform für Geschäftskunden, mit der lokalen/regionalen Betrieben und Handwerkern der Sprung in den digitalen Vertrieb ermöglicht werden. Die IRL unterstützte dieses Projekt und sagte bis zum 31. Dezember 2021 den sich beteiligenden Unternehmen aus den Landkreisen eine finanzielle Unterstützung für den Aufbau entsprechender Online-Shops zu. Von diesem Angebot machte ein Unternehmen aus dem Landkreis Nordsachsen Gebrauch.

### Auslandsrepräsentanzen Vietnam und UK

Das Bild hinsichtlich der Internationalen Zielmarktbearbeitung zeigte sich im Jahr 2021 nahezu unverändert zum Vorjahr. Eine persönliche Bearbeitung der Zielmärkte durch Mitarbeiter der IRL im Rahmen von Geschäftsreisen war weiterhin nicht möglich. Messen, Konferenzen und sonstige Veranstaltungsformate, die in der Maßnahmenplanung vorgesehen waren, wurden seitens der Organisatoren abgesagt bzw. mehrheitlich in den virtuellen Raum verlegt. Die gezielte Ansprache von Unternehmen wurde gerade im internationalen Kontext im Rahmen virtueller Veranstaltungsformate bzw. digitaler Anspracheformate (eMailings, Video-Calls, Webkonferenzen), in Zusammenarbeit mit lokalen Netzwerken und dem Angebot virtueller Beratung durch die IRL realisiert, um Ansiedlungschancen zu generieren. In enger Kooperation und Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Sachsen GmbH (WfS) wurden sowohl in UK als auch in Vietnam branchenspezifische Webinare und Netzwerkveranstaltungen umgesetzt.

### Weitere Auslandsmärkte

Die Marktbearbeitung Polen erfolgte im Jahr 2021 nur sehr eingeschränkt. Grund hierfür waren im Wesentlichen die ohnehin begrenzten Ressourcen, die weitestgehend in Ansiedlungsgroßprojekten mit hoher Priorität gebunden waren. Im 3. Quartal präsentierte die IRL beispielsweise die Wirtschaftsregion Leipzig und Möglichkeiten der Expansion im Rahmen des European Economic Congress in Katowice.

### Akquisitionsergebnisse

Trotz Andauerns der Pandemie hat die IRL die Akquisitionsziele für 2021 vollständig erreicht, sogar übertroffen: Das Jahr 2021 wurde als das erfolgreichste seit 2016 abgeschlossen. Dies ist nicht zuletzt auf die gestiegene Nachfrage aber auch die konsequente Umstellung des Leistungsangebots auf digitale Formate gelungen. Insgesamt zählte die Gesellschaft in 2021 287 neue Bearbeitungsfälle, woraus 110 neue Projekte resultierten. Die Gesellschaft blickt zurück auf insgesamt 21 Ansiedlungen (2020: 11 Ansiedlungen), verbunden mit ca. 450 geplanten

Arbeitsplätzen. Damit erhöhte sich die Anzahl der durch die IRL seit Unternehmensgründung 2013 begleiteten Ansiedlungen deutlich auf insgesamt 102.

### **Standort- und Imagemarketing**

Plangemäß fokussierte das die Investorenanwerbung unterstützende und begleitende Marketing weiterhin und verstärkt auf online-basierte Marketing- und Kommunikationsansätze. Internet /Online Aktivitäten konzentrierten sich auf branchen- und zielgruppenspezifischen Webseiten, um die Wirtschaftsregion Leipzig und die Beraterkompetenz der Gesellschaft zu bewerben. Basis hierfür bilden zum einen die von der IRL unterhaltenen Unternehmenswebseiten, die im Jahr 2021 einen Relaunch erfuhren und kontinuierlich inhaltlich wie auch nutzerfreundlich ertüchtigt und ausgebaut wurden/werden. Intensiviert wurden zudem die Social-Media-Aktivitäten insbesondere auf LinkedIn, um einerseits gezielt Investoren anzusprechen, andererseits um die Imagebildung und Steigerung des Bekanntheitsgrades der Region Leipzig wie auch der Services der IRL zu erreichen.

### **Fachkräfteservice-/gewinnung**

Um dem zunehmenden Bedarf ansiedlungsinteressierter Unternehmen und Investoren an Informationen rund um das Thema Fachkräfteverfügbarkeit in der Region Leipzig Rechnung zu tragen, ist der Fachkräfteservice zentraler Bestandteil im Akquisitionsprozess und in weitestgehend alle Ansiedlungsprojekte eingebunden. Regelmäßig werden arbeitsmarktspezifische Informationen, Analysen und HR-Konzepte aktualisiert und zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erfolgt die Vernetzung zu relevanten Akteuren (u. a. Agentur für Arbeit, Personaldienstleistern, Hochschulen und Bildungsträgern). Hierfür ist eine regelmäßige Netzwerkarbeit und Erweiterung des Portfolios der Fachkräfteakteure in der Region unerlässlich. Regelmäßig bringt sich der Fachbereich darüber hinaus aktiv in die Fachkräfteallianzen der Gesellschafter Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig ein.

### **Personelle Entwicklung**

Der Personalbestand der Gesellschaft ist stabil. Zum Stichtag 31. Dezember 2021 gehörten der IRL dreizehn Angestellte (davon ein Geschäftsführer und eine in Elternzeit befindliche Mitarbeiterin) und drei studentische Aushilfen (31. Dezember 2020: dreizehn Angestellte, vier studentische Aushilfen). Von den Angestellten waren neun (Vorjahr: acht) direkt dem Vertrieb zuzuordnen sowie unverändert zum Vorjahr vier weitere vertriebsunterstützend tätig. Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2021 waren dreizehn (2020: vierzehn) Angestellte (inkl. Geschäftsführer) und drei (2020: drei) studentische Aushilfen beschäftigt.

### Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

#### **Ertragslage**

Die Gesellschaft weist für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.600 (2020: TEUR 1.433) aus. Hiervon resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.585 (2020: TEUR 1.418) aus der Erbringung von satzungsgemäß definierten Dienstleistungen der Gesellschaft, denen ein Leistungsaustauschverhältnis mit den Gesellschaftern bzw. ein Zuwendungsbescheid zugrunde liegt, und in Höhe von TEUR 16 (2020: TEUR 16) aus maßnahmenorientierten Marketing- Aktivitäten. Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 203 (2020: TEUR 82) entfallen auf das Projekt Errichtung von Auslandsrepräsentanzen in Vietnam und UK, welches zwischen der IRL und dem Gesellschafter Stadt Leipzig im Jahr 2019 gesondert vertraglich vereinbart wurde.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 44 (2020: TEUR 27) und setzen sich im Wesentlichen aus Erstattungen nach dem Aufwendungsabgleichsge-



setz (TEUR 27; 2020: TEUR 14), sonstigen unregelmäßigen Erträgen aus Kooperationsprojekten (TEUR 7; 2020: TEUR 0), periodenfremden Erträgen (TEUR 4, 2020: TEUR 1) sowie der Verrechnung sonstiger Sachbezüge (TEUR 4; 2020: TEUR 4) zusammen.

Auf Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen entfielen im Geschäftsjahr 2021 TEUR 33 (2020: TEUR 25). Die Erhöhung des Abschreibungsaufwands ist auf die Erstellung einer englischsprachigen Website zurückzuführen.

Der Personalaufwand beläuft sich für das Geschäftsjahr 2021 auf TEUR 859, nach TEUR 832 im Jahr 2020, wovon das Projekt Errichtung von Auslandsrepräsentanzen in Vietnam und UK TEUR 127 (2020: TEUR 27) auf sich vereint. Die Erhöhung des Personalaufwands gegenüber 2020 begründet sich neben Gehaltsanpassungen und damit verbundenen höheren sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung durch einen zeitlichen Versatz von scheidenden bzw. eintretenden Mitarbeitern. In den Personalkosten sind Rückstellungen für Prämienvzahlungen in Höhe von TEUR 34 (2020: TEUR 34) enthalten. Die Personalaufwandsquote reduzierte sich gegenüber Vorjahr leicht um 4%-Punkte auf 54 % (2020: 58 %).

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden sämtliche Aufwendungen ausgewiesen, die der vertrieblichen Unterstützung wirtschaftsfördernder Prozesse im Sinne der Investorenanwerbung dienen sowie Aufwendungen des regulären Geschäftsbetriebes. Die sonstigen betrieblichen Gesamt-Aufwendungen haben sich plangemäß deutlich auf TEUR 749 gegenüber Vorjahr erhöht (2020: TEUR 601). Das Jahr 2020 stand nachhaltig unter dem Einfluss der Corona-Pandemie, was sich unmittelbar und deutlich auf die Mittelverwendung auswirkte. Insofern ging die Gesellschaft in ihren Planungen für 2021 davon aus, in den Jahren 2019 und 2020 gewährte und nicht verbrauchte Finanzmittel gemäß den vertraglich eingeräumten Handlungsspielräumen im Jahr 2021 einer Verwendung zuzuführen, was sich in den gegenüber 2020 erhöhten betrieblichen Aufwendungen widerspiegelt.

Die nach wie vor durch das Pandemiegeschehen eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten führten auch im Jahr 2021 zu einer Fokussierung auf das Online-Marketing als zentralen Vertriebskanal. Hierauf entfiel der größte Kostenblock mit TEUR 127 nach TEUR 115 im Jahr 2020. Intensiviert wurden darüber hinaus die Direktmarketingaktivitäten, hierzu zählen u.a. mit externen Dienstleistern durchgeführte Kampagnen aber auch die Erstellung von Studienmaterial als Basis für künftige Investoren-Direktansprachen, die sich von TEUR 45 im Jahr 2020 auf TEUR 95 im Jahr 2021 mehr als verdoppelten. In diesen beiden Kostenpositionen spiegeln sich sowohl der Haupt-Handlungsrahmen und -radius der Gesellschaft wie auch die situationsbedingt angepasste Arbeitsweise wider. Messen und Kongresse wurden - wie im Jahr 2020 auch - im Wesentlichen virtuell besucht bzw. auf virtueller Basis von der Gesellschaft veranstaltet. Aufwendungen für Messen/Sales Promotion lagen mit TEUR 65 nahezu auf Vorjahresniveau (2020: TEUR 61).

Auf das Projekt Auslandsrepräsentanzen entfallen von den zuvor genannten Gesamtaufwendungen TEUR 82, nach TEUR 58 im Jahr 2020, die maßgeblich den Kostenpositionen Auslandsmarkterschließung (TEUR 49, 2020: TEUR 42 inkl. Honorare) und Direktmarketing (TEUR 17, 2020 TEUR 0) zuzuordnen sind.

Weitere größere Aufwandspositionen lagen im Jahr 2021 zudem im Bereich der Miet- und Mietnebenkosten (TEUR 81; 2020: TEUR 74), u.a. begründet durch erhöhte Reinigungs- und Hygienemaßnahmen sowie bei den Rechts- und Beratungskosten, die sich von TEUR 31 im Jahr 2020 auf TEUR 66 verdoppelten. Ein erhöhter Rechts- und Beratungsaufwand ergab sich aufgrund der Umstellung der Finanzierungsvereinbarung sowie dem Austritt des Landkreises Nordsachsen aus dem Gesellschaftsvertrag und den damit verbundenen gesellschaftsrechtlichen Anpassungserfordernissen. Darüber hinaus entfielen auf Wartungskosten TEUR 28

(2020: TEUR 25), Lizenzen TEUR 40 (2020: TEUR 38) sowie Fortbildungskosten TEUR 16 (2020: TEUR 6).

Im Ergebnis ihrer nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Geschäftstätigkeit vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 weist die Gesellschaft einen strukturbedingten Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2 (2020: TEUR 2) aus.

#### Vermögens– und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen der GmbH beläuft sich zum 31. Dezember 2021 auf TEUR 1.214 (31. Dezember 2020: TEUR 1.383) und bildet die andauernden pandemiebedingten äußeren Einflüsse auf die Geschäftstätigkeit und damit die Finanzmittelverwendung ab.

Zum 31. Dezember 2021 weist die Gesellschaft einen Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 1.090 (31. Dezember 2020: TEUR 796) auf.

Bis zum Bilanzstichtag wurden die auf der Grundlage des Dienstleistungsvertrages bzw. Zuwendungsbescheids (Grundfinanzierung) im Geschäftsjahr 2021 von den Gesellschaftern in Höhe von insgesamt TEUR 1.613 abgerufenen Mittel in entsprechender Höhe zahlungswirksam.

Forderungen gegenüber Gesellschaftern werden zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 12 (31. Dezember 2020: TEUR 503) ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Forderungen zur Einzahlung in die Kapitalrücklage gegen die Gesellschafter Stadt Leipzig (TEUR 9) und Landkreis Leipzig (TEUR 3). Die Einzahlung erfolgte am 11. Januar 2022 bzw. am 13. Januar 2022.

Das Eigenkapital der IRL beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 173 (31. Dezember 2020: TEUR 157). Am 31. Dezember 2021 belief sich die Eigenkapitalquote damit auf 14,3 %. Gegenüber dem Vorjahresstichtag (11,3 %) erhöhte sich diese damit um 3 % Punkte, vornehmlich aufgrund der verringerten Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern.

Am 11. Oktober 2021 fassten die Gesellschafter Stadt Leipzig, IHK zu Leipzig und Landkreis Leipzig über die Erhöhung des Eigenkapitals der IRL durch Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 15 den Beschluss 07/2021, um die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, die mit Ablauf des Geschäftsjahres 2021 freiwerdenden Geschäftsanteile des Landkreises Nordsachsen zu erwerben. Die Zuzahlung wurde/wird im Sinne des § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB in der Kapitalrücklage der Gesellschaft erfasst.

Das Fremdkapital, welches sich aus Rückstellungen (31. Dezember 2021: TEUR 54; 31. Dezember 2020: TEUR 136) und Verbindlichkeiten (31. Dezember 2021: TEUR 987; 31. Dezember 2020: TEUR 1.090) ergibt, ist insgesamt als kurzfristig zu bezeichnen. Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Personalkosten (31. Dezember 2021: TEUR 39; 31. Dezember 2020: TEUR 36).

In den Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2021 werden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus in der Finanzierungsperiode 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021 nicht verbrauchten Vergütungen der Gesellschafter mit Anzahlungscharakter in Höhe von TEUR 826 (31. Dezember 2020: TEUR 1.018) ausgewiesen.

#### Zusammenfassende Einschätzung der Geschäftsführung

Insgesamt bewertet die Geschäftsführung den Geschäftsverlauf 2021 trotz der andauernden Corona-bedingten Herausforderungen sehr positiv. Dank einer gesicherten Finanzierung und der Umstellung auf digitale Formate konnte die Geschäftstätigkeit im In- und Ausland fortgeführt werden. Einschränkungen gab es weiterhin bei Präsenzveranstaltungen wie Messen und Konferenzen.



Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der IRL beurteilt die Geschäftsführung als stabil und ausgeglichen. Im Geschäftsjahr 2021 war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft uneingeschränkt gewährleistet. Die Verwendung der von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellten Mittel erfolgte jederzeit wirtschaftlich, sparsam und in Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben

## RISIKOBERICHT

Die Gesellschaft ist auf die Einhaltung der Finanzierungszusagen ihrer Gesellschafter angewiesen. Im Jahr 2021 war die Liquidität der Gesellschaft grundsätzlich gesichert und damit die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gewährleistet. Mit dem am 31. Dezember 2021 erfolgten Austritt des Landkreises Nordsachsen aus dem Gesellschaftsvertrag reduzierte sich neben der Anzahl Gesellschafter auch die Höhe der der Gesellschaft zur Verfügung gestellten Finanzmittel. Die IRL geht davon aus, dass zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit und Umsetzung der im Dezember 2021 von den verbleibenden Gesellschaftern beschlossenen Wirtschaftsplanung, die für das Jahr 2022 von den kommunalen Gesellschaftern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig gemäß Dienstleistungsvertrag vereinbarten Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Dienstleistungsvertrag hat eine Laufzeit von drei Jahren, vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2024. Der für das Geschäftsjahr 2022 von der IHK zu Leipzig per Zuwendungsbescheid erklärte Finanzierungsanteil wurde bis zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung bereits zugewendet. Eine über das Jahr 2022 hinausgehende Finanzierungszusage der IHK zu Leipzig erfolgte nicht. Dies begründet die IHK zu Leipzig mit dem Ausscheiden des Gesellschafters Landkreis Nordsachsen. Zentrale Bedingung bei der Gründung der Gesellschaft und für den Eintritt der IHK zu Leipzig als Gesellschafter war die Zusammenführung aller drei kommunalen Gesellschafter (Stadt Leipzig, Landkreise Leipzig und Nordsachsen) in der Gesellschaft mit dem Ziel, die Interessen der gesamten Region Leipzig zu bündeln. Die verbliebenen Gesellschafter sind um eine kooperative Zusammenarbeit mit dem Landkreis Nordsachsen bemüht, um den regionalen Vermarktungsgedanken aufrechtzuerhalten und damit die Voraussetzungen für den Verbleib der IHK zu Leipzig in der Gesellschaft zu schaffen. Im Jahresverlauf 2022 wird die IHK zu Leipzig ihr Engagement bei der IRL innerhalb ihrer Gremien beraten. Insofern geht die Gesellschaft von einer durch die Gesellschafter Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig gesicherten Fortführungsperspektive über das Jahr 2022 hinaus aus. Dies bedeutet jedoch auf Basis der für die Jahre 2023 und 2024 vereinbarten Finanzierungshöhe weitere finanzielle Einschnitte, sollte die IHK zu Leipzig als Gesellschafter ab dem Jahr 2023 ausscheiden.

Für den Erfolg der IRL sind die Kompetenz, das Engagement und die Motivation der Mitarbeiter aller Unternehmensbereiche entscheidend. Daher nimmt die Mitarbeiterbindung einen hohen Stellenwert ein. Die letzten beiden Geschäftsjahre haben die Belegschaft vor neue Herausforderungen gestellt, ihr Betätigungsfeld eingeschränkt und verändert, die strategische Weiterentwicklung insbesondere hinsichtlich der Bearbeitung internationaler Märkte gebremst. Mitarbeiterbezogene Risiken, die sich auf die Geschäftstätigkeit auswirken, erwachsen der Gesellschaft im Wesentlichen aus der Fluktuation bzw. dem Ausfall von Mitarbeitern, die in einem Unternehmen dieser Größenordnung vornehmlich Schlüsselfunktionen innehalten. Das größte Risiko besteht insofern darin, dass aufgrund begrenzter Ressourcen Maßnahmen nicht oder verzögert umgesetzt werden und die Mittelverwendung nicht entsprechend der Wirtschaftsplanung Umsetzung findet.

Noch immer wird weltweit das öffentliche Leben von Corona und den damit verbundenen Einschränkungen beherrscht, werden Investitions- bzw. Erweiterungspläne von in- und ausländischen Unternehmen/Investoren weiterhin vor Herausforderungen gestellt. Die Pandemie hat viele Länder ins Mark getroffen, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wird in vielen Regionen der Welt nach wie vor beeinträchtigt und erholt sich nur langsam bzw. zögerlich.

Hinzu kommen Einschränkungen und Unsicherheiten aufgrund des seit Februar 2022 herrschenden Ukraine-Konflikts. Die langfristigen direkten und indirekten Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Sachsen, für die Wirtschaftsregion Leipzig, das globale Handelssystem und auf die Staatengemeinschaft ist derzeit noch nicht in allen Aspekten absehbar. Deutlich wird aber, wie stark unterbrochene Lieferketten und Transportwege, steigende Energie- und Rohstoffpreise, Inflationsdruck und Probleme bei der Zahlungsabwicklung bereits jetzt die international vernetzte Wirtschaft und jeden Einzelnen treffen.

All dies wird sich auf das Investitions- und Expansionsverhalten von in- und ausländischen Unternehmen und damit auf die Arbeit und den Erfolg der IRL auswirken. Welche Dynamik dies im Jahresverlauf 2022 haben wird, ist zum Zeitpunkt der Berichterstellung nicht absehbar. Die Gesellschaft beobachtet diese Entwicklung regelmäßig und leitet aus aktuellen Entwicklungen Handlungs- und Betätigungsfelder ab, um diese in die Gesamtstrategie einfließen zu lassen bzw. agil ihre strategische Ausrichtung daran anzupassen. In den Jahren 2020 und 2021 aufgelegte Konjunkturprogramme sowie Maßnahmen zum Schutz kritischer Industrien und Lieferketten in den Wirtschaftsräumen der Welt führten mittelfristig zur Restrukturierung globaler Wertschöpfungsketten und einer Zunahme von ausländischen Direktinvestitionsprojekten weltweit. In diesem Kontext waren auch Bereinigungseffekte in bestimmten Industrien zu verzeichnen, andere Branchen, wie z.B. Life Sciences, ICT, E-Commerce und (Med)Tech gelten als Profiteur der pandemischen Lage. Die Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen und damit einhergehend das Werben um internationale Investoren wird weiter deutlich zunehmen. Abzuwarten bleibt weiterhin, inwieweit sich das Aufkommen an Erweiterungsprojekten aus der DACH Region verändern wird. Die aufziehende Wirtschaftskrise könnte die vorwiegend mittelständisch geprägte DACH Region nachhaltiger treffen. Andererseits kann mit Maßnahmen auf europäischer Ebene zu rechnen sein, um globale Abhängigkeiten zu minimieren. Dies wiederum bietet Chancen für neue Sektoren und Industrien.

Von diesen Entwicklungen wird die Gesellschaft in 2022f. unmittelbar betroffen sein. Die zunehmenden Unsicherheiten über zukünftige Geschäfte und/oder Investitionen aber auch der Ukraine-Konflikt und dessen Auswirkungen auf die Länder weltweit werden die Volkswirtschaften und damit auch das Geschäft der IRL weiter nachhaltig und spürbar beeinflussen. Nachdem im Jahr 2021 die Anzahl der Ansiedlungen einen Rekordwert erreichte, muss für 2022 davon ausgegangen werden, dass sich einheimische Unternehmenserweiterungen, insbesondere durch KMU, verhaltener entwickeln werden. Ein mittelfristiger Rückgang dieser Ansiedlungsprojekte in der Region Leipzig muss zumindest in den Erwartungen für 2022-2023 berücksichtigt werden. Die kommunalen Gesellschafter haben dies erkannt und planen gemeinsam mit der Gesellschaft eine Neuausrichtung der Handlungsschwerpunkte der IRL. Diese global strahlenden Entwicklungen haben aus Sicht der IRL insbesondere auch erhebliche Implikationen für die Auslandsmarktbearbeitung. Das ursprünglich am 31. Dezember 2021 endende Projekt zur Errichtung und dem Betrieb von Auslandsrepräsentanzen wurde pandemiebedingt liquiditätsneutral bis zum 30. September 2022 verlängert. Aufgrund der bisher innerhalb dieses Projektes erzielten Ansiedlungserfolge, erfolgversprechenden Projektvorhaben, etablierten Geschäftskontakten und volkswirtschaftlichen Aussichten strebt die IRL eine Projektverstätigung über das Jahr 2022 hinaus an. Die Ansprache und Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen (FDI) für die Region Leipzig wird, so sich ein Rückgang einheimischer Ansiedlungsprojekte abzeichnet, noch wichtiger als bisher. Die verstärkte Auslandsmarktbearbeitung sowie die Einrichtung von Auslandsrepräsentanzen bzw. Verpflichtung von Geschäftsbesorgern in relevanten FDI-Herkunftsländern wird vor dem Hintergrund eines sich intensivierenden internationalen Standortwettbewerbs in den kommenden Jahren noch dringlicher. Zudem hat die COVID-19-Pandemie gezeigt, dass die Ansprache und Anwerbung von expensorientierten Unternehmen durch Geschäftsbesorger vor Ort im Zielmarkt und eine inhaltliche (Weiter)Betreuung durch in Leipzig basierte Mitarbeiter der IRL nicht nur bei internationalen Reiserestriktionen zielführend und die Errichtung von eigenen Büros nicht zwingend und in jedem Auslandszielmarkt erforderlich ist. Diese Erkenntnis sollte bei Fortsetzung des Projektes Eingang finden.

## PROGNOSE– UND CHANCENBERICHT

In ihrem jüngsten Bericht (Ausgabe Nr. 40) stellt die UNCTAD (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung) weiter fest, dass die Aussichten für die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2022 positiv sind. Unwahrscheinlich sei jedoch, dass sich die Wachstumsraten der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen aus dem Jahr 2021 wiederholen werden. Laut UNCTAD werde die internationale Projektfinanzierung in den Infrastruktursektoren weiterhin für Wachstumsimpulse sorgen. Neuinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe und in GVCs verharren auf einem niedrigen Niveau, zum Teil weil die weltweiten Volkswirtschaften von der COVID-19-Pandemie und der Eskalation der geopolitischen Spannungen betroffen sind. Außerdem sei eine zeitliche Verzögerung zwischen dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Erholung der Neuinvestitionen in der Fertigung und den Lieferketten erwartbar. Doch die lange Dauer der Gesundheitskrise mit immer neuen Wellen der Pandemie stellt auch weiterhin ein großes Risiko dar. Die Impffortschritte, insbesondere in den Entwicklungsländern, sowie die Geschwindigkeit der Umsetzung von Infrastrukturinvestitionen blieben wichtige Unsicherheitsfaktoren. Die positive Prognose der UNCTAD bestätigt die strategische Ausrichtung und Planungen der Gesellschaft. Chancen und aktuelle Herausforderungen spiegeln sich in den Zielen und Maßnahmenschwerpunkten der Gesellschaft wider und orientieren sich an in 2021 bewährten Maßnahmen und Konzepten. Die Basis bildet ein optimiertes, an die neue Gesellschafterstruktur und an die veränderten Bedarfe der Gesellschafter angepasstes Geschäftsmodell, welches unverändert auch die Vermarktung der Wirtschaftsregion Leipzig vorsehen wird, sowie die Zielvereinbarung der Geschäftsführung mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Die jüngste Ansiedlungsentscheidung von INTEL (nach Magdeburg) kann als Zeichen für eine sich neu strukturierende Weltwirtschaft gesehen werden. Es ist hoch wahrscheinlich, dass sich weitere Industrien im Rahmen der Unabhängigkeitsmachung von ausländischen Rohstoffen (Gas, Öl) oder Produkten (Microchips) neu ausrichten und inner-europäisch neu gründen. Ende März 2022 ist festzustellen, dass die sukzessive erfolgenden Lockerungen der Corona-Maßnahmen, die Umsetzung der für das erste Quartal 2022 geplanten Geschäftsaktivitäten und Maßnahmen weitestgehend uneingeschränkt ermöglichen. Es bleibt zu hoffen, dass sich diese positive Entwicklung bis in den frühen Herbst fortsetzt, wobei im 4. Quartal das Auftreten einer neuen Welle wahrscheinlich ist. Eine Chance besteht für die IRL ab 2022 weiterhin darin, die nationalen und internationalen Netzwerke, Ansprechpartner und Kontakte zu nutzen, um die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Gesellschafter zu unterstützen und den Bestandsunternehmen Angebote zu unterbreiten, um in internationalen Märkten, mit internationalen Partnern aktiv werden zu können. Zukünftig wird die Vernetzung von an Kooperationen interessierten Unternehmen und wirtschaftsnahen Organisationen und Branchenverbänden national wie auch international in den Fokus der Arbeit des Teams rücken. Der Einsatz von Repräsentanten vor Ort scheint auch weiterhin für die IRL das Mittel der Wahl zur Bearbeitung ausländischer Märkte zu sein. Einen Schwerpunkt stellt darüber hinaus und unverändert die Weiterentwicklung der Unternehmenswebseiten (Content, Funktionalitäten), die Intensivierung der Nutzung von Social-Media-Kanälen, der Ausbau und die Nutzung von Webinar-Technologien wie auch die Verbreitung redaktioneller Beiträge dar, um Reichweite zu erzeugen, auf die Leistungsstärke der Region Leipzig und das Leistungsportfolio der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Eine große Herausforderung für das Ansiedlungsgeschäft und damit die Arbeit der IRL der nächsten Jahre sieht die Gesellschaft unter anderem beim Thema Fachkräfte. Bereits in den letzten Jahren war eine Zunahme der fachkräftespezifischen Informationsbedarfe spürbar, die Nachfrage nach Unterstützungsangeboten der IRL deutlich angestiegen. Diesen für die erfolgreiche Arbeit der IRL unverzichtbaren Baustein gilt es auszubauen und an den aktuellen Bedarfen auszurichten. Dies schließt die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der regionalen Hochschullandschaft ebenso ein, wie die mit den Agenturen für Arbeit

und Personaldienstleistern. Ziel ist es, Investoren und Ansiedlungsinteressenten ein funktionierendes und agiles Netzwerk an regionalen Fachkräfteakteuren zugänglich zu machen, um die entstehenden Fachkräftebedarfe adäquat decken zu können sowie durch eigene Maßnahmen die Fachkräftegewinnung für die regionale Unternehmen zu unterstützen.

Leipzig, den 16. Mai 2022

Michael Körner

Geschäftsführer

# Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Bautzner Straße 67  
04347 Leipzig  
Tel.: 0341 / 33 74 16 - 0

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 06.11.1992

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebiet der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die zehn Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumbewachung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

### Kapital:

Gesamtstimmen

15 Stimmen

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Verbandsvorsitzender:

Herr Henry Graichen

## Verbandsdirektor

Herr Prof. Dr. Andreas Berkner

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	40,00 %	6
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>33,33 %</b>	<b>5</b>
Landkreis Nordsachsen	26,67 %	4

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	10.300,00	10.300,00	10.300,00
Bürgschaften	-	-	-

## V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-West-sachsen lag der Jahresabschluss zum 31.12.2021 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.*

### Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

#### 1 Vorbemerkungen

Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2012 hat der Regionale Planungsverbandes Leipzig-West-sachsen den kameralistischen Buchungsbetrieb eingestellt. Seit dem 1. Januar 2013 erfolgt die Abbildung der Geschäftsvorfälle auf der Grundlage eines doppischen Rechnungswesens.

Gemäß § 88 SächsGemO hat jede Kommune zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Im Jahresabschluss ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Verbindlichkeiten zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Gemäß dem Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaats Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPIG) vom 11.06.2010 (SächsGVBl 2010, S. 174), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02.04.2014 (SächsGVBl. S. 234) geändert worden ist, gelten für die Wirtschaftsführung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West-sachsen die Vorschriften der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO).

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Nach § 53 Sächs-KomHVO sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Planungsverbandes unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt



wird. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll nach § 53 Abs. 2 SächsKomHVO auch darstellen:

- die Erreichung der wesentlichen Ziele;
- Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung;
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind;
- zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung;
- die Ausführung eines Haushaltsstrukturkonzepts;
- die Entwicklung und Abdeckung der Fehlbeträge;
- die Auswertung der für die Schlüsselprodukte gesetzten Leistungsziele anhand der zur Messung der Zielerreichung gebildeten Kennzahlen.

## 2 Darstellung der wirtschaftlichen Lage

### 2.1 Allgemeines

Der Regionale Planungsverband war im Haushaltsjahr 2020 sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt in der Lage seine Aufgaben stetig zu erfüllen.

Die Zielstellungen des Haushaltsplans konnten erfüllt werden. Die Ziele des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen für das Haushaltsjahr 2020 ergaben sich, wie in den Vorjahren auch, im Wesentlichen aus den Vorgaben des Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes resultierenden Pflichtaufgaben. Der Regionale Planungsverband ist Träger der Regionalplanung, die ihm als Teil der Landesplanung als Pflichtaufgabe übertragen worden ist. Dabei ist die Strategie des Verbands hauptsächlich auf die Erstellung, Fortschreibung und Verwirklichung des Regionalplans Westsachsen sowie der Braunkohlenpläne ausgerichtet. Hierzu zählten die begonnene Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen aus dem Jahr 2008 sowie der Abschluss der gemeinsamen Gesamtfortschreibung der Braunkohlepläne als Sanierungspläne „Tagebaubereich Goitzsche-Holzweißig-Rösa“ und „Tagebau Delitzsch-Südwest/Breitenfeld“, wobei die Interessen der Region unter Beachtung der vom Freistaat Sachsen durch den Landesentwicklungsplan gesetzten Handlungsaufträge abzustimmen waren. Weitere wesentliche Schwerpunkte der Verbandsarbeit stellten die Fortführung der Regionalentwicklung und der Braunkohlesanierung dar. Zunehmend war die fachliche Beteiligung an Arbeitsgremien im Zuge des beginnenden Strukturwandels in Mitteldeutschland durch den verordneten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2035 sicherzustellen.

Daneben übernahm der Regionale Planungsverband Leipzig-West Sachsen Aufgaben,

- an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung durch Staatsbehörden nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften mitzuwirken,
- als Praxispartner im Rahmen von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung,
- die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen sowie sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung in seinem Verbandsgebiet zu unterrichten, zu beraten und darauf hinzuwirken, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen im Verbandsgebiet miteinander im Einklang stehen,

- Stellungnahmen zu raumbedeutenden Planungen und Maßnahmen im Rahmen von Raumordnungsverfahren, Zielabweichungsverfahren, anderen landesplanerischen Abstimmungen sowie Fachplanungen abzugeben,
- die Moderation von regionalen Planungsprozessen zum Ausgleich unterschiedlicher Interessenlagen nach Aufforderung wahrzunehmen und
- aktiv in den verschiedensten Arbeitsgremien zur regionalen Entwicklung mitzuarbeiten (z. B. FR Regio, Braunkohlensanierung, Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, Arbeitsgruppe Gewässerverbund, Raumordnungskommission Sachsen/Sachsen-Anhalt).

Inhaltliche Änderungen im Aufgabenspektrum des Verbands gegenüber dem Vorjahr sind nicht eingetreten.

Wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses:

	Werte in EUR
Ordentliche Erträge	1.060.257,29
Ordentliche Aufwendungen	1.121.795,08
Außerordentliche Erträge	1,00
Außerordentliche Aufwendungen	5,00
Jahresergebnis	<b>- 61.542,79</b>
Liquiditätszufluss aus laufender Verwaltung	- 49.661,61
Investitionen	41.808,94

## 2.2 Ertragslage

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 61.542,79 EUR aus. Hierbei standen den ordentlichen Erträgen in Höhe von 1.060.257,29 EUR ordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.121.795,08 EUR entgegen. Die ordentlichen Aufwendungen konnten demnach nicht vollständig durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Erträge und Aufwendungen und deren Abweichung zu den Planwerten:

Bereich	Plan 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2020 in EUR	Ergebnis 2020 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Ordentliche Erträge	1.057.260,00	1.057.260,00	1.060.257,29	+ 2.997,29	+ 0,28
Ordentliche Aufwendungen	1.296.600,00	1.296.600,00	1.121.795,08	- 174.804,92	- 13,48
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>- 239.340,00</b>	<b>- 239.340,00</b>	<b>- 61.537,79</b>	<b>+ 177.802,21</b>	<b>+ 74,29</b>

Das in der Planung angenommene Haushaltsdefizit hat sich nicht in der Höhe bestätigt, wie erwartet, blieb jedoch trotzdem negativ.

Die wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bereich	Plan 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2020 in EUR	Ergebnis 2020 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
<b>Erträge</b>	<b>1.057.260,00</b>	<b>1.057.260,00</b>	<b>1.061.258,29</b>	<b>+ 2.998,29</b>	<b>+ 0,28</b>
Zuweisungen und Umlagen	1.056.760,00	1.056.760,00	1.056.761,27	+ 1,27	+ 0,00
Privatrechtliche Leistungsent- gelte	500,00	500,00	953,30	+ 453,30	+ 90,66
Kostenerstattun- gen und Kosten- umlagen	0,00	0,00	2.391,00	+ 2.391,00	+100,00
Finanzerträge	0,00	0,00	27,03	+ 27,03	+ 100,00
Sonstige ordent- liche Erträge	0,00	0,00	124,69	+ 124,69	+ 100,00
Außerordentli- che Erträge	0,00	0,00	1,00	+ 1,00	+ 100,00
<b>Aufwendungen</b>	<b>1.296.600,00</b>	<b>1.296.600,00</b>	<b>1.121.801,08</b>	<b>- 174.798,92</b>	<b>- 13,48</b>
Personalauf- wendungen	979.200,00	1.007.700,00	954.510,03	- 53.189,97	- 5,28
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	116.500,00	104.500,00	73.850,40	- 30.649,60	- 29,33
Planmäßige Ab- schreibungen	12.700,00	12.700,00	13.664,65	+ 964,65	+ 7,60
Sonstige ordent- liche Aufwendungen	188.200,00	171.700,00	79.770,00	- 91.930,00	- 53,54
Außerordentli- che Aufwendungen	0,00	0,00	6,00	+ 6,00	+ 100,00

Die Höhe des Mehrbelastungsausgleichs beträgt jährlich gleichbleibend 1.015.000,00 EUR. Die Abweichungen zum Haushaltsplan resultieren bei den Erträgen hauptsächlich aus fehlenden Planansätzen. Dies ist vor allem bei den Kostenerstattungen in Höhe von 2.391,00 EUR festzustellen. Insbesondere sind die Erträge aus den Schutzgebühren für die Abgabe von Druckerzeugnissen (Abweichung in Höhe von 453,30 EUR, entspricht Mehreinnahmen zum fortgeschr. Planansatz in Höhe von 90,66 %) schwer planbar.

Bei den Aufwendungen dagegen dominiert die positive Entwicklung der Personalaufwendungen, der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Bei der letzteren Aufwandsposition stellt der Planungsverband im Haushaltsplan eine sog. „Sicherheitsposition“ für eventuelle Klageverfahren ein, deren Inanspruchnahme nicht erforderlich war. Ebenfalls wurden die geplanten Kosten für Kopierleistungen nicht realisiert (Abweichung: 34.655,05 EUR, entspricht einer Aufwandsersparnis zum fortgeschr. Planansatz in Höhe von 57,76 %).

Entwicklung Fehlbetrag

Haushaltsjahr	Fortgeschriebener Planansatz	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
<b>Doppisch</b>			
2013	-137.130		79.903
2014	-85.466		116.862
2015	- 207.100		20.142
2016	- 136.297	123.817	
2017	- 279.835	24.310	
2018	- 255.540	96.905	
2019	- 286.090	82.606	
2020	- 239.340	61.543	

Wie bereits im Vorjahr wurde auch im Haushaltsjahr 2020 ein Fehlbetrag festgestellt. Das ordentliche Ergebnis sowie das außerordentliche Ergebnis wurden vollständig mit dem Basiskapital verrechnet.

### 2.3 Finanzlage

Liquiditätsprobleme bestanden sowohl im Haushaltsjahr 2019 als auch im Haushaltsjahr 2020 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2020 betragen 903.793,89 EUR.

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bereich	Plan 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2020 in EUR	Ergebnis 2020 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzahlungen	1.057.200,00	1.057.200,00	1.057.952,10	+ 752,10	+ 0,07
Auszahlungen	1.283.900,00	1.283.900,00	1.107.613,71	- 176.286,29	- 13,73
<b>Ergebnis</b>	<b>- 226.700,00</b>	<b>- 226.700,00</b>	<b>- 49.661,61</b>	<b>+ 177.038,39</b>	<b>+ 78,09</b>

Der Saldo der Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem fortgeschr. Planansatz erheblich verbessert. Der Grund hierfür liegt u. a. in der Nichtinanspruchnahme der geplanten Kopierleistungen in Höhe von 34.655,05 EUR (57,76 % zum fortgeschr. Planansatz) und den Sachverständigen- und Gerichtskosten in Höhe von 16.476,24 EUR (41,19 %). Dennoch wurde ein negatives Gesamtergebnis erzielt.

Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit:

Bereich	Plan 2020 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2020 in EUR	Ergebnis 2020 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen	55.000,00	55.000,00	41.808,94	- 13.191,06	- 23,98
<b>Ergebnis</b>	<b>-55.000,00</b>	<b>- 55.000,00</b>	<b>- 41.808,94</b>	<b>+ 13.191,06</b>	<b>+ 23,98</b>

Der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit weist eine Abweichung in Höhe von 13.191,06 EUR (- 23,98 % zum fortgeschr. Planansatz) auf. Dies liegt hauptsächlich darin begründet, dass die in den vorgenommenen Vergabeverfahren erzielten Ergebnisse unter den geplanten Aufwendungen lagen.

Für die Finanzrechnung ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Bereich	Plan 2020 in EUR	Fortgeschriebener An- satz 2020 in EUR	Ergebnis 2020 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzahlun- gen	1.057.200,00	1.057.200,00	1.058.103,55	+ 903,55	+ 0,09
Auszahl- ungen	1.338.900,00	1.338.900,00	1.149.422,65	- 189.477,35	- 14,15
<b>Ergebnis</b>	<b>- 281.700,00</b>	<b>- 281.700,00</b>	<b>- 91.319,10</b>	<b>+ 190.380,90</b>	<b>+ 67,58</b>

Es bestehen keine übertragenen Ermächtigungen, die das Folgejahr belasten.

## 2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2020 hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz zum 31.12.2019 um 62.095,65 EUR (- 6,01 %) auf 970.493,39 EUR vermindert.

### Aktiva

Das bilanzierte **Anlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr 2019 auf 56.323,91 EUR erhöht und macht 5,80 % (31.12.2019: 2,72 %) der Bilanzsumme aus. Die größte Position des Anlagevermögens ist das Sachanlagevermögen mit der Betriebs- und Geschäftsausstattung (42.906,11 EUR) und den Maschinen und technischen Anlagen (3.679,48 EUR).

Im Anlagevermögen wurden entsprechende planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Im Haushaltsjahr 2020 wurde das Vermögen deutlich erhöht (u. a. Verbandshomepage, sechs Computer, ein Monitor sowie ein Bandlaufwerk).

Insgesamt wurde weniger neues Vermögen erworben als in der Haushaltsplanung angenommen. Weiterhin waren fünf Vermögensabgänge festzustellen (Restbuchwert: 5,00 EUR). Analog dazu erfolgte die ertragswirksame Auflösung der passiven Sonderposten in Höhe von 1,00 EUR.

### Entwicklung der Hauptpositionen des Anlagevermögens

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil am AV in %	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahres- wert in EUR	Abweichung Vorjahres- wert in %
Immaterielle Vermögensge- genstände	9.738,32	17,29	1,00	1.980,77	+ 391,64
Sachanlage- vermögen	46.585,59	82,71	4,80	26.102,05	+ 78,47

Die größte Position des **Umlaufvermögens** sind die liquiden Mittel in Höhe von 903.793,89 EUR. Diese spiegeln die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr wieder. Darauf folgen die privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 2.313,81 EUR.

### Passiva

Auf der Passivseite dominiert die Kapitalposition mit 958.781,99 EUR und bestimmt damit 98,79 % der Bilanzsumme. Die Kapitalposition des Planungsverbandes hat sich gegenüber dem Vorjahr um 61.542,79 EUR vermindert. Weiterhin war eine Minderung der Verbindlichkeiten von 5.341,82 EUR auf 4.851,23 EUR zu verzeichnen gewesen. Die Rückstellungen bleiben

gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 6.800,00 EUR. Die in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen können vollständig durch die liquiden Mittel abgedeckt werden.

### Entwicklung der Hauptpositionen der Passiva

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Kapitalposition	958.781,99	98,79	1.020.324,78	- 6,03
Rückstellungen	6.800,00	0,66	6.800,00	+/- 0,00
Verbindlichkeiten	4.851,23	0,52	5.341,82	- 9,18

### 3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge eingetreten, über die wegen Ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu berichten ist.

### 4 Kennzahlen und Ziele

Die wesentlichen Kennzahlen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

### **Schlüsselprodukte:**

Produkt 511000 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen -

Die Ziele des Schlüsselproduktes wurden vollständig erfüllt. Sie sind größtenteils deckungsgleich mit den wesentlichen Zielen des Regionalen Planungsverbands und wurden bereits im Kapitel 2.1 umfassend hinsichtlich deren Erreichung und Umsetzung beschrieben. Im Jahr 2020 wurden im Auftrag des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West-sachsen als Träger öffentlicher Belange von der Regionalen Planungsstelle insgesamt 210 Stellungnahmen zu raum-bedeutsamen Planungen und Aktivitäten abgegeben. Ausgewählte Stellungnahmen von hoher regionalplanerischer Bedeutung nach Themenkomplexen waren:

- Raumplanung Nachbarländer und -regionen (Strukturwandel und Kohleausstieg)
- Raumordnungsverfahren (ROV Kiessandtagebau Ammelgoßwitz; ROV B 87n Leipzig [A 14]-Eilenburg)
- Fördermittelanträge (Feinkonzept für das Informations- und Besucherzentrum Neuseenlandhaus)

Die Stellungnahmen bedingen nach wie vor einen hohen Bearbeitungsaufwand, der insbesondere bei öffentlich-rechtlichen Großverfahren mit umfangreichen Antragsunterlagen (z. B. Planfeststellungsverfahren) oder komplexen Anhörungsgegenständen zu Buche schlägt.

Trotz noch nie dagewesener kommunikativer Herausforderungen konnte auch unter den Umständen der CORONA-Pandemie der laufende Betrieb weitestgehend aufrechterhalten werden. Den bekannten Einschränkungen wurde mit neuen Arbeitsweisen und Technologien begegnet. Die zunehmende Digitalisierung war hierbei eine der Voraussetzungen. Zur Aufrechterhaltung der Kommunikation und erforderlichen Abstimmungen wurden verstärkt Telefon- und Videokonferenzen eingesetzt.

### **Regionalentwicklung**

Die Regionale Planungsstelle übernimmt im Rahmen der Verwirklichung der Raumordnungspläne gemäß § 14 Abs. 1 ROG und § 13 Abs. 1 SächsLPlG und im Zuge der Beratung der



Träger der Bauleitplanung, anderer öffentlicher und sonstiger Planungsträger sowie der Aktionsräume der Regionalentwicklung und der LEADER-Gebiete eine Vielzahl von Aktivitäten mit Moderations- oder fachlichen Beratungs- und Begleitungsaufgaben.

Mitwirkung in den Aktionsräumen der Regionalentwicklung

Aktionsraum	Aktivitäten
<b>Dübener Heide</b>	Mitglied in der „Zentralen Arbeitsgruppe“ zur Koordinierung der Aktivitäten innerhalb des REK und Projektbegleitung
<b>Grüner Ring</b>	ständige Mitwirkung in den Arbeitsgruppen <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Landschaftspflege“</li> <li>• „Gewässerverbund/-renaturierung“</li> <li>• „Interkommunales Kompensationsflächenmanagement (KOMAN)“</li> <li>• „Naherholung und Tourismus“</li> </ul> Mitwirkung in den Gremien zum Leipziger Neuseenland (Arbeitsgruppe „Gewässerverbund“)
<b>Europäische Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD)</b>	Planungsverband ist seit 2016 Vollmitglied im Verein EMMD Moderation der Projektgruppe „Innovation im Revier“ stimmberechtigtes Mitglied im Regionalen Empfehlungsgremium zu den Förderprogrammen „Unternehmen Revier“ GRW-Infra Mitglied in der Arbeitsgruppe Regionalentwicklung Mitglied der Projektgruppe Industrie- und Gewerbeflächen
<b>Oschatzer Land - Collmregion</b>	Fachberatung und Information
<b>Geopark Porphyryland</b>	Mitglied im wissenschaftlichen Beirat
<b>Wurzener Land</b>	Fachberatung und Information

Mitwirkung an der Erstellung und Umsetzung von LEADER-Entwicklungsstrategien (LES) für die Förderperiode 2014-2020

LEADER-Gebiet	Aktivitäten
<b>Delitzscher Land</b>	stimmberechtigtes Mitglied im Entscheidungsgremium
<b>Dübener Heide</b>	beratendes Mitglied in der Lokalen Arbeitsgemeinschaft (LAG)
<b>Land des Roten Porphyry</b>	beratendes Mitglied im Koordinierungskreis ( <i>Wahrnehmung durch Planungsverband Region Chemnitz</i> )
<b>Leipziger Muldenland</b>	beratendes Mitglied im Koordinierungskreis
<b>Sächsisches Zweistromland-Ostelbien</b>	beratendes Mitglied im Regionalen Entscheidungsgremium
<b>Südraum Leipzig</b>	beratendes Mitglied im Koordinierungskreis

### Fachförderprogramm FR-Regio

Der Planungsverband ist in die Umsetzung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Regionalentwicklung (FR-Regio) vom 21.12.2006, neu gefasst am 25.04. 2013, eingebunden. Mit der Kabinettsbildung im Dezember 2019 zeichnet jetzt das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung für dieses Fachförderprogramm ver-

antwortlich. Mit der Richtlinie ergeben sich inhaltliche und verfahrensorganisatorische Aufgaben für die Regionalen Planungsverbände. So sind von den Antragsberechtigten (Landkreise, kreisfreie Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweck- und Verwaltungsverbände sowie andere Körperschaften öffentlichen Rechts) vorgesehene Vorhaben beim zuständigen Regionalen Planungsverband bis zum 30.09. jedes Jahres anzumelden. In der Folge ergeben sich insbesondere folgende Aktivitäten:

- Bewertung und Priorisierung der gemeldeten Fördervorhaben für die Planungsregion unter Einbeziehung der Antragsteller,
- Einreichung der priorisierten Vorhabenanmeldungen durch die jeweiligen Regionalen Planungsverbände bis zum 30.10. beim Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung,
- Mitarbeit an der Erstellung der Förderliste Sachsen,
- regionalplanerische Beurteilung beantragter Vorhaben (Abgabe von Stellungnahmen).

Im Jahr 2020 wurden durch die Landesdirektion Sachsen folgende zwei Vorhaben mit einem Fördervolumen von 42.300 € beschieden:

- Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig: Informations- und Besucherzentrum Neu-seenlandhaus (Fachbegleitung: Andreas Berkner),
- Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig: E-Mobilitätskonzept für das Wegenetz des Seenkleeblatts im Südraum Leipzig (Cospudener, Markkleeberger, Störmthaler, Zwenkauer See).

Fachliche Begleitung von laufenden Vorhaben:

- Stadt Leipzig (Europäische Metropolregion Mitteldeutschland): Potenzial- und Machbarkeitsanalyse zu einer Radschnellverbindung zwischen den Städten Leipzig und Halle (Saale) ,
- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Bewerbung um die Ausrichtung der World Canals Conference in Leipzig ,
- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Fortschreibung des Wassertouristischen Nutzungskonzepts aus den Jahren 2005/2007 – FFH-Untersuchung für das FFH-Gebiet „Leipziger Auensystem“ und das Vogelschutzgebiet „Leipziger Auwald“ sowie Artenschutzuntersuchung und Querbezüge hierzu,
- Landkreis Leipzig: Datenerhebung für digitales touristisches Wegenetz Aufbau Managementsystem für Wegesystem,
- Landkreis Nordsachsen: Kreisentwicklungskonzept Nordsachsen 2030,
- Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig: Kommunikationskampagne Leipziger Neuseenland.

Für das Jahr 2021 wurden durch die Regionale Planungsstelle 12 Vorhaben mit einem Fördervolumen von ca. 1,75 Mio. € priorisiert und für eine Gewährung einer Zuwendung entsprechend der Richtlinie FR-Regio beim Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung gemeldet.

### **Braunkohle und Strukturwandel im mitteldeutschen Braunkohlenrevier**

Breiten Raum nahm der Austausch zum Strukturwandel im Zuge des bis Ende 2038 vorgesehenen Ausstiegs aus der Kohleverstromung ein. Mit dem „Kohleausstiegsgesetz“ und dem „Strukturstärkungsgesetz“ traten die dafür maßgeblichen Rahmenregelungen in 08/2020 in Kraft. In der Folge entsteht für die meisten Planwerke zur Thematik (Teilgebietsentwicklungsprogramm bzw. Braunkohlenplan Profen sowie Braunkohlenplan Vereinigtes Schleenhain) Handlungsbedarf zur Evaluierung und zur Anpassung an die Entwicklung. Beim Einsatz der zur Flankierung des Kohleausstiegs zur Verfügung stehenden Bundesmittel in Höhe von 40 Mrd. € über 20 Jahre (Aufteilung – Rheinland 37 %, Mitteldeutschland 20 %, Lausitz 43 %) ist

eine qualifizierte Mitwirkung der Raumordnungsplanung bei der Priorisierung und Fachbegleitung von Maßnahmen derzeit noch nicht gesichert.

In den beteiligten Ländern wurden unterschiedliche Strukturen zur Steuerung des Strukturwandels etabliert, die sich teilweise noch im Aufbau befinden. Kommunikationsdefizite und Interessenunterschiede in länderübergreifenden Revieren (Mitteldeutschland – Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Lausitz – Brandenburg und Sachsen) bilden weitere Konfliktpunkte.

Die Regionale Planungsstelle ist wie in den Vorjahren in folgenden Gremien mit direktem bzw. indirektem Bezug zur Braunkohlensanierung beschließend oder beratend tätig:

- Regionaler Sanierungsbeirat Westsachsen/Thüringen (beschließende Mitgliedschaft),
- Arbeitsgruppe „§ 4-Maßnahmen, LMBV mbH Westsachsen“ (Moderation durch Sächsisches Oberbergamt Freiberg).

### **Regionaler Sanierungsbeirat Westsachsen/Thüringen**

Der Regionale Planungsverband ist seit Beginn des IV. Verwaltungsabkommens Braunkohlensanierung am 01.01.2008 gemeinsam mit dem Sächsischen Oberbergamt Freiberg und der Landesdirektion Sachsen als Vertreter des Freistaats Sachsen stimmberechtigtes Mitglied sowie durch seine Fachberatung und die Abgabe von Stellungnahmen zu den Sanierungsmaßnahmen tätig. Im Berichtsjahr wurden vier Sitzungen wie folgt durchgeführt:

113. Sitzung am 30.01.2020

114. Sitzung am 13.05.2020

115. Sitzung am 15.07.2020

116. Sitzung am 13.10.2020

### **Arbeitsgruppe § 4-Maßnahmen im Sanierungsgebiet Westsachsen**

Unter beratender und beschließender Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands konnten im Jahr 2020 neben einigen ingenieurtechnischen Planungen für zukünftige Baumaßnahmen nur wenige Maßnahmen fortgeführt werden. Nennenswert ist hier lediglich der Baubeginn zur Herstellung der Dichtungswand für das Hochwasserschutztor am Harthkanal. Darüber hinaus wurden zahlreiche Planungsleistungen weitergeführt (Aussichtsturm Stöntzsch, Löbnitzer Ufer, Naturschutzstation Werbeliner See). Die Vielzahl neu eingebrachter Maßnahmevorschlüsse verlangte von der Arbeitsgruppe intensive Abstimmungen zu einer möglichen Einordnung in das sogenannte Eckpunktepapier der § 4-Maßnahmen.

Dies alles stand bereits unter der Maßgabe, dass die finanziellen Mittel für das Maßnahmenprogramm im Entwurf des Doppelhaushalts 2021/2022 des Freistaats Sachsen mit 6,0 Mio. EUR erheblich geringer eingestellt sind als in den Vorjahren.

Die Tätigkeit der § 4-Arbeitsgruppe wurde in zwei durchgeführten Sitzungen koordiniert:

42. AG-Sitzung am 06.05.2020 als Telefonkonferenz,

43. AG-Sitzung am 01.10.2020 in Leipzig, LMBV mbH.

### **Bündelungsgremium Braunkohlenbergbau und Gebietswasserhaushalt**

2020 musste sich pandemiebedingt auf die 17. Sitzung am 10. Januar bei der Regionalen Planungsstelle in Leipzig beschränkt werden. Diese fand unmittelbar im Anschluss an die Fachbeiratssitzung zur Untersuchung von Varianten zur wassertouristischen Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße statt. Damit wurde der erheblichen Schnittmenge hinsichtlich der Teilnehmer an beiden Fachgremien Rechnung getragen. Die Sitzung folgte dem An-

liegen, sich zur Perspektive des Bündelungsgremiums sowie zu fachlichen Arbeitsschwerpunkten für das laufende Jahr auszutauschen. Nach der Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung sprachen sich alle Anwesenden klar für die Beibehaltung dieses informellen Gremiums aus, welches auf ein Mandat der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-Westsachsen zurückgeht. Sollten Präsenzveranstaltungen 2021 wieder möglich sein, werden 3 Sitzungen an unterschiedlichen Tagungsorten angestrebt. Alternativ könnte ein fachlicher Austausch des Gremiums auch als Videokonferenz erfolgen.

### **Spezifische Aktivitäten und Beratungsleistungen**

Über die genannten Aktivitäten hinaus war die Regionale Planungsstelle in eine Vielzahl von Abstimmungen moderierend oder fachberatend eingebunden. Dazu zählten insbesondere

- die Beratung bei der LMBV mbH zu Handlungsschwerpunkten der Braunkohlensanierung 2020 in 11/2020, diesmal im Umlaufverfahren,
- Mitwirkung in der AG Nordraum Leipzig von Landkreis und Kommunen zur Braunkohlensanierung (2020 10 Sitzungen) sowie
- weitere Fachberatungen und Moderationen (z. B. Workshops Braune Pleiße – siehe Kapitel Braun-kohlenplanung und Harthkanal).

Einen neuen Handlungsschwerpunkt bildet die Thematik Aufbau einer Steuerungszentrale für den Wasserhaushalt im Südraum Leipzig. Hierfür wurden eine Steuerungsgruppe nunmehr beim Sächsi-schen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (Sitzung am 06.10.2020) sowie eine regionale Facharbeitsgruppe (Sitzungen am 23.01., 23.06. und am 01.12.2020) etabliert. Durch die Regionale Planungsstelle erfolgten fachliche Unterstützungsleistungen insbesondere im GIS-Bereich.

### **Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung in der Region Halle/Leipzig/ Industrie- und Gewerbeflächen der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland**

Im Jahr 2009 begann auf Initiative der Stadt Leipzig im Rahmen des EU-Projekts Via Regia+ ein Ko-operationsprozess zwischen Städten und Gemeinden in der Region Halle/Leipzig. Mit dem Projekt „Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung in der Region Halle/Leipzig“ wird bei der Planung und Entwicklung von Gewerbeflächen für den Raum Halle/Leipzig auf freiwilliger Basis eine Abstimmung im regionalen Kontext angestrebt. Die beteiligten Partner erwarten durch die Zusammenarbeit ein besser profiliertes und abgestimmtes Gewerbeflächenangebot. Der bisherige Prozess wurde durch Studien wissenschaftlich begleitet und durch Fördermittel der Regionalentwicklung der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt gestützt. Unter Federführung der Städte Leipzig und Halle haben sich die Akteure der Steuerungsgruppe dafür ausgesprochen, das Vorhaben nach 10 Jahren bewährter Zusammenarbeit in die Gremienstruktur der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland zu integrieren. Das Vorhaben wird daher seit 2019 als Projektgruppe „Industrie- und Gewerbeflächen der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland“ unter dem Dach der AG Wirtschaft und Standortentwicklung der Metropolregion fortgeführt. Im Jahr 2020 waren nachfolgende Aktivitäten zu verzeichnen:

- Sitzung 15.01.2020 in Leipzig (konstituierende Sitzung)
- Sitzung 27.02.2020 in Bitterfeld (Auftaktkolloquium zur Erstellung der „Potenzialstudie Industrie- und Gewerbeflächen“ - PIG)
- Sitzung 21.07.2020 - Webkonferenz (1. Zwischenpräsentation PIG)
- Sitzung 05.11.2020 - Webkonferenz (2. Zwischenpräsentation PIG)
- Sitzung 08.12.2020 - Webkonferenz (3. Zwischenpräsentation PIG)

### **Touristischer Gewässerverbund Leipziger Neuseenland**

Zu den Tagebauseen und zum Gewässerverbund Leipziger Neuseenland erfolgte im Berichtszeitraum eine intensive Facharbeit in den Arbeitsgruppen Standortentwicklung (Mitwirkung Andreas Berkner) und Gewässerverbund (Mitwirkung Katrin Klama). In Vorbereitung der Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland wurden durch die AG Standortentwicklung 2020 insgesamt 3 Sitzungen sowie durch die AG Gewässerverbund insgesamt 6 Sitzungen (teilweise im online-Format) durchgeführt.

Im Auftrag des Verbandsvorsitzenden vertritt Herr Prof. Dr. Berkner die Belange der Regionalplanung in der 2005 etablierten Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, die 2020 nachfolgende Aktivitäten zu verzeichnen hatte:

- 57. Sitzung – 20.03.2020 (Strukturwandel, Anbindung Markkleeberger See an die Pleiße),
- 58. Sitzung – 19.06.2020 (Schlüsselmaßnahmen Gewässerverbund mit Pressegespräch),
- 59. Sitzung – 02.10.2020 (Schlüsselmaßnahmen Gewässerverbund),
- 60. Sitzung – 11.12.2020 (Harthkanal, Bewirtschaftungszentrale, WTNK).

Darüber hinaus war die Verbandsverwaltung in mehrere weitere Aktivitäten zum Gewässerverbund involviert. Dazu zählten insbesondere die Moderation eines Fachbeirats zur Prüfung von Alternativen zur wassertouristischen Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße mit Terminen am 10.01. 2020 und am 10.03.2020 sowie Austausche zwischen den Hauptbeteiligten zum Sachstand Harthkanal („Freiberger Format“ mit SMWA, OBA, LDS, LTV, LMBV und RPV am 14.01.2020 sowie am 25.06. 2020).

Weiter erfolgte eine intensive Mitwirkung mit mehreren Arbeitsberatungen zur Vorbereitung zur World Canals Conferene (WCC) 2020, die nach Leipzig vergeben wurde. Pandemiebedingt musste die ursprünglich für September 2020 vorgesehene Konferenz nunmehr auf den Termin 30.03.-03.06.2022 verschoben werden, was zu vielen organisatorischen und inhaltlichen Aspekten eine Neuorientierung erfordert (Programmbaustein Strukturwandel – Andreas Berkner).

### **Fachbegleitungs- und Beratungsleistungen**

Die Regionale Planungsstelle übernahm darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Fachbegleitungs- und Beratungsleistungen:

- zur Beratung von Kommunen (à Vor-Ort-Beratungen und Abstimmungen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen),
- zur vorhabenbezogenen Beratung von Kommunen, Behörden, Projektentwicklern, Bürgern und potenziellen Investoren (à Schwerpunkte Windenergie, Bauvorhaben, Einzelhandel),
- zur Beratung von Planungsbüros und Fachplanungsträgern (à Umweltverträglichkeitsprüfungen, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen).

Einen Beratungsschwerpunkt mit mehreren Terminen bildete das von der Gemeinde Neukieritzsch und den Städten Böhlen und Rötha verfolgte Projekt im Kippenbereich Witznitz zur Etablierung eines großflächigen Solarparks.

### **Forschungsvorhaben**

Zu einem Handlungsschwerpunkt mit gleichbleibend hohem Gewicht entwickelte sich die Mitwirkung des Verbands als Praxispartner im Zuge von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung. Hierzu sind insbesondere folgende Aktivitäten zu nennen:



- Mitwirkung im Beirat und in Workshops zum Forschungsvorhaben der Universität Leipzig „Nachhaltiger Ausbau erneuerbarer Energien mit multiplen Umweltwirkungen – Politikstrategien zur Bewältigung ökologischer Zielkonflikte bei der Energiewende (MultiPEE)“, gefördert im Rahmen der Sozialökologischen Forschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

### Weitere Handlungsfelder

- ordentliches Mitglied in der ARL Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft,
- Fachbegleitung und anteilige Moderation der „Initiativgruppe Geotourismus und Industriekultur“ (Initiative „Neuseenlandhaus“ mit LEADER-geförderter Machbarkeitsstudie,
- ständige Mitwirkung am „Runden Tisch Braunkohlensanierung“ der IHK zu Leipzig bzw. Halle-Dessau mit zwei Sitzungen pro Jahr,
- Vorsitzender im Kuratorium der Kulturstiftung Hohenmölsen,
- beratende Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung des Zweckverbands „Heue Harth“.

### Barrierefreiheit Homepage

Im Jahr 2020 wurde der Webauftritt des Regionalen Planungsverbands komplett erneuert. Hauptgrund dieser Maßnahme war das Sächsische Barrierefreie-Website-Gesetz. Dieses Gesetz, welches am 10. April 2019 in Kraft getreten ist, bestimmt die Vorgaben zur barrierefreien Gestaltung von Webseiten und mobilen Internetanwendungen aller öffentlichen Stellen des Freistaats Sachsen. Nach diesem Gesetz sind alle öffentlichen Stellen verpflichtet, die Webseiten und mobilen Anwendungen bis zum 22. September 2020 barrierefrei zu gestalten. Da der Auftritt des Planungsverbands bis zum Jahr 2020 nur teilweise barrierefrei war, musste die Homepage den Vorgaben entsprechend erneuert werden. Da eine Überarbeitung der Website aus technischen Gründen nicht möglich war, musste der Webauftritt komplett neugestaltet werden. Ziel war eine barrierefreie Website, die sich jedoch inhaltlich und auch im Layout von der Vorgängerversion kaum unterscheidet. Die Arbeiten erwiesen sich als sehr aufwendig und zeitintensiv. Die Umsetzung begann im Januar 2020. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit der Firma Seiteneingang aus Leipzig. Im August 2020 war die erste Version der neuen Homepage für Desktopgeräte sowie mobile Endgeräte (Smartphone, Tablet) fertig. Diese Version wurde der Bundesfachstelle Barrierefreiheit zur Prüfung übergeben. Die Überprüfung ergab, dass die neue Website zu 99,9 % barrierefrei ist. Am 21. September 2020 ging die neue Homepage online.

Mit 51 267 direkten Zugriffen auf die Homepage ist ein erheblicher Anstieg der Zahl gegenüber dem Vorjahr (36 190) zu verzeichnen. Absoluter Schwerpunkt war bei den Besuchen auf unserer Homepage das Thema „Regionalplan“ und dessen laufende Gesamtfortschreibung. Hier wurden insgesamt Dokumente in einem Umfang von ca. einem Terrabyte heruntergeladen. Wir hoffen, durch den laufenden Ausbau der Homepage und der damit steigenden Attraktivität derselben die Zugriffszahlen künftig noch weiter steigern zu können.

### 5 Gliederung der Teilhaushalte

Die Gliederung der Teilhaushalte erfolgte nach den vorgegebenen Produktbereichen.

#### Übersicht:

Produktbereich	Bezeichnung
11	Innere Verwaltung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
61	Allgemeine Finanzwirtschaft



## 6 Prognosebericht

### Ergebnisentwicklung

Die Entwicklung der ordentlichen Erträge wird als konstant eingeschätzt. Die ordentlichen Aufwendungen werden sich gemäß Haushaltsplanung geringfügig vermindern. Dennoch wird der Planungsverband sowohl im Haushaltsjahr 2020 als auch in den Folgejahren voraussichtlich nicht in der Lage sein, ein positives Jahresergebnis zu erzielen.

### Liquiditätsentwicklung

Der Verband verfügt über eine stabile Kassenlage und ist daher in der Lage, mittelfristig eine negative Änderung des Zahlungsmittelbestands durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve auszugleichen. Die stetige Aufgabenerfüllung des Verbands ist daher sichergestellt. Gemäß Haushaltsplanung wird sich der Bestand an liquiden Mitteln jedoch vermindern. Der Verband ist schuldenfrei. Die Aufnahme von Krediten ist nicht vorgesehen.

## 7 Risikoeinschätzung

Die wesentlichsten Erträge des Regionalen Planungsverbandes setzen sich aus dem Mehrbelastungsausgleich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern sowie der Verbandsumlage zusammen. Da es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe nach dem Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes handelt, stellen diese konstante und sichere Erträge dar.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen sind die Ergebnisse der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst zu berücksichtigen, dies ist in den künftigen Haushaltsplanungen bereits erfolgt.

Da der Planungsverband nur über ein geringes Anlagevermögen verfügt, sind keine höheren Abschreibungsbeträge sowie keine größeren Ersatzinvestitionen zu erwarten.

Die hohen Liquiditätsreserven des Planungsverbandes garantieren die dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Planungsverband hat keine Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen oder zur Liquiditätssicherung, die Gefahr von möglichen Zinsschwankungen besteht demnach nicht.

## 8 Ausführung des Haushaltsstrukturkonzeptes

Der Regionale Planungsverband verfügt über kein Haushaltsstrukturkonzept.

Leipzig, 28.06.2021

.....  
Henry Graichen

Verbandsvorsitzender des

Regionalen Planungsverbands

Leipzig-West Sachsen



## Verkehr

# Regionalbus Leipzig GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Leipziger Straße 79

04828 Deuben

Tel.: 03425/8989100

E-Mail: [info@regionalbusleipzig.de](mailto:info@regionalbusleipzig.de)

Webseite: <http://www.regionalbusleipzig.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 13.05.1992

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten. Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.

### Kapital:

Stammkapital	500.000 €
--------------	-----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Andreas Kultscher
------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Leipzig	500.000,00 €	100,00 %
-------------------	--------------	----------

### Beteiligungen

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2.200,00 €	2,89 %
---	------------	--------

## IV Finanzbeziehungen

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
<b>Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)</b>	<b>13.663.942,00</b>	<b>14.977.363,00</b>	<b>15.200.000,00</b>
Bürgschaften	-	-	-

## V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

### I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Verkehrsunternehmen waren im Jahr 2021 erneut äußerst anspruchsvoll, denn wie bereits das Vorjahr war auch 2021 entscheidend von der Corona-Pandemie geprägt. Diese führte in Deutschland wiederum zu gesellschaftlichen Einschränkungen und wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, die u. a. erhebliche Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr hatten.

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) konnte die Herausforderungen der Pandemie erfolgreich bewältigen und nicht zuletzt dank der von Bund und Freistaat sowie durch den Gesellschafter zur Verfügung gestellten Finanzhilfen das Geschäftsjahr 2021 mit einem zufriedenstellenden kaufmännischen Ergebnis abschließen. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden an die Erfordernisse der Pandemiesituation angepasst und unter Einhaltung von Schutzmaßnahmen sowie unter Beachtung der Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung stets zuverlässig erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegt mit ca. 98 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer im Bereich des ÖPNV-Linienverkehrs. Grundlage für die Erbringung dieser Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden von vier vertraglich gebundenen Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht.

Nach den Städten Bad Lausick, Brandis, Grimma und Colditz wurde im Jahr 2021 auch mit der Stadt Wurzen ein Vertrag zur Verkehrsbedienung abgeschlossen.

Nach erfolgreicher Umsetzung von Verkehrsprojekten zur Realisierung eines Paradigmenwechsels in der ländlichen Mobilität in den letzten Jahren betreibt die Gesellschaft nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 8 TaktBus-Linien. Für diese gelten hochwertige Qualitätsstandards hinsichtlich Verkehrsbedienung und eingesetzter Fahrzeuge.

Der Erfolg dieser Projekte zeigt sich in einer regionalspezifischen Entwicklung der Fahrgastnachfrage.

Die Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Pösna-Parks und die Anbindung des Freizeitparks BELANTIS mit der Linie 105 wurden vertragsgemäß erbracht. Der Vertrag zur Durchführung von Beförderungsleistungen für die Handwerksammer Leipzig wurde um ein weiteres Jahr verlängert und Einzelverträge zur Ergänzung der Schülerbeförderung abgeschlossen.

Die Corona-Pandemie hatte auch im Geschäftsjahr 2021 erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft. So mussten u. a. Regelungen zum Schutz der Beschäftigten und Fahrgäste sowie zur sicheren Aufrechterhaltung des ÖPNV unter den Bedingungen der Pandemiesituation getroffen werden. Zeitweise waren in der Belegschaft dennoch erhebliche Personalausfälle zu verzeichnen, die nicht mehr kompensiert werden konnten und Leistungseinschränkungen zur Folge hatten. Die Gesellschaft stellte trotz dieser Widrigkeiten den ÖPNV im gesamten Kalenderjahr sicher.

Die zeitweise Schließung der Schulen und weiterer Einrichtungen im Freistaat Sachsen, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung durch staatliche Anordnungen sowie der Wechsel vieler Beschäftigter ins „Home-Office“ führten zu einer erheblichen Reduzierung des Mobilitätsbedarfs und nach einer allmählichen Erholung insbesondere im ersten Halbjahr 2021 wiederum zu einem deutlichen Fahrgastrückgang.

Regionalbus Leipzig reagierte hierauf u. a. mit einer zeitlichen Verschiebung des Starts des Saisonverkehrs sowie der Anmeldung von Kurzarbeit.

Außerdem waren erhebl. Ausfälle bei Vertrags- und Gelegenheitsverkehren zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen gingen mit spürbaren Einnahmeausfällen für die Gesellschaft einher, die jedoch im Bereich des ÖPNV auch im Jahr 2021 durch einen von Bund und Ländern aufgelegten „Rettungsschirm“ auf der Grundlage der Richtlinie „Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV“ vollständig ausgeglichen wurden. Die zusätzlichen Kosten z. B. für erhöhte Schutzmaßnahmen und Bereitstellung von Corona-Tests wurden durch den Landkreis Leipzig übernommen.

Insgesamt konnte trotz andauernder Pandemiesituation mit einem leichten Rückgang von unter 5 % vor Korrekturwerten die Fahrgastzahl des Vorjahres nahezu stabil gehalten werden.

Die Gesellschaft setzte im Jahr 2021 die schrittweise Digitalisierung von Prozessen fort. Dafür notwendige Investitionen in die IT-Infrastruktur konnten durch Lieferengpässe der Hersteller jedoch nicht vollständig umgesetzt werden. Durch die Digitalisierung konnten verschiedene interne Prozesse z. B. im Bereich Betrieb sowie im Kaufmännischen Bereich effizienter gestaltet werden. Gleichzeitig ergaben sich dadurch neue Möglichkeiten, wie z. B. das pandemiebedingt erforderliche mobile Arbeiten.

Die Investition in den Fahrzeugpark wurde mit der Anschaffung neuer Omnibusse im Geschäftsjahr 2021 planmäßig durchgeführt.

## **II. Wirtschaftsbericht**

### **Vermögenslage**

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft betrug zum Stichtag TEUR 30.137 und liegt damit TEUR 2.271 unter dem Vorjahreswert. Im Wirtschaftsjahr 2021 verminderte sich der Bestand des Anlagevermögens um TEUR 1.899. Dieser Saldo resultiert aus einer gegenüber der Planung verminderten Investitionstätigkeit. Die für Investitionen geplante Summe wurde zum Stichtag 31. Dezember 2021 um insgesamt TEUR 1.775 unterschritten. Dieser Wert entstand aufgrund von Lieferschwierigkeiten der Hersteller sowie weiteren Investitionen, die technisch bedingt nicht planmäßig umgesetzt werden konnten und in das nächste Wirtschaftsjahr übertragen werden müssen.



Im Wesentlichen wurde in Omnibusse und deren Ausstattung mit Fahrgastzählssystemen sowie in die IT-Technik der Gesellschaft investiert.

Der Bestand an Sonderposten für Investitionszuschüsse verringerte sich gleichlaufend zum Anlagevermögen aber darüber hinaus auch durch eine Reduzierung der vereinnahmten Fördermittel für die Investitionen um TEUR 1.501. Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss.

Das Fremdkapital der Gesellschaft verringerte sich im Jahr 2021 um TEUR 2.147. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 418 und der Verminderung der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (TEUR 1.684).

Nachfolgend wird die Vermögenslage nach Liquiditätsgesichtspunkten gegliedert dargestellt. Posten mit Fälligkeit bis zu einem Jahr werden als kurzfristig, alle übrigen Posten als mittel- und langfristig eingestuft.

### Vermögensstruktur

	31.12.2021		31.12.2020		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
immaterielle Vermögensgegenstände	149	0,5	270	0,8	-121
Sachanlagen	22.829	75,8	24.607	75,9	-1.778
Finanzanlagen	7	0	7	0	0
<b>langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>22.985</b>	<b>76,3</b>	<b>24.884</b>	<b>76,8</b>	<b>-1.899</b>
Vorräte	342	1,1	349	1,1	-7
Lieferforderungen	621	2,1	955	2,9	-334
Forderungen gegen MDV GmbH	188	0,6	0	0	188
sonstige Vermögensgegenstände, RAP	1.201	4,0	1.271	3,9	-70
flüssige Mittel	4.800	15,9	4.949	15,3	-149
<b>kurzfristiges Vermögen</b>	<b>7.152</b>	<b>23,7</b>	<b>7.524</b>	<b>23,2</b>	<b>-372</b>
<b>insgesamt</b>	<b>30.137</b>	<b>100</b>	<b>32.408</b>	<b>100</b>	<b>-2.271</b>

### Kapitalstruktur

	31.12.2021		31.12.2020		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
bilanzielles Eigenkapital	13.949	46,3	12.572	38,8	1.377
Sonderposten Investitionszuschüsse					
= Eigenkapitalähnliche Mittel	13.284	44,1	14.785	45,6	-1.501
<b>betriebswirtschaftliches Eigenkapital</b>	<b>27.233</b>	<b>90,4</b>	<b>27.357</b>	<b>84,4</b>	<b>-124</b>

### Fremdkapital

Bankverbindlichkeiten (> 1 Jahr)	70	0,2	239	0,7	-169
langfristige Rückstellungen	27	0,1	27	0,1	0
<b>mittel- / langfristiges Fremdkapital</b>	<b>97</b>	<b>0,3</b>	<b>266</b>	<b>0,8</b>	<b>-169</b>
kurzfristige Rückstellungen	786	2,6	555	1,7	231
Bankverbindlichkeiten (< 1 Jahr)	169	0,5	418	1,3	-249
Lieferverbindlichkeiten	895	3,0	2.579	8,0	-1.684
Verbindlichkeiten gegenüber MDV GmbH	155	0,5	110	0,3	45
sonstige Verbindlichkeiten	802	2,7	1.123	3,5	-321
<b>kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>2.807</b>	<b>9,3</b>	<b>4.785</b>	<b>14,8</b>	<b>-1.978</b>
<b>Fremdkapital gesamt</b>	<b>2.904</b>	<b>9,6</b>	<b>5.051</b>	<b>15,6</b>	<b>-2.147</b>
<b>insgesamt</b>	<b>30.137</b>	<b>100</b>	<b>32.408</b>	<b>100</b>	<b>-2.271</b>

### Investitionen

Im Geschäftsjahr 2021 wurden folgende Investitionen getätigt:

	TEUR
Omnibusse	2.767
sonstige Ausstattung	107
Grundstücke und Gebäude	0
Software	19
Anlagen im Bau	42
<b>insgesamt</b>	<b>2.935</b>

Die Businvestitionen beinhalten die Beschaffung von insgesamt 10 Omnibussen.

Die Investitionen in der Position „sonstige Ausstattung“ umfassen die weitere Ausstattung des Fahrzeugparks mit Fahrgastzählssystemen, Ausrüstungsgegenstände für die Werkstätten der einzelnen Betriebsteile sowie die Anschaffung von Hardware für den Verwaltungsbereich.

Die Softwareinvestitionen beinhalten Software für ein digitalisiertes Leitstellenprotokoll, die Erweiterung der Software „Fundsachverwaltung“ sowie Software für die Umstellung der Hintergrundsysteme für das Fahrgastzählsystem.

Die Anlagen im Bau umfassen Rechnungen für Hardware für eine geplante Serverumstellung.

Die Investitionen wurden im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 1.224 durch Zuschüsse finanziert.

## Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Berichtsjahr. Die Zahlungsströme werden nach den Bereichen „laufende Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“ gegliedert. Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (TEUR 4.079) hat sich im Wesentlichen durch einen Forderungsrückgang unter anderem aufgrund eines guten Forderungsmanagements sowie durch einen Aufbau von Rückstellungen verbessert. Mittelabflüsse durch Investitionen in das Anlagevermögen (TEUR 3.806) wurden durch Verminderung des Finanzmittelfonds (Geldmittelbestand) und ohne weitere Kreditaufnahme getätigt, wodurch eine Reduzierung des Mittelabflusses aus Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr möglich wurde. Dies folgt dem Trend der letzten beiden Wirtschaftsjahre.

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

	2021	2020
	TEUR	TEUR
Ergebnis	1.377	1.410
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.835	4.678
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	-2.725	-2.800
Zunahme /Abnahme (-) der sonstigen Rückstellungen	231	-132
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	0
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-10	-19
Zunahme (-) /Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	223	-325
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	144	102
Zinsaufwendungen	4	9
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>4.079</b>	<b>2.923</b>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	10	27
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-5.040	-8.553
Erhaltene Zuschüsse für Investitionen ins Anlagevermögen	1.224	2.665
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-3.806</b>	<b>-5.861</b>

Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten (Bankverbindlichkeiten)	0	0
Auszahlungen aus der Tilgung von Bankverbindlichkeiten	-418	-798
gezahlte Zinsen	-4	-9
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-422</b>	<b>-807</b>
Veränderung des Finanzmittelfonds	-149	-3.745
Finanzmittelfonds am Periodenbeginn	4.949	8.694
<b>Finanzmittelfonds am Periodenende</b>	<b>4.800</b>	<b>4.949</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes:</b>	<b>4.800</b>	<b>4.949</b>
flüssige Mittel	4.800	4.949

## Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR 1.377. Geplant wurde mit einem Ergebnis in Höhe von TEUR -1.221. Daraus ergibt sich eine positive Abweichung von TEUR 2.598.

Zur Analyse der Ertragslage werden im Folgenden die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung abweichend vom handelsrechtlichen Schema nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt.

	2021		2020		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	24.314	100,0	23.180	100,0	1.134	4,9
Materialaufwand						
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-3.358	-13,8	-2.932	-12,6	-426	14,5
b) bezogene Leistungen	-1.867	-7,7	-2.059	-8,9	192	-9,3
	-5.225	-21,5	-4.991	-21,5	-234	4,7
Personalaufwand	-13.397	-55,1	-13.069	-56,4	-328	2,5
übrige Aufwendungen	-2.779	-11,4	-2.435	-10,5	-344	14,1
Betriebsaufwand gesamt	-21.401	-88,0	-20.495	-88,4	-906	4,4
sonstige betriebliche Erträge	3.327	13,7	3.401	14,7	-74	-2,2
<b>Ergebnis vor Abschreibungen</b>						
<b>und Zinsen</b>	<b>6.240</b>	<b>25,7</b>	<b>6.086</b>	<b>26,3</b>	<b>154</b>	<b>2,5</b>

Abschreibungen	-4.835	-19,9	-4.678	-20,2	-157	3,4
<b>operatives Ergebnis</b>	<b>1.405</b>	<b>5,8</b>	<b>1.408</b>	<b>6,1</b>	<b>-3</b>	<b>-0,2</b>
neutrales Ergebnis	-23	-0,1	11	0,0	-34	-309,1
Zinsergebnis	-5	0,0	-9	0,0	4	44,4
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>1.377</b>	<b>5,7</b>	<b>1.410</b>	<b>6,1</b>	<b>-33</b>	<b>-2,3</b>

Die Erhöhung der Umsatzerlöse (TEUR 1.134) in 2021 lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

	TEUR
Betriebskostenzuschüsse	83
ÖPNV-Linienverkehr	1.018
Vertragsverkehr	6
Gelegenheitsverkehr	-1
Schienenersatzverkehr	100
sonstiges	-72
<b>insgesamt</b>	<b>1.134</b>

Die Betriebskostenzuschüsse wurden an das höhere Leistungsvolumen, die gestiegenen Kosten und an die veränderte Ertragslage im ÖPNV-Linienverkehr angepasst. Im laufenden Geschäftsjahr erfolgte eine Anpassung des vom Landkreis Leipzig gezahlten Betriebskostenzuschusses, die auf der Grundlage der Regelungen der Richtlinie des SMWA über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Freistaat Sachsen (RL Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV) geleistet wurde und im Planansatz der Gesellschaft nicht enthalten war. Zusätzlich gewährte der Landkreis Leipzig auf Grundlage des Gesetzes zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr Ausgleichzahlungen für die Anwendung des stark rabattierten Sächsischen Bildungstickets, die den Umsatzerlösen im ÖPNV-Linienverkehr zugeordnet sind.

Die positive Entwicklung im Vertragsverkehr wurde schwerpunktmäßig im freigestellten Schülerverkehr erzielt und war vor dem Hintergrund der Aufhebung von Einschränkungen durch die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung möglich.

Im Schienenersatzverkehr wurden die Umsätze durch die Beauftragung für einen Shuttleverkehr generiert, der über das Berichtsjahr hinaus fortgeführt wurde.

Im sonstigen Bereich resultieren die Mindereinnahmen weiterhin hauptsächlich aus einem den Umständen der Corona-Pandemie angepassten Dieserverkauf.

Eine positive Planabweichung ergibt sich in den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von TEUR 140. Diese resultiert unter anderem aus Zahlungen aus Versicherungsentschädigungen sowie Investitionszuschüssen für elektrisch betriebene Neufahrzeuge (PKW).

Die Personalaufwendungen sind aufgrund einer Anhebung des Vergütungstarifs im Vergleich zu 2020 gestiegen, blieben aber mit TEUR 1.203 unter den geplanten Aufwendungen. Ursächlich hierfür sind Konsolidierungsmaßnahmen der Gesellschaft, die Nichtbesetzung geplanter Stellen im Fahrerbereich sowie ein hoher Stand an Langzeiterkrankten.

Der Krankenstand erhöhte sich im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Mit einer Höhe von TEUR -23 (2020: TEUR 11) kommt dem neutralen Ergebnis auch in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2021	2020
	TEUR	TEUR
<b>Erträge</b>		
periodenfremde Erträge	0	5
Erträge aus Anlagenverkäufen	10	30
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1	33
Erträge unregelmäßig	0	0
<b>zusammen</b>	<b>11</b>	<b>68</b>
<b>Aufwendungen</b>		
periodenfremde Aufwendungen	-33	-43
Zuführung von Wertberichtigungen	-1	-3
Verlust aus Anlagenabgängen	0	-11
<b>zusammen</b>	<b>-34</b>	<b>-57</b>
<b>insgesamt</b>	<b>-23</b>	<b>11</b>

### III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Leistungserbringung durch die Regionalbus Leipzig GmbH erfolgt auf der Basis des vom Landkreis Leipzig bis zum 31. Dezember 2023 erteilten ÖDA. Hierdurch wird u. a. vertraglich geregelt, dass die Gesellschaft für die zu erbringenden Verkehrsleistungen entsprechende Zuschüsse erhält, ohne die der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Diese Zuschüsse sind von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung und die Ertragssituation der Gesellschaft.

Zur frühzeitigen Erkennung von Risiken hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.

Der Landkreis Leipzig verfolgt das Ziel, durch die bedarfsgerechte Entwicklung und den Ausbau des ÖPNV seine Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu steigern. Hierzu wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Verkehrsprojekte umgesetzt, an denen die Regionalbus Leipzig GmbH maßgeblich beteiligt war.



Auf der Basis des novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) wurde dem Stadtbusverkehr für die Stadt Colditz und ihre Ortsteile am 10. November 2021 eine Genehmigung als Linienbedarfsverkehr nach § 44 PBefG erteilt. Dies gilt auch für den RufBus R66 im Raum Bennewitz und Machern. Beide RufBus-Angebote können seit ihrer Einführung steigende Fahrgastzahlen verzeichnen.

Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021 wurde der überarbeitete Stadtbusverkehr Wurzen in Betrieb genommen. Mit drei neu gestalteten Linien wird das Gebiet der Großen Kreisstadt nun deutlich besser erschlossen. Der in diesem Projektraum ebenfalls neu gestaltete Regionalbusverkehr soll in einer ersten Stufe im Dezember 2022 im Osten des Wurzener Landes umgesetzt werden. Neben verschiedenen vertakteten Linien wird auch in diesem Verkehrsraum künftig ein RufBus angeboten. Vor dem Hintergrund der Schaffung der genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen kann davon ausgegangen werden, dass perspektivisch verstärkt die Umsetzung bedarfsgesteuerter Verkehrsangebote geprüft wird.

Im Rahmen der Planung des Verkehrsangebotes sind regionale und demografische Entwicklungen zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Nachfrage nach öffentlichen Personenverkehrsleistungen haben. Bestehende Fahrgäste sollen so an das Unternehmen gebunden und Potenziale zur Gewinnung neuer Fahrgastgruppen erschlossen werden.

In engem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes stehen die Anstrengungen zur Sicherung der Qualität der erbrachten ÖPNV-Leistungen und die Erleichterung des Zugangs für die Fahrgäste. Hierzu gehört neben der Bereitstellung von fahrtbezogenen Anschlussinformationen in Echtzeit sowie kostenfreiem WLAN-Zugang und USB-Lademöglichkeiten in den Omnibussen das Angebot einer ÖPNV-App für Fahrtauskunft und Ticketing in Kooperation mit dem MDV sowie weiteren Verkehrsunternehmen (Kundenvertragspartner). Seit September 2021 sind über die App auch RufBus-Buchungen sowie eine verbundübergreifende Tarifierung im Rahmen von „Mitteldeutschland Mobil“ möglich. Dieser Vertriebsweg verzeichnet seit seiner Einführung steigende Verkaufszahlen, jedoch sind die Kundenvertragspartner bei Betrieb und Weiterentwicklung der App von externen Partnern abhängig, bei denen es in der Vergangenheit zu Umsetzungsverzögerungen aufgrund beschränkter Entwicklungsressourcen gekommen ist. Hier liegt auch für die Zukunft ein entsprechendes Risiko.

Das Qualitätsmanagementsystem gewährleistet mit einer strukturierten Erfassung verschiedener betrieblicher Leistungsparameter die Erfolgsmessung von getroffenen Maßnahmen und unterstützt insbesondere durch seine Verknüpfung mit der innerbetrieblichen Aus- und Weiterbildung die Erreichung der Ziele zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität.

Das Vertragsverhältnis mit einem Nachauftragnehmer wurde zum 6. August 2017 außerordentlich gekündigt. In diesem Zusammenhang ist derzeit noch eine Rechtsstreitigkeit anhängig. Aufgrund der aktuellen Sachlage hat die Gesellschaft das Kostenrisiko neu bewertet und die hierfür gebildete Rückstellung angepasst.

Im Zuge der Erneuerung des Fahrzeugparks wurden 2021 durch Regionalbus Leipzig zum vierten Mal in Folge Omnibusse mit zusätzlichem Elektromotor (Hybridmodul) beschafft. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Dieselantriebs ist die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien weiterhin genau zu beobachten und für künftige Beschaffungsentscheidungen zu berücksichtigen. Dies gilt umso mehr, als mit dem Inkrafttreten der Clean Vehicles Directive der EU am 1. August 2019 und der durch Beschluss des Bundestages vom 5. Mai 2021 erfolgten Umsetzung in nationales Recht (Gesetz über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge) ab August 2021 Beschaffungsquoten hinsichtlich sauberer und emissionsfreier Straßenfahrzeuge gelten. Derzeit bestehen noch erhebliche Einschränkungen in der Verfügbarkeit von emissionsfreien Fahrzeugen am Markt, die die Anforderungen

an einen Einsatz im Regionalbusverkehr voll erfüllen. Neben diese technischen Risiken treten entsprechende Kostenrisiken, da alternativ angetriebene Omnibusse derzeit insbesondere in der Beschaffung noch deutlich teurer sind als dieselgetriebene Fahrzeuge. Zudem müssen hierfür auch die erforderlichen Anschlussvoraussetzungen geschaffen und die benötigte Infrastruktur errichtet werden.

Im Geschäftsjahr 2021 sind die durchschnittlichen Beschaffungskosten für Dieselkraftstoff gegenüber 2020 wieder angestiegen. Diese Entwicklung setzte sich zu Beginn des Jahres 2022 fort und verstärkte sich nochmals signifikant mit Beginn des Krieges in der Ukraine. Es muss davon ausgegangen werden, dass der Dieselpreis in der nächsten Zeit auf hohem Niveau bleiben bzw. weiter ansteigen wird, woraus eine deutliche außerplanmäßige Erhöhung des Aufwands in der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für das Jahr 2022 resultieren dürfte. Dies hat auch Auswirkungen auf die bezogenen Leistungen.

Andere Waren und Dienstleistungen haben sich im Jahresverlauf ebenso spürbar verteuert. Teilweise kam es daneben bei Fahrzeuersatzteilen zu Lieferverzögerungen und Lieferengpässen, was u. a. zu längeren Standzeiten von reparaturbedürftigen Fahrzeugen führte. Aufgrund der globalen Entwicklung muss davon ausgegangen werden, dass sich dieser Trend auch künftig fortsetzen wird.

Die infolge der Corona-Pandemie beobachtete leichte Entspannung der Fachkräftelage hat sich nicht verstetigt. Der in nahezu allen Tätigkeitsfeldern vorherrschende Fachkräftemangel manifestiert sich zunehmend als ernstes Zukunftsrisiko für die Unternehmen in der Verkehrsbranche und verschärfte sich pandemiebedingt durch krankheits- bzw. quarantänebedingte Personalausfälle im Unternehmen. Vor dem Hintergrund der absehbaren demografischen Entwicklung ist dem Thema der Fachkräftebindung und -gewinnung unverändert besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Aufgrund der in diesem Zusammenhang zu erwartenden Fortschreibung der für die Gesellschaft geltenden Tarifverträge ist auch künftig mit steigenden Personalaufwendungen zu rechnen. Ebenso muss wegen der politisch festgelegten Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns von einer weiteren Verteuierung der Nachauftragnehmerleistungen ausgegangen werden.

Wie das Geschäftsjahr 2021 war auch der Beginn des Jahres 2022 durch einen spürbaren Fahrgastrückgang aufgrund der Corona-Pandemie gekennzeichnet. Infolge der pandemiebedingten Veränderungen des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung ist davon auszugehen, dass eine nachhaltige Erholung der Fahrgastzahlen und damit der Fahrgeldeinnahmen einen längeren Zeitraum benötigen könnte.

Vor dem Hintergrund der hohen Energie- und Kraftstoffpreise hat die Bundesregierung ein Entlastungspaket beschlossen, das neben einer temporären Absenkung der Energiesteuer u. a. das Angebot eines 9-Euro-Tickets für die Monate Juni bis August 2022 beinhaltet. Dieses hat eine verstärkte Nutzung des ÖPNV zum Ziel, wird aber auch zu erheblichen Einnahmeverlusten bei den Verkehrsunternehmen führen. Der Ersatz der Mindereinnahmen erfolgt durch den Bund und soll mit dem nochmaligen Ausgleich der coronabedingten Einnahmeverluste verbunden werden.

Dem ÖPNV wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle zur Sicherung der Daseinsvorsorge, als Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung und zur Lösung drängender Umweltprobleme zukommen. Es muss daher durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Fahrgäste den ÖPNV weiterhin als sichere und zugleich komfortable Form der Beförderung wahrnehmen.

Das in den letzten Jahren aufgebaute integrierte ÖPNV-System hat sich in der Pandemiesituation bewährt, da hierdurch auch außerhalb der Schulbedienung ein attraktives Verkehrsangebot mit gut nutzbaren Anschlüssen auch zu anderen Verkehrsträgern gewährleistet war. Es bietet zudem im Zusammenhang mit dem temporären Angebot des 9-Euro-Tickets die

Chance, neue Fahrgäste zu gewinnen und dauerhaft von den Vorzügen des ÖPNV zu überzeugen. Der Erhalt und die Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrsangebotes und vor allem dessen nachhaltige Finanzierung sind auch vor diesem Hintergrund von großer Bedeutung.

Neben der Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses sind in diesem Kontext auch die Möglichkeiten zur Erlössicherung und -steigerung im Linienverkehr durch baldmöglichen Ausgleich der Fahrgastverluste und Neukundengewinnung zu nutzen. Von Bedeutung für die weitere Entwicklung wird es unter anderem sein, inwieweit es gelingt, aus dem temporär angebotenen 9-Euro-Ticket einen nachhaltig positiven Effekt auf Fahrgastzahlen und Einnahmen zu erzielen. Hierbei werden neue tarifliche und betriebliche Konzepte, die den veränderten Mobilitätsbedürfnissen Rechnung tragen sowie eine gezielte Vermarktung des öffentlichen Verkehrsangebotes eine zentrale Rolle spielen. Ein Beispiel hierfür ist das Sächsische Bildungsticket, das im August 2021 auf Initiative des Freistaats Sachsen eingeführt wurde.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Pandemiesituation ist weiterhin besonderes Augenmerk auf die Digitalisierung der Arbeit sowie von Information, Service und Vertrieb zu legen. Die Gesellschaft wird die zur Umsetzung dieser Vorhaben begonnenen Projekte fortführen und nach Möglichkeit weitere Förderprogramme nutzen. In diesem Zusammenhang können sich zudem Möglichkeiten zur Realisierung von Synergien und Einsparungspotenzialen ergeben, z. B. durch die Ablösung personalintensiver Arbeitsgänge durch technische bzw. IT-basierte Lösungen.

Für das Jahr 2022 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienverkehr von TEUR 6.850 (2021: TEUR 6.750) geplant. Das Erreichen bzw. Überschreiten des Planwertes ist im Wesentlichen abhängig vom Ausgleich der Einnahmeverluste aus der Corona-Pandemie sowie durch das Angebot des 9-Euro-Tickets. Daraus resultierend könnten auch die Ausgleichsleistungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) IX in 2022 vom Planwert abweichen. Das Jahresergebnis 2022 soll planmäßig TEUR -1.020 betragen. Vor dem Hintergrund des bereits zugesagten ÖPNV-Rettungsschirms für das Jahr 2022 sieht die Gesellschaft jedoch Potenziale für eine Ergebnisverbesserung. Die Entwicklung des Kraftstoffpreises wirkt dem jedoch entgegen und beeinflusst das Jahresergebnis negativ. Ein bestandsgefährdendes Risiko wird hierdurch jedoch aktuell nicht gesehen. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2023 ist, neben der Entwicklung des Einnahmeanspruchs auf der Basis der durch das Unternehmen beförderten Fahrgäste sowie des Kraftstoff- und Energiepreises und der Personalkosten, vor allem die Sicherung der Finanzierung durch den Betriebskostenzuschuss des Aufgabenträgers.

#### **IV. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur, soweit sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 wurde die KOMM-TREU GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Markkleeberg bestellt.

Deuben, den 7. Juni 2022

Andreas Kultscher

Geschäftsführer

# THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Industriestraße 4  
04603 Windischleuba  
Tel.: 03447 850401  
E-Mail: [info@thuesac.de](mailto:info@thuesac.de)  
Webseite: <http://www.thuesac.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 17.01.1992

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

### Kapital:

Stammkapital	260.000 €
--------------	-----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Frau Tatjana Bonert
---------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Altenburger Land	135.200,00 €	52,00 %
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	75.400,00 €	29,00 %
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>49.400,00 €</b>	<b>19,00 %</b>

### Beteiligungen

Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH	25.000,00 €	100,00 %
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	75.400,00 €	29,00 %
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	1.533,87 €	3,00 %
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	750,00 €	0,99 %

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
<b>Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)</b>	<b>3.868.800,00</b>	<b>4.295.300,00</b>	<b>4.839.800,00</b>
Bürgschaften	-	-	-

## V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

### 1. Grundlagen

#### 1.1 Geschäftsmodell

Der Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheits- und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH. Darüber hinaus hat die Gesellschaft eine Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH gegründet, an welcher sie zu 100 Prozent beteiligt ist. Die Tochtergesellschaft hat die Aufgabe neue Mitarbeiter für die Muttergesellschaft auszubilden und das vorhandene Fahrpersonal zu qualifizieren sowie vorgeschriebene Modulausbildungen kontinuierlich sicherzustellen.

Das Stammkapital beträgt € 260.000,00. Die Gesellschafter sind am Bilanzstichtag der Landkreis Altenburger Land mit einer Stammeinlage von € 135.200,00 (52,0 %) und der Landkreis Leipzig mit einer Stammeinlage von € 49.400 (19,0 %). Weiterhin hält die Gesellschaft eigene Anteile von € 75.400,00 (29,0 %). Die Organe der Gesellschaft sind im Jahr 2021 die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung hat einen Aufsichtsrat gebildet, in dem jeder Gesellschafter mit Kreistagsmitgliedern vertreten ist.

#### 1.2 Ziele, Strategien

Der Gesellschaft obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung mit Kraftomnibussen im Linienverkehr (ÖPNV), im freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) festgelegten Qualitätsvorgaben sind Grundlage der Verkehrsleistungserbringung. Sie werden sowohl intern als auch durch den Auftraggeber periodisch auf Einhaltung und Verbesserung kontrolliert.

Die finanziellen Vorgaben in den ÖDA sind differenziert und setzen somit den Rahmen der jährlichen Leistungserbringung.

#### 1.3 Steuerungssystem

Im Unternehmen werden in Führungskreisrunden, Geschäftsführersitzungen, Meisterrunden sowie im Risikomanagement und Controlling Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.



## 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Thüringen** wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt in Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 30 Linien sowie den Stadtverkehr Altenburg und Schmöln für acht Linien für den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2030 erteilt. Eine Ausnahme bildet die Linie 353, hier gilt die Liniengenehmigung bis zum 30. November 2029. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Sachsen** wurden durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 21 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2023 erteilt.

Diesbezüglich wurde die Gesellschaft im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Durchführung der öffentlichen Straßenpersonennahverkehrsdienste mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2030 erneut beauftragt.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag des Landkreises Altenburger Land regelt die entsprechenden Anforderungen an die Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste im Kreisgebiet sowie die maximale Höhe der Ausgleichsleistung an die THÜSAC. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die Finanzhilfen des Freistaates Thüringen, die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Altenburger Land, die über den MDV gewährten Durchtarifierungsverluste, die vom Freistaat Thüringen gewährten Zuwendungen für die landesbedeutsamen Buslinien und die Zuwendungen für die Anerkennung des Azubi-Tickets Thüringen bis zu einer vertraglich vereinbarten maximalen jährlichen Höhe der Ausgleichsleistung.

Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft Verkehrsleistungen im ÖPNV in Teilen des Landkreises Leipzig auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2023 gilt. Nach der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Altenburger Land und dem Landkreis Leipzig über die Verlagerung von Zuständigkeiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist der Landkreis Altenburger Land für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig zuständig. Der Landkreis Altenburger Land ist somit Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und hat die Aufgabe der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig übernommen. Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Leipzig beinhalten außerdem die Durchtarifierungsverluste und die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr, welche nach der Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im ÖPNV (ÖPNVFinAusG) im Landkreis Leipzig beschieden werden. Die Zahlung erfolgt über den Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land.

### 2.2 Geschäftsverlauf

Im Wirtschaftsjahr 2021 setzten sich die Corona Pandemie sowie die damit einhergehenden Auswirkungen aus dem Vorjahr fort und waren in allen Unternehmensbereichen deutlich spürbar. Die Einschränkung des öffentlichen Lebens führte insbesondere in der ersten Jahreshälfte zu erheblichen Mobilitätseinschränkungen und damit zum starken Rückgang der Fahrgastzahlen mit negativer Umsatzentwicklung. Demnach lagen die Fahrgelderlöse in diesem Zeitraum unter dem Vorjahresniveau. Wie auch im Vorjahr mussten Ausgaben für zusätzliche Hygiene- und Schutzmaßnahmen sowie die Verluste im Gelegenheitsverkehr durch das Unternehmen eigenständig aufgefangen werden. Trotz der schwierigen und sich täglich ändernden Lage wurden die Liquidität und der reguläre Geschäftsablauf im gesamten Jahresverlauf sichergestellt.

Auf Grund niedriger Auslastung wurde in den Bereichen MAN, den Servicestellen und Europcar ab Januar 2021 Kurzarbeit eingeführt, welche in den Bereichen Europcar und den Servicestellen bis August 2021 andauerte. Im Bereich MAN konnte die Kurzarbeit bereits ab Mai 2021 beendet werden. Die sich daran anschließende Erholung der Auftragslage brachte insgesamt eine positive Entwicklung der Reparatur Erlöse gegenüber dem Vorjahr mit sich. Somit konnte im Profitbereich der MAN das Geschäftsjahr 2021 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden.

Durch verschiedene Arbeitsschutzvorkehrungen, Test- und Impfangebote, Regelungen für mobiles Arbeiten sowie strikte Trennungen der Schichten in den Werkstätten blieb die Anzahl der an COVID-19 erkrankten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einem niedrigen Niveau.

Die Aus- und Weiterbildung des Fahrpersonals der THÜSAC in der hierfür gegründeten Gesellschaft (Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC GmbH) wurde im ersten Halbjahr Pandemiebedingt nur mit Unterbrechungen durchgeführt. Auf Grund von Pandemie bedingten Festlegungen konnten zeitweise keine Schulungen durchgeführt werden. Der hierbei entstandene Aufholbedarf wurde erst mit Beginn der zweiten Jahreshälfte sukzessive kompensiert.

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Trotz Pandemiegeschehen blieb im Geschäftsjahr 2021 das Leistungsangebot im Bediengebiet des Landkreises Altenburger Land konstant auf dem beauftragten Niveau. Bei Bedarf wurden Verstärkerleistungen gefahren, die der Entzerrung der Verkehrsströme dienten. Gleichzeitig erfolgte die verkehrliche Neustrukturierung der Nordregion des Landkreises Altenburger Land. Die Ergebnisse der Planung wurden im November 2021 in den Ausschüssen des Kreistages Altenburger Land vorgestellt. Die Entscheidung über die Umsetzung des Gesamtprojektes soll im ersten Halbjahr 2022 im Kreistag getroffen werden.

Im Bediengebiet des Landkreises Leipzig wurde trotz Pandemiegeschehen im Geschäftsjahr 2021 das beauftragte Leistungsangebot vollumfänglich erbracht und bedarfsweise durch Verstärkerleistungen ergänzt. Gleichzeitig wurde die Neustrukturierung des Stadtverkehrs Borna forciert. Die Ergebnisse der betrieblichen Bewertung des neuen Stadtverkehrskonzeptes wurden den Projektbeteiligten vorgestellt und gemeinsam spezifiziert. Die Finalisierung des Planungsstandes ist im Kalenderjahr 2022 avisiert.

Das Geschäftsjahr 2021 schließen wir mit einem Jahresergebnis von T€ 284 ab. Beeinflusst wird das Jahresergebnis hauptsächlich durch Sondereinflüsse, die Auswirkungen der Corona Pandemie, die gestiegenen Personalkosten auf Grund des neuen Vergütungsstarifvertrages sowie den Anstieg der Kraftstoffkosten und der bezogenen Leistungen.

## 2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen ist zum 31. Dezember 2021 um 15,84 % auf € 22,9 Mio. gestiegen. Das Anlagevermögen ist auf € 16,0 Mio. (Vj. € 14,9 Mio.) gestiegen. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 70,0 % (Vj. 75,2 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor für das Bilanzbild bestimmend. Es ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

2021      2020



	(T€)	(T€)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-4.035	-2.840
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.879	-497
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	9.482	3.495
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes</b>	<b>4.338</b>	<b>2.770</b>

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA für den ÖPNV der Aufgabenträger. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2021 haben wir T€ 3.911 (Vj. T€ 502) in erforderliche Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die notwendigen Investitionen, insbesondere in 13 Busse (T€ 3.467) wurden mit Kreditmitteln und mit T€ 330 aus Fördermitteln finanziert.

Die Liquiditätssituation und die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft sind im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Die Eigenkapitalquote ist auf 45,3 % (Vj. 51,1 %) der Bilanzsumme am Bilanzstichtag gesunken.

Im Geschäftsjahr 2021 sind die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um T€ 1.515 gestiegen. Im Personennahverkehr stiegen die Umsatzerlöse insbesondere aufgrund periodenfremder Erlöse aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG von T€ 704 insgesamt um T€ 1.181.

Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen wurden für das Geschäftsjahr 2021 eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV zum Prüfungszeitpunkt nicht abschließend bekannt ist. In Landkreis Leipzig sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung und -vermietung einschließlich Reifendienst sind die Erträge im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (+ T€ 294).

Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (+ T€ 1.550). Der Mehrbedarf ergab sich hauptsächlich aus den geplanten Kostensteigerungen für 2021.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (+T€ 611). Hier wirken insbesondere gestiegene Kraftstoffkosten (+T€ 358) und gestiegene Aufwendungen für Reifen und Ersatzteile (+T€ 147). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind um T€ 318 gestiegen, insbesondere durch höhere Aufwendungen für Nachauftragnehmer (+ T€ 303).

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.050 gestiegen. Ursächlich hierfür sind der neue Vergütungstarif mit Lohnsteigerungen zum 01. Januar 2021 und 01. Juli 2021 sowie die Zahlung einer Corona Prämie an die Mitarbeiter. Die Abschreibungen sind leicht um T€ 4 gestiegen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind um T€ 370 gestiegen. Ursächlich hierfür sind u.a. höhere Aufwendungen für Aus- und Fortbildung (+ T€ 45) sowie Kosten für Unterhaltung für Grundstücke und Gebäude (+T€ 124). Außerdem schlagen im Geschäftsjahr periodenfremde Aufwendungen, hauptsächlich aus der Rückzahlung aus dem Rettungsschirm 2020, in Höhe von T€ 252 zu Buche.

## Personalentwicklung

Personen am Bilanzstichtag

	31.12.2021	31.12.2020
Fahrer	155	156
Schlosser	22	23
Übriges Personal	54	52
Azubi	14	12
<b>Gesamt</b>	<b>245</b>	<b>243</b>

## 2.4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Linieneinnahmen, die Investitionen und das Jahresergebnis.

Die Plan- und Ist- Zahlen der finanziellen Leistungsindikatoren zeigt, unter Berücksichtigung der Nachtragsplanung, die nachfolgende Tabelle:

	Ist 2019	Ist 2020	Plan 2021	Ist 2021	Plan 2022
	(T€)	(T€)	(T€)	(T€)	(T€)
Erlöse Linieneinnahmen	5.577	5.174	5.500	4.959	5.192
Investitionen	5.076	.502	4.036	3.911	2.751
Jahresergebnis	463	-146	0	284	-111

Die geplanten Linieneinnahmen konnten auf Grund der Auswirkungen der Corona Pandemie nicht erreicht werden. Auch die Tarifierungsanpassungen zum 01. Januar 2021 und zum 01. August 2021 konnten die negative Entwicklung nicht aufhalten. Die geplanten Investitionen wurden weitestgehend umgesetzt. Die geplante Neuanschaffung von Kleinbussen wird wegen Liefer-schwierigkeiten voraussichtlich erst im ersten Quartal 2023 realisiert. Das geplante Jahresergebnis wurde durch Sondereffekte des Geschäftsjahres erreicht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind in den Vertragsbeziehungen zu den Aufgabenträgern definiert und beziehen sich insbesondere auf Qualitätsvorgaben für die Erbringung der Beförderungsleistungen im ÖPNV.

## 3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2021 in allen Unternehmens-bereichen regelmäßig systematische Risikoerhebungen vorgenom-men. Im Rahmen dieser Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Durch die langfristigen öffentlichen Dienstleistungsaufträge besteht Finanzierungs- und Planungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC.

In Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern und den Partnern im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) wird kontinuierlich an der künftigen Gestaltung und Finanzierung des Nahverkehrs gearbeitet. Die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft in der Region

sowie das Nutzungsverhalten und die Verkehrsmittelwahl der Menschen stehen dabei im Vordergrund. Insbesondere werden aktuell die anhaltenden negativen Auswirkungen der Corona Pandemie – Mobilitätseinschränkungen, Nutzung von Home-Office und stagnierende Fahrgastzahlen – eine große Herausforderung darstellen. Hierbei gilt es für die Zukunft verschiedene strategische Szenarien zu erarbeiten und entsprechende Handlungsfelder festzulegen, um auf die geänderten Bedingungen adäquat reagieren zu können. Ziel ist es, durch einen attraktiven ÖPNV, die Mobilität für die gesamte Region in Mitteldeutschland auf das Niveau vor der Corona Pandemie zu heben und weiter bedarfsgerecht auszubauen. Parallel dazu gilt es die Digitalisierung des Vertriebs und der Fahrgastinformation weiter auszubauen und die umweltpolitischen Zielstellungen auf Unternehmensebene umzusetzen.

Der Servicevertrag mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH ist die stabile Grundlage für die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Fahrzeugen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Umsatzrückgänge auf Grund der Corona Pandemie gilt es hierbei wieder aufzuholen und die Sparte zu stärken.

Des Weiteren wird ein großes Augenmerk auf die Ausbildung des eigenen Fachkräfte-nachwuchses gelegt. Nur dadurch ist die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen in den nächsten Jahren sichergestellt. Mit der Gründung der eigenen Aus- und Weiterbildungsgesellschaft im Jahr 2020 wurden zwei weitere Ausbildungsberufe in das unternehmerische Portfolio aufgenommen.

Neben den bisherigen Risiken, insbesondere bei der Gewinnung von Personal für den Fahrbetrieb sowie in den Einschränkungen bei der Gewährung von Betriebskosten- und Investitionszuschüssen, beihilferechtlichen Änderungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung besteht ein Risiko in der Fortdauer der Pandemie-Situation und den damit einhergehenden Umsatzrückgängen.

Ein erhebliches Risiko kommt angesichts der aktuellen Entwicklung der Kraftstoffpreise hinzu. Der rasante Anstieg des Dieselpreises führte innerhalb kürzester Zeit zu einer erheblichen Steigerung der Kraftstoffkosten von über sechzig Prozent. Sollte diese Entwicklung im Jahresverlauf anhalten, können die Kraftstoffkosten nicht mehr aus eigener Kraft erwirtschaftet werden. Gleichzeitig führen steigende Kraftstoffkosten auch bei den Nachauftragnehmern zu erheblichen Kostensteigerungen, welche wiederum mit entsprechenden Anpassungsverlangen reagieren.

Der aktuelle öffentliche Dienstleistungsauftrag für das Bediengebiet des Landkreises Leipzig endet am 31. Dezember 2023. Die entsprechende Neuvergabe befindet sich in Vorbereitung.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird es auf Grund der aktuellen Kostenentwicklung schwer das geplante Jahresergebnis zu erreichen. Dies zeigt sich hauptsächlich in den gestiegenen Kosten für Dieselmotorkraftstoff und Ersatzteile. Die Fahrgeldeinnahmen werden im Jahr 2022 noch nicht das Niveau des Jahres 2019 (vor der Pandemie) erreichen. Derzeit gehen wir davon aus, die im Investitionsplan 2022 festgeschriebenen Maßnahmen planmäßig umsetzen zu können.

Windischleuba, den 1. April 2022

Bonert  
Geschäftsführerin

# Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Industriestraße 4  
04603 Windischleuba

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 23.07.2020

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung der Berufs- und Fahrschul Ausbildung bei Berufen des Personenverkehrs mit Omnibussen und die Durchführung der erforderlichen Weiterbildung.

### Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Thomas Wiesner
---------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	25.000,00 €	100,00 %
---	-------------	----------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-
Sonstiges	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-
Bürgschaften	-	-

## **V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE**

### **1. Grundlagen**

#### **1.1 Geschäftsmodell**

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag die Ausbildung von Fahrschülern in den Fahrerlaubnisklassen B, C und D. In der Klasse B Ausbildung erlangen zukünftige Berufskraftfahrer Auszubildende die Grundlagen des „Autofahrens“ mit abschließender theoretischer und praktischer Prüfung durch die DEKRA. Ebenso bildet die AWT die Azubis sowie neues Fahrpersonal mit der LKW-Fahrerlaubnis in der Klasse D (KOM) aus. Um gewerblich Gebrauch von der Fahrerlaubnisklasse D machen zu können, ist eine Prüfung bei der IHK nötig. Die vorgeschriebene theoretische und praktische Ausbildung für die beschleunigte Grundqualifikation wird auch durch die AWT gewährleistet. Ein weiteres Geschäftsfeld besteht durch die Weiterbildung des bestehenden Fahrpersonals der THÜSAC. Das komplette Fahrpersonal muss alle 5 Jahre eine Weiterbildung von je 35 Stunden absolvieren. Weiterhin unterstützt die AWT die THÜSAC bei der Verbesserung der Qualität in der Ausführung des Beförderungsauftrags hinsichtlich der Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und anderer Kriterien die im Zusammenhang mit der Fahrgastbeförderung stehen. Gezielte Schulungen sind individuell möglich.

Das Stammkapital beträgt EUR 25.000. Die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH hält zum Bilanzstichtag alle Gesellschaftsanteile an der Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH.

#### **1.2 Ziele, Strategien**

Ziel ist es neues Fahrpersonal für die Fahrbereiche Thüringen und Sachsen der THÜSAC auszubilden und vorhandenes Fahrpersonal zu schulen. Die Qualität des Fahrpersonals soll durch Qualitäts- und Analysefahrten stets verbessert werden. Diese dienen der Sicherheit, Kundenzufriedenheit und der Schadensprävention.

#### **1.3 Steuerungssystem**

Im Unternehmen werden in Führungskreisrunden und Geschäftsführersitzungen sowie im Risikomanagement und Controlling Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

## **2. Wirtschaftsbericht**

### **2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Geschäftstätigkeit der Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH (kurz AWT) wurde zum 1. September 2020 aufgenommen. Nach dem erfolgreichen Genehmigungsverfahren konnte die AWT mit ihrer Arbeit zum 1. Januar 2021 beginnen.

Aufgrund der Corona Pandemie gab es im Geschäftsjahr 2021 Einschränkungen für den Betrieb von Fahrschulen. Daher arbeitete die Fahrschule der AWT in den Monaten Januar und Februar 2021 nicht. In diesem Zeitraum wurden vor allem Qualitätsfahrten durchgeführt, die zu einer Verbesserung der Qualität in der Ausführung des Beförderungsauftrages der THÜSAC beitragen.

### **2.2 Geschäftsverlauf**

Zum 1. März 2021 wurde mit der Ausbildung in der Fahrschule begonnen. Im Jahr 2021 wurden sechs neue Busfahrer erfolgreich ausgebildet. Neben dem Theorie- und Praxisunterricht mussten sich alle Bewerber einer IHK-Prüfung unterziehen, um gewerblich von ihrer Fahrerlaubnis Gebrauch machen zu können. Außerdem ist eine theoretische und praktische Fahrerlaubnisprüfung bei der DEKRA abzulegen.

Ein weiteres Betätigungsfeld ist die geforderte Weiterbildung des Fahrpersonals der THÜSAC. Diese nimmt einen hohen Stellenwert ein und erfolgt nach einem Lehrplan.

Die THÜSAC hat zwei Auszubildende (eine Fachkraft im Fahrbetrieb und einen Berufskraftfahrer) gewinnen können. Diese begannen im November 2021 mit dem theoretischen Fahrschulunterricht für die Klasse B.

Die Basis für die Erbringung unserer Tätigkeit ist die Akquise von neuen Mitarbeitern und Auszubildenden durch die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH. Die Gewinnung neuer Mitarbeiter liegt vor allem auch in der Zusammenarbeit mit dem Bereich Personalwesen und der Marketingabteilung der THÜSAC.

Das zum Vorjahr prognostizierte ausgeglichene Ergebnis konnte nicht erzielt werden. Künftig sollte es der AWT gelingen, bei voller Auslastung wirtschaftlich zu arbeiten.

### **2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Das bilanzielle Gesamtvermögen beträgt am 31. Dezember 2021 T€ 42. Die Liquiditätssituation ist stabil. Die Eigenkapitalquote beträgt 59,5 Prozent (Vorjahr 73,8 Prozent). Die Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ 19 €) wurden aus Mittelzuflüssen aus der Verlustübernahme 2020 (T€ 18) und aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand gedeckt. Zum 31. Dezember 2021 beläuft sich der Finanzmittelbestand auf T€ 7 (Vj: T€ 8).

Die Umsatzerlöse (T€ 88) setzen sich aus Erlösen für Qualitäts- und Einweisungsfahrten sowie dem Fahrdienst der THÜSAC zusammen. Das negative Betriebsergebnis des Geschäftsjahres 2021 (T€ 24) wird gemäß dem Gewinnabführungsvertrag durch die THÜSAC ausgeglichen.

### **2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren**

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis vor Gewinnabführung.

In der Planung für das Geschäftsjahr 2022 geht die Gesellschaft von Umsatzerlösen in Höhe von T€ 110 aus. Dem gegenüber stehen geplante Ausgaben in gleicher Höhe.

### **3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Risikoerhebungen vorgenommen. Es wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Großes Augenmerk legt die Gesellschaft auf die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses im Fahrbetrieb der THÜSAC. Dadurch wird die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH in den nächsten Jahren sichergestellt. Da der Trend zu nachhaltigen Ressourcen tendiert, gehen wir davon aus, dass zukünftig ein Mehrbedarf an Fahrpersonal aufkommen wird. Unter dem Aspekt des Klimawandels profitieren alle vom Ausbau des ÖPNV und dessen Nutzung.

Für das Geschäftsjahr 2022 rechnet die AWT mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis vor Gewinnabführung.

Windischleuba, den 28. März 2022

Wießner  
Geschäftsführer



# Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Flugplatz  
04603 Nobitz  
Tel.: 03447-5900  
E-Mail: info@leipzig-altenburg-airport.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 27.01.1992

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

### Kapital:

Stammkapital	51.129 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Dr. Frank Hartmann
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Altenburger Land	30.677,51 €	60,00 %
eigene Anteile	16.361,35 €	32,00 %
Gemeinde Nobitz	2.556,46 €	5,00 %
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1.533,87 €	3,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

## **V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE**

### **1. Grundlagen**

Die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH (FAN) betreibt einen Flugplatz mit IFR-Flugbetrieb in der Flugzone RMZ. Mit diesem Luftraummodell kann der Flugbetrieb für größere Flugzeuge im vollen Umfang aufrechterhalten und bedient werden. Für eine Rückkehr zum kontrollierten Luftraum „D“ besteht derzeit kein Bedarf. Eine weitere Herabstufung ohne RMZ würde gleichfalls den Wegfall des IFR-Flugbetriebes bedeuten. Dies scheint aufgrund der Größe des Flugplatzes wirtschaftlich nicht sinnvoll, da hierdurch keine signifikanten Einsparungen erzielt werden können.

Für die Region stellt der Flugplatz Altenburg-Nobitz ein Infrastrukturobjekt zur Förderung der regionalen Wirtschaft dar.

### **2. Wirtschaftsbericht**

#### **2.1. Geschäftsverlauf**

Aufbauend auf die zwischenzeitlich erreichten Ergebnisse bei der Neuausrichtung der Gesellschaft und weiterer politischer Unterstützung des Flugplatzes als wichtiges Infrastrukturobjekt, konnte die Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2021 erfolgreich agieren.

Auch das Jahr 2021 war für die Luftfahrtindustrie ein schwieriges Jahr. Die Branche verzeichnete zwar eine geringe Verbesserung bei Linien- und Pauschalreiseverkehr zum Vorjahr, ist jedoch noch weit vom Niveau vor Corona entfernt. Im Gegensatz zu anderen Flughäfen war die FAN GmbH jedoch nicht auf zusätzliche Beihilfen angewiesen. Die Zahl der Flugbewegungen blieb auf gleichbleibendem Niveau. Die Einnahmen aus den Landgebühren sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 10 Prozent gestiegen, erreichten jedoch noch nicht wieder das Niveau von 2019.

Im Jahr 2020 war die erste von zwei Teilabschnitten der Landebahnsanierung abgeschlossen. Im Jahr 2021 wurden der verbleibende Teil der Landebahn und die gesamte Elektronik auf diesem Teilabschnitt umfassend saniert. Über die Investitionsausgaben des Vorjahres (T€ 342) hinaus, wurden weitere T€ 664 investiert. Die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH ist bei derartigen Projekten auf eine Förderung des Freistaates Thüringen angewiesen. Das Land Thüringen bewilligte Fördermittel für die Teilsanierung der Landebahn für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von T€ 419.

Im Jahr 2021 konnten Teile der Flugbetriebsflächen wiederum an den VW Konzern vermietet werden, was sich positiv auf die Einnahmen auswirkte. Die Einnahmen aus der Vermietung der Flugbetriebsflächen an die Firma IAV GmbH Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr (autonomes Fahren) bewegten sich pandemiebedingt auf dem Niveau des Vorjahres.

Parallel dazu setzt sich die Gesellschaft gemeinsam mit der Landesentwicklungsgesellschaft des Freistaates Thüringen und der Gemeinde Nobitz aktiv für die Vermarktung des Flugplatzes sowie der unmittelbar angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen ein. Aufgrund der Coronapandemie ist jedoch die Nachfrage zu Gewerbeflächen eingebrochen, weil viele Unternehmen die Investitionsentscheidungen zurückstellen. Positiv zu bewerten ist die Grundsatzentscheidung zur Ansiedlung eines THW Logistikzentrums auf 5 ha Gewerbefläche.

Erstmals konnten Einnahmen aus Flugsicherungsgebühren erzielt werden. Dies begründet sich darin, dass der Flugplatz eine Flugsicherungseinrichtung ist und damit eine Gleichstellung der Regionalflughäfen mit den internationalen Flughäfen in Deutschland durch die Bundesregierung erfolgte.

## 2.2. Wirtschaftliche Lage

### 2.2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2021 um T€ 484 auf T€ 3.493 erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 85,3 % (Vorjahr: 83,4 %), der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen bei 14,8 % (Vorjahr: 16,5 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 28,3 Prozent.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von der Gesellschaft erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden:

	<u>2021</u> T€	<u>2020</u> T€
Mittelzufluss/-abfluss aus		
laufender Geschäftstätigkeit	-333	198
Investitionstätigkeit	-618	-438
Finanzierungstätigkeit	928	486
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	375	398

Zuschüsse der Gesellschafter sind unter der Finanzierungstätigkeit erfasst. Diese betragen im Berichtsjahr T€ 324 (Vj. T€ 334).

Im Geschäftsjahr 2021 wurden für Investitionen in das Anlagevermögen T€ 618 ausgezahlt. Dies betrifft im Wesentlichen die Sanierung der Start- und Landebahn, östliche Schwelle 22. Zur Finanzierung der Investitionen sind Fördermitteln in Höhe T€ 348 zugeflossen. Mit T€ 230 wurde ein Kredit aufgenommen.

### 2.2.2. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich tabellarisch wie folgt dar:

	<u>2021</u>	<u>2020</u>	<u>Veränderung</u>
	T€	T€	T€
Betriebliche Erträge	1.041	1.449	-408
Betriebliche Aufwendungen	<u>1.033</u>	<u>1.292</u>	<u>-259</u>
Betriebsergebnis	8	157	-149
Finanzergebnis	<u>-1</u>	<u>-4</u>	<u>3</u>
Jahresergebnis	<u>7</u>	<u>153</u>	<u>-146</u>

Die Gesellschaft rechnet im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 7 ab.

Die betrieblichen Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 408 verringert. Dies begründet sich hauptsächlich in gesunkenen Einnahmen aus der Vermietung der Flugbetriebsflächen an den Volkswagenkonzern und IAV sowie im Sondereffekt des Vorjahres durch die Zahlung von Ryanair (T€ 349).

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr leicht um T€ 6 auf T€ 91 gesunken. Ursächlich hierfür sind gesunkene Reinigungskosten T€ 14, infolge der ganzjährigen Vermietung des Terminals im Vorjahr. Die Kosten für Energie und Heizung hingegen sind gestiegen T€ 6. Der Personalaufwand ist mit T€ 368 um T€ 10 unter dem Vorjahresniveau geblieben. Die Abschreibungen sind um T€ 26 auf T€ 248 auf Grund der Investitionstätigkeit angestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um T€ 269 auf T€ 317 gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus den gesunkenen Kosten für die Hindernisbeseitigung (T€ 222) und geringerem Aufwand für Reparaturen und Instandhaltung (T€ 25).

### 2.2.3. Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Flugplatzgebühren, die Investitionen, das Jahresergebnis und die Liquidität.

	Ist 2019 (T€)	Ist 2020 (T€)	Plan 2021 (T€)	Ist 2021 (T€)	Plan 2022 (T€)
Flugplatzgebühren	88	66	60	72	60
Investitionen	128	438	288	714	30
Jahresergebnis	-39	153	-11	7	-15
Finanzmittelbestand	152	398	100	375	100

### 3. Chancen- und Risikobericht

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2021 wurden regelmäßig Risikobeurteilungen vorgenommen. Dabei wurden im Rahmen der Berichterstattung alle wesentlichen Risiken dokumentiert und bewertet. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Risiken eingeleitet.

In die Prozesse des Risikomanagementsystems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden. Monatliche Analysen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Liquidität sind dabei zu einem entscheidenden Instrument für Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Gesellschafter geworden. Alle Abweichungen werden auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes ausgewertet.

Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sehen wir insbesondere in der Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen. Die Gesellschaft ist nicht in der Lage, aus der operativen Tätigkeit positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Der Fortbestand des Unternehmens ist wesentlich von Zuschüssen der Gesellschafter derzeit T€ 324 zum Verlustausgleich der operativen Tätigkeit und zur Finanzierung der Investitionen abhängig.

### 4. Prognosebericht

Unser Ziel besteht auch zukünftig darin, die gewerblichen Flugbewegungen zu erhöhen. Die Anzahl der gewerblichen Flüge spiegelt die wirtschaftliche Entwicklung der Region und des Einzugsgebiets wider. Außerdem soll Gewerbe, insbesondere flugaffine Unternehmen, angesiedelt werden. Die Gesellschafterzuschüsse sollen nach Corona weiter reduziert und neue Gesellschafter aus der Privatwirtschaft gewonnen werden. Sukzessive soll der Flugplatz weiter modernisiert werden.

Der Flugplatz wurde durch die Landesluftfahrtbehörde zur Hindernisbeseitigung auf und außerhalb des Flugplatzgeländes aufgefordert. Dies bedeutet weitere Kosten für die Beseitigung der Hindernisse und Entschädigungsansprüche für entgangene Nutzungen. Aktuell laufen zwei entsprechende Entschädigungsverfahren. Die letzte große Hindernisbeseitigung fand im Jahr 2005 statt. Auf der Anflugrichtung 22 auf den Flächen des Thüringer Forstes konnten im

Jahr 2021 nunmehr sämtliche (naturschutzrechtliche) Voraussetzungen für eine Hindernisbeseitigung geschaffen werden. Die Umsetzung erfolgt im Jahr 2022. Das Verfahren auf den Flächen des Sächsischen Forstes ist noch nicht abgeschlossen. Aufgrund der stringenten Vorgehensweise der FAN GmbH in der Sache wird davon ausgegangen, dass der Aufwand für künftige Hindernisbeseitigung stark abnehmen wird.

Die Gesellschafter arbeiten weiter am Verkauf der Geschäftsanteile der FAN, die diese mit 32 Prozent selbst hält. Es wird angestrebt, für diese Anteile private Investoren zu gewinnen.

Es wird außerdem angestrebt, den Flugplatz auch für unbemannte Flugobjekte dauerhaft zu nutzen. Weiterhin soll der Flugplatz durch eine intelligente Immobilienverwaltung wirtschaftlich weiter ertüchtigt und damit von Zuschüssen unabhängiger werden.

Es wird zudem angestrebt, am Flugplatz die Einrichtung einer 5 G Zone und somit die Realisierung einer neuen Mobilfunktechnologie in Zusammenarbeit mit T-Mobile zu implementieren. Von einer 5 G Überdeckung wird eine Sogwirkung auf weitere gewerbliche Ansiedlungen erwartet.

Im Rahmen der Mittelbereitstellung aus der Kohleförderung ist eine Teststrecke für das autonome Fahren auf dem Flugplatzgelände geplant. Mit dem Beginn der Maßnahme kann jedoch erst begonnen werden, wenn Rahmenbedingungen für die Förderung feststehen. Weitere Maßnahmen zur Ertüchtigung der Infrastruktur befinden sich in Planung. Das Ziel all dieser Maßnahmen ist es, den Flugplatz zu einem Teil eines Mobilitätszentrums der Zukunft zu gestalten.

Außerdem wird die Ansiedlung eines THW Logistikzentrums betrieben. Der Zuschlag für den Standort wurde im Jahr 2021 erteilt. Von diesem Zentrum werden vielfältige Synergien für weitere Ansiedlungen erwartet.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2022 Nachschüsse im Sinne des § 18 des Gesellschaftsvertrags und weitere nicht rückzahlbare Zuschüsse von insgesamt T€ 324 vor. Diese Zuschüsse sind notwendig, um Kredite zu tilgen und die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft zu gewährleisten. Der Betrieb des Flugplatzes ist auch künftig stark von politischen Entscheidungen abhängig. Die Gesellschaft rechnet unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse mit ausreichenden Liquiditätszuflüssen für das Geschäftsjahr 2022.

Altenburg, den 28. März 2022

Dr. Frank Hartmann

Geschäftsführer

# Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Prager Straße 8  
04103 Leipzig  
Tel.: 0341 / 8 68 43-0  
E-Mail: post@mdv-info.de  
Webseite: <http://www.mdv.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Handelsregisternummer:** HRB 211520

**Gründungsdatum:** 27.03.1998

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

### Kapital:

Stammkapital	76.050 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Steffen Lehmann
----------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) mbH	12.900,00 €	16,96 %
Stadt Leipzig	11.700,00 €	15,38 %
Stadt Halle	9.150,00 €	12,03 %
Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft	8.050,00 €	10,59 %
DB Regio AG	4.950,00 €	6,51 %
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	3.500,00 €	4,60 %
Landkreis Burgenlandkreis	2.600,00 €	3,42 %
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>2.600,00 €</b>	<b>3,42 %</b>
Landkreis Nordsachsen	2.600,00 €	3,42 %
Landkreis Saalekreis	2.600,00 €	3,42 %



## Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	2.600,00 €	3,42 %
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis	2.200,00 €	2,89 %
Regionalbus Leipzig GmbH	2.200,00 €	2,89 %
verschiedene VKU	2.200,00 €	2,89 %
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1.150,00 €	1,51 %
Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	1.100,00 €	1,45 %
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1.100,00 €	1,45 %
Freistaat Thüringen	750,00 €	0,99 %
Landkreis Altenburger Land	750,00 €	0,99 %
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	750,00 €	0,99 %
Erfurter Bahn GmbH	300,00 €	0,39 %
Transdev GmbH (vormals Veolia Verkehr GmbH)	300,00 €	0,39 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	<b>94.248,96</b>	<b>101.240,92</b>	<b>108.157,16</b>
Bürgschaften	-	-	-

## V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

### Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15. Dezember 2019 gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

### Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2021

Die Entwicklung der Verbundeinnahmen war 2021 weiterhin stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Dadurch lagen die Tarifeinnahmen im Zeitraum Januar bis Dezember 2021 ca. 1,1 Mio. EUR bzw. 0,5 % unter dem Vorjahreswert und um ca. **42,4 Mio. EUR bzw. 15,9 % unter** den auf Basis 2019 zzgl. Verbunderweiterung und Tarifanpassungen **geplanten Einnahmen**.

Während die **Bartarifeinnahmen** mit knapp 3,0 Mio. EUR bzw. 5,9 % bereits wieder deutlich über dem Vorjahr lagen, war bei den **Zeitkarten Jedermann** noch immer ein Rückgang von insgesamt 6,5 Mio. EUR bzw. 6,1 % zu verzeichnen. Diese Entwicklung betraf sowohl Halle

und Leipzig als auch die Region. Mit Mindereinnahmen von 5,3 Mio. EUR entfällt der Rückgang ganz wesentlich auf die ABO-Monatskarten.

Die positive Entwicklung der **ermäßigten Zeitkarten** (+9,9 %) ist auf die attraktiven AzubiTickets der Länder in Sachsen und Sachsen-Anhalt zurück zu führen. Das zum 01.01.2021 eingeführte Azubi-Ticket Sachsen-Anhalt wurde im Dezember 2021 landesweit bereits von 6.815 Azubis gekauft, wodurch die Einnahmen dieses Segments im Betrachtungszeitraum gegenüber dem Vorjahr im sachsen-anhaltischen Verbundgebiet deutlich stiegen.

Auch bei den **Schülereinnahmen** ergibt sich ein regional unterschiedliches Bild. Aufgrund der erfolgreichen Einführung des Bildungstickets Sachsen zum 01.08.2021 verminderten sich zwar die Schülereinnahmen im sächsischen Verbundgebiet, da ein Ausgleich für dieses Angebot außerhalb der Tarifeinnahmen erfolgt. Gleichzeitig wurden mit dem Angebot aber auch zusätzliche Nutzer gewonnen. Im Dezember hatten bereits 24.308 SchülerInnen das Ticket erworben, wovon mit ca. 90 % der größte Teil auf Leipzig entfiel. Aus der Einnahmeprognose im Zusammenhang mit der Einführung des Bildungstickets ergeben sich für den Betrachtungszeitraum Mindereinnahmen von ca. 1,4 Mio. EUR, welche durch den Freistaat Sachsen im Rahmen des ÖPNVFinAusG ausgeglichen werden.

Im Gegensatz dazu stiegen die Schülereinnahmen insbesondere in den sachsen-anhaltischen Landkreisen aufgrund einer steigenden Zahl von Schülerkarten.

Im gesamten öffentlichen Nahverkehr bundesweit führte die Corona-Pandemie zu starken Mindereinnahmen, die 2020 und 2021 durch Beihilfen des Bundes und der Länder ausgeglichen wurden, bzw. noch werden. Für März bis Dezember 2020 wurden Bruttofahrgeldminderungen von insgesamt EUR 36,7 Mio. abgerechnet. Für das Jahr 2021 haben sich nach den Regelungen des Rettungsschirms Bruttomindereinnahmen von EUR 43 Mio. ergeben. Die verkehrsunternehmens- und länderbezogene Abrechnung der Ausgleichsmittel erfolgt unmittelbar nach der Jahresrechnung Einnahmeaufteilung 2021.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren war auch für das Jahr 2021 aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine zusätzliche preisliche **Fort-schreibung** des **Verbundtarifs** erforderlich. Wegen des im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gefassten Beschlusses des Koalitionsausschusses der Bundesregierung vom 04. Juni 2020 zur Absenkung der Mehrwertsteuer von 7 % auf 5 % befristet für die Zeit vom 01. Juli bis 31. Dezember 2020 wurden die für den 01.08.2020 beschlossenen Preismaßnahmen (2,5 % in Region und 2,95 % in Halle) bis zum 31. Dezember 2020 ausgesetzt. Diese **ausgesetzte Tarifanpassung** wurde am **01.01.2021** umgesetzt. Am **01.08.2021** erfolgte die zum Ausgleich der Kostenentwicklung für das Jahr 2021 **notwendige Preismaßnahme**. Im Zusammenhang damit wurde das **Bildungsticket Sachsen** eingeführt, welches die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs im gesamten sächsischen MDV-Gebiet ermöglicht.

Zur Bewertung von tariflichen Maßnahmen zur Kundenbindung und Neukundengewinnung bei einer verstärkten Nutzung von Home-Office-Angeboten in der Corona-Pandemie wurde eine **Marktforschung** mit verschiedenen Kundengruppen durchgeführt. Als Tarifangebot mit dem meisten Kundennutzen kristallisierte sich das **ABO Flex** heraus, dessen verbundweite Einführung für das Jahr 2022 beschlossen wurde.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Nachdem zum 15. Dezember 2019 die vorerst auf den SPNV beschränkte **Verbunderweite-rung** umgesetzt wurde, begleitet die Verbundgesellschaft seit 2020 ein durch die beiden Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld sowie die Stadt Dessau-Roßlau beauftragtes externes Gutachten zur Ermittlung der Harmonisierungs- und Durchtarifizierungsverluste sowie weiterer

einmaliger und laufender Aufwendungen, das als Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Vollintegration des straßengebundenen ÖPNV dienen soll. Leider liegt derzeit kein Sachstand zum Gutachten vor.

Im Rahmen der **Weiterentwicklung des eTicketing** im MDV wurden im Jahr 2021 umfangreiche Analysen, Abstimmungen und Kostenplanungen für die Einführung der VDV-KA-Bezahlverfahren sowie Ausgabe und Kontrolle des VDV-Barcode Mobile+ im MDV vorgenommen. Das Gesamtkonzept wurde im Rahmen einer Projektskizze für das Förderprojekt STADTLand+ sowie im Rahmen eines späteren Förderaufrufs eingereicht. Das Förderprojekt STADTLand+ wurde schließlich im Dezember 2021 bewilligt. Damit können nun in den Folgejahren die Voraussetzungen geschaffen werden, um auch bargeldloses Bezahlen mit Chipkarte nach VDV-KA zu ermöglichen. Der Fokus liegt dabei auf der Planung der Ausgabe des vertragsgebundenen Tickets. Das dient dazu, das generelle Ziel des eTarifs, d.h. die nachgelagerte Rabattierung eines Fahrpreises auf Basis bestehender Tariflogik und –produkte in einem vordefinierten Zeitraum im Hintergrundsystem, auch auf Basis von Chipkarten zu ermöglichen.

Im Berichtsjahr hat die Verbundgesellschaft die vertriebstechnische Umsetzung der Ausgabe und Kontrolle sowie der Abrechnungsprozesse des **BildungsTickets Sachsen** im Rahmen der vorgegebenen tariflichen Rahmenbedingungen bei den betroffenen Verbundpartnern gesteuert. Hierzu wurden auch die entsprechenden Stammdaten für Tarifdaten und Kontrollmodul erstellt und den VU bereitgestellt. Die Ausgabe des BildungsTickets erfolgte auf Chipkarten nach VDV-KA mit Geltungsbereich im sächsischen Teil des MDV.

Außerdem wurde 2021 durch die Verbundgesellschaft im Rahmen des eTicketing die **Umstellung der Barcodes in den Handyticketsystemen** DB Navigator sowie MOOVME auf den Branchenstandard VDV-Barcode in Abstimmung mit den Verbundpartnern gesteuert und technisch begleitet, u.a. auch durch verkehrsunternehmensübergreifende Tests.

Seit der Einführung im Juli 2020 hat sich die MDV **App MOOVME** sehr gut am Markt etabliert. Am 30. September 2021 wurde die Version 2.0 der App veröffentlicht und damit im Funktionsumfang erweitert. So wurde die deutschlandweite Fahrplanauskunft auf Basis des DELFI-Datensatzes und die sachsenweite Tarifierung in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme in Betrieb genommen. Darin enthalten ist eine interaktive Tarifberatung für das passende Ticket mit mehreren Reisenden oder auch für die Fahrradmitnahme sowie die Berücksichtigung von Zeitkarten und Abos zum Kauf von Anschlusstickets. Auch die Buchung und Echtzeitauskunft von vollflexiblen Verkehren des ÖPNV (Anrufbus) ist durch die Anbindung der Dispositionssysteme der Verkehrsunternehmen Regionalbus Leipzig und Nordsachsen Mobil in MOOVME seitdem möglich. Die neuen Features wurden mittels Online-Marketing beworben. Bereits am 1. November folgte dann die Erweiterung des Ticketangebots um die Wochen- und Monatskarten des MDV.

Weiterhin setzt der MDV gemeinsam mit seinen Verkehrsunternehmen auf eine **Mehr-App-Strategie**, so dass Kunden neben MOOVME Fahrplaninformationen und die Möglichkeit des Ticketkaufs noch über drei weitere unternehmensinitiierte Apps, DB Navigator, LeipzigMOVE und Fairtiq angeboten werden, die jeweils auf unterschiedliche Nutzergruppen ausgerichtet sind.

Die **sachsenweite Tarifierung** wurde im Rahmen des Projekts **Sachsen Mobil** entwickelt und 2021 ebenfalls in der App der übrigen sächsischen Verkehrsverbünde produktiv eingeführt. Um die koordinierenden Aufgaben und den fortlaufenden Austausch sicherzustellen, haben sich die Verbünde entschieden, eine gemeinsame Personalstelle für die Koordination zu schaffen. Diese wird durch den MDV personell besetzt.

Im Ergebnis eines umfangreichen Abstimmungsprozesses über die spezifischen unternehmensinternen Ziele entwickelten die Gesellschafter unter Federführung der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr eine gemeinsame **Strategie zur Digitalisierung im Vertrieb mit Blick auf eine künftige Digitalisierung im Tarif**. Insbesondere sollen die Medien Chipkarte und Handy MDV-weit ausgebaut werden, um künftig flexiblere elektronische Tarife einführen zu können und gleichzeitig Papier und Bargeldverkäufe massiv zu reduzieren. Vereinbart wurde die Umsetzung von Maßnahmen, die im Zeitrahmen 2022/2023 bis zu 30% des Umsatzes im Segment Bartarifverkäufe auf die Apps verlagern soll. Dazu gehören u.a. auch die Ausgabe und Kontrolle von Zeitkarten in den Handyticketsystemen sowie die Verbesserung der Sicherheit der genutzten Barcodes (VDV-Barcode Mobile plus). Außerdem soll die Chipkarte zum kontakt- und bargeldlosen Bezahlen unter Nutzung des VDV-KA-Standards (POB, PEB, WEB) ausgebaut werden. Im Herbst 2021 haben sich Partner auf ersten Maßnahmen verständigt, die im Rahmen der Strategie umgesetzt werden sollen:

- Ausweitung ABO Flex verbundweit
- Einführung CICO App verbundweit
- Test Bestpreis in TZ Halle
- Erstes Ausprobieren von Guthabencodes in den Apps
- Test Luftlinientarif in TZ Halle
- Erstellung verbundweiter Konzeption zum eTarif

Im Jahr 2021 wurde die **Umsetzung des eTicketing** für die **neuen Bordrechner der PVG Burgenlandkreis** fortgesetzt und umfangreiche Tests durchgeführt. Die Inbetriebnahme des eTicketing soll im Jahr 2022 erfolgen. Dazu fanden 2021 die Installation und Inbetriebnahme sowie mehrere Schulungen des ReTSy unter Mitwirkung des MDV bei der PVG statt.

Die Arbeiten an der Anbindung des Verkehrsverbundes Oberelbe (VVO) an die **Datendrehscheibe** wurden 2021 abgeschlossen. Die Daten werden für die Versorgung der Fahrgastinformationsmedien und digitalen Anzeigersysteme (DFI-Anzeiger) genutzt.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden die wesentlichen Themen fortgeführt. Dazu gehörte der fachliche Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement. Zusätzlich wurden der Austausch mit dem Netzwerk Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD), LASuV und SAENA intensiviert, die MDV-Landkreise in die Arbeit des Netzwerkes einbezogen und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels Kontakte zu Personalvermittlungsunternehmen sowie der regionalen Forschung vermittelt.

Das **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** ([www.mobile-mitte.de](http://www.mobile-mitte.de), Betreiber NASA GmbH), an dem sich der MDV im Rahmen des KOV-VM Netzwerkes beteiligt, wurde um FCD-Daten für das sächsische MDV Gebiet erweitert. Das Portal bietet hierfür ein intermodales Routing sowie weitere mobilitätsrelevante Informationen rund um die Mobilität (ÖPNV und IV) aus Sachsen-Anhalt sowie der Region Halle-Leipzig an und verfügt über weitergehende Information zu Car- und Bikesharingstationen und E-Ladeinfrastruktur sowie entsprechende Routingmöglichkeiten (z.B. Charge&Ride).

Des Weiteren wurde das Thema **Barrierefreiheit** sowie die Inbetriebnahme der Auskunft und Buchung von vollflexiblen Verkehren in MOOVME abgeschlossen. Die Beauskunftung barrierefreier Reiseketten befindet sich in der fortschreitenden Umsetzung. Die Datenerfassung der

Informationen zur Barrierefreiheit in Umsteigebauwerken ist für die Städte Halle und Leipzig gem. der DELFI-Anforderungen abgeschlossen. Die Datenerhebung der relevanten Haltestellendaten für die Landkreise Nordsachsen, Saalekreis und Burgenlandkreis hat in Abstimmung mit dem MDV stattgefunden. Die Übernahme in die vorhandenen Haltestellendaten und Bereitstellung an die NASA GmbH für die Umsetzung der Routingfunktionen in den ÖPNV-Auskunftssystemen wurde weiterentwickelt.

Im Rahmen des **Förderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV)** wurden im März 2021 zwei Projektskizzen eingereicht. Dazu hatten sich die Gesellschafter der Regionen des MDV, mit Ausnahme des Burgenlandkreises zu zwei Projektkonsortien zusammengeschlossen; in Konsortialführerschaft der LVB (Projekt „PELIKKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums) und in Konsortialführerschaft der HAVAG (Projekt „STADTLand+“). Für die Steuerung beider Projekte war die Unterstützung durch die MDV-Geschäftsstelle vorgesehen. Aus über 160 Bewerbungen wurden 12 Modellprojekte ausgewählt, darunter das Modellprojekt STADTLand+ I Mitteldeutschland vernetzt (SL+) mit einem Gesamtvolumen von ca. EUR 25 Mio. über drei Jahre. Gemäß Zuwendungsbescheid vom 29. Dezember 2021 des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) - als Projektträger und Bewilligungsbehörde wurde eine Bundesförderung von ca. EUR 20 Mio. gewährt. Ziele sind die Verbesserung der Angebots- und Betriebsqualität, die Vernetzung von Auskunfts- und Vertriebssystemen und die Entwicklung attraktiver Tarife im gesamten MDV. Die 16 Maßnahmen in 5 Teilprojekten sollen im Modellprojekt umgesetzt, erprobt und hinsichtlich ihrer Wirkung evaluiert werden. Unter der HAVAG als Konsortialführer haben sich dazu zehn Konsortialpartner, darunter der MDV, und zwei assoziierte Partner zusammengeschlossen. Bereits im Januar 2022 fanden die Auftaktveranstaltung sowie das Presse Kick-off statt. Der Projektstart ist seitens des MDV, der in zwei der fünf Teilprojekte tätig ist, gut angelaufen. Auf Grundlage der zeitnahen Besetzung der geplanten acht Projekt-Stellen bis zum 01.04.2022 liegen die Arbeiten im Zeitplan.

Einer der **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** war die erste Stufe der MDV-weiten **Potenzialbetrachtung der Pendlerverkehre** zwischen den beiden Oberzentren und den Landkreisen im MDV. Hier zeigte sich, dass bei der Hälfte der 180 untersuchten Wirtschafts- und Verwaltungsstandorte in den Landkreisen gute Bedingungen für die Nutzung des ÖPNV vorliegen. Über das Betriebliche Mobilitätsmanagement (BMM) sollen diese Kundengruppen in den nächsten Jahren gezielt angesprochen werden. Die Potenzialbetrachtung wird in 2022 weitergeführt.

Ende 2021 endete die vom Freistaat Sachsen geförderte Pilotphase des **Betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM)** im Landkreis Leipzig. Im Landkreis Nordsachsen läuft diese noch bis Ende 2022. Nach Auslaufen dieser Anschubfinanzierung durch den Freistaat Sachsen haben sich die MDV-Gesellschafter 2021 verständigt, dass dieses Thema durch die Verbundgesellschaft in enger Abstimmung mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen weitergeführt wird. In Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen (Key-Account-Bereiche, Verkehrsplanung, Vermarktung) und den Aufgabenträgern wird das BMM-Team in der Verbundgeschäftsstelle dann verbundweit Gewerbe- und Verwaltungsstandorte beraten mit dem Ziel, die Auslastung im ÖPNV durch zusätzliche Fahrgäste zu erhöhen und Umsätze zu steigern.

Seit 2015 erarbeiten die MDV-Geschäftsstelle und die MDV-Landkreise die **Nahverkehrspläne** im Rahmen einer gemeinsamen Kooperation. In 2021 fand nach Fertigstellung aller fünf Nahverkehrspläne der Landkreise eine Evaluierung der Arbeit statt. Im Ergebnis konnte festgehalten werden, dass die Ziele, u.a. die Vereinheitlichung der Regelungstiefen, der gleichartige Aufbau der jeweiligen Pläne und die stärkere Betrachtung der Landkreisgrenzen überschreitenden Verkehre erreicht wurden. Alle beteiligten Aufgabenträger wollen die Kooperation fortsetzen.



Der **PlusBus** erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Die Auswertung der Fahrgastzahlen in 2020 hatte gezeigt, dass PlusBus-Linien weniger stark vom Rückgang der Fahrgastzahlen während der Corona-Pandemie betroffen waren als andere ÖPNV-Linien. Aktuell werden im MDV 43 Linien unter diesem Label gefahren. Deutschlandweit sind es in 2022 bereits 133 Linien. Neuster PlusBus-Betreiber ist der Saarländische Verkehrsverbund. Im April 2022 wurde der PlusBus mit den Deutschen Verkehrswendepreis ausgezeichnet. Die entsprechenden Landesbedeutsamen PlusBus Linien werden von den Freistaaten Sachsen und Thüringen und vom Land Sachsen-Anhalt anteilig mitfinanziert.

Schwerpunkte der Arbeiten im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** waren in 2021 u.a. die folgenden Themenstellungen:

- Potenzialbetrachtung in mehreren Varianten für eine mögliche SPNV-Reaktivierung der Heidebahn (Eilenburg – Lutherstadt Wittenberg),
- Betrachtung von Alternativen zum klassischen Schienenersatzverkehr (SEV) u.a. bei der geplanten SPNV-Streckensperrung Leipzig – Geithain sowie
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV wie auch im Schienenersatzverkehr (SEV).

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** waren im Jahr 2021 auf folgende Themen ausgerichtet:

Bedingt durch die anhaltende **Corona-Pandemie** und dem damit verbundenen Rückgang an Fahrgästen wurden erneut unter der Federführung der MDV-Geschäftsstelle verschiedene abgestimmte **verbundweite Marketingaktionen** gestartet. Ziel aller Aktivitäten war es, das Vertrauen der Fahrgäste in das ÖPNV-Angebot wiederherzustellen, die Nutzung zu erhöhen und Neukunden zu gewinnen. Anfang 2022 sollen die Aktionen „2 auf 1“, „ABO-Danke“, „Kurz & Gut (Startguthaben bei Abo-Neuabschluss)“, „3 für 2“ (Gratismonat bei Abo-Neuabschluss), „VDV-Deutschland Abo-Upgrade“ evaluiert werden.

Neu aufgebaut wurde ein **Online-Magazin**, um gegenüber den Fahrgästen und der Öffentlichkeit deutlich mehr aktuelle Themen mit Bezug zur Mobilität kommunizieren zu können. Ziel ist es, die Transparenz zu erhöhen und damit auch das Vertrauen der Fahrgäste in den ÖPNV zu stärken. Das bisherige Magazin „Hin und Weg“ wurde dafür in das neue Online-Magazin sowie die Zeitung „Hin & Weg – das Lesezeichen im MDV“ überführt. Mit über 50.000 Klicks hat sich das neue Online-Magazin bereits nach den ersten 6 Monaten seit Einführung gut etabliert. Ebenfalls neu eingeführt wurde mit **komoot ein interaktives Freizeitportal**, welches Fahrgäste für Ausflüge mit dem ÖPNV animieren soll. Anlässlich des **20-jährigen MDV-Jubiläums** wurden verbundweit mit den Gesellschaftern 20 Bäume als Zeichen der Nachhaltigkeit gepflanzt. Im Rahmen eines Wettbewerbs „Mobilität der Zukunft“ wurden begleitend zur Baumpflanzaktion Kindergärten und Schulen beteiligt. Die Aktion wurde medienwirksam über den gesamten Zeitraum kommuniziert.

Das Marketing in den **Landkreisprojekten** konzentrierte sich auch weiterhin auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung neuer Fahrpläne und Verkehrsangebote** insbesondere in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig **und der neuen ÖPNV-App MOOVME**.

Die Vermarktungsschwerpunkte im Bereich „Junge Leute“ konzentrierten sich auf die Produkte **„AzubiTicket Sachsen“**, **„Bildungsticket Sachsen“** sowie **„AzubiTicket Sachsen-Anhalt“**.

Weitere Schwerpunkte im Bereich Kommunikation lagen in der verbundweiten **Mobilitätsberatung** am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon, der Tarifikommunikation und der Kommunikation zum **Fahrplanwechsel**. Die jährliche **Schulung der Verbundunternehmen** wurde erstmals im Online-Format durchgeführt, wodurch das Vierfache der sonst üblichen Teilnehmerzahl erreicht werden konnte.

Alle Schwerpunktthemen wurden mit **Pressearbeit und Medienterminen** begleitet.

Zudem wurden im Jahr 2021 die nötigen Grundlagen für die neuen Themen in 2022 im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation gelegt: Aufbau einer Digitalen Karte (interaktiver Liniennetzplan), neue Funktionen auf mdv.de (z.B. neuer Shop, neuer Fahrtenplaner), Erarbeitung eines Leitfadens für leichte Sprache und Erarbeitung eines Leitfadens für gendergerechte Sprache.

Nach Abschluss der Überarbeitung des **MDV-Handbuchs** erfolgte im März 2021 die Beschlussfassung in den MDV Gremien. Das Handbuch enthält die aktuellen verbindlichen Standards und Regelungen für die Zusammenarbeit im MDV und ist die Grundlage für künftige Ausschreibungen und Vergaben von Verkehrsleistungen innerhalb des MDV-Raumes.

### Realisierung des Wirtschaftsplans 2021

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 10. Dezember 2020 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2021 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2021 **zu zahlende Zuschuss von TEUR 3.164** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2021 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2020 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 435 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 3.046 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.995 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.949 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 553 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2022 wurde davon durch die Gesellschafter am 9. Dezember 2021 bereits ein Übertrag von TEUR 419 auf die Jahre 2022 bis 2025 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 134 werden die Gesellschafter entscheiden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2021/2022 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Zum 31. Dezember 2020 waren unverbrauchte Mittel von TEUR 300 des **projektbezogenen Erfolgsanteils** abgegrenzt. Zusätzlich wurden in 2021 Zahlungen von TEUR 421 von den Verkehrsunternehmen abgefordert. Damit standen für 2021 TEUR 721 zur Verfügung, von denen TEUR 357 verbraucht wurden, da sich Maßnahmen nach 2022 verschoben haben bzw. nicht umgesetzt wurden. Der Restbetrag von TEUR 364 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 238 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2022 übertragen. Zusätzlich wurden Mittel in



Höhe von TEUR 126 nicht in Anspruch genommen, die sich über mehrere geplante Maßnahmen verteilen.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.703 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.750) um 2 % gesunken. Dies begründet sich wesentlich aus der Minderung der Guthaben bei Kreditinstituten (TEUR 511) aufgrund der Inanspruchnahme von zum 31. Dezember 2020 nicht verbrauchter Fördermittel und abgegrenzter Kooperationszahlungen, was zu einer entsprechenden Minderung der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 594) und des passiven Rechnungsabgrenzungspostens (TEUR 109) auf der Passivseite beitrug.

Im Gegenzug stiegen auf der Aktivseite das Anlagevermögen insbesondere durch den Abschluss der MOOVME App (TEUR 324) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 147) vor allem aufgrund höherer Steuererstattungsansprüche. Auf der Passivseite stieg der Sonderposten aus Investitionszuschüssen um TEUR 319, da die anteilige Förderung der Anlagenzugänge (TEUR 511) die planmäßige Auflösung für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von TEUR 192 überstieg. Aufgrund des Zuwachses nicht verbrauchter Betriebskostenzuschüsse und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern um TEUR 179.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2021 trotz der Corona-Pandemie gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt wurden.

### **Ausblick auf 2022 und 2023**

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist auch 2022 mit einer weiterhin kritischen Einnahmesituation bundesweit im ÖPNV zu rechnen; auch die Verbundeinnahmen im MDV werden wiederum deutlich unter den Planwerten liegen. Daher hat sich die Verkehrsministerkonferenz für einen weiteren „**Rettungsschirm für den ÖPNV**“ für das Jahr 2022 ausgesprochen. Die Bundesregierung hat bereits im Koalitionsvertrag entsprechende Regelungen aufgegriffen und ihre Unterstützung für das Jahr 2022 zugesagt. Der Branchenverband VDV führt dazu die Gespräche mit Bund und den Ländern. Ziel ist ein dem Rettungsschirm der Vorjahre entsprechender Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen.

Im Rahmen des zweiten Energie-Entlastungspaketes plant die Bundesregierung 2022 die Einführung eines **bundesweit gültigen ÖPNV-Tickets für 9,00 Euro pro Monat für einen Zeitraum von drei Monaten**. Zahlreiche Fragen für die konkrete Umsetzung sind aktuell noch in der Klärung durch den Bund und die Länder. Voraussetzung für die Umsetzung des Tickets aus Sicht der Länder, Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen ist, dass ein vollständiger und zeitnaher Ausgleich der durch die Anwendung des 9-Euro-Tickets entstehenden Minder-einnahmen durch den Bund erfolgt. Bezüglich der Umsetzung ist die Verbundgesellschaft bereits in enger Abstimmung mit den MDV-Gesellschaftern. Zielstellung der Verbundunternehmen und der Verbundgesellschaft im MDV ist es dabei, mit dem Aktionsticket des Bundes möglichst neue Kunden dauerhaft zu gewinnen.

Außerdem wird auch im Jahr 2022 die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Im **tariflichen Fokus** werden u.a. die vorbereitende Arbeiten zum Sachsentarif sowie zur Tarifzonenreform Burgenlandkreis stehen. Hinzu kommt der Beginn der Arbeiten für die Tarifstrategie 2027. Mit dieser tariflichen Neuausrichtung soll die Digitalisierung des Tarifs vorbereitet und umgesetzt werden. Ein wesentlicher Baustein ist dabei die Entwicklung eines verbundweiten eTarif-Konzeptes im Rahmen des Modellprojekts STADTLand+.

Im Jahr 2022 erfolgt die Produktivsetzung der **eTicketing**-Funktionen der neuen Bordrechner (IVU) der **PVG Burgenlandkreis**, die das Prüfen von Chipkarten ermöglichen. Damit einhergehend werden die Schüler der PVG auf Chipkarte umgestellt, wobei die Verbundgesellschaft bei notwendigen Arbeiten (u.a. Tests, Massenpersonalisierung) eingebunden ist.

Für das Jahr 2022 ist ebenso die **verbundweite Ausgabe des Abo Flex** und damit verbunden auch der verbundweite Verkauf von rabattierten Abo-Flex-Tickets über alle Vertriebssysteme der VU im MDV vorgesehen. Die Gesamtsteuerung erfolgt über den MDV. Zum Start erfolgt die Ausgabe zunächst über Handytickets sowie gegen Barzahlung über die klassischen Vertriebswege. Eine spätere Umstellung auf bargeldloses Bezahlen über Chipkarten (VDV-KA-Bezahlverfahren) ist in den laufenden Projekten der RVU (STADTLand+) sowie bei der LVB und HAVAG vorgesehen. Eine gemeinsame Vermarktung ist geplant

Für die im Rahmen der **Strategie zur Digitalisierung Tarif und Vertrieb** in 2021 beschlossenen Maßnahmen werden 2022 die ersten Umsetzungsschritte vorbereitet

Schwerpunkte der **Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement** (KOV-VM) in 2022 sind die Stärkung des Austausches insbesondere mit der Politik und den Verwaltungen zur Unterstützung bei Open Data, flexiblen Verkehren im ÖPNV, E-Mobilität und Autonomem Fahren sowie die Erweiterung des Netzwerkes um neue Partner. Auch die Erweiterung des Mobilitätsportals Mitteldeutschland um weitere Daten sowie die Prüfung der Beteiligung der sächsischen Akteure soll vorangetrieben werden. Des Weiteren findet ein verstärktes Monitoring aktueller technischer Entwicklungen statt. Trends fließen schneller in die Kooperationsarbeit ein. Neue interdisziplinäre Austauschplattformen werden initiiert. Die Entwicklung und Bewertung der Förderkulisse ist ein wichtiges Anliegen der Kooperation. Moderation & Vernetzung als Dienstleistung sowie Zusammenführen von Informationen für Kooperationspartner werden als perspektivisches Ziel angesehen.

Die **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** läuft Ende 2022 aus. Eine Weiterführung wird angestrebt. In 2022 sollen die Themenschwerpunkte auf der Ermittlung der Anpassungsbedarfe im straßengebundenen ÖPNV liegen, die sich durch die veränderten Fahrplanlagen des S-Bahnnetzes ab Ende 2025 ergeben. Des Weiteren soll ein Konzept entwickelt werden, dass insbesondere jüngeren Kunden die Nutzung des ÖPNV/SPNV (außerhalb des klassischen Schülerverkehrs) nahebringt. Außerdem sollen verschiedene Berechnungen mit dem Nachfragesimulationstool „VISUM“ durchgeführt werden. Qualitätskontrollen im SPNV und SEV sollen analog der Vorjahre ebenfalls weiter stattfinden.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2026 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 wurde von der Gesellschafterversammlung am 9. Dezember 2021 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2022 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2022 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende Zuschüsse von TEUR 3.429 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 419, wovon TEUR 89 auf das Jahr 2022 und TEUR 330 auf 2023-2025 entfallen. Die Finanzierung der Eigenmittel für das Modellprojekt STADTLand+ im Zeitraum 2022 bis 2024 ist zunächst vollständig aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen geplant. Das Land Sachsen-Anhalt und der ZVNL haben eine ergänzende Förderung angekündigt.

Die aktuelle **interne Arbeit in der Geschäftsstelle** ist seit Mitte Dezember 2020 komplett umgestellt, um Corona bedingt Kontakte zwischen den Beschäftigten und Dritte zu vermeiden. Um das Risiko eines Ausfalls spezieller Arbeiten/Fachkollegen zu reduzieren, sind nahezu alle Beschäftigten im mobilen Arbeiten unterwegs. Die Zusammenarbeit mit den Fachkollegen der

Gesellschafter in den Arbeits- und Projektgruppen sowie in den Ausschüssen erfolgt ebenso vollständig digital.

Als eine Entwicklung von besonderer Bedeutung mit Wirksamkeit nach dem Bilanzstichtag ist der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022 zu sehen, was ein einschneidendes Ereignis darstellt. Zu berücksichtigen ist, dass die beschriebenen Entwicklungen für das Jahr 2022 auf der im Dezember 2021 beschlossenen Wirtschaftsplanung basieren und demnach keine Auswirkungen auf den MDV abgebildet werden, die sich im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und den gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen daraus ergeben könnten. Ein Anpassungsbedarf der Planungsaussagen für 2022 hat sich aus den beschriebenen Ereignissen nicht ergeben.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Mai 2021. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeverteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschriebenen flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafftem Anlagevermögen, für den über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter keine Mittel amortisiert werden, kann mittelfristig bis 2026 durch ausreichende Mittel der Kapitalrücklage finanziert werden.

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Halle (Saale), den 18. Mai 2022

Steffen Lehmann

Geschäftsführer

# Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Emilienstraße 15  
04107 Leipzig  
Tel.: 0341 / 22 586 0  
E-Mail: info@zvnl.de

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 30.01.1998

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

### Kapital:

Gesamtstimmen	10 Stimmen
---------------	------------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Bernd Irrgang (ab 01.04.2021)
Herr Oliver Mietzsch (bis 28.02.2021)

### Verbandsvorsitzender

Herr Kai Emanuel
------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	40 %	4
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>30 %</b>	<b>3</b>
Landkreis Nordsachsen	30 %	3

### Beteiligungen

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2.600,00 €	3,42 %
---	------------	--------

#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

##### Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)

**Anschrift:** Emilienstraße 15

04107 Leipzig

**E-Mail:** info@zvnl.de

**Internet:** www.zvnl.de

##### Gründung

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

##### Letzte Änderung der Verbandssatzung

Am 25.11.2013 beschloss die Verbandsversammlung die vierte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3 vom 16.01.2014 veröffentlicht.

##### Verbandsmitglieder/Stimmrecht

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2021 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

##### Organe des Verbandes

###### Verbandsvorsitzender

Herr Kai Emanuel Landrat Landkreis Nordsachsen

###### Verbandsversammlung

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmar Winkler	Landkreis Nordsachsen
Herr Mathias Plath	Landkreis Nordsachsen
Herr Thomas Dienberg	Bürgermeister und Beigeordneter Stadt Leipzig
Herr Oliver Gebhard	Stadt Leipzig
Herr Christoph Zenker	Stadt Leipzig



Herr Henry Graichen  
Herr Maik Kunze  
Herr Karsten Schütze

Landrat Landkreis Leipzig  
Landkreis Leipzig  
Landkreis Leipzig

### **Verwaltungsrat**

Herr Kai Emanuel  
Herr Thomas Dienberg  
Herr Henry Graichen

Landrat Landkreis Nordsachsen  
Bürgermeister und Beigeordneter Stadt Leipzig  
Landrat Landkreis Leipzig

### **Geschäftsführung**

Herr Oliver Mietzsch (01.11.2011 bis 28.02.2021)

Herr Bernd Irrgang (seit 01.04.2021)

### **Aufgaben des Zweckverbandes**

#### **(Auszug: § 3 der Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig - ZVNL-, i.d.F. der 5. Änderung)**

1. Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen (ÖPNVG) in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonen-nahverkehrs (im Folgenden SPNV genannt) im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personen-nahverkehr (nachfolgend ÖSPV) im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNVG verbleibt, soweit in dieser Satzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNVG.
2. Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den ÖSPV einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
3. Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den SPNV gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
  - Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den SPNV gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNVG für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des SPNV in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
  - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im SPNV im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
  - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
  - Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
  - Der Zweckverband unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehr gem. § 2 ÖPNVFinVO.
  - Der Zweckverband beschafft, finanziert und veräußert SPNV-Fahrzeuge und überlässt diese zur Nutzung den Eisenbahnverkehrsunternehmen.

## Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

4. Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
5. Zu den Aufgaben des ZVNL für den ÖSPV gehören die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) vom 12. Dezember 2008 (SächsGVBl. S. 866, 883), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 13. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 725) geändert worden ist, einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszuführen.
6. Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) in der jeweils gültigen Fassung übernehmen.

### Organigramm

#### **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig**

Verbandsvorsitzender

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

#### **Geschäftsstelle**

Geschäftsführer

Mitarbeiter

### Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Bilanz 2021

Aktivseite	Passivseite				
	Stand	Stand		Stand	Stand
	31.12.2021	31.12.2020		31.12.2021	31.12.2020
	- T € -	- T€ -		- T€ -	- T€ -
<b>Anlagevermögen</b>	<b>10.250,3</b>	<b>7.143,6</b>	<b>Kapitalposition</b>	<b>31.309,2</b>	<b>19.504,5</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	30,5	18,5	Basiskapital	3.532,9	3.532,9
Sachanlagevermögen	56,9	57,8	Rücklagen	27.776,3	15.971,6
Finanzanlagevermögen	10.162,9	7.067,3	Ergebnis	0,00	0,00
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>29.179,4</b>	<b>18.741,8</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>87,4</b>	<b>76,3</b>
Öffentlich-rechtliche Forderungen	6.044,0	1.337,8	<b>Rückstellungen</b>	<b>1.533,5</b>	<b>3.355,2</b>
Privatrechtliche Forderungen	19.819,5	14.693,0	für drohende Verpflichtungen	484,0	485,6
Liquide Mittel	3.315,9	2.711,0	für vertragliche Verpflichtungen	1.007,8	2.831,1
<b>Aktiver RAP</b>	<b>2,7</b>	<b>5,5</b>	Sonstige Rückstellungen	41,7	38,5
			<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>6.502,3</b>	<b>2.954,9</b>
				38,9	176,3
			aus Lieferungen und Leistungen		
			aus Transferleistungen	5.834,5	2.516,3
			sonstige Verbindlichkeiten	628,9	262,3
			<b>Passiver RAP</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>39.432,4</b>	<b>25.890,9</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>39.432,4</b>	<b>25.890,9</b>

## Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

### Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

	Ergebnis 2021	Ergebnis 2020
	- T€ -	- T€ -
1 Zuweisungen	174.153,1	162.442,2
2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
3 Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.572,5	5.582,8
4 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,0	0,0
5 Finanzerträge	126,2	143,9
6 sonstige ordentliche Erträge	1.455,9	79,5
<b>7 ordentliche Erträge</b>	<b>184.313,5</b>	<b>168.248,4</b>
8 Personalaufwendungen	702,3	825,5
9 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	241,3	179,4
10 planmäßige Abschreibungen	35,3	31,7
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0
12 Transferaufwendungen	169.810,4	163.116,0
13 sonstige ordentliche Aufwendungen	1.719,5	2.481,9
<b>14 ordentliche Aufwendungen</b>	<b>172.508,8</b>	<b>166.634,5</b>
<b>15 ordentliches Ergebnis</b>	<b>11.804,7</b>	<b>1.613,9</b>
<b>16 Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>17 Gesamtergebnis</b>	<b>11.804,7</b>	<b>1.613,9</b>
18 Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
<b>19 Verbleibendes Gesamtergebnis</b>	<b>11.804,7</b>	<b>1.613,9</b>

### Ausgewählte Kennzahlen

#### Personalkosten

	2019	2020	2021
	- T€ -	- T€ -	- T€ -
Löhne und Gehälter	640,3	680,8	584,8
Soziale Abgaben	129,0	134,4	117,5
Zuführung zu Rückstellungen	10,2	10,3	0
<b>Personalaufwand gesamt</b>	<b>779,5</b>	<b>825,5</b>	<b>702,3</b>

## Anzahl der Beschäftigten

	2019	2020	2021
	- VbÄ -	- VbÄ -	- VbÄ -
Angestellte, gesamt	11	11	11
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	70,86	75,05	63,85
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	5,51 %	5,90%	-14,92 %
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	5,51 %	5,90%	-14,92 %

(Grund für die Minderung des Personalaufwandes in 2021 ist die vorübergehende Nichtbesetzung von 2 Stellen.)

**Umlagen**

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2021 nicht Gebrauch gemacht.

**Situationsbericht**Allgemein

Das Jahr 2021 war weiterhin wesentlich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gekennzeichnet. Durch die verfügten staatlichen Maßnahmen kam es zu erheblichen Fahrgastrückgängen und Erlösausfällen. In 2021 wurde entgegen 2020 das SPNV-Angebot nicht eingekürzt. Die vom Freistaat Sachsen erlassene die Richtlinie „Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV“ wurde in 2021 weiter umgesetzt. In einem aufwendigen Nachweisverfahren wurden die nachgewiesenen pandemiebedingten Schäden für das Jahr 2021 gegenüber dem Freistaat dargestellt, jedoch durch diesen noch nicht vollständig ausgeglichen.

Die unverändert anhaltenden umfangreichen Baumaßnahmen der DB Netz AG im gesamten Verbandsgebiet, mit Auswirkungen auch im Schienenpersonenfernverkehr, zwangen den ZVNL zu Anpassungen der Linienführungen und Zustimmung zu geänderten Fahrplanlagen.

Der Zugverkehr war im Jahr 2021 im Wesentlichen stabil und qualitätsgerecht. Insbesondere auf der Linie RB 110 kam es jedoch zu deutlichen Qualitätseinbußen, so dass hier zusätzliche Maßnahmen mit dem EVU vereinbart werden mussten.

Das PlusBus-Programm sowie weitere Modellprojekte wurden weiter durch den ZVNL finanziell und ideell unterstützt. Für das PlusBus-Netz war der ZVNL in die fördertechnische Zusammenarbeit mit dem SMWA eingebunden.

Die Deutschlandtarifverbund GmbH DTVG für Nahverkehrstarife im Eisenbahnverkehr bereitete die Betriebsaufnahme zum 01.01.2022 vor. Der ZVNL ist Gesellschafter mit 939 von 100.000 Stimmen, das entspricht 0,934%.

Der ZVNL engagierte sich auch 2021 im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen im Verbandsgebiet. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen standen dabei im Mittelpunkt.

Die Arbeiten an den Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV in Leipzig wurden fortgeführt. In den vorbereitenden Arbeiten für den Aus-/Umbau diverser ÖPNV-Verknüpfungsstellen

konnten weitere Fortschritte realisiert werden, einige Verknüpfungsstellen wurden fertiggestellt. Im Stadtgebiet Leipzig sowie den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig konnten die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden. Insbesondere die Unterstützung des barrierefreien Neu- und Umbaus von Haltestellen wurde intensiviert.

Das Projekt zur digitalen Vernetzung der Verkehrsträger P+R sowie B+R im Stadtgebiet Leipzig, welches in 2019 begonnen wurde, wurde 2021 fortgeführt.

Das Anti-Vandalismus-Programm mit dem Antigraffiti-Projekt mit der DB AG wurde ebenfalls fortgesetzt.

Die Ausschreibung zum MDSB2025plus-Netz wurde im EU-Supplement veröffentlicht. Wesentliche Schwerpunkte waren das Fahrzeugkonzept/-kapazitäten, die Erwartungswertermittlung mit Erlösprognose sowie die Netzkonfiguration sowie Koordination mit einer großen Anzahl Partnern.

Die Verbandsversammlung hat die Gründung einer ZVNL Schienenfahrzeug GmbH beschlossen. Diese wird Eigentümerin der 16 batterieelektrischen Fahrzeuge, die im Rahmen des Strukturwandels (Kohleausstieg) in der Region gefördert werden sollen.

Herr Bernd Irrgang wurde mit Wirkung zum 01.04.2021 als Geschäftsführer der Geschäftsstelle des ZVNL angestellt.

Das EVU Abellio hat sich wegen wirtschaftlicher Schieflage in Insolvenz unter Eigenverwaltung begeben. Der ZVNL ist hier im STS-Netz und mit lediglich einer Linie betroffen.

### Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Die Ertragslage des ZVNL hat sich im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsansatz verbessert.

Der ZVNL schloss im ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss in Höhe von 11.804.677,07 EUR ab, geplant war ein ausgeglichener Haushalt. Ein Sonderergebnis fiel nicht an. Der im Jahr 2021 angefallene Gesamtaufwand des ZVNL liegt zwar mit 19.904.646,94 EUR über dem geplanten Umfang, wird jedoch durch den Gesamtertrag in Höhe von 31.709.324,01 EUR mehr als gedeckt.

Das Vermögen des ZVNL entspricht der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2021 und beträgt 39.432,4 T€. Die Vermögenslage im Haushaltsjahr 2020 ist durch einen Vermögenszuwachs in Höhe von 13.541,5 T€ der Bilanzsumme gekennzeichnet. Das Vermögen des ZVNL besteht zu 25,99% aus Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Dieses ist im Vergleich zur Schlussbilanz 2020 um 3.106,7 T€ gestiegen. Gestiegen ist auch das Umlaufvermögen um 10.437,6 T€. Dieses stellt mit 74,0% den überwiegenden Vermögensanteil dar.

Die Finanzmittel des ZVNL verzeichnen im Jahr 2021 einen Zuwachs in Höhe von 604.810,62 €. Damit erhöhen sich die „Liquiden Mittel“ des ZVNL zum 31.12.2021 auf 3.315.847,99 €.

### Chancen/Risiken/Prognosen

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung und Erhaltung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine Optimierung der Qualität der Nahverkehrsleistung durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Verbesserung und Harmonisierung der aktuellen Regelungen bestehender Vertragsverhältnisse verfolgen. Nur durch ein konsequentes Vertragscontrolling und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickelt und verbessert werden.



Einer besonderen Betrachtung wird weiterhin die Entwicklung der Infrastruktur-, Personal- und Energiekosten bedürfen, deren Anteile am Gesamtfinanzierungsvolumen weiter ansteigen. Auch ist die Entwicklung der Zuweisung der Regionalisierungsmittel sowie deren gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen, da hier in den nächsten Jahren deutliche Veränderungen und veränderten Rahmenbedingungen zu erwarten sind.

Die Inanspruchnahme der Angebote für Azubi- und Bildungsticket im Zusammenhang mit deren Budgetierung durch den Freistaat bedarf auch weiterhin einer ständigen Überwachung.

Aufgrund bestehender Brutto-Verträge und der Erlöse aus den Fahrgeldeinnahmen wird die Mitwirkung des ZVNL im Rahmen der DTVG- und MDV-EAV und als Mitglied der neu gegründeten Deutschlandtarifverbund GmbH zunehmend bedeutungsvoll.

### **Beteiligungen**

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH mit einem Stammkapital im Wert von 2.600 EUR beteiligt. Der ZVNL hält seit dem 15.12.2019 einen Anteil von 3,4188 % des Stammkapitals an der MDV GmbH.

Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH:

Im Jahr 2021 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 108.157,16 € sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 143.571,20 € an die MDV GmbH ausgezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketingmaßnahmen mit insgesamt 35.000,00 €. Des Weiteren wurden Auszahlungen im Rahmen des Aktionsprogrammes an die MDV GmbH getätigt.



# **Beteiligungsbericht**

## **des**

## **ZVNL**

## **2022**



## Teil I - Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

### Allgemeine Angaben zum Unternehmen

<b>Adresse</b>	Prager Straße 8 04103 Leipzig
<b>E-Mail</b>	post@mdv.de
<b>Homepage</b>	www.mdv.de
<b>Gründungsjahr</b>	1998
<b>Unternehmens-gegenstand/Unternehmenszweck</b>	Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.
<b>Rechtsform</b>	GmbH
<b>Stammkapital</b>	76.050 EUR zum 31.12.2021 (76.050 EUR im Vorjahr) Der ZVNL ist Gesellschafter der Mitteldeutschen Verkehrsverbund. Mit der Verbunderweiterung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes im Dezember 2019 ergab sich für den ZVNL ein Anteil von 3,4188 % am Stammkapital der MDV GmbH. Der ZVNL-Anteil des Stammkapitals blieb durch die Beschlussfassung der MDV GmbH unverändert, ebenso der Anteil der Kapitalrücklage.
<b>Geschäftsführung</b>	Steffen Lehmann



<u>Gesellschafter / Beteiligungsverhältnisse:</u>	<u>31.12.2020 EUR</u>	<u>31.12.2019 EUR</u>
Stadt Leipzig	11.700	11.700
Halle (Saale)	9.150	9.150
Landkreis Leipzig	2.600	2.600
Landkreis Nordsachsen	2.600	2.600
Landkreis Saalekreis	2.600	2.600
Burgenlandkreis	2.600	2.600
Landkreis Altenburger Land	750	750
Freistaat Thüringen	750	750
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH; Magdeburg	3.500	3.500
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig; Leipzig	2.600	2.600
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH; Leipzig	12.900	12.900
Hallesche Verkehrs-AG; Halle (Saale)	8.050	8.050
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH; Halle (Saale)	1.100	1.100
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH; Querfurt	1.100	1.100
Regionalbus Leipzig GmbH; Deuben	2.200	2.200
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH; Weißenfels	2.200	2.200
<i>Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen</i> <i>RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH; Zörbig</i> <i>OT Saalfurthkapelle, Auto Weber GmbH; Delitzsch,</i> <i>Omnibusverkehr Leopold uHG; Krositz; Geißler Reisen GbR;</i> <i>Eilenburg</i>	0	0
<i>Nordsachsen Mobil GmbH, Oschatz</i>	1.100	1.100
DB Regio AG; Frankfurt am Main	4.950	4.950
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH; Halle (Saale)	1.150	1.150
Erfurter Bahn GmbH; Erfurt	300	300
Transdev GmbH; Berlin	300	300
<i>Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen</i> <i>Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideländ“ (OVH); Oschatz,</i> <i>Reiseverkehr Schulze OHG; Torgau, Döllnitzbahn GmbH; Mügeln</i>	0	0
<i>Nordsachsen Mobil GmbH, Oschatz</i>	1.100	1.100
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH; Windischleuba	750	750
	<b>76.050</b>	<b>76.050</b>




---

<b>Beteiligungen</b>	Keine
----------------------	-------

---

<b>Gremien</b>	Gesellschafterversammlung Aufsichtsrat Finanz- und Rechtsausschuss Personalausschuss Verkehrsausschuss
----------------	--

\*Der Aufsichtsrat setzt sich im Geschäftsjahr 2021 wie folgt zusammen:

**Herr Thomas Dienberg** - Vorsitzender, Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig

**Herr Vinzenz Schwarz** - 1. Stellvertreter, Vorstand Hallesche Verkehrs-AG

**Herr Ronny Thieme** - 2. Stellvertreter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land

**Herr Wolfgang Aldag**, Landschaftsarchitekt, Landtagsabgeordneter, Stadtrat Halle (Saale) ab 26.05.2021

**Herr Thomas Böhm**, Leiter Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises

**Frau Tatjana Bonert**, Geschäftsführerin THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

**Frau Sandy Brachmann**, Bereichsleiterin Marketing der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

**Herr Frank-Peter Bretzger**, Leiter Vertragsmanagement Mitteldeutschland, DB Regio AG, Region Südost

**Herr Lutz Däumler**, Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH

**Herr Kai Emanuel**, Landrat des Landkreises Nordsachsen

**Herr Michael Hecht**, Geschäftsführer Erfurter Bahn GmbH (ab 01.01.2022)

**Frau Annett Hellwig**, Dezernentin Dez. II, Gesundheit, Soziales und Bildung Landkreis Saalekreis

**Herr Bernd Irrgang**, Geschäftsführer Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ab 1. April 2021)

**Herr Ronald Juhrs**, Geschäftsführer für Technik und Betrieb der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

**Herr Jan Kleinwechter**, Geschäftsführer Transdev Regio Ost GmbH (ab 1. Januar 2021)

**Herr Holger Klemens**, Geschäftsführer Nordsachsen Mobil GmbH

**Herr Enrico Kretschmar**, Geschäftsführer PNVG Personenverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt GmbH (ab 1. Januar 2021)

**Frau Anja Krimmling-Schoeffler**, Angestellte, Stadträtin Halle (Saale)

**Herr Andreas Kultscher**, Geschäftsführer Regionalbus Leipzig GmbH

**Frau Ines Lüpfer**, 2. Beigeordnete im Landkreis Leipzig

**Herr Ulf Middelberg**, Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

**Herr Dr. Oliver Mietzsch**, Geschäftsführer des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (bis 28. Februar 2021)

**Herr Ronald Neubert**, Referent Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (ab 08.11.2021)

**Herr Peter Panitz**, Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

**Herr René Rebenstorf**, Beigeordneter für den Geschäftsbereich II „Stadtentwicklung Und Umwelt“ der Stadt Halle (Saale)

**Frau Franziska Riekewald**, Betriebswirtin (VWA), Stadträtin Leipzig



---

Herr **Andreas Schachtschneider**, Lehrer, Stadt Halle (Saale), bis 26.05.2021

Frau **Sigrun Seidel**, Diplom Wirtschaftsingenieuren (FH), Stadträtin Leipzig

Herr **Andreas Völker**, Bereichsleiter Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Hallesche Verkehrs-AG

Herr **Dr. Wolfgang Weinhold**, Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG

Beratende Mitglieder

Herr **Stephan Gerstenberg**, Referatsleiter Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Frau **Annett Stadler-Roes**, Referatsleiterin Ministerium für Infrastruktur und Digitales Sachsen-Anhalt (ab 29.11.2021)

---

**Abschlussprüfer** Ebner Stolz GmbH & Co. KG Leipzig

---

**Kurzbildung des Unternehmens**

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15.12.2019 gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

---

**Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH**

Im Jahr 2021 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 106.157,16 EUR sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 143.571,20 EUR an die MDV GmbH ausgezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 35.000,00 EUR. Der MDV erhielt weiterhin Zuwendungen im Rahmen des Aktionsprogrammes.

---

**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021**

---





### Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2021

Die Entwicklung der Verbundeinnahmen war 2021 weiterhin stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Dadurch lagen die Tarifeinnahmen im Zeitraum Januar bis Dezember 2021 ca. EUR 1,1 Mio. bzw. 0,5 % unter dem Vorjahreswert und um ca. **EUR 42,4 Mio. bzw. 15,9 % unter den auf Basis 2019 zzgl. Verbunderweiterung und Tarifanpassungen geplanten Einnahmen.**

Während die **Bartarifeinnahmen** mit knapp EUR 3,0 Mio. bzw. 5,9 % bereits wieder deutlich über dem Vorjahr lagen, war bei den **Zeitkarten Jedermann** noch immer ein Rückgang von insgesamt EUR 6,5 Mio. bzw. 6,1 % zu verzeichnen. Diese Entwicklung betraf sowohl Halle und Leipzig als auch die Region. Mit Mindereinnahmen von EUR 5,3 Mio. entfällt der Rückgang ganz wesentlich auf die ABO-Monatskarten.

Im gesamten öffentlichen Nahverkehr bundesweit führte die Corona-Pandemie zu starken Mindereinnahmen, die 2020 und 2021 durch Beihilfen des Bundes und der Länder ausgeglichen wurden, bzw. noch werden. Für März bis Dezember 2020 wurden Bruttofahrgeldminderungen von insgesamt EUR 36,7 Mio. abgerechnet. Für das Jahr 2021 haben sich nach den Regelungen des Rettungsschirms Bruttomindereinnahmen von EUR 43 Mio. ergeben. Die verkehrsunternehmens- und länderbezogene Abrechnung der Ausgleichsmittel erfolgt unmittelbar nach der Jahresrechnung Einnahmeverteilung 2021.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren war auch für das Jahr 2021 aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine zusätzliche preisliche **Fortschreibung des Verbundtarifs** erforderlich. Wegen des im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gefassten Beschlusses des Koalitionsausschusses der Bundesregierung vom 4. Juni 2020 zur Absenkung der Mehrwertsteuer von 7 % auf 5 % befristet für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 wurden die für den 1. August 2020 beschlossenen Preismaßnahmen (2,5 % in Region und 2,95 % in Halle) bis zum 31. Dezember 2020 ausgesetzt. Diese **ausgesetzte Tarifanpassung** wurde am **1. Januar 2021** umgesetzt. Am **1. August 2021** erfolgte die zum Ausgleich der Kostenentwicklung für das Jahr 2021 **notwendige Preismaßnahme**. Im Zusammenhang damit wurde das **Bildungsticket Sachsen** eingeführt, welches die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs im gesamten sächsischen MDV-Gebiet ermöglicht.

Zur Bewertung von tariflichen Maßnahmen zur Kundenbindung und Neukundengewinnung bei einer verstärkten Nutzung von Home-Office-Angeboten in der Corona-Pandemie wurde eine **Marktforschung** mit verschiedenen Kundengruppen durchgeführt. Als Tarifangebot mit dem meisten Kundennutzen kristallisierte sich das **ABO Flex** heraus, dessen verbundweite Einführung für das Jahr 2022 beschlossen wurde.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Nachdem zum 15. Dezember 2019 die vorerst auf den SPNV beschränkte **Verbunderweiterung** umgesetzt wurde, begleitet die Verbundgesellschaft seit 2020 ein durch die beiden Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld sowie die Stadt Dessau-Roßlau beauftragtes externes Gutachten zur Ermittlung der Harmonisierungs- und Durchtarifierungsverluste sowie weiterer einmaliger und laufender Aufwendungen, das als Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Vollintegration des straßengebundenen ÖPNV dienen soll. Leider liegt derzeit kein Sachstand zum Gutachten vor.



Im Rahmen der **Weiterentwicklung des eTicketing** im MDV wurden im Jahr 2021 umfangreiche Analysen, Abstimmungen und Kostenplanungen für die Einführung der VDV-KA-Bezahlverfahren sowie Ausgabe und Kontrolle des VDV-Barcode Mobile+ im MDV vorgenommen. Das Gesamtkonzept wurde im Rahmen einer Projektskizze für das Förderprojekt STADTLand+ sowie im Rahmen eines späteren Förderaufrufs eingereicht. Das Förderprojekt STADTLand+ wurde schließlich im Dezember 2021 bewilligt. Damit können nun in den Folgejahren die Voraussetzungen geschaffen werden, um auch bargeldloses Bezahlen mit Chipkarte nach VDV-KA zu ermöglichen. Der Fokus liegt dabei auf der Planung der Ausgabe des vertragsgebundenen Tickets. Das dient dazu, das generelle Ziel des eTarifs, d.h. die nachgelagerte Rabatlierung eines Fahrpreises auf Basis bestehender Tariflogik und -produkte in einem vordefinierten Zeitraum im Hintergrundsystem, auch auf Basis von Chipkarten zu ermöglichen.

Außerdem wurde 2021 durch die Verbundgesellschaft im Rahmen des eTicketing die **Umstellung der Barcodes in den Handyticketsystemen** DB Navigator sowie MOOVME auf den Branchenstandard VDV-Barcode in Abstimmung mit den Verbundpartnern gesteuert und technisch begleitet, u.a. auch durch verkehrsunternehmensübergreifende Tests.

Seit der Einführung im Juli 2020 hat sich die MDV App **MOOVME** sehr gut am Markt etabliert. Am 30. September 2021 wurde die Version 2.0 der App veröffentlicht und damit im Funktionsumfang erweitert. So wurde die deutschlandweite Fahrplanauskunft auf Basis des DELFI-Datensatzes und die sachsenweite Tarifierung in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme in Betrieb genommen. Darin enthalten ist eine interaktive Tarifberatung für das passende Ticket mit mehreren Reisenden oder auch für die Fahrradmitnahme sowie die Berücksichtigung von Zeilkarten und Abos zum Kauf von Anschlusstickets. Auch die Buchung und Echtzeitauskunft von vollflexiblen Verkehren des ÖPNV (Anrufbus) ist durch die Anbindung der Dispositionssysteme der Verkehrsunternehmen Regionalbus Leipzig und Nordsachsen Mobil in MOOVME seitdem möglich. Die neuen Features wurden mittels Online-Marketing beworben. Bereits am 1. November folgte dann die Erweiterung des Ticketangebots um die Wochen- und Monatskarten des MDV.

Weiterhin setzt der MDV gemeinsam mit seinen Verkehrsunternehmen auf eine **Mehr-App-Strategie**, so dass Kunden neben MOOVME Fahrplaninformationen und die Möglichkeit des Ticketkaufs noch über drei weitere unternehmensinitiierte Apps, DB Navigator, LeipzigMOVE und FAIRTIQ angeboten werden, die jeweils auf unterschiedliche Nutzergruppen ausgerichtet sind.

Im Ergebnis eines umfangreichen Abstimmungsprozesses über die spezifischen unternehmensinternen Ziele entwickelten die Gesellschafter unter Federführung der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr eine gemeinsame **Strategie zur Digitalisierung im Vertrieb mit Blick auf eine künftige Digitalisierung im Tarif**. Insbesondere sollen die Medien Chipkarte und Handy MDV-weit ausgebaut werden, um künftig flexiblere elektronische Tarife einführen zu können und gleichzeitig Papier und Bargeldverkäufe massiv zu reduzieren. Vereinbart wurde die Umsetzung von Maßnahmen, die im Zeitrahmen 2022/2023 bis zu 30 % des Umsatzes im Segment Bartarifverkäufe auf die Apps verlagern soll.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden die wesentlichen Themen fortgeführt. Dazu gehört der fachliche Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement. Zusätzlich wurden der Austausch mit dem



Netzwerk Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD), LASuV und SAENA intensiviert, die MDV-Landkreise in die Arbeit des Netzwerkes einbezogen und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels Kontakte zu Personalvermittlungsunternehmen sowie der regionalen Forschung vermittelt.

Das **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** ([www.mobile-mitte.de](http://www.mobile-mitte.de), Betreiber NASA GmbH), an dem sich der MDV im Rahmen des KÖV-VM Netzwerkes beteiligt, wurde um FCD-Daten für das sächsische MDV Gebiet erweitert. Das Portal bietet hierfür ein intermodales Routing sowie weitere mobilitätsrelevante Informationen rund um die Mobilität (ÖPNV und IV) aus Sachsen-Anhalt sowie der Region Halle-Leipzig an und verfügt über weitergehende Information zu Car- und Bikeshaaring-Stationen und E-Ladeinfrastruktur sowie entsprechende Routingmöglichkeiten (z.B. Charge&Ride).

Des Weiteren wurde das Thema **Barrierefreiheit** sowie die Inbetriebnahme der Auskunft und Buchung von vollflexiblen Verkehren in MOOVME abgeschlossen. Die Beauskunftung barrierefreier Reiseketten befindet sich in der fortschreitenden Umsetzung. Die Datenerfassung der Informationen zur Barrierefreiheit in Umsteigebauwerken ist für die Städte Halle und Leipzig gem. der DELFI-Anforderungen abgeschlossen. Die Datenerhebung der relevanten Haltestellendaten für die Landkreise Nordsachsen, Saalekreis und Burgenlandkreis hat in Abstimmung mit dem MDV stattgefunden. Die Übernahme in die vorhandenen Haltestellendaten und Bereitstellung an die NASA GmbH für die Umsetzung der Routingfunktionen in den ÖPNV-Auskunftssystemen wurde weiterentwickelt.

Im Rahmen des Förderprogramms „**Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV**“ des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BM DV) wurden im März 2021 zwei Projektskizzen eingereicht. Dazu hatten sich die Gesellschafter der Regionen des MDV, mit Ausnahme des Burgenlandkreises zu zwei Projektkonsortien zusammengeschlossen; in Konsortialführerschaft der LVB (Projekt „PELIKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums) und in Konsortialführerschaft der HAVAG (Projekt „STADTLand+“). Aus über 160 Bewerbungen wurden 12 Modellprojekte ausgewählt, darunter das **Modellprojekt STADTLand+ I Mitteldeutschland** (SL+) mit einem Gesamtvolumen von ca. EUR 25 Mio. über drei Jahre. Gemäß Zuwendungsbescheid vom 29. Dezember 2021 des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) - als Projektträger und Bewilligungsbehörde wurde eine Bundesförderung von ca. EUR 20 Mio. gewährt. Ziele sind die Verbesserung der Angebots- und Betriebsqualität, die Vernetzung von Auskunft- und Vertriebssystemen und die Entwicklung attraktiver Tarife im gesamten MDV. Bereits im Januar 2022 fanden die Auftaktveranstaltung sowie das Presse Kick-off statt. Der Projektstart ist seitens des MDV, der in zwei der fünf Teilprojekte tätig ist, gut angelaufen. Auf Grundlage der zeitnahen Besetzung der geplanten acht Projekt-Stellen bis zum 1. April 2022 liegen die Arbeiten im Zeitplan.

Ende 2021 endete die vom Freistaat Sachsen geförderte Pilotphase des **Betrieblichen Mobilitätsmanagements (BMM)** im Landkreis Leipzig. Im Landkreis Nordsachsen läuft diese noch bis Ende 2022. Nach Auslaufen dieser Anschubfinanzierung durch den Freistaat Sachsen haben sich die MDV-Gesellschafter 2021 verständigt, dass dieses Thema durch die Verbundgesellschaft in enger Abstimmung mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen weitergeführt wird.

Seit 2015 erarbeiten die MDV-Geschäftsstelle und die MDV-Landkreise die **Nahverkehrspläne** im Rahmen einer gemeinsamen Kooperation. In 2021 fand nach Fertigstellung aller fünf Nahverkehrspläne der Landkreise eine Evaluierung





der Arbeit statt. Im Ergebnis konnte festgehalten werden, dass die Ziele, u.a. die Vereinheitlichung der Regelungstiefen, der gleichartige Aufbau der jeweiligen Pläne und die stärkere Betrachtung der Landkreisgrenzen überschreitenden Verkehre erreicht wurden. Alle beteiligten Aufgabenträger wollen die Kooperation fortsetzen.

Der **PlusBus** erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Die Auswertung der Fahrgastzahlen in 2020 hatte gezeigt, dass PlusBus-Linien weniger stark vom Rückgang der Fahrgastzahlen während der Corona-Pandemie betroffen waren als andere ÖPNV-Linien. Aktuell werden im MDV 43 Linien unter diesem Label gefahren. Deutschlandweit sind es in 2022 bereits 133 Linien. Neuster Plus-Bus-Betreiber ist der Saarländische Verkehrsverbund. Im April 2022 wurde der Plus-Bus mit den Deutschen Verkehrswendepreis ausgezeichnet. Die entsprechenden Landesbedeutsamen Plus-Bus Linien werden von den Freistaaten Sachsen und Thüringen und vom Land Sachsen-Anhalt anteilig mitfinanziert.

Schwerpunkte der Arbeiten im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** waren in 2021 u.a. die folgenden Themenstellungen:

- Potenzialbetrachtung in mehreren Varianten für eine mögliche SPNV-Reaktivierung der Heidebahn (Eilenburg – Luthorstadt Wittenberg),
- Betrachtung von Alternativen zum klassischen Schienenersatzverkehr (SEV) u.a. bei der geplanten SPNV-Streckensperrung Leipzig – Gölthain sowie
- Qualitätskontrollen im laufenden SPNV wie auch im Schienenersatzverkehr (SEV).

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** waren im Jahr 2021 auf folgende Themen ausgerichtet:

Bedingt durch die anhaltende **Corona-Pandemie** und dem damit verbundenen Rückgang an Fahrgästen wurden erneut unter der Federführung der MDV-Geschäftsstelle verschiedene abgestimmte **verbundweite Marketingaktionen** gestartet. Ziel aller Aktivitäten war es, das Vertrauen der Fahrgäste in das ÖPNV-Angebot wiederherzustellen, die Nutzung zu erhöhen und Neukunden zu gewinnen.

Neu aufgebaut wurde ein **Online-Magazin**, um gegenüber den Fahrgästen und der Öffentlichkeit deutlich mehr aktuelle Themen mit Bezug zur Mobilität kommunizieren zu können. Ziel ist es, die Transparenz zu erhöhen und damit auch das Vertrauen der Fahrgäste in den ÖPNV zu stärken.

Das bisherige Magazin „Hin und Weg“ wurde dafür in das neue Online-Magazin sowie die Zeitung „Hin & Weg – das Lesezeichen im MDV“ überführt. Mit über 50.000 Klicks hat sich das neue Online-Magazin bereits nach den ersten 6 Monaten seit Einführung gut etabliert. Ebenfalls neu eingeführt wurde mit **komoot ein interaktives Freizeitportal**, welches Fahrgäste für Ausflüge mit dem ÖPNV animieren soll.

Das Marketing in den **Landkreisprojekten** konzentrierte sich auch weiterhin auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung neuer Fahrpläne und Verkehrsangebote** insbesondere in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig und der **neuen ÖPNVApp MOOVME**.

Die Vermarktungsschwerpunkte im Bereich „Junge Leute“ konzentrierten sich auf die Produkte **„AzubiTicket Sachsen“**, **„Bildungsticket Sachsen“** sowie **„AzubiTicket Sachsen-Anhalt“**.



Weitere Schwerpunkte im Bereich Kommunikation lagen in der verbundweiten **Mobilitätsberatung** am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon, der **Tarifkommunikation** und der Kommunikation zum **Fahrplanwechsel**.

Alle Schwerpunktthemen wurden mit **Pressearbeit und Medienterminen** begleitet.

Zudem wurden im Jahr 2021 die nötigen Grundlagen für die neuen Themen in 2022 im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation gelegt: Aufbau einer Digitalen Karte (interaktiver Liniennetzplan), neue Funktionen auf mdv.de (z.B. neuer Shop, neuer Fahrtenplaner), Erarbeitung eines Leitfadens für leichte Sprache und Erarbeitung eines Leitfadens für gendergerechte Sprache.

Nach Abschluss der Überarbeitung des **MDV-Handbuchs** erfolgte im März 2021 die Beschlussfassung in den MDV-Gremien. Das Handbuch enthält die aktuellen verbindlichen Standards und Regelungen für die Zusammenarbeit im MDV und ist die Grundlage für künftige Ausschreibungen und Vergaben von Verkehrsleistungen innerhalb des MDV-Raumes.

#### Realisierung des Wirtschaftsplans 2021

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 10. Dezember 2020 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2020 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2021 **zu zahlende Zuschuss** von **TEUR 3.164** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2021 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2020 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 435 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 3.046 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 4.995 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.949 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 533 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2022 wurde davon durch die Gesellschafter am 9. Dezember 2021 bereits ein Übertrag von TEUR 419 auf die Jahre 2022 bis 2025 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 134 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2021/2022 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Zum 31. Dezember 2020 waren unverbrauchte Mittel von TEUR 300 des **projektbezogenen Erfolgsanteils** abgegrenzt. Zusätzlich wurden in 2021 Zahlungen von TEUR 421 von den Verkehrsunternehmen abgefordert. Damit



standen für 2021 TEUR 721 zur Verfügung, von denen TEUR 357 verbraucht wurden, da sich Maßnahmen nach 2022 verschoben haben bzw. nicht umgesetzt wurden. Der Restbetrag von TEUR 364 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 238 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2022 übertragen. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 126 nicht in Anspruch genommen, die sich über mehrere geplante Maßnahmen verteilen.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.703 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.750) um 2 % gesunken. Dies begründet sich wesentlich aus der Minderung der Guthaben bei Kreditinstituten (TEUR 511) aufgrund der Inanspruchnahme von zum 31. Dezember 2020 nicht verbrauchter Fördermittel und abgegrenzter Kooperationszahlungen, was zu einer entsprechenden Minderung der sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 594) und des passiven Rechnungsabgrenzungspostens (TEUR 109) auf der Passivseite beitrug.

Im Gegenzug stiegen auf der Aktivseite das Anlagevermögen insbesondere durch den Abschluss der MOOVME-App (TEUR 324) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 147) vor allem aufgrund höherer Steuererstattungsansprüche. Auf der Passivseite stieg der Sonderposten aus Investitionszuschüssen um TEUR 319, da die anteilige Förderung der Anlagenzugänge (TEUR 511) die planmäßige Auflösung für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von TEUR 192 überstieg. Aufgrund des Zuwachses nicht verbrauchter Betriebskostenzuschüsse und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern um TEUR 179.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2021 trotz der Corona-Pandemie gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt wurden.

#### **Ausblick auf 2022 und 2023**

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist auch 2022 mit einer weiterhin kritischen Einnahmesituation bundesweit im ÖPNV zu rechnen; auch die Verbundeinnahmen im MDV werden wiederum deutlich unter den Planwerten liegen. Daher hat sich die Verkehrsministerkonferenz für einen weiteren „**Rettungsschirm für den ÖPNV für das Jahr 2022**“ ausgesprochen. Der Branchenverband VDV führt dazu die Gespräche mit Bund und den Ländern. Ziel ist ein dem Rettungsschirm der Vorjahre entsprechender Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen.

Im Rahmen des zweiten Energie-Entlastungspaketes plant die Bundesregierung 2022 die Einführung eines **bundesweit gültigen ÖPNV-Tickets für 9,00 Euro pro Monat für einen Zeitraum von drei Monaten**. Zahlreiche Fragen für die konkrete Umsetzung sind aktuell noch in der Klärung durch den Bund und die Länder. Voraussetzung für die Umsetzung des Tickets aus Sicht der Länder, Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen ist, dass ein vollständiger und zeitnaher Ausgleich der durch die Anwendung des 9-Euro-Tickets entstehenden Mindereinnahmen durch den Bund erfolgt.





Außerdem wird auch im Jahr 2022 die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Im **tariflichen Fokus** werden u.a. die vorbereitenden Arbeiten zum Sachsentarif sowie zur Tarifzonenreform Burgenlandkreis stehen. Hinzu kommt der Beginn der Arbeiten für die Tarifstrategie 2027. Mit dieser tariflichen Neuausrichtung soll die Digitalisierung des Tarifs vorbereitet und umgesetzt werden. Ein wesentlicher Baustein ist dabei die Entwicklung eines verbundweiten eTarif-Konzeptes im Rahmen des Modellprojekts STADTLand+.

Für das Jahr 2022 ist ebenso die **verbundweite Ausgabe des Abo Flex** und damit verbunden auch der verbundweite Verkauf von rabattierten Abo-Flex-Tickets über alle Vertriebssysteme der VU im MDV vorgesehen. Die Gesamtsteuerung erfolgt über den MDV. Zum Start erfolgt die Ausgabe zunächst über Handytickets sowie gegen Barzahlung über die klassischen Vertriebswege. Eine spätere Umstellung auf bargeldloses Bezahlen über Chipkarten (VDV-KA-Bezahlverfahren) ist in den laufenden Projekten der RVU (STADTLand+) sowie bei der LVB und HAVAG vorgesehen. Eine gemeinsame Vermarktung ist geplant.

Die **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** läuft Ende 2022 aus. Eine Weiterführung wird angestrebt. In 2022 sollen die Themenschwerpunkte auf der Ermittlung der Anpassungsbedarfe im straßengebundenen ÖPNV liegen, die sich durch die veränderten Fahrpläne des S-Bahnnetzes ab Ende 2026 ergeben. Weitere Punkte werden aktuell abgestimmt. Qualitätskontrollen im SPNV und SEV sollen analog der Vorjahre ebenfalls weiter stattfinden.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2026 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 wurde von der Gesellschafterversammlung am 9. Dezember 2021 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2022 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2022 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende Zuschüsse von TEUR 3.429 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 419, wovon TEUR 89 auf das Jahr 2022 und TEUR 330 auf 2023-2025 entfallen. Die Finanzierung der Eigenmittel für das Modellprojekt STADTLand+ im Zeitraum 2022 bis 2024 ist zunächst vollständig aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen geplant. Das Land Sachsen-Anhalt und der ZVNL haben eine ergänzende Förderung angekündigt.

Die **aktuelle interne Arbeit in der Geschäftsstelle** ist seit Mitte Dezember 2020 komplett umgestellt, um Corona bedingt Kontakte zwischen den Beschäftigten und Dritte zu vermeiden. Um das Risiko eines Ausfalls spezieller Arbeiten/Fachkollegen zu reduzieren, sind nahezu alle Beschäftigten im mobilen Arbeiten unterwegs. Die Zusammenarbeit mit den Fachkollegen der Gesellschafter in den Arbeits- und Projektgruppen sowie in den Ausschüssen erfolgt ebenso vollständig digital.

Als eine Entwicklung von besonderer Bedeutung mit Wirksamkeit nach dem Bilanzstichtag ist der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine am 24. Februar 2022 zu sehen, was ein einschneidendes Ereignis darstellt. Zu berücksichtigen ist, dass die beschriebenen Entwicklungen für das Jahr 2022 auf der im Dezember 2021 beschlossenen Wirtschaftsplanung basieren und demnach keine Auswirkungen für den MDV abgebildet werden, die sich im



Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und den gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen daraus ergeben könnten. Ein Anpassungsbedarf der Planungsaussagen für 2022 hat sich aus den beschriebenen Ereignissen nicht ergeben. Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

#### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Mai 2021.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschriebenen flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafftem Anlagevermögen, für den über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter keine Mittel amortisiert werden, kann mittelfristig bis 2026 durch ausreichende Mittel der Kapitalrücklage finanziert werden.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

#### **1. Bilanzdaten (in TEUR)**

**Aktiva**

	2021 Plan		2021 Ist		2020 Ist		2019 Ist	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.145,9</b>	<b>64%</b>	<b>1.119,7</b>	<b>41%</b>	<b>808,4</b>	<b>29 %</b>	<b>885,0</b>	<b>30 %</b>
Immaterielles Vermögen	1.052,6		1.025,7		701,4		780,3	
Sachanlagen	93,3		94,0		107,0		104,7	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>620,2</b>	<b>35%</b>	<b>1.562,6</b>	<b>56%</b>	<b>1.926,0</b>	<b>70 %</b>	<b>2.037,7</b>	<b>69 %</b>
Forderungen und sonst. Vermögen	170,0		502,1		355,0		468,4	
Wertpapiere/Liquide Mittel	450,2		1.060,5		1.571,0		1.569,3	
<b>Aktiver RAP</b>	<b>10,0</b>	<b>1%</b>	<b>20,9</b>	<b>1%</b>	<b>16,0</b>	<b>1 %</b>	<b>15,4</b>	<b>1 %</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.776,1</b>	<b>100%</b>	<b>2.703,1</b>	<b>100%</b>	<b>2.750,4</b>	<b>100%</b>	<b>2.938,1</b>	<b>100 %</b>

**Passiva**

	2021 Plan		2021 Ist		2020 Ist		2019 Ist	
<b>Eigenkapital</b>	<b>478,1</b>	<b>27%</b>	<b>477,3</b>	<b>18%</b>	<b>477,4</b>	<b>17 %</b>	<b>477,3</b>	<b>23 %</b>
Gezeichnetes Kapital	76,1		76,1		76,1		76,0	
Rücklagen	401,3		401,3		401,3		401,3	
Gewinn-/Verlustvortrag	0,3		0,0		0,0		0,0	
Bilanzgewinn/-verlust	0,5		0,0		0,0		0,0	
<b>Sonderposten</b>	<b>756,1</b>	<b>42%</b>	<b>812,0</b>	<b>30%</b>	<b>493,6</b>	<b>18%</b>	<b>574,2</b>	<b>20 %</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>120,0</b>	<b>7%</b>	<b>167,2</b>	<b>6%</b>	<b>142,2</b>	<b>5 %</b>	<b>151,5</b>	<b>5 %</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>412,3</b>	<b>23%</b>	<b>1.036,8</b>	<b>38%</b>	<b>1.536,4</b>	<b>56 %</b>	<b>1.598,6</b>	<b>54 %</b>
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	412,3		1.036,8		1.536,4		1.598,6	
<b>Passiver RAP</b>	<b>9,6</b>	<b>1%</b>	<b>209,8</b>	<b>8%</b>	<b>100,8</b>	<b>4 %</b>	<b>136,5</b>	<b>5 %</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.776,1</b>	<b>100%</b>	<b>2.703,1</b>	<b>100%</b>	<b>2.750,4</b>	<b>100 %</b>	<b>2.938,1</b>	<b>100 %</b>

**2. G & V – Daten (in TEUR)**



	2021 Plan	2021 Ist	2020 Ist	2019 Ist
<b>Umsatz</b>	<b>1.478,8</b>	<b>1.086,6</b>	<b>1.125,8</b>	<b>971,4</b>
Zuschüsse der Gesellschafter	3.316,5	3.046,0	2.972,8	2.575,3
Andere aktivierbare Eigenleistungen	0,00	0,0	0,0	0,0
Sonstige betr. Erträge	1.007,7	862,1	1.212,7	2.016,4
<b>Gesamtleistung</b>	<b>5.803,0</b>	<b>4.994,7</b>	<b>5.311,3</b>	<b>5.563,1</b>
Materialaufwand	-2.241,1	-1.654,2	-1.882,6	-2.473,7
Personalaufwand	-2.690,6	-2.477,7	-2.539,3	-2.445,3
Abschreibungen	-305,7	-320,0	-264,2	-218,2
Sonstige betr. Aufwendungen	-564,9	-524,3	-619,7	-412,7
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>0,7</b>	<b>18,5</b>	<b>5,5</b>	<b>13,2</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0	4,7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	-18,3	-5,3	-17,7
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>0,7</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>
Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Steuern	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0,5</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Entnahme aus Kapitalrücklage	0	0	0	0
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>0,5</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>



### 3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2021 Plan	2021 Ist	2020 Ist	2019 Ist
<b>Vermögenssituation</b>				
Vermögensstruktur	59,26 %	37,95 %	25,5 %	26,56 %
Investitionsdeckung	124,64 %	252,38 %	140,66 %	172,15 %
Fremdfinanzierung	51,26 %	59,56 %	70,00 %	68,9 %
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	26,96 %	17,66 %	17,36 %	16,25 %
<b>Liquidität</b>				
Effektivverschuldung	keine	keine	Keine	keine
Liquiditätsgrad I	109,19 %	102,28 %	102,25 %	98,17 %
<b>Rentabilität</b>				
Eigenkapitalrendite	0 %	0 %	1 %	0 %
Gesamtkapitalrendite	0 %	0 %	0 %	0 %
<b>Geschäftserfolg</b>				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	35	26	30	23
Personalaufwandsquote	181,94 %	228,02 %	225,56 %	251,73 %
<b>Beschäftigte</b>				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	42	42	42	42





---

## Teil II – Deutschlandtarifverbund GmbH (DTVG)

### Allgemeine Angaben zum Unternehmen

---

<b>Adresse</b>	Wiesenhüttenplatz 25 60329 Frankfurt am Main
<b>E-Mail</b>	info@deutschlandtarifverbund.de
<b>Homepage</b>	www.deutschlandtarifverbund.de
<b>Gründungs Jahr</b>	2020
<b>Unternehmens-</b>	Erbringung und Beauftragung von Dienstleistungen zur Begründung und Fort <b>gegenstand/</b> entwicklung des verbund- und landestarifüberschreitenden SPNV-Tarifs. <b>Unternehmenszweck</b>
<b>Rechtsform</b>	GmbH
<b>Stammkapital</b>	54.075 EUR zum 31.12.2021 (32.700 EUR im Vorjahr) Der ZVNL ist Gesellschafter der Deutschlandtarifverbund GmbH und hält zum 31.12.2021 einen Anteil von 1,2483 % am Stammkapital der DTV GmbH,
<b>Geschäftsführung</b>	Johann von Aweyden, Königswinter

---





<b>Gesellschafter / Beteiligungsverhältnisse:</b>	<b>Anteil EUR</b>	<b>Anteil in %</b>
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	300,00	0,5548
ABELLIO Rail NRW GmbH	750,00	1,3870
Agilis Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	150,00	0,2774
Agilis Verkehrsgesellschaft mbH & Co. KG	150,00	0,2774
Bayerische Oberlandbahn GmbH	450,00	0,8322
Bayerische Regiobahn GmbH	300,00	0,5548
cantus Verkehrsgesellschaft mbH	150,00	0,2774
DB Regio AG	14.700,00	27,1845
DB RegioNetz Verkehrs GmbH	1.050,00	1,9418
DB ZugBus Regionalverkehr Alb-Bodensee GmbH	900,00	1,6644
Die Länderbahn GmbH	750,00	1,3870
Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH	300,00	0,5548
Erfurter Bahn GmbH	450,00	0,8322
erixx GmbH	300,00	0,5548
Freiberger Eisenbahngesellschaft mbH	150,00	0,2774
Go-Ahead Baden-Württemberg GmbH	300,00	0,5548
metronom Eisenbahngesellschaft mbH	300,00	0,5548
National Express Rail GmbH	450,00	0,8322
NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft mbH & Co. KG	300,00	0,5548
NordWestBahn GmbH	900,00	1,6644
ODEG Ostdeutsche Eisenbahn GmbH	450,00	0,8322
S-Bahn Berlin GmbH	150,00	0,2774
S-Bahn Hamburg GmbH	150,00	0,2774
SBB GmbH	450,00	0,8322
Süd-Thüringen-Bahn GmbH	150,00	0,2774
Transdev Regio Ost GmbH	450,00	0,8322
Transdev SE & Co. KG	300,00	0,5548
Trans Regio Deutsche Regionalbahn GmbH	150,00	0,2774
Verkehrsgesellschaft Start Unterelbe mbH	150,00	0,2774
vlexx GmbH	300,00	0,5548
WestfalenBahn GmbH	300,00	0,5548
Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft mbH	150,00	0,2774
Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH	1.875,00	3,4674
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	900,00	1,6644
Land Baden-Württemberg	3.975,00	7,3509
HANSeatische Eisenbahn GmbH	150,00	0,2774
Keolis Deutschland GmbH & Co. KG	600,00	1,1096
Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe	1.950,00	3,6061
Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH	675,00	1,2483
Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen GmbH	975,00	1,8031
Regionalverband Großraum Braunschweig	450,00	0,8322
Regio Tram Gesellschaft mbH	150,00	0,2774
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	1.950,00	3,6061
Saarland	600,00	1,1096
SAB Schwäbische Alb-Bahn GmbH	150,00	0,2774



Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois	150,00	0,2774
SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs-AG	600,00	1,1096
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr Anstalt des öffentlichen Rechts	1.650,00	3,0514
Verkehrsverbund Rhein-Neckar GmbH (VRN GmbH)	225,00	0,4161
VIAS GmbH	150,00	0,2774
VIAS Rail GmbH	300,00	0,5548
VMV-Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH	750,00	1,3870
<b>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig</b>	<b>675,00</b>	<b>1,2483</b>
Zweckverband Nahverkehr Rheinland	1.350,00	2,4966
Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord	1.275,00	2,3579
Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd	825,00	1,5257
Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen	750,00	1,3870
Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe	675,00	1,2483
Go-Ahead Bayern GmbH	150,00	0,2774
Albtal-Verkehrs-Gesellschaft	900,00	1,6644
Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH	2.850,00	5,2705
City-Bahn Chemnitz GmbH	150,00	0,2774

**Beteiligungen** Keine

**Gremien**

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat\*
- Gesellschafterausschuss
- AAV-Gremium
- Regionalausschüsse

\*Der Aufsichtsrat setzt sich im Geschäftsjahr 2021 wie folgt zusammen:

Herr Goßner, Bastian – (Vorsitzender), Kfm. Geschäftsleiter, Leiter Tarif, Erlöse & Vertrieb  
Herr Kuhnle, Norbert – (Stellvertreter) Jurist  
Frau Benderoth, Ines – Leiterin Erlösmanagement  
Herr Dreyhaupt, Nils, Leiter Erlöscontrolling und RES  
Frau Heller, Saskia, Senior Referentin Preisstrategie  
Frau Niebuhr, Anja, Abteilungsleiterin Tarif, Vertrieb & Erlösmanagement  
Frau Söring, Lara, Bereichsleiterin Tarif & Vertrieb  
Herr Strubberg, Jörg, Leiter Erlösmanagement  
Herr Wittmann, Klaus, Volljurist  
Herr Kühnhausen, Tilo, Leiter Marketing & Vertrieb  
Frau Orth, Katharina, Leitende Angestellte



---

**Abschlussprüfer**      bbl Rechtsanwälte & Steuerberater Partnerschaftsgesellschaft mbB  
Theaterstraße 16  
30159 Hannover

---

#### **Kurzbildung des Unternehmens**

Die Gründung der Deutschlandtarifverbund GmbH (DTVG) hat ein klares Ziel: mehr Freiheit und Selbstbestimmung für die Eisenbahnverkehrsunternehmen und Aufgabenträger – und somit für alle Akteure, auch jene, die bislang zwar die Erlösverantwortung tragen, sich dabei aber nur bedingt an Entscheidungsfindungen beteiligen können. Mit einem gemeinsamen Tarifsysteem nehmen es die Eisenbahnverkehrsunternehmen und Aufgabenträger selbst in die Hand, die Verkehrswende voranzutreiben und nach eigenem Anspruch zu gestalten.

Mit dem Startschuss am 01.01.2022 hat der Deutschlandtarif den Nahverkehrstarif der Deutschen Bahn (DB) abgelöst. Damit übernimmt der Deutschlandtarifverbund auch die Aufgaben des Tarifverbands der Bundesbahnen und Nichtbundesbahnen in Deutschland (TBNE) und entwickelt diese weiter, indem einheitliche Konditionen für alle Kooperationspartner geschaffen werden.

Der Deutschlandtarifverbund versteht sich im Moment vielmehr als Organisations- und nicht als Tarifprojekt. Denn neben Tarifpflege und Einnahmeverteilung sieht sich die DTVG vor allem zuständig für die Willensbildung der Gesellschafter.

---

#### **Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der DTVG**

Im Jahr 2021 wurde durch den ZVNL ein Beitrag in Höhe von 6.519,24 EUR als Gesellschafter an die DTVG geleistet.

---



---

## Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

### Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2021

Die Deutschlandtarifverbund-GmbH hat das Ziel den deutschlandweiten SPNV-Tarif entsprechend den Markterfordernissen weiterzuentwickeln. Hierzu ist sie die tarifbezogene Entscheidungsplattform und Interessenvertretung aller Gesellschafter.

Das Stammkapital der Gesellschaft wurde im Berichtsjahr von 32.700,00 € um 21.375,00 € auf 54.075,00 € erhöht. Die Bilanz weist zum 31.12.2021 eine ausstehende Einlage (eingefordert) von insgesamt 1.575,00 € aus. In die Kapitalrücklage wurde im Geschäftsjahr 2021 ein Betrag von insgesamt 958 T€ eingestellt. Zusammen mit dem Vorjahreswert (493 T€) weist die Bilanz zum 31.12.2021 eine Kapitalrücklage in Höhe von insgesamt 1.451 T€ aus, womit eine ausreichende Kapitalausstattung gegeben und die Liquidität der Gesellschaft zu jeder Zeit gegeben war. Frei verfügbare Vermögensbestandteile werden als Kassenbestand mit täglicher Verfügbarkeit vorgehalten.

Vor dem Marktstart des Deutschlandtarifes wurden die Tätigkeiten der Gesellschaft aus dem Eigenkapital finanziert. Nach dem Marktstart erfolgt die Finanzierung aus Umsatzerlösen, die durch die Erbringung der Abrechnungs- und Tarifdienstleistungen gegenüber den Eisenbahnverkehrsunternehmen erzielt werden. Die Gesellschafter haben entsprechende Finanzierungsgrundsätze beschlossen, die eine ausreichende Finanzierung der Gesellschaft sicherstellen sollen. Dementsprechend wurden keine Umsatzerlöse erzielt, woraus sich im Jahr 2021 ein Fehlbetrag ergibt. Umsatzerlöse werden erstmals mit dem Marktstart des Deutschlandtarifs, welcher am 1.1.2022 erfolgt ist, erzielt werden. Die Umsatzerlöse werden zu einem auskömmlichen Ergebnis führen, da die Aufgaben und deren Bezahlung durch die Gesellschafterversammlung gegenüber den Eisenbahnen vorgegeben werden können.

### Tätigkeiten der Gesellschaft

Nach Etablierung grundlegender gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse im Jahr 2020 wurden wesentliche Tätigkeiten und Entscheidungen in Hinblick auf die Einführung des Deutschlandtarifs im Geschäftsjahr 2021 fortgeführt und final beschlossen. Dazu zählen:

- Anstellung von weiteren Mitarbeitern\*innen für die Bereiche Controlling, Projektmanagement und Kommunikation
- Kapitalerhöhung durch Ausgabe neuer Geschäftsanteile, Übertragung von Geschäftsanteilen
- Verständigung auf die inhaltlichen Eckpunkte des Deutschlandtarifs
- Fortführung der Zusammenarbeit der Gesellschafter in dafür gebildeten Themenarbeitsgruppen einschließlich des Projektmanagements





- Vorbereitung, Beratung und Beschluss des Vertragswerkes zum Deutschlandtarif
- Vorbereitungen für den Übergang in den Regelbetrieb
- Vorbereitende Maßnahmen zur Aufnahme der Gremienarbeit im Fachbeirat und in den Regionalausschüssen sowie Gründung des Gesellschafterausschusses
- Erarbeitung und Beantragung der Tarifbedingungen
- Ausbau leistungsfähiger Kommunikationsstrukturen zur Information der Gesellschafter und Stakeholder

Die Gesellschaft wechselt im Jahr 2022 von den vorbereitenden Tätigkeiten zur Einführung des Deutschlandtarifs in den operativen Regelbetrieb zur Durchführung und Abwicklung der Erlösaufteilung. Damit ergeben sich folgende Schwerpunkte für die Gesellschaft:

- Sicherstellung und Kommunikation des Abrechnungsgeschäftes
- Vorbereitung und Etablierung grundlegender Prozesse für Änderungen und Weiterentwicklungen des Deutschlandtarifs
- Sicherstellung von Informations- und Entscheidungswegen innerhalb der neuen Gremienstruktur
- Kapitalerhöhung(en) zur Aufnahme weiterer Gesellschafter
- Initiierung eines gemeinsamen Strategieprozesses sowie Prüfung möglicher externer Beratungsunternehmen

#### **Entwicklung des Marktumfeldes und Chancen- und Risikoeinschätzung**

Der öffentliche Personennahverkehr steckt weiterhin in einer angespannten Lage. Wesentliche Teile der Fahrgäste verzichten aufgrund der immer noch anhaltenden Corona-Pandemie auf Öffentliche Verkehrsmittel. Dies stellt die Gesellschafter der DTVG und die Verbundunternehmen auch weiterhin vor besondere Herausforderungen, deren kurzfristige Folgen sie gemeinsam mit den Regierungen des Bundes und der Länder im Rahmen des „ÖPNV-Rettungsschirm“ ausgeglichen haben. Trotzdem müssen die Bahnunternehmen wegen Corona auch im kommenden Jahr mit Einnahmerückgängen in Milliardenhöhe rechnen, was die Forderung der Branche an die Politik mit sich bringt, den Rettungsschirm zur finanziellen Unterstützung der Branche auch 2022 aufgespannt zu lassen.

#### **Kurz- und mittelfristige Entwicklung**



Mit den nun wieder stark steigenden Inzidenzen und den damit verbundenen Einschränkungen werde aber die weitere Fahrgastrückgewinnung anspruchsvoll. Bei ausbleibender Markterholung und dem politischen Wunsch nach Aufrechterhaltung von nahezu 100% des Angebots drohen der Branche weitere Verluste und am Ende sogar Angebotseinschränkungen im Nahverkehr.

Die DTVG ist der Auffassung, dass die aktuelle Entwicklung somit eine Fortsetzung der Jahre 2020 und 2021 widerspiegelt, in dem das Einnahmenniveau aus der Zeit vor der Pandemie auch mittelfristig nicht erreicht werden kann. Auf die Auswirkungen der Kosten der Deutschlandtarifverbund-GmbH hat diese Entwicklung keine Auswirkung. Festzuhalten bleibt aber, dass diese sich jedoch mittelfristig negativ auf die Stückkosten im Bereich der Tarif- und Abrechnungsdienstleistung auswirken kann. Entsprechend der Finanzierungsgrundsätze der Gesellschaft werden diese Kosten durch die Verbundunternehmen getragen, so dass für die Finanzierung der Gesellschaft in dieser Hinsicht kein Risiko besteht, sofern die Gesellschafter und Verbundunternehmen die Forderungen bedienen bzw. ihren Einzahlungszusagen nachkommen.

Trotz der anhaltenden schwierigen Lage für unsere Gesellschafter und die Verbundunternehmen konnten die mit der Gründung der Gesellschaft festgelegten Ziele wie der pünktlichen Einführung des Deutschlandtarifs und der damit verbundenen Organisation der Erlösabrechnung eingehalten und erfolgreich umgesetzt werden. Damit einhergehend ist ein stark wachsendes Interesse verschiedener Stakeholder Gruppen an der Arbeit und an den Zielen der Gesellschaft feststellbar.

Die starke Vernetzung in die Branche und die transparente Informations- und Kommunikationspolitik macht die DTVG als Kooperationspartner gleich auf mehreren Ebenen für andere Branchenteilnehmer interessant, was dem Wunsch der Gesellschaft, als zentraler Ansprechpartner für andere Branchenteilnehmer wahrgenommen zu werden, entgegenkommt. Damit ergibt sich, vor dem Hintergrund der erfolgreichen Einführung des Deutschlandtarifs, für die Gesellschaft die Chance weiter in die Rolle als verlässlicher Gesprächspartner in markt- und branchenrelevanten Themen hineinzuwachsen.





## 1. Bilanzdaten - Bilanz zum 31.12.2021

## AKTIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
I. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>18.628,00</u>	<u>6.504,00</u>
Summe Anlagevermögen	18.628,00	6.504,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen Gesellschafter	3.408,28	0,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>49.353,89</u>	<u>16.858,03</u>
	52.762,17	16.858,03
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>312.868,42</u>	<u>352.503,93</u>
Summe Umlaufvermögen	365.630,59	369.361,96
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<u>13.047,48</u>	<u>7.130,65</u>
	<b>397.306,07</b>	<b>382.996,61</b>



## PASSIVA

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	54.075,00	32.700,00
II. Kapitalrücklage	1.451.358,72	493.000,00
III. Jahresfehlbetrag		199.987,87
IV. Bilanzverlust	1.248.202,55	
Summe Eigenkapital	257.231,17	325.712,13
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. sonstige Rückstellungen	107.738,00	28.991,00
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	19.863,93	21.122,63
2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>12.472,97</u>	<u>7.170,85</u>
	<u>32.336,90</u>	<u>28.293,48</u>
	<u>397.306,07</u>	<u>382.996,61</u>

## 2. G & V – Daten



## Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2021 bis 31.12.2021

	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
<b>1. sonstige betriebliche Erträge</b>			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	94,42		0,00
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	14.303,33		0,00
		14.397,75	0,00
<b>2. Materialaufwand</b>			
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		37.000,00	5.500,00
<b>3. Personalaufwand</b>			
a) Löhne und Gehälter	430.646,64		92.845,54
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	77.910,26		12.677,97
		508.556,90	105.523,51
<b>4. Abschreibungen</b>			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		5.451,10	2.575,92
<b>5. sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			
a) Raumkosten	41.996,04		5.327,66
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	9.984,45		3.679,65
c) Reparaturen und Instandhaltungen	3.287,50		7.925,00
d) Werbe- und Reisekosten	7.146,41		2.180,16
e) verschiedene betriebliche Kosten	449.190,03		67.275,97
		511.604,43	86.388,44
<b>6. Ergebnis nach Steuern</b>		1.048.214,68	199.987,87
<b>7. Jahresfehlbetrag</b>		1.048.214,68	199.987,87
8. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		199.987,87	
<b>9. Bilanzverlust</b>		1.248.202,55	

Die Erlöse aus der Abrechnungs- und Tarifiedienstleistung fallen erst mit Tarifstart, also erstmals im Jahr 2022 an. Im Berichtsjahr 2021 sind keine Erlöse erzielt worden.

Der Jahresfehlbetrag i.H.v. 1.048.214,68 € wird in das Jahr 2022 vorgetragen.

## Entsorgung

# KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Am Westufer 3  
04463 Großpösna OT Störmthal  
Tel.: 034299 / 87440  
E-Mail: [info@kell-gmbh.de](mailto:info@kell-gmbh.de)  
Webseite: <http://www.kell-gmbh.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 21.10.2009

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern, der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle. Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien, sein, soweit die Gesellschaft überwiegend, die dem Gesellschafter als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

### Kapital:

Stammkapital	331.000 €
--------------	-----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Jens Adam
Herr Jens Meissner

### III BETEILIGUNGEN

#### Gesellschafter

Landkreis Leipzig	331.000,00 €	100,00 %
-------------------	--------------	----------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
<b>Sonstiges (Avalprovision)</b>	6.662,25	5.566,05	4.469,85
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	1.855.350,00	1.489.950,00	1.124.550,00

### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

#### I. Grundlagen der Gesellschaft

Die KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH ist ein Tochterunternehmen des Landkreises Leipzig. Der Landkreis ist einziger Gesellschafter. Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig, insbesondere das Einsammeln und Befördern der vom Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zu erfassenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Erbringung weiterer Dienstleistungen im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings.

#### II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

##### 1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Berichtsjahr wurde weiterhin im Wesentlichen von der Covid 19 Pandemie bestimmt. Durch die Systemrelevanz der Erfassung haushaltnah anfallender Abfälle waren viele Abfallwirtschaftsbetriebe erneut von den pandemiebedingten wirtschaftlichen Einschränkungen nicht betroffen. Andererseits mussten sie ihre umfangreichen Vorkehrungen zum Schutz ihrer Mitarbeiter vor der Übertragung von Corona-Viren in den Unternehmen fortsetzen.

##### 2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze der Gesellschaft sind im Berichtsjahr um 3,3 Mio. EUR auf insgesamt 14,2 Mio. EUR gestiegen. Sie liegen damit ca. 30 % über dem Vorjahresniveau. Die Ursachen dafür waren das gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegene Preisniveau des Altpapiers, die erstmalige ganzjährige Bioabfallsammlung im gesamten Gebiet des Landkreises Leipzig, kalkulationsbedingte Preisanpassungen sowie Mengensteigerungen bei Papier.

Die Vermarktungssituation hatte – wie auch in den Jahren zuvor – keine Auswirkungen auf das Ergebnis der Gesellschaft, da den höheren Vermarktungserlösen entsprechend höhere auftragsbezogene Einkaufskosten im gleichen Umfang gegenüberstanden.

Zieht man vom Umsatz den Materialaufwand ab, beträgt die Steigerung des so entstehenden Nettorohertrages immer noch rund 1,1 Mio. EUR. Neben den Preis- und Mengeneffekten ist



dafür hauptsächlich die erstmalige ganzjährige flächendeckende Bioabfallsammlung verantwortlich.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

### **3. Geschäftsergebnis**

Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 732 Tsd. EUR. Die 50 %-ige Steigerung des Jahresüberschusses liegt erneut über den Erwartungen der Geschäftsführung. Die Abweichung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf pandemiebedingten Sondereffekten des Geschäftsjahres.

### **4. Produktiver Geschäftsbetrieb**

Dem höheren Umsatzvolumen stehen entsprechende Kostensteigerungen gegenüber. Insbesondere die erstmalige ganzjährige Bioabfallsammlung verursachte im Vergleich zum Vorjahr höhere Personal-, Fahrzeug- und Abschreibungskosten.

Der zunehmend gesamtwirtschaftlichen Vollbeschäftigung sowie dem immer spürbarer werdenden Kraftfahrermangel geschuldet, erhöhten sich die Personalkosten um 13 %. Gegenüber dem Vorjahr sind erhöhte Personalaufwendungen aufgrund der mit Wirkung zum 01.01.2021 abgeschlossenen Betriebsvereinbarung zum Entgeltsystem, die eine schrittweise Anpassung der Entgeltstruktur der Gesellschaft auf das Niveau des Tarifvertrages öffentlicher Dienst vorsieht, zu verzeichnen. Darüber hinaus führte der im Vorjahr nur schrittweise für die Bioabfallentsorgung durchgeführte Personalaufbau im Geschäftsjahr 2021 nunmehr vollumfänglich zu gestiegenen Lohn- und Gehaltskosten. Dagegen dämpften langfristig krankheitsbedingte Ausfälle sowie unbesetzte Stellen den erwarteten Kostenanstieg im Personalbereich. Allerdings waren damit auch im Vorjahresvergleich erhöhte Kosten für Leiharbeitskräfte verbunden, die unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen sind.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Preise für Dieselkraftstoffe 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 27 % gestiegen. Diesem Trend konnte sich auch die Gesellschaft im Berichtsjahr nicht entziehen. Hinzu kam der Mehrverbrauch an Kraftstoff durch die erstmalige ganzjährige Bioabfallsammlung. Wie bereits in den Vorjahren verstetigte sich der Anstieg der Reparaturkosten für die Fahrzeuge.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 12,8 % gestiegen. Ursache dafür sind neben den allgemeinen inflationsbedingten Kostensteigerungen Pachtanpassungen für den Betriebsstandort der Gesellschaft, Corona-bedingte Mehrausgaben für den Gesundheitsschutz der Belegschaft, Umstellungen im Kommunikationsbereich sowie nicht regelmäßig anfallende Ausschreibungskosten.

Insgesamt wurden die Kostensteigerungen durch den preis- aber auch den mengenbedingten Umsatzzuwachs mehr als kompensiert. Allerdings ist der erzielte Ergebniserfolg aus Sicht der Geschäftsführung nicht nachhaltig, da er zu sehr auf Corona- sowie einmal bedingten Effekten beruht. Hinzu kommt der Ergebniseffekt durch den mit dem Landkreis vereinbarten Selbstkostenfestpreis für den vertraglich vereinbarten zweijährigen Kalkulationszeitraum.

### **5. Beschaffung und Investitionen**

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von rund 1.028 Tsd. EUR getätigt. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Behälter sowie Verwertungsdienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen den bestätigten Investitionsplanungen.

## **6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben**

Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2021 erfolgten im Rahmen der Eigenfinanzierung.

Durch die ausschließliche Finanzierung mit Eigenmitteln und die planmäßige Tilgung der bestehenden Kredite hat sich das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt.

## **7. Personal- und Sozialbereich**

Der Mitarbeiterbestand im Geschäftsjahr 2021 ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Erforderliche Personalkapazitäten im gewerblichen Bereich mussten jedoch dennoch durch Zeitarbeitskräfte ausgeglichen werden. Es erweist sich zunehmend als schwierig, die Neubesetzung von Stellen durch qualifizierte Bewerber erfolgreich durchzuführen. Dies trifft sowohl auf befristete als auch auf unbefristete Stellen zu. Offene Stellen lassen sich oft erst später als geplant bzw. im Falle von befristeten Stellen zum Teil überhaupt nicht besetzen.

Die Mehrzahl der Mitarbeiter befindet sich in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen. Die Fluktuationsrate ist extrem niedrig. Die damit verbundene Kontinuität im Personalbereich erlaubt es uns, die hohe Sach- und Fachkunde sowohl an den Wertstoffhöfen und in der Tourenentsorgung als auch in unserer Tätigkeit als Verwaltungshelfer des Landkreises aufrecht zu erhalten.

Erhebliche Anstrengungen mussten unternommen werden, um die pandemiebedingten Verschärfungen der Arbeitsschutzvorschriften umzusetzen. Dabei kam eine Vielzahl von Instrumenten wie z.B. Arbeitszeitverlagerung, mobiles Arbeiten sowie vorbeugende Hygienevorschriften zum Einsatz.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	31.12.2021	31.12.2020
Angestellte	32	31
Arbeiter	85	83
Aushilfskräfte	0	0
	117	114

## **8. Umweltschutz**

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

## **9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr**

Neben der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit während der Pandemiewellen gab es keine weiteren wichtigen Ereignisse und Entwicklungen im Berichtsjahr.

## **III. Darstellung der Lage**

### **1. Vermögenslage**

Im Berichtszeitraum erfüllte die Gesellschaft im Wesentlichen die bestehenden Verträge mit dem Landkreis Leipzig. Vor diesem Hintergrund waren nur Ersatzinvestitionen notwendig, so dass zusammen mit den leicht erhöhten Abschreibungen insgesamt ein leichter Rückgang des Anlagevermögens zu verzeichnen ist. . Hauptsächlich durch den gestiegenen Papierpreis entstand ein höherer stichtagsbezogener Forderungsbestand, welcher zu der insgesamt leicht gestiegenen Bilanzsumme maßgeblich beigetragen hat.

Die laufenden Tilgungen, der erwirtschaftete Jahresüberschuss sowie der Verzicht des Gesellschafters auf eine Ausschüttung haben den Verschuldungsgrad der Gesellschaft weiter reduziert. Er beträgt nur noch 0,9 (VJ: 1,1). Die Eigenkapitalquote stieg trotz höherer Bilanzsumme auf 54 % (VJ: 48 %).

Die Geschäftsführung erwartet unter Beachtung fortlaufender Ersatzinvestitionen eine stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

## **2. Finanzlage**

Aufgrund des erneut sehr guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen, konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 2,3 Mio. EUR erwirtschaften.

Der Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich lag 2021 bei 1,1 Mio. EUR. Eine Kreditaufnahme erfolgte nicht.

Unter Berücksichtigung der vereinbarten Tilgungen hat sich der Zahlungsmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr nur leicht erhöht. Die durch den Ausschüttungsverzicht des Gesellschafters ermöglichte Eigenfinanzierung von Sachanlagen gibt der Gesellschaft in Verbindung mit dem hohen Finanzmittelbestand genügend Spielraum für weitere Finanzierungsvorhaben, ausreichend Stabilität und Flexibilität.

## **3. Ertragslage**

Die Ertragslage der Gesellschaft ist weiterhin sehr stabil. Sie übertrifft im Geschäftsjahr mit 732 Tsd. EUR erneut die Erwartungen der Geschäftsführung. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt 5,2 %.

Der Ergebniszuwachs beruht im Wesentlichen auf pandemiebedingten Sondereffekten des Geschäftsjahres. So sind einzelne Abfallströme während der Pandemie stark angestiegen. Andererseits ließ sich die Sicherstellung der öffentlichen Abfallentsorgung im Landkreis nur durch den überdurchschnittlichen Einsatz der Mitarbeiter der Gesellschaft erreichen, da die krankheitsbedingte Ausfallquote sehr hoch und die Wiederbesetzung von Stellen meist nur zeitverzögert möglich war. Hinzu kam die pandemiebedingte Absage von Veranstaltungen der Abfallberatung sowie die verspätete Lieferung von Anlagegütern.

## **IV. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Die Verträge mit dem Landkreis Leipzig bilden eine entsprechend langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Nach der schrittweisen flächendeckenden Einführung der Biotonne im Vorjahr führte die erstmalige ganzjährige Erfassung von Bioabfall im Berichtsjahr zu einem weiteren Umsatzanstieg. Erwartungsgemäß sank parallel dazu der Umfang der Restabfallentsorgung. Da die Abfallwirtschaftsplanung des Landkreises Leipzig keine weiteren Veränderungen vorsieht, wird sich das Auftragsvolumen auf dem erreichten Niveau stabilisieren. Eine Normalisierung des Preisniveaus für Altpapier wird jedoch zu einer entsprechenden Korrektur der Umsatzerlöse führen, ohne dass dies die Ertragskraft der Gesellschaft beeinflussen wird.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich Risiken im Wesentlichen auf den

operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Die In-House-Verträge mit dem Landkreis limitieren Akquisitionen und erlauben damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

Durch das Geschäftsmodell der KELL ist auch weiterhin von stabilen, wenn auch niedrigeren Umsatz- und Ertragserwartungen auszugehen. Bedingt durch die nur geringen Risiken im Geschäftsmodell der KELL GmbH sind die für die Zukunft zu erwartenden Gewinnmargen ebenfalls entsprechend niedrig einzuschätzen.

## **V. Sonstige Angaben**

### **1. Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Miet- und Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2021 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für ein variables Investitionsdarlehen ein Zinssicherungsgeschäft (Forward Swap) abgeschlossen.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

### **2. Forschung und Entwicklung**

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2021 nicht betrieben.

### **3. Bestehende Zweigniederlassungen**

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Großpösna, 25.03.2022

Adam  
Geschäftsführer

Meissner  
Geschäftsführer

# Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Staudaer Weg 1  
01561 Priestewitz, OT Lenz  
Tel.: 035 249 / 7350  
E-Mail: [info@tba-sachsen.de](mailto:info@tba-sachsen.de)  
Webseite: <http://www.tba-sachsen.de>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 21.02.1991

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

### Kapital:

Gesamtstimmen	13 Stimmen
---------------	------------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Frau Sylvia Schäfer
---------------------

### Verbandsvorsitzender

Herr Michael Geisler
----------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Landkreis Bautzen	7,69 %	1
Landkreis Erzgebirgskreis	7,69 %	1
Landkreis Görlitz	7,69 %	1
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>7,69 %</b>	<b>1</b>
Landkreis Meißen	7,69 %	1
Landkreis Mittelsachsen	7,69 %	1
Landkreis Nordsachsen	7,69 %	1

## Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,69 %	1
Landkreis Vogtlandkreis	7,69 %	1
Landkreis Zwickau	7,69 %	1
Stadt Chemnitz	7,69 %	1
Stadt Dresden	7,69 %	1
Stadt Leipzig	7,69 %	1

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	96.580,00	108.256,61	111.385,40
Bürgschaften	-	-	-

### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

#### Adresse

Staudaer Weg 1  
01561 Priestewitz/OT Lenz

#### E-Mail

info@tba-sachsen.de

#### Homepage

www.tba-sachsen.de

#### Gründungsjahr

1991

#### Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

#### Organe

Verbandsversammlung  
Verwaltungsrat  
Verbandsvorsitzender

#### Verbandsvorsitz

Michael Geisler

#### Geschäftsführung

Sylvia Schäfer

#### Abschlussprüfer

A.V.A.T.I.S Revisionsgesellschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



## **Beteiligungen**

Keine

## **Mitglieder/Stimmenanteile**

Landeshauptstadt Dresden 1 von 13  
Landkreis Bautzen 1 von 13  
Landkreis Erzgebirgskreis 1 von 13  
Landkreis Görlitz 1 von 13  
Landkreis Leipzig 1 von 13  
Landkreis Meißen 1 von 13  
Landkreis Mittelsachsen 1 von 13  
Landkreis Nordsachsen 1 von 13  
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 1 von 13  
Landkreis Vogtlandkreis 1 von 13  
Landkreis Zwickau 1 von 13  
Stadt Chemnitz 1 von 13  
Stadt Leipzig 1 von 13

## **Vertreter in der Verbandsversammlung**

- I. Michael Geisler (Verbandsvorsitzender)
- II. Ralf Hänsel (Stellvertretender Verbandsvorsitzender)
- III. Kai Emanuel
- IV. Henry Graichen
- V. Michael Harig
- VI. Dirk Hilbert
- VII. Jörg Höllmüller
- VIII. Rolf Keil
- IX. Dr. Gabriela Leupold
- X. Barbara Ludwig
- XI. Dr. Christoph Scheurer
- XII. Dr. Ralph Schönfelder
- XIII. Frank Vogel

## **Aufgaben**

Gemäß § 3 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

"(1) Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

(2) Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

(3) Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen."

## **1. Grundlagen des Zweckverbands**

### **1.1 Aufgaben und Rechtsgrundlagen**

#### **1.1.1 Verbandssatzung**

Mit dem am 1. April 2004 erfolgten Beitritt des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Chemnitz zum 1991 gegründeten Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Lenz entstand der für das gesamte Gebiet des Freistaats Sachsen zuständige Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen (ZV). Gleichzeitig ist die Satzung des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Sachsen (Verbandssatzung vom 19. Februar 2004 (SächsABl. S. 273) in Kraft getreten. Diese wurde am 27. April 2004 (1. Änderungssatzung, SächsABl. S. 705), am 9. November 2005 (2. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1630), am 3. September 2008 (3. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1630), am 2. Dezember 2014 (4. Änderungssatzung, SächsABl. S. 357) und am 30. September 2020 (5. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1360) geändert.

#### **1.1.2 Zweckverbandsrecht und Eigenbetriebsrecht**

Das Sächsische Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) ist für die Rechtsverhältnisse des ZV maßgebend. Gemäß § 2 Abs. 3 der Verbandssatzung und § 58 Abs. 2 SächsKomZG finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung Anwendung. Die konkreten Vorgaben finden sich in der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816).

#### **1.1.3 Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht**

Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82), das zuletzt durch Artikel 279 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, bildet die bundesrechtliche Vorgabe zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte unter Berücksichtigung einschlägiger EU-Verordnungen.

Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und zu weiteren Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (SächsAGTierNebG) vom 9. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 579), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2019 (SächsGVBl. S. 268) geändert worden ist, enthält Bestimmungen über Gebühren und Entgelte, die Finanzierung des nicht gedeckten Aufwands für Tierkörper sowie die Bestimmung des Einzugsbereichs (Gebiet des Freistaats Sachsen).

Darüber hinaus wird durch dieses Gesetz die EU-Beihilfekonformität umgesetzt, wonach 25 % der Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern durch die Tierbesitzer getragen werden müssen. Ebenso werden die Finanzierungsanteile für die Beseitigung von Wild im Seuchenfall (zwei Drittel Freistaat Sachsen / ein Drittel Verbandsmitglieder) festgeschrieben.

#### **1.1.4 Mitgliederbestand**

Alle zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte des Freistaats Sachsen sind Mitglied im ZV, welcher 2021 unverändert folgende Mitglieder hatte:

- Erzgebirgskreis
- Landkreis Mittelsachsen
- Landkreis Zwickau
- Landkreis Bautzen
- Landkreis Meißen
- Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
- Landkreis Görlitz

- Landkreis Nordsachsen
- Landkreis Leipzig
- Vogtlandkreis
- Landeshauptstadt Dresden
- Stadt Chemnitz
- Stadt Leipzig.

### 1.1.5 Organe des Zweckverbands

#### 1.1.5.1 Organe

Nach der Verbandssatzung hat der ZV folgende Organe:

1. Verbandsversammlung
2. Verwaltungsrat
3. Verbandsvorsitzender.

Die Zuständigkeiten der Organe sind in der Verbandssatzung abgegrenzt.

#### 1.1.5.2 Verbandsversammlung

Jedes Verbandsmitglied wird von seinem Landrat oder Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung vertreten. Gemäß § 52 Abs. 3 SächsKomZG können die jeweiligen Hauptorgane der Verbandsmitglieder einen anderen leitenden Bediensteten mit der Vertretung in der Verbandsversammlung wählen. Von dieser Regelung haben die Landkreise Görlitz und Mittelsachsen sowie die Stadt Leipzig Gebrauch gemacht.

#### 1.1.5.3 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat setzt sich wie folgt zusammen.

Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
Michael Geisler	Landrat	Lkr. Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	Verbandsvorsitzender	23.09.2015 kraft V.-satz. (§ 9 Abs. 1)
Ralf Hänsel	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	23.09.2021
Jörg Höllmüller	Zweiter Beigeordneter	Landkreis Mittelsachsen	Verwaltungsratsmitglied	(23.09.2015); Wahl des Lkr. 09.12.2015
Kai Emanuel	Landrat	Landkreis Nordsachsen	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015
Henry Graichen	Landrat	Landkreis Leipzig	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015

Im Jahr 2022 finden in einigen Landkreisen Landratswahlen statt. In der Folge werden auch Mitglieder des Verwaltungsrats neu zu wählen sein.

#### 1.1.5.4 Verbandsvorsitzender

Name	Amts-bezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbands-vorsitzen-der	23.09.2015
Ralf Hän-sel	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Ver-bands-vorsitzenden	23.09.2021

Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter wurden am 23. September 2015 gewählt. Nach Ausscheiden des Stellvertreters Herrn Landrat Steinbach aus seinem Amt als Landrat am 30. August 2020 endete auch seine Funktion als Stellvertreter. Am 23. September 2021 wurde mit Herrn Landrat Hän-sel ein neuer Stellvertreter gewählt.

#### 1.1.6 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

Die Versammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 in ihrer 25. Sitzung am 23. September 2021 festgestellt. Die ortsübliche Bekanntmachung des Feststellungsbeschlusses und des Prüfungsvermerks sind vollzogen.

#### 1.2 Forschung und Entwicklung

Der ZV ist zertifiziert nach den Normen ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und DIN EN ISO 50001:2018 (Energiemanagement). Forschungsarbeit wird nicht geleistet.

### 2. Wirtschaftsbericht

#### 2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einem strukturellen Umbruch in der Tierkörperbeseitigung infolge der BSE-Krise im Jahre 2001 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte erlassen, die eine europaweit einheitliche Rechtsgrundlage schaffte. Auf dieser Grundlage wurden Bundes- und Landesrecht geändert. Seit dem 4. März 2011 ist mit der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 die Nachfolgeregelung in Kraft.

Die Umsetzung in Bundes- und Landesrecht erfolgt durch die unter Pkt. 1.1.3 genannten Gesetze.

#### 2.2 Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2021 technisch und wirtschaftlich stabil.

Um Auswirkungen der sog. Corona-Pandemie zu begrenzen, wurde ein Hygienekonzept umgesetzt. Krankheits- und quarantänebedingte Fehlzeiten schränkten die Aufgabenerfüllung des ZV nur in geringem Maße ein.

Die Erträge für Tierfett sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 47% gestiegen. Grund hierfür ist der im Sog der allgemeinen Energiepreissteigerungen stark gestiegene Preis für Tierfett, als Rohstoff für die Produktion von Biodiesel.

Der Erlös für Tierkörpermehl ist um ca. 11% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Allerdings steht diesem Erlös der Transportaufwand gegenüber, der fast zweieinhalb mal so groß ist, wodurch dieser Ersatzbrennstoff keinen positiven Beitrag liefern kann.

Der Ertrag durch den Verkauf von Tierhäuten hat sich in etwa halbiert. Im Zusammenhang mit der sog. Corona-Krise war die Nachfrage bis auf Null gesunken. Erst ab September 2021 werden Häute von Kälbern wieder gewonnen und verkauft, wobei die Qualitätsanforderungen der Abnehmer stark gestiegen und der Menge dadurch Grenzen gesetzt sind.

Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabend-morgen, wobei die Anlage je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte für einige Stunden außer Betrieb genommen wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.628 t Tiermehl und 3.419 t Tierfett an.

Der seit 2013 in Oelsnitz/Erzg. genutzte LKW-Stellplatz ermöglicht den Einsatz von sog. Wechselcontainern. Die Überführung zum Verarbeitungsbetrieb mittels Anhängerfahrzeug verringert den Transportaufwand.

Hohen Aufwand verursacht die Entsorgung von Wildschweinkörpern und Wildschwein-aufbruch (Schlachtabfall) aus den Landkreisen Görlitz, Bautzen und Meißen sowie von Wildschweinkörpern als sog. FUK-Tiere (Fallwild, Unfallwild, krank erlegtes Wild) in ganz Sachsen. Von den zuständigen Veterinärbehörden wurden Kadaversammelpunkte eingerichtet. Diese und teilweise auch Sammeltonnen bei Privatpersonen (Jäger) werden aus hygienischen Gründen auf separaten Touren entsorgt. Für diese Transporte wird ein neu gekaufter Sammel-LKW (ab März 2021) sowie 2 gebraucht gekaufte Kastenfahrzeuge eingesetzt.

## 2.3 Lage des Zweckverbands (Ertrags,- Finanz- und Vermögenslage)

### 2.3.1 Allgemeines

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 30. September 2020 die Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2021 beschlossen. Genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten. Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 3. November 2020 die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses bestätigt. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts am 26. November 2020 (S. A 862).

### 2.3.2 Entwicklung der Kredite

Der ZV hat keine Kredite auszuweisen.

### 2.3.3 Steuerpflicht des Zweckverbands

Der ZV ist umsatzsteuerlich ein Mischbetrieb. Ein Teil seiner Tätigkeit ist dem steuerpflichtigen Bereich des Betriebs gewerblicher Art (BgA), der übrige Teil dem Hoheitsbereich zuzuordnen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre.

Jahr	Laufender Betrieb		Investiver Bereich	
	- gerundet -		- gerundet -	
	hoheitlich	gewerblich	hoheitlich	gewerblich
	%	%	%	%
2017	56	44	40	60
2018	57	43	41	59
2019	55	45	41	59
2020	55	45	43	57
2021	57	43	44	56

### **2.3.4 Streitige Verfahren**

Gegen Gebührenbescheide der Jahre 2014 bis 2017 wurde durch einen Gebührenschuldner im Jahr 2018 Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht erhoben. Auch gegen die Gebührenbescheide für erbrachte Leistungen in den Folgejahren wurde und wird regelmäßig Widerspruch eingelegt, so dass keine Bestandskraft der Forderungen eintritt. Rückstellungen in ausreichender Höhe wurden für diesen Sachverhalt gebildet.

Bis zum 29. April 2022 sind keine weiteren Streitigkeiten gerichtsanhängig.

### **2.3.5 Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlage**

Das Rohwareaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge stieg leicht auf 34.657 t (Vorjahr: 34.047 t). Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

### **2.3.6 Investitionen und Instandhaltungen**

Die Anlagen zur Verarbeitung tierischer Nebenprodukte unterliegen hohen Beanspruchungen. Daraus resultiert ein hoher Instandhaltungsaufwand und die Notwendigkeit des periodischen Wechsels von Verschleißteilen und ganzen Baugruppen.

Die Planansätze für Reparaturen wurden im Berichtsjahr erheblich überschritten (Plan 520 T€; Ist: 825 T€). Maßgebend dafür waren Reparaturen am Bioreaktor im Abluftstrang, an der Rohwarenmulde sowie an einem Pressengetriebe. Diese Reparaturen konnten im Sinne einer jederzeitigen Arbeitsfähigkeit des Betriebs nicht verschoben werden und waren unter wirtschaftlichem Aspekt günstiger als Ersatzbeschaffungen. Die genannten Komponenten sind nun wieder langfristig einsetzbar.

Der Planansatz für den Reparaturaufwand im Bereich des Fuhrparks (350 T€) wurde trotz Erweiterung des Fuhrparks im Zusammenhang mit dem Auftreten des Afrikanischen Schweinepest nur geringfügig überschritten (376 T€).

Planmäßig wurden drei LKW beschafft, wobei Kostensteigerungen deutlich wurden. Im Zusammenhang mit notwendigen Mehrtransporten bei der ASP-Entsorgung wurde ein LKW gebraucht gekauft. Die Finanzierung erfolgte aus dem Ansatz „Unvorhergesehenes“.

Ein LKW, der speziell für die Entsorgung von ASP-verdächtigem Material genutzt wird, wurde bereits im Jahr 2020 angezahlt. Mit Lieferung und vollständiger Bezahlung im Februar 2021 (Zwischenfinanzierung über „Unvorhergesehenes“) erklärte das SMS auf Antrag mit Schreiben vom 31.08.2021 die Vorabzahlung seines Zwei-Drittel-Anteils. Die Zahlung ging im Dezember 2021 ein.

Planmäßig erfolgte die Beschaffung eines Heckladecontainers sowie von Handgeräten zur Datenübertragung vom Betrieb zu den einzelnen LKW (Tablet).

Im Laufe des Jahres 2021 erfuhren wir von ungewöhnlich langen Lieferzeiten für LKW. Um Fahrzeuge im Jahr 2022 bedarfsgerecht ersetzen zu können, beschloss der Verwaltungsrat am 07.09.2021 die Bestellung von 3 LKW mit Anzahlung. Ausreichende Mittel standen aus dem nicht umgesetzten Ansatz „Warmhaltung Dampfkessel“ zur Verfügung.

Im Bereich der Verwaltung wurde eine Software zur Unterstützung des Mahnwesens beschafft. Darüber hinaus wurden das Frankiersystem, die zentrale Zeiterfassung sowie Büroschränke ersetzt.

Die schon im Vorjahr geplante Beschaffung eines neuen Auftragsverarbeitungsprogramms (BIS/T) konnte durch Verzögerungen beim Lieferanten erst 2021 realisiert werden. Zur Finanzierung wurden die Mittel aus dem Ansatz „Unvorhergesehenes“ genutzt.



Im Bereich der Produktion wurde eine Halbfabrikatsmulde für den Verarbeitungsschritt Pressen angezahlt. Aus dem Ansatz Fördertechnik wurden Komponenten zur Luftwäsche beschafft.

Ein Sterilisator wurde gegen Bürgschaft angezahlt. Die Lieferung soll Mitte 2022 erfolgen.

Die Hammermühle wurde, nachdem sie seit 1996 mehrfach regeneriert wurde, planmäßig vollständig ersetzt.

Die geplante Erneuerung der Schaltschranktechnik für die zentrale Steuerung der Produktion konnte auf Grund von Lieferschwierigkeiten nicht umgesetzt werden. Lediglich zwei Leit-rechner konnten beschafft werden. Die Hauptleistung soll im Jahr 2022 erfolgen.

Planmäßig wurde Steuerungs- und Leitungstechnik für das Abwasserklärwerk beschafft. Zudem erfolgte ein Ersatz von Werkzeugen und geringwertigen Wirtschaftsgütern für die Nutzung im Gesamtbetrieb.

Die im Berichtsjahr geplante Errichtung einer Klärschlamm-trocknungsanlage wird nicht mehr umgesetzt. Im Zusammenhang mit den Auswirkungen der sog. Corona-Krise und daraus folgenden Homeoffice-Regelungen in den Genehmigungsbehörden kam es zu erheblichen Verzögerungen bei der Planung des Vorhabens. Mit der Ausweitung der Afrikanischen Schweinepest in Teilen Sachsens und der Ankündigung der beabsichtigten Schließung von Schweinemastbetrieben in unserem Entsorgungsgebiet Anfang 2022 ist nun zudem eine Verringerung der zukünftigen Rohwaremengen wahrscheinlicher. Dieser Umstand und die derzeit festzustellenden erheblichen Preissteigerungen und Lieferverzögerungen im Bereich der Bau- und Investitionsgüterwirtschaft lassen die geplante Investition zu risikoreich erscheinen. Geringere Rohwaremengen bedingen eine geringere Abwärme und damit eine geringere Trocknungsleistung. Bei unterstellten höheren Investitionskosten verlängert sich die Amortisationszeit weit über den geplanten Zeitraum hinaus. Die an dem geplanten Projekt beteiligten Partner, die einen Großteil des Klärschlammes geliefert hätten, wurden über die Einstellung des Vorhabens informiert.

### 2.3.7 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Gegenstand	Anfangsstand	Zuführungen	Auflösung	Endstand
	01.01.2021			31.12.2021
	€	€	€	€
zweckgebundene Rücklagen	4.462.602	0	0	4.462.602
Summe Eigenkapital	4.462.602	0	0	4.462.602

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

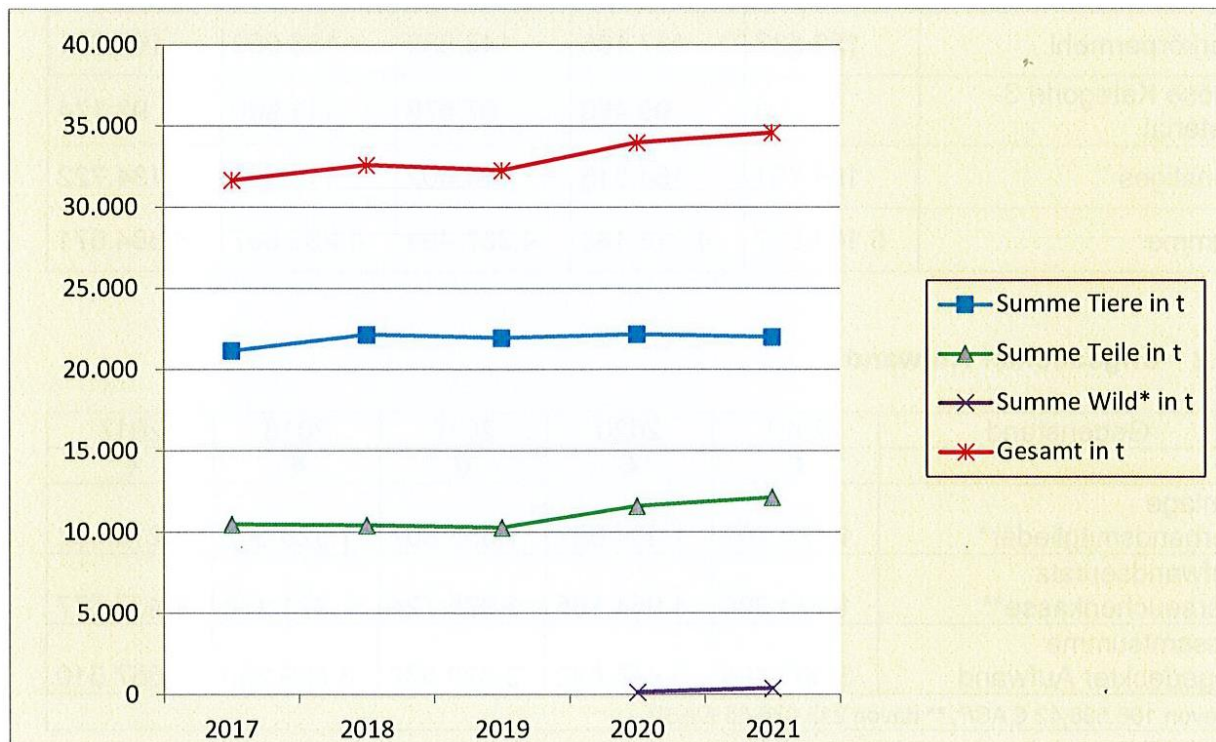
	Anfangsstand	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	Endstand
	01.01.2021				31.12.2021
	€	€	€	€	€
Sonstige Rückstellungen	498.835	153.711	14.369	210.108	540.863

Rückstellungen wurden gebildet für Widersprüche gegen Gebührenbescheide, für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, für Urlaub und Überstunden sowie für Prozesskosten.

### 2.3.8 Mengenstatistik

Für 2017 bis 2021 stellt sich die Entwicklung der Verarbeitungsmenge in der folgenden Tabelle dar:

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021
Summe Tiere in t	21.205	22.191	22.005	22.229	22.053
Summe Teile in t	10.521	10.453	10.321	11.636	12.175
Summe Wild* in t				182	429
Gesamt in t	31.726	32.644	32.326	34.047	34.657
* frei lebendes Wild mit Verdacht oder Nachweis auf übertragbare Krankheit					



### 2.3.9 Ertragslage

Der ZV ist nach § 11 der Verbandssatzung umlagefinanziert. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2021.

## 2.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

### 2.4.1 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse bestehen vor allem aus Gebühren und Verkaufserlösen. Die wesentlichen Erlöse haben sich wie folgt entwickelt:

Gegenstand	2021	2020	2019	2018	2017
	€	€	€	€	€
Gebühren	2.196.933	1.943.730	1.483.144	1.528.842	1.565.149
Gebühren für Tiere	963.565	974.846	955.705	975.680	920.130
Zuführung/Auflösung passiver RAP Geb.	-642.064	-316.298	162.730	116.860	-174.461
Häute	17.592	35.430	109.575	213.840	242.298
Fett	2.321.623	1.574.366	1.228.525	1.085.234	1.441.739
Tierkörpermehl	152.537	137.166	145.832	133.059	162.921
Erlöse Kategorie 3-Material	0	99.430	97.579	111.960	92.174
Sonstiges	154.731	164.515	154.402	118.382	134.722
Summe	5.164.917	4.613.185	4.337.494	4.283.857	4.384.671

## 2.4.2 Ungedeckter Aufwand

Gegenstand	2021	2020	2019	2018	2017
	€	€	€	€	€
Umlage Verbandsmitglieder*	1.433.797	1.484.657	1.353.807	1.328.047	1.219.932
Aufwandsersatz Tierseuchenkasse**	1.933.399	1.961.185	1.975.724	1.771.178	1.437.577
Gesamtsumme ungedeckter Aufwand	3.367.196	3.445.842	3.329.532	3.099.225	2.657.510
* davon 106.538,42 € ASP; ** davon 213.076,85 € ASP					

## 2.4.3 Personalaufwand

Jahr	Summe	Summe	Zahl der besetzten Stellen am 31.12.		
	Löhne und Gehälter	Soziale Abgaben			
	€	€	Angestellte	Arbeiter	Summe
2016	1.846.653	364.532	9	46	55
2017	1.926.664	388.246	9	45	54
2018	2.004.520	402.553	9	48	57
2019	1.993.265	408.287	9	43	52
2020	2.085.036	416.826	8	42	50
2021	2.045.057	418.484	9	43	52

## 2.5 Gesamtaussage

Die Vermögens- und Finanzlage kann als gut eingeschätzt werden.

Das Rohwareaufkommen ist stabil.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

## 2.6 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Verarbeitungssicherheit wird durch regelmäßige Wartung und Ersatzbeschaffungen im Verarbeitungsbetrieb und im Fuhrpark gemäß dem Stand der Technik gewährleistet. Die Abholung der tierischen Nebenprodukte erfolgt überwiegend im Rahmen wirtschaftlich organisierter Sammeltouren, um die Kostenbelastung der Gebühren- sowie der Umlagen- und Erstattungszahler zu begrenzen.

## 3. Zweigniederlassungsbericht

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

### **4. Prognosebericht**

#### **4.1 Betriebswirtschaftliche Maßnahmen**

Das Rohwareaufkommen des Jahres 2021 setzt sich auch im ersten Quartal 2022 fort. Erwartete Mengenrückgänge durch Betriebseinstellungen von Schweinemastbetrieben im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest sind bereits zu beobachten.

#### **4.2 Gesetzliche Regelungen der Tierkörperbeseitigung 2021**

Grundlage des Tierkörperbeseitigungsrechts nach dem Wandel der Branche infolge der BSE-Krise war die EU-Verordnung 1774/2002 vom 3. Oktober 2002. Zur Umsetzung in deutsches Bundesrecht wurde das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 25. Januar 2004 beschlossen. Es wurde zur Anpassung an das EU-Recht zuletzt am 10. August 2021 geändert.

### **5. Chancen- und Risikobericht**

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt werden würde oder Pflichtware ausnahmsweise nach außerhalb der Verbandsgebiets verbracht werden würde. Weitere Risiken bestehen in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett, Tiermehl und Tierhäute.

Gravierende Risiken bestehen in Preissteigerungen für den Bezug von Energie (Erdgas, Heizöl, Diesel, Strom) bzw. die im Zusammenhang mit Energieknappheit infolge internationaler Verwerfungen (Ukrainekrieg) mögliche zeitweise Sperrung des Energiebezugs, insbesondere von Erdgas. Ab dem Jahr 2023 muss mit ganz erheblichen Preissteigerungen gerechnet werden.

Als ein weiteres Risiko gelten Preissteigerungen für die Verbrennung unseres Tiermehls. Durch den zukünftigen Verzicht auf Kohleverstromung werden mit den Kohlekraftwerken mögliche Abnehmer wegfallen.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa dem Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards, wofür es allerdings derzeit keinerlei Ansatzpunkte gibt.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko da. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z.B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Es gibt keine Hinweise auf technische Einschränkungen. Die deutlich längeren Lieferzeiten für Ersatzteile und Investitionsgüter könnten jedoch zu technischen Problemen führen, die nicht kurzfristig behoben werden können. Daher wurde bereits wieder damit begonnen, wichtige Ersatzteile auf Lager zu legen. Dies belastet zwar finanziell, erhöht aber die Verarbeitungssicherheit.

An den Planungen für 2022 wird zunächst festgehalten.

Der ZV erfüllt begrenzt auf seinem Einzugsbereich die Pflichtaufgabe zur Beseitigung von tierischen Nebenprodukten. Chancen, die sich etwa aus einer geografischen Expansion oder einer Erweiterung des Tätigkeitsspektrums ergeben könnten, sind deshalb nicht darstellbar.

### **6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Zu den im ZV bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Finanzanlagen, Forderungen und Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen ausgeglichen.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt der ZV über ein angemessenes Debitorenmanagement.

Priestewitz OT Lenz, den 29. April 2022

Sylvia Schäfer

Geschäftsführerin

# Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Am Westufer 3  
04463 Großpösna/OT Störmthal  
Tel.: 034299/7050  
E-Mail: [info@zaw-sachsen.de](mailto:info@zaw-sachsen.de)  
Webseite: <http://www.zaw-sachsen.de>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 14.05.1994

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

### Kapital:

Gesamtstimmen	15 Stimmen
---------------	------------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Andre Albrecht
---------------------

### Verbandsvorsitzender

Herr Heiko Rosenthal
----------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	60 %	9
Landkreis Leipzig	40 %	6

### Beteiligungen

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	510.000,00 €	51,00 %
---	--------------	---------



#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in €

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

##### 1. Vorbemerkungen

Der ZAW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und von seinen Mitgliedern, der Stadt Leipzig und dem Landkreis Leipzig, mit der ordnungsgemäßen Entsorgung der anfallenden hoheitlichen Restabfälle (Hausmüll, Sperrmüll und seit 1. Januar 2020 getrennt gesammelter Bioabfall) aus dem Gebiet dieser Körperschaften beauftragt. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient sich der ZAW seiner Tochtergesellschaft, der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV), die am Entsorgungsstandort Cröbern die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) zur Verarbeitung von Hausmüll und Sperrmüll betreibt. Zur Verarbeitung der Bioabfälle wird am Standort Cröbern derzeit eine Kompost-Energie-Anlage (KEA) errichtet. Bei der KEA handelt es sich um eine Bioabfallvergärungsanlage, die voraussichtlich ab Mitte 2022 ihren Betrieb aufnehmen wird.

Die WEV ist des Weiteren zuständig für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden.

Der ZAW ist wirtschaftlich betrachtet alleiniger Eigentümer der WEV, an der der ZAW 51 % der Anteile und die WEV 49 % als eigene Anteile halten, sowie Eigentümer an den Grundstücken des Entsorgungsstandortes Cröbern sowie den Deponiegrundstücken in Seehausen und in Groitzsch-Wischstauden.

Weiterhin übernimmt der ZAW im Auftrag seiner Verbandsmitglieder spezielle Abfallarten aus privaten Haushaltungen und dem Kleingewerbe, welche mit der Restmülltonne bzw. in den Wertstoffhöfen der Verbandsmitglieder nicht entsorgt werden können. Für dieses Leistungsangebot wird ein Kleinanliefererbereich am Standort Cröbern betrieben, welcher neben den Bürgern des Verbandsgebietes auch dem Kleingewerbe zur Verfügung steht.

Der ZAW ist gemäß § 2 Abs. 1 Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsKrWBodSchG) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Rahmen seiner ihm von seinen Verbandsmitgliedern übertragenen Aufgaben.

Des Weiteren hat der ZAW folgende Aufgaben:

- Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Entwicklung einer gesetzeskonformen Verbandsstrategie
- Erstellung der jährlichen Abfallbilanzen
- Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung.

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts und in seiner Eigenschaft als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ist der ZAW auf Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie auf Grundlage des SächsKrWBodSchG zum Erlass von Satzungen berechtigt.

Satzungsgemäß werden für die Wirtschaftsführung und für das Rechnungswesen des ZAW die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften angewendet. Der ZAW stellt den Mitgliedern seinen Aufwand auf der Grundlage von Verrechnungssätzen pro Tonne zur Behandlung übergebenen Abfalls in Rechnung, die mit der jährlich zu erlassenden Haushaltssatzung festgesetzt werden.

Für die direkt an den Entsorgungsanlagen überlassenen „Abfälle zur Beseitigung“ aus dem Verbandsgebiet als Herkunftsbereich erhalten die Anlieferer auf der Grundlage der jeweils gültigen Gebührensatzung für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen des ZAW einen Gebührenbescheid.

Für die Benutzung des Kleinanliefererbereiches im Eingangsbereich des Entsorgungsstandortes Cröbern erfolgt die Abrechnung ebenfalls nach dieser Gebührensatzung.

Die Entsorgungssicherheit für das Verbandsgebiet wird mit dem Betrieb der Zentraldeponie Cröbern (ZDC), der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) und der Kompost-Energie-Anlage (KEA) mittel- und langfristig vollumfänglich gewährleistet. Die Anlagen befinden sich im Eigentum der WEV. Die Betriebsführung der Anlagen obliegt ebenfalls der WEV.

Die bereits geschlossenen Deponien Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW) befinden sich in der Rekultivierungs- bzw. Nachsorgephase unter Verantwortung der WEV.

Der ZAW ist Grundstückseigentümer aller Deponiegrundstücke. Für den Standort der DGW sowie für den Entsorgungsstandort Cröbern hat der Verband der WEV jeweils ein Erbbaurecht bestellt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Nachnutzungskonzeption für die Deponie Seehausen hat der ZAW mit der Golfpark Leipzig GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Begründung eines Erbbaurechtes für Teilflächen abgeschlossen. Für diese Teilflächen wurde das bestehende Erbbaurecht zwischen dem ZAW und der WEV aufgehoben. Derzeit werden Möglichkeiten der Stromerzeugung mittels Photovoltaik auf der DSH als alternative Nachnutzungsmöglichkeit geprüft, da der Golfpark um Rückabwicklung des Erbbaupachtvertrages gebeten hat.

Die Öffentlichkeitsarbeit für die WEV wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem ZAW und seiner Tochtergesellschaft und einer abgestimmten Jahresplanung durchgeführt.

## 2. Strukturelle und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entsorgung bzw. Behandlung von Siedlungsabfällen in Deutschland erfolgt vorrangig in Müllverbrennungsanlagen (MVA) bzw. in mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA). Die in den MBA produzierten Ersatzbrennstoffe (EBS) werden in Ersatzbrennstoffkraftwerken, in diversen Zementwerken sowie in Kohlekraftwerken zur Mitverbrennung eingesetzt.

Die Behandlungspreise für gemischte Siedlungsabfälle sind laut dem Brancheninformationsdienst EUWID (Ausgabe 50.2021) weiterhin relativ stabil auf hohem Niveau, trotz der bereits strukturell vorhandenen deutlichen regionalen Überkapazität des ostdeutschen Anlagenparks.

Laut EUWID hat der Energiemarkt die Müllverbrennung im Jahr 2021 mehr beeinflusst als in den vergangenen Jahren. So hat die Mitverbrennung in Kohlekraftwerken deutlich zugelegt, weil die Betreiber die hohen Stromerlöse zur Umsatzsteigerung nutzten und Volllast fuhren.

Auch die sehr gute Auftragslage im Bereich Wellpappen und Verpackungspapieren führte zu einem hohen Bedarf an EBS in den Papierfabriken.

### **Entsorgungsstandort Cröbern**

Am Entsorgungsstandort Cröbern wird die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) betrieben. Inhaberin der Genehmigung zum Betrieb der Deponie (Planfeststellungsbeschluss) ist die WEV.

Auf der ZDC werden gemäß den behördlichen Genehmigungen und unter Einhaltung der Annahmebedingungen und Ablagerungskriterien Abfälle aus dem Verbandsgebiet des ZAW sowie auch Abfälle außerhalb des Verbandsgebietes von der WEV angenommen. Abfälle vom „freien Markt“, d. h. nicht dem Verband überlassungspflichtige Abfälle sowie „Abfälle zur Verwertung“, werden durch die WEV akquiriert.

Für den ZAW ist mit dem Betrieb der ZDC die notwendige Entsorgungssicherheit für das Deponat, welches bei der Verarbeitung von Restabfällen bzw. kommunalem Sperrmüll in der MBA anfällt, mittel- und langfristig gewährleistet.

In Abhängigkeit der künftig zur ZDC angedienten Jahresmengen an zu deponierenden Abfällen wird das Verfüllende der ZDC etwa im Jahr 2035 liegen.

Neben der ZDC wird am Standort Cröbern eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) durch die WEV betrieben. In der MBA werden sämtliche hoheitliche Abfallmengen (Restabfall und Sperrmüll) der Verbandsmitglieder des ZAW behandelt. Maßgebliche Outputstoffströme der MBA sind das Deponat, welches auf der ZDC abgelagert wird und eine heizwertreiche Fraktion. Die heizwertreiche Fraktion wird über Vertragspartner der WEV zur thermischen Verwertung abgesteuert.

Seit dem Geschäftsjahr 2020 - und somit auch für das Geschäftsjahr 2021 - werden die separat eingesammelten Bioabfälle der Verbandsmitglieder am Standort Cröbern angedient und zur weiteren Verarbeitung bei Drittanbietern umgeschlagen. Die Inbetriebnahme der KEA erfolgt im II./III. Quartal 2022, sodass ab Mitte 2022 die Verarbeitung der kommunalen Bioabfälle am Entsorgungsstandort Cröbern erfolgt und die externe temporäre Absteuerung zu Drittanbietern endet.

### **3. Geschäftsverlauf**

#### **Mengen- und Umsatzentwicklung**

Die angedienten Abfallmengen liegen über der Planung. Im Jahr 2021 wurden dem ZAW von seinen Verbandsmitgliedern 177.197,56 t (Vorjahr: 155.807,60 t) hoheitliche Abfälle angedient. In dieser Gesamtmenge an hoheitlichen Abfällen wurde bereits der neue Stoffstrom „Bioabfall“ berücksichtigt.

Weiterhin wurden 2.849,44 t (Vorjahr: 5.469,08 t) gewerbliche Abfälle angenommen. Der Zweckverband erzielte (ohne Berücksichtigung der Kostenüberdeckungen) aus der Andienung von Abfällen Umsatzerlöse in Höhe von EUR 27.091.477,83 (Vorjahr: EUR 25.746.110.,91).

Die Gesamtumsatzerlöse des Wirtschaftsjahres **2021** setzen sich wie folgt zusammen:

2021	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t / m³	EUR	t / m³	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>			<b>26.746.493</b>		<b>26.202.553,09</b>
<b>Mengen/Umsätze aus Abfallandienung</b>		<b>175.380 t 30 m³</b>	<b>26.551.952</b>	<b>177.197,56 t 125,5 m³</b>	<b>26.003.056,88</b>
<b>Mengen/Umsätze hoheitl. Andienung</b>		<b>169.610</b>	<b>26.033.895</b>	<b>173.270,07</b>	<b>25.524.373,41</b>
<b>Restabfall kommunal gesamt</b>		<b>110.610</b>	<b>18.552.615</b>	<b>111.228,99</b>	<b>18.656.438,47</b>
Restabfall Stadt Leipzig	167,73	84.110	14.107.770	85.661,34	14.367.976,55
Restabfall Landkreis Leipzig	167,73	26.500	4.444.845	25.567,65	4.288.461,92
<b>Sperrmüll kommunal gesamt</b>		<b>27.500</b>	<b>4.612.575</b>	<b>30.084,46</b>	<b>5.046.066,49</b>
Sperrmüll Stadt Leipzig	167,73	20.500	3.438.465	22.192,12	3.722.284,31
Sperrmüll Landkreis Leipzig	167,73	7.000	1.174.110	7.892,34	1.323.782,18
<b>Bioabfall kommunal gesamt</b>		<b>31.500</b>	<b>2.868.705</b>	<b>31.956,62</b>	<b>2.910.289,40</b>
Bioabfall Stadt Leipzig	91,07	18.500	1.684.795	19.155,46	1.744.487,76
Bioabfall Landkreis Leipzig	91,07	13.000	1.183.910	12.801,16	1.165.801,64
Kostenüberdeckung Gebühren					-1.088.420,95
<b>Gewerbeabfall gesamt</b>		<b>4.350</b>	<b>379.244</b>	<b>2.849,44</b>	<b>319.395,41</b>
Gewerbeabfall MBA	167,73	50	8.387	154,88	25.977,19
Gewerbeabfall ZDC		4.300	370.858	2.694,56	293.418,22
asbesthaltige Baustoffe	104,33	900	93.897	667,96	69.688,27
Dämmmaterial gepresst	228,77	50	11.439	0,00	0,00
Dämmmaterial ungepresst	418,40	150	62.760	260,18	108.859,34
Boden u. Steine, Bauschutt DK II	59,29	2.000	118.580	292,64	17.350,63
Boden u. Steine, Bauschutt DK III	71,14	1.000	71.140	238,58	16.972,59
sonst. mineralische Abfälle	65,21	200	13.042	1.235,20	80.547,40
<b>Kleinanliefererbereich / Barzahler</b>		<b>1.420 t 30 m³</b>	<b>138.812</b>	<b>1.078,05 t 125,5 m³</b>	<b>159.288,06</b>
andere Abfallarten MBA	167,73	200	33.546	330,57	55.797,80
asbesthaltige Baustoffe	104,33	120	12.520	96,93	10.218,80
Dämmmaterial in m³	80,36	30	2.411	125,50	10.085,18
sonst. mineralische Abfälle	65,21	1.000	65.210	481,76	31.857,42
Dachpappe	420,77	50	21.039	97,99	41.341,63
Altholz bis A IV	158,84	20	3.177	49,83	7.946,88
Schrott	0,00	20	0	0,00	0,00
Bioabfälle und Grünschnitt	91,07	10	911	20,98	2.040,35
<b>Sonstige Umsatzerlöse</b>			<b>194.541</b>		<b>199.496,21</b>
Verwaltungskosten ZAW			2.000		3.765,00
Sonstige Erträge ZAW + EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauzins WEV			172.898		172.898,00
Sonst. Erträge WEV + Bürgschaftsentg.			14.054		17.243,86

Im Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

2020	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t / m³	EUR	t / m³	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>			<b>25.459.781</b>		<b>25.355.397,24</b>
<b>Mengen/Umsätze aus Abfallandienung</b>		<b>154.650 t 120 m³</b>	<b>25.261.049</b>	<b>162.527,08 t 100,75 m³</b>	<b>25.151.395,91</b>
<b>Mengen/Umsätze hoheitl. Andienung</b>		<b>152.500</b>	<b>24.987.957</b>	<b>155.807,60</b>	<b>24.501.355,98</b>
<b>Restabfall kommunal gesamt</b>		<b>112.500</b>	<b>18.934.875</b>	<b>110.038,46</b>	<b>18.520.573,17</b>
Restabfall Stadt Leipzig	168,31	85.500	14.390.505	82.679,69	13.915.818,59
Restabfall Landkreis Leipzig	168,31	27.000	4.544.370	27.358,77	4.604.754,58
<b>Sperrmüll kommunal gesamt</b>		<b>25.100</b>	<b>4.224.581</b>	<b>27.871,55</b>	<b>4.691.060,56</b>
Sperrmüll Stadt Leipzig	168,31	17.100	2.878.101	18.435,28	3.102.841,96
Sperrmüll Landkreis Leipzig	168,31	8.000	1.346.480	9.436,27	1.588.218,60
<b>Bioabfall kommunal gesamt</b>		<b>14.900</b>	<b>1.568.821</b>	<b>17.897,59</b>	<b>1.884.437,25</b>
Bioabfall Stadt Leipzig	105,29	8.500	894.965	12.219,93	1.286.636,43
Bioabfall Landkreis Leipzig	105,29	6.400	673.856	5.677,66	597.800,82
Kostenüberdeckung Gebühren			259.680		-269.715,00
Kostenüberdeckung Senkung Ust. 3%					-325.000,00
<b>Gewerbeabfall gesamt</b>		<b>1.560</b>	<b>150.586</b>	<b>5.649,08</b>	<b>492.794,65</b>
Gewerbeabfall MBA	168,31	60	10.099	119,44	20.107,60
Gewerbeabfall ZDC		1.500	140.487	5.529,64	472.687,05
asbesthaltige Baustoffe	105,56	500	52.780	935,22	98.721,82
Dämmmaterial gepresst	206,30	50	10.315	0,00	0,00
Dämmmaterial ungespresst	361,00	50	18.050	274,98	99.267,78
Boden u. Steine, Bauschutt DK II	59,06	200	11.812	2.378,66	140.483,66
Boden u. Steine, Bauschutt DK III	70,96	100	7.096	959,28	68.070,51
sonst. mineralische Abfälle	67,39	600	40.434	981,50	66.143,28
<b>Kleinanliefererbereich / Barzahler</b>		<b>590 t 120 m³</b>	<b>122.506</b>	<b>1.070,40 t 100,75 m³</b>	<b>157.245,28</b>
andere Abfallarten MBA	168,31	300	50.493	310,56	52.539,67
asbesthaltige Baustoffe	105,56	60	6.334	81,07	8.658,36
Dämmmaterial in m³	81,43	120	9.772	100,75	8.204,20
sonst. mineralische Abfälle	67,39	20	1.348	497,05	33.994,86
Dachpappe	427,47	100	42.747	95,98	41.150,37
Altholz bis A IV	163,71	40	6.548	59,27	9.764,44
Schrott	0,00	20	0	0,00	0,00
Bioabfälle und Grünschnitt	105,29	50	5.265	26,48	2.925,38
Lohnwägung					8,00
<b>Sonstige Umsatzerlöse</b>			<b>198.732</b>		<b>204.001,33</b>
Verwaltungskosten ZAW			2.000		4.470,00
Sonstige Erträge ZAW + EBZ GPL			5.589		8.388,09
Erbbauzins WEV			172.898		172.898,00
Sonst. Erträge WEV + Bürgschaftsentg.			18.245		18.245,24



## Ertragslage

Die Ergebnissituation des ZAW war im Jahr 2021 hauptsächlich von den Umsätzen aus der Abfallannahme (TEUR 27.091 Vorjahr: TEUR 27.746) geprägt. Die Verrechnungssätze gegenüber den Mitgliedern des Verbandes betrugen für Restabfall und Sperrmüll 167,73 EUR/t (Vorjahr: 168,31 EUR/t) sowie für Bioabfall 61,07 EUR/t (Vorjahr: 105,29 EUR/t).

Die angedienten Restabfallmengen (111.229 t) lagen über der Planmenge und stiegen um 1.191 t gegenüber dem Vorjahr.

Die Sperrmüllmengen (30.084 t) lagen über dem Plan (+ 2.584 t) und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2.213 t. Verwertbare Bestandteile des Sperrmülls, wie insbesondere Holz, werden weiterhin auf den Wertstoffhöfen der Verbandsmitglieder aussortiert und einer preisgünstigen Verwertung zugeführt werden.

Die Andienung des Bioabfalls lag bei einer Menge von 31.957 T (Vorjahr: 17.898 t).

Das Aufkommen an direkt angelieferten Abfällen (MBA, ZDC) ist gegenüber dem Vorjahr (5.649 t) deutlich gesunken. Mit insgesamt 2.849 t lag dieses Aufkommen unter der Planmenge (4.350 t).

Die im Kleinanliefererbereich angedienten Abfallmengen (1.078 t bzw. 126 m<sup>3</sup>) sind im Vergleich zum gesamten Mengenaufkommen gering.

Für die von der WEV erbrachten Leistungen ist ein Behandlungsentgelt durch den Verband zu entrichten, welches die größte Aufwandsposition des ZAW bildet (Betreiberentgelt TEUR 25.529; Vorjahr: TEUR 24.649). Das Behandlungsentgelt der WEV für Restabfall und Sperrmüll (TEUR/t 164,04 brutto) wurde mittels LSP-Kalkulation für den Kalkulationszeitraum 2021/2022 nach preisrechtlichen Vorgaben ermittelt.

Im Februar 2021 erfolgte seitens der WEV eine Gutschrift aufgrund einer Nachkalkulation zur Ermittlung des Entsorgungspreises für Bioabfall für das Jahr 2021. Das zunächst vorläufig abgerechnete Entgelt in Höhe von brutto EUR/t 87,47 wurde auf Grundlage der tatsächlichen IST-Kosten, in Anlehnung an das LSP-Schema, nach Abschluss des Jahres 2021 nachkalkuliert und abgerechnet. Das Brutto-Entgelt beträgt nun EUR/t 74,64. Die Gutschrift seitens der WEV in Höhe von TEUR 410 mindert das Betreiberentgelt und somit den Materialaufwand.

Die den Materialaufwand mindernden Schrotterlöse aus der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle in Höhe von TEUR 542 (Vorjahr: TEUR 24) lagen deutlich über den geplanten Schrotterlösen (TEUR 10). Die Schrottkonditionen unterlagen im Geschäftsjahr 2021 erheblichen Schwankungen, welche mit der extrem hohen Volatilität des Rohstoffmarktes im Zusammenhang standen.

Auf Grundlage der Vereinbarung zum Bürgschaftsentgelt zwischen ZAW und WEV vom 25./26. März 2013 wurde für das valutierte Bürgschaftsvolumen zum 31. Dezember 2020 (TEUR 1.811) im Geschäftsjahr 2021 ein von der WEV zu entrichtendes Bürgschaftsentgelt in Höhe von TEUR 9 vereinnahmt.

Erbbauzinsen wurden auf Grundlage der bestehenden Erbbaurechtsverträge in Höhe von TEUR 178 vereinnahmt.

Das Wirtschaftsjahr 2021 wird mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR 145 (Vorjahr: TEUR 166) abgeschlossen. Das Jahresergebnis liegt somit TEUR 4 unter dem Planwert (TEUR 149).

Die Umsatzerlöse aus der Andienung von Abfällen (TEUR 27.091) werden durch die Einstellung einer Rückstellung für die vorläufig ermittelte Kostenüberdeckung aus den Gebühren 2021 in Höhe von TEUR 1.088 gemindert.

Zudem fielen um TEUR 4 geringer als geplante Abschreibungen an.



Sonstige betriebliche Erträge waren nicht geplant, wurden jedoch in Höhe von TEUR 6 erzielt. Hierbei handelt es sich insbesondere um eine Gutschrift der WEV im Zusammenhang mit dem Betrieb des Kleinanliefererbereiches.

### Personal

Auf Grund von Kündigungen waren im Geschäftsjahr 2021 nicht durchgängig sechs Angestellte gemäß Personalplanung im Jahresdurchschnitt beschäftigt (Ist: 5,25).

Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt nach TVöD.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2021	2020
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	300.973	315.666
Soziale Aufwendungen	54.075	57.538
<b>Summe Personalaufwand</b>	<b>355.048</b>	<b>373.204</b>

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist zum 31. Dezember 2021 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 9.725 um TEUR 737 auf TEUR 10.462 gestiegen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 9 gesunken, die Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen sind um TEUR 489 gesunken. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern bestanden nicht.

Durch das Jahresergebnis 2021 (TEUR 145) hat sich das Eigenkapital des ZAW aus dem Vorjahr (TEUR 6.167) auf TEUR 6.312 erhöht.

Im nachfolgenden Eigenkapitalspiegel ist die Entwicklung der einzelnen Posten dargestellt:

	Stand am	Veränderung	Stand am
	01.01.2021		31.12.2021
	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	824.296,43	0,00	824.296,43
Andere Gewinnrücklage BilMoG	21.647,04	0,00	21.647,04
Jahresgewinn/-verlust	5.321.114,89	145.013,70	5.466.128,59
<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>6.167.058,36</b>	<b>145.013,70</b>	<b>6.312.072,06</b>

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand am	Inanspruch-	Auflösung	Zuführung	Stand am
	01.01.2021	nahme			31.12.2021
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Jahresabschlussaufwendungen	11.696,75	11.696,75	0,00	12.495,00	12.495,00
Archivierungskosten	19.515,33	0,00	0,00	0,00	19.515,33
Urlaub	4.379,27	4.379,27	0,00	4.666,68	4.666,68
Prämien	26.000,00	13.000,00	0,00	13.750,00	26.750,00
Kostenüberdeckung aus Gebühren	892.602,00	0,00	0,00	1.088.420,95	1.981.022,95
Kostenüberdeckung Senkung Ust. 3%	325.000,00	0,00	0,00	0,00	325.000,00
<b>Summe</b>	<b>1.279.193,35</b>	<b>29.076,02</b>	<b>0,00</b>	<b>1.119.332,63</b>	<b>2.369.449,96</b>

Weiterhin prägten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 1.773; Vorjahr: TEUR 2.262) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 7; Vorjahr: TEUR 16) die Gesamtverbindlichkeiten.

Dem stehen das langfristige Anlagevermögen mit TEUR 4.500 (Vorjahr: TEUR 4.501) sowie im Wesentlichen die Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Gebühren (TEUR 1.421; Vorjahr: TEUR 2.292) sowie Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe TEUR 190 (Vorjahr: TEUR 419) gegenüber.

Das langfristig verfügbare Vermögen ist zu 140,3 % (Vorjahr: 137,0 %) durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt. Investitionen wurden in 2021 in Höhe von T€ 3 getätigt (Vorjahr TEUR 5).

### **Finanzlage**

Die Finanzlage des ZAW ist in 2021 durchgängig positiv und stabil. Zum 31. Dezember 2021 betrug der Bestand an liquiden Mitteln TEUR 4.338 (Vorjahr: TEUR 2.483).

Die liquiden Mittel werden ausschließlich auf risikolosen Tagesgeldkonten der Geschäftsbanken des Verbandes disponiert. Zinserträge konnten jedoch aufgrund der gegenwärtigen „Null-Zinsphase“ nicht generiert werden. Sogenannte „Negativzinsen“ konnten trotz entsprechender Disponierung der Liquidität des Verbandes bei den drei Geschäftsbanken nicht umgangen werden. Verwarentgelte wurden in Höhe von TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 2) fällig.

Der Zweckverband verfügte im Wirtschaftsjahr 2021 über eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 2.000, die zum Bilanzstichtag ebenso wie im gesamten Wirtschaftsjahr nicht in Anspruch genommen werden musste.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Wirtschaftsjahr 2021 TEUR 1.854,6 (Vorjahr: TEUR 308,6).

Der Zweckverband kann nach § 14 der Verbandssatzung eine Umlage von seinen Verbandsmitgliedern erheben, sofern seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Ein Umlageerhebungsbedarf ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

Finanzbeziehungen im Sinne des § 20 (2) Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEig-BVO) lagen nicht vor.

Die Geschäftsleitung gibt sich mit dem Jahresergebnis sowie mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes in 2021 zufrieden.

### **Aus- und Weiterbildung**

Durch ein geplantes und entsprechend konzipiertes Schulungsprogramm wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle geeignet geschult, aus- und weitergebildet werden und somit über das Fachwissen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben qualitätsgerecht auszuführen. Pandemiebedingt wurden einige Schulungen jedoch abgesagt, verschoben oder als online-Veranstaltung durchgeführt.

#### **4. Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres**

### **Haushaltssatzung 2022**

Der ZAW erlässt gemäß § 14 Abs. 2 seiner Verbandssatzung jährlich eine Haushaltssatzung, die der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes nach § 2 der Verbandssatzung Rechnung trägt und in der die Höhe der für das jeweilige Wirtschaftsjahr den Verbandsmitgliedern in Rechnung zu stellenden Verrechnungssätze pro Tonne angedienter Abfall festzusetzen ist.

Die Haushaltssatzung des ZAW für das Geschäftsjahr 2022 wurde in der Sitzung der Verbandsversammlung am 13. Dezember 2021 einstimmig beschlossen und durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Landesdirektion Sachsen) mit Bescheid vom 3. Januar 2022 bestätigt.

Voraussetzung und wesentliche Grundlage hierbei ist eine Abfallgebührenkalkulation des Verbandes auf der abgabenrechtlichen Grundlage des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG). Die aktuell gültige Gebührenkalkulation wurde mit Datum vom 10. September 2020 im Auftrag des ZAW von der Mazars GmbH & Co.KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Mazars) erstellt.

## 5. Risikobericht

Langfristig wird die Lage und Entwicklung des Verbandes vor allem von der weiteren Entwicklung der WEV und dortigen Risikopotenzialen/Chancen beeinflusst. Die Risiken aus vom Verband zugunsten der WEV übernommenen Haftungsverhältnissen nehmen weiter kontinuierlich ab; Inanspruchnahmerisiken waren in den letzten Geschäftsjahren nicht vorhanden und sind auch nicht erkennbar. Ein Schwerpunkt in der WEV bleibt die Ausfinanzierung der künftigen Verpflichtungen für Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern.

### **Risikomanagementsystem (RMS)**

Der ZAW hat im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems in 2009 begonnen, ein eigenes Risikomanagementsystem zu erarbeiten. 2013 wurde das RMS des ZAW komplett überarbeitet. Es wird quartalsweise aktualisiert und über eine Änderungsmatrix fortgeschrieben. Es erfolgte die Inventarisierung der Risikofelder (Risikoidentifikation und -klassifikation) sowie zugehöriger Gegenmaßnahmen (Risikosteuerung und -bewältigung). Die erfassten Risiken wurden entsprechend festgelegter Skalierungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen bewertet (Risikobewertung).

Der ZAW muss externe und interne Risiken aus verschiedenen Bereichen identifizieren und bewerten. Folgende Risikofelder wurden identifiziert:

- Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV
- Kredit- und Bürgschaftsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen.

Daneben stützt sich der ZAW weiterhin auf das Risikomanagement der WEV, da diese die Entsorgungsleistungen für den ZAW durch die mechanisch-biologische Abfallbehandlung bzw. Deponierung erbringt und die WEV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowohl den Betrieb der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Cröbern als auch den Betrieb der Zentraldeponie Cröbern verantwortet. Die Überwachung des Risikomanagements der WEV erfolgt im Wesentlichen durch die Tätigkeiten von entsandten Vertretern des Zweckverbandes im Aufsichtsrat der WEV.

Im ZAW muss zwischen erheblichen Risiken, die aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV resultieren, und Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb unterschieden werden.

Zur wirtschaftlichen Lage des ZAW erfolgt jährlich durch die Landesdirektion Leipzig eine statistische Erhebung zum Frühwarnsystem kreisübergreifender Zweckverbände. Durch das Eintragen von wirtschaftlichen Kennziffern wird eine automatische Bewertung des Risikopotenzials des ZAW vorgenommen. Hierbei gab es für das Jahr 2021 keine Feststellungen.

### **Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV**

Das bedeutsamste Risiko für den ZAW besteht in der Beteiligung an der WEV und den damit bestehenden Verpflichtungen. Risikopotenziale der WEV beeinflussen in der Regel direkt die Entwicklung und Lage des Verbandes.

Es besteht z. B. das latente Risiko, einer veränderten Ertragsstruktur der WEV aufgrund von Unterauslastung der MBA bzw. Mindermengen bei der Direktablagerung bzw. signifikanten Marktpreisveränderungen. Bei der WEV kommt es aus Sicht des ZAW besonders auf eine gesicherte Ausfinanzierung für Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern an.

Über seine Stellung als alleiniger stimmberechtigter Gesellschafter und der Stellung / Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der WEV kann der Zweckverband jederzeit seine Kontroll- und Weisungsrechte bei seiner Tochtergesellschaft wahrnehmen bzw. sicherstellen und mögliche Risiken betrachten und bewerten.

In Höhe des Buchwertes der Beteiligung besteht das Risiko für den Bilanzansatz im ZAW zusätzlich der nachfolgend aufgeführten Kredit- und Bürgschaftsrisiken.

#### **Kredit- und Bürgschaftsrisiko**

Der ZAW trägt gegenüber den Banken das Risiko für Kredite, die zwischen 1991 und 1998 für die Errichtung der ZDC aufgenommen wurden. Das Haftungsrisiko des Verbandes für diese Kredite der WEV umfasste zum 31. Dezember 2021 ein Volumen von TEUR 973.

Von einer Inanspruchnahme des ZAW aus den eingegangenen Haftungsverhältnissen wird nicht ausgegangen.

Unter Einbeziehung der Kenntnisse über die WEV und deren gute wirtschaftliche Situation sind Anhaltspunkte, dass die WEV ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, nicht ersichtlich.

#### **Liquiditätsrisiko**

Der Bedarf zur Erhebung einer Umlage gegenüber den Verbandsmitgliedern besteht entsprechend des aktuellen Finanzplanungshorizontes nicht, da die Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfes des Verbandes ausreichen.

Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt der ZAW zudem über einen genehmigten Kassenkredit in Höhe von TEUR 2.000, auf deren Inanspruchnahme der Verband seit dem Jahr 2013 nicht mehr angewiesen ist.

Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken stellt der ZAW einen Liquiditätsplan auf und schreibt diesen fort.

### **Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen**

Risiken der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen werden derzeit nicht gesehen.

#### **6. Chancenbericht**

Grundsätzlich haben sich für den Verband, insbesondere seit der Rekommunalisierung der WEV mbH im Jahr 2015, Chancen für seine weitere Entwicklung, unter anderem durch weitere Aufgabenübertragungen seiner Mitglieder, ergeben. So wurde zur Sicherstellung der Aufgabe der Entsorgung von Bioabfällen der Verbandsmitglieder durch die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 18. Dezember 2017 die Errichtung und der Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage (Kompost-Energie-Anlage, kurz KEA) am Standort Cröbern beschlossen. Der Verband wird sich zur Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe ebenfalls seiner Tochtergesellschaft WEV

bedienen. Im Geschäftsjahr 2020 wurde die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Vergärungsanlage durch die zuständige Behörde ausgereicht, das europaweite Ausschreibungsverfahren zum Bau der Anlage durchgeführt sowie der Bauauftrag erteilt.

Die Inbetriebnahme der KEA ist für das II./III. Quartal 2022 geplant.

Weitere Themen werden im Rahmen eines Strategieprozesses zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern unter Einbindung der Tochtergesellschaft des ZAW erörtert.

## 7. Prognosebericht

Der Verband sieht derzeit die Lage am Entsorgungsmarkt für Siedlungsabfälle stabil und ausgeglichen. Unsicherheiten bestehen allerdings im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie.

Eine etwaige künftige Einbeziehung der thermischen Abfallbehandlung in das europäische Emissionshandelssystem hätte Auswirkungen auf den Behandlungspreis für die heizwertreiche Fraktion aus der MBA, welcher wiederum zu steigenden Abfallgebühren führen würde.

Der Zweckverband plant im Geschäftsjahr 2022 mit Umsatzerlösen aus der Andienung von Abfällen in Höhe von TEUR 27.846 sowie sonstigen Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 193.

Die steigenden Abfallmengen werden zu einer Erhöhung der Aufwendungen (Materialaufwand) führen, ebenso werden die Personalkosten des Verbandes durch die tariflichen Abschlüsse für den öffentlichen Dienst steigen.

Für das kommende Geschäftsjahr werden Gesamtaufwendungen von TEUR 27.867 erwartet.

Die Geschäftsleitung plant für das Geschäftsjahr 2022 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 172. In den Folgejahren werden weiterhin positive Jahresergebnisse erwartet.

Großpösna, den 17. März 2022

**Heiko Rosenthal André Albrecht**

Verbandsvorsitzender ZAW Geschäftsleiter ZAW





# **Beteiligungsbericht 2021**

des

**Zweckverbandes Abfallwirtschaft  
Westsachsen**

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen  
Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal  
Tel./Fax: 034299 / 7050  
Email: [info@zaw-sachsen.de](mailto:info@zaw-sachsen.de)  
Homepage: [www.zaw-sachsen.de](http://www.zaw-sachsen.de)



## Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen der Zweckverband unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaften gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erster Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist seit Mai 2015 alleiniger Gesellschafter der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV). Der ZAW ist gemäß Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (Sächs-KrWBodSchG) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (öRE) und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft zuständig.

Einen maßgeblichen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, insbesondere die Planung, Errichtung und Betrieb der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Mitglieder der Gremien des ZAW sollen sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2021 bildet der geprüfte und festgestellte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2021.

Die WEE GmbH & Co. KG hat als unternehmerischen Gegenstand die Akquisition von Flächen, die Planung, die Errichtung und der Betrieb und/oder der Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlage, Energiespeichern und Anlagen zur Energieumwandlung, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen.

Grundlage für die Angaben zur mittelbaren Beteiligung des ZAW an der WEE GmbH & Co. KG bildet der geprüfte und festgestellte Jahresabschluss der WEE GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2021.

Großpösna, den 14.07.2022

**Heiko Rosenthal**  
Verbandsvorsitzender

**André Albrecht**  
Geschäftsleiter



## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort.....</b>	<b>2</b>
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>3</b>
<b>1. Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur .....</b>	<b>5</b>
<b>2. Einzeldarstellung der 1. Beteiligungsebene (WEV).....</b>	<b>6</b>
2.1. Allgemeine Angaben zur WEV .....	6
2.2. Organe der Gesellschaft .....	7
2.2.1 Gesellschafterversammlung .....	7
2.2.2 Aufsichtsrat .....	7
2.2.3 Geschäftsführung .....	7
<b>2.3 Allgemeines .....</b>	<b>8</b>
2.3.1 Ertragslage .....	8
2.3.2 Vermögenslage .....	10
2.3.3 Finanzlage; Finanzbeziehungen ZAW -WEV .....	11
2.3.3.1 Investitionstätigkeit der WEV .....	11
2.3.3.2 Bürgschaften / Kredite .....	11
2.3.3.4 Erbbaurechtsverträge .....	12
2.3.3.5 Dienstleistungsvertrag .....	12
<b>2.4 Bilanz- und Leistungskennzahlen .....</b>	<b>13</b>
<b>2.5 Entwicklung der Unternehmensbereiche .....</b>	<b>14</b>
2.5.1 Zentraldeponie Cröbern (ZDC) .....	14
2.5.2 Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) .....	14
2.5.3 Altdeponie Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden .....	15
2.5.4 Bioabfallvergärungsanlage (KEA) .....	16
2.5.5 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge .....	16
2.5.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres .....	17
2.5.7 Qualitätsmanagement .....	17
<b>2.6 Risikobericht .....</b>	<b>17</b>
2.6.1 Risikomanagementsystem .....	17
2.6.2 Risiken .....	17
2.6.3 Chancenbericht .....	20
2.6.4 Prognosebericht .....	20



<b>3. Einzeldarstellung zur 2. Beteiligungsebene (Beteiligung der WEV).....</b>	<b>21</b>
➔ Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG .....	21
(WEE GmbH & Co. KG).....	21
Zusatz: Beteiligung der WEE GmbH & Co. KG .....	25
➔ Westsächsische Erneuerbare Verwaltungs GmbH & Co. KG .....	21
(WEE Verwaltungs GmbH & Co. KG) .....	21
<b>Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen .....</b>	<b>27</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>29</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>29</b>





## 1. Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur

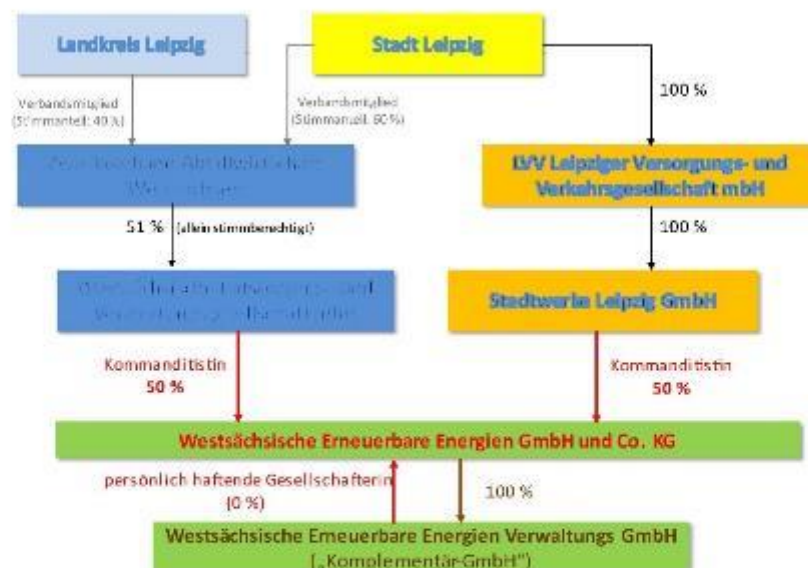
Der ZAW besteht aus den beiden Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km<sup>2</sup> mit 860.073 Einwohnern (Stand: 30.11.2021, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) war im Jahr 2021 unmittelbar unverändert an der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) beteiligt. Der Anteil des ZAW am Stammkapital seiner privatrechtlich organisierten Tochtergesellschaft WEV beläuft sich weiterhin auf 51 %.

Im Geschäftsjahr 2020 errichtete die WEV zusammen mit der Stadtwerke Leipzig GmbH die Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (WEE GmbH & Co. KG) als sogenannte Einheits GmbH & Co. KG. Danach hält die WEV als Kommanditistin eine unmittelbare 50-%ige Beteiligung an der privatrechtlichen WEE GmbH & Co. KG sowie außerdem eine mittelbare Beteiligung (durchgerechnet 50 %) an deren Komplementärin, der ebenfalls privatrechtlichen Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (WEE Verwaltungs GmbH). Infolgedessen bestehen mittelbare Beteiligungen des ZAW an diesen Unternehmen (WEE) in einer Rechtsform des privaten Rechts, die zudem aus Sicht des ZAW über einer Schwelle von 25 % liegen.

Die WEV stellt als unmittelbares Unternehmen des ZAW die in seinem Beteiligungsbericht abzubildende „1. Beteiligungsebene“ dar, die WEE GmbH & Co. KG die „2. Beteiligungsebene“.

Die aktuelle Beteiligungsstruktur stellt sich im Überblick wie folgt dar:





## 2. Einzeldarstellung der 1. Beteiligungsebene (WEV)

### 2.1. Allgemeine Angaben zur WEV

**Adresse:** Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal

**E-Mail:** info@wev-sachsen.de  
**Homepage:** www.wev-sachsen.de

**Gründungsjahr:** 1991

#### Unternehmensgegenstand / -zweck:

Die Planung, der Bau und Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen vorrangig im Verbandsgebiet des ZAW sowie die Durchführung von Entsorgungsdienstleistungen, einschließlich Beratungs-, Logistik- und Serviceleistungen, wie dem Handeln und Makeln, Nachweisführung, Analytik, Bauleistungen bei Altlasten oder Demontageprojekte. Vorrangige Unternehmensaufgabe ist für die Deponien des ZAW die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgephase sowie die Vorbereitung deren Nachnutzung.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

**Rechtsform:** GmbH

#### Stammkapital und Gesellschafter:

Das Stammkapital beträgt 1.000.000,00 € und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von 170.000,00 €; 340.000,00 € und 490.000,00 €.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
Eigene Anteile WEV	490.000,00 €	49,0 %

Die eigenen Anteile sind nicht stimmberechtigt. Der ZAW ist faktisch Alleingesellschafter.





## 2.2. Organe der Gesellschaft

### 2.2.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2021 bestand die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Klima, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie dem Landrat des Landkreises Leipzig, Herrn Henry Graichen.

### 2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2021 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Graichen, Henry Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Rosenthal, Heiko 1. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Klima, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Herr Meissner, Jens	Geschäftsführer KELL GmbH
Herr Kretzschmar, Thomas	Erster Betriebsleiter Eigenbetrieb Stadtreinigung Leipzig

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2021

### 2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV im Berichtsjahr war Herr Bernd Beyer.



## 2.3 Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde von der

Roser  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Petersstraße 50  
**04109 Leipzig**

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

Risiken, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung festgestellt und im Prüfbericht angeführt:

- langfristige Ausfinanzierung der Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge aufgrund Prognoseunsicherheit für die langen Planungszeiträume (Zinsrisiken)
- Vertragsrisiken aus Preisgleitklauseln bezüglich der MBA
- Auslastungs- und Ausfallrisiken der MBA
- Inflationsentwicklung Einfluss auf Erfüllungsbeträge.
- Folgen durch Krieg zwischen Ukraine und Russland.

### 2.3.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 51,0 Mio. € und damit um 3,5 Mio. € über Plan erzielt.

Das geplante Jahresergebnis i. H. v. 1,9 Mio. € wurde verfehlt und beträgt 0,4 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Plan gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen infolge der deutlich höheren Zuführung zu den langfristigen Rückstellungen und auf die Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zurückzuführen.

Die wichtigsten GuV-Daten, einschließlich der zwei vorangegangenen Jahre, sind nachfolgend überblicksmäßig aufgezeigt, die Darstellung folgt der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung.



	2021 Ist	2021 Plan	2020 Ist	2019 Ist
Umsatzerlöse	51.037	47.492	57.208	64.534
andere aktivierte Eigenleistungen	42	0	150	165
sonstige betriebliche Erträge	1.890	584	1.244	1.354
<b>Gesamtleistung</b>	<b>52.969</b>	<b>48.076</b>	<b>58.602</b>	<b>66.053</b>
Materialaufwand	-17.548	-18.060	-14.648	-14.924
Personalaufwand	-5.000	-5.804	-4.828	-4.909
Abschreibungen	-6.201	-7.383	-6.966	-10.144
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.657	-7.095	-18.833	-26.088
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>11.562</b>	<b>9.734</b>	<b>13.327</b>	<b>9.989</b>
Sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	1.022	1.000	1.063	882
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	-9.473	-8.851	-10.367	-7.150
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-8.451</b>	<b>-7.851</b>	<b>-9.304</b>	<b>-6.268</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.686	-814	-5.828	-4.445
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>426</b>	<b>1.069</b>	<b>-1.805</b>	<b>-725</b>
Sonstige Steuern	-52	-24	-52	-52
<b>Jahresergebnis</b>	<b>374</b>	<b>1.045</b>	<b>-1857</b>	<b>-777</b>

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2021

Die erzielten **Gesamtumsatzerlöse** belaufen sich auf 51.037 T€ und sind damit 7,5% höher als geplant. Der Umsatz der Sparte Deponie reduzierte sich, der Umsatz der Sparte MBA konnte gesteigert werden.

Der **Materialaufwand** liegt mit 17.548 T€ um 2.9 T€ über dem Vorjahresniveau (+19,8 %).

Der **Personalaufwand** ist in Folge des durchschnittlich gestiegenen Mitarbeiterbestandes und laufenden Gehaltsanpassung um 172 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen und weist bei gesunkener Gesamtleistung eine gestiegene Personalaufwandsquote von 9,8 % aus (Vorjahr: 8,4 %)

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2021 hat sich im Vergleich zum Vorjahr um vier Mitarbeiter auf 101 Mitarbeiter erhöht. Davon sind 44 Angestellte (im Vorjahr: 41) und 57 Arbeiter (im Vorjahr: 56).

Die Abschreibungen auf Anlagevermögen liegen mit 764 T€ unter dem Vorjahr. Dabei ist die Abschreibung auf den Deponiekörper ZDC mengengedingt in Folge der geringeren Einlagerungsmengen um 440 T€ gesunken. Die Abschreibung auf technische Anlagen und Maschinen hat sich um 276 T€ verringert.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten die Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen von 9.984 T€ (im Vorjahr: 16.226 T€).



### 2.3.2 Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bilanzdaten der WEV zum Stichtag 31. Dezember 2021 sowie im Vergleich zum Plan und den beiden Vorjahren.

<b>AKTIVA (in T€)</b>				
	<b>2021 Ist</b>	<b>2021 Plan</b>	<b>2020 Ist</b>	<b>2019 Ist</b>
<b>Anlagevermögen</b>	<b>82.153</b>	<b>63.190</b>	<b>57.873</b>	<b>41.851</b>
Immaterielles Vermögen	43	0	120	131
Sachanlagen	56.872	63.190	43.660	41.720
Finanzanlagen	25.238	0	14.093	0
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>128.468</b>	<b>133.398</b>	<b>139.500</b>	<b>133.507</b>
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.732	6.331	5.879	6.022
Wertpapiere / liquide Mittel	122.736	127.067	133.621	127.485
<b>Aktive RAP</b>	<b>155</b>	<b>79</b>	<b>0</b>	<b>190</b>
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung</b>	<b>0</b>		<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>210.776</b>	<b>196.668</b>	<b>197.576</b>	<b>175.548</b>

<b>PASSIVA (in T€)</b>				
	<b>2021 Ist</b>	<b>2021 Plan</b>	<b>2020 Ist</b>	<b>2019 Ist</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>15.269</b>	<b>22.455</b>	<b>14.894</b>	<b>16.751</b>
Gezeichnetes Kapital	510	510	510	510
Rücklagen	14.586	14.585	14.586	14.586
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-201	6.315	1.655	2.432
Jahresergebnis	374	1.045	-1.857	-777
<b>Sonderposten m. RL-anteil</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>191.312</b>	<b>164.842</b>	<b>175.143</b>	<b>148.728</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>3.738</b>	<b>3.865</b>	<b>5.793</b>	<b>5.859</b>
<b>Passive RAP</b>	<b>306</b>		<b>445</b>	<b>2.635</b>
<b>Passive latente Steuern</b>	<b>151</b>	<b>5.506</b>	<b>1.301</b>	<b>1.575</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>210.776</b>	<b>196.668</b>	<b>197.576</b>	<b>175.548</b>

Tabelle 3: Bilanzdaten (TC) WEV





Im Geschäftsjahr 2021 hat sich die **Bilanzsumme** im Vergleich zum Vorjahr um 13.200 T€ erhöht.

Die Aktivseite der Bilanz ist im Geschäftsjahr durch erhöhte Investitionen in das Anlagevermögen (30.481 T€) geprägt. Den Anlagenzugängen stehen Abschreibungen in Höhe von 6.202 T€ und der Bestandsrückgang der liquiden Mittel in Höhe von 10.885 T€ gegenüber. Auf der Passivseite haben sich im Wesentlichen die sonstigen Rückstellungen durch Zuführungen für die Rekultivierung und Nachsorge um 16.083 T€ erhöht. Dagegen vermindern sich insbesondere die Steuerrückstellungen aufgrund der geringeren Ertragssteuerbelastung für das Geschäftsjahr 2021 bei bereits hohen geleisteten Vorauszahlungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzieren sich um 838 T€ infolge planmäßiger Tilgungen.

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 15.269 T€ (Vorjahr: 14.894 T€). Die Veränderung resultiert aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2021 in Höhe von 374 T€.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich trotz des Jahresüberschusses infolge der deutlichen Erhöhung der Bilanzsumme.

### 2.3.3 Finanzlage; Finanzbeziehungen ZAW -WEV

Der Bestand an finanziellen Mitteln hat sich im Verlauf des Geschäftsjahres von 133,6 Mio. € auf 122,7 Mio. € reduziert. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) sowie zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten reduzierte sich um 0,1 Mio. €, Darlehen reduzierten sich um 0,8 Mio. €. Die passiven latenten Steuern reduzierten sich um 1,2 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2021 erfolgte keine Ausschüttung an den Gesellschafter ZAW.

#### 2.3.3.1 Investitionstätigkeit der WEV

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Investitionen in Höhe von 30,5 Mio. € (Vorjahr: 23,0 Mio. €) getätigt. Die wesentlichen Investitionen betreffen den Weiterbau der Bioabfallvergärungsanlage, den Bau von neuen Ablagerungsflächen der ZDC mit dem östlich angrenzenden Ringdamm, den Kauf einer Tunneleintragsmaschine für die MBA, den Abschluss der Umbauarbeiten des Verwaltungsgebäudes und die Anschaffung eines Radladers. Darüber hinaus wurden diverse Geräte und Ausrüstungen angeschafft. Des Weiteren wurde eine Folgeinvestition in einen Fonds getätigt.

#### 2.3.3.2 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der unten dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbem in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.



Übersicht zum 31.12.	2019	2020	2021	2022	2023
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	2.649	1.811	973	134	0

Tabelle 4: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

#### 2.3.3.4 Erbbaurechtsverträge

Zum Betrieb der Deponien wurden in den Vorjahren Erbbaurechtsverträge mit dem ZAW geschlossen.

Die WEV entrichtete 2021 Erbbauzinsen in Höhe von 173 T€ an den ZAW.

Zentraldeponie Cröbern	158 T€
Deponie Seehausen	8 T€
Deponie Groitzsch-Wischstauden	7 T€

#### 2.3.3.5 Dienstleistungsvertrag

Der Dienstleistungsvertrag mit dem ZAW wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2019 neu gefasst und ersetzt alle vorhergehenden Vereinbarungen des Dienstleistungsvertrages nebst Entgeltvereinbarung einschließlich späterer Nachträge und Ergänzungen.

Gemäß § 12 werden die Entgelte, die die WEV vom ZAW für die von ihr in dessen Auftrag erbrachten Leistungen erhält, grundsätzlich als Selbstkostenfestpreise im Vorhinein kalkuliert. Die Entgelte werden in €/t bemessen und grundsätzlich für einen Zeitraum von zwei Jahren kalkuliert. Ein Entwurf der Kalkulation wird von der WEV oder in deren Auftrag erstellt und dem ZAW am 30. April des Vorjahres der jeweiligen Kalkulationsperiode des ZAW eingehend beim ZAW demselben vorgelegt, es sei denn der ZAW stimmt einem späteren Vorlagdatum zu. Nach dieser Abrede zur Preisbestimmung ergab sich eine Anpassung des Entgeltes für 2021 auf 137,85 €/t nach 139,55 €/t im Vorjahr.

Die zwischen dem ZAW und der WEV vereinbarten Entgelte für die durch WEV erbrachten Entsorgungsleistungen werden durch diese gegenüber dem ZAW grundsätzlich nach Tonnage auf der Grundlage von den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Wiegedaten jeweils vierteljährlich zum 15. des Folgemonats für das vorangegangene Quartal abgerechnet, es sei denn ZAW und WEV stimmen etwas Anderes ab.





## 2.4 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen.

	2021	2020	2019	Maßeinheit
<b>Vermögenssituation</b>				
Anlagenintensität	39,0	29,3	28,3	%
Änderung des Anlagevermögens	141,9	138,29	93,3	%
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	7,2	7,5	9,6	%
Fremdkapitalquote	92,8	92,5	90,5	%
<b>Liquiditätskennzahlen</b>				
Liquidität 1.Grades	1.541,9	1.108,0	984,7	%
Liquidität 2.Grades	1.566,6	1.156,5	1.031,7	%
<b>Rentabilität</b>				
Eigenkapitalrendite	2,5	-12,5	-4,6	%
Gesamtkapitalrendite	3,3	4,3	3,6	%
<b>Geschäftserfolg</b>				
Umsatzrentabilität	0,7	3,2	-10,0	%
Pro-Kopf- Umsatz	505,32	589,77	658,5	T€
<b>Kennzahlen der Personalwirtschaft</b>				
Beschäftigte	101	97	98	MA
Personalaufwandsquote	9,8	8,4	7,6	%

Tabelle 5: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2019– 2021 bzw. Wirtschaftsplan 2021



## **2.5 Entwicklung der Unternehmensbereiche**

### **2.5.1 Zentraldeponie Cröbern (ZDC)**

Im Jahr 2021 betrug die abgelagerte Gesamtabfallmenge 407,2 Tt (im Vorjahr: 518,9 Tt).

Die östlichen Erweiterungsflächen der Zentraldeponie befinden sich in der Vorbereitung für den Abfalleinbau. Der Tunnel unterhalb der Deponie wurde fertig gestellt; insgesamt besteht er nun aus 114 Elementen (inkl. zwei Tunnelportalen) und besitzt eine Länge von 848,6 m. Die östliche Begrenzung der Deponie, der Ringdamm, wurde mit Z2-Material im Kern und außen aufliegenden AFB-Material auf Soll-Höhe gebracht.

Die Westseite der Zentraldeponie Cröbern wurde auf Soll-Höhe fertiggestellt.

Als Restvolumen für die Ablagerung der Zentraldeponie Cröbern stehen zum Stichtag insgesamt 2.639,1 Tm³ bzw. 20,6 % zur Verfügung.

Mit Stand Ende 2021 sind insgesamt 22,31 ha temporär abgedeckt. Im Q1.2021 wurde die Westseite mit vormals zur Vorlastschüttung der KEA verwendeten Bodenmaterialien temporär abgedeckt.

Das Plateau auf der Westseite der Zentraldeponie wurde in Q4. 2021 im Rahmen einer von der nationalen Klimaschutzinitiative – NKI – geförderten Maßnahme zur Optimierung der Deponiegasfassung auf der Zentraldeponie Cröbern gasdicht abgedeckt. Für die Überdeckung der gasdichten Folie wurde Boden aus dem Baustofflager für eine temporäre Abdichtung verwendet. Im Q4. 2021 wurden Böden, die für die spätere, endgültige Endabdeckung verwendet werden sollen, auf der Nordböschung als Auflage für die Hohlrippendrainfolie als temporäre Oberflächenabdeckung aufgebracht.

Die im Januar 2019 in Betrieb genommene mobile Mietanlage nach dem Prinzip der Wickelmodul-Technik für die Behandlung des Sickerwassers hat den Versuchsbetrieb erfolgreich absolviert und wurde im Juli 2021 gekauft.

Nachdem die Sickerwasserleitung II/5 bereits im 3. Quartal 2020 erfolgreich saniert worden war, erfolgte die Sanierung der Leitungen II/7 und I7 verteilt auf das Jahr 2021, unterbrochen von Lieferengpässen für die speziell angefertigten Rohre.

Die ZDC befindet sich in einem planmäßigen Zustand.

### **2.5.2 Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)**

Hauptschwerpunkt der MBA war die Annahme und Verarbeitung der durch den ZAW angeordneten Abfälle und Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für das Verbandsgebiet mit über 860.000 Einwohnern.

Im Jahr 2021 wurden 214,5 Tt (im Vorjahr: 196,1 Tt) durch die Anlage im Ein-Schicht-Betrieb angenommen. Die Eingangsmenge kommunaler Rest- und Sperrmüll betrug 141,3 Tt (im Vorjahr: 137,8 Tt). Die Gesamt-Inputmengen zur MBA lagen unter dem Planniveau.

Mechanische Aufbereitung: 2021 wurden maßgeblich die andienungspflichtigen sowie die extern angedienten Abfälle zur MBA verarbeitet. Darüber hinaus fanden Versuche und



Maßnahmen zur Anlagenbewertung im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer Weiterführungsprognose der MBA über das Jahr 2025 hinaus statt. Es erfolgten Rückbauarbeiten nicht benötigter Anlagentechnik.

Biologische Behandlung: Durch die WEV wurde eine gebrauchte Austragsmaschine beschafft und im März eingebaut. Im 3. Quartal 2021 wurden an der RTO2 grundlegende Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Analog soll auch die RTO1 im Jahr 2022 überholt werden.

### 2.5.3 Altdeponie Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden

Der Antrag zur endgültigen Stilllegung und Entlassung des Neuberges in die Nachsorge ist in Bearbeitung. Mit der Einreichung des Antrages und Bestätigung wird im Verlauf des Jahres 2022 gerechnet.

Die Deponiegasverstromung und Vergütung über das EEG für das am Standort der **DSH** befindliche BHKW lief zum 31.12.2020 aus. Für das 1. Quartal 2021 wurde mit dem Betreiber des BHKW eine Interim-Lösung mit geringerer Vergütung vereinbart. Dieses BHKW erlitt im Frühjahr 2021 einen Totalschaden, seitdem wird das Deponiegas über die Hochtemperatur-fackel verbrannt. Nach einer Ausschreibung für ein Miet-BHKW, die aufgrund der Unwirtschaftlichkeit aufgehoben werden musste, erfolgte über das Verhandlungsverfahren die Vereinbarung zur Errichtung eines Miet-BHKWs im 4. Quartal 2021.

Das nun installierte BHKW ist mit Oxycat und einem vorgeschalteten Aktivkohlefilter ausgerüstet, um den Vorgaben der 44. BImSchV vorzeitig zu entsprechen.

Am Standort **DSH** soll durch die Gesellschaft WEE GmbH & Co. KG eine PV-Anlage errichtet werden.

Die Erd- und Tiefbauarbeiten für die endgültige Oberflächenabdichtung der beiden Deponiebereiche Altteil und Neuteil wurden nach öffentlicher Ausschreibung im Mai 2021 aufgenommen. Der Neuteil wurde bis Ende 2021 zu 80 % fertiggestellt, die Restarbeiten werden bis 05/2022 erledigt sein. Die Arbeiten am Altteil sollen anschließend bis Ende 2022 abgeschlossen sein.

Auch für die **Deponie Groitzsch-Wischstauden** wurde im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) ein Förderantrag gestellt und positiv beschieden.

Die Aerobisierung mit In-Situ-Stabilisierung des Deponiekörpers wird seit April 2022 durchgeführt. Über das Förderprojekt wurde 02/2022 eine neue Deponiegasfackel angeschafft. Ebenfalls gefördert wird der Umbau der Gassammelstation.

### DSH + DGW

Die in der Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten (Sickerwasserfassung und -ableitung einschließlich Monitoring, Grundwassermonitoring, Oberflächenwasserableitung, Flammenionisationsdetektor-Messungen und Wirkkontrollen des Gasfassungssystems usw.) für die beiden Altdeponiestandorte wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne besondere Vorkommnisse.

Die Deponien befinden sich in einem planmäßigen Zustand.





#### 2.5.4 Bioabfallvergärungsanlage (KEA)

Der Bau der Bioabfallvergärungsanlage schreitet fort. Nachdem notwendige Medienumverlegungen sowie Baugrundverbesserungen abgeschlossen wurden, wurde im Frühjahr 2021 mit dem Roh- und Freianlagenbau begonnen. Aufgrund von Lieferzeitverlängerungen (insbesondere elektronische Bauteile) ist Ziel, im 2. Quartal 2022 mit der Materialverarbeitung zu beginnen. Die Übergabe nach Probetrieb und Fertigstellung soll im Oktober 2022 erfolgen.

#### 2.5.5 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

##### Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des erwarteten Nachsorgezeitraums im Jahr 2074 unter Berücksichtigung der Kapazität und der vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Das Ende des Nachsorgezeitraumes wurde auf 2074 verlängert, da der Eintritt in die Nachsorge erst mit der Fertigstellung der endgültigen Oberflächenabdichtung und der endgültigen behördlichen Genehmigung beginnen kann. Nach aktueller Einschätzung ist das Ende der Nachsorgephase bei der Annahme einer Laufzeit von 30 Jahren für die Nachsorge somit der 31. Dezember 2074.

Zum 31. Dezember 2021 beträgt die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge für die ZDC 165.024 T€ (im Vorjahr: 149.653 T€).

##### Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde zum 30. Juni 2004 stillgelegt. Der Bilanzansatz für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Seehausen für den Zeitraum bis zum Jahr 2044/2051 unter Berücksichtigung der Prognose für die Deponiegasverstromung sowie der alternativen Oberflächenabdichtung beträgt 11.291 T€ (im Vorjahr: 10.265 T€).

##### Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2021 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2051/2052 für das Altfeld in Höhe von 1.892 T€ (im Vorjahr: 2.414 T€) und für das Neufeld in Höhe von 6.122 T€ (im Vorjahr: 5.193 T€) unter Berücksichtigung der alternativen Oberflächenabdichtung ausgewiesen.

	2019	2020	2021
Zentraldeponie Cröbern	126.233	149.653	165.024
Deponie Seehausen	8.645	10.265	11.291
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	5.153	5.913	6.122
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	2.351	2.414	1.892
<b>Gesamt</b>	<b>142.382</b>	<b>168.245</b>	<b>184.329</b>

Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2019 bis 2021



### 2.5.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Die Rückstellungsbemessung für Rekultivierung, Stilllegung und Nachsorge wurde in den Jahren 2020 und 2021 keiner externen Überprüfung unterzogen. Im Jahr 2021 erfolgte, aufgrund der Antragserfahrungen ein Abgleich von Antragsterminen bei DSH und DGW, infolge erhöhter Sickerwasseranfälle eine Anpassung der Sickerwasserprognosen bei DSH und DGW, die Einstellung von Miet- und Betriebskosten eines BHKWs bei DSH sowie die Anpassung der Mächtigkeit der Rekultivierungsschicht bei der ZDC. Es ist beabsichtigt, im Jahr 2022 die angesetzten Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgeaufwendungen einer gutachterlichen Überprüfung zu unterziehen.

### 2.5.7 Qualitätsmanagement

Im September 2020 fand ein Überwachungsaudit zum Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2015 statt. Die Prüfungsgesellschaft ESC Cert GmbH erteilte das Zertifikat erneut bis November 2023.

Die Wiederholungsprüfung gemäß Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im Oktober 2021 durch ÖKÖ.ZERT. Rieth & Eckhardt GbR, Technische Überwachungsorganisation für Entsorgungsfachbetriebe, durchgeführt. Das erteilte Zertifikat ist bis April 2023 gültig.

Im September 2021 fand ein Überwachungsaudit zum Energiemanagementsystem gemäß DIN EN ISO 50001:2018 der WEV, durch die ESC Cert GmbH als akkreditierten Auditor, statt. Das erteilte Zertifikat ist unverändert bis 2024 gültig. Die WEV nimmt am Energieeffizienz-Netzwerk Leipzig teil.

## 2.6 Risikobericht

### 2.6.1 Risikomanagementsystem

Der im Februar 2022 ausgebrochene Krieg zwischen der Ukraine und Russland konnte durch die Geschäftsführung noch nicht bezüglich der damit verbundenen Risiken für die WEV bewertet werden. Es wird jedoch erwartet, dass der Krieg weltweite Auswirkungen auf Energie-, Rohstoff- und Produktpreise und deren grundsätzlichen Verfügbarkeiten haben wird.

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

### 2.6.2 Risiken

#### Marktrisiken

Für die ZDC wird sowohl bei der strategischen Ausrichtung als auch bei der Akquisitionsbearbeitung weiter der Schwerpunkt auf Kunden- und Abfallströme gelegt, die im Nahbereich des Unternehmens liegen und kontinuierlich anfallen. Dabei werden insbesondere die verschiedenen Rechtsbereiche sowie der Wettbewerb berücksichtigt.

Die demografische Entwicklung der Stadt Leipzig hat weiterhin eine positive Tendenz.



#### Inflationsrisiken

Die aktuelle Entwicklung der Inflationsraten ist wesentlich von Energiepreisentwicklungen beeinflusst, wobei die Dauerhaftigkeit nicht abschließend eingeschätzt werden kann. Der Ukraine-Krieg kann zu wesentlichen Veränderungen in der Energieversorgung und zu Preissteigerungen rohstoffbasierter Produkte führen. Die weitere Entwicklung kann zu einer Neubeurteilung der langfristigen Inflationsannahme von derzeit 2,5 % führen. In der Sensitivitätsbetrachtung würde sich ein Rückstellungszuführungsbetrag bei einer angenommenen Erhöhung der Inflationsannahme um 0,5 % auf 3,0 % von ca. 29 Mio. € ergeben.

#### Vertragsrisiken

Die Abnahme der Outputströme aus der MBA wurde im Jahr 2017 ausgeschrieben. Die Laufzeit der Verträge beträgt sechs Jahre ab 1. Januar 2018, mit der Option einer Vertragsverlängerung bis 2025. Die geschlossenen Verträge sehen eine Preisgleitklausel ab 1. Januar 2021 vor, sodass sich die Preise für diese Leistungen ab diesem Zeitpunkt verändern können. Zum Bilanzstichtag wurde eine Preisanpassung mit Wirkung Januar 2022 angezeigt und durch die WEV bestätigt.

#### Zins- und Derivatrisiken

Die WEV hat für den Zinsbindungszeitraum eines Darlehens eine Festzinsvereinbarung (Zinssicherungsgeschäft) abgeschlossen, um das variabel verzinste Grundgeschäft im Zinsrisiko zu begrenzen.

Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.

Aufgrund der derzeitigen und weiterhin erwarteten Differenzen zwischen dem von der Bundesbank vorgegebenen Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung und den erreichbaren Verzinsungen für Sicht- und Festgeldguthaben bzw. internen Renditen, werden in den nächsten Jahren für die notwendigen Zinszuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge die bestehenden bzw. erwarteten Verzinsungen der externen Geldanlagen durch Zuführungen aus dem operativen Ergebnis ergänzt werden müssen.

Zur Risikoreduzierung werden Geldanlagen bei verschiedenen Geschäftsbanken der WEV getätigt. Seit dem Jahr 2020 wurden mehrere Teilbeträge als Sondervermögen angelegt. Diese Geldanlage unterliegt für den Asset Manager vereinbarten Anlagerestriktionen

Zur Überwachung dieser Risiken werden die Effekte in Szenarien der WEV abgebildet und Vorschläge zur Sicherung einer langfristig auskömmlichen Kapitalausstattung erarbeitet und die Entwicklung der Bilanzansätze für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen regelmäßig überprüft.

#### Liquiditäts- und Bonitätsrisiko

Die Geldanlagen erfolgen in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken und Anlageinstituten, die dem Einlagensicherungsfonds, dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe unterliegen oder in Sondervermögen (Spezialfonds).





Die WEV hat sich eine Anlagenrichtlinie gegeben, der Aufsichtsrat empfahl der Gesellschafterversammlung die Beschlussfassung. Die Gesellschafterversammlung beschloss diese Richtlinie im Mai 2021, als Rahmenvorgabe für den Umgang mit Anlagen in der WEV.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch ein präventives Risikomanagement, die Absicherung des Ausfallrisikos von Forderungen durch Warenkreditversicherer bzw. durch Bankbürgschaften sowie ein Mahnwesen begrenzt.

#### Steuerrisiko

Mit der Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2013 wurde im Jahr 2016 begonnen. Die Prüfung war zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht abgeschlossen. Es lagen lediglich vorläufige Prüfungsfeststellungen ohne Schlussbesprechung vor. Auf diese wird durch die WEV bzw. den beauftragten Steuerberater erwidert.

Mit der Betriebsprüfung der Jahre 2014 bis 2016 wurde im Dezember 2019 begonnen. Die Prüfung wurde mehrfach corona-bedingt unterbrochen. Bisher liegen keine Prüfungsfeststellungen vor.

Aufgrund der komplexen Sachverhalte ist es auch künftig nicht auszuschließen, dass im Rahmen von Betriebsprüfungen unterschiedliche Auffassungen bestehen. Die Geschäftsführung bedient sich daher zur Sachverhalt- und Risikobeurteilung externer Berater.

#### Produkt- und Umweltschutzrisiken

Durch einen externen Prüfer wurde 2015 eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadensgesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt. Es handelt sich dabei um die dritte Fortschreibung, nachdem die letzte Prüfung im Jahr 2012 durchgeführt wurde.

In den Jahren 2016 bis 2020 erfolgten keine sachlichen Änderungen, sodass keine Aktualisierung notwendig wurde.

Die Risiken der Altdeponien wurden durch die Übertragung vom ZAW an die WEV von dieser übernommen und sind nicht weiter beeinflussbar. Das Risiko am Deponiestandort Groitzsch-Wischstauden wird nach Abschluss der Oberflächenabdichtung weiter reduziert. Bei den übrigen Risiken wurde eingeschätzt, dass die WEV ihnen ein ausreichendes Sicherungskonzept entgegengesetzt.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.

#### Ausfallrisiko MBA

Die verfahrenstechnische Gestaltung ermöglicht, bei Ausfall einzelner Anlagenelemente die Umsteuerung des Abfallstromes auf andere Behandlungslinien.

Für den Fall des kompletten Anlagenausfalls stehen der WEV ein beantragtes und genehmigtes Zwischenlager und Anlagen zur Abfallbehandlung im Rahmen der Mitgliedschaft im „Mitteldeutschen Ausfallverbund für Anlagen zur Abfallbehandlung“ und im „Ausfallverbund zur Abfallentsorgung des ASA e.V.“ zur Verfügung.

Im Zeitraum 2005 bis 2021 gab es keinen Anlagenausfall.



### 2.6.3 Chancenbericht

Aus den aufgeführten Risiken ergeben sich auch entsprechende Chancen für das Unternehmen. Bei steigender Nachfrage am Markt könnten sich die Entsorgungsmengen und -preise erhöhen.

Die Inbetriebnahme der KEA (Kompost- und Energieanlage) ist für die WEV ein weiterer wesentlicher Baustein in der Aufgabenerfüllung für den ZAW. Die ökonomische Change ist aufgrund der Preisbildung nach den Leitsätzen für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten nicht über zu bewerten. Inwieweit später Kapazitäten für Drittmengen bestehen ist derzeit nicht absehbar.

Sollten sich zukünftig nachhaltig niedrigere Kostensteigerungsraten oder ein dauerhaft höheres Zinsniveau für Geldanlagen ergeben, können diese Parameteränderungen Chancen in der Rückstellungsentwicklung ergeben.

### 2.6.4 Prognosebericht

Im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 wurde für das Geschäftsjahr 2021 ein Jahresergebnis von 1,9 Mio. € bei einem Umsatz in Höhe von 47,5 Mio. € prognostiziert.

Die geplanten Umsatzerlöse wurden mit 51,0 Mio. € um 3,5 Mio. € überschritten. Das geplante Jahresergebnis vor Steuern wurde um 1,2 Mio. € übertroffen und beträgt 3,1 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die im Vergleich zum Plan geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Folge der niedrigeren Zuführung zu den langfristigen Rückstellungen zurückzuführen.

Je nach Preisentwicklung der Abfälle zur Verbrennung in Müllverbrennungsanlagen (MVA) verändert sich die Wettbewerbsfähigkeit der MBA bei biologisch abbaubaren Abfällen.

Weiter bestehen auf mittelfristige und langfristige Sicht erhebliche Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen- und Preisentwicklung bei mineralischen Abfällen, bedingt auch durch mögliche Veränderungen bei den gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Zinsen und Teuerungsraten sind, aufgrund der langen Betrachtungszeiträume, ebenfalls Faktoren mit Prognoseunsicherheit.

In der Branche gibt es für Abfälle, die MBA - geeignet sind, aktuell ausreichende Abfallbehandlungskapazitäten.

Die Geschäftsführung plant, trotz der weiterhin aktuell schwierigen Zinslage und bei einer konservativen Prognose des BilMoG-Zinssatzes, die dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 zugrunde gelegt wurde, ein Jahresergebnis vor Steuern von 4,2 Mio. € sowie einen Umsatz von ca. 49,4 Mio. €. Etwaige Folgen aus dem Krieg zwischen der Ukraine und Russland sind derzeit aufgrund mangelnder Bewertbarkeit nicht in der Prognose berücksichtigt.



### 3. Einzeldarstellung zur 2. Beteiligungsebene (Beteiligung der WEV)

→ Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG  
(WEE GmbH & Co. KG)

#### 3.1 Allgemeine Angaben zur WEE GmbH & Co. KG

**Adresse:** Eutritzscher Straße 14 B  
04105 Leipzig

**Gründungsjahr:** 2020

**Rechtsform:** GmbH & Co. KG

#### Unternehmensgegenstand/-zweck:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages hat das Unternehmen folgenden Unternehmensgegenstand:

- "(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Akquisition von Flächen, die Planung, die Errichtung und der Betrieb und/oder der Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlagen, Energiespeichern und Anlagen zur Energiewandlung sowie von sonstigen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gegenstand des Unternehmens gefördert werden kann. Sie kann sich im Rahmen des Gesellschaftszwecks an anderen Unternehmen beteiligen."

#### Kapital und Gesellschafter

An der Gesellschaft sind die WEV und die Stadtwerke Leipzig GmbH als Kommanditisten zu je 50 % beteiligt.

Die Haftenlage der WEV und der Stadtwerke Leipzig GmbH beläuft sich jeweils auf 250,00 €. Abweichend von der Haftenlage von jeweils 250,00 € sind die WEV und die Stadtwerke Leipzig GmbH mit einem festen Kapitalanteil von jeweils 12.500 € beteiligt. Der feste Kapitalanteil entspricht der Pflichteinlage.

Persönlich haftende Gesellschafterin ("Komplementär-GmbH") ist die Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs mbH. Diese leistet keine Einlage, verfügt über keinen Kapitalanteil und ist nicht am Vermögen der Gesellschaft beteiligt. Zur Führung der Geschäfte ist nur die Komplementär-GmbH berechtigt und verpflichtet.





### **3.2 Organe**

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

#### **3.2.1 Geschäftsführung, Vertretung**

Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, diese gemeinschaftlich vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Dr.- Karsten Mänz und Herrn Martin Faßhauer.

Die Geschäftsführer sind nur gemeinschaftlich zur Geschäftsführung befugt. Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden die Geschäfte des Unternehmens durch folgende Personen geführt:

- Herr Martin Faßhauer
- Herr Dr. Karsten Mänz.

Die Geschäftsführung erhält für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

#### **3.2.2 Beteiligungen**

Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, 100 %

### **3.3 Allgemeines**

Am Bilanzstichtag waren im Unternehmen 0 Personen beschäftigt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde von der

Rose Brösicke GmbH  
Steuerberatungsgesellschaft  
Querstraße 16  
**04103 Leipzig**

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

#### **3.3.1 Vermögenslage**

Die aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 abgeleitete Darstellung der Vermögenslage der Gesellschaft lässt sich im Vergleich zum vorherigen Bilanzstichtag folgendermaßen darstellen:



<b>AKTIVA</b>	<b>Bilanz 31.12.2021</b>	<b>Bilanz 31.12.2020</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>		
I. Sachanlagen	74.292,70	0,00
II. Finanzanlagen	25.000,00	25.000,00
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>99.292,70</b>	<b>25.000,00</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.780,72	213,85
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	314.213,14	0,00
<b>Summe Umlaufvermögen</b>	<b>326.993,86</b>	<b>213,85</b>
<b>Summe AKTIVA</b>	<b>426.286,56</b>	<b>25.213,85</b>
<b>PASSIVA</b>	<b>Bilanz 31.12.2021</b>	<b>Bilanz 31.12.2020</b>
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Kapitalanteile Kommanditisten	380.322,40	184.348,96
nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	0,00	-160.000,00
eingefordertes Kapital	380.322,40	24.348,96
II. Bilanzgewinn	0,00	0,00
<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>380.322,40</b>	<b>24.348,96</b>
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. sonstige Rückstellungen	4.846,00	100,00
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	39.447,68	639,21
2. andere Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.670,48	125,68
<b>Summe PASSIVA</b>	<b>426.286,56</b>	<b>25.213,85</b>

### 3.3.2 Finanzlage

Im Folgenden werden die Mittelherkunft und die Mittelverwendung des Berichtsjahres 2021 anhand einer Kapitalflussrechnung dargestellt, wobei die drei Bereiche der Kapitalflussrechnung als Einheit betrachtet sind.

Zur Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft wird dargestellt, wie sich die Zahlungsmittel (Kassenbestände, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten) im Berichtszeitraum durch Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse verändert haben. Dabei wird zwischen Zahlungsströmen aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Kapitalflussrechnung

	2021 €	2020 €
Periodenergebnis	-19.276,56	-651,04
+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	4.746,00	100,00
+/- Abnahme / Zunahme anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-12.566,87	-213,85
+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	38.808,47	639,21
<b>= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b><u>11.711,04</u></b>	<b><u>-125,68</u></b>
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	74.292,70	0,00
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	25.000,00
<b>= Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b><u>-74.292,70</u></b>	<b><u>-25.000,00</u></b>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	375.250,00	25.000,00
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und Aufnahme von (Finanz-) Krediten	6.764,80	125,68
- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	5.220,00	0,00
<b>= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b><u>376.794,80</u></b>	<b><u>25.125,68</u></b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Cashflows)	314.213,14	0,00
<b>= Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b><u>314.213,14</u></b>	<b><u>0,00</u></b>

**3.3.3 Ertragslage**

Die Ertragslage hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	2021 €	2020 €
Sonstige betrieblichen Erträge	-19.276,56	-651,04
<b><u>Ergebnis nach Steuern</u></b>	<b><u>-19.276,56</u></b>	<b><u>-651,04</u></b>
<b><u>Jahresergebnis</u></b>	<b><u>-19.276,56</u></b>	<b><u>-651,04</u></b>

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresergebnis von -19.276,56 € (Vorjahr: -651,04 €) ab.

Die Umsatzerlöse betrugen im Berichtszeitraum 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €).





Beteiligungsbericht ZAW 2021

---

**Zusatz: Beteiligung der WEE GmbH & Co. KG**

→ **Westsächsische Erneuerbare Verwaltungs GmbH & Co. KG  
(WEE GmbH & Co.)**

**Adresse:** Eutritzscher Straße 14 B  
04105 Leipzig

**Gründungsjahr:** 2020

**Rechtsform:** GmbH

**Unternehmensgegenstand/-zweck:**

Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an einer Kommanditgesellschaft, die die Planung, die Errichtung und den Betrieb und/oder Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlagen, Energiespeichern und Anlagen zur Energiewandlung sowie von sonstigen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen, zum Gegenstand hat.

**Gezeichnetes Stammkapital:** 25.000,00 €

**Gesellschafterin**

Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, 100 %, Kapital: 25.000,00 €

**Geschäftsführung, Vertretung**

Herr Martin Faßhauer  
Herr Dr. Karsten Mänz

Die Geschäftsführer sind nur gemeinschaftlich zur Geschäftsführung befugt. Die Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

**Prokura**

Gesamtprokura gemeinsam mit dem Geschäftsführer Herrn Martin Faßhauer:

- Herr Tom Schneider

Gesamtprokura gemeinsam mit dem Geschäftsführer Herrn Dr. Karsten Mänz:

- Herr Marcel Werner

**Allgemeines**



Am Bilanzstichtag waren im Unternehmen 0 Personen beschäftigt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 wurde von der

Rose Brösicke GmbH  
Steuerberatungsgesellschaft  
Querstraße 16  
04103 Leipzig

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

### Vermögenslage

Die aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 abgeleitete Darstellung der Vermögenslage der Gesellschaft lässt sich im Vergleich zum vorherigen Bilanzstichtag folgendermaßen darstellen:

<b>AKTIVA</b>	<b>Bilanz 31.12.2021</b>	<b>Bilanz 31.12.2020</b>
Forderungen	1.670,48	125,68
Flüssige Mittel / Wertpapiere	26.896,20	24.999,12
<b>Summe AKTIVA</b>	<b>28.566,68</b>	<b>25.124,80</b>
<b>PASSIVA</b>	<b>Bilanz 31.12.2021</b>	<b>Bilanz 31.12.2020</b>
Eigenkapital	25.331,49	22.355,68
Rückstellungen	3.235,19	1.858,00
Lieferverbindlichkeiten	0,00	911,12
<b>Summe PASSIVA</b>	<b>28.566,68</b>	<b>25.124,80</b>

### Finanzlage

Im Folgenden werden die Mittelherkunft und die Mittelverwendung des Berichtsjahres 2021 anhand einer Kapitalflussrechnung dargestellt, wobei die drei Bereiche der Kapitalflussrechnung als Einheit betrachtet sind.

Zur Entwicklung der Liquidität und der Finanzkraft wird dargestellt, wie sich die Zahlungsmittel (Kassenbestände, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten) im Berichtszeitraum durch Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse verändert haben. Dabei wird zwischen Zahlungsströmen aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

### Kapitalflussrechnung



## Beteiligungsbericht ZAW 2021

	2021 €	2020 €
Periodenergebnis	2.975,81	-2.644,32
+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	1.316,00	1.858,00
+/- Abnahme / Zunahme anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.544,80	-125,68
+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-911,12	911,12
+ Ertragssteueraufwand	61,19	0,00
<b>= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b><u>1.897,08</u></b>	<b><u>-0,88</u></b>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	25.000,00
<b>= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b><u>0,00</u></b>	<b><u>25.000,00</u></b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe der Cashflows)	1.897,08	24.999,12
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>24.992,12</u>	<u>0,00</u>
<b>= Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b><u>26.896,20</u></b>	<b><u>24.999,12</u></b>

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresergebnis von 2.975,81 € (Vorjahr: -2.644,32 €) ab.

Die Umsatzerlöse betrugen im Berichtszeitraum 0,00 € (Vorjahr: 0,00 €).

## Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen



Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögen des Geschäftsjahres} - \text{Anlagevermögen des Vorjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Gesamtleistung}} \times 100 \%$
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$



## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2020 .....	7
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2020 .....	9
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2020 .....	10
Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2018– 2020 .....	13
Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten .....	12
Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2018 bis 2020 .....	16

## Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DSH	-	Deponie Seehausen
GuV	-	Gewinn- und Verlustrechnung
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MVA	-	Müllverbrennungsanlage
SächsKrWBodSchG	-	Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

# Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal  
Tel.: 034299 / 530  
E-Mail: [info@wev-sachsen.de](mailto:info@wev-sachsen.de)  
Webseite: [www.wev-sachsen.de](http://www.wev-sachsen.de)

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 24.06.1991

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens sind entsprechend § 2 des Gesellschaftsvertrages die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes nach vorstehendem Satz 1 dienen.

### Kapital:

Stammkapital	1.000.000 €
--------------	-------------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer
-----------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,00 %
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	490.000,00 €	49,00 %

### Beteiligungen

Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG	12.500,00 €	50,00 %
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	490.000,00 €	49,00 %



#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.*

# Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Eutritzscher Straße 14 b  
04105 Leipzig

**Rechtsform:** GmbH & Co. KG

**Gründungsdatum:** 23.12.2020

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages hat das Unternehmen folgenden Unternehmensgegenstand:

"(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Akquisition von Flächen, die Planung, die Errichtung und der Betrieb und/oder der Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlagen, Energiespeichern und Anlagen zur Energiewandlung sowie von sonstigen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gegenstand des Unternehmens gefördert werden kann. Sie kann sich im Rahmen des Gesellschaftszwecks an anderen Unternehmen beteiligen."

### Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Martin Faßhauer
Herr Dr. Karsten Mänz

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Stadtwerke Leipzig	12.500,00 €	50,00 %
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	12.500,00 €	50,00 %

### Beteiligungen

Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000,00 €	100,00 %
--	-------------	----------

#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Erneuerbaren Energien GmbH und Co. KG sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.*



# Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Eutritzscher Straße 14 b  
04105 Leipzig

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 23.12.2020

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages hat das Unternehmen folgenden Unternehmensgegenstand:

"(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an einer Kommanditgesellschaft, die die Planung, die Errichtung und den Betrieb und/oder den Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlagen, Energiespeichern und Anlagen zur Energiewandlung sowie von sonstigen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen, zum Gegenstand hat.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gegenstand des Unternehmens gefördert werden kann."

### Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Martin Faßhauer
Herr Dr. Karsten Mänz

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
---	-------------	----------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-
Sonstiges	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Zuschüsse	-	-
Bürgschaften	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Erneuerbaren Energien Verwaltungs GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.*



## **Sparkasse und IT**

# Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Eilenburger Straße 1 a  
04317 Leipzig  
Tel.: 0351 86652100  
E-Mail: post@kisa.it  
Webseite: <http://www.kisa.it>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 01.01.2004

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikuunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikuunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

### Kapital:

Gesamtstimmen	3024 Stimmen
---------------	--------------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Andreas Bitter
---------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
verschiedene	99,01 %	2994
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>0,99 %</b>	<b>30</b>

**Beteiligungen**

KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	60.000,00 €	100,00 %
KOMM24 GmbH	5.000,00 €	20,00 %
Lecos GmbH	20.000,00 €	10,00 %
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	5.000,00 €	2,32 %

**IV FINANZBEZIEHUNGEN**

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	0	0	0
Bürgschaften	-	-	-

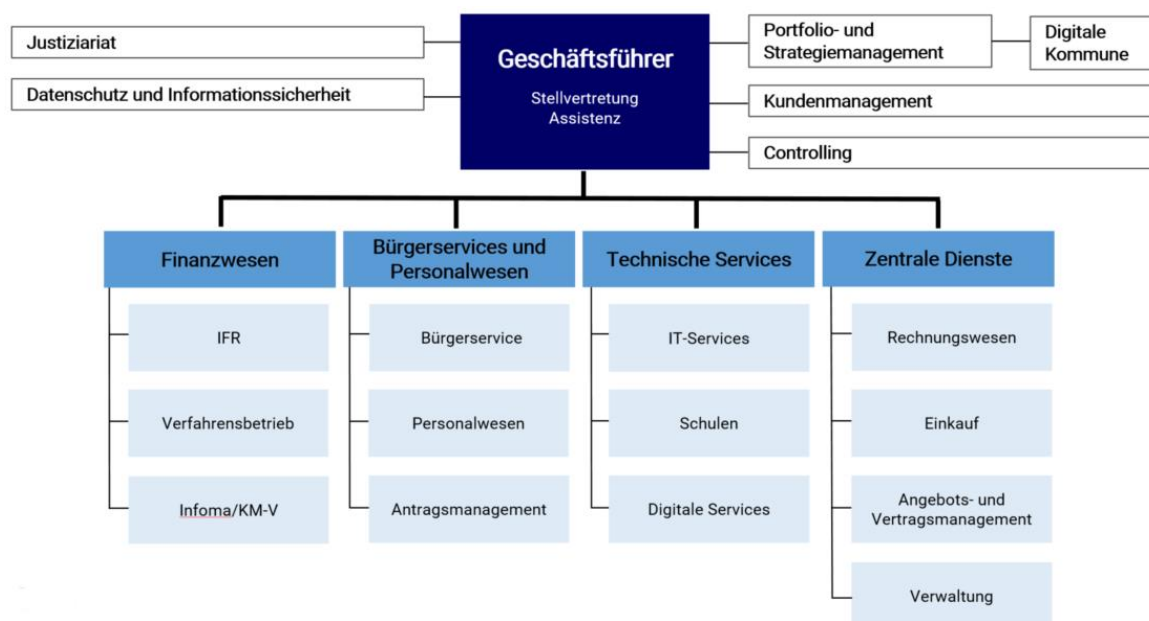
**V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE****I. Grundlagen des Unternehmens****1. Geschäftsmodell des Unternehmens**

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist ein Zweckverband mit Sitz in Leipzig. KISA ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit.

Mitglieder von KISA sind Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und sonstige Einrichtungen, darunter auch juristische Personen des Privatrechts. In etwa die Hälfte der sächsischen Kommunen sind Verbandsmitglieder. Darüber hinaus hat KISA in jüngerer Vergangenheit Mitglieder aus dem Bundesland Thüringen dazu gewonnen. Die Gesamtzahl der Mitglieder erfuhr im Jahr 2021 einen Zuwachs und belief sich zum 31.12.2021 auf 277 Mitglieder.

Der Zweckverband KISA erbringt seine Leistungen im Wesentlichen gegenüber seinen Verbandsmitgliedern. Es können im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten in einem beschränkten Maß auch Leistungen an Dritte erbracht werden. Der Verband arbeitet kostendeckend, eine Gewinnerzielungsabsicht besteht nicht.

KISA verfügt aktuell über die 4 Bereiche Finanzwesen, Bürgerservices und Personalwesen, Technische Services und Zentrale Dienste. Vom Geschäftsführer werden darüber hinaus die Stabsstellen Justizariat, Datenschutz und Informationssicherheit, Portfolio- und Strategiemanagement, Digitale Kommune, Kundenmanagement und Controlling geführt.



Dienstleistungen erbrachte KISA im Berichtsjahr im Wesentlichen in folgenden Geschäftsstellen:

### Ort

### Mitarbeiter zum 31.12.2021

Leipzig, Eilenburger Straße 1 a	54
Dresden, Semperstraße 2	41
Chemnitz, Neefestraße 88	47

Zum 31.12.2021 waren 142 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Jahresdurchschnitt 133).

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 10.12.2018 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2021 wurden am 25.09.2020 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 02.11.2020 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2021 wurde am 03.12.2020 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 49/2020 veröffentlicht.

Der Zweckverband KISA ist in Sachsen und darüber hinaus ein bekannter kommunaler IT-Dienstleister und stellt seinen Mitgliedern und Kunden im öffentlichen Sektor integrierte IT-

Lösungen zur Verfügung. Das Portfolio bietet ein umfassendes Spektrum sicherer, komfortabler und nachhaltiger Verfahren, Dienstleistungen und Infrastruktur zur Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben.

Schwerpunkte darunter sind die Softwareanwendungen u.a. im Finanz- und Personalwesen sowie das Dokumentenmanagement. Die Möglichkeiten im Finanzwesen hat KISA im Jahr 2020 erweitert und bietet seitdem aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse der kommunalen Kunden zwei unterschiedliche Produkte (IFR-Sachsen und Infoma) an. Außerdem bietet KISA bei der Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS als zusätzliche Variante eine rechenzentrumsbasierte Lösung an.

Neben einer zentralen Datenhaltung, -administration und -sicherung steht für KISA die Verfahrensbetreuung im Fokus. Dazu gehört unter anderem ein Hotline-Service, aber auch die Weiterentwicklung der Software. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA die Mitglieder und Kunden in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die Kunden von KISA können die Vorteile eines Rechenzentrums nutzen, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedient sich KISA der Rechenzentren der Lecos GmbH, der GISA GmbH, der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), der regio IT gesellschaft für Informationstechnologie mbH sowie des SIDI Rechenzentrums der T-Systems International GmbH.

Neben zahlreichen weiteren Softwarelösungen für den kommunalen Bedarf bietet das Portfolio von KISA auch Beratungsleistungen zu Hard- und Software in Kommunalverwaltungen und Schulen, zur Informationssicherheit, zur Datensicherheit, zum Lizenzmanagement sowie für IT-Outsourcing an.

Mit den in jüngerer Vergangenheit in den Fachbereichen Antragsmanagement und Schulen in das Portfolio aufgenommenen Leistungen unterstützt KISA die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse in den Kommunen und in den sächsischen Schulen. Dabei konnte die Anzahl der entwickelten Online-Antragsassistenten deutlich erhöht werden. Ergänzend wurden die Produkte DigaSax und KOMMWEB in das Portfolio aufgenommen.

## **2. Forschung und Entwicklung**

Die Weiterentwicklung von Softwareanwendungen erfolgte wie schon in den vorangegangenen Jahren im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH sowie für Schnittstellen zum Dokumentmanagementsystem.

In Zusammenarbeit mit der Komm24 GmbH wurden im Rahmen der Umsetzung des Online-Zugang-Gesetzes (OZG) mehrere Online-Antragsassistenten (OAA) entwickelt und auf die sächsischen Bedürfnisse angepasst. Dabei ist eine medienbruchfreie interne Verarbeitung der Vorgänge durch eine integrierte Anbindung von Fachverfahren und Dokumentenmanagementsystemen vorgesehen.

Folgende neue Online-Antragsassistenten wurden in 2021 in eine produktive Nutzung überführt:

- Baumfällgenehmigung
- Nutzung kommunaler Sportstätten
- Bewohnerparkausweis
- Online- Wohngeld-Verfahren

- Baulastenauskunft
- Sächsische Ehrenamtskarte

Für folgende weitere neue Online-Antragsassistenten wurde die Pilotierung begonnen bzw. vorbereitet:

- Unbedenklichkeitsbescheinigung Feuerbestattung
- Verlängerung Bestattungsfrist
- Leichenpass
- Ergebnis zweite Leichenschau
- Kita-Platzbedarf anmelden
- Unterhaltsvorschuss
- Heilberufliche Niederlassungsanzeige
- Waffenbesitzkarte beantragen
- Kleiner Waffenschein
- Europäischer Feuerwaffenpass
- Sächsischer Landesfamilienpass

Mit dem Erwerb der Anwendung VOIS.online von der HSH GmbH als Landeslizenz für Sachsen kann KISA die Verbandsmitglieder in der Umsetzung des OZG im Bereich des kommunalen Einwohnermeldewesens und der Wahlen nachhaltig unterstützen. KISA kann mit dieser Entscheidung allen sächsischen Kommunen zusätzliche Onlineantragsassistenten zur Verfügung stellen.

Mit Stand August 2021 sind bereits folgende Anträge verfügbar:

- Anmeldung / Ummeldung
- Statuswechsel Haupt- und Nebenwohnung
- An- oder Abmeldung Nebenwohnung
- Abmeldung ins Ausland
- Auskunfts- & Übermittlungssperren
- Einfache und erweiterte Meldebescheinigung
- Antrag auf Auskunft aus dem Gewerbezentralregister
- Lieferstatus für Personaldokumente
- Verlusterklärung Personalausweis/Reisepass
- Antrag für Kinder-Reisedokumente
- Mitwirkung Wohnungsgeber
- Bereitschaftserklärung als Wahlhelfer
- Beantragung Wahlschein
- Wahlraumsuche



- QR-Code auf der Wahlbenachrichtigungskarte zum Einscannen und zur direkten Weiterleitung zur Antragsseite für den Internetwahlschein

Die im VOIS.online enthaltenen Online-Services können in das Serviceportal AMT24 über das Servicekonto Sachsen an den zentralen eID-Dienst Sachsen und das ePayment der Zahlungsverkehrsplattform ePayBL angebunden werden.

Die im Vorjahr begonnene Aufgabe einer Produktvalidierung über alle Bestandsprodukte des Zweckverbands hat KISA in 2021 abgeschlossen. Leitfragen der Produktvalidierung waren auf der einen Seite die Frage nach der Leistungs- und Wertschöpfungstiefe und auf der anderen Seite, inwiefern die Produkte für die aktuellen Herausforderungen bzgl. der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen passgenau sind. In 2021 wurde darauf aufbauend mit der strategischen Produktentwicklung begonnen, welche im nächsten Schritt operationalisiert wird. In besonderem Maße wurde das Handlungsfeld der Beratung und Betreuung der Kommunen bei der Digitalisierung vor Ort und gleichzeitig das Team Digitale Kommune mit 4 Mitarbeitern aufgebaut.

Das Team Digitale Kommune arbeitet mit und bei Kommunen und deren mittelständischen Partnern vor Ort. Es identifiziert Digitalisierungspotential produktunabhängig, begleitet ggf. bei der Einführung und Weiterentwicklung von Lösungen und fördert dabei interkommunale Zusammenarbeit. Beim Aufbau eines ersten InnovationsHubs in Sachsen will KISA gemeinsam mit Dataport Kommunal ein Partnermanagement für Digital-Projekte etablieren, u.a. auch in Abstimmung mit dem Projekt Digitallotsen des Sächsischen Städte und Gemeindetags e.V. (SSG).

## **II. Wirtschaftsbericht**

### **1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Digitalisierung schreitet in der Branche der kommunalen Informations- und Kommunikationstechnik aber auch in den kommunalen Verwaltungen weiter voran. Im Vordergrund steht dabei der barrierefreie elektronische Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem jeweiligen Amt bzw. Rathaus sowie die IT-Ausstattung in den Schulen. Der Digitalpakt Schulen wurde in den letzten beiden Jahren kontinuierlich ausgeformt. Die Branche für kommunale IT-Dienstleistungen erfährt somit schon seit einiger Zeit ein erhebliches Wachstum.

Nach der Gründung der Komm24 GmbH wurde im Jahr 2021 ihre Rolle, aber auch die von KISA, bei der Umsetzung der Aufgaben des OZG angepasst. Die Komm24 GmbH ist dabei Auftraggeber gegenüber den für die Umsetzung der Aufgaben eingebundenen IT-Dienstleistern. Neben KISA sind nach wie vor die Lecos GmbH, der Eigenbetrieb Dresden (eBit) und die IuK-Abteilung der Stadt Chemnitz sowie die Sächsische Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (SAKD) als Gesellschafter der Komm24 GmbH daran beteiligt, die kommunalen Geschäftsprozesse zu analysieren und nach Möglichkeit zu standardisieren. Bisher ist bei den Kommunen nur eine eher zurückhaltende Bereitschaft zu einer Standardisierung erkennbar. Außerdem waren in 2021 im Zusammenhang mit neu entwickelten Online-Anträgen eine Reihe von Fragen zum Datenschutz zu klären. Es war daher erforderlich, operative und strategische Themen zu trennen und die Entwicklerressourcen für die Fachverfahrensanbindung zu verstärken.

Daneben bleibt der Anspruch in den Kommunalverwaltungen bestehen, weitere Verwaltungsarbeiten zu digitalisieren (E-Akte, elektronischer Rechnungsworkflow, Langzeitspeicherung bzw. -archivierung).

Die Corona-Pandemie hat die Nachfrage nach einer umfangreicheren Digitalisierung der Verwaltungsprozesse erheblich gesteigert. Für die Kommunen steht parallel zur Nachfrage aber

auch die Frage nach der Finanzierungsmöglichkeit im Vordergrund. Der zu Beginn der Pandemie zutage getretene Nachholbedarf bei der Ausstattung von Hard- und Software konnte durch den Zweckverband deutlich reduziert werden.

Datenschutz und Informationssicherheit haben durch die beständige Konkretisierung der rechtlichen Anforderungen aber auch durch ein steigendes Gefährdungsniveau, wie auch durch den Anspruch an mobiles digitales Arbeiten, weiterhin eine enorme Bedeutung. KISA konnte sich in diesem Geschäftsfeld auch im Jahr 2021 als seriöser Partner für die Kommunalverwaltungen weiter etablieren.

Die bewährten KISA-Beratungsmodule im Zusammenhang mit Digitalisierung, Datenschutz und IT-Sicherheit wurden im Jahr 2021 auf die neuen Erkenntnisse und Anforderungen angepasst, darunter:

- Internetauftritt, Barrierefreiheit und Formulare
- IT-Sicherheit
- Datenschutz
- Lizenzmanagement
- Technische Infrastruktur
- Ausstattung von Schulen
- Dokumentenmanagementsystem VIS, auch als zentrales rechenzentrumsbasiertes DMS
- Internetauftritt CMS.KISA in Verknüpfung mit Sitzungsdienst, Ratsinformationssystem, Formularservices, E-Poststelle, Datenverschlüsselung und Datenübermittlung

Die auch im Jahr 2021 aufgrund von weltweiten Produktionsausfällen und Logistikengpässen anhaltenden Lieferschwierigkeiten bei Hardware und die daraus resultierenden langen Lieferfristen sind sowohl für die betroffenen Kunden als auch für den Zweckverband eine stetige Herausforderung, die aus der Perspektive des Wirtschaftsjahres 2022 vermutlich bis 2023 anhalten wird.

## 2. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2021 konzentrierte sich KISA auf die neu aufgebauten Geschäftsfelder im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Verwaltungsaufgaben, auf die Dienstleistungserbringung im Hard- und Software-Bereich für Schulen und auf den Aufbau der Dienstleistungen zum zweiten Finanzwesen. Darüber hinaus konzentrierte sich der Geschäftsverlauf auf die Produkte Datenschutz, IT-Sicherheit, Dokumentenmanagement – hier auch als rechenzentrumsbasierte Anwendung – sowie den weiteren Ausbau der Leistungserbringung in Thüringen, was auch am erheblichen Mitgliederzuwachs aus diesem Bundesland erkennbar ist.

Weiter konnten bedeutende Aufträge generiert werden, so zur VIS-Einführung beim SSG wie auch zur Einführung der E-Akte in der Landeshauptstadt Dresden in Kooperation mit der PDV Systeme GmbH.

Den Schwerpunkten entsprechend erfolgte Personalwachstum in den Fachbereichen Antragsmanagement, Digitalisierung von Schulen, im Finanzwesen Infoma sowie zur Digitalen Kommune. Die Aufstellung des Personalentwicklungskonzeptes erfolgte zum 30.12.2021. Organisationsveränderungen wurden in geringem Maße vorgenommen: Zum 15.11.2021 wurde der Fachbereich Infoma/KM-V gebildet. Der bisherige Fachbereich „Service & Support“ wurde in „IFR“ umbenannt. Als weitere Organisationsveränderung wurde für die Dauer seiner Aufbauphase der zukünftige Fachbereich Digitale Kommune als Stabsbereich der Geschäftsführung angegliedert.

Im Jahr 2021 wurde von der Verbandsverwaltung die Erweiterung und Verlängerung des Mietvertrages für die Geschäftsstelle Leipzig vorangetrieben. Die vertraglich fest vereinbarte Mietzeit endet im Juli 2022. In der Geschäftsstelle sind aktuell ca. 55 Personen beschäftigt, mit denen die vorhandenen Arbeitsplätze vollständig belegt sind. Dem gegenüber ist eine stetige Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten insbesondere am Standort Leipzig zu verzeichnen und zwar aufgrund des stetigen Ausbaus des Produkt- und Dienstleistungsportfolios von KISA. Absehbar ist, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird. In 2021 ist die Verbandsverwaltung mit dem Vermieter in Verhandlungen über die Verlängerung und Erweiterung des Mietvertrags eingetreten. Diese mündeten in den 10. Nachtrag vom 20.12.2021 zum Mietvertrag.

Mit dem Jahreswechsel 2021/2022 hat die Einführung der Finanzsoftware Infoma im Echtbetrieb bei zwei Pilot-Gemeinden begonnen. Zum kommenden Jahreswechsel 2022/23 sind 5-6 weitere Migrationen geplant.

Das Umstellungsprojekt in der Veranlagung vom KM-V zum IFR wurde mit Hilfe der angepassten Schnittstellen erfolgreich weiter fortgesetzt. Im Jahr 2021 erfolgte wie geplant die Migration für 29 Kunden. Im Jahr 2022 schließen sich Migrationen für 37 Kunden an.

Die Arbeit im Fachbereich Schulen war durch die Mobile-Endgeräte-Förderung sowie die neue Lehrer-Endgeräte-Förderung geprägt. Insbesondere die damit verbundenen Beratungsleistungen und die Beschaffungen von Hardware stellten eine große Herausforderung dar. Das hohe Niveau an Angebotsanfragen und Kundenaufträgen setzte sich im ganzen Jahr 2021 fort. Es wurden über 500 Aufträge für Materialverkäufe für Schulen in Höhe von knapp 12 Mio. € registriert. Die bereits oben benannten Lieferschwierigkeiten, insbesondere für interaktive Tafeln, für Notebooks und PC's bestehen weiterhin.

Insgesamt betreut KISA aktuell ca. 20 Schulen, weitere Aufträge liegen noch in den Verwaltungen zur Entscheidung. Außerdem werden mittlerweile 6.100 Geräte aus ca. 160 Schulen sowie 200 Geräte aus den Verwaltungen mit dem Mobile Device Management über KISA betreut.

Im Rahmen einer Fördermaßnahme gemäß der Richtlinie zur Förderung regionaler und landesweiter Projekte zur Digitalisierung des Schulwesens des Staatsministeriums für Kultus konzipiert KISA gemeinsam mit der Stadtverwaltung Plauen und weiteren kommunalen Schulträgern als Kooperationspartner pilothaft einen Standard für ein Service Management System, das als Ergebnis speziell in kleineren und mittleren Schulen einsetzbar ist. Insbesondere diese werden somit in die Lage versetzt, ohne eine hohe Anfangsinvestition, ein professionell entwickeltes standardisiertes Ticket-System zu nutzen. Dabei besteht die Chance, eine sachsenweite Wissensdatenbank aufzubauen.

Mit der neuen Wahlsoftware votemanager verlief die Bundestagswahl grundsätzlich reibungslos. Im Vorfeld konnten mehrere Verbesserungswünsche durch Anwender eingearbeitet werden. Ein Erfahrungsaustausch zwischen den Anwendern, KISA und dem Hersteller wurde etabliert. Zur Gewinnung von Neukunden, speziell Landkreisen, wird gemeinsam mit dem Hersteller die Durchgängigkeit der IT-Lösung von der Kommune über den Landkreis bis hin zum Statistischen Landesamt geprüft.

Zur Umsetzung der seit Längerem verfolgten Optimierung der eigenen Serviceorganisation in Anlehnung an die Best Practices gemäß ITIL und deren Integration in bestehende Verwaltungsprozesse und Applikationen soll das bisher im Einsatz befindliche Ticketsystem durch eine modernere und leistungsfähigere Applikation ersetzt werden. Ziel der Einführung ist die allgemeine Erhöhung der Kundenzufriedenheit insbesondere durch:

- eine standardisierte und qualifizierte Erfassung, Bearbeitung und Dokumentation von Supportanfragen

- eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten für Kundenanliegen und
- eine nachvollziehbare Dokumentation der Ereignisse

Gerichtliche Auseinandersetzungen mit Verbandsmitgliedern im Zusammenhang mit der Erhebung von Umlagen für die Wirtschaftsjahre 2015, 2016 und 2017 und der Änderung der Verbandssatzung mit Blick auf die Festschreibung eines umsatzbezogenen Umlageschlüssels konnten im Jahr 2021 nahezu vollständig abgeschlossen werden.

Lediglich mit zwei Verbandsmitgliedern, einem Landkreis und einer Großen Kreisstadt, erstreckten sich die außergerichtlichen Vergleichsverhandlungen hinsichtlich der von ihnen angestregten insgesamt 5 verwaltungsgerichtlichen Klageverfahren auf den Beginn des Jahres 2022. Zwischenzeitlich konnten jedoch auch diese Verfahren durch gerichtliche Vergleiche vollständig beendet werden.

Sämtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Erhebung von Umlagen sind mithin abgeschlossen.

Im Corona-Steuerhilfegesetz wurde im Sommer 2020 der Optionszeitraum für die Anwendung des § 2b UStG um zwei Jahre bis zum 31.12.2022 verlängert. Die von KISA abgegebene Optionserklärung gilt damit noch für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2022. KISA hat sich jedoch im Verlaufe des Jahres 2020 dazu entschieden, die Technikverkäufe dem Betrieb gewerblicher Art Datenverarbeitung und Rechnerleistungen zuzuordnen und damit steuerpflichtig zu machen. Dies erfolgte im Rahmen der Steuererklärung für das Jahr 2019 und gilt auch für die Vorjahre ab 2015.

Das Geschäftsfeld der Technikverkäufe hat aufgrund der erheblichen Beteiligung an von der ProVitako e.G. durchgeführten öffentlichen Vergabeverfahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen und wird aktuell durch die Mobile-Endgeräte-Förderung, die Lehrer-Endgeräte-Förderung sowie den Digitalpakt Schulen nochmals deutlich befördert. Im Vergleich zu anderen Dienstleistungen von KISA wie der Verfahrensbereitstellung und Betreuung im öffentlichen Sektor oder spezieller Beratungsleistungen unterscheiden sich die Tätigkeiten von KISA im Geschäftsfeld der Technikverkäufe inhaltlich wenig vom Agieren privatrechtlicher Anbieter. Diese Betrachtungsweise sowie das anwachsende Volumen veranlasste KISA, die Materialverkäufe vorsorglich dem BgA zuzuordnen und diese Vorgehensweise nachträglich auch für die Vorjahre mit dem Finanzamt abzuklären.

In der Folge untersucht das Finanzamt den Umfang der Beistandsleistungen von KISA in einer Betriebsprüfung für die Jahre 2015 bis 2019. KISA hat das grundsätzliche Betätigungsfeld in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Gemeinsam mit dem Finanzamt werden daher die von KISA bisher als umsatzsteuerfrei geführten Leistungen unter dem Aspekt der sich fortentwickelnden steuerrechtlichen Rahmenbedingungen und neuerer Auslegungen zu Beistandsleistungen aktuell bewertet.

Die Betriebsprüfung ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Allerdings liegen erste Feststellungen aus Zwischengesprächen mit der Finanzaufsicht vor, u.a.:

- Die KISA-Verfahren müssen eingeteilt werden in Verfahren mit hoheitlicher, gemischt genutzter oder gewerblicher Nutzung.
- Bei den gemischt genutzten Verfahren liegt eine anteilige Umsatzsteuerpflicht in Höhe der nicht hoheitlichen Nutzung vor. Die entsprechende Quote wurde mit 12 % ermittelt.
- Die Beteiligung der KISA an der Komm24 gehört zur hoheitlichen Vermögensverwaltung und die Dienstleistungen der KISA im Rahmen der Personalgestellung für die Komm24 unterliegen nicht der Umsatzsteuerpflicht.
- Zur KDN wird zum 01.01.2021 eine umsatzsteuerliche Organschaft festgestellt.

KISA wird nach Vorlage des Abschlussberichtes zur Betriebsprüfung den Gremien einen Vorschlag unterbreiten, wie die Auswirkungen der anteiligen Umsatzsteuerpflicht bei gemischtgenutzten Verfahren für die Jahre ab 2015 bis 2022 finanziert werden sollen. Ab 2023 sind die Dienstleistungen von KISA aufgrund des Auslaufens des Optionszeitraumes vollständig umsatzsteuerpflichtig und die Gewinnermittlung dann erneut umzustellen.

### 3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

#### a) Ertragslage

##### Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Bereiche	Erlöse 2021	Erlöse 2020	Abweichungen	
	T€	T€	T€	
Finanzwesen	4.697	4.351	346	8%
Bürgerservice und Personalwesen	8.507	8.056	451	6%
IT-Service	12.589	6.075	6.514	107%
Kurier / Verwaltung / Warenkorb	1.368	1.047	321	31%
Sonstiges	52	46	6	13%
<b>Summe</b>	<b>27.213</b>	<b>19.575</b>	<b>7.638</b>	<b>39,0%</b>

Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich der Umsatz um 7.638 T€. Diese Erhöhung ist insbesondere im Anstieg der Technikverkäufe im Fachbereich Schulen begründet (6.227 T€). Weiterhin wurde durch Wahlen ein Mehrumsatz von 477 T€ und durch die Erhöhung der Fallzahlen in der EPS von 287 T€ generiert. Durch einmalige Projekte konnten ebenfalls Mehrumsätze realisiert werden. Zu nennen sind hier das Projekt zur Ablösung des Veranlagungsverfahrens KM-V und die Einführungsprojekte im Dokumentenmanagementsystem.

	2021	2020	Veränderung		Plan 2021	Abweichg.
	T€	T€	T€		T€	T€
Umsatzerlöse	27.213	19.575	7.638	39%	24.326	2.887
Sonst. betriebl. Erträge	174	1.458	- 1.284	-88%	145	29
<b>Gesamtleistungen</b>	<b>27.387</b>	<b>21.033</b>	<b>6.354</b>	<b>30%</b>	<b>24.471</b>	<b>2.916</b>
Materialaufwand	15.302	8.924	6.378	71%	12.246	3.056
Personalaufwand	8.458	7.447	1.011	14%	9.419	- 961
Abschreibungen	689	709	- 20	-3%	877	- 188
Sonst. betriebl. Aufwand	1.321	2.047	- 726	-35%	1.819	- 498
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>1.617</b>	<b>1.906</b>	<b>- 289</b>	<b>- 15%</b>	<b>110</b>	<b>1.507</b>
Zinserträge	55	-	-	100%	-	55
Zinsaufwand	226	216	10	5%	35	191
<b>Finanzergebnis</b>	<b>- 171</b>	<b>- 216</b>	<b>45</b>	<b>-21%</b>	<b>- 35</b>	<b>- 136</b>
Steuern	361	1.368	- 1.007	-74%	70	291
<b>Jahresergebnis</b>	<b>1.085</b>	<b>322</b>	<b>763</b>	<b>237%</b>	<b>5</b>	<b>1.080</b>



Zur Erläuterung der Veränderungen in den Umsatzerlösen wird auf die Ausführungen unter dem Punkt „Geschäftsverlauf“ verwiesen.

Die deutliche Verringerung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen im Vergleich zum IST 2020 ist hauptsächlich darin begründet, dass Einmaleffekte aufgrund der Klageverfahren gegen die Umlage sowie für notwendige Nachlizenzierungen wie im Jahr 2020 nicht aufgetreten sind.

Der Materialaufwand ist zum wiederholten Male im Vergleich gestiegen. Hauptgrund sind die Materialverkäufe im Fachbereich Schulen, welche sich nach jetziger Einschätzung in den Folgejahren nicht in gleicher Höhe fortsetzen werden.

Durch die Besetzung freier Stellen fiel der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr höher aus, im Vergleich zum Plan aber geringer. Leider konnten nicht alle Planstellen besetzt werden, die Gewinnung von Personal gestaltete sich sehr schwierig.

#### Personalentwicklung

	Stand	Zugang	Abgang	Stand
	31.12.2020	2021	2021	31.12.2021
Vollzeit-Mitarbeiter	98	26	4	120
Teilzeit-Mitarbeiter	16	3	3	16
Geringfügig Beschäftigte	0	1	1	0
Altersteilzeit Arbeitsphase	1	0	0	1
Altersteilzeit Freizeitphase	0	0	0	0
Auszubildende	4	1	2	3
BA-Studenten	1	1		2
<b>Gesamt</b>	<b>120</b>	<b>32</b>	<b>10</b>	<b>142</b>

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Personalbestand 2021 weiter ausgebaut werden, um dem gestiegenen Auftragsvolumen gerecht werden zu können. Personalzugänge sind dabei in allen Bereichen zu verzeichnen. Personalabgänge sind in Kündigungen durch den Arbeitnehmer, im Auslaufen von befristeten Verträgen und in der Nichtübernahme nach Beendigung der Probezeit begründet.

#### Personalaufwendungen

	2021	2020	Abweichung	
	T€	T€	T€	
Gehälter / Brutto	6.817	5.916	901	15%
Aufstockungszulage ATZ	25	23	2	9%
Beitrag Unfallversicherung (BG)	31	28	3	11%
Gesetzlicher Sozialaufwand	1.326	1.120	206	18%
freiwillige soziale Aufwendungen	6	-	6	0%
Zusatzversorgung	253	221	32	14%
Aufwendungen Altersvorsorge	-	139	139	-100%
<b>Summe</b>	<b>8.458</b>	<b>7.447</b>	<b>1.011</b>	<b>14%</b>

Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 31 % der Umsatzerlöse (Vorjahr 38 %). Aufgrund der Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Planstellen mit adäquatem Fachpersonal blieben die Personalaufwendungen unter dem Planwert. Bei der Bewertung der hohen Verringerung der Personalaufwandsquote im Vergleich zum Vorjahr ist zu beachten, dass ein wesentlicher Anteil der Umsatzerlöse im Materialverkauf liegt und keine Dienstleistungen damit verbunden waren.

Die Abschreibungen waren in etwa auf dem gleichen Niveau des Vorjahres.



Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen wesentlich geringer aus als geplant. Aufgrund der Pandemie konnten öffentliche Kundenveranstaltungen, Beratungen vor Ort beim Kunden, sonstige Präsenzveranstaltungen sowie Fortbildungsmaßnahmen nur in einem sehr eingeschränkten Ausmaß stattfinden. Dies wirkte sich dabei nicht nur auf die Kosten des Fuhrparks, sondern auch auf die Kosten für Dienstreisen und Fortbildungsmaßnahmen aus.

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine deutliche Verringerung zu vermerken. Noch in 2020 waren aufgrund von Klageverfahren und der damit verbundenen Veränderung der Berechnungsgrundlagen in den Vorjahren vereinnahmte Umlagebeträge anteilig zurückzuerstatten bzw. uneinbringlich gewordene Umlageforderungen auszubuchen. Im Jahresabschluss 2020 wurde für die letzten Klage- bzw. Widerspruchsführer vorsorglich eine Rückstellung gebildet. Im Jahr 2021 haben sich dazu keine weiteren Zahlungsverpflichtungen oder entsprechende Risiken mehr ergeben. Dem entsprechend war im Vergleich zum Vorjahr der Aufwand für die Umlage-thematik im Jahr 2021 deutlich geringer und lag letztlich mit einer verbleibenden Rückstellung i.H.v. 400 € für eine außergerichtliche Einigung im Jahr 2022 nahezu bei 0 €.

Die Zinsaufwendungen sind auf dem gleichen niedrigen Niveau des Vorjahres geblieben.

Der starke Rücklauf in den sonstigen Steuern ist darin begründet, dass im Jahr 2020 eine Zuführung zu einer Rückstellung für Steuernachzahlungen auf besonders hohem Niveau erfolgte.

Insgesamt ist das Jahresergebnis 2021 wesentlich höher, als im Planungszeitraum erwartet. Die Hauptgründe hierfür sind die eingesparten Personalaufwendungen aufgrund unbesetzter Stellen und der hohe Anteil an Materialein- und -verkauf.

## b) Finanzlage

### Investitionen 2021

	Plan 2021	Ist 2021
	T€	T€
Outsourcing LK Leipzig	339,86	936,41
Outsourcing Dahlen	14,83	23,81
Outsourcing Groitzsch	2,71	4,78
Outsourcing Niesky	56,89	0
Outsourcing Reichenbach	17,52	22,88
Outsourcing Limbach-Oberfrohna	31,38	5,55
Outsourcing Zwenkau	16,33	8,75
Outsourcing Leisnig	12,29	4,60
Outsourcing Borsdorf	14,63	10,70
Outsourcing Radeburg	0	3,81
Outsourcing Großpösna	0	2,30
Outsourcing Böhlen	16,49	9,49
Outsourcing Kabelsketal	0	0,16
Outsourcing Crimmitschau	27,22	16,25
Outsourcing Neukunde	112,16	
LK Weimarer Land		23,42
Neukirchen		21,81
IT-Schulen	110,08	17,13
<b>Summe IT-Outsourcing</b>	<b>772,39</b>	<b>1.111,85</b>

	Plan 2021	Ist 2021
	T€	T€
Systemtechnik KISA intern	155,94	224,59
Geschäftsstellen KISA	21,00	47,39
Geschäftsführung	8,93	15,41
Buchhaltung/Personalbuchhaltung	0	20,67
KIN-S und KISA VPN	20,23	18,58
Kundenservice	0	1,36
Antragsmanagement (VOIS.online)	0	529,55
Verfahrensbetrieb	500,50	454,07
Service Desk	220,15	0
Finanzwesen	77,35	0
Einwohnermeldewesen	0	2,98
Angebote und Vertragswesens	0	5,89
Sonstiges und neue Projekte	9,16	2,29
<b>Summe Sonstiges</b>	<b>1.013,26</b>	<b>1.322,78</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.785,65</b>	<b>2.434,63</b>

Die geplanten Investitionen für die Einführung des ServiceDesk konnten 2021 aufgrund der Verzögerung im Projekt noch nicht zum Einsatz kommen und wurden nach 2022 übertragen. Durch die noch zögerliche Umsetzung der Serviceverträge im Fachbereich Schulen, wurden die hierfür geplanten Investitionen nicht benötigt. Über den Planansatz hinaus wurden investive Mittel für Outsourcingaufträge vom Landkreis Leipzig und den Lizenzkauf für VOIS.online benötigt. Dem Lizenzkauf stehen Sonderposten in analoger Höhe gegenüber.

Neben den geplanten Investitionen sind in 2021 auch Investitionen zur Umsetzung gekommen, welche aus zeitlichen und organisatorischen Gründen im Jahr 2020 nicht komplett getätigt werden konnten. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus restlichen Mitteln des Investitionskredites 2020.

### Kapitalstruktur

	2021	2020	Veränderungen	
	T€	T€	T€	
Eigenkapital	3.457	2.373	1.084	46 %
SOPO Zuschüsse	519	-	519	519%
Rückstellungen	4.590	4.561	29	1%
kurzfristige Verbindlichkeiten	4.607	1.701	2.906	171%
Darlehensverbindlichkeiten	2.665	2.055	610	30%
erhaltene Anzahlungen	251	31	220	710%
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>7.523</b>	<b>3.787</b>	<b>3.736</b>	<b>99%</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-	-
<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.089</b>	<b>10.721</b>	<b>5.368</b>	<b>50%</b>

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (Eigenkapital inkl. Sonderposten abzüglich Steueranteil) beträgt zum 31.12.2021 25 % (Vorjahr: 22 %) und die Fremdkapitalquote 75 % (Vorjahr: 78 %). Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich aufgrund des im Geschäftsjahr erwirtschafteten Jahresüberschusses um 1.085 T€ sowie den bilanzierten Sonderposten erhöht.

Die Rückstellungen erhöhten sich geringfügig um 29 T€. Dabei erfolgte insbesondere eine Reduzierung durch Rückzahlungen von Umlagen im Zusammenhang mit den Klageverfahren gegen die Umlage (294 T€) und eine Erhöhung für Steuerrückstellungen im Rahmen der Betriebsprüfung und für 2021 (323 T€).

Die Ursache für den Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten kann man im Schwerpunkt bei den Technikverkäufen finden.

Der im Jahr 2017 aufgenommene Investitionskredit wurde mit 185 T€, der Investitionskredit von 2018 mit 237,5 T€, der Investitionskredit von 2019 mit 205 T€ und der Investitionskredit von 2020 mit 162,5 T€ jeweils planmäßig getilgt. 2021 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 1.400 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung am 24.09.2021.

### Cash-Flow-Rechnung

Kapitalflussrechnung	Ist 2020 T€	Ist 2021 T€	Veränderung T€
<b>Periodenergebnis</b>	321,91	1085,14	763,23
+ Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des /- Anlagevermögens	709,13	688,61	-20,52
+ Zunahme/Abnahme der Rückstellungen /-	722,72	-575,48	-1.298,20
+ Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge /-	0,00	-11,03	-11,03
- / Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus L. + u. L. sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.062,73	-2.179,79	-1.117,06
+ Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus L. u. L. so- /- wie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Fi- nanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	286,91	1.968,91	1.682,00
+ Zinsaufwendungen/Zinserträge /-	202,10	0,97	-201,13
+ Ertragssteueraufwand/-ertrag /-	26,82	643,33	616,51
- / Ertragssteuerzahlungen +	-26,82	-19,36	7,46
<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 14)</b>	<b>1.180,04</b>	<b>1.601,29</b>	<b>421,25</b>
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anla- gevermögen	-45,00	-664,51	-619,51
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	25,28	0,00	-25,28

## Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-430,20	-612,66	-182,46
+	Erhaltene Zinsen	0,00	0,03	0,03
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 16 bis 19)</b>		<b>-449,92</b>	<b>-1.277,14</b>	<b>-827,22</b>
+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	700,00	1.400,00	700,00
-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-738,18	-790,00	-51,82
-	Gezahlte Zinsen	-202,10	-1,00	201,10
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 31 bis 42)</b>		<b>-240,28</b>	<b>609,00</b>	<b>849,28</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe Nr. 15, 30, 43)</b>		<b>489,84</b>	<b>933,15</b>	<b>443,31</b>
+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	5.356,91	5.846,75	489,84
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 44 bis 47)</b>		<b>5.846,75</b>	<b>6.779,89</b>	<b>933,14</b>
- verkürzter Ausweis ohne Nullpositionen -				

Die Liquidität konnte im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr zum wiederholten Male verbessert werden. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

### c) Vermögenslage

	2021	2020	Veränderungen	
	T€	T€	T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.104	106	998	942%
Sachanlagen	1.978	1.230	748	61%
Finanzanlagen	252	252	-	0%
<b>Anlagevermögen</b>	<b>3.334</b>	<b>1.588</b>	<b>1.746</b>	<b>110%</b>
Vorräte	324	508	- 184	- 36%
Forderungen	5.558	2.744	2.814	103%
liquide Mittel	6.780	5.847	933	16%
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>12.662</b>	<b>9.099</b>	<b>3.563</b>	<b>39%</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	93	34	59	174%
<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.089</b>	<b>10.721</b>	<b>5.368</b>	<b>50%</b>

Die Zugänge im Anlagevermögen betrugen 2021 2.435 T€, dem stehen Abschreibungen in Höhe von 689 T€ entgegen.

Die Anlagenintensität liegt bei 21 % (Vorjahr bei 15 %).

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.563 T€ erhöht. Davon entfallen 2.814 T€ auf den Anstieg der Forderungen. Die Ursache hierfür liegt vor allem an dem hohen

Volumen von Technikverkäufen an Schulen. Die Forderungen gegenüber den Verbandsmitgliedern von KISA beliefen sich zum 31.12.2021 auf 4.226.438,10 €.

Die Bilanzsumme ist durch den Anstieg von Anlage- und Umlaufvermögen im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht.

#### **4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Neben der bereits dargestellten Entwicklung des Umsatzes, des Aufwands und der Positionen der Bilanz spielt aus finanzieller Sicht der Deckungsbeitrag der einzelnen Produkte eine entscheidende Rolle. Die Deckungsbeiträge werden sowohl vor als auch nach Verwaltungs- und Verfahrensumlage betrachtet und die Entwicklung jeweils in Plan- und Ist-Zahlen dargestellt und analysiert. Bei der Berechnung des Deckungsbeitrages werden Einmaleffekte sowie die variablen und fixen Kosten gesondert berücksichtigt und betrachtet. Bei einer Veränderung des Deckungsbeitrages erfolgt dabei immer eine Prüfung, wie und in welchem Umfang eine Preisanpassung notwendig ist. Hierzu zählt auch die besondere Betrachtung der Entwicklung der Verwaltungs- und der Verfahrensumlage. In die Verwaltungsumlage fließen die Kosten für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, der Geschäftsführung und Teile der Zentralen Dienste, sowie der Systemtechnik KISA intern ein. Für die Verfahrensumlage werden die Kosten für den Vertrieb, für die Öffentlichkeitsarbeit, für den Service Desk und die übrigen Kosten der Zentralen Dienste herangezogen. Eventuelle Umsätze, insbesondere durch die Zentralen Dienste werden dabei selbstverständlich berücksichtigt.

In Bezug auf weitere finanzielle Leistungsindikatoren liegt der Geschäftsführung ein Konzept vor, welches im Jahr 2022 umgesetzt werden soll.

Ein wesentlicher Leistungsindikator nichtfinanzieller Art ist gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Attraktive Arbeitsbedingungen und Entwicklungsperspektiven spielen dabei eine wichtige Rolle und bilden eine gute Grundlage, den vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu begegnen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern bietet KISA neben einer umfassenden Rahmenarbeitszeit auch die Möglichkeit zur mobilen Telearbeit/Homeoffice an. Zudem werden jährlich Gelder für die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter bereitgestellt. Gemeinsame Teamevents und Weihnachtsfeiern fördern ein positives Arbeitsklima. Zur Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter von KISA sind höhenverstellbare Schreibtische bereits Standard, daneben werden auch Yoga-Kurse und Massagen vor Ort organisiert. Die Zahl der Mitarbeiter der KISA hat sich im Wirtschaftsjahr um 22 erhöht. Zum Bilanzstichtag waren 142 Mitarbeiter beschäftigt. Das sind 18 % mehr als im Vorjahr.

Insbesondere für die großen aktuellen Herausforderungen bei der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes hat sich KISA als strategisch und operativ wichtiger Partner bei den Kunden etabliert. Einen bedeutenden beidseitigen Wirtschaftsfaktor stellt zudem die einfachere Beschaffung von Technik dar sowie die Möglichkeit, Technik im Outsourcing zu erhalten.

Zur Kundenbindung bietet KISA vielfältige Schulungsprogramme an. Die Spannbreite der Schulungen reicht vom Grundlagenlehrgang bis hin zu speziellen Einzelthemen. So nahmen in 2021 über 1.000 Teilnehmer an ca. 200 durchgeführten Schulungen teil. Bedingt durch die Corona-Pandemie fanden diese fast ausschließlich online statt. Weiterhin werden jährlich kostenfreie Kunden- und Regionalforen angeboten, die gern besucht werden. Bei angebotenen Präsenzveranstaltungen wird die Kundenzufriedenheit mit einem Feedbackbogen abgefragt und anschließend ausgewertet.

KISA konnte in 2021 neun neue Verbandsmitglieder gewinnen. Das ist ein Zuwachs von 3 %.

Für eine dauerhaft erfolgreiche Wirtschaftsführung spielt immer zunehmender die Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle. KISA nutzt bereits seit einigen Jahren umfangreich digitale Prozesse im eigenen Unternehmen und konnte damit schon weitreichend auf den papierhaften Belegaaustausch verzichten. Mit dem Vertrieb und der weiteren Entwicklung von Produkten und Prozessen im digitalen Belegaaustausch leistet KISA für seine Verbandsmitglieder und Kunden einen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit.

### 5. Gesamtaussage

Zum Jahresende 2021 entstand ein positives Ergebnis von 1,085 Mio. € (Vorjahr 322 T€), was deutlich über der Prognose lag. Es wurde wie geplant keine Umlage erhoben.

Ursachen für das positive Ergebnis waren insbesondere:

- geringere Personalaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen
- die Gewinnmarge aus dem deutlich gestiegenen Maß an Technikverkauf
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten
- Auflösung eines Anteils der Rückstellungen aufgrund gesunkener Risiken insbesondere für die Klageverfahren gegen die Umlage

KISA kalkuliert die Preise kostendeckend bzw. passt die Produkt- und Dienstleistungspreise bei Preissteigerungen der Lieferanten und Hersteller kontinuierlich an. Die Ertragslage ist daher weitestgehend abgesichert und überdurchschnittliche Preissteigerungen waren auch in 2021 nicht erforderlich.

Die Angebotserweiterungen der KISA, insbesondere die im Antragsmanagement, bei der IT-Technik für Schulen, im Datenschutz, in der Informationssicherheit und im zweiten Finanzwesen sowie die regionale Erweiterung auf Thüringen mit dem Leistungsangebot Dokumentenmanagementsystem VIS wirkt sich weiterhin positiv auf die Entwicklung von KISA aus und führte sogar zu einem deutlichen Mitgliederzuwachs. Es wird angenommen, dass sich dies auch in 2022 fortsetzt, wenn die Kräfte weiterhin auf diese Schwerpunkte rund um die Digitalisierung in den Verwaltungen ausgerichtet bleiben.

### III. Prognosebericht

In der Zukunft soll die Ertragskraft von KISA weiterhin stabil gehalten werden, um eine nachhaltige Geschäftsentwicklung beizubehalten.

Folgende konkrete inhaltliche Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der Ertragslage werden ab dem Jahr 2021 u. a. sein:

- Planung und Durchführung von Fachveranstaltungen und Anwenderschulungen
- Einsatz des neuen Service Desk
- Weiterer Ausbau der Leistungen im Antragsmanagement in Verbindung mit den bestehenden Fachverfahren, dabei insbesondere fachliche Entwicklung zu noch mehr Automatisierung und damit zu einem erhöhten Komfort für die Anwender
- Etablierung von VOIS.online als Weiterentwicklung des bisherigen MESO inkl. der Potentiale für umfangreiche Online-Antragsassistenten für den Einwohnermeldebereich sowie für Wahlen
- Schulen – Umsetzung und Vertiefung des Digitalpakts in der kompletten Leistungstiefe bis zur Remote-Betreuung und zum Service-Management für Schulen



- Entwicklung, Ausbau und Fortführung der Beratungsleistungen für IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement
- Pilotierung und Weiterentwicklung von Infoma als zweites Finanzverfahren bei KISA
- Etablierung des Fachbereiches Digitale Kommune und eine enge Zusammenarbeit mit allen kommunalen Ebenen zur Umsetzung der erkennbaren Potentiale zur weiteren Digitalisierung
- Ausbau der Nutzung von Zusatzmodulen und Fachschalen für das Finanzverfahren IFRSachsen.Ki-Sa, für das Einwohnermeldewesen, für das Personalwesen und für das Dokumentmanagementsystem VIS
- weitere Implementierung von VOTE als neue Wahlsoftware
- Operationalisierung der strategischen Produktentwicklung und Formulierung einer langfristigen Strategie für KISA für den Zeithorizont ab 2025
- Ausbau der strategischen Zusammenarbeit mit unseren Partnern

Für das Jahr 2022 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 08.11.2021 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresüberschuss von 5,47 T€, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 2.538 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31.12.2022 wurde mit 5.935 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Die Umsätze 2022 werden sich plangemäß erhöhen. Die Erhöhung entspricht im Vergleich zum IST 2021 39 % und ist hauptsächlich durch den weiteren Anstieg der Umsätze für Materialverkäufe für die IT von Schulen geprägt, aber auch durch höhere Umsätze für Beratungen, Service und Support im Fachbereich Schulen sowie für das Einführungsprojekt Service Management Schulen, außerdem für Beratungsleistungen und die laufende Betreuung im Fachbereich Digitale Services im Zusammenhang mit der Umstellung und Einführung vom Dokumentenmanagementsystem VIS, für Leistungen im Antragsmanagement sowie aufgrund der kontinuierlichen Einführung des Zweiten Finanzverfahrens. Auf der anderen Seite erhöhen sich ebenfalls die Aufwendungen, insbesondere für den Einkauf von Material für die IT von Schulen und die Aufwendungen für Personal.

Auf der Grundlage des I. Quartalabschlusses 2022 prognostiziert der Zweckverband ein Jahresergebnis 2022 leicht über dem Planwert. Auch wenn aller Voraussicht nach die Ziele im Fachbereich Schulen, im Projekt zur Ablösung des Veranlagungsverfahrens KM-V und bei der Einführung von Infoma aufgrund geringerer Kundenaufträge nicht erreicht werden, können nach aktueller Einschätzung alle Mindererträge durch Minderaufwendungen gedeckt werden. Aufgrund unbesetzter Personalstellen werden voraussichtlich auch weitere allgemein gestellte Vertriebsziele in 2022 nicht erfüllt werden können.

Ab dem 01.01.2023 unterliegt KISA vollständig dem Umsatzsteuergesetz, so dass die Leistungen von KISA dann umsatzsteuerpflichtig sein werden. Über die ab 01.01.2023 gültige Preisliste wurden die Kunden von KISA bereits per E-Mail im März 2022 informiert. Die meisten neukalkulierten Preise haben, betrachtet man die Bemessungsgrundlage, eine Preissenkung erhalten, teilweise sogar über den gesamten Steuerbetrag. Dies ist dann der Fall, wenn KISA selbst keine Support- bzw. Eigenleistungen erbringt. Für Eingangsleistungen kann KISA ab dem 01.01.2023 vom Vorsteuerabzug Gebrauch machen, daher spielt die Umsatzsteuer auf

bezogene Fremdleistungen bei der Preiskalkulation keine Rolle mehr. Bei Eigenleistungen ändern sich die Kosten im Vergleich zur bisherigen Kalkulation nicht. Derzeit wird die Umstellung auf die Umsatzsteuerpflicht nicht als Risiko eingestuft.

### IV. Chancen- und Risikobericht

Für KISA sind bisher die folgenden Chancen und Risiken erfasst.

Chancen hat der Zweckverband in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad
- eine noch engere Zusammenarbeit mit allen kommunalen Ebenen zur Bedürfnisermittlung und konkreten Bedürfnisbefriedigung
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen
- unser Produktportfolio sowie eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen
- IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentliche Auftraggeber
- den Ausbau der Serviceleistungen im Bereich neuer digitaler Services
- den Aufbau und die Einrichtung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems für die Kunden
- die Nachfrage nach Kommunalen Cloud-Diensten
- Ausweitung der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und tiefer Integration der Digitalisierung in die Fachverfahren
- Beratungen und Unterstützungen in der IT-Sicherheit und im Datenschutz sowie im Lizenzmanagement
- den Ausbau der Leistung im Bereich Schulen
- Ausbau der Leistungen im Finanzwesen durch ein zweites, parallel betriebenes Finanzverfahren
- die Etablierung des Online-Zugangs-Gesetzes des Bundes und der Länder

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- der demographischen Entwicklung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen
- Anhalten der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen bei Lieferanten und Kunden
- nicht möglicher Akquise von qualifiziertem Personal

Die Leistungen von KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich die Geschäftstätigkeit unverändert im Besonderen auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Eine wesentliche Investition über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus ist dafür in absehbarer Zeit die Entwicklung eines neuen Architekturmodells zur Vernetzung aller von KISA angebotenen Produkte. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Be-

reiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen. Dem gegenüber steht selbstverständlich der Ausbau der definierten Wachstumsfelder, zu welchen u. a. das IT-Outsourcing, das CMS, das Dokumentenmanagementsystem, das Antragsmanagement, die Beratungen im Zusammenhang mit IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement sowie die technische Ausstattung in Schulen zählen.

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, dass unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende und marktgerechte Preise für die Dienstleistungen zu zahlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ständig fortbilden, damit ein ausgeprägtes Wissen über die kommunalen Abläufe und Bedürfnisse vorhanden ist und eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

Leipzig, den 6. Juli 2022

Ralf Rother  
Vorstandsvorsitzender

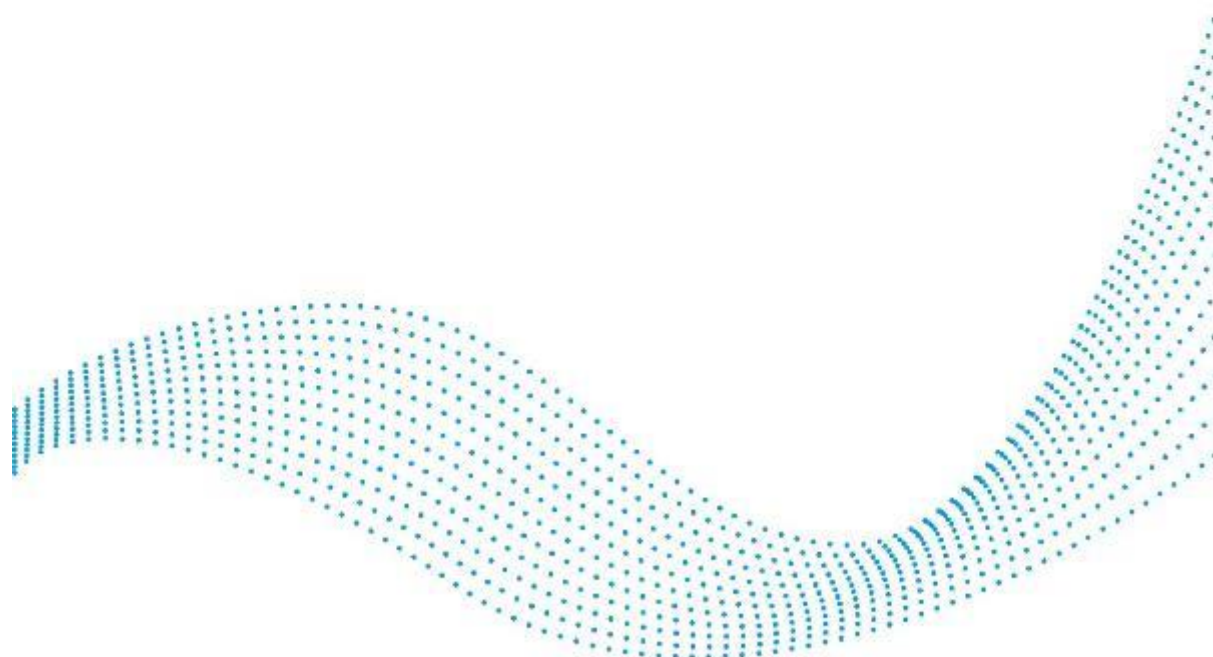
Andreas Bitter  
Geschäftsführer



Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen · KISA

# VORABEXEMPLAR BETEILIGUNGSBERICHT

für das Berichtsjahr 2021



Dokument:	VORABEXEMPLAR Beteiligungsbericht 2021
Version:	1.0
Letzte Änderung:	2022-09-05
Bearbeiter:	Nadine Ulrich

## Abkürzungsverzeichnis

EK	Eigenkapital
FB	Fehlbetrag
HRB	Handelsregisterblatt
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten

## Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	4
2	Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA .....	5
3	Die Unternehmen im Einzelnen .....	6
3.1	KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH) .....	6
3.1.1	Beteiligungsübersicht .....	6
3.1.2	Finanzbeziehungen .....	6
3.1.3	Organe .....	7
3.1.4	Sonstige Angaben .....	7
3.1.5	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	7
3.1.6	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 .....	9
3.2	Lecos GmbH .....	13
3.2.1	Beteiligungsübersicht .....	13
3.2.2	Finanzbeziehungen .....	13
3.2.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 .....	14
3.3	ProVitako eG.....	23
3.3.1	Beteiligungsübersicht .....	23
3.3.2	Finanzbeziehungen .....	23
3.3.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 .....	23
3.4	Komm24 GmbH.....	24
3.4.1	Beteiligungsübersicht .....	24
3.4.2	Finanzbeziehungen .....	25
3.4.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 .....	25
3.4.4	Organe.....	29
4	Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2021 .....	30



## 1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2021 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 05.08.2022

gez. Andreas Bitter  
Geschäftsführer

## 2 Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:



Tabelle 1: Struktur Beteiligungen

### 3 Die Unternehmen im Einzelnen

#### 3.1 KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen DatenNetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

##### 3.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Wiener Straße 128 01219 Dresden
Telefon:	0351 3156952
Telefax:	0351 3156966
Internet	<a href="http://www.kdn-gmbh.de">www.kdn-gmbh.de</a>
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB)
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	60.000,00 Euro
Anteil KISA:	60.000,00 Euro (100%)

##### *Unternehmensgegenstand:*

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Daten-netzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

##### 3.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

Seite 5 von 12

### 3.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich aus folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Frank Schlosser. Herr Frank Schlosser ist Angestellter des Zweckverbandes und als Geschäftsführer an die Gesellschaft abgeordnet.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Oberbürgermeister der Stadt Aue-Bad Schlema	Vorsitzender
Frau Veronica Müller, Stellvertretende Geschäftsführerin im Sächsischen Landkreistag e. V. (SLKT) in Dresden	1. Stellvertreterin
Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Direktor der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Bischofswerda	
Herr Ralf Leimkühler, Stellvertretender Geschäftsführer im Sächsischen Städte- und Gemeindetag e. V. (SSG) in Dresden	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane	

### 3.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: Schneider + Partner GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 3 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

Die Gesellschaft ist ab dem 1. Januar 2021 Organgesellschaft in einer umsatzsteuerlichen Organshaft. Organträger ist die Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA), Leipzig.

### 3.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2019 in T€	Ist 2020 in T€	Ist 2021 in T€	Plan 2022 in T€
<b>Bilanz:</b>				
Anlagevermögen	10	8	9	Keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	717	1.246	877	
aktiver RAP	-	-	-	
Summe Aktiva	728	1.255	886	
Eigenkapital+ Sonderposten	70	68	69	

Seite 7 von 12

KDN GmbH	Ist 2019 in T€	Ist 2020 in T€	Ist 2021 in T€	Plan 2022 in T€
Rückstellungen	46	62	64	
Verbindlichkeiten	613	1.125	753	
passiver RAP	-	-	-	
<b>Summe Passiva</b>	<b>728</b>	<b>1.255</b>	<b>886</b>	
<b>Gewinn- und Verlustrechnung:</b>				
Umsatz	515	1.237	1.329	279
sonstige Erträge	3.300	3.160	3.107	5.586
Materialaufwand	2.984	3.572	3.593	4.321
Personalaufwand	216	262	253	288
Abschreibungen	1,5	3,9	5	7
sonst. Aufwand	613	560	585	1.248
Zinsen / Steuern	0	0	0	1
<b>Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Sonstige:</b>				
Zugang Investitionen	1,5	3,8	4,7	10
Mitarbeiter	5	5	3	5

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022
<b>Vermögenssituation</b>				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich
Vermögensstruktur	1%	1%	1 %	
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	9%	5%	7 %	
Fremdkapitalquote	91%	95%	93 %	
<b>Liquidität</b>				
Liquidität	117%	111%	116 %	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	



KDN GmbH	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022
<b>Geschäftserfolg</b>				
Pro-Kopf-Umsatz	103	247	443	73
Arbeitsproduktivität	2	4,7	5,25	1,29

### 3.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2021 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Branchenentwicklung

Laut Deutschem Städtetag (Schlaglicht Kommunalfinanzen 2021) hat Corona die kommunalen Haushalte vor große Herausforderungen gestellt. Gerade für die kommunalen Haushalte in den nächsten Jahren werden die Coronabedingten Ausgaben eine enorme Belastung darstellen. Die aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände verheißt nichts Gutes. Für das Jahr 2021 wie auch die folgenden Jahre sind erhebliche Defizite zu erwarten. Es ist zu befürchten, dass die kommunale Investitionstätigkeit wegen der enormen Lücken zwischen eingehenden Einnahmen und anfallenden Ausgaben und trotz der zahlreichen Förderprogramme deutlich eingeschränkt werden wird – ein Investitionseinbruch droht. Nicht berücksichtigt in dieser Publikation sind die Auswirkungen des Ukraine Konflikts, wie enorm gestiegene Energiepreise, hohe Inflation und damit steigende Sozialausgaben und Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen. Damit wird der finanzielle Spielraum für die Kommunen nochmals negativ beeinflusst.

Dabei werden die Aufgaben für die Kommunen nicht weniger. Die Herausforderung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, zum Beispiel die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG), ist für die Kommunen noch zu meistern. Unverzichtbar sind daher für die Kommunen weiterhin sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzungen. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III wurden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. Aufgrund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen. Erklärtes Ziel ist ein Umbau des KDN zu einem reinen Glasfasernetz mit hoher Skalierbarkeit.

#### Geschäftsverlauf

Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt aufgrund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Durch den Ukraine Konflikt hat sich die Bedrohungslage weiter verschärft. Daher wurden die Sicherheitsvorkehrungen zur Absicherung des neuen KDN III deutlich erhöht. Mit dem Schritt zum KDN III sind die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Desweiteren wurden und werden im KDN die Bereiche, welche eine umfangreiche Heimarbeit ermöglichen, weiter ausgebaut, um den erhöhten Lastanforderungen gerecht zu werden.



Wichtig ist dafür, die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

### Finanzlage

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2021 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Erträge von den Kommunen betrugen 1.328.998,30 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb einschließlich Investitionen im Geschäftsjahr 2021 beliefen sich auf 3.107.567,30 EUR. Das Geschäftsergebnis 2021 war ausgeglichen. Es wurde weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Jahresüberschuss erzielt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III von April 2017 bis März 2022 TEUR 30.500 als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in den sächsischen Staatshaushalt eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen. Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 wurde KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die Verlängerung der Vertragslaufzeit des KDN III von April 2022 bis März 2025 weitere TEUR 16.904 als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die vorzeitige Vertragsverlängerung des KDN III bis März 2025 vorliegen. Die Verlängerungsoption wurde seitens der KDN GmbH am 28. Dezember 2017 gezogen.

Diese Finanzierungszusage deckt eine flächendeckende Versorgung der kreisangehörigen Städte und Gemeinde mit eigenen Verwaltungsaufgaben mit Breitband 50 Mbit/s synchron und für kreisfreie Städte und Landkreise mit 100 Mbit/s ab. Kreisangehörige Städte und Gemeinden haben einen Eigenanteil in Höhe von 10 % zu tragen.

Im Zuge der Finanzierung konnten wesentliche Risiken wie mangelnde xDSL-Versorgung minimiert werden.

### Ertragslage

Die für das Geschäftsjahr 2021 geplanten Umsätze konnten von TEUR 367 auf TEUR 1.329 gesteigert werden. Dies liegt darin begründet, dass eine ganze Reihe von Verwaltungen in höhere Bandbreiten und Außenstellenanschlüsse investiert haben sowie an der Coronabedingt stark gestiegenen Nutzung der sicheren VPN-Einwahl über den Remote Access Service ins KDN III. In diesen Umsätzen sind auch einmalige Umsätze für Telefonie, Ausstattung, RAS-Token, Headsets sowie andere kostenpflichtige Zusatzleistungen enthalten.

### Chancen- und Risikobericht

Die Risiken im Geschäftsjahr 2022 sind aufgrund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau geblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei Einführungsprojekten wie UC sehr erschwert. Wie bereits vorstehend erwähnt, erschwert der Fachkräftemangel eine kompetente Besetzung der dritten Stelle für einen Netzwerkmanager.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist.

Chancen werden in der Erbringung bzw. dem Ausbau von weiteren Leistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, der VoIP-Bereitstellung, der weiteren Flächendeckung sowie der Bereitstellung von zusätzlichen KDN-Anbindungen für Außenstellen und für kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände gesehen. Auch hier wird sich der begonnene Trend zu Anbindungen von Außenstellen, der im Jahr 2018 begonnen hat, weiter fortsetzen.

Bund und Freistaat setzen mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

### **Prognosebericht**

Das Jahr 2022 wird neben dem stabilen Netzbetrieb im Wesentlichen von der weiteren Bereitstellung neuer Dienste wie UC/VoIP geprägt sein. Dazu kommen in verstärktem Umfang Arbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens des Nachfolgenetzes. Beide Netzwerkmanager und auch der Geschäftsführer sind in Teilprojekten des SVN NG/KDN IV und im Kernteam in hohem Maße eingebunden.

Die Umstellung vorhandener kupferbasierter Anschlüsse auf Glasfaser und der Ausbau der UC-Lösungen werden im Jahr 2022 wesentlicher Teil der Aufgaben der Gesellschaft sein.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt. Zur Stärkung der IT-Sicherheit wurde für das Jahr 2019 eine neue Stelle im Netzwerkmanagement geplant. Diese konnte aber auf Grund des eklatanten Fachkräftemangels bisher nicht besetzt werden.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzaus-

gleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Erträge von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert.

**Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2021**

Gemeinsam mit dem Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) und der Sächsischen Staatskanzlei (SK) wurden im Projekt SVN NG/KDN IV wesentliche Vorarbeiten geleistet.

Der Technologiewechsel auf EthernetConnect 2.0 wurde forciert.

### 3.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2021 einen Anteil von 10 %.

#### 3.2.1 Beteiligungsübersicht

Name:	Lecos GmbH
Anschrift:	Prager Str. 8 04103 Leipzig
Telefon:	0341 2538 0
Internet	www.lecos-gmbh.de
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter:	Stadt Leipzig Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
Stammkapital:	200.000 EUR
Anteil KISA:	20.000 EUR (10,00 %)

#### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

#### 3.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- sonstige Zuschüsse: 0 €
- übernommene Bürgschaften: 0 €
- sonstige Vergünstigungen: 0 €

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

### 3.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2021 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche**

Im Jahr 2021 haben sich die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen weiter fortgesetzt. Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich auch erneut überwiegend positiv entwickelt. Die im Jahr 2020 begonnenen Maßnahmen im Zusammenhang mit den Fragestellungen zur Absicherung von Home-Office sowie der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Kunden wurden 2021 weiterentwickelt und verstetigt. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen hat die Digitalisierung von Verwaltungen genauso wie die Leistungen für eine Digitale Schule einen großen Schub erhalten. Dabei stellen auch weiterhin die zur Verfügung gestellten Fördermittel einen großen Anreiz und gleichzeitig große Herausforderungen in der Umsetzung dar. Gleichzeitig hat sich bestätigt, dass eine Veränderung von Arbeitsweisen sowie die Anforderungen das Angebot von digitalen Verwaltungsdienstleistungen, u. a. auch durch das Onlinezugangsgesetz, eingefordert werden und einen konsequenten Ausbau der Infrastrukturen und der Vernetzung von Daten erfordern. Dies muss im Kontext der stetig steigenden Komplexität der Anforderungen und Vernetzung von Daten insbesondere durch intensive Beratungsleistungen unterstützt werden. Ziel bleibt dabei, die Digitalisierung der Verwaltungen vor allem aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung selber kontinuierlich voranzutreiben.

#### **Geschäftsverlauf**

Für die für das Geschäftsjahr 2021 festgelegten Ziele zum Ausbau sowie zur Stabilisierung der bisherigen Geschäftsaktivitäten der Lecos GmbH bleibt festzuhalten, dass diese auch unter den besonderen Herausforderungen 2021 deutlich über die Planung ausgebaut werden konnten. Im Einzelnen verweisen wir hierbei auf die nachfolgenden Ausführungen.

Die Lecos GmbH hat sich gegenüber ihrem 90 %-Gesellschafter und Kunden, der Stadt Leipzig, als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche auch in den Zeiten der Pandemie umsetzen und weiterentwickeln konnte. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig beobachtet die Lecos GmbH zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber und berücksichtigt die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der angebotenen IT-Dienstleistungen. Dabei spielen insbesondere die wachsenden Herausforderungen der Veränderung der Arbeitswelten, das Angebot von digitalen Dienstleistungen, des Cloud-Computing sowie die Vernetzung von Daten und Anwendungen aus Sicht der Kunden, insbesondere auch im Lichte der Datenschutzgrundverordnung sowie die stetig steigenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, als auch aus Sicht der Lecos GmbH im Sinne des steigenden Wettbewerbes eine wesentliche Rolle.

Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben für die Verwaltung und die Schulen konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware sowie der Ausbau mobiler Arbeitsfähigkeit (u. a. zur Absicherung von Home-Office) weiter ausgebaut werden. Die Ausweitung auf die Schulkabinette wurde er-



folgreich fortgesetzt und ist vertraglich für die folgenden Jahre fixiert. Dabei werden die Erfahrungen der Pandemie sowie des weiteren Ausbaus der Leistungen im Rahmen des Digitalpakt Schulen konsequent verfolgt und in der weiteren Entwicklung berücksichtigt. Ziel ist dabei, die besten Voraussetzungen für die Umsetzung von „Digitaler Bildung“ zu schaffen. Des Weiteren ist es gelungen das Projekt der Migration der Kulturhäuser Gewandhaus zu Leipzig, Theater der Jungen Welt, Oper Leipzig und Schauspiel Leipzig in eine gemeinsame Kulturdomäne erfolgreich abzuschließen und somit den IT-Vollservice umfassend für alle Kulturhäuser zu leisten. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10 %) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2021 weiter ausgebaut werden. Die Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Geschäftsfelder in den Jahren 2022 ff. wurden gelegt. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen, das Onlinezugangsgesetz sowie die IT-Sicherheit im Vordergrund. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren für die Steuerung der Lecos GmbH sind Umsatz, Liquidität und Jahresergebnis.

#### **Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2021**

Das Jahr 2021 stand weiterhin im Fokus der Corona-Pandemie und damit der Ausweitung der mobilen Arbeit sowie u. a. der Bereitstellung von Konferenzsystemen zur Absicherung der Verwaltungstätigkeit. Darüber hinaus wurde die Umsetzung des Digitalpaktes Schulen auf Basis der Erkenntnisse der Pilotschulen intensiv begonnen. Die Erkenntnisse aus dem Jahr 2021 stellen auch die Basis für die Skalierung der Jahre 2022ff dar.

Die Leistungen mit weiteren Kundengruppen des Gesellschafters Stadt Leipzig, u. a. Unternehmen der L-Gruppe und Eigenbetrieben, konnte weiter ausgebaut werden und stellt somit dauerhaft einen wesentlichen Anteil zum Erfolg der Lecos GmbH dar.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2021 bestätigt. Der Umsatz mit dem Zweckverband KISA konnte auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die Beteiligung der Lecos GmbH an der Komm24 GmbH hat sich 2021 als Erfolg dargestellt, d. h. sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch um der Treiber für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetz zu werden. Hierbei agiert die Lecos GmbH in einem hoch komplexen Umfeld, sowohl in der Rolle als Gesellschafter der Komm24 GmbH als auch in der Rolle des Dienstleiters im Infrastruktur- sowie im Beratungs- und Entwicklungsumfeld.

Über das Onlinezugangsgesetz hinaus konnten weitere Leistungen über die Komm24 GmbH vertraglich vereinbart werden. Damit werden neben dem stabilen Betrieb des Sächsischen Melderegister (SMR) auch Outputleistungen für die Landeshauptstadt Dresden sowie der Betrieb des Kommunalarchiv Sachsen abgesichert.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2021 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs-/ Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen, der Benutzerunterstützung sowie dem konsequenten Ausbau der Leistungen für die Schulen der Stadt Leipzig.



Besonders hervorzuheben sind die umgesetzten Projekte zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe und deren konsequenter Ausbau des Geschäftes rund um das Personalmanagement. Darüber hinaus lag ein wesentlicher Fokus auf Beratungsleistungen zur Digitalisierung der Verwaltung. Insbesondere die Beratungsleistungen und Vorarbeiten im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung, die in Umsetzung befindliche Einführung der eAkte sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, stellen die Grundlage für die nächsten Projektschritte sowie die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Leipzig dar.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde konsequent weiterverfolgt.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2021 in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der zentralen Fachverfahren. Dabei konnte mit dem Wahlverfahren rechtzeitig zur Bundestagswahl auch eine Erweiterung des Portfolios erfolgen. Neue Themenfelder wie z. B. die Bereitstellung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems oder die Implementierung von Scan-Dienstleistungen konnten in 2021 noch nicht begonnen werden.

#### **Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2021:**

- Die Beteiligung an der zum 10. Juli 2019 gegründeten Komm24 GmbH, an der Lecos zu 20 % beteiligt ist, wurde fortgeführt. Ziel dieser Beteiligung ist es, zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Auftrag des Freistaates Sachsen Entwicklungsleistungen zu erbringen sowie weiterer Dienstleistungen zwischen den Gesellschaftern der Komm24 GmbH. Damit entstehen auch Synergien mit den Gesellschaftern der Lecos GmbH.
- Das Ämterframework konnte als Anwendungsplattform in der Stadt Leipzig gefestigt und durch zusätzliche Module erweitert werden. Das Ämterframework wird als Lecos-Framework Produkt weiterentwickelt und konnte mit ersten Anwendungen auch in der Corona-Pandemie produktiv genommen werden. In der Folge soll dies auch Dritten angeboten werden können.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde mit dem zweiten Rollout - Zyklus fortgeführt und soll auch weiterhin für die Schulkabinette fortgesetzt werden.
- Auf Basis der Erkenntnisse der Pilotschulen wurden 28 Schulen im Jahr 2021 ertüchtigt, d. h. im Wesentlichen Netzwerk, WLAN, Breitbandanbindung. Dies wird im Jahr 2022 mit einem Plan von 24 Schulen fortgeführt.
- Im Geschäftsfeld der Output-Leistungen wird das Leistungsportfolio 2022 ff. weiter vorangetrieben und mit aktiven Vertriebsmaßnahmen unterstützt. Wichtig war im Jahr 2021 die Absicherung der Wahlen durch den fristgerechten Druck und Versand der Wahlbenachrichtigungsbriefe sowohl für die Stadt Leipzig als auch die KISA und ihre Kunden.
- Im Jahr 2021 wurden sechzehn Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge für elf Ausschreibungen in 2021 und eine im Januar 2022 erteilt. Eine öffentliche Ausschreibung und drei offene Verfahren des Jahres 2021 mussten, aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit der Angebote und Änderungen der Anforderungen während der Ausschreibung, aufgehoben werden. Die insgesamt sechzehn Ausschreibungen des Jahres 2021 gliedern sich in sieben offene Verfahren (EU-weit), sieben öffentliche Ausschreibungen (national) und zwei freihändige Vergaben.
- Die Fachanwendung des Kindertagesstätten-, Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnte auch in 2021 erfolgreich weiterentwickelt und deutschlandweit vertrieben

Seite 15 von 12

werden. KIVAN konnte 2021 vor dem Hintergrund der Funktionen und Module zum Technologieführer auf dem Markt entwickelt werden. Wir nehmen an, dass durch die Corona-Pandemie in Deutschland einige potentielle Kunden ihre Prioritäten anders gesetzt haben, sodass in 2021 nicht so viele Neukunden wie geplant gewonnen werden konnten. Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.

- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Das vierte Rollout der PC-Technik in der Verwaltung der Stadt Leipzig auf Win10 konnte 2021 abgeschlossen werden.
- Es erfolgte auch 2021 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen sowie im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Digitalpaktes Schulen verbunden wurden.
- Mit der weiteren Produktivsetzung zur Einführung der Personalmanagementsoftware Loga in der L-Gruppe konnte 2021 der Ausbau des Geschäftsfeldes vorangetrieben werden.
- Mit der „Digitalen Werkstatt“ wurde mit der Stadt Leipzig der Rahmen für eine Entwicklung von innovativen Lösungen für die Kunden der Stadt Leipzig gelegt. 2021 stand im Fokus der Begleitung bei den verschiedenen Fragen zu digitalen Kontaktnachverfolgungen etc. im Zusammenhang der Corona-Pandemie. Darüber hinaus konnten weitere Technologieberatungen sowie Methodentransfer durchgeführt werden.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt, die auch konkret von der Lecos GmbH für seine Kunden genutzt werden.
- Seit 11/2020 ist Peter Kühne Mitglied des Vorstandes der Vitako. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.
- Im Jahr 2021 wurde die Umstellung auf den neuen Grundschatz als Grundlage für das Überwachungsaudit 2021 umgesetzt. Das Überwachungsaudit im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundschatz konnte erfolgreich durchgeführt werden. Dies erfolgte aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen in der Corona-Pandemie ausschließlich in digitaler Form.
- Im Jahr 2021 erfolgte der Beitritt zur GovDigital eG. Die GovDigital ist ein Zusammenschluss aktiver und zertifizierter öffentlich-rechtlicher IT-Dienstleister. Das Ziel dieser Genossenschaft ist es, sich gemeinschaftlich verschiedenen Zukunftsthemen zu widmen. So sollen gemeinsame bundesweite Dienstleistungen angeboten werden. (z. B. Bundes-Cloud, Blockchain-Lösungen oder Schaffung einer bundesweiten Plattform für EFA-Leistungen). Die Lecos GmbH erhofft sich durch die Mitgliedschaft eine engere kollaborative inhousefähige Zusammenarbeit mit anderen öffentlich-rechtlichen IT-Dienstleistern. Der Beitritt der Lecos GmbH entspricht dem strategischen Unternehmenskonzept.

Das Geschäftsjahr 2021 stand bei der Lecos GmbH intern auch weiterhin im Zeichen der konsequenten Umsetzung der Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie, d. h. die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Kunden der Lecos GmbH auf der einen Seite und auf der anderen Seite durch eine konsequente Umsetzung von mobiler Arbeit bzw. Home-Office die Einhaltung der Hygienevorgaben der Lecos GmbH zu gewährleisten. Diese Erkenntnisse werden bei der Fortführung der stärkeren Ausrichtung an den steigenden Anforderungen der Kunden berücksichtigt. Im Jahr 2021 wurde die Weiterentwicklung der Lecos GmbH in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess fortgeführt. Dabei wird auch weiterhin der Fokus auf neue Arbeitsmethoden sowie des neuen Führungsverständnisses gelegt. Ziel ist es dabei, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden komplexen Herausforderungen hin auszurichten. Dies ist von besonderer Bedeutung, da auch die Kunden der Lecos GmbH den Weg zu verändernden Vorgehensmodellen beschreiten und sich somit die Anforderungen an die Lecos GmbH verändern.

- Die seit 2013 geänderte Finanzierungsstrategie der Lecos GmbH, d.h. die Finanzierung langfristiger Investitionen, wird konsequent weiterverfolgt. Ziel ist eine Stabilisierung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt.
- Im Jahr 2021 wurde das strategische Unternehmenskonzept aktualisiert und durch den Aufsichtsrat beschlossen. Dabei wurden die sich ändernden Rahmenbedingungen und Zielstellungen für die zukünftige Ausrichtung der Lecos GmbH berücksichtigt.

#### Lage der Gesellschaft

##### Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2021 TEUR 41.031 und lag damit um TEUR 4.816 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2020 (TEUR 36.215). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Material-, Personal-, Abschreibungs- und Zinsaufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 299 (Vj.: TEUR 283).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Endbenutzerbetreuung	30,74 %
Anwendungsentwicklungs-/Betreuungsleistungen und Beratungsleistungen	29,97 %
Basisinfrastruktur	27,01 %
Telekommunikation	3,71 %
Druckdienstleistungen	5,14 %
Speicherkapazität, Applikationsserver	1,76 %
Lotus Notes/Mailuser	1,67 %

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 85,5 %, 8,0 % mit der KISA und der Komm24 GmbH 3,1 %. Die verbleibenden 3,4 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben Beschaffungen im Bereich Endgeräteservice (Präsentationstechnik, Tablets) und Telekommunikationstechniken für die Stadt Leipzig und die Ausstattung der Eigenbetriebe und Netz Leipzig GmbH mit aktiven Komponenten. Darüber hinaus sind auch die Leistungen für Datenfernübertragungen, Portoaufwendungen und umsatzrelevanten Fremdleistungen für Kundenprojekte zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus Neueinstellungen, der Tarifierhöhung des TVöD (Tarifvertrag im öffentlichen Dienst) und Erhöhungen im Lecos GmbH Vergütungssystem.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 697 (Vj.: TEUR 596) und liegt über dem Plan für 2021.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2021 wurde von folgenden einmaligen Vorgängen geprägt

- Umsatzerlöse aus der Umsetzung von Kundenaufträgen der Stadt Leipzig im Zusammenhang mit der Umsetzung aus dem Digitalpakt Schulen (TEUR 2.633),
- Umsatzerlöse mit der KISA aus der Dienstleistung für die Bundestagswahl 2021 (TEUR 416),
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 126).

#### **Investitionen**

Die Bilanz zum 31. Dezember 2021 weist einen Rückgang des Anlagevermögens aus. Hauptursache dafür ist die Änderung in der Beschaffung von Wirtschaftsgütern für die Erfüllung von Kundenaufträgen hin zum Weiterverkauf an den Kunden. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2021 TEUR 4.041 sowie TEUR 60 in das Finanzanlagevermögen für die Beteiligung an der GovDigital eG.

Schwerpunkte waren auch 2021 Investitionen für neue Aufträge und Hardware für das Roll- Out in der Stadt Leipzig und insbesondere den Schulkabinetten.

#### **Vermögens- und Finanzlage**

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und der planmäßigen Kreditaufnahme konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2021 gesichert werden.

Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen, u. a. für Personalaufwendungen, Vertragsrisiken und Rückbauverpflichtung.

#### **Risiko- und Chancenbericht**

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse

und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der genannten teilweise hohen Forderungen gegen die Kunden zum Bilanzstichtag sowie der hohen Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten und der erforderlichen Investitionen für die Umsetzung der Aufträge.

In 2014 wurde gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvL) eine Regelung zur internen Revision erarbeitet und durch den Geschäftsführer in Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage erfolgen seit 2015 jährliche Prüfungen, die auch 2021 umgesetzt wurden.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubar- und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme des Finanzmittelbestands sowie ggf. der Kreditlinien sowie der planmäßigen Aufnahme von Krediten für Investitionen. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA, der Kulturhäuser, der Komm24 GmbH sowie der SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Das Risikomanagement wurde 2021 intensiv in die Entscheidungen der Maßnahmen im Zusammenhang der Corona-Pandemie einbezogen bzw. wurden diese vom Risikomanagement auch erarbeitet.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen aus dem Gesellschafterumfeld, um damit zusätzliche Deckungsbeiträge zu gewinnen. Damit entstehen auch Synergien zur Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch die Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government bzw. der Digitalisierung der Verwaltung, der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung, Betrieb und Betreuung kommunaler Anwendungen sowie den weiteren Ausbau der Dienstleistungen für die Schulen.

#### **Umweltschutz und Nachhaltigkeit**

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb 'Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010' der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die

Seite 23 von 42



IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzzichtlinien.

In 2019 wurde gem. § 8 EDL-G wiederholt ein Energieaudit nach DIN 16247 durchgeführt, mit dem Ziel, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie Senkung des Energieverbrauchs unter fachlicher Betreuung zu erreichen. Die Überprüfung und Fortschreibung der gesteckten Ziele erfolgt alle 4 Jahre. In den erfassten Verbrauchsgruppen sind die Kosten für Strom mit rund 79 % der größte Kostenblock, gefolgt von 17 % für Fernwärme und Transport (4 %). Die größten Verbraucher USV und RLT-Anlagen werden als sehr gut und energieeffizient eingeschätzt. In Folge des Beschlusses der Bundesregierung zum Klimapaket ist die Bepreisung von CO<sub>2</sub> eingeleitet. In Folge, insbesondere vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, ist zu erwarten, dass Strom mit Beginn der Bepreisung ab 2022 jährlich teurer werden wird. Maßnahmen zum kosteneffizienten Umgang der Kostensteigerungen können hierbei Beachtung bei der Vertragsgestaltung mit den Energielieferanten auf die Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung bzw. Bezug von erneuerbaren Energieträgern als auch Einsatz von Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien (bspw. Solar, Photovoltaik u. a.) finden. Geeignete Förderprogramme werden auch zukünftig auf deren Teilnahmeberechtigungen der Lecos GmbH geprüft und können Maßnahmen zur Minimierung der erwarteten Kostensteigerungen unterstützen. Schlussendlich werden die Energiekosten in den kommenden Jahren weiter zunehmen und zu einem erheblichen Kostentreiber werden.

#### **Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)**

Die IT-Branche rechnet vor dem Hintergrund der anstehenden Digitalisierung der Gesellschaft und der Verwaltung sowie der sich verändernden Arbeitsformen (u.a. Anspruch auf Home-Office) mit einer steigenden Nachfrage für das Jahr 2022 ff. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2022 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2022 ff. abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und -Services,
- konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Kunden,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als
- Grundlage für die Digitalisierung der Verwaltung sowie die Veränderung der Arbeitswelten,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung, Betrieb und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Digitalisierung von Dokumenten und Akten im kommunalen Umfeld, insbesondere durch die Erweiterung des Digitalisierungscenters,



- Ausbau der Leistungen für die Komm24 GmbH,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem kompetenten und wirtschaftlichen Anbieter in diesem Bereich,
- Ausbau von Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement im kommunalen Umfeld,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region,
- Ausbau von Zukunftsthemen wie Cloud-Computing, Blockchain u.a. über die GovDigital eG.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2022 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig, Stadtkonzern) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Für das Geschäftsjahr 2022 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 5.719 geplant.

Eine abschließende Verteilung der Investitionen auf Darlehen, Leasing oder Eigenmittel wird unterjährig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lecos GmbH gesteuert und entschieden. Die aktuellen Werte sichern den Gestaltungsspielraum ab.

Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2022 von einem Umsatzvolumen von TEUR 41.522, einem Jahresüberschuss von TEUR 343 und liquiden Mittel von TEUR 2.378 aus. Darüber hinaus ist ein Personalaufbau von 10 Stellen im Jahr 2022 geplant, um die steigenden Anforderungen umsetzen zu können. Dies resultiert neben fachlichen Themen auch aus der Erweiterung der betreuten Nutzer (z. B. durch die Kulturhäuser und die Schulen).

Auch im Jahr 2022 müssen die sich verändernden Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie konsequent überwacht werden. Die Ausbreitung des Corona-Virus kann somit auch 2022 Konsequenzen auf die Erreichung der Prognosen und Ziele des Geschäftsjahres 2022 haben. Beeinträchtigungen im Prozess der Leistungserstellung und/oder Einnahme- und damit einhergehende Ergebnisausfälle können daher nicht vollständig ausgeschlossen werden. Art und Umfang der Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Lecos GmbH lassen sich aktuell nicht zuverlässig abschätzen.

### 3.3 ProVitako eG

Im Jahr 2012 erwarb KISA 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

#### 3.3.1 Beteiligungsübersicht

<b>Name:</b>	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG
<b>Anschrift:</b>	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
<b>Telefon:</b>	030 2063156-0
<b>Homepage:</b>	<a href="http://www.provitako.de">www.provitako.de</a>
<b>Rechtsform:</b>	Eingetragene Genossenschaft
<b>Stammkapital:</b>	215.500 EUR
<b>Anteil KISA:</b>	5.000 EUR

#### Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder sowie weiterer Servicedienstleistungen. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

#### 3.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

• Gewinnabführungen:	0 €
• Verlustabdeckungen:	0 €
• Sonstige Zuschüsse:	0 €
• Übernommene Bürgschaften:	0 €
• Sonstige Vergünstigungen:	0 €

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhält bei Einkäufen von Technik eine Provision von 0,9 %.

#### 3.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

Der Jahresabschluss 2021 liegt aktuell noch nicht vor. Die Informationen zum Lagebericht werden nach Vorlage des Jahresabschlusses 2021 nachgetragen.

Seite 23 von 12

### 3.4 Komm24 GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Komm24 mit Sitz in Dresden (HRB 39020). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2021 einen Anteil von 20 %.

#### 3.4.1 Beteiligungsübersicht

<b>Name:</b>	Komm24 GmbH
<b>Anschrift:</b>	Blasewitzer Straße 41 01307 Dresden
<b>Telefon:</b>	0351 21391030
<b>Homepage:</b>	<a href="http://www.komm-24.de">www.komm-24.de</a>
<b>Rechtsform:</b>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<b>Stammkapital:</b>	25.000 EUR
<b>Anteil KISA:</b>	5.000 EUR (20 %)

#### **Unternehmensgegenstand**

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Ihr Geschäftsmodell bestand im Jahr 2021 darin, dass sie im Wesentlichen Aufträge von der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) oder auch von anderen Gesellschaftern für die Entwicklung von Online-Antragsassistenten (nach OZG) sowie für weitere IT-Dienstleistungen erhält und für die Umsetzung der Projekte und Leistungen sich vorrangig der Gesellschafter als Subunternehmer bedient. Die hierfür notwendigen Projektsteuerungen sowie die Buchhaltung und das Controlling wurde im Laufe des Jahres 2021 durch die Komm24 selbst übernommen und zu diesem Zweck zwei Mitarbeiter eingestellt.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden vier reguläre und eine außerordentliche Aufsichtsratssitzungen sowie zwei satzungsgemäße Versammlungen der Gesellschaftervertreter statt.

### 3.4.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Komm24 liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €

### 3.4.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2021 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Durch die Verabschiedung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) im Jahr 2017 sind alle öffentlichen Einrichtungen verpflichtet, ihre Dienstleistungen für ihre Kunden über einen elektronischen Eingangskanal anzubieten.

Im Jahr 2021 wurde mehr denn je deutlich, dass das Ziel des OZG, bis Ende 2022 575 Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren, sowohl in Sachsen als auch in sehr vielen anderen Bundesländern nicht erreicht werden wird. Umso wichtiger sind die Anstrengungen, die im Land Sachsen – nicht zuletzt auch mit der Gründung der Komm24 – unternommen werden, um die Anzahl der umgesetzten digitalen Verwaltungsleistungen stark zu erhöhen.

Im Freistaat Sachsen sowie auch in anderen Bundesländern wird seit 2021 nun auch verstärkt auf die „Einer für Alle“ (EfA) Lösung gesetzt, das heißt die Nachnutzung von bereits entwickelten Online-Lösungen für Verwaltungsleistungen aus anderen Bundesländern. Jedoch sind für eine tatsächliche Nachnutzung dieser Leistungen noch einige rechtliche und technische Fragen zu klären. Auch durch die Nutzung vorhandener, weit verbreiteter Fachverfahren für bestimmte Verwaltungsleistungen mit Online-Antragsverfahren über Amt24 soll die Verfügbarkeit von Online-Anträgen in Sachsen erhöht werden. Auch aufgrund der noch immer präsenten Corona-Pandemie werden im Freistaat Sachsen die Bemühungen um eine schnelle Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung weiterhin verstärkt.

#### **Geschäftsverlauf und Lage**

Das Geschäftsjahr 2021 war bei Komm24 durch intensive Aktivitäten und Anstrengungen zur Erhöhung der Effizienz in den OZG-Projekten und einer Verbesserung des finanziellen und inhaltlichen Projekt-Controllings geprägt. Mit einem standardisierten Vorgehen und Festlegungen zur Einbindung von Pilot-Kommunen sowie zur Anbindung an die Integrationsplattform konnte der Aufwand und die Laufzeit der Projekte zum Ende des Jahres gegenüber dem Vorjahr mindestens halbiert werden. Mittlerweile sind alle Maßnahmen umgesetzt, diese werden im Jahr 2022

voll wirksam und zu einer erheblichen Steigerung der Anzahl der fertig gestellten Online-Antragsassistenten führen. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 30 Projekte zur Entwicklung von Online-Antragsassistenten sowie den Schnittstellen zur Anbindung an Fachverfahren in Angriff genommen, wovon 14 fertig gestellt wurden. Dies sind 7 Antragsassistenten mehr als im Jahr 2020.

#### a) Ertragslage

Die Komm24 hatte im Jahr 2021 zwei wesentliche Geschäftsfelder. Die Leistungsvermittlung zwischen den Gesellschaftern, die über die Komm24 im Inhouse-Verfahren Verträge abschließen können und die Umsetzung von OZG-Projekten, beauftragt durch die SAKD.

Der Umsatz im Geschäftsfeld Leistungsvermittlung betrug 1.021,3 TEuro und im Geschäftsfeld der Umsetzung von OZG-Projekten 1.792,4 TEuro. Somit konnte das Ziel in Höhe von insgesamt 2.884,3 TEuro durch zeitliche Verzögerungen bei einigen Projekten nicht ganz erreicht werden.

Die bezogenen Leistungen lagen zwar mit einer Differenz zum Plan in Höhe von 59,3 TEuro niedriger, jedoch liegen die sonstigen betrieblichen Aufwände mit 332,1 TEuro (Plan: 282,2 TEuro) um 49,9 TEuro höher als geplant, sodass das Ergebnis der Geschäftstätigkeit mit 22,0 TEuro 45,6 TEuro unter Plan (67,6 TEuro) liegt. Die Ursachen für die erhöhten Aufwände sind im Wesentlichen höhere Beratungskosten, Aufwände für Personalbeschaffung, sowie ein höherer Aufwand bei der Einführung von Business Central (Navision) als neues ERP-System der Komm24.

Alle Planwerte beziehen sich auf den am 30. Juli 2021 in der 4. Gesellschafterversammlung der Komm24 fortgeschriebenen Wirtschaftsplan 2021.

#### b) Finanzlage

Die Finanzlage wird als gut eingeschätzt. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 256,5 TEuro. Der Gesamtcashflow beträgt 256,2 TEuro.

#### c) Vermögenslage

wesentliche Bilanzposten

<b>Aktiva</b>	<b>TEuro</b>
langfristige Vermögenswerte	46,7
kurzfristige Vermögenswerte	515,3
liquide Mittel	488,2
<b>Passiva</b>	
Eigenkapital	149,6
Rückstellungen	19,3
kurzfristige Verbindlichkeiten	833,3



Rechnungsabgrenzungsposten	47,8
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1050,2</b>

Das gesamte Eigenkapital beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 149,6 TEuro. Die Eigenkapitalquote liegt bei 14,2 % und somit in der Größenordnung vergleichbarer Unternehmen der Branche.

#### **Gesamtaussage**

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als stabil und gesichert ein. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch die Forderungen und liquiden Mittel gedeckt.

#### **Prognosebericht**

Die im ersten Jahr begonnene Neustrukturierung der operativen Tätigkeit der Komm24 wird auch im Jahr 2022 fortgesetzt. Schwerpunkt ist die weitere Optimierung der Prozessabläufe in den OZG-Projekten, um die Anzahl der fertig gestellten Online-Anträge weiter zu erhöhen. Die inhaltliche Steuerung dieser Projekte durch Komm24 wird weiter verstärkt durch einen neuen Mitarbeiter, welcher die Steuerung der Entwickler übernimmt und sich mit den technischen Fragen der IT-Infrastruktur beschäftigt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt wird die Vorbereitung und Einführung eines neuen Geschäftsfeldes Vertrieb und Betrieb von OZG Service-Leistungen sein. Ursprünglich für 2021 geplant, sollen nun im Jahr 2022 wesentliche Finanzierungsfragen dieses Geschäftsfeldes geklärt werden, sodass noch 2022 gestartet werden soll. Wesentliche Betriebs- und Vertriebsleistungen sollen von den Gesellschaftern der Komm24 als Dienstleister erbracht werden. Die Steuerung dieser Themen soll, ähnlich wie bei den OZG-Projekten durch die Komm24 erfolgen. Hierfür werden spätestens mit Beginn 2023 weitere Mitarbeiter bei Komm24 benötigt.

#### **Chancen- und Risikobericht**

##### **a) Risiken aus operativer Tätigkeit**

##### **Umfeld-/ Marktrisiken**

Die Anforderung des Online-Zugangsgesetzes aus dem Jahr 2017, bis Ende 2022 575 Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren, wird voraussichtlich von keinem Bundesland erfüllt. Daher gibt es jetzt bereits Aktivitäten seitens der Bundesregierung, ein neues bzw. überarbeitetes OZG 2.0 Gesetz zu erarbeiten, welches den Fortgang der Umsetzung ab 2023 regeln wird. Ebenso sind bereits weitere Mittel für die OZG-Umsetzung im sächsischen Doppelhaushalt 2023/2024 geplant. Jedoch ist der Haushalt noch nicht beschlossen und der hier vorgesehene FAG-Anteil bei der Finanzierung ist auch noch offen.



Auch ist die Finanzierung des neuen Geschäftsfeldes Vertrieb und Betrieb von OZG Service-Leistungen noch nicht gesichert, damit ist auch die Einführung des Geschäftsfeldes noch nicht sicher. Im Falle einer Nichtfinanzierung ist auch der bereits jetzt bestehende Betrieb bzw. Support der OZG Service-Leistungen gefährdet.

Die Risiken aus der Corona-Pandemie für das Geschäft der Komm24 werden – wie bereits festgestellt – für beherrschbar eingeschätzt, da der Großteil der Arbeiten aus dem Homeoffice oder in kleineren Gruppen erledigt werden kann.

Durch das Grundprinzip der kommunalen Selbstverwaltung sind die Kommunen frei in ihrer Entscheidung, von welchem Anbieter sie Lösungen für die digitale Verwaltung beziehen. Durch die nun sehr hohe Präsenz des Themas digitale Verwaltung gibt es immer neue Anbieter von OZG-Leistungen bzw. erweitern die Anbieter für die Fachverfahren ihr Angebot auch in Richtung einer Portallösung für Bürger\*innen und Unternehmen. Daher ist es nicht zwangsläufig gegeben, dass die von Komm24 entwickelten Antragsassistenten bzw. OZG-Leistungen von den Kommunen gekauft und eingesetzt werden. Das Risiko kann nur durch eine hohe Qualität der Leistungen und durch einen starken Vertrieb bzw. gutes Marketing gemindert werden.

#### Risiken in den Leistungsbeziehungen

Durch die Komm24 erfolgt derzeit nur die Steuerung der teilweise über 30 parallellaufenden OZG-Projekte, die Umsetzung selbst erfolgt nach wie vor durch die Dienstleister aus dem Gesellschafterkreis. Dies bedeutet, dass Komm24 abhängig ist, dass genügend Projektleiter/Berater bzw. Entwickler bei den Dienstleistern zur Verfügung stehen. Durch eine mittel- bis langfristige Ressourcenplanung kann hier aber ein zusätzlicher Bedarf rechtzeitig angemeldet werden.

#### b) Risikomanagementsystem

Alle erkennbaren Risiken für das Geschäft, der Liquidität und der Haftung werden durch den Geschäftsführer der Komm24 laufend identifiziert und in regelmäßigen Beratungen und Abstimmungen mit den Mitarbeitern der Komm24 bzw. den Geschäftsleitungen der Gesellschafter dargelegt und erforderliche Maßnahmen gemeinsam abgestimmt und festgelegt. Im Jahr 2021 wurde ein Komm24-interne Risikomanagement-System aufgebaut, in welchem in einer Risiko-Matrix spezifisch die strategischen, Markt-, Finanz-, regulatorischen, Leistungs- und sonstigen Risiken betrachtet und regelmäßig angepasst werden. Das Gesamtrisiko für das Geschäft und den Fortbestand der Komm24 wird als gering eingeschätzt.

#### c) Chancen

Das Thema OZG wird Ende 2022 nicht zu Ende sein. Es sind nach wie vor enorme Anstrengungen notwendig, die Digitalisierung der Verwaltung weiter voranzutreiben und das nicht nur aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie heraus. Gerade mit einer sich verschärfenden Haushaltslage durch die gegenwärtigen globalen Krisen und aufgrund des zu erwartenden Personalmanagements durch die demografische Entwicklung wird der Druck auf die öffentliche Verwaltung immer größer, durch die Digitalisierung auch Kosten und Personal zu sparen. Es ist daher mit hoher

Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass der Bedarf und das Interesse der Kommunen an digitalen Verwaltungsleistungen stark anwächst und hier die Komm24 – entsprechende Aktivitäten in Vertrieb und Marketing vorausgesetzt – eine wesentliche Rolle spielen wird.

### d) Einschätzung

Die Perspektiven für die Entwicklung des Unternehmens sind aus Sicht der Geschäftsführung einerseits durch die langfristige Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern als Auftraggeber und Lieferanten im Rahmen der Umsetzung der OZG-Projekte und andererseits durch die strategische Ausrichtung in der Vermarktung der OZG-Leistungen an die Kommunen für die nächsten Jahre gesichert. Unterstützend wirkt hier auch das Geschäft der Vermittlung von IT-Leistungen zwischen den Gesellschaftern der Komm24, sowie der mögliche Aufbau neuer Geschäftsfelder.

Für das Geschäftsjahr 2022 erwartet die Geschäftsführung bei einer geplanten Steigerung der Umsatzerlöse ein positives Jahresergebnis in Höhe von ca. 50,0 TEuro.

### 3.4.4 Organe

Der Aufsichtsrat setzte sich im Rumpfgeschäftsjahr 2021 wie folgt zusammen:

Herr Ulrich Hörmig, 1. Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Leipzig	Vorsitzender
Herr Andreas Bitter, Geschäftsführer KISA, Stadt Leipzig	Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Direktor SAKD	Aufsichtsratsmitglied
Herr Prof. Dr. Michael Breidung, Betriebsleiter EB-IT Dienstleistungen, Stadt Dresden	Aufsichtsratsmitglied
Herr Sven Schulze, Oberbürgermeister der Stadt Chemnitz (bis 16.3.2022)	Aufsichtsratsmitglied
Herr Ralph Burghart, Bürgermeister der Stadt Chemnitz (ab 16.03.2022)	Aufsichtsratsmitglied

#### 4 Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2021

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Leoco GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
1	LRA Altenburger Land	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
2	LRA Dahme-Spreewald	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
3	LRA Erzgebirgskreis	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
4	LRA Görlitz	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
5	LRA Gotha	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
6	LRA Leipzig	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
7	LRA Meißen	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
8	LRA Nordhausen	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
9	LRA Nordsachsen	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
10	LRA Saale-Holzland	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
11	LRA Saale-Orla-Kreis	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
12	LRA Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
13	LRA Vogtlandkreis	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
14	LRA Weimarer Land	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
15	LRA Zwickau	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
16	SV Altenberg	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
17	SV Annaberg-Buchholz (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
18	SV Aue-Bad Schlema (Große Kreisstadt)	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
19	SV Augustusburg	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
20	SV Bad Dübener	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
21	SV Bad Lausick	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
22	SV Bad Muskau	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
23	SV Bad Schandau	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
24	SV Bautzen (Große Kreisstadt)	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
25	SV Belgern-Schildau	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
26	SV Bernstadt a. d. Eigen	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
27	SV Böhlen	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
28	SV Borna (Große Kreisstadt)	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
29	SV Brandis	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
30	SV Burgstädt	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
31	SV Chemnitz	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
32	SV Coswig (Große Kreisstadt)	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
33	SV Crimmitschau	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
34	SV Dahlen	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
35	SV Delitzsch (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
36	SV Dippoldiswalde (Große Kreisstadt)	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
37	SV Döbeln (Große Kreisstadt)	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
38	SV Dohna	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
39	SV Dommitzsch	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
40	SV Frankenberg/Sa.	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
41	SV Frauenstein	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
42	SV Freiberg (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
43	SV Freital (Große Kreisstadt)	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
44	SV Geyer	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
45	SV Glashütte	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
46	SV Glauchau (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
47	SV Görlitz (Große Kreisstadt)	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
48	SV Grimma (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
49	SV Gröditz	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
50	SV Groitzsch	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
51	SV Großenhain (Große Kreis- stadt)	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
52	SV Großröhrsdorf	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
53	SV Großschirma	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
54	SV Hainichen (Große Kreis- stadt)	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
55	SV Hartenstein	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
56	SV Hartha	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
57	SV Harzgerode	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
58	SV Heidenau	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
59	SV Hohenstein-Ernstthal (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
60	SV Hohnstein	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
61	SV Hoyerswerda (Große Kreis- stadt)	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
62	SV Kirchberg	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
63	SV Kitzscher	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
64	SV Königstein	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
65	SV Landsberg	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
66	SV Lauter-Bernsbach	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €



Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
67	SV Leipzig	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
68	SV Leisnig	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
69	SV Limbach-Oberfrohna	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
70	SV Lommatzsch	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
71	SV Lößnitz	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
72	SV Markneukirchen	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
73	SV Markranstädt	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
74	SV Meerane	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
75	SV Meißen (Große Kreisstadt)	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
76	SV Mittweida (Hochschulstadt)	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
77	SV Mügeln	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
78	SV Naumburg	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
79	SV Naurhof	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
80	SV Niesky (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
81	SV Nordhausen	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
82	SV Nossen	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
83	SV Oberlungwitz	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
84	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
85	SV Ostritz	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
86	SV Pegau	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
87	SV Pirna (Große Kreisstadt)	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
88	SV Plauen (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
89	SV Pulsnitz	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €



Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
90	SV Rabenau	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
91	SV Radeberg (Große Kreis- stadt)	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
92	SV Radebeul (Große Kreis- stadt)	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
93	SV Radeburg	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
94	SV Regis-Breitingen	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
95	SV Reichenbach/Vogtland (Große Kreisstadt)	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
96	SV Reichenbach/O.L.	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
97	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
98	SV Roßwein	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
99	SV Rötha	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
100	SV Rotherburg/O.L.	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
101	SV Sayda	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
102	SV Schkeuditz (Große Kreis- stadt)	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
103	SV Schöneck/Vogtl.	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
104	SV Schwarzenberg/ Erzgeb. (Große Kreisstadt) f. GV Pöhl	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
105	SV Stollberg/Erzgeb.	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
106	SV Stolpen	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
107	SV Strehla	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
108	SV Taucha	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
109	SV Thalheim/Erzgeb.	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
110	SV Tharandt	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
111	SV Torgau (Große Kreisstadt) f. GV Pflückhoff	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
112	SV Trebsen/Mulde	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
113	SV Treuen	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
114	SV Waldheim	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
115	SV Weimar	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
116	SV Weißenberg	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
117	SV Weißwasser/O.L. (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
118	SV Werdau (Große Kreisstadt)	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
119	SV Wildenfels	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
120	SV Wilkau-Haßlau	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
121	SV Wilsdruff	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
122	SV Wolkenstein	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
123	SV Wurzen (Große Kreisstadt)	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
124	SV Zittau (Große Kreisstadt) f. GV Hirschfelde	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
125	SV Zschopau	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
126	SV Zwenkau	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
127	GV Amtsberg	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
128	GV Arnsdorf	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
129	GV Auerbach/Erzgebirge	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
130	GV Bannewitz	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
131	GV Belgershain	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
132	GV Borsdorf	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
133	GV Boxberg/O.L.	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
134	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
135	GV Burkau	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
136	GV Burkhardtsdorf	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
137	GV Callenberg	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
138	GV Claußnitz	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
139	GV Crottendorf	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
140	GV Cunewalde	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
141	GV Diers-Zehren	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
142	GV Doberschau-Gaußig	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
143	GV Dorfhairn	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
144	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
145	GV Ebersbach (01561)	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
146	GV Elstertrebnitz	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
147	GV Eppendorf	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
148	GV Erlau	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
149	GV Frankenthal	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
150	GV Gablenz	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
151	GV Glaubitz	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
152	GV Göda	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
153	GV Gohnsch	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
154	GV Großharthau	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
155	GV Großpösna	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
156	GV Großpostwitz/O.L.	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
157	GV Großschönau	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
158	GV Grünhainichen (f. GV Borsendorf)	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
159	GV Hähnichen	1	0,033	19,84 €	5,61 €	1,65 €
160	GV Hartmannsdorf	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
161	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,033	19,84 €	5,61 €	1,65 €
162	GV Hochkirch	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
163	GV Hohendubrau	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
164	GV Kabelsketal	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
165	GV Käbschütztal	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
166	GV Klingenberg	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
167	GV Klipphausen	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
168	GV Königswartha	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
169	GV Kottmar	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
170	GV Krauschwitz	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
171	GV Kreba-Neudorf	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
172	GV Kreischa	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
173	GV Krostitz	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
174	GV Kubschütz	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
175	GV Laußig	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
176	GV Leubsdorf	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
177	GV Leutersdorf	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
178	GV Lichtenau	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
179	GV Lichtentanne	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
180	GV Liebschützberg	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
181	GV Löbnitz	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €



Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
182	GV Lohsa	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
183	GV Lossatal	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
184	GV Machem	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
185	GV Malschwitz	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
186	GV Markersdorf	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
187	GV Mildensau	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
188	GV Mockrehna	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
189	GV Moritzburg	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
190	GV Mücke	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
191	GV Müglitztal	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
192	GV Muldenhammer	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
193	GV Neschwitz	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
194	GV Neuensalz	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
195	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
196	GV Neukieritzsch	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
197	GV Neukirch/L.	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
198	GV Neukirchen	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
199	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
200	GV Niederau	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
201	GV Nünchritz	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
202	GV Obergurig	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
203	GV Oderwitz	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
204	GV Ottendorf-Okrilla	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
205	GV Otterwisch	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
206	GV Petersberg (f. VG Götsche- tal-Petersb.)	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
207	GV Pöhl	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
208	GV Priestewitz	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
209	GV Puschwitz	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
210	GV Quitzdorf am See	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
211	GV Rackwitz	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
212	GV Rammenau	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
213	GV Rathen (Kurort)	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
214	GV Reinhardtsdorf-Schöna	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
215	GV Reinsdorf	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
216	GV Rietschen	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
217	GV Rosenbach (f. VV Rosen- bach)	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
218	GV Schleife	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
219	GV Schmölln-Putzkau	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
220	GV Schöna-Berzdorf a. d. Ei- gen	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
221	GV Schwepnitz	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
222	GV Sehmatal	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
223	GV Steinberg	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
224	GV Steinigtwolmsdorf	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
225	GV Striegistal	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
226	GV Tannenberg	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
227	GV Taura	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €



Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
228	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
229	GV Trossin	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
230	GV Wachau	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
231	GV Waldhufen	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
232	GV Weinböhla	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
233	GV Weischlitz / Burgstein	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
234	GV Weißkeißel	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
235	GV Wernsdorf	20	0,661	396,83 €	132,28 €	33,07 €
236	GV Wiedemar	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
237	VV Diehna	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
238	VV Eilenburg-West	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
239	VV Jägerswald	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
240	VG Kölleda	8	0,265	158,73 €	52,91 €	13,23 €
241	VG Triptis	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
242	Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
243	ZV Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
244	Schulverband Treuener Land	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
245	AZV Elbe-Flößkanal	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
246	AZV „Oberer Lober“	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
247	AZV „Schöpsaue“ Rietschen	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
248	AZV "Gemeinschafts-Kläranlage Kalkreuth"	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
249	AZV „Untere Zschopau“	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
250	AZV "Unteres Pließnitztal-Gaule"	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €

# Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
251	AZV „Weiße Elster“	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
252	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
253	ZV RAVON	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
254	ZV Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
255	Trink-WZV Mildenau-Streckenwalde	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
256	ZV WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
257	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
258	ZV „Parthenau“	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
259	ZV WALL	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
260	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
261	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	30	0,992	595,24 €	198,41 €	49,60 €
262	Kommunaler Sozialverband Sachsen	12	0,397	238,10 €	79,37 €	19,84 €
263	Kulturbetriebesgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
264	Lecos GmbH	5	0,165	99,21 €	33,07 €	8,27 €
265	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,099	59,52 €	19,84 €	4,96 €
266	Wasser Abwasser Betriebesgesellschaft Coswig mbH	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
267	Stiftung lebendige Gemeinde Neukientzsch	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
268	Gesellsch.f.soziale Betreuung Bona Vita	1	0,033	19,84 €	6,61 €	1,65 €
	<b>nachrichtlich: neue Mitglieder ab dem 31.12.2021*</b>					
269	SV Altenburg		0,000	- €	- €	- €
270	SV Gera		0,000	- €	- €	- €
271	SV Geringswalde		0,000	- €	- €	- €
272	SV Kamenz		0,000	- €	- €	- €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
273	SV Koiteda		0,000	- €	- €	- €
274	VG Oppurg		0,000	- €	- €	- €
275	GV Rechenberg-Bienen- mühle		0,000	- €	- €	- €
276	LRA Saalfeld-Rudolstadt		0,000	- €	- €	- €
277	SV Suhl		0,000	- €	- €	- €
	Gesamt 2021:	3024	100	60.000,00 €	20.000,00 €	5.000,00 €

\* mit Beitritt erst zum 31.12.2021 und fehlender Umsatzgenerierung sind keine Anteile darstellbar, die Spalten bleiben somit leer

# KDN - Kommunale DatenNetz GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Wiener Straße 128

01219 Dresden

Tel.: 0351 / 315 69 50

E-Mail: kdn@kdn-gmbh.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 01.01.2008

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

### Kapital:

Stammkapital	60.000 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Frank Schlosser
----------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	60.000,00 €	100,00 %
---	-------------	----------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

## V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.*

# Lecos GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Prager Straße 8  
04103 Leipzig  
Tel.: 0341/25380  
E-Mail: info@lecos-gmbh.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 16.08.2010

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

Die Lecos GmbH wurde im Januar 2001 als Gemeinschaftsunternehmen (Public Private Partnership) der Stadt Leipzig und der IBM Deutschland GmbH gegründet. 51 Prozent der Anteile hielt IBM Deutschland, 49 Prozent der Anteile waren im Besitz der Stadt Leipzig. Die zum damaligen Zeitpunkt relativ moderne Form der öffentlich-privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit konnte die unterschiedlichen und sehr hohen Erwartungen der beiden Partner IBM und Stadt Leipzig nicht erfüllen. Mitte 2002 erwarb die Stadt Leipzig daher die Gesellschafteranteile von IBM Deutschland zurück. Lecos wurde 100-prozentige Tochter der Kommune.

Hervorgegangen ist die Lecos GmbH aus der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) der Stadt Leipzig, die im November 1990 gebildet wurde. Die IuK baute das erste kommunale Rechenzentrum in den neuen Bundesländern auf, das im Mai 1991 eröffnet wurde. Heute hält die Stadt Leipzig 90 Prozent der Anteile an der Lecos GmbH, 10 Prozent der Anteile sind im Besitz von KISA.

### Kapital:

Stammkapital	200.000 €
--------------	-----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Peter Kühne
------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Stadt Leipzig	180.000,00 €	90,00 %
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	20.000,00 €	10,00 %

## Beteiligungen

KOMM24 GmbH	5.000,00 €	20,00 %
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	5.000,00 €	2,32 %

## IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

## V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Lecos GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.*



# ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Markgrafenstraße 22  
10117 Berlin  
Tel.: 030 / 2063-156-0  
Webseite: <http://www.provitako.de>

**Rechtsform:** eG

**Gründungsdatum:** 01.01.2007

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Ihr Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit von IT-Dienstleistungen ihrer Mitglieder zu verbessern.

Genossenschaftsmitglieder sind ausschließlich Mitglieder der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister Vitako. ProVitako-Mitglieder sind IT-Dienstleister, die zu 100 % in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sind.

### Kapital:

Gesellschaftsanteile	215.500€
----------------------	----------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Karl-Josef Konopka
Herr Dr. Ralf Resch

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Lecos GmbH	5.000 €	2,32%
Verschiedene	205.500 €	95,36%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	5.000 €	2,32%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.*

# KOMM24 GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Semperstraße 2  
01069 Dresden  
Tel.: +49 351 213910 30

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 01.07.2019

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Ihr Geschäftsmodell besteht darin, dass sie Aufträge von der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) oder auch anderen Gesellschaftern erhält und dafür wiederum andere, leistungsfähige Gesellschafter heranzieht und beauftragt. Dazu benötigt sie außer einem Geschäftsführer kein eigenes, angestelltes Personal. Sämtliche Produktions- wie Verwaltungsleistungen werden durch die dafür beauftragten Partner/ Gesellschafter erbracht.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

### Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

## II ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Arnold Wiersbinski
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Lecos GmbH	5.000,00 €	20,00 %
Stadt Chemnitz	5.000,00 €	20,00 %
Stadt Dresden	5.000,00 €	20,00 %
Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung	5.000,00 €	20,00 %
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	5.000,00 €	20,00 %

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### IV FINANZBEZIEHUNGEN

Alle Angaben in T€

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

#### V BEURTEILUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KOMM24 GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.*

# Anhang

## Anlage 1 Begriffserläuterungen

<b>Abschreibungen</b>	<p>Abschreibungen erfassen die Wertminderungen der Anlagegüter, die durch Nutzung, technischen Fortschritt, wirtschaftliche Entwertung oder durch außergewöhnliche Ereignisse verursacht werden. In der Jahreserfolgsrechnung stellen die Abschreibungen Aufwand dar; sie vermindern somit den steuerpflichtigen Gewinn und damit auch zugleich die gewinnabhängigen Steuern: Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer. Für die Bewertung der Anlagegüter ist zu unterscheiden zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• abnutzbaren und nicht abnutzbaren Anlagegütern sowie</li><li>• planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibung.</li></ul>
<b>Aktiva</b>	<p>Die Aktivseite der <b>Bilanz</b> gibt Auskunft über die Anlage bzw. über die Verwendung des Kapitals (<b>Anlagevermögen</b> und <b>Umlaufvermögen</b>). Sie zeigt also die Mittelverwendung oder Investierung. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller <b>Passiva</b> ist, ergibt die Bilanzsumme.</p>
<b>Anlagevermögen</b>	<p>Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert über EUR 410 netto und Gegenstände in Sachgesamtheiten (Zusammenfassung mehrerer selbständig nicht nutzungsfähiger Gegenstände, z.B. Schreibtischkombinationen), die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Das Anlagevermögen ist neben dem <b>Umlaufvermögen</b> Teil der <b>Bilanz</b> eines Unternehmens; es steht auf der Aktivseite und umfasst Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen).</p>
<b>Aufwendungen</b>	<p>Jeden Werteverzehr eines Unternehmens an Gütern, Diensten und Abgaben bezeichnet man als Aufwand. Aufwendungen vermindern das <b>Eigenkapital</b>.</p>
<b>Betriebsergebnis</b>	<p>Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen (z.B. Materialaufwand, Personalaufwand, <b>Abschreibungen</b>, Mieten u.a.) = Kosten und der betrieblichen Erträge (z.B. Umsatzerlöse, Eigenleistungen u.a.) = Leistungen ergibt das Ergebnis der eigentlichen betrieblichen Tätigkeit = Betriebsergebnis.</p>
<b>Bilanz</b>	<p>Aufstellung der Herkunft und Verwendung des Kapitals zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres) in Kontenform. Sie enthält auf der linken Seite die Vermögensgegenstände (<b>Ak-</b></p>

tiva), auf der rechten Seite das **Fremdkapital** und das **Eigenkapital (Passiva)** als Ausgleich (Saldo). Beide Seiten der Bilanz (ital. Bilancia = Waage) weisen daher die gleichen Summen aus.

<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	Wird das <b>Jahresergebnis</b> um einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Entnahmen aus den Gewinnrücklagen erhöht oder um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Einstellungen in die Gewinnrücklagen vermindert, so erhält man den Bilanzgewinn bzw. -verlust (nur bei Kapitalgesellschaften).
<b>Eigenkapital</b>	Kapital, welches einem Unternehmen von seinen Eigentümern ohne zeitliche Begrenzung und ohne festen Verzinsungsanspruch zur Verfügung gestellt wird. Das Eigenkapital steht auf der Passivseite, gliedert sich in das <b>Gezeichnetes Kapital</b> , je nach Rechtsform als Grund-, Nenn- oder <b>Stammkapital</b> bezeichnet, und die <b>Rücklagen</b> sowie den <b>Gewinnvortrag</b> und den Jahresüberschuss. Soweit die Rücklagen durch Einbehaltung von Gewinnen entstanden sind, werden sie als <b>Gewinnrücklagen</b> bezeichnet. Die <b>Kapitalrücklagen</b> wurden durch Kapitalerhöhungen oder einen Aufschlag auf das eingezahlte Stammkapital gebildet.
<b>Erträge</b>	Alle Wertzuflüsse in ein Unternehmen, die das <b>Eigenkapital</b> erhöhen. Hauptertrag sind die Umsatzerlöse, die nicht nur die Selbstkosten decken sollen, sondern auch einen angemessenen Gewinn erbringen.
<b>Fremdkapital</b>	Ein Teil der <b>Bilanz</b> , der auf der Seite der <b>Passiva</b> aufgeführt wird und die Mittel darstellt, mit denen das Unternehmensvermögen finanziert wurde. Es bezeichnet also die Verbindlichkeiten (Schulden) des Unternehmens, insbesondere Kredite und <b>Rückstellungen</b> für zukünftige Verpflichtungen.
<b>Gesellschafterversammlung</b>	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	Periodische Erfolgsrechnung durch Gegenüberstellung der <b>Erträge</b> und <b>Aufwendungen</b> eines bestimmten Abrechnungszeitraums. Sie ist Bestandteil des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und muss zum Ende des Wirtschaftsjahres erstellt werden. Der ausgewiesene Periodenerfolg, der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag ( <b>Jahresergebnis</b> ), ist Ausgangsgröße der Gewinnverwendungsrechnung.
<b>Gewinnrücklage</b>	Wird aus dem bereits versteuerten Jahresgewinn durch Einbehaltung bzw. Nichtausschüttung von Gewinnanteilen gebildet. Man unterscheidet vor allem zwischen gesetzlichen, satzungsmäßigen und anderen (freien) Gewinnrücklagen.
<b>Gewinnvortrag</b>	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgepe-



riode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe **Verlustvortrag/-rücktrag**).

<b>Gezeichnetes Kapital</b>	Ist das im Handelsregister eingetragene Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter beschränkt ist. Es ist Bestandteil des <b>Eigenkapitals</b> . Bei der GmbH stellt das Stammkapital, bei der AG das Grundkapital das „Gezeichnete Kapital“ dar. Es ist stets zum Nennwert auszuweisen. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am „Gezeichneten Kapital“ bestimmt sich die Beteiligungsquote.
<b>Investitionen</b>	In der Regel nur Geldverwendungen für den Erwerb von <b>Anlagevermögen</b> (Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw.). Für die betriebswirtschaftliche Planung und Steuerung der Investitionstätigkeit ist jedoch eine weiter gefasste Definition zweckmäßig: Investition ist der zukunftsorientierte Einsatz finanzieller Mittel für Güter, die zur Erfüllung bestimmter Ziele längerfristig genutzt werden sollen. Kurz: Investition ist die zielgerichtete Bindung von Kapital. Man unterscheidet zw. Sach-, immateriellen und Finanzinvestitionen.
<b>Jahresergebnis</b>	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller <b>Erträge</b> und <b>Aufwendungen</b> , steht am Ende der Gewinnermittlung (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag).
<b>Kapitalrücklage</b>	Sie kommt in der Bilanz auf der Passivseite vor und gehört zum <b>Eigenkapital</b> . Die Kapitalrücklage ist die von Kapitalgesellschaften zu bildende <b>Rücklagen</b> . Als Kapitalrücklage auszuweisen sind: <ol style="list-style-type: none"><li>1. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinaus erzielt wird.</li><li>2. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen zum Erwerb von Anteilen erzielt wird.</li><li>3. Der Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten.</li><li>4. Der Betrag von anderen Zuzahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.</li></ol>
<b>Liquidität</b>	Ist die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens, die sich aus dem Verhältnis der liquiden Mittel zu den fälligen Verbindlichkeiten ermitteln lässt. Es ist zu prüfen, ob die liquiden Mittel ausreichen, das kurzfristig fällige <b>Fremdkapital</b> zu decken. Zahlungsunfähigkeit (Illiquidität) führt meist zum Konkurs.
<b>Passiva</b>	Auf der Passivseite der Bilanz ist die Aufteilung des Vermögens in <b>Eigenkapital</b> und <b>Fremdkapital</b> dargestellt. Sie gibt also Auskunft über die Mittelherkunft des Unternehmens. Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller <b>Aktiva</b> ist, ergibt die Bilanzsumme.
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	Ausgaben ( <b>Aktiva</b> ) bzw. Einnahmen ( <b>Passiva</b> ) vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (Aktive bzw. Passive Rechnungsabgrenzung). Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitraumrichtigen Abgrenzung der <b>Aufwendungen</b> und <b>Erträge</b> , damit das

Gesamtergebnis periodengerecht zum Jahresabschluss ermittelt werden kann.

#### **Rücklagen**

Sind variable Eigenkapitalteile auf der Passivseite, die aufgrund von Gesetzen, der Satzung oder auch einfach freiwillig gebildet werden. Rücklagen sind einbehaltene Gewinne oder zusätzliches **Eigenkapital** aus einem Agio (der Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinausgeht).

#### **Rückstellungen**

Sind Bilanzpositionen auf der Passivseite. Sie haben den Charakter von ungewissen Verbindlichkeiten, da ihre Höhe und Fälligkeit ungewiss ist. Man unterscheidet in Pensions-Rückstellungen, andere Rückstellungen (z.B. für Prozesskosten, Garantieleistungen, Steuern) und Aufwandsrückstellungen (z.B. für Großreparaturen, Werbekampagnen, künftige Preissteigerungen).

#### **Stammkapital**

Als Stammkapital bezeichnet man die bei Gründung einer Kapitalgesellschaft von den Gesellschaftern zu erbringende Einlage (**Gezeichnetes Kapital**). Bei GmbHs in Deutschland muss das Stammkapital nach § 5 Abs. 1 GmbHG mindestens 25.000,00 EUR betragen. Bei mehreren Gesellschaftern muss jeder mindestens ein Viertel seiner Stammeinlage erbringen, wobei die Summe dieser Einlagen mindestens die Hälfte des gesamten Stammkapitals ergeben muss (vgl. § 7 Abs. 2 GmbHG).

#### **Umlaufvermögen**

Bezeichnet Werte eines Unternehmens, die einer ständigen Änderung durch Zu- und Abgänge unterliegen. Zum Umlaufvermögen zählen unter anderem Warenbestände, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel. Es steht in der **Bilanz** auf der Aktivseite.

#### **Umsatz**

Erlöse für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und in Rechnung gestellt werden. Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto (auch wenn getrennt in Rechnung gestellt) und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

#### **Verlustvortrag/-rücktrag**

Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

## Anlage 2 Kennzahlen

Bezeichnung	Formel
Arbeitsproduktivität (in %)	$\text{Umsatz} / \text{Personalaufwand} * 100$
Effektivverschuldung (in EUR)	$\text{Verbindlichkeiten} - \text{monetäres Umlaufvermögen}$
Eigenkapitalquote (in %)	$\text{Eigenkapital} / \text{Bilanzsumme} * 100$
Eigenkapitalrendite (in %)	$\text{Jahresergebnis} / \text{Eigenkapital} * 100$
Fremdkapitalquote (in %)	$\text{Fremdkapital} / \text{Bilanzsumme} * 100$
Gesamtkapitalrendite (in %)	$(\text{Jahresergebnis} + \text{Zinsaufwand}) /$ $\text{Bilanzsumme} * 100$
Investitionsdeckung (in %)	$\text{Abschreibung} / \text{AfA} + (\text{AV neu} - \text{AV alt}) * 100$
Liquidität 1. Grades (in %)	$\text{monetäres Umlaufvermögen} /$ $\text{kfr. Verbindlichkeiten} * 100$
Pro-Kopf-Umsatz (in EUR)	$\text{Umsatz} / \text{Personalbestand}$
Vermögensstruktur (in %)	$\text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} * 100$

## Anlage 3 Abkürzungen

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt

HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
IRL	Invest Region Leipzig GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat
LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr

ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖRKSF-G	Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RL	Regionalbus Leipzig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsL-RettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung



SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren
SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
THÜSAC	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

## Anlage 4 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.....	149
Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH .....	203
Breitband GmbH Landkreis Leipzig .....	144
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH .....	206
Invest Region Leipzig GmbH .....	155
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH .....	390
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH.....	259
KOMM24 GmbH .....	395
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig.....	30
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig .....	131
Kommunaler Sozialverband Sachsen.....	92
Lecos GmbH.....	391
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV).....	211
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft .....	70
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. ....	393
Regionalbus Leipzig GmbH.....	184
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen .....	167
Servicegesellschaft Muldentalk mbH.....	87
Soziale Dienste Muldentalk gGmbH.....	80
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH .....	196
Westfälische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH .....	320
Westfälische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG .....	322
Westfälische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH .....	325
Zweckverband Abfallwirtschaft Westfalen.....	278
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig .....	223
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen.....	265
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) .....	328
Zweckverband Kulturräum Leipziger Raum.....	42



## **Impressum**

Herausgeber:  
Landratsamt Landkreis Leipzig  
Stauffenbergstraße 4  
04552 Borna

Redaktion:  
Beteiligungsmanagement

Redaktionsschluss:  
31.10.2022

Konzeption, Koordination:  
fidas kommunal  
Beteiligungscontrolling Software der Saxess AG

Dieser Bericht steht auch als PDF-Datei im Internet zur Verfügung.

[www.landkreisleipzig.de](http://www.landkreisleipzig.de)